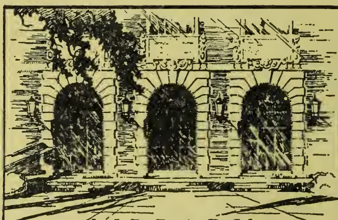
Herausgegeben von Max Schippel

Berliner Arbeiterbibliothek

Erster Band



Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben

von

Max Schippel.

Erster Band.

Berlin 1894.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
(Th. Glocke).

Inhalts-Uebersicht des I. Bandes.

1. Heft: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick 2000 bis 1887.) Nach dem Amerikanischen des Edward Bellamy.
2. „ Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Rede von Max Schippel.
3. „ Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin.
4. „ Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin. (Paris) †.
5. „ Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin. (Paris) †.
6. „ Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar. Von Paul Kampffmeyer.
7. „ Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrar-Verhältnisse. Von Paul Kampffmeyer.
8. „ Die wirthschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel.
9. „ Die Marx'sche Werththeorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer.
10. „ Die Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler.
11. „ Die soziale Frage auf dem Lande. (I. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. Von Paul Kampffmeyer. II. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirthschaftliche Großproduktion. Von * * *)
12. „ Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre Regelung. Von Paul Ernst.
13. „ Der Mythus von der Begründung des Deutschen Reiches. Eine historische Skizze. Von Hans Müller.
14. „ Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Von Gerhard Krause.
15. „ Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von Conrad Schmidt.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

I. Serie. — 1. Heft.

Ein sozialistischer Roman.

(Ein Rückblick. 2000—1887.)

Nach dem Amerikanischen

des

Edward Bellamy.

Berlin 1894.

Verlag der Buchhandlung des „Vorwärts".

(Th. Glocke.)

Inhalt:

Seite

Der „Ertrag des Kapitals“ war im 19. Jahrhundert nichts als die Aneignung des Ertrages fremder Arbeit . . . 3
Die Streiks waren die naturnothwendigen Proteste der Arbeiter dagegen und nichts kulturfeindliches 5
Die wachsende Kapitalskonzentration führte in ganz natürlicher Entwickelung den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz des Volkes herbei 9
Die sozialistische Gesellschaft und die Beseitigung der Verbrechen, der Gerichte und Gefängnisse, selbst der Regierungen im heutigen Sinne 13
Welche enorme Ersparnisse und Vermehrung an allen Gütern die sozialistische Wirthschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen bietet 17
Der Sozialismus und die Emanzipation der Frau . . 23
Der große moralische Fortschritt durch den Sozialismus 28

Ein sozialistischer Roman.*)

I.

Der Held unseres Romanes — obwohl dieser im Jahre 2000 spielt — ist ein junger Mann, Julian West mit Namen, der, 1857 geboren, sich zunächst aller Vortheile erfreut, welche der **Reichthum** im neunzehnten Jahrhundert gewährt. „Damals hatte sich noch nichts ereignet, um die Scheidung aufzuheben, welche die Gesellschaft in vier Schichten oder richtiger Nationen trennte — denn die Unterschiede zwischen diesen Bevölkerungstheilen, den Reichen und Armen, den Gebildeten und in der Erziehung Verwahrlosten, war damals größer wie heute (im Jahre 2000) zwischen den verschiedensten Nationen. Ich für meine Person war reich und gebildet, und besaß daher alles, was die Bevorzugten jener Zeit glücklich machen konnte. Ein Leben voll Luxus führend und nur meinen

*) Edward Bellamy, Ein Rückblick. Vom Jahre 2000—1887. (Looking backward 2000—1887). Dieses merkwürdige Buch stellt sich die Aufgabe, in der Form eines Romans den Kontrast zu schildern zwischen den unwürdigen Zuständen, welche die heutige Produktionsweise auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und Schaffens erzeugt, und der unendlich gesteigerten Kultur, welche dereinst als Folge der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit emporblühen würde.

Der Verfasser ist — soviel wir wissen — kein Sozialist in dem Sinne, daß er irgendwie in den amerikanischen Parteikämpfen als Betheiligter hervorgetreten wäre. — Der kurze Auszug, den wir im Folgenden geben, wird hoffentlich recht Viele zu weiterem Nachdenken über die darin berührten Probleme anregen und auch dem umfangreichen Roman selbst (VI., 470 Seiten) einen ausgebreiteteren Leserkreis sichern.

Der Herausgeber.

gang verdient haben, wenn sie ein so einfaches Räthsel nicht zu lösen gewußt hätte. Um gründlich zu sein: es war für die Gesellschaft überhaupt nicht nöthig, besondere Räthsel zu lösen. Sie lösten sich, wenn man so sagen darf, von selbst. Die Lösung war nichts wie das **Ergebniß der industriellen Entwickelung,** die zu gar keinem anderen Ergebniß führen konnte. Alles, was die Gesellschaft zu thun vermochte, war: diese Entwickelung zu erkennen und zu unterstützen, wenn ihr Ziel klar hervortrat."

„Ich kann nur sagen — erwiederte ich — daß man zu meiner Zeit von einem solchen Ziel der Entwicklung noch gar nichts spürte."

Mein Gefährte sah mich einen Augenblick belustigt an. „Das glaube ich Ihnen — meinte er. Die Blindheit Ihrer Zeitgenossen ist eine Erscheinung, die vielen unserer Geschichtsschreiber aufgefallen ist, und doch können wir sie uns kaum erklären: so auffällig und unzweideutig waren unseres Erachtens, wenn wir zurückblicken, die Anzeichen der sich vorbereitenden Umänderungen" . . . . .

„Wir hatten ein Sprichwort — bemerkte ich — daß man hinterher immer gescheuter ist wie vorher und jetzt fühle ich wiederum dessen Wahrheit. Ich kann nur sagen: unsere Aussichten waren, als ich in Schlaf versank, solche, daß ich nicht überrascht gewesen wäre, wenn ich anstatt auf diese herrliche Stadt auf einen Haufen von verkohlten und moosbewachsenen Ruinen geblickt hätte."

Dr. Leete hatte mir aufmerksam zugehört und nickte gedankenvoll, als ich geendet hatte. „Was Sie mir da sagen, ist eine sehr auffällige Bestätigung der Ansichten Schreibers, dessen Darstellung Ihrer Geschichtsepoche sonst oft als übertrieben bezeichnet worden ist in ihrer Schilderung der damals herrschenden, trübseligen Verwirrung der Gemüther. Daß eine Uebergangszeit wie diese voller Erregung und Unruhe ist, das könnte man wohl glauben; aber wenn man bedenkt, wie klar doch eigentlich das Ziel der damals wirksamen Kräfte war, so hätte man eigentlich annehmen sollen, daß eher Hoffnung wie Furcht damals die Gemüther beherrscht habe."

„Sie haben mir aber noch immer nicht gesagt, **welche** Antwort Sie auf das Räthsel unserer Zeit fanden." . . .

„Ja, was würden Sie mir als die Hauptstörung Ihrer Zeit nennen?"

„Sicherlich die Streiks", antwortete ich.

„Nun gut, aber was machte denn die Streiks so gefürchtet?"

„Die großen Arbeiterorganisationen."

„Und aus welchem Grunde entstanden diese Organisationen?"

„Die Arbeiter sagten, sie müßten sich organisiren, um ihre Rechte gegen das Großkapital zu vertheidigen", entgegnete ich.

„Ganz recht — sagte Dr. Leete — die Arbeiterorganisationen und die Streiks waren eine **Wirkung der stetig wachsenden Kapitalskonzentration,** wie sie vorher niemals bestand. Ehe dieser Sieg des Großkapitals begann, als Industrie und Handel von unzähligen kleinen Unternehmern mit kleinen Kapitalien betrieben wurden, noch nicht also von einer kleinen Zahl großer Betriebe mit Riesenkapitalien, da war die Arbeitskraft noch verhältnißmäßig wichtig und unabhängig in ihren Beziehungen zum Unternehmerthum. Und ferner, als ein kleines Kapital oder eine neue Idee genügte zur Gründung eines neuen Unternehmens, da wurden die Arbeiter beständig zu selbstständigen Unternehmern und zwischen beiden Klassen bestand keine unüberbrückbare Kluft. Damals waren Gewerkschaften noch nutzlos und große, allgemeine Streiks standen außer Frage. Aber als die Zeit des Kleinbetriebes derjenigen des kapitalistischen Großbetriebs weichen mußte, da änderte sich alles. Der einzelne Arbeiter, der für die Kleinunternehmer verhältnißmäßig von Bedeutung gewesen war, sank zur Bedeutungslosigkeit herab gegen das Großkapital, während ihm gleichzeitig der Weg aufwärts, zur Selbständigkeit und zum Unternehmerthum verschlossen ward. So drängte ihn der Selbsterhaltungstrieb zur Vereinigung mit seinen Genossen.

„Die historischen Quellen aus jener Zeit beweisen, daß die Auflehnung gegen die Kapitalskonzentration lebhaftester Art war. Man befürchtete, daß letztere die Gesellschaft mit einer Tyrannei bedrohe, wie sie furchtbarer nie erduldet wurde. Die Sorge bestand, daß die Aktiengesellschaften der Menschheit das Joch einer Knecht-

schaft auferlegen könnten, wie sie niemals in der Vergangenheit bestanden hätte. . . .

„Unterdeß, ohne durch die Klagen und Anklagen im Geringsten gestört zu werden, ging die Aufsaugung des Kleinbetriebes durch die großen Monopole weiter ihre Wege. In den Vereinigten Staaten, wo sich diese Tendenz später entwickelte wie in Europa, gab es im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts keine Gelegenheit mehr, in irgend einem Industriezweig selbständig zu werden, es sei denn auf Grund eines großen Kapitalbesitzes. Im letzten Jahrzehnt wirkten vollends die übrig gebliebenen kleinen Geschäfte wie die Ueberlebsel einer versunkenen Epoche. . . . Die Eisenbahngesellschaften hatten sich immer mehr verbunden, bis wenige große Ringe auch über die letzte Schiene verfügten. Jede wichtige Waare, welche die Industrie erzeugte, befand sich in den Händen eines Syndikats. Diese Syndikate, Pools, Trusts oder wie man sie nannte, setzten die Preise fest und zermalmten jede Konkurrenz, außer es standen ihnen ebenbürtige Verbände gegenüber. Dann begann ein erbitterter Kampf, bis beide Monopole sich in eines verschmolzen. Das Riesenmagazin der Großstadt vernichtete durch seine Filialen in den kleineren Ortschaften alle Konkurrenten der Provinz, und in der Großstadt selber verschlang es die kleineren Nebenbuhler, bis das Geschäft ganzer Straßenviertel in einem Hause konzentrirt war, in dem Hunderte ehemaliger Kleinhändler als Kommis dienten. Da der kleine Kapitalist kein selbständiges Unternehmen mehr beginnen konnte, so mußte er, während er beim Riesenkapitalisten Stellung nahm, auch noch sein Geld in dessen Geschäft und in den Aktiengesellschaften anlegen, sodaß er zwiefach abhängig wurde.

„Der verzweifelte Widerstand des Volkes gegen die Monopolisirung aller Unternehmungen in der Hand weniger Großkapitalisten vermochte daran nichts zu bessern — wohl ein Beweis, daß schwerwiegende ökonomische Gründe für diese Entwickelung sprachen. Das kleine Kapital mit seinen unzähligen kleinen Betrieben räumte in der That nur darum den Großbetrieben das Feld, weil es überlebt und ganz unzureichend war für die technischen Anforderungen des Dampfes, der Telegraphen und der gigantischen Maschinen. Hätte man die alte Wirthschaftsordnung wieder-

herstellen wollen, so hätte man zur Postkutsche zurückkehren müssen.

„So freiheitsfeindlich und unerträglich auch die Herrschaft des Großkapitals war, so mußten ihre Opfer, trotz aller ihrer Verwünschungen, doch anerkennen, welche gewaltige Förderung die Volkswirthschaft durch die Steigerung der Produktion erfahren habe, welche gewaltigen Arbeitsersparnisse gemacht worden seien gerade durch die Konzentration des Kapitals und die einheitlichere Organisation, und wie seit dem Triumph des neuen Systems über das alte der Güterreichthum der Welt gewachsen sei wie nie zuvor.

„Gewiß hatte dieses Wachsthum nur den Reichen reicher gemacht und somit die Kluft zwischen Besitz und Besitzlosigkeit erweitert; aber die Thatsache blieb unumstößlich, daß die Produktionsfähigkeit mit der Großbetriebsvermehrung entsprechend gestiegen war. Hätte man zu der alten Wirthschaftsordnung mit ihren zersplitterten Betrieben überhaupt zurückkehren *können*, so wäre vielleicht eine größere Gleichheit und damit eine größere persönliche Würde und Unabhängigkeit zurückgekehrt, aber nur um den Preis eines Rückganges des Gesammtreichthums und einer Zurückschraubung des technischen Fortschrittes.

„Giebt es denn kein Mittel, sich die kolossale Erzeugungsfähigkeit des Großbetriebes dienstbar zu machen, *ohne* in die Knechtschaft der Großfinanz zu verfallen? — sowie die Menschen sich diese Frage einmal stellten, war auch die Antwort darauf gegeben. In der stetigen Ausbreitung des Großbetriebes, in dem Verschmelzen der Großbetriebe zu wenigen Monopolen, in der ganzen Entwicklung, die man früher so verzweifelt und fruchtlos bekämpft hatte, sah man jetzt — und das entsprach nur der Wirklichkeit — einen Prozeß, der lediglich zu seinem Ende geführt werden mußte, um eine goldene Zukunft für die Menschheit zu eröffnen.

„Zu Beginn dieses Jahrhunderts schloß denn auch diese Entwicklung damit ab, daß **alle Produktionsmittel gemeinsam dem ganzen Volke** zufielen. Produktion und Austausch der Güter wurde nicht mehr von einzelnen unverantwortlichen Ringen und Syndikaten nach ihrer Laune und ihrem Gewinn geleitet, sondern von dem

einzigen großen Verband, den das gesammte Volk bildete. Das Volk übernahm die Wirthschaftsleitung — den einen großen und festen Ring bildend, in dem alle privaten Monopole aufgingen; das Volk wurde der eine Kapitalist an Stelle der Privaten, der einzige Arbeitgeber, das einzige Monopol, von dessen Arbeitserleichterungen und Ertrag alle Bürger den Nutzen hatten. Mit einem Wort, das Volk der Vereinigten Staaten fing nun an, sich wirthschaftlich selber zu regieren, wie es hundert Jahre früher seine politische Selbständigkeit errungen hatte. Endlich, wenn auch merkwürdig spät in der Geschichte der Menschheit, hatte man erkannt, daß keine Angelegenheit so sehr das Allgemeinwohl berührt, wie die Industrie und der Handel, von denen die Existenz der Menschen abhängt, und daß es eine ganz ähnliche, wenn auch viel größere Thorheit ist, die Industrie einzelnen Personen anzuvertrauen, um sie nach ihrem persönlichen Interesse zu leiten — wie die politische Gewalt an Könige oder Privilegirte abzutreten, um sie nach ihrem Ehrgeiz zu verwenden." . . .

Dr. Leete verstummte hier, und auch ich schwieg und dachte darüber nach, welche Wandlungen die gesammte Gesellschaftsordnung nach einer so umwälzenden Entwicklung erfahren haben müsse.

III.

Wir werden nun mit unserem Freund West immer mehr in das Leben am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts eingeweiht. Wir erfahren, wie das Einkommen der Bürger und der Absatz der Güter geregelt ist; die künstlerischen Genüsse stehen allen in ganz anderer Weise zur Verfügung, die häusliche Wirthschaft ist größtentheils auf ausgedehnte gemeinsame Anstalten übertragen, mit allen technischen Fortschritten ausgestattet und dadurch von allen unnützen Plackereien befreit, die „Bedienung" hat alles Beschämende verloren. Reiche Bibliotheken stehen dem Wissensdurstigen und Unterhaltungsbedürftigen zur Verfügung, die allgemeine Erziehung hat einen ungeahnten Aufschwung genommen.

* * *

Heben wir nur einige Einzelheiten aus dem reichen Bilde des allgemeinsten Glückes hervor.

An einer Stelle erzählt uns Herr West von dem
Verschwinden der Gerichte und Gefängnisse:

Als ich einst sehr zeitig aufgestanden war, besuchte ich Charlestown. Unter den zahlreichen Veränderungen des Ortes, die ich hier nicht aufzählen kann, fiel mir besonders auf, daß das alte Staatsgefängniß völlig verschwunden war.

„Ja, das bestand zu meiner Zeit niemals mehr, aber ich habe wohl noch davon gehört — sagte Dr. Leete, als ich beim Frühstück auf diese Sache anspielte. Wir haben jetzt keine Gefängnisse mehr; alle Fälle von Atavismus werden jetzt in den Hospitälern behandelt."

„Von „Atavismus"?" rief ich verwundert aus.

„Gewiß — erwiderte Dr. Leete — der Gedanke, jene Unglücklichen zu strafen, ist seit fünfzig, vielleicht seit noch mehr Jahren vollständig aufgegeben."

„Ich verstehe das nicht recht — sagte ich. „Atavismus" nannte man zu meiner Zeit alle Fälle körperlichen, geistigen oder sittlichen Rückfalls auf eine niedrigere Entwickelungsstufe. Soll ich das so auffassen, daß auch das Verbrechen jetzt als ein derartiger Rückfall in die Zeit der Vorfahren angesehen wird?"

„Sie haben vollständig Recht — meinte Dr. Leete halb belustigt, halb verbindlich. Sie haben die Frage so präzis gestellt, daß ich sie einfach mit einem bestimmten Ja! beantworten kann. Damit will ich aber nicht etwa gesagt haben, daß wir uns heute für besser hielten als Sie, die Sie unsere Vorfahren sind .... Zu Ihrer Zeit entstanden mehr als neun Zehntel aller Verbrechen — wenn wir dieses Wort in seinem weitesten Sinne fassen wollen — aus der ökonomischen Ungleichheit der Individuen. Wie der Mangel den Armen, so trieb die Sucht nach größerem Gewinn und der Wunsch, den alten Besitz um jeden Preis zu erhalten, den Reichen zum Verbrechen. Der Wunsch nach Bereicherung, nach Geld war die Wurzel des großen Giftbaumes, den eine noch so verwickelte Maschinerie von Gesetzen, Gerichten und Behörden nicht hindern konnte, daß er mehr und mehr Ihre ganze Zivilisation überschattete. Indem wir das Volk zum Besitzer alles Eigenthums machten und Jedem eine behagliche Existenz verbürgten — auf der einen Seite allen Mangel beseitigten, auf

der anderen jede Anhäufung von Reichthümern verhinderten, schnitten wir diese Wurzeln ab, und der Giftbaum, der unsere Gesellschaft so lange überschattet hatte, mußte verwelken, in einem Tage, wie der Kürbiß des Jonas. Was die verhältnißmäßig wenig zahlreichen Gewaltthaten anbetrifft, bei denen keine Absicht auf Gewinn die Triebfeder bildete, so beschränkten sich diese schon zu Ihrer Zeit hauptsächlich auf unwissende und rohe Menschen und in unseren Tagen, wo Bildung und Erziehung nicht das Monopol Einzelner, sondern Allgemeingut sind, hört man kaum jemals von solchen Gewaltakten. Sie werden jetzt einsehen, warum wir für „Verbrechen" das Wort „Atavismus" gebrauchen; es geschieht, weil für alle Arten des Verbrechens, die Ihnen noch bekannt waren, jetzt eigentlich keine innere Veranlassung mehr vorliegt. Kommen solche dennoch vor, so können sie nur als Rückfälle auf die Gewohnheiten der Vorfahren erscheinen. Sie nannten zu Ihrer Zeit alle diejenigen Personen, welche stahlen, ohne daß sie einen vernünftigen Grund dazu hatten, „Kleptomanen", und wenn dies bewiesen war, so hielten sie es für unverständig, diese Leute als „Diebe" zu bestrafen. Bei uns kann es sich nach den ganzen Verhältnissen nur noch um derartige unvernünftige Kleptomanie handeln und unser Verhalten gegen solche Opfer des Atavismus ist daher nur vom Mitleid diktirt."

„Dann müssen Ihre Gerichte doch wenig zu thun haben — bemerkte ich. Wenn kein Privatbesitz mehr existirt, welcher der Rede werth ist, wenn die Geschäftsbeziehungen zwischen den Bürgern und die daraus entstehenden Streitigkeiten beseitigt sind, wenn kein Vermögen mehr zu theilen ist, keine Schulden mehr zu machen und zurückzuzahlen sind, dann giebt es ja überhaupt keine Zivilprozesse mehr und da alle Vergehen gegen das Eigenthum und Gewaltakte gegen die Person fast aufgehört haben, so sind auch die Kriminalfälle erledigt und Sie können ja nun fast ohne Richter und Rechtsgelehrte auskommen!"

„Das ist auch der Fall mit den Juristen — war Dr. Leete's Antwort. Es scheint uns durchaus nicht angebracht, daß in Prozesse, welche für die Nation nur das eine Interesse haben, die Wahrheit festzustellen, sich Personen mischen sollen, die ein sehr durchsichtiges Motiv haben,

die Sache zu gunsten der einen oder andern Seite zu entstellen.

. . „Auch die **Regierungen** in Ihrem Sinne, Herr West, sind überflüssig geworden durch die Vereinfachung des ganzen öffentlichen Lebens. Fast die einzige Aufgabe der Verwaltung besteht darin, die Industrien des Landes zu leiten. Die meisten Zwecke, um deren Willen früher Regierungen da waren, sind jetzi hinfällig geworden. Wir haben keine einzelnen Staats-Abtheilungen, keine Finanz-Verwaltungen mehr, keine Zölle und Steuern, keinerlei Abgaben und keine Steuer-Erheber. Der Regierung verbleibt, wie Sie wissen, nur noch die richterliche und polizeiliche Thätigkeit. Wie einfach unser Rechtssystem jedoch ist, wenn Sie es mit der riesigen und verwickelten Organisation Ihrer Zeit vergleichen, habe ich Ihnen schon auseinandergesetzt. Da auch die meisten Kriminalfälle und die Versuchung dazu kaum noch vorkommen, so ist auch die Zahl und die Thätigkeit der Polizei auf ein Minimum beschränkt."

„Aber wenn Sie keine Landtage haben, und der Reichstag nur auf ganz kurze Zeit zusammentritt, wie bringen Sie es dann überhaupt zu einer **Gesetzgebung?**"

„Wir haben keine Gesetzgebung, erwiderte Dr. Leete, oder doch wenigstens keine in Ihrem Sinne. Wenn Sie einen Augenblick nachdenken, Herr West, werden Sie finden, daß wir eigentlich gar keine Beziehungen der Menschen zu einander haben, welche zu ihrer Regelung Gesetze erforderlich machen. Die Grundlage, auf welcher unsere Gesellschaft beruht, ist eine derartige, daß alle Streitigkeiten und Unklarheiten beseitigt sind, die zu Ihrer Zeit eine Gesetzgebung nöthig gemacht haben. Volle 99 pCt. der Gesetze Ihres Zeitalters hatten die genaue Abgrenzung und den Schutz des Privat-Eigenthums zum Zweck, die Regelung der Beziehungen zwischen Verkäufern und Käufern, zwischen Gläubigern und Schuldnern. Wir haben jetzt weiter kein Privatvermögen als das zum persönlichen Gebrauch, keinen Kauf noch Verkauf, keine Verschuldung noch Begleichung von Schulden, und daher ist für uns natürlich jeder Anlaß zu Gesetzen fortgefallen, wie sie sich früher als nöthig herausstellten. Früher bildete die Gesellschaft eine Pyramide, die auf der Spitze stand; alle

Triebe der menschlichen Natur wirkten beständig dahin, diese Pyramide zu Falle zu bringen und man vermochte sie nur aufrecht oder vielmehr auf=unrecht — wenn Sie mir das schlechte Wortspiel gestatten wollen — zu halten, indem man sie mit einer ganzen Menge von Stützen, Pfeilern und Verankerungen umgab. Ein Reichstag und vierzig Landtage lieferten jährlich einige 20 000 Gesetze, um an die Stelle der alten zu treten, die theils zusammenbrachen, theils in Folge veränderter Verhältnisse unwirksam wurden. Jetzt ruht die gesellschaftliche Pyramide auf fester Basis, und sie bedarf ebensowenig künstlicher Stützen als die ewigen Berge."

„Aber Sie haben doch wenigstens **Gemeinde**verwaltungen neben der einen Zentral=Regierung?"

„Gewiß, und diese haben wichtige und ausgedehnte Aufgaben zu erfüllen, für die öffentliche Bequemlichkeit und Erholung wie für die Verbesserung und Verschönerung der Städte und Ortschaften zu sorgen!"

* * *

„Doktor — sagte ich im Verlaufe unseres Gesprächs — vom sittlichen Standpunkte ist Ihre Gesellschaftsordnung sicherlich der Art, daß man wahnwitzig sein müßte, wenn man sie nicht bewundern wollte beim Vergleich mit früheren Ordnungen, besonders mit der meines unglücklichen Jahrhunderts! Wenn ich heute wieder in einen tiefen hypnotischen Schlaf verfallen sollte und unterdeß die Entwicklung wieder zurück, anstatt vorwärts schreiten würde, so müßten gewiß alle meine Freunde, denen ich meine Erlebnisse erzählte, freudig zugestehen, daß diese neue Welt an Frieden und Glück einem wahren Paradies gleicht.

„Aber meine Zeitgenossen waren zugleich sehr praktische Leute und nachdem sie ihre Bewunderung über die sittliche Größe und den wirthschaftlichen Glanz Ihres Systems ausgesprochen hätten, würden sie sicherlich sofort zu rechnen beginnen und mich fragen, woher Sie denn die Mittel zu dieser allgemeinen Wohlfahrt erhielten. Denn sicherlich, wenn die ganze Nation so behaglich und selbst in Luxus leben soll, wie ich es hier in meiner Umgebung sehe, so gehört dazu doch ein viel **größerer Reichthum,** als das Volk meiner Zeit produziren konnte. Wenn ich also

Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

I. Serie. — 2. Heft.

Die Gewerkschaften,

ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

Nach einer Rede.

Von

Max Schippel.

— 2. vollständig umgearbeitete Auflage. —

Preis 15 Pfennige.

Berlin 1892.

Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.

(Th. Glocke.)

Inhalt.

	Seite
Die Gesetzgebung, die Behörden und die Gewerkschaften .	3
Kapitalist und Einzelarbeiter	9
Der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf den Arbeitsmarkt	15
Allgemeinere Einwendungen gegen die Gewerkschaften . .	20
Agitatorische und erzieherische Bedeutung	25
Bedeutung für die schließliche Emanzipation der Arbeiterklasse	29

Vorwort.

Das vorliegende Schriftchen ist aus einem Vortrag hervorgegangen, den ich 1889 hielt, um einige Gewerkschaften zu unterstützen, die über allzu geringe Theilnahme — besonders seitens der politisch entwickelteren Arbeiter — klagten. Die Berliner Maurer ließen den Vortrag als Flugschrift drucken, obwohl er bei seiner Abfassung kaum darauf berechnet war.

Er trägt auch jetzt noch deutlich das Gepräge einer Gelegenheitsarbeit. Da jedoch ihre ungewöhnlich starke Verbreitung und die fortgesetzte Nachfrage nach ihr dafür spricht, daß sie ein praktisches Agitationsbedürfniß erfüllt, so habe ich mich zu einer neuen Auflage entschlossen. Manche gar zu fühlbare Mängel der ersten Form werden nun wohl weggefallen sein.

Mai 1892.

Der Verfasser.

Fremdwörter: Koalition = Vereinigung; act, englisch = das Gesetz; Jakobiner = politischer Klub zur Zeit der französischen Revolution; Lockout (sprich Lock-aut) = Aussperrung der Arbeiter seitens des Kapitals; Code Pénal = das französische Strafrecht; drakonisch = hart, streng; Deportation = Strafverschickung in das Ausland; Meeting (sprich Mihting) = Versammlung; Trades Unions (sprich Trehds Juniönns) = Gewerkschaft.

Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

I.

In allen industriellen Ländern sehen wir heute die Gewerkschaftsbewegung mächtig sich entfalten. Das selbstständige politische Leben der Arbeiterklasse mag wenig entwickelt sein, wie in England — es mag in denkbar stärkster Weise pulsiren, wie in Deutschland — die gewerkschaftlichen Organisationen zeigen überall den gleichen rapiden Fortschritt, auch wenn Gesetzgebung und Unternehmerthum die sich sammelnden Massen mit einem wahren Kugelhagel von Feindseligkeiten überschütten.

So lange wie es einen Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit giebt, hat die Gesetzgebung immer die Organisationen der Arbeiter zu vernichten und lahmzulegen gesucht. In England hat sie allmählich diesen Versuch als aussichtslos und lediglich Erbitterung schaffend aufgegeben, nur einige Ueberlebsel bestehen noch in Gesetzen wie die Verschwörungsakte fort. In anderen Ländern ringen die Arbeiter noch um ihr volles Koalitionsrecht, wie das englische Proletariat jahrzehntelang darum rang.

In England war zu Anfang unseres Jahrhunderts jede Theilnahme an gewerkschaftlichen Organisationen und Bestrebungen gesetzlich verwehrt. Nachdem früher eine Reihe partieller Koalitionsverbote bald die Tuchmacher, bald die Färber und Weber, die Textil- und Eisenarbeiter und Hutmacher getroffen hatte, benutzte die englische Bourgeoisie die aus Frankreich herübergewehte Revolutionsfurcht, um 1799 und 1800 ein allgemeines,

drakonisches Koalitionsgesetz durchzudrücken. Dieses bedrohte mit Zuchthausstrafe alle Verabredungen, Versammlungen und Vereine von Lohnarbeitern zum Zwecke einer Lohnaufbesserung; Koalitionen von Unternehmern dagegen waren nur mit Geldstrafen zu treffen. „Als trotz alledem die Koalitionen und Koalitionsvereine der Arbeiter nicht aufhörten, wurden sogar die Bestimmungen des gegen die jakobinischen Verbindungen erlassenen Verbotes geheimer Gesellschaften auf Arbeiter, die zu Koalitionszwecken Briefe wechselten, angewandt." (Brentano.)

Die Arbeiter standen nun vor der Entscheidung, entweder ihre Lebensinteressen aufzugeben, oder sich geheim zu organisiren. Sie wählten das letztere, weil sie nicht anders wählen konnten. „Noch vor zwanzig Jahren erzählten Arbeiter, wie sie in ihrer Jugend die Bücher und Protokolle ihres Gewerkvereins in dem Moorland von Bolton in Lancashire zu vergraben hatten, wie bei der Aufnahme in den Verein furchtbare Eide geschworen und wie die Arbeiter ins Zuchthaus geschickt wurden, bloß weil sie einen Brief, der um Unterstützung bat, an die in einer anderen Stadt wohnenden Arbeiter getragen hatten. Die Arbeitgeber dagegen, die der Koalition zur Herabdrückung der Löhne überführt waren, wurden von den Friedensrichtern, die über ihre Standesgenossen zu urtheilen hatten, stets freigesprochen. Es ist uns — so heißt es im Unterhausbericht von 1824 — eine Reihe von Fällen vorgeführt worden, in denen Arbeitgeber wegen Koalirens zur Herabdrückung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit angeklagt wurden; aber kein Fall konnte beigebracht werden, in dem irgend ein Arbeitgeber für diese Gesetzübertretung bestraft worden wäre. So wurde das ungerechte Gesetz, — das die Arbeiter, die sich der Selbsthilfe bedienten, wie Verbrecher behandelte, — auch noch ungerecht angewandt." (Brentano.)

Die Reihen der Arbeiter schlossen sich trotzdem immer fester. Alle schlummernden moralischen Kräfte des Proletariats weckte und stählte dieser Kampf. Während die durch Gesetze sorgfältig geschützten Versicherungs- und Aktiengesellschaften der Kapitalisten oft genug ihre Kassen spurlos verschwinden sahen, blieben alle Gewerkschafts-

kassen der Arbeiter unversehrt, obwohl sie gesetzlich vogelfrei waren. „Die Geschichte dieser Verfolgungen und Kämpfe — heißt es in einem der besten englischen Werke über diese Frage — die Entbehrungen, welche die Arbeiter erduldeten, um ihre Unabhängigkeit zu wahren, das alles bietet ein Bild wahren Heldenmuthes. Wenn auch die Unterdrückung noch so grimmig sich gestaltete, wenn die Gesetze noch so feindlich und die Strafen für deren Uebertretung noch so grausam waren, so fuhren diese Männer doch fort, sich zu organisiren; um jeden Zollbreit Boden mußten sie kämpfen, bis sie nach einem endlosen Ringen dem Siege nahegekommen waren."*)

Diesen Sieg glaubten die Arbeiter mit dem Gesetze vom Jahre 1824, welches volle Koalitionsfreiheit zusicherte, erlangt zu haben. Aber schon 1825 trieben die Wühlereien der Unternehmer das Parlament dazu, wieder einen Schritt rückwärts zu thun. Das Gesetz 6 Geo. IV, c. 129 gestattete es, die meisten Koalitionen als „Verschwörungen" zu behandeln. Die Verfolgungen der Gewerkschaften begannen von neuem, die Prozesse und Verurtheilungen rissen nicht ab. 1834 wurden z. B. sechs Tagelöhner in Dorsetshire zu siebenjähriger Deportation verurtheilt, blos weil sie sich das Koalitionsrecht angemaßt hatten; es bedurfte großer Massenmeetings und Petitionsstürme, um die Begnadigung dieser Männer zu erlangen, und einige erfuhren erst nach langen Jahren von dieser Befreiung, da sie in den Strafkolonien Australiens sofort an Privatunternehmer, weit im Innern des Landes, „vermiethet" worden waren. 1847 gab es einen großen „Verschwörungs"prozeß, weil einige Arbeiter sich unterstanden hatten, gegen das Lehrlingsunwesen und die nicht tarifmäßig bezahlte Arbeit vorzugehen. Die Aufregung und Agitation, welche dieser Prozeß verursachte, hatten sich kaum gelegt, als eine noch viel weiterreichende Untersuchung wegen „Verschwörung" gegen 21 Maurer eingeleitet wurde. Es war wohl nur der erneuten öffentlichen Agitation zu danken, daß dieses gerichtliche Vorgehen mit einer Freisprechung endete, doch

*) Howell, the conflicts of capital and labour. London 1870 — 2. Aufl. 1890.

hatten die Betroffenen eine schwere Kostenlast zu tragen. Ein Sheffielder Gerichtshof verurtheilte 1848 um des gleichen Verbrechens willen mehrere Arbeiter zu zehnjähriger Deportation, erst die höhere Instanz gab den Männern die Freiheit. 1847 verursachten den Maschinenbauern von Newton ihre Prozesse eine Ausgabe von nahezu 52 000 Mark; 1848 mußten die Schleifer von Sheffield 24 000 Mark aus demselben Grunde zahlen; den Zinnblecharbeitern von Wolverhampton nahm man 1851 auf diese Weise 77 100 Mark ab, so daß diese drei Gewerkschaften innerhalb dreier Jahre einen Aderlaß um mehr als 150 000 Mark durch die „Rechtsprechung" erfuhren.

Das Unhaltbare und selbst für die herrschenden Klassen Gefährliche eines solchen Zustandes fühlte man mehr und mehr auf allen Seiten, und als 1859 der große Streik und Lockout im Londoner Baugewerbe die allgemeine Aufmerksamkeit nochmals mächtig aufrüttelte, wurde der Umschwung in der öffentlichen Meinung unaufhaltsam. Die alten Schranken brachen zusammen; seit dem Gesetz von 1871 und der Novelle von 1876 besteht für die englischen Arbeiter die volle Koalitionsfreiheit.

Einen ähnlichen Verlauf nahm die Entwickelung in Frankreich, dessen Arbeiter noch nach dem Kommuneaufstand von 1871 die schwersten Einschränkungen ihrer Organisationen erdulden mußten. Als die französische Bourgeoisie durch die Revolution zur Herrschaft gelangt war, verbot sie (1791) gesetzlich, daß „Bürger von gleichem Beruf und Gewerbe" Verbände bildeten; öffentliche Versammlungen der Arbeiter sollten ohne Weiteres als „aufrührerische Zusammenrottungen" behandelt werden. Fachvereine konnten somit nur im Geheimen bestehen; „traten sie aber zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten ein, so machten sie sich außerdem des Koalitionsverbotes schuldig", welches im Gewerbegesetz des Jahres XI und dann in den Artikeln 414—16 des Code Pénal ausgesprochen war. In der Fassung von 1849 war jede Verabredung zu gleichzeitiger Niederlegung der Arbeit, zur Beeinflussung der Arbeitszeit oder überhaupt zur

Verhinderung oder Vertheuerung der Arbeit unter Strafe gestellt. Bald organisirten sich deshalb die Arbeiter weiter im Geheimen, bald benutzten sie die Hilfskassen ihrer Berufe als Unterschlupf für gewerkschaftliche Zwecke. Zwischen 1853 und 1862 sind nach v. d. Osten nicht weniger wie 3909 Arbeiter wegen Betheiligung an 749 Koalitionen strafrechtlich verurtheilt worden. Erst mit den Gesetzen von 1864, 1868 und 1884 haben die französischen Arbeiter das Koalitionsrecht gewonnen. Massenhaft jedoch machten in den letzten Jahren die Unternehmer den Austritt aus den Fachvereinen zur Bedingung weiterer Beschäftigung, so daß augenblicklich zwischen Senat und Deputirtenkammer ein Gesetzentwurf hin und her geschoben wird, der diese Art von Boykott verhüten soll — was ihm selbstverständlich selbst bei seiner Annahme nur zum Schein gelingen könnte; die Unternehmer werden den Kampf gegen die Fachvereine darum nicht aufgeben, sondern nur mit anderen Mitteln führen.

Oesterreich hat nach langen Kämpfen, die schließlich 1869 in der großen Demonstration der Wiener Arbeiter vor dem Parlamente gipfelten, seit 1870 das Koalitionsrecht. Aber neben ihm stehen noch immer die Galgen der Vereins- und Armengesetzgebung. Die Behörden können Vereine verbieten, welche nach ihrem Zweck oder ihrer Einrichtung gesetz- oder rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Ist die Polizei so liberal, aus diesem Grunde einen Fachverein nicht aufzulösen, so kann sie ihm doch untersagen, Beschlüsse zu fassen, durch welche der Verein in einem Zweig der Gesetzgebungs- oder Exekutivgewalt sich eine Autorität anmaßt. „Unter Berufung auf diese Bestimmung vermochte die Wiener Behörde den Fachverein der Bäcker polizeilich zu sistiren, weil derselbe eine statistische Erhebung über die Lage der in Bäckereien beschäftigten Arbeiter unternommen hatte" (Herkner)! Die in Streik getretenen Arbeiter laufen jeden Tag Gefahr, als Personen ohne Erwerb und Einkommen in ihre Heimathsgemeinde „abgeschoben" zu werden! Der Kampf um ein wirkliches, volles Koalitionsrecht ist also hier noch lange nicht zu Ende.

Aehnlich ist die Lage in Deutschland, obwohl der Fortschritt ein unverkennbarer ist. Das Reichsgesetz vom Jahre 1731 hatte die streikenden Gesellen „bei hochgetriebener Renitenz und wirklich verursachtem Unheil“ sogar mit Lebensstrafe bedroht. Das preußische Landrecht verbot vor hundert Jahren alle Koalitionen. In Bayern gab es nach dem Gesetze von 1809 für die Theilnahme an Verbindungen mit gewerkschaftlichen Bestrebungen 1—6 Monate Gefängniß und Prügelstrafe. Das Königreich Sachsen gab sein Koalitionsverbot 1861 auf, das Deutsche Reich im allgemeinen erst 1869—1872.

Die formell zugestandene Koalitionsfreiheit wurde jedoch immer wieder durch die behördliche Praxis durchbrochen, besonders in der schmachvollen Aera des Sozialistengesetzes. Zuletzt wurden in Preußen die Behörden durch den bekannten Ministerialerlaß vom 11. April 1886 angewiesen, nicht nur den durch den „Terrorismus“ streikender Arbeiter betroffenen Personen „Schutz und Beistand“ zu gewähren, sondern auch diejenigen streikenden Arbeiter zur Strafe zu ziehen, welche andere durch „Ueberredung und Verführung“ zu bestimmen suchen, die Arbeit niederzulegen, oder eine Arbeit nicht anzunehmen; in dem Augenblick, wo die sozialdemokratische „Tendenz“ eines Streiks zu Tage trete, sollte „auch die Nothwendigkeit gegeben sein, gegen die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Kundgebungen auf dem Gebiete der Presse, sowie des Vereins- und Versammlungswesens“ die Vorschriften des Sozialistengesetzes „mit Strenge“ in Anwendung zu bringen.“ Da für die Polizei wie für den damaligen Polizeiminister v. Puttkamer hinter jedem Streik „die Hydra der Revolution“ lauerte, so war thatsächlich jede gewerkschaftliche Bewegung der Willkür der Behörden überantwortet.

Auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes hat sich in dem Verfahren von oben nicht allzu viel geändert. Die einzelstaatlichen Versicherungsgesetze, nach denen „Versicherungs“-Gesellschaften einer weitgehenden behördlichen Einmischung unterstehen — die Vereinsgesetze, nach denen „politische“ Vereine nicht in Verbindung treten dürfen — unglaubliche Auslegungen des § 153 der Gewerbeordnung (Drohung, Ehrverletzung,

Verrufserklärung betreffend), der Bestimmungen über „Erpressung“ und „groben Unfug“ — tausenderlei Hemmnisse stehen heute noch in Deutschland einer freien Entfaltung der gewerkschaftlichen Organisationen und Bewegungen entgegen. Bringt man es doch im Königreich Sachsen sogar fertig, Arbeitervereine aller Art als „Vereine, in deren Zwecke es liegt, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen“ (§ 20 des sächsischen Vereinsgesetzes) zu verbieten! Wie mancher Aufruf zu Sammlungen für Streikende ist als Aufforderung zu einer nicht genehmigten öffentlichen Kollekte bestraft worden!

Wir haben mithin zwar keine ausdrücklichen Koalitionsverbote mehr, doch ein freies Koalitionsrecht nur auf dem Papier — ganz abgesehen davon, daß die meisten landwirthschaftlichen Arbeiter in Deutschland ein Koalitionsrecht überhaupt noch nicht besitzen.

In allen Ländern entrollt sich dasselbe Bild vor unseren Augen: die Unternehmer fürchten den vereinten, gewerkschaftlichen Lohnkampf der Arbeiter; und weil sie ihn fürchten, benutzen sie nicht nur direkt (durch Entlassung und Aushungerung der Gewerkschaftsmitglieder) ihre wirthschaftliche Macht, sondern auch indirekt ihren Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung zur möglichsten Lahmlegung der gewerkschaftlichen Organisationen. Ueberall haben sich die Gewerkschaften gegen eine Welt von Verfolgungen aufrechthalten und durchringen müssen.

Ein Beweis, welche eminente Bedeutung ihnen in den heutigen Klassenkämpfen beigelegt wird!

Warum aber fürchten die Unternehmer den gewerkschaftlichen Lohnkampf so sehr, daß sie ihn jederzeit und überall mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern gesucht haben?

II.

Wenn wir die Ursachen davon kennen lernen wollen, so brauchen wir nur den Lohnkampf, wie ihn das Kapital überall zu erhalten und zu gestalten wünscht, das heißt also den Kampf zwischen Unternehmer und Einzelarbeiter,

um Lohn, Arbeitszeit, Behandlung und alle sonstigen Arbeitsbedingungen etwas näher zu betrachten.

Auf der einen Seite steht hier der Kapitalist. Gesetzliche Schranken sind ihm heute fast gar nicht gezogen, er kann nach Belieben den Lohn drücken, nahezu oder ganz nach Belieben die Arbeitszeit verlängern, so ziemlich nach Belieben entwürdigende Fabrik- und Werkstatt-Ordnungen auferlegen — nur sein eigenes persönliches Interesse ist für ihn maßgebend.

Und das persönliche Interesse am freien Arbeiter, an der lebenden freien Arbeitskraft ist bei dem Unternehmer an sich viel geringer als es etwa sein Interesse als Sklavenhalter an seinem Arbeiter als Sklaven wäre. Der Sklave würde zum Besitze seines Herrn gehören, er wäre mit den eigenen Mitteln des Herrn aufgekauft oder auferzogen worden; was ihm mithin Uebles widerführe, was ihn schwächte und aufriebe, daß stieße dem Besitze des Herrn zu, das empfände dieser als eigene Gefährdung und Schädigung.

Für den Unternehmer giebt es keinerlei eigene materielle Interessen, die ihn nöthigen, sich in dem Maße der Ausnutzung der fremden Arbeitskraft Grenzen zu setzen oder dem Arbeiter eine besondere Fürsorge zu widmen. Er ist seiner ganzen ökonomischen Stellung nach der härteste Herr, der sich denken läßt. Was er trotzdem bei Festsetzung des Arbeitskontraktes, der Arbeitsbedingungen zugesteht, daß muß ihm abgezwungen werden, abgezwungen durch die Gegenseite im Lohnkampfe. Das Verhältniß des Unternehmers zum Arbeiter ist heute aller gemüthlich-familiären Beziehungen, aller persönlichen Rücksichten entkleidet, die selbst beim Sklavenhalter noch maßgebend sein würden.

Bei der Entscheidung im Lohnkampfe ist daher nach oben auf irgend welche Rücksichtnahme nicht zu rechnen: diese Entscheidung gestaltet sich vielmehr in der modernen kapitalistischen Wirthschaft nur zu einer bloßen ökonomischen Machtfrage, zu der Frage der Widerstandsfähigkeit des Arbeiters.

Wie sieht es nun mit der Macht dieses Arbeiters aus? Ist er, der Einzelne, wenn er sich nur der vollen

rechtlichen Freiheit erfreut, im Stande, sich eine immer höhere Lebenshaltung zu erkämpfen?

Freilich, die Produktionsfähigkeit des Arbeiters macht immer glänzendere Fortschritte, wer wollte das leugnen? Die Schaffenskraft der Menschheit hat sich in einem Jahrhundert gesteigert, wie früher in einem Jahrtausend nicht. Aber die Arbeiterklasse, die Schöpferin aller dieser vordem ungekannten Fülle von Gütern, ist darum kaum einen Schritt fortgerückt von jener Grenze, an der nothdürftige Lebenserhaltung und langsames Verhungern sich gerade scheiden. Im Gegentheil! Jeder technische Aufschwung bedeutet weiter nichts, als daß vom Kapital zur Herstellung der gleichen Waarenmasse immer weniger Arbeiter verlangt werden; er bedeutet, daß — wenn die Arbeiter keine Gegenmittel zu ergreifen wissen — die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt eine immer verzweifeltere wird, daß die Furcht, stellenlos zu bleiben, mehr und mehr überhand nimmt und die Arbeiter immer mehr dazu treibt, sich zu immer elenderen Löhnen anzubieten, um nur unterzukommen.

Und während so im Lohnkampfe die Konkurrenz unter den Arbeitern schon darum wächst, weil das Kapital immer mehr Arbeiter durch Maschinen ersetzt, also immer weniger Arbeiter braucht, strömen auch noch ganz neue Konkurrenten herbei, die früher gar nicht in Frage kamen und darum den Lohn nicht drücken konnten.

Die modernen Verkehrsmittel gestatten es dem Kapital, zur Deckung des Bedarfes an Arbeitskräften zurückgebliebene Gegenden heranzuziehen, die bisher von den höher entwickelten Bezirken ganz abgeschlossen waren, deren Einwohner selbst die nothwendigsten Bedürfnisse einer höheren Kultur nicht kennen und daher selbst bei den menschenunwürdigsten Löhnen heranzulocken sind. Das ist eine Konkurrenz, die erst durch die modernen Verkehrsmittel möglich wurde und die sich immer fühlbarer macht, da selbst fremde Welttheile heute ihre Kulis auf den großindustriellen Markt werfen.

Aber eine noch gefährlichere Armee von Konkurrenten stampft der maschinelle Fortschritt gleichsam aus dem Boden. Die Weiber und Kinder konnten sich früher nur in beschränktem Maße der Produktion widmen, weil

diese in ihrem ursprünglichem Betriebe robuste Menschenkräfte erforderte. Jetzt hat das aufgehört, die Kraftleistungen übernimmt mehr und mehr die Maschine, dem Menschen fällt in immer wachsendem Maße nur die Rolle des Aufsehers zu, und dazu gehen auch Weiber und selbst Kinder an. Der Unternehmer kann sie jetzt brauchen, und da sie billiger zu haben sind, wie andere Arbeitskräfte, so wird die Existenz des erwachsenen Mannes der Arbeit auch auf diese Weise eine immer gefährdetere.

Und noch aus einer dritten Ursache wüthet die Konkurrenz unter den Arbeitsuchenden immer verheerender. Die bankerott gewordenen Kleinbesitzer, die Kleinmeister, Kleinbauern und Kleinhändler, die mit dem Großkapital nicht gleichen Schritt zu halten vermochten und all ihr Eigenthum einbüßten, sie beschreiten jetzt ihrerseits den Kampfplatz, um sich wenigstens am Leben zu erhalten, da sie im Besitz nicht bleiben konnten.

Also auf Seiten des Kapitals die Tendenz, mit immer weniger Arbeitern auszukommen! Auf Seiten der Arbeiter eine Tendenz zu beständiger Vermehrung der Stellungsuchenden, durch den früher nicht vorhandenen Zustrom von Weibern und Kindern, von depossedirten Kleinbesitzern, von zurückgebliebenen Elementen der Provinzen und des Auslandes.

Das ist die Ursache der immer hilfloseren Lage des Einzelarbeiters im Lohnkampfe, so daß in der Gegenwart ganze Arbeiterschichten nicht einmal den „nothdürftigen Lebensunterhalt" mehr beziehen. Breite Massen erhalten ihn selbst in den Zeiten besseren Geschäftsganges nicht und verkümmern daher körperlich immer mehr zu einem welken, zwerghaften Geschlecht. Und weitere Hunderttausende schlagen sich wohl in besseren Zeiten gerade durch, ohne zu hungern; in den Zeiten der Krisis tritt die Noth aber auch an sie in furchtbarster Form heran, sie sind auf die Verpfändung selbst des unentbehrlichsten Hausrathes, auf fremde Unterstützungen, vielleicht gar in der schimpflichen Gestalt des öffentlichen Almosens, angewiesen; der Lohn ihrer ehrlichen Arbeit hat ihnen mithin eine dauernde, wenn auch noch so kümmerliche Existenz nicht gewährt.

Es bedarf vor Arbeitern kaum besonderer Belege hierfür. Doch seien zwei Beispiele angeführt.

Die Kindersterblichkeit ist im Arbeiterstande jederzeit eine ganz enorme, weil schwächliche Eltern schwächliche Kinder gebären, weil die Mütter in die Fabriken eilen und ihre Kleinen unbeaufsichtigt zu Hause lassen müssen — zu Hause zu bleiben oder die Kinder außer Hause zur Wartung und Erziehung zu geben, zu beidem fehlen ihnen die Mittel. Die Mittel zur Erhaltung und Aufziehung der Kinder gehören aber doch auch zum „nothwendigen Lebensbedarf" einer Arbeiterfamilie. Uebersteigt also die Sterblichkeit der Arbeiterklasse so gewaltig die der anderen Kreise, so heißt das einfach mit anderen Worten, daß die Gesellschaft den Arbeitern den nothwendigen Lebensbedarf versagt. Und dieser Zustand führt mitunter zu ganz unglaublichen Folgen. In belagerten Städten hat man zuweilen einen Rückgang der Kindersterblichkeit bemerkt. Warum? Wenn der Feind vor den Thoren lagert, wenn die Zufuhren stocken, wenn die Fabriken sich schließen — dann hätte der Tod doch um so furchtbarer hausen müssen? Aber die Gesellschaft wird sich hier gleichsam zum ersten Male ihrer Pflichten gegen die Besitzlosen bewußt: sie theilt vielleicht der Bevölkerung täglich ihre Rationen zu, jedenfalls aber giebt sie, durch den Stillstand der Industrie, die Mütter ihren Kindern wieder, und trotz der denkbar ungünstigsten äußeren Verhältnisse wird so die Arbeiterfamilie eine Zeit lang über die früheren Lebensverkümmerungen emporgehoben, welche ihr die Entscheidung des Lohnkampfes brachte. Der Lohnkampf mit dem Unternehmerthum lastete schwerer auf ihr, als der Krieg mit dem auswärtigen Feinde. — Die geringere Kindersterblichkeit, welche in England zu Ende der siebziger Jahre eintrat, wurde ebenfalls — wie oft schon früher — von vielen angesehenen Statistikern und Aerzten der Arbeitslosigkeit der Mütter zugeschrieben. Besser gar keine Arbeit und gar keinen Verdienst, als die Arbeit und die Löhne, wie sie heute sich entwickeln.

Noch eine andere Thatsache sei hier erwähnt, welche zugleich beweist, wie richtig unsere Schilderung der Stellung des heutigen Unternehmers zum freien Arbeiter war. Die Statistik hat bekanntlich den engen Zusammenhang zwischen

dem Steigen der Getreidepreise und der größeren Sterblichkeit der Bevölkerung klargelegt. Damit ist zu gleicher Zeit erwiesen, daß sich der Lohn den Preisen der hauptsächlichsten Bedarfsartikel, die zum nothwendigen Lebensunterhalt gehören, nicht immer anzuschmiegen vermag. Steigen die letzterwähnten Preise, so steigt nicht entsprechend das Geldeinkommen der Arbeiterklasse. Diese muß sich in ihrem Konsum einschränken, und da dieser Konsum schon bisher in den untersten Schichten nur gerade zum Ersatz der nothwendigsten Kräfte ausreichte, so schwillt mit einem Male die Sterblichkeit an. — Nun haben wir auch Arbeitsthiere, die bei der Produktion verwendet werden, und auch die Nahrungsmittel dieser Thiere schwanken im Preise. Aber diese Thiere sind im Besitz des Herrn, so gut wie früher der Sklave, und diesen Besitz darf der Herr nicht verkommen lassen, weil er jeden Verlust aus der eigenen Tasche zahlt. Das nöthige Futter muß also herangeschafft werden und wenn es auch beträchtlich theurer geworden ist. Und so stellt sich denn das verblüffende und doch auch wieder ganz natürliche Ergebniß heraus, daß z. B. die Pferde nicht massenhafter wegsterben, wenn das Heu und der Hafer im Preise steigen, daß dies aber mit dem „freien" Arbeiter geschieht, wenn Roggen und Weizen sich vertheuern.

* * *

Das hier Entwickelte können wir dahin zusammenfassen:

Der Arbeiter hat von oben her, vom Kapitalisten, nichts zu seiner Förderung zu erwarten. Was ihm an besseren Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen zu Theil wird, das muß er sich erkämpfen, erzwingen durch seine Machtstellung.

Der Einzelarbeiter aber ist keine Macht, er ist vollständig ohnmächtig gegen den Besitz und erringt daher oft genug nicht einmal den nothwendigsten Lebensbedarf für sich und seine Familie.

III.

Nun haben sich die Arbeiter in Gewerkschaften zusammengeschlossen, um ihre elenden und unwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern.

Aber vermag denn ein Verband oder eine Organisation etwas zu erreichen, was über die Kräfte des Einzelnen hinausgeht, oder gelten für den Verband nicht ebenso wie für den Einzelnen die Gesetze von Angebot und Nachfrage, wonach die Löhne sinken und alle Arbeitsbedingungen sich verschlechtern müssen, wenn mehr Arbeiter da sind, als das Unternehmerthum augenblicklich zu gebrauchen vermag und zu verwenden gedenkt? Kann ein Verband die Unternehmer zwingen, mehr Arbeiter wie sonst zu gebrauchen, um hierdurch den Kampf um die Stellung unter den Arbeitern zu mildern und den Lohn zu steigern? Oder kann ein Verband bei gleichbleibender Nachfrage seitens der Unternehmer die sich anbietenden Arbeiter der Zahl nach verringern und dadurch die Arbeitslöhne und Arbeitsverhältnisse günstig beeinflussen?

Beides ist oft als unmöglich und darum die Wirksamkeit der Gewerkschaften als ganz illusorisch hingestellt worden, und doch kann hier durch zielbewußte und wohlgeleitete Arbeiterorganisationen vieles erreicht werden.

Betrachten wir zunächst einmal das Angebot der Arbeitskraft.

Dadurch vermögen wir es allerdings nicht zu vermindern, daß wir die überzähligen Kräfte einfach aus der Welt schaffen. Auch die Hemmung in der Kindererzeugung, wie sie uns die Malthusianer ans Herz legen, könnte — selbst wenn die Malthusianer und nach ihnen Lassalle in seiner Begründung des ehernen Lohngesetzes Recht hätten — höchstens nach fünfzehn oder zwanzig Jahren auf den Arbeitsmarkt von Einfluß sein; das wäre aber für die Gegenwart kein Trost und für die Zukunft keine Bürgschaft für irgend welchen Erfolg, da unterdeß aus den widerspruchsvollen Bewegungen der kapitalistischen Gesellschaft heraus ganz andere Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eingetreten sein könnten, für welche der

etwas größere oder kleinere Bevölkerungszuwachs ganz ohne Bedeutung wäre.

Die Gewerkschaft muß mithin in anderer Weise auf das Angebot einwirken, und sie thut das schon in ihren Anfängen, ohne äußerlich wahrnehmbare Kraftproben, dadurch, daß sie die Arbeiter zu höheren Bedürfnissen und damit zu höheren Ansprüchen erzieht.

Heute bieten sich z. B. Arbeiter in Massen zu einer zwölf-, ja vierzehn- und selbst sechszehnstündigen Arbeit an, weil sie es in ihrer Zurückgebliebenheit und Gleichgültigkeit nicht anders wissen. Da kommt die Gewerkschaft, sie hält Versammlungen ab, sie gründet Fachblätter, sie verbreitet Flugschriften und legt es allen ans Herz, wie sie sich an ihrer eigenen Gesundheit versündigen, wie sie ihr eigenes Leben langsam untergraben, wenn sie die übermäßige Arbeit auf sich nehmen, wie sie geistig und sittlich verthieren, wenn sie außer der Zeit ihrer Ausbeutung nur noch Zeit zum Schlafen übrig behalten, wie sie sich an der Nachkommenschaft versündigen, wenn diese, für welche die Gesellschaft nicht sorgt, auch noch des letzten Restes der häuslichen Pflege und Erziehung verlustig geht. Die Folge davon, daß die Masse der Arbeiter auf diese Weise aufgeklärt und aus ihrer „verdammten Bedürfnißlosigkeit“ aufgerüttelt wird, wird zweifellos sein, daß zu so übermäßiger Arbeitszeit nur ein immer kleinerer Theil noch zu haben ist, daß mit anderen Worten der Unternehmer schließlich niemanden mehr auf dem Arbeitsmarkt findet, der sich zu vierzehn- und sechszehnstündiger Arbeit versteht, daß das Angebot von Arbeitskraft also ein wesentlich verändertes, für die Arbeiter günstigeres geworden ist.

Oder ein anderes Beispiel! In einem Gewerbe herrschen die schauderhaftesten Fabrik- und Werkstattordnungen. Für jeden, gar nicht zu vermeidenden Fehler wird der Arbeiter mit hohen Geldbußen bestraft, täglich und stündlich droht ihm auf die lächerlichsten Kleinigkeiten hin die sofortige Entlassung, er muß sich wie ein unter Polizeiaufsicht stehender Verbrecher der unwürdigsten Kontrole unterwerfen. Das war bisher nicht abzuändern, weil sich genug Arbeiter anboten, die mit solchen Bedingungen zufrieden waren. Da tritt wiederum die Ge-

werkschaft hinaus unter die Angehörigen ihres Gewerks, sie weckt ihr Selbstständigkeitsgefühl und ihren Stolz, sie betont das Unwürdige solcher Verhältnisse, sie weiß den Berufsgenossen zum Bewußtsein zu bringen, was sie bisher kaum fühlten oder in dumpfem Groll wie etwas von jeher Bestehendes und darum Unabänderliches ertrugen. Und da stellt sich wiederum das Ergebniß heraus: wenn die Masse der Arbeiter aufgeklärter und selbstbewußter ist, dann findet der Unternehmer die geduldigen Arbeitsthiere nicht mehr, die das alte Joch weitertragen; das Angebot der Arbeitskraft ist ein anderes geworden, und darum werden auch die Arbeitsbedingungen vielfach günstigere werden.

Und wie mit Arbeitszeit und Arbeitsordnung während der Produktion, so steht es auch mit den Lebensgewohnheiten außerhalb der Produktionsstätten, zu Hause, im gesellschaftlichen Verkehr, im Genusse des Lebens, in der Theilnahme am geistigen und künstlerischen Schaffen der Zeit. Jede Steigerung dieser Lebensgewohnheiten, jede Erhöhung dieser Lebenshaltung wirkt wie eine Erhöhung der Produktionskosten der Waare Arbeitskraft, welche den Besitzer dieser Waare — den Arbeiter — ganz von selber veranlaßt, in seinem Angebotspreise nie mehr so tief herabzugehen, wie früher.

So sind die Gewerkschaften, noch ehe sie eigentlich als Organisationen auf dem Kampfplatz erscheinen, schon von unschätzbarem Werth für die günstigere Gestaltung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkte, lediglich durch ihre *moralische, erzieherische Wirkung auf den Einzelarbeiter.* Die Waare Arbeitskraft hat gleichsam, im Unterschiede von anderen Waaren, selber ein Wörtchen mitzureden, was ihre Produktionskosten — die Lebensgewohnheiten der Arbeiter — sein sollen, und unter welchen Bedingungen und Einschränkungen sie sich — in der Fabrik und Werkstätte des Kapitalisten — konsumiren lassen will. Nach beiden Seiten steht den gewerkschaftlichen, wie allen anderen Vereinigungen der Arbeiter noch ein ungeheures Thätigkeitsfeld — zur Aufhetzung und zur Stiftung von Unzufriedenheit, wie die Unternehmer sagen — offen. Doch wirken hier die Gewerkschaften, infolge ihrer

ganzen Grundlage, unmittelbarer und nachhaltiger wie irgend welche anderen Organisationen.

Am stärksten wirken sie jedoch, wenn sie in kritischer Lage oder in Zeiten wirklicher offener Konflikte ihren Schild über die einzelnen Arbeiter halten. Der einzelne Arbeiter kann die Lage des Arbeitsmarktes meist nicht übersehen; erst die in ihrer weitverzweigten Organisation wie allgegenwärtige Gewerkschaft verhilft ihm zu dieser Kenntniß. Der einzelne Arbeiter kann nicht ab- und zuwandern, je nachdem die Ungunst oder die Gunst der Lage am Orte es erfordert; die Gewerkschaft erst gestattet es, den wechselnden Konjunkturen entsprechend zu handeln. Der Einzelarbeiter ist, wie ein beständig vor dem Bankerott Stehender, zu fortwährendem Verkauf zu Verzweiflungspreisen gezwungen; die Gewerkschaft gestattet die Zurückhaltung seiner Waare bis zu günstigeren Zeiten oder doch soweit, daß die vernichtende Konkurrenz der Arbeiter untereinander gemildert oder ganz aufgehoben wird.

So wird der Arbeiter erst durch die Gewerkschaften zum freien, gegen das Kapital widerstandsfähigen Waarenverkäufer. Oder wie Prof. Brentano hauptsächlich in Hinblick auf England sagt: „Durch diese Organisation werden die beiden Hauptnachtheile, unter welchen der Arbeiter als Waarenverkäufer leidet, beseitigt. Nämlich einmal die Vorbehaltlosigkeit seines Angebotes: die Gewerkvereine geben den Arbeitern die Möglichkeit, gleich anderen Waarenverkäufern selbstständig ihre Verkaufsbedingungen geltend zu machen, eintretende Verbesserungen des Marktes sofort zu benutzen und bei zu niedrigem Kaufgebote mit dem Verkauf ihrer Waare zurückzuhalten. Ebenso aber wird durch die Gewerkvereine die Unfähigkeit der Arbeiter, das Angebot ihrer Waare der gegenwärtigen Nachfrage anzupassen und auf das zukünftige Angebot derselben Einfluß zu üben, beseitigt. Das erste geschieht, indem die Gewerkvereine die Arbeit von Orten, wo sie nicht begehrt wird, zurückziehen, um sie an Orten, wo Nachfrage besteht, auszubieten, und indem sie bei sinkender Nachfrage nach Arbeit die Arbeiter, die infolge des Rückganges beschäftigungslos sind, aus ihren Mitteln erhalten oder eine Verkürzung der Arbeitszeit aller Beschäftigten herbeiführen."

Ueberall alſo als Folge des Eingreifens der Gewerkſchaften, nicht nur durch das äußerſte Mittel, die Streiks, die Beeinfluſſung des Angebotes an Arbeit und zwar zu gunſten der Arbeit.

Ebenſo ſteht es mit der Wirkung auf der Seite der Unternehmer, auf Seite der Nachfrage!

Wenn früher, bei vierzehnſtündiger Arbeitszeit der Unternehmer zur Herſtellung einer gewiſſen Produktenmenge, ſagen wir 1000 Arbeiter brauchte, ſo braucht er — wenn er ſeine ganze Betriebsweiſe nicht raſch ändern kann — bei zehnſtündiger Arbeitszeit gegen 1400 Arbeiter, alſo beträchtlich mehr, und das muß Löhne, Arbeitsbedingungen und alles auf das günſtigſte für die Arbeiter beeinfluſſen.

Manches wird der Unternehmer dem Arbeiter gar nicht erſt zu bieten wagen, wenn er weiß, daß dann alle ſeine Angeſtellten einmüthig zu feiern entſchloſſen ſind, weil ſie die Unterſtützung der Gewerkſchaft hinter ſich haben, ohne die ſie allerdings verloren und zum Nachgeben gezwungen wären. „Wenn der Unternehmer auch nicht, wie ſeine Arbeiter, den Streik in ſeinem eigenen Heim, an ſeinen Nahrungsmitteln, ſeiner Bekleidung fühlt, ſo hat er doch Lieferungen und Miethe zu bezahlen, ſowie anderen Forderungen zu begegnen, ſo daß es ihm durchaus nicht einerlei ſein kann, ob ſein Geſchäft ſtille ſteht oder nicht. Selbſt wenn ein Streik erfolglos iſt, ſo bringt derſelbe die Unternehmer auf den Gedanken, er könne ſich wiederholen und alsdann verhängnißvoll für ſie werden. Die Furcht vor einem anderen Streik ſteht ihnen immer vor Augen und bewegt ſie mehr, Gerechtigkeit zu üben*)." Aber immer iſt hier die Vorbedingung, daß die Mitarbeiter des Berufs einig zuſammenſtehen; kein Kapitaliſt braucht die Arbeitsniederlegung des Einzelnen zu fürchten, weil für dieſen hundert Erſatzmänner bereit ſtehen, wenn die Gewerksgenoſſen keine geſchloſſene, zum Widerſtand bereite Truppe bilden.

---

*) Charles F. Peck, Arbeitskommiſſar des Staates New-York in ſeinem 5. Jahresbericht.

Aus allen diesen Gründen können Gewerkschaften in der That eine Macht werden, mit welcher die Unternehmer rechnen müssen, während der Einzelne ohnmächtig sich aufbäumt.

IV.

Doch damit sind die Gegner der Gewerkschaften noch lange nicht zur Ruhe gebracht. Sie haben noch Einwände viel allgemeinerer Art zur Hand und wir müssen auch bei diesen noch einen Augenblick verweilen.

Da hört man zunächst oft sagen: Der schlechte Geschäftsgang ist heute fast zur Regel geworden; kommen aber doch einmal bessere Zeiten, macht sich doch einmal ein Aufschwung bemerkbar, dann ruiniren die Arbeiter wieder die günstige Gelegenheit, indem sie streiken und so einen künstlichen Stillstand herbeiführen. So hieß es z. B., als die rasche Beendigung des Hamburger Zollanschlusses dem Bauhandwerk reiche Beschäftigung gab, in den betheiligten Unternehmerkreisen: jetzt haben wir endlich einmal vollauf zu thun und nun verderben die Arbeiter wieder alles.

Wir wollen es vorläufig dahingestellt sein lassen, ob die Streiks der Arbeiter in der That so häufig sind, daß zu derartigen Behauptungen ein Grund vorliegt. Aber wenn es der Fall wäre, gegen wen würden denn diese Thatsachen sprechen? Gegen die Arbeiter, welche bei besserem Geschäftsgange auch ein paar Pfennige mehr verdienen wollen, oder gegen das *wirthschaftliche System*, welches es verhindert, daß beim Aufschwung der Wirthschaftszustände auch etwas für den nothbedrückten Proletarier abfällt, der selbst inmitten des allgemeinsten Ueberflusses um jeden Bissen Brot erst *kämpfen* muß, weil alle Vortheile zunächst ausschließlich den Unternehmern zufließen? Daß er darum kämpft, ist sein gutes Recht; es hat bisher für den *Ruhm* des Mannes gegolten, um sein Recht zu kämpfen, und wenn dieser Kampf in die *besseren* Zeiten fällt, so kann er das nicht ändern. Unrecht und der Aenderung bedürftig ist nur ein *System*, welches die arbeitende und doch entbehrende Armuth selbst

in den Zeiten besseren Geschäftsganges dazu zwingen möchte, bei allem Aufschwung mit leeren Händen auszugehen, während der nichtarbeitende und doch genießende Besitz sich die vollen Taschen noch mehr füllt.

Aber der Produktionsstillstand, welchen die Streiks hervorrufen? Ist es nicht Wahnwitz, die Maschinen feiern und die Hände ruhen zu lassen, aus deren Regen und Wirken alle Güter entstehen, deren die Menschheit bedarf? Heißt das nicht frevelhaft ein Element der Störung, der Blutstockung in den ganzen großen Wirthschaftsorganismus des Volkes hineinwerfen?

Aber hier ist noch immer zu erwägen, daß Arbeitsstockungen heute gar nichts Ueberraschendes mehr haben und überall eintreten, wenn die Ueberproduktion, die in allen Gewerben chronisch (dauernd) geworden ist, eine gewisse Höhe erreicht hat. Stockt die Thätigkeit durch einen Streik schon früher, so heißt das weiter nichts, als das augenblicklich zwar die Produktion ruht, dies dafür aber später um so weniger thun wird, weil die gleiche Zuvielproduktion um so später erreicht wird. Wird heute weniger gebaut, so wird es künftig um so mehr geschehen; die Zahl der Häuser wird dadurch sicherlich nicht vermindert, nur der „Krach“ tritt vielleicht etwas später ein. Der Streik verlängert die Zeit des Produktionsstillstandes nicht, er theilt sie nur: er verlegt einen Theil, der sonst wahrscheinlich in die Periode der Krisis gefallen sein würde, in die Periode der sogenannten Blüthe, weil hier allein ein günstiger Boden für den Lohnkampf ist. Dem Kapitalisten ist diese Verlegung natürlich sehr unangenehm, der Lohnkampf während der Krisis würde ihm zweifellos besser gefallen, weil er für die Arbeiter aussichtslos ist. Aber man kann vom Arbeiter doch nicht verlangen, daß er — wie leider so viele andere Fragen — die Lohnfrage auch noch vom Kapitalistenstandpunkte aus betrachtet.

Aus einem ähnlichen Grunde sind auch die Berechnungen über die Opfer einerseits und die Erfolge andrerseits bei den Streiks gewöhnlich ganz unhaltbar. Wie oft hat man seitens der kapitalistischen Presse den Arbeitern

vorgehalten: durch die Wochen der Arbeitsniederlegung hätten sie viele tausende an Lohn eingebüßt, statt Lohneinnahmen hätten sie sogar nur Ausgaben gehabt, und es gehörten Jahre dazu, um mit der geringen erkämpften Lohnerhöhung diese unmittelbaren Kosten und mittelbaren Einbußen decken zu können.

Wie heuchlerisch oder thöricht ist doch eine derartige Betrachtungsweise! Nehmen wir z. B. einen ausgebreiteten Schuhmacherstreik, so erfordert er zu seiner Durchführung allerdings nicht unbeträchtliche Mittel, und deren Höhe soll man gewiß erwägen, ehe man irgendwie voreilig handelt. Aber mit den ungeheuerlichen Zahlen über Lohneinbußen bleibe man uns hübsch vom Halse. Natürlich wird seitens der betroffenen Unternehmer kein Lohn gezahlt, während die Arbeiter feiern. Aber zerreißt und braucht darum die Bevölkerung weniger Stiefel und Schuhe, wird darum wirklich weniger produzirt? Nein, man zehrt augenblicklich nur mehr von den vorhandenen Vorräthen und produzirt zum Ersatze dafür später um so mehr. Was daher augenblicklich an Löhnen verloren geht, wird in Zukunft wieder eingeholt, und mehr wie eingeholt, wenn unterdeß eine Lohnaufbesserung erkämpft worden ist, wenn später also für jedes fertige Paar Schuhe mehr Lohn gezahlt werden muß wie früher. Freilich kommt diese Mehrproduktion oft nicht den direkt Betheiligten zu gute: was in Berlin während eines Streiks weniger produzirt wird, schaffen vielleicht die Kollegen in Frankfurt um so mehr. Dann hätten allerdings die Frankfurter Schuhmacher die Mehreinnahme, was für dieselben ein doppelter Anlaß sein müßte, die Streikenden energisch zu unterstützen und sich mit ihnen solidarisch zu erklären — jedenfalls gehen der Arbeiter*klasse* die Löhne nicht verloren, auf welche die Streikenden im Moment allerdings verzichten müssen und deren Summe den Arbeitern so oft zur Abschreckung vorgehalten wird.

Und ist endlich der *Produktionsstillstand*, wie er durch Streiks bewirkt werden soll, in unserem Wirthschaftssystem etwas so Unerhörtes, oder tauchen nicht vielmehr fortwährend Stockungen auf — Stockungen von unvergleichlich größerem Umfange und viel längerer

Dauer, Stockungen, für welche einzig das Privatkapital verantwortlich zu machen ist, dasselbe Kapital, von welchem die Arbeit denunzirt wird, wenn sie einmal dasselbe, aber in winzigstem Maßstabe thut?

Das Kapital, indem es in fieberhafter Regsamkeit die Produktion ins Ungemessene steigert, während es die arbeitende Masse mit Hungerlöhnen abspeist und somit künstlich den Konsum hemmt — gerade das Kapital ist es, welches das Mißverhältniß zwischen Waarenerzeugung und Waarenabsatz fortwährend steigert und damit Krisen von immer schlimmerem Wüthen und immer endloserer Dauer hervorruft. Betrachten wir doch einmal unbefangen die letzten zwanzig Jahre unserer Wirthschaftsentwickelung und sehen wir zu, welch einen Stillstand der Produktion wir da der unumschränkten Herrschaft des Privatkapitals, dem heute herrschenden Wirthschaftssystem, und auf der anderen Seite dem organisirten Widerstande der Arbeiter gegen die Folgen dieser Herrschaft verdanken! Wir haben da eine Zeit voller Beschäftigung nur in den Jahren 1871, 1872 und zum Theil 1873. Hier steht die zweite Hälfte bereits unter den Folgen des großen Zusammenbruches, mit dem der kurze Aufschwung endete — und wie lange hat die Zeit vollständiger Arbeitsstockung oder nur theilweiser Beschäftigung in allen Industriezweigen Deutschlands angehalten? 1874 ist ein Jahr unerhört schlechten Geschäftsganges, aber ebenso steht es mit 1875, 1876, 1877, 1878. Erst 1879 wird der Pulsschlag des Verkehrs wieder ein lebhafterer, jedoch bereits im Anfange der achtziger Jahre stockt der Absatz und damit die Industrie von neuem, die Stockung wächst, bis sie 1888—1890 durch einen kurzen Aufschwung unterbrochen wird, um dann wieder in einer furchtbaren Krisis zu enden.

Nun lege man sich die Frage vor: Wieviel Monate, nein, wieviel Jahre des Stillstandes schulden wir in allen Etablissements aller Erwerbszweige in ganz Deutschland dieser Entwickelung? Und wieviel Monate, nein höchstens Wochen des Stillstandes haben allenfalls die Streiks in nur wenigen Industrien und auch da nur in bestimmten Städten, ja nur in einzelnen der vielen tausende von Unternehmungen Deutschlands verschuldet?

Es erscheint fast kindisch, den letzteren Schuldposten — wenn man ihn überhaupt so nennen will — mit dem ersteren zu vergleichen, und wer keine Anstalten macht, die erste Riesensumme, welche dem Kapitalismus zur Last fällt, zu verringern, der soll uns auch mit den Klagen gegen die Arbeiter verschonen! Verringern doch schließlich die Arbeiter sogar den allgemeinen Produktionsstillstand, wenn sie sich höhere Löhne erkämpfen, weil durch die erzielte bessere Lebenshaltung der Massen der Absatz der Waaren eine Vermehrung, die Krise relativ eine Milderung erfährt!

Aber heißt es denn nicht einen leidenschaftlichen, ununterbrochenen inneren Krieg unter den Klassen heraufbeschwören, wenn man Organisationen zum Lohnkampf gründet und volle Freiheit der Bewegung für sie fordert?

Aber auch hier muß erwidert werden, daß der Krieg zwischen Kapital und Arbeit von den Gewerkschaften nicht geschaffen wird, daß er vielmehr ohne deren Zuthun ohne Rast und Ruhe sich in allen Berufszweigen abspielt, und daß die Arbeiterorganisationen weiter nichts thun, als daß sie seine schlimmsten kulturellen Wirkungen verhüten.

Fassen wir doch einmal einen Augenblick das heutige Ringen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Groß- und Kleinkapital, ins Auge! Wenn es sich auch in noch so friedfertigen Formen, ohne Streiks und Arbeiteraussperrungen, abspielt — verschlingt es nicht trotzdem beständig mehr Opfer an Leben und Lebensglück, als es jemals ein Krieg mit dem äußeren Feinde gethan hat und thun könnte? Gewiß, der Krieg zerstampft die Saaten, er läßt Ruinen hinter sich, wohin er seinen Schritt nur lenkt. Aber der Krieg geht verhältnißmäßig rasch vorüber und bald breiten sich wieder blühende Gefilde und behagliche Heimwesen aus, wo einst die Zerstörung hauste. Der wirthschaftliche Krieg ruinirt den Kleinbauernstand und das Kleingewerbe in ganz anderer Weise, er fegt ganze Ortschaften, in denen früher kleine Landwirthe und kleine Meister stillzufrieden wohnten, vom Erdboden hinweg, er nimmt dem verschuldeten Bauer und dem bankerotten Handwerker auch noch jede Möglichkeit, sich wieder empor-

zuarbeiten. Jeder äußere Krieg rafft viele Leben dahin, aber noch mehr Menschen sterben Jahr für Jahr ab, weil ihr Lohn zur vollen Erhaltung der Lebenskraft nicht ausreichte. Selbst nach einer feindlichen Plünderung starren der Masse des Volkes zu Hause die Wände nicht so leer entgegen, wie nach dem Hereinbruch einer Krisis, wenn ein Besitzstück nach dem andern ins Pfandhaus gewandert ist. Wahrlich, die Opfer an Besitz und Leben, die unser Wirthschaftssystem beständig erfordert, beweisen es, daß wir in einem ununterbrochenen inneren Kriege leben. Unsere ganze Wirthschaftsordnung ist auf den Kampf gestellt, und wer ihn nicht aufnimmt, wer sich der eigenen Haut nicht wehrt, der giebt sich selber auf. Das Kapital thut das nicht, und da sollten es die Arbeiter thun? Die Arbeiter, die um bessere Lohn- und würdigere Arbeitsbedingungen und damit um das Lebensglück, um die Bildungsfähigkeit, um die körperliche und geistige Erhaltung und Fortentwickelung des Haupttheils der Bevölkerung kämpfen?

Wer also diesen „Krieg" nicht will, der wende sich an diejenigen, die ihn zum Nutzen einiger Weniger und zum Schaden der großen Masse des Volkes, zum Schaden unserer ganzen Kultur führen, das heißt gegen die Kapitalisten — aber nicht gegen die Arbeiter, welche zunächst nur das verlangen, was sie verlangen müssen, wenn sie nicht in Noth und Elend vergehen und auf ihre Zukunft verzichten sollen.

Wie also die wirthschaftlichen Einwendungen gegen die Gewerkschaften, die Berufungen auf das unabänderliche Spiel von „Angebot und Nachfrage", so sind auch die allgemeinen Anklagen ganz haltlos, ja sie verwandeln sich bei näherem Zusehen sogar in Gründe für die Organisationen der Arbeiterklasse.

V.

Aber selbst wenn der unmittelbare Gewinn durch die Gewerkschaften, die Erhöhung des Lohnes und die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Verringerung der Noth und die Steigerung der Lebenshaltung, ganz minimal

wären, dann würden die Gewerkschaften immer noch eine unermeßliche Bedeutung behalten als Schulen für die wirthschaftliche Erziehung des Proletariats, für die Emporhebung und Veredlung der wirthschaftlichen Kämpfe der Arbeiter.

Kein Stand und keine Klasse wird mit dem vollen Bewußtsein der historischen Rolle, welche ihm zufällt, geboren. Jede emporstrebende Bevölkerungsschicht reift durch lange Erfahrungen und durch unausgesetzte Selbstzucht zu der äußeren Einheit und inneren Kraft heran, ohne welche ihr selbst im gerechtesten Kampfe kein Sieg beschieden ist.

Auch das Proletariat muß an sich arbeiten, um alle Irrthümer und Vorurtheile abzulegen, um von seinem Handeln alles Kleinliche und Gehässige abzustreifen, das ihm noch anhaftet. Ja, es muß härter an sich arbeiten, als es jemals andere Schichten gethan haben — weil es durch seine Noth und seinen Lebensgang tiefer herabgedrückt wurde, als es etwa das Bürgerthum in der Zeit seines Emanzipationskampfes war.

Gerade den Gewerkschaften ist hier eine große Aufgabe für die Förderung der ganzen großen Arbeiterbewegung zugefallen. Gewiß reicht diese Bewegung weit über die engen Schranken einer bloßen Lohnbewegung hinaus; die soziale Frage ist keine bloße Magenfrage, sondern eine Frage der Neugestaltung aller Beziehungen der Menschen untereinander, eine Frage der Unabhängigkeit und der Würde aller heute nach Erlösung Verlangenden. Aber die Magenfrage ist es, welche die Indifferenten zuerst in Gährung versetzt, mittelst welcher sie zuerst zu allen höheren Bestrebungen herangezogen werden können; und gerade der Lohnkampf — selbst der von Mißerfolg begleitete — ist es, welcher Disziplin und Manneszucht, Opfermuth und ein unerschütterliches Solidaritätsgefühl in den Reihen des Proletariats großzieht.

Man wirft uns oft seitens der kapitalistischen Presse vor, die Streiks verrohten den Arbeiter. Aber wenn dies jemals zutrifft, dann gilt es sicherlich nur von den zersplitterten, unorganisirten Streiks. Die organisirten, gewerkschaftlich geführten Streiks haben sich im Gegentheil stets als eine vortreffliche Schule der Disziplin und Selbstbeherrschung erwiesen.

Streiks und Lohnkämpfe hat es jederzeit, seitdem die Arbeiterklasse sich scharf von dem Unternehmerthum schied, gegeben. Die ersten, man möchte sagen: die ganz naturwüchsigen Streiks haben jedoch immer eine stark persönliche, leidenschaftliche Beimischung. Sie lodern aus irgendwelcher plötzlichen Erbitterung der Arbeiter empor, ohne Vorbereitung und ohne Zielbewußtsein, um natürlich ebenso rasch wieder zusammenzusinken. Aber gerade die Ungeschultheit der Arbeiter bringt es hier zu nutzlosen Ausschreitungen, *sie* verhindert es, daß die Arbeiter erkennen, wie die empörenden Zustände, gegen welche sie sich auflehnen, die nothwendigen Folgen sind eines wirthschaftlichen Systems, welches mächtiger ist, wie selbst der allmächtigste Fabrikherr. Gerade diese Ungeschultheit bewirkt es, daß die Arbeiter nicht erkennen, wie z. B. Maschinen nicht schädlich zu sein brauchen, sondern nur nützlich sein können, wenn sie dem Menschen die Arbeitszeit verkürzen und die Arbeitslast erleichtern. Nur die Ungeschultheit dieser Arbeiter bewirkt es, daß sie nicht dauernde Reformen im Arbeitsverhältniß, keine Aenderung also des Systems erstreben, sondern daß sie sich rachedürstend, sei es gegen die Fabrikherren persönlich, sei es gegen die Maschinen wenden, daß sie jenen beleidigen und bedrohen und diese zerstören. Aber nur, weil sie nicht über die Oberfläche hinauszusehen vermögen, weil sie gewerkschaftlich und politisch noch ungeschult sind, handeln die Arbeiter so, nur darum sind sie zu gewaltsamen Racheakten geneigt.

Die Gewerkschaftsagitation zeigt, wie die Konkurrenz der Unternehmer untereinander die Löhne heute drücken *muß*, und wie diesem Lohndruck nicht durch einzelne Gewaltthätigkeiten, sondern nur dadurch vorgebeugt werden kann, daß *alle* Arbeiter eines Berufszweiges sich zur strengen Einhaltung eines festen Lohnsatzes oder doch eines einheitlichen Minimallohnes verbinden. Damit ist der Lohnkampf aus bloßen Drohungen und rohen Kraftproben gegen einzelne Fabrikanten emporgehoben zu der Höhe eines opferwilligen und energischen, aber auch ruhigen und zielbewußten Zusammenhaltens der Arbeiter.

Die Gewerkschaftsbewegung zeigt den Arbeitern zuerst, wie die Maschinen, die technischen Verbesserungen, an sich nur ein Förderungsmittel der Kultur sind, wie sie dazu

dienen könnten, dem Arbeiter so viel freie Zeit zu verschaffen, daß er an den Schätzen der Bildung theilnehmen, daß er sich mehr erholen und in edler Weise zerstreuen kann. Sie zeigt also, wie die Maschinen nicht der Feind sind und wie sie zum Theil heute schon segensreich wirken können, wenn die Arbeiter durch ihre Solidarität eine Herabsetzung der Arbeitszeit oder eine Erhöhung des Lohnes durchsetzen.

So lenkt alle Kraft, die früher in zerstörender Weise explodirte, ein in die Bahn, die Arbeiter aufzurütteln aus ihrer verderblichen Gleichgiltigkeit, sie aufzuklären über die ganze wirthschaftliche Lage und sie zu organisiren — weil darin allein die Vorbedingungen dauernder Erfolge im Lohnkampfe liegen.

Und wahrlich, die Gewerkschaftsbewegung hat auf diese Weise Großes gethan, die Arbeiter wirthschaftlich und politisch zu heben. Sie hat die Arbeiter überhaupt erst zu wirthschaftlichem Nachdenken herangezogen; sie hat ihnen einen Einblick in das ganze Wirthschaftsgetriebe, in das verhängnißvolle „Wirken von Angebot und Nachfrage" verschafft; sie hat ihr Solidaritätsgefühl, ihr Klassenbewußtsein geweckt, ihre Ausdauer und ihren Opfermuth gestärkt.

Und diese gewaltige erzieherische Wirksamkeit, mit der alle Fortbildungsschulen und Fachschulen, alle Kirchen, Bibliotheken und Museen, wie sie beschaffen sind, sich nicht messen können — sie sollte schließlich in nichts enden, wie in einer Verrohung und Verderbtheit der Massen?

Nein, das glauben die Gegner selber nicht; das hat auch alle Erfahrung längst als ganz hinfällig erwiesen!

Um nur ein Beispiel, freilich ein schlagendes, zu erwähnen, wollen wir hier auf die englischen Landarbeiter verweisen. So lange diese unorganisirt waren, griffen sie — wie übrigens heute noch die irischen Pächter und die russischen, rumänischen und spanischen Bauern, also Angehörige der besitzenden Klassen — häufig zu dem Mittel der Brandstiftung, um sich für widerfahrene Unbill zu rächen. „Den Pächtern wurden die Korn- und Heuschober auf den Feldern, ja die Scheunen und Ställe unter ihren Fenstern angezündet. Fast jede Nacht flammten ein paar solche Feuer und verbreiteten Entsetzen

und Schrecken unter den Pächtern und Grundeigenthümern. Die Thäter wurden nie oder selten entdeckt und das Volk übertrug diese Brandstiftung auf eine mythische Person, die es Swing nannte. Man zerbrach sich die Köpfe darüber, wer dieser Swing sein möge, woher diese Wuth unter den Armen der Landdistrikte entstehe; an die große bewegende Kraft, die Noth, die Unterdrückung, dachten die Wenigsten." Diese Agrarverbrechen verschwanden nicht früher, als bis die ländlichen Arbeiter aus ihrem Stumpfsinn erwachten und zu einer Organisation gelangten, die ihnen auf anderen Wegen die Erringnng wirklicher Erfolge gestattete.

Und anders war es und ist es auch in allen sonstigen Berufszweigen nicht. Gerade die Organisationslosigkeit hält den Arbeiter an einer niederen Anschauung fest. Gerade die Gewerkschaftsbewegung aber klärt seine Meinungen durch die fortgesetzte Erörterung wirthschaftlicher Fragen, sie veredelt seine Handlungen, weil sie ruhige Ausdauer und immer bereiten und nie ermüdenden Opfersinn von ihm fordert.

Wer diese Schule des Geistes und Charakters schließt, der versündigt sich an der ganzen Zukunft unseres Volkes. Wer aber an dieser Erziehung mitarbeitet, der kann das stolze Bewußtsein tragen, nach Kräften zur Hebung der Massen beigetragen zu haben, und wenn ihn die feilen Blätter des Unternehmerthums noch so sehr als „berufsmäßigen Agitator" und „Streikführer" schmähen und verdächtigen.

VI.

Aufklärung und Solidarität — die Gewerkschaftsbewegung befördert dieselben unter den bis dahin indifferenten und zersplitterten Arbeitern, und für die Arbeiterbewegung trägt sie hierdurch, auch über die Fragen des bloßen Lohnkampfes hinaus, die reichsten Früchte. Das Bewußtsein des Klassengegensatzes erwacht für die Mehrzahl der Arbeiter zuerst bei dem Ringen um bessere Arbeitsbedingungen oder bei dem Widerstand gegen Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeiten. Da fühlen

die meisten zunächst den Druck und die Macht des Kapitals, da lernen sie, wie schwach der Einzelne gegenüber diesem unerbittlichem Gegner ist; da erkennen sie aber auch, was die Einigkeit vermag, und ihre Gedanken schweifen dann sehr bald über das rein gewerkschaftliche Gebiet hinaus; sie werden sich bewußt, daß sie nicht nur, soweit es ihren Beruf angeht, geschlossen zusammenzustehen haben, sondern daß sich die vom Kapital Abhängigen aller Berufe die Hand reichen müssen, um auch politisch, durch eine allgemein gültige Gesetzgebung, dem Kapital Zügel anzulegen und festen Boden für noch fernere Fortschritte zu gewinnen.

Die Gewerkschaften brauchen noch gar nicht einmal direkt politisch wirksam zu sein, sie werden trotzdem mittelbar für den politischen Aufschwung des Proletariats namhaftes leisten, wenn sie nur nicht — in der Art und Weise der Hirsch-Duncker'schen Friedensapostel — den Gewerksgenossen falsche Vorstellungen von der „Harmonie" zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Wolf und Lamm, einimpfen. Die Besprechung der Schäden der Konkurrenz der Gefangenenarbeit ist sicherlich die denkbar beste Vorbereitung für die Erkenntniß, wie eine gesetzliche Regelung dieser Frage erfolgen müsse. Die Frauenarbeit wird vielleicht zunächst rein gewerkschaftlich behandelt, aber daran schließt sich, wie die Wirkung an die Ursache, sehr bald eine allgemeinere sozialpolitische Auffassung dieser so unendlich wichtigen Frage. Die Kämpfe der Gewerkschaften für gesunde Werkstätten und für Einrichtungen zur Sicherung des Lebens gegen allerlei Gefahren sind unentbehrliche Vorarbeiten für gesetzliche Maßregeln hygienischer Art und zur Verhütung von Unfällen. Eine vernünftige Diskussion über den Werth der Arbeitszeitverkürzung ist die beste Vorschule zur Agitation für den gesetzlichen Normalarbeitstag. Das Aufeinanderplatzen von Besitz und Besitzlosigkeit im Lohnkampf, das klare, gleichsam mit den Händen greifbare Hervortreten der Unversöhnlichkeit der Bestrebungen des Kapitals und der Arbeit, das alles regt die große Masse mehr als Dutzende von politischen Reden zum politischen Zusammenschluß und zu bestimmten politischen Anschauungen an, die sich allesammt im Gegensatz zur bürgerlichen, kapitalistischen Politik und zu den sie vertretenden Parteien bewegen.

Darum fürchten die bürgerlichen Parteien auch die Gewerkschaften der Arbeiter, darum suchen sie dieselben zu unterdrücken, wie es seitens der unverfälschten Reaktionäre geschieht — oder zu korrumpiren, zu entmannen, wie es seinerzeit die Herren Hirsch und Duncker versuchten.

Mit der Entmannung ist es nicht geglückt und kann es niemals glücken, wo die ganze wirthschaftliche Entwickelung selber die Klassengegensätze so scharf herausarbeitet. Und was die behördliche Drangsalirung, die gerichtliche Verfolgung und die Einschüchterung seitens der Unternehmer anbelangt — so kann man heute schon sagen, daß sie sich einer so naturwüchsigen Volksströmung gegenüber als ganz ohnmächtig erwiesen haben. In allen Gewerbszweigen fühlen sich heute die Berufsgenossen ganz Deutschlands solidarischer als je, ihr Denken ist durch jahrelange Erfahrungen und Belehrungen, ihr Wollen durch gemeinsame Leiden und Kämpfe einheitlicher und einheitlicher geworden — trotz alledem und alledem!

Blicken wir somit nach rückwärts, so ist — trotz aller Quertreibereien, die man von allen Seiten versucht hat — kein Grund zu dem Kleinmuth, welcher die Hände verzweifelnd unthätig in den Schooß legen möchte. Schauen wir aber nach vorwärts und gewahren wir, was alles uns noch zu thun übrig bleibt, wenn wir unsere hohen Ziele erreichen wollen, dann muß es geradezu als Verrath an Gegenwart und Zukunft erscheinen, wenn wir nicht alle Mittel in Bewegung setzen wollten, die der Arbeit zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen können.

Die Gewerkschaften sind von diesen Mitteln nicht der geringsten eines, unmittelbar durch ihre wirthschaftliche Bedeutung im Lohnkampfe, mittelbar durch ihre Förderung der Aufklärung und Organisation der Massen. Darum heißt es auch auf diesem Felde: unverzagt vorwärts!

Man sagt von den Völkern der nördlichen Länder, sie seien darum zu ihrem beherrschenden Einfluß auf die Menschheitsgeschichte gelangt, weil die Natur sich ihnen so wenig freundlich zeigte: ein rauhes Klima, ein widerstrebender Boden ließ sie hart um die Mittel zu ihrer Selbsterhaltung kämpfen, welche die Tropenländer ihren Bewohnern in überfluthender Fülle spendeten. Je miß-

günstiger die Verhältnisse sich erwiesen, desto rühriger wurde der Geist, desto stählerner wurde der Charakter und die Energie dieser Völker. Der schwere Kampf ums Dasein machte sie groß; die Noth, die drängende und treibende Noth erzog sie zu dem stolzen, welthistorischen Beruf, den sie erfüllt haben und noch weiter erfüllen werden.

Und so soll es auch mit uns sein! Thue jeder von uns seine Schuldigkeit, an jedem Orte, zu jeder Zeit — dann wird die Schule des Leidens, die wir noch zu überwinden haben, uns nur stark und stärker machen für die ferneren Kämpfe, die mit der freien, brüderlichen Arbeit enden werden.

Darum kein Zagen und Klagen, keine Hoffnungslosigkeit und Verbitterung!

Vorwärts! Vorwärts!

Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
I. Serie. — 3. Heft.

Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart.

Von
Clara Zetkin (Paris).

Preis 20 Pfennige.

Berlin 1894.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.
(Th. Glocke.)

Inhalt:

	Seite
Die bisherige Abhängigkeit und Geringschätzung der Frau als Folge der wirthschaftlichen Verhältnisse	3
Die Großindustrie und die Umwälzungen in der wirthschaftlichen Stellung der Frau, ihre wachsende Loslösung von der Familienthätigkeit	7
Die Frau erhält zum ersten Male die Fähigkeit eines vollständig selbstständigen Lebens	9
Die Frau als billige Arbeitskraft	10
Die reaktionäre Forderung der Abschaffung der Frauenarbeit	11
Mit der wachsenden Thätigkeit in der Gesellschaft muß die Frau auch Einfluß auf das öffentliche Leben und die Politik erstreben, von denen sie immer abhängiger wird	14
Auch die Erziehung der Kinder wird heute schon mehr und mehr der Mutter entzogen und der Gesellschaft anvertraut	23
Die zukünftige Erziehung der Kinder wird noch mehr das Werk der Gesellschaft, nicht der Hausfrau und Mutter sein	29
Die wirthschaftliche und politische Emanzipation der Frau und ihre Träger	39

I.

Die Umwälzung in der wirthschaftlichen Stellung der Frau.

Von den Perioden und Völkern abgesehen, wo der Frau das „Mutterrecht" eine hervorragende soziale Machtstellung einräumte, war die Lage des weiblichen Geschlechts stets die von Unterdrückten, von Menschen zweiten Grades, Wesen einer untergeordneten Gattung. Die Selbstsucht des Mannes, die brutale Gewalt des Stärkeren hielten die Frau und die Entwickelung ihres sozialen Einflusses in eiserne Ketten geschlagen, über welche die landläufige Heuchelei durch gefühlvoll poetische Firlefanzereien und durch leeres Phrasengebimmel von der „Würde der Hausfrau" und von dem Reichthum ihres inneren Lebens zu täuschen suchte.

Die Lage der Frau befand sich stets in Uebereinstimmung mit der Lage der produktiv thätigen Masse des Volkes, wie diese war sie eine abhängige und rechtlose. Pflichten und Rechte der griechischen und römischen „Matrone" entsprachen im Wesentlichen denen der antiken Haussklaven. Die Stellung der mittelalterlichen „minniglichen Herrin", der züchtigen Hausfrau, unterschied sich fast in nichts von der ihrer leibeignen Mägde. Die moderne Frau ist in nichts besser, in vielem schlechter daran wie der moderne Lohnarbeiter. Wie dieser ist sie ausgebeutet und rechtlos, ja in den meisten Fällen doppelt ausgebeutet und doppelt rechtlos.

Es kann dies nicht anders sein, denn die Stellung der Frau entspringt nicht aus gewissen ewig gültigen Ideen, aus einer unabänderlichen Bestimmung für den, von sentimentaler Selbstsucht erfundenen „natürlichen Beruf des ewig Weiblichen", sondern sie ist

eine Folge der gesellschaftlichen, auf den Produktionsverhältnissen fußenden Zustände einer gegebenen Zeit. Diese Zustände, welche der Frau in den verschiedenen Geschichtsperioden aus wirthschaftlichen Nothwendigkeiten eine gewisse Stellung anweisen, ziehen dann ihrerseits zugleich gewisse Ideen groß über die gesellschaftliche Rolle des weiblichen Geschlechts, Ideen, die einfach den Zweck haben, das thatsächlich Bestehende zu beschönigen, als ewig nothwendig zu erweisen und zum Nutzen derer, denen die herrschenden Verhältnisse zu Gute kommen, aufrecht zu erhalten.

Die gesellschaftlich untergeordnete Stellung der Frau stammt aus der Zeit, wo der erobernde Krieger das geraubte Weib zu seinem ersten Privateigenthum, zu seinem vorzüglichsten Arbeitsinstrument, seiner vornehmsten Produktivkraft machte, wo er es — unter dem Vorwande des Schutzes während der Schwangerschafts- und Stillungsperiode — übernahm, die Sorgen für die gemeinsame Existenz, die Beziehungen zu der Umgebung allein zu tragen. Der Mann legte damit den Grund zu der wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Abhängigkeit der Frau, den Grund auch zu der sich vollziehenden ursprünglichen Theilung der Arbeit in eine (erobernd)-erwerbend-vertheidigende und eine produktiv-erhaltende Thätigkeit, von denen erstere dem Manne, letztere der Frau zufiel. Es war dies der Keim zu dem eigentlich längst überlebten, aber festgewurzelten Vorurtheile, daß „die Welt das Haus des Mannes, das Haus die Welt der Frau sein solle.“

Sitte und Religionen zögerten nicht, das was die Gewalt geschaffen, durch den Schein eines ewigen Rechts zu heiligen. Die Schwäche und Rückständigkeit der Frau ward im Laufe der Jahrhunderte zu einem gesellschaftlichen Dogma, zu einer unumstößlichen Grundanschauung erhoben, auf der sich ein ganzes System der körperlichen, geistigen und moralischen Unterdrückung aufbaute. Sehr viel hat auch das Christenthum zur Verkrüppelung und Knechtung des weiblichen Geschlechts beigetragen. Von dem Märchen des Sündenfalles durch Eva's Schuld, von der Lehre der Askese (der sinnlichen Enthaltsamkeit), welche die Frau als das sündhafte, teuflische Prinzip, als das mächtigste Hinderniß auf dem Wege zur Gottseligkeit erscheinen ließ, wurde

die Unwürdigkeit, der geringere Werth des Weibes hergeleitet, damit zugleich die Pflicht von deren Gehorsam und Unterwürfigkeit dem Manne gegenüber.

Wie die teleologische Weltauffassung den Ochsen zu dem Zwecke vom Schöpfer hatte erfinden lassen, daß der Mensch Beefsteaks essen und rindslederne Stiefel tragen konnte, so kannten die meisten Philosophen und Gesetzgeber für die Entwicklung und Rolle der Frau keinen anderen Zweck, als zur Annehmlichkeit des Menschen par excellence, d. h. des Mannes da zu sein, die Rasse fortzupflanzen und Haussklavendienste zu leisten.

Die gesammte Entwicklung der Frau strebte einseitig und ausschließlich auf das eine Ziel zu: die unter dem Schutz und der Verantwortung des Mannes geübte Thätigkeit in und zu Gunsten der Familie.

Innerhalb dieser eng begrenzten Sphäre war die Frau die vornehmste Produktivkraft des gemeinsamen Haushaltes, sie war mit Arbeiten überlastet, welche auf das Gedeihen und die Entwicklung der Familie hinzielen; sie erhielt jedoch nur die Pflichten ihrer Stellung zuertheilt, nicht deren Rechte. Der Mann war sozusagen der verantwortliche Familien-Unternehmer, welcher die Arbeitskraft des Weibes um den Preis von dessen lebenslänglicher Erhaltung ausbeutete.

So lange die Produktion nun auf die alten, unvollkommenen Arbeitsmittel angewiesen war, konnte die Frau den Kreis ihrer Thätigkeit nicht erweitern. Sie war durch die primitive Theilung der Arbeit an das Haus gefesselt worden, sie blieb durch die Art und Weise der Produktion an dasselbe gefesselt. Die alte Produktion war so mühevoll, zeitraubend und wenig ausgiebig, daß Zeit und Kraft der Frau von der Herstellung der meisten für den Familienunterhalt nothwendigen Gebrauchsartikel voll und ganz in Anspruch genommen ward. Das Ansehen, welches der guten Hausfrau trotz ihrer öffentlich rechtlosen Stellung gezollt ward, erklärt sich darum auch aus wirthschaftlichen Gründen und war durchaus gerechtfertigt; es galt nicht der Frau als solcher, sondern der hervorragenden, unentbehrlichen Arbeitskraft in der Familie, welche Güter erzeugte, die von anderen Kräften damals nicht erzeugt werden konnten.

In den letzterwähnten Verhältnissen liegt der tiefgreifende, wesentliche Unterschied zwischen der Rolle der Hausfrau von ehemals und von heute. Die bescheidene Rolle der Ersteren war durch das Vorhandensein der alten wirthschaftlichen Lebensbedingungen gerechtfertigt, die Rolle der Letzteren ist längst schon zu einem wirthschaftlichen Anachronismus geworden, dem jede Berechtigung fehlt, da mit der Veränderung der Produktionsweise dem Manne und der Frau ganz andere Rollen draußen im Wirthschaftsleben und drinnen in der Familie zufallen.

Die unentbehrliche Erzeugung von Konsumartikeln durch die weibliche Produktionskraft innerhalb der Familie ist auch die Ursache, weshalb es früher keine Frauenfrage gab und geben konnte, so lange die alten Produktionsbedingungen in Kraft standen. Es konnte früher wohl von einer gradweisen Hebung der Lage der Frau in dem oder jenem Sinne die Rede sein, aber nicht von einer Frauenfrage im modernen Sinne des Wortes, von einer Erschütterung der ganzen Grundlage ihrer Stellung, da mit derselben das ganze damalige Leben, die ganze damalige „Kultur" bis ins Innerste erschüttert worden wäre. Die Frauenfrage ist vielmehr wie die moderne Arbeiterfrage ein Kind der durch die Anwendung von mechanischen Werkzeugen, von Dampfkraft und Elektrizität revolutionirten Industrie, der Großproduktion. Sie ist weder eine politische, noch sittliche Frage (obgleich sie politische und moralische Elemente in sich schließt), sondern eine ökonomische Frage.

Die Frau mußte als Haussklavin an ihren alten Kreis gefesselt bleiben; der Gedanke an ihre Emanzipation konnte nicht aufkommen, bis nicht die Maschine als Heiland auftrat und mit dem Dröhnen und Stampfen ihres Räderwerks das Evangelium von der Menschwerdung, der wirthschaftlichen Verselbständigung der Frau verkündete. In dem Maße, als sich die moderne Industrie entwickelte, als sie durch Dampf und Mechanik die Produktion leichter, schneller und ausgiebiger, die Produkte billiger machte, mußte der Frau ein Zweig ihrer alten produktiven Thätigkeit im Hause nach dem anderen entzogen werden.

Schritt für Schritt mit der Haus- und Kleinindustrie

mußte auch die Familienindustrie der Frau zu Grunde gehen. Die Großproduktion lieferte alle Bedarfsartikel des Haushaltes zu so billigem Preise, daß sich deren Erzeugung innerhalb der Familie, mittels der unvollkommenen Werkzeuge der Zwergwirthschaft, als eine Vergeudung von Zeit und Kraft herausstellte. Die Rolle der Hausfrau aus der guten alten, großmütterlich idyllischen Zeit verlor damit ihre wirthschaftliche Bedeutung und Berechtigung. Ohne jede „Wühlerei Dritter" ist die für den Hausbedarf Werthe erzeugende „gute alte Hausfrau", welche ihre Seife kocht, ihre Lichte zieht, ihren Essig aus Fruchtabfällen gewinnt, welche spinnt, webt, färbt, schneidert, strickt, häkelt, stickt, bäckt und schlachtet, immer mehr zu einer kulturgeschichtlichen Merkwürdigkeit, zu einer wirthschaftlichen Versteinerung geworden. Textilindustrie und Konfektionsgeschäfte sorgen für alle Bekleidungsgegenstände, große Konsumgeschäfte entheben die Frau der Vorbereitung und vielfach auch der Zubereitung von Mundvorräthen, des Einmachens der Früchte und Gemüse, des Einsalzens des Fleisches 2c. Die moderne Industrie liefert dank der Großproduktion alle Gebrauchsartikel zu einem Preise, der oft hinter demjenigen zurücksteht, mit dem die Frau das Rohmaterial zahlt, dem sie dann ihre Kraft und Zeit zur Herstellung noch zusetzen müßte. Das Waschen und Plätten der Wäsche in der Hand von Spezialistinnen ist zu einer, mehr oder weniger im Großen und mittels Maschinen betriebenen Industrie geworden, und die wirthschaftliche Fortentwickelung arbeitet darauf hin, selbst die Herstellung und Fertigstellung der Nahrungsmittel aus der Familie in die Gesellschaft zu verlegen.

Viele vor hundert Jahren noch unbekannte Industriezweige, eine Anzahl mechanischer Werkzeuge haben der Frau bereits einen großen Theil der Küchenarbeit abgenommen oder können ihr denselben wenigstens abnehmen, und die Errichtung großer gemeinsamer Dampfküchen, die Einführung von Zentralheizung und Zentralbeleuchtung wird die angebahnte Emanzipation vom Kochtopfe zu Ende führen.

Die Entwickelung der Produktionsmittel zerstörte also die ökonomische Basis für das Wirken der Frau innerhalb der Familie, zugleich schuf sie aber auch die Be-

dingungen für die Thätigkeit der Frau in der Gesellschaft, draußen auf dem „Markt des Lebens".

Die Frau der Bourgeoisie verwendete, als der „Haushalt" nicht mehr den reichen Inhalt hatte wie früher, ihre freigewordene Zeit nach und nach ausschließlich auf Vergnügungen und Genüsse, ausnahmsweise auch auf ernste geistige Beschäftigungen, auf Aneignung einer gründlichen Bildung, auf Uebung des Wohlthätigkeitssports. Im Allgemeinen spielt sie im gesellschaftlichen Leben seit der großen Umwälzung der ökonomischen Bedingungen die Rolle eines Luxusartikels, eines Luftthiers.

Die Frauen und Mädchen des Mittelstandes wurden durch den Zusammenbruch ihrer alten Existenzbedingungen auf den Erwerb hingewiesen; sie wandten sich, wenn irgend möglich, den sogenannten liberalen Berufen (der Lehrthätigkeit, der Krankenpflege u. s. f.) und den Industrien zu, welche an die Kunst streifen. Es war nicht der Wissensdrang, nicht die plötzlich den blinden Augen aufgegangene Erkenntniß von der geistigen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, welche die Bildungsbewegung der Frauen erzeugte; es waren im Wesentlichen die umgewandelten ökonomischen Verhältnisse, die Frage nach dem Stücke Brot, das für den Fall gesichert werden mußte, wo sich nicht in der Gestalt eines Mannes ein Ernährer fand. Die Bildungsbewegung der Frauen hat sich Schritt für Schritt und parallel mit dem Untergange des Mittelstandes entwickelt.

Für die Masse der Frauen, für die Frauen der besitzlosen Kreise, führten die nämlichen ökonomischen Verhältnisse, welche die bisherige Sphäre ihrer Thätigkeit zerstörten, zu einem neuen Wirkungsfelde, zu der Industrie.

Damit ward die Thätigkeit der Frau endgiltig aus dem Hause in die Gesellschaft verlegt.

* * *

Anfangs war es die Aussicht auf den verhältnißmäßig höhern Verdienst, auf die leichtere Thätigkeit, welche die Frau in die Fabrik zog, bald wurde sie aber von der eisernen Nothwendigkeit mitten in das industrielle Leben hineingeschleudert und darin festgehalten.

Jede neue Erfindung, jede der Technik und Wissenschaft verdankte Verbesserung der industriellen Arbeitsweise erleichterte es, auch schwache Frauen zu beschäftigen, und machte andererseits menschliche Arbeitskraft überflüssig, schuf die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen und drückte dadurch die Löhne stetig tiefer herunter. Der Lohn des Mannes reichte nicht mehr aus, den Unterhalt der Familie zu sichern, er deckte oft kaum den nothwendigen Bedarf des ledigen Mannes. Der Unterhalt der Familie forderte sehr bald, daß der Erwerb der Frau zum Verdienst des Mannes ergänzend hinzutrat. Die Thätigkeit der Frau ward von einer ersparenden zu einer erwerbenden, die Frau selbst erhielt damit aber die Fähigkeit, auch ohne den Mann zu leben, sie gab der Frau zum ersten Male die Fähigkeit eines vollständig selbständigen Lebens.

Die neuen Produktionsverhältnisse hatten also nicht blos die wirthschaftliche Grundlage der bisherigen weiblichen Thätigkeit (in der Familie) zerstört, sie zersetzten zugleich damit auch die gesellschaftliche, die öffentliche Stellung, welche der Frau früher zukam, sie wälzten die alte, auf die Vorherrschaft des männlichen Oberhaupts begründete Familie um. Das vom häuslichen Heerd umschlossene Wirken der Frau hatte bisher die Familie zusammen gehalten, die in die Fabrik verlegte Thätigkeit der Frau vernichtete das übliche Familienleben, legte aber auch den ersten Grundstein zu der ökonomischen Unabhängigkeit, damit überhaupt zu der Emanzipation des weiblichen Geschlechts.

Wie stets, so hinkten auch in diesem Falle die gesellschaftlichen Einrichtungen, die Ideen der Menschen weit hinter den neuen ökonomischen Thatsachen her. Die Revolution, welche sich in der wirthschaftlichen Rolle und Stellung der Frau bewerkstelligt hat, ist vollzogene Thatsache, die Revolution in der politischen und rechtlichen Stellung der Frau läßt noch auf sich warten. Die durch die Produktionsverhältnisse ökonomisch unabhängig vom Manne gemachte Frau steht politisch und gesellschaftlich noch unter dessen Vormundschaft und rechtlos da.

Die fernere Entwickelung der Industrie arbeitete in der eingeschlagenen Richtung weiter. Jede Vervollkomm-

nung der Produktionsmittel entriß Tausende von Frauen dem häuslichen Heerde und führte sie der Industrie zu. Die Frau produzirte nicht mehr für den Gebrauch ihrer Familie, sondern für den gesellschaftlichen Markt.

Die industrielle Frauenarbeit ward bald zu einer mächtigen ökonomischen Kraft, mit welcher der Kapitalist gern rechnete. Schon durch das bloße neuhinzukommende Angebot der weiblichen Arbeitskraft mußte ein Ueberwiegen des Angebots über die Nachfrage geschaffen, mußten die Löhne heruntergedrückt werden. Doppelt und dreifach mußten dieselben aber in Folge der weiblichen Konkurrenz sinken, da die weibliche Arbeitskraft meist von vornherein zu bedeutend niedrigeren Preisen feil war. Ursache davon war das geringe Ansehen, in welchem die bisherige nicht-verdienende Thätigkeit der Frau stand und stehen mußte, seitdem deren Produkte im Verhältniß zu den mechanisch produzirten Erzeugnissen der Großindustrie nur ein ge-ringes Quantum gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit repräsentirten und damit den Trugschluß auf die geringere Leistungsfähigkeit der weiblichen Arbeitskraft zuließen. Ursachen waren ferner die größere Bedürfnißlosigkeit der Frau, der Umstand, daß die Frau öfters durch ihren Erwerb nicht die gesammten, sondern nur einen Theil ihrer Unterhaltskosten zu decken brauchte, die Aussicht auf die nebenher weiter geübte häusliche Arbeit.

Last not least erwies sich die Frau nicht nur als eine billige, sondern in Folge ihrer geringen Einsicht in die Verhältnisse, des mangelnden Solidaritätsgefühls, des geringeren Selbstgefühls, der bisher erduldeten Knechtschaft als eine bequeme und gefügige Arbeitskraft. Für viele Industriezweige oder Verrichtungen war die Frau außerdem geschickter und brauchbarer als der Mann.

So war es nicht zu verwundern, daß die bis dahin übersehene und nebensächlich behandelte Frau dem Manne auf industriellem Gebiete als Konkurrentin gegenüber trat, als eine Konkurrentin, die um so mehr zu fürchten war und ist, je entbehrlicher die Maschine die robuste Arbeitskraft macht. Ueberall wo die Frauenarbeit in der Industrie auftritt, unterliegt sie dem Fluche, die Löhne des Mannes zu drücken, den Mann womöglich ganz aus dem betreffenden Gewerkszweige zu vertreiben. Die Frauenarbeit er-

fährt dann wiederum ihrerseits die Konkurrenz der Kinderarbeit, und alle menschliche Arbeit zusammen hat gegen die Maschinenarbeit einen furchtbaren Kampf auszuhalten. Die Produktionsverhältnisse müssen unbarmherzig diese Wirkung haben, so lange die Produktion nicht zum Zwecke der Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter selber, sondern zum Herausschlagen von Mehrwerth, von Profit für einzelne Unternehmer, nicht für den Gebrauch, sondern für den Verkauf geschieht, so lange es sich für sie nur darum handelt, so billig als möglich zu produziren und so theuer als möglich zu verkaufen. Die moderne, unter der Herrschaft des Privateigenthums geschehende Produktion muß die Frauenarbeit gegen die Männerarbeit ausspielen, um den Preis der letzteren und der Arbeit überhaupt herabzudrücken — zum größeren Nutzen der maßgebenden Privateigenthumsbesitzer.

Aus diesem Grunde sich der industriellen Frauenarbeit widersetzen, die Frau ans Haus zurückfesseln wollen, das heißt gerade so thöricht und vergeblich handeln wie jene englischen Arbeiter, welche die Konkurrenz der Maschine durch Zerstörung von Maschinerie und Fabriken für immer zu beseitigen gedachten. Die Abschaffung oder auch nur eine Beschränkung der Frauenarbeit (gewisse für Gesundheit der Frau und der Nachkommenschaft schädliche Fälle ausgenommen) auf bestimmte Berufszweige anstreben, das heißt das Rad unserer Entwicklung zurück drehen und eine grenzenlose Verständnißlosigkeit der ökonomischen Verhältnisse an den Tag legen. Die ökonomischen Thatsachen kümmern sich den Teufel um das, was wir wünschen, sie fragen nicht danach, ob Hinz oder Kunz in sentimentaler Verzopftheit die Frau ans Haus gebunden, ökonomisch von sich abhängig, politisch und rechtlich geknechtet wissen will. Die Produktionsbedingungen kennen keine sentimentalen, persönlichen Rücksichten, sie kennen nur ökonomische Nothwendigkeiten, die unabwendbar wie Naturgesetze sind. Und diesen Nothwendigkeiten entsprechend, muß die Frau trotz aller spießbürgerlichen Heulmeierei industriell thätig bleiben, ja der Kreis ihrer industriellen Thätigkeit muß sich täglich weiter ausbreiten und befestigen. Kraft der ökonomischen Bedingungen kann der Kapitalist ebenso wenig wie der Mann

auf die industrielle Frauenarbeit verzichten. Je mehr der Erstere durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkte, bei Strafe seines Ruins, zur möglichst billigen Produktion gezwungen ist, je mehr die Löhne im Allgemeinen sinken, um so weniger ist auch der Mann im Stande, allein für die Existenzkosten der Frau und der Kinder aufzukommen, um so mehr wird die erwerbende Thätigkeit der Frau zur unabänderlichen Nothwendigkeit.

Uebrigens wohnt der Frauenarbeit so wenig wie der Maschinenarbeit von Natur aus die Tendenz inne, die Löhne zu vermindern. Die — wenn man so sagen will — „natürliche" Tendenz beider ökonomischen Kräfte läuft vielmehr darauf hinaus, für jedes Individuum den Aufwand an gesellschaftlich nothwendiger Arbeit zu vermindern.

Das Sinken der Löhne entspringt nicht aus dem Wesen der Frauen- und Maschinenarbeit, es ist lediglich eine Folge des gegenwärtig bestehenden Produktionssystems bei Aufrechterhaltung des Privateigenthums. Lediglich die kapitalistische Ausnutzung hat zwei ökonomische Kräfte für die Gegenwart zu einem Fluch, zu einem Mittel der Verschlimmerung der Arbeiterlage gemacht, die für die Zukunft ein Segen sein werden, welche die Elemente bilden, aus denen eine neue und bessere Ordnung der Dinge gezeugt wird

Wie die Maschine den Menschen dadurch befreit, daß sie durch die leichtere und zeitersparende Arbeit, durch Vervielfältigung der Produkte eine höhere Gesellschaftsordnung möglich macht, so schafft die Frauenarbeit das wirthschaftliche Fundament, ohne welches eine Befreiung und Gleichstellung des weiblichen Geschlechts ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Frau, die sich gesellschaftlich-produktiv dem Manne ebenbürtig erweist, die sich ökonomisch ganz auf eigene Füße stellen kann, muß auch politisch und rechtlich demselben gleichgestellt werden. Es handelt sich bei Stellung der Frau nicht darum, die gegenwärtigen ökonomischen Zustände den herrschenden öffentlichen Einrichtungen und Ideen anzupassen, welche noch auf den ökonomischen Verhältnissen der Vergangenheit fußen; es kommt vielmehr darauf an, die Gesellschaftsformen den neuen ökonomischen Zuständen anzupassen. Sowie dies

durch die Vergesellschaftung des Eigenthums, durch die genossenschaftliche Produktion geschehen ist, hat die Frauenfrage wie die Arbeiterfrage ihre Lösung gefunden, der Konflikt zwischen Menschen- und Maschinen-, zwischen Frauen- und Männerarbeit hört dann mit einem Schlage auf, weil der Konflikt zwischen Produktionsweise und Aneignungsform ein Ende gefunden hat. Maschinen- und Frauenarbeit gehorchen dann nur ihrer natürlichen Tendenz, die gesellschaftlich nothwendige Arbeit zu erleichtern und für jedes Individuum auf ein mit dem Wohle der Allgemeinheit verträgliches Minimum zu beschränken.

Die Frauenarbeit abschaffen oder auch nur beschränken wollen, das läuft darauf hinaus, die Frau zu dauernder ökonomischer Abhängigkeit, zur gesellschaftlichen Knechtung und Aechtung, zur Prostitution in- und außerhalb der Ehe zu verurtheilen, es läuft aber auch darauf hinaus, den Mann mit dem doppelten Arbeitsquantum zu belasten und ihn dadurch ebenfalls einer größeren Abhängigkeit als nothwendig preiszugeben.

Geradezu unbegreiflich ist es, wenn noch, allerdings bereits seltener, von sozialistischer Seite die Abschaffung und Beschränkung der Frauenarbeit gefordert wird. Das Verlangen ist um kein Jota weniger reaktionär, als die Bestrebungen zur Rettung des Handwerks, der Kleinindustrie, des Mittelstandes, für Wiederherstellung der Zünfte.

Will man den üblen, verhängnißvollen Folgen vorbeugen — oder dieselben wenigstens mildern — von denen die Frauenarbeit in der Gegenwart wie das Licht vom Schatten begleitet ist, so darf man die Interessen der männlichen und weiblichen Arbeit einander nicht feindselig gegenüberstellen, sondern man muß beide mit einander vereinigen und in geschlossener Masse, als Arbeiterinteressen überhaupt, den kapitalistischen Interessen gegenüberstellen.

Von dem Tage an, wo die Frau das Joch der ökonomischen Abhängigkeit vom Manne abwarf, gerieth sie unter die ökonomische Botmäßigkeit des Kapitalisten. Sie befindet sich also ökonomisch genau in derselben Lage wie jeder männliche Lohnarbeiter, sie leidet unter den gleichen Mißständen wie er, sie theilt seine Interessen, seine

Forderungen. Es liegt z. B. durchaus nicht in ihrem Interesse, daß sie zu dem denkbar niedrigsten Lohn arbeitet und dadurch den Preis der Männerarbeit drückt. Auch ihren Interessen ist durch den höchstmöglichen Lohn gedient. Um die lohndrückende Konkurrenz der Frauenarbeit zu vermeiden oder wenigstens zu beschränken, braucht nicht die Abschaffung der Frauenarbeit gefordert zu werden.

Soll sich aber die Industrialisirung der Frau nicht in einem feindseligen Gegensatze zu den Interessen des männlichen Proletariats durchsetzen, so ist es von der höchsten Wichtigkeit, daß die **Industriearbeiterin organisirt**, ökonomisch und politisch **aufgeklärt** wird, damit sie sich in klarer Erkenntniß der Verhältnisse an das aufstrebende und ringende sozialistische Proletariat anschließt. Die Bedeutung, ja die Nothwendigkeit dieses Vorgehens ist bis in die letzte Zeit vielfach übersehen worden.

Die Organisation und Aufklärung der Arbeiterinnen, der Kampf für ihre ökonomische und politische Gleichberechtigung ist nicht nur wünschenswerth für die sozialistische Bewegung, sie ist und wird immer mehr zu einer Lebensfrage für dieselbe, je mehr die Fortentwickelung der Industrie den Mann aus der Produktion verdrängt, je riesiger das Heer des weiblichen Proletariats anschwillt. Eine sozialistische Bewegung, die nicht nur von dem männlichen Proletariat, sondern von den Millionen der Industriearbeiterinnen getragen wird, muß doppelt schnell zum Sieg, zur politischen und wirthschaftlichen Befreiung der gesammten Arbeiterklasse führen.

II.

Die Frau und das öffentliche Leben.

Die Frau konnte ohne großen Schaden für sich und die Gesellschaft von dem öffentlichen Leben abgeschlossen werden, so lange die gesellschaftlichen Beziehungen unentwickelte, innerhalb enger Grenzen sich bewegende waren, so lange das Individuum und dessen Lebensverhältnisse nur von den nächstliegenden Einflüssen berührt und bestimmt wurden.

Nicht nur die Frau, auch der Mann mußte damals einen beschränkten Kreis von Interessen haben, aber innerhalb des engen Kreises, in dem sich dieselben bewegten, nahm auch die Frau mehr oder weniger am öffentlichen Leben Theil, sie war auf dem Laufenden über die Verhältnisse, welche die Existenz ihrer Familie beeinflußten, in manchen Gegenden hatte sie auch ihr Wort in der Gemeindeverwaltung mitzureden. Der Zwergwirthschaft und dem Lokalmarkte, der Kirchthurmsproduktion entsprach auch die Kirchthurmspolitik, für den Mann so gut wie für die Frau.

Sowie die Entwickelung der neuen Produktionsverhältnisse die wirthschaftlichen Beziehungen der Gesellschaft von kleinen lokalen zu großen nationalen und internationalen machte, mußte auch der Charakter des öffentlichen Lebens dem gleichen Entwickelungsgange folgen. Der Partikularismus mußte dem Nationalismus weichen, wie dieser seinerseits gezwungen war, dem Kosmopolitismus Platz zu machen. Sowie der Einzelne nicht mehr für den Lokal-, sondern für den Weltmarkt produzirte, mußten ihn auch alle gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse interessiren, welche die Verhältnisse des Weltmarktes beeinflussen und schaffen, er mußte darnach streben, dieselben und die Produktionsbedingungen möglichst in Gemäßheit seines Interesses beeinflussen zu können.

Das Ziel ist erreicht, soweit es unter der Herrschaft der Klassengegensätze und des Konkurrenzkampfes möglich ist.

Die Bourgeoisie hat sich durch Revolutionen, durch Besitzergreifung der politischen Macht das Recht verschafft, Produktions- und Marktverhältnisse zu ihrem Nutz und Frommen zu regeln.

Das Proletariat ist zwar dem Namen nach, mehr oder weniger unvollkommen, für politisch frei erklärt, aber in Folge seiner wirthschaftlichen Abhängigkeit entbehrt es der Macht, die gesellschaftlichen Beziehungen nach seinem Interesse zu gestalten. Widerwillig genug mußte die Bourgeoisie zulassen, was sie nicht hindern konnte, nämlich, daß der Arbeiter durch die Verhältnisse, in denen er lebt, Interesse an dem öffentlichen Leben nahm, daß er Einblick in das politisch-soziale Gebiet gewann, das in sein

Dasein fördernd oder hemmend eingriff, daß er sich eine Meinung, ein Urtheil über die öffentlichen Ereignisse und Einrichtungen bildete und in Folge dessen dort ein Wort mitzureden verlangte, wo seine Existenzbedingungen in Frage, wo seine Thätigkeit die Grundlage des Bestehenden war.

Allerdings ward alles gethan, sein Urtheil über die sozialen Beziehungen zu fälschen, es so zu gestalten, daß es nicht der Wirklichkeit und seinem eigenen Interesse entsprach, sondern nur dem Vortheile der bürgerlichen Machthaber, der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse. Kirche, Schule, Presse und sonstige sogenannte Bildungsanstalten erwiesen sich in der Hand des Klassenstaats als treffliche Instrumente, das Proletariat zu blenden und zu täuschen.

Und was die aktive Theilnahme des Arbeiters am öffentlichen Leben anbetrifft, so war und ist sie noch himmelweit davon entfernt, im Verhältnisse zu der Rolle zu stehen, welche derselbe im wirthschaftlichen Leben spielt; sie beschränkt sich noch heutzutage auf das berühmte „Steuerzahlen und Maulhalten". Aber im Prinzip wenigstens ist die Theilnahme der Männerwelt an dem öffentlichen Leben anerkannt, hier ist in gewissem Maße die politische Entwickelung der Entwickelung der Produktionsverhältnisse gefolgt.

Anders die Frau. Ihre Stellung weist einen schneidenden Widerspruch auf zwischen ihrer wirthschaftlichen Bedeutung und ihren gesellschaftlichen, beziehungsweise politischen Rechten. Ihr sind nicht einmal die kümmerlichen Scheinkonzessionen eingeräumt, mit denen das Proletariat abgespeist wurde: rechtlich und politisch bilden die Frauen einen fünften Stand der heutigen Gesellschaft. Während ihre ökonomische Thätigkeit sich den neuen Produktionsbedingungen anpaßte und eine immer ausgedehntere wurde, blieben ihr ihre sozialen Rechte in Gemäßheit derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse zugemessen, welche die Klein- resp. Hausproduktion zur Voraussetzung hatten.

Von dem Tage an, an dem die Großproduktion die Kleinproduktion verdrängte, wo die Frau die Bedarfsartikel für den Familiengebrauch nicht mehr selbst herstellte, von dem Tage an ward auch ihr Interesse aus der

Familie in die Gesellschaft verlegt. Sogar in dem Falle, daß die Frau unter den neuen Produktionsbedingungen nicht selbst produktiv thätig war, gerieth sie indirekt, durch Vermittelung des nach den neuen Bedingungen produzirenden Mannes in durchaus veränderte Beziehungen zur außerhalb der Familie gelegenen Welt. Die Lebensverhältnisse der Familie wurden nicht mehr überwiegend vom individuellen Willen des Familienoberhauptes bestimmt, sondern in letzter Linie durch die Marktverhältnisse, von der gesammten Wirthschaftslage draußen im sozialen Leben, die ihrerseits von den politischen Ereignissen und Zuständen beeinflußt wurden. Die Höhe des Verdienstes, der den Unterhalt sicherte, die Länge der Arbeitszeit, vielfach auch die Art der Beschäftigung, die Feierstunden und Feiertage, die ganze Gründung und Gestaltung des Familienlebens hing nicht mehr vom Willen des Mannes, sondern von der Laune des Kapitalisten, von den Nothwendigkeiten der Produktion und des Marktes ab. Die Preise der Bedarfsartikel für den Haushalt wurden durch Einflüsse bestimmt, die nicht im Bereiche der Familie, sondern oft in weiter Ferne, in verwickelten öffentlichen Verhältnissen und politischen Maßregeln lagen. Die Konkurrenz beschwor Kolonialkriege und Schutzzölle herauf, welche bald den bald jenen Bedarf für den Haushalt vertheuerten. Eine neue Produktionsverbesserung warf heute den Vater, morgen den Mann brotlos aufs Pflaster. Kriege mit dem Auslande behufs Gewinnung oder Erhaltung der politischen, industriellen und kommerziellen Vorherrschaft, Bürgerkriege im Innern um die bestehende Gesellschaftsordnung rissen erbarmungslos Vater, Sohn und Bruder aus der Familie, tödteten den Ernährer oder schickten ihn als hülflosen Krüppel zurück. Ein großer Theil des zum Unterhalt der Familie bestimmten Verdienstes geht zur Zahlung der direkten und indirekten Steuern verloren, um die Kosten der Kriegsunternehmungen, des kolossalen Regierungs- und Polizeiapparates zu decken. Gesetzgebende und ausführende Gewalten erlassen Vorschriften, welche die wirthschaftlichen Existenzverhältnisse der Familie ruiniren, die Familienglieder auseinander reißen, den Einzelnen in das Elend jagen. Die Kinder können sich nicht nach Maßgabe ihrer Anlagen und Fähigkeiten

entwickeln, auch hier sind wiederum nicht die inneren Verhältnisse der Familie, sondern die äußeren Verhältnisse der Gesellschaft bestimmend: der größte Theil der Bildungsanstalten ist den Kindern der Mittellosen verschlossen, und wenn der Eintritt durch de- und wehmüthige Bettelei offen steht, hält doch die Sorge um den länger zu gewährenden Unterhalt seitens der Familie von der Benutzung ab. Die Erwerbsverhältnisse machen es dem Vater zur Nothwendigkeit, darauf zu halten, daß kein „unnützer Esser" im Hause ist, daß das Kind so früh als möglich verdient.

Kurz, die Frau wird als **Gattin**, als **Haushälterin**, als **Mutter** stets und überall auf außerhalb der Familie bestehende gesellschaftliche Mächte und Einrichtungen hingewiesen, welche ihr ganzes Leben und das der Ihrigen beherrschen und bestimmen.

Und da will man ihr nicht erlauben, sich für das außerhalb des Hauses pulsirende Leben zu interessiren, von dem ihr Wohl und Wehe ganz anders abhängt wie von ihrer Kochkunst und den sonstigen Fertigkeiten der „Hausfrau" alten Stiles?

Die gesellschaftlichen Beziehungen bürden ihr neue und schwere Lasten auf, treffen sie in ihren innigsten Empfindungen, in ihrem Wünschen und Handeln, und sie soll nicht nach dem Wie und Warum dieser Beziehungen fragen, sie soll nicht ihre Rechte fordern, wo man ihr maßlose Pflichten zuertheilt? Sie soll nicht fragen, warum ihr Blümchenkaffee, ihr geschrotenes Brot, das zähe Fleisch perlsüchtiger Kühe, das dünne Baumwollfähnchen theurer geworden, warum ihr Liebster zum Krüppel geschossen, warum ihr Mann brotlos durch das Land streift, warum ihr Kind nach einer freudlosen Jugend ein mühseliges Alter verleben soll, warum der Wochenlohn des Mannes mit jedem Jahr geringer ausfällt, während sein Arbeitstag immer länger, die Feierzeit kürzer und kürzer wird? Sie soll keine Antwort auf die tausend und abertausend Fragen suchen, welche ihr aus ihrer und der Ihrigen Existenz unheimlich entgegenstarren, sie soll sich mit den Thatsachen abfinden, die ihr das Leben wie herabziehende Mühlsteine an den Hals hängt, ohne dieselben in ihren Ursachen zu verstehen zu suchen?

Noch weit deutlicher fühlt ihre Abhängigkeit, ihre Wechselbeziehungen zu dem gesellschaftlichen Leben diejenige Frau, welche „Arbeitskraft“ geblieben ist, welche aber, in Gemäßheit der neuen Bedingungen, nicht mehr für die Familie, sondern für die Gesellschaft produzirt, welche, ökonomisch vom Manne unabhängig, hingegen vom Kapitalisten abhängig geworden ist. Für sie ist das Interesse, die Theilnahme am öffentlichen Leben eine Nothwendigkeit, auf welche sie zehnmal am Tage hingewiesen wird, eine Pflicht und ein Recht, die ihr nur eine von der Wurzel bis zum Gipfel ungerechte Gesellschaftsordnung vorenthalten kann.

Die industrielle Arbeiterin wird unmittelbar von allen Maßregeln betroffen, welche Staat und Gesellschaft ergreifen. Wie jeder andere Betheiligte muß sie also auch direkt mit diesen Gewalten in Berührung stehen, direkt ihren Einfluß, ihre Ansprüche, ihre Proteste geltend machen können. Es muß ihr vor Allem möglich sein, am öffentlichen Leben Antheil zu nehmen, ihre Stimme bei Wahlen u. s. w. als maßgebend in die Wagschale zu werfen. Sie befindet sich den sozialpolitischen Zuständen gegenüber in ganz und gar derselben Lage wie jeder männliche Arbeiter. Wie will man also das geringere Maß an Rechten erklären, das ihr zuertheilt ist?

Der Stand der Arbeiterschutz- und Gewerbegesetzgebung ist für Arbeiterin wie Arbeiter von der höchsten Wichtigkeit. Ob Freizügigkeit oder Aufenthaltsbeschränkung herrscht, kann ihr nicht gleichgültig sein, denn hiervon kann eventuell eine Verbesserung ihrer Lage abhängen, das Aufsuchen lohnender Arbeit kann ihr dadurch erleichtert oder erschwert werden. Es hat seine Wichtigkeit für sie, ob sich der Staat ausschließlich als Vertreter der herrschenden Klassen, der Bourgeoisie-Interessen erweist, oder ob er wenigstens nothdürftig die Interessen der arbeitenden Masse zu wahren sucht, ob er dementsprechend den Kapitalisten unbeschränkte Ausnutzungsfreiheit gewährt oder deren Profitsucht durch Schutzgesetze gewisse Zügel anlegt. Es ist von tiefgreifender Bedeutung für sie, ob der Kapitalist sie gesetzlich Sonn- und Feiertags unbestimmt lange Stunden ausnutzen kann, ob sie Nacht- und Ueberarbeit leisten, ihr Leben durch die Beschäftigung in un-

gesunden Industriezweigen um Jahre verkürzen muß, oder ob sie einen Normalarbeitstag von acht Stunden beschäftigt ist, ob sie Feiertage und Nachtschlaf kennt. Soll es sie etwa nichts angehen, wenn der Arbeitsherr ihren Lohn stetig tiefer herunterdrückt, oder wenn er statt dessen gezwungen ist, sich an einen Minimallohn zu halten, der ihr wenigstens die nothwendigsten Existenzbedingungen garantirt? Die Gesetze über die Beobachtung von hygienischen und Sicherheitsmaßregeln, über Kranken-, Alters- und Invalidenkassen sind für die Industriearbeiterin von nicht geringerer Tragweite wie für den männlichen Proletarier, denn auch sie kann jederzeit als Opfer auf dem industriellen Schlachtfelde fallen und erwerbsunfähig werden, ohne daß ihr die Verhältnisse vorher erlaubten, ihre Tage für diesen Fall sicher zu stellen.

Die Bestimmungen über Versammlungs- und Vereinigungsrecht haben auch für ihr Leben die gleiche Wichtigkeit wie für den Mann; ihre Fassung und Handhabung ermöglicht ihr entweder einen gewissen Widerstand gegen die Uebermacht des Kapitals oder liefert sie mit gebundenen Händen und Füßen an dieselbe aus. Das Versammlungsrecht giebt ihr die Möglichkeit, sich im Verein mit ihresgleichen über die gemeinschaftlichen Interessen klar zu werden, ihre Forderungen zu stellen. Das Koalitionsrecht setzt sie in den Stand, sich durch vereinte Kraft in ökonomischer Beziehung gegen die gröbsten Ausschreitungen des Kapitalismus zu vertheidigen, den Kampf für die volle Freiheit der weiblichen Arbeit anzubahnen.

Was die übrigen Gesetze, staatlichen und sozialen Beziehungen anbetrifft, so drücken dieselben ebenso fühlbar auf die Existenz der Arbeiterin wie auf die des Arbeiters. Steuern und Abgaben belasten sie als Produzentin und als Konsumentin, der kapitalistische Staat und der einzelne Kapitalist finden tausendfältige Gelegenheit, ihr sogar von dem abzunehmen, was zur Erhaltung ihrer Existenz unentbehrlich nothwendig ist. Auf der einen Seite wird ihr der Verdienst geschmälert, auf der anderen Seite werden ihr die Bedürfnisse vertheuert, und wenn ihr Budget mit einem klaffenden Defizit abschließt, so stellt ihr die Gesellschaft großmüthig und moralisch die Prostitution frei, das „Sicherheitsventil der bestehenden Ordnung“, vorausgesetzt

natürlich, daß sie auch hier ihren Zehnten an Schmarotzer und Ausbeuter, oft sogar an den Staat und die Gemeinde entrichtet. Jeder diplomatische Schachzug, jedes Börsenmanöver macht eventuell ihren Lohn sinken oder raubt ihr ganz die Beschäftigung. Die durch zügellose Spekulation heraufbeschworenen Krisen werfen sie zu Tausenden aufs Pflaster, treiben sie in das Spital, in den Tod, ins Bordell. Kriege legen das industrielle Leben und damit ihren Verdienst auf Jahre hinaus brach. Es giebt kein Verhältniß ihrer Existenz, in dem sie sich nicht in der engsten Abhängigkeit von der Gesellschaft und deren Einrichtungen fühlte.

Wie kann man da verlangen, daß sie mit geschlossenen Augen, mit zugehaltenen Ohren, mit in den Schooß gelegten Händen dem öffentlichen Leben gegenüberstehe, daß sie nicht da ihr Pfund an Rechten fordern solle, wo sie ihren Zentner an Pflichten darbringen muß? Der industriellen Arbeiterin, die ein wichtiger Faktor der nationalen Produktion ist, die mit ihrem Blut und Schweiß den Nationalwohlstand und für sich selbst den Bettelstab schafft, der soll nicht einmal das armselige Recht zustehen, sich in Versammlungen über ihre Interessen zu berathen, und solche Vertreter derselben in die gesetzgeberischen und ausführenden Körperschaften zu wählen, von denen sie die Ueberzeugung hat, daß dieselben das wirkliche Volkswohl im Auge haben?

Wie die Frauen mit ihrer produktiven Thätigkeit aus der Familie herausgeschleudert worden sind, so müssen sie auch mit ihrem Denken und Empfinden aus dem eng beschränkten Kreis der Häuslichkeit herausgerissen, sie müssen aus der Familie in die Menschheit verpflanzt werden. Die Frau darf sich nicht länger hinter den häuslichen Heerd verkriechen, sie muß in der Gesellschaft leben, an die Stelle der einseitigen, engherzigen, tief egoistischen Familienliebe muß das allgemeine Solidaritätsgefühl treten, das der Frau jetzt so sehr mangelt.

Der wirthschaftlichen Bedeutung der Frau als Produktivkraft müssen auch endlich ihre politischen und sozialen Rechte entsprechen. Das politische Bürgerrecht noch länger von den alten Reminiszenzen an die antiken Kriegerrepubliken abhängig machen, und es der Frau versagen,

weil sie nicht Militärdienst leistet, ist eine ganz vorsintfluthliche Anschauung, die von dem Tage an in die Rumpelkammer gehörte, wo die Nationalökonomie nachwies, daß alle gesellschaftlich nützliche und nothwendige Arbeit gleichwerthig ist. Die Frauenarbeit von geringerem Werth als die Männerarbeit zu erklären, ist noch ein Zopf des alten hierarchischen Geistes, welcher die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten in „hohe" und „niedere", „edle" und „gemeine" Arbeiten eintheilte, und als höchste, edelste — und einträglichste Arbeit von allen die des Kouponabschneidens an die Spitze der gesellschaftlichen Leiter stellte.

In die Rumpelkammer auch mit dem alten abgedroschenen Einwand, der Frau fehle das Verständniß, „die Reife" für das politische Leben! Die Theilnahme daran erfordert nur einen gesunden Menschenverstand, praktischen Sinn, klare Einsicht in das eigene Interesse und in dessen innigen Zusammenhang mit dem Allgemeinwohl. Die politische und ökonomische Schulung kann die Frau nicht durch das Hinter-dem-Ofen-hocken erwerben, sie ist eine Folge der Belehrung, der Erfahrung und Beobachtung, die aus dem Leben gewonnen, und die sich die Frau bei ihrer großen Bildungsfähigkeit leicht aneignen wird.

Bis jetzt hat der Theilnahme des weiblichen Geschlechts am öffentlichen Leben der Gewohnheitsschlendrian und der Egoismus des Mannes ebenso sehr im Wege gestanden wie die Gleichgültigkeit der Frau. Aber die zwingende Logik der Thatsachen stößt letztere durch fortwährende Berührung mit ökonomischen, mit sozialpolitischen Fragen darauf hin, auch politisch und gesellschaftlich ihre Rechte zu fordern, mittels deren sie auf die Produktionsbedingungen, auf ihr Schicksal Einfluß üben kann.

Und kraft der Rolle, welche sie in der heutigen Produktion spielt und die mit jedem Tage bedeutender werden muß, wird sie ihre sozialpolitischen Rechte erhalten mit oder gegen den Willen der Männer, ja sogar gegen ihren eigenen Willen.

III.

Die Frau und die Erziehung der Kinder.

In den vorausgegangenen Ausführungen über die veränderte Stellung und Rolle der Frau ward der Nachweis geführt, daß die ökonomischen Verhältnisse die Wirksamkeit der ehemaligen „Hausfrau" zu einem wirthschaftlichen Anachronismus gemacht, daß dieselben die Thätigkeit und Interessen des weiblichen Geschlechts aus der Familie in die Gesellschaft verlegt haben.

Wir hatten dabei die Funktion der „Hausfrau" nur von der ökonomischen Seite her im Auge und ließen den zweiten, vom dichtenden und philosophirenden Spießbürgerthum besungenen „Naturberuf" der Frau — „als Mutter der Kinder, die lehret den Mädchen und wehret den Knaben" — außer dem Spiel.

„Die Frau muß ihren Mutterpflichten, sie muß den Kindern erhalten bleiben", unter diesem Schrei wird vielfach der Kreuzzug gegen die Emanzipationsbestrebungen des weiblichen Geschlechts gepredigt. Mit der keinen Widerspruch duldenden Erklärung, daß der natürliche Beruf der Frau die Mutterschaft, die Erziehung der Kinder ist, glaubt man jeden Anspruch auf Pflichten und Rechte der Frau innerhalb der Gesellschaft von vornherein todtzuschlagen, und zwar doppelt todtzuschlagen, nämlich mit „moralischen" Gründen.

Der Philister liebt bekanntlich nichts so sehr, als wie unbequeme Thatsachen und Erscheinungen mit moralischen Gründen abzuwehren. „Moralische Gründe" sind kleidsam, dazu billig wie Brombeeren und bequem, sie entheben des Nachdenkens und ermöglichen hübsch klingende Gemeinplätze. Die bürgerliche Moral ist der Wüstensand, in welchen Vogel Strauß den Kopf versteckt, wenn etwas Unliebsames herannaht; sie muß auch in letzter Linie herhalten, wenn es gilt, die Frau an's Haus zu fesseln.

Bei Dekretirung des „Naturberufs" der Frau, Kinder zu gebären und zu erziehen, kommen natürlich die Tausende und Abertausende von Frauen, die nie in die Lage oder Möglichkeit versetzt sind, Mutterpflichten zu üben, gar nicht in Betracht. Und doch ist deren Zahl,

dank den gesellschaftlichen Zuständen, im fortwährenden Steigen begriffen, und die Frage nach Beruf und Erwerb ist eine Lebensfrage für sie. In Folge der Kriege, welche viele Tausende von jungen Männern hinwegraffen, und noch mehr in Folge der immer größer werdenden Schwierigkeiten, einen Hausstand zu gründen, nimmt die Zahl der Ehen ab, der wirthschaftliche Nothstand, die Eigenthums- und Erwerbsverhältnisse führen auch innerhalb der Ehe vielfach zur Enthaltung von Kindererzeugung, die schlechte physische Entwickelung — meist auch eine Folge der gesellschaftlichen Zustände — macht es vielen Frauen unmöglich, Kinder oder wenigstens gesunde, lebensfähige Kinder zu gebären. Mit welchem Rechte also für alle diese Frauen eine Regel erklären, welcher die Vorbedingung fehlt?

Andererseits ist denn die Frau, welche als Mutter im Kreise von Kindern steht, wirklich eine ausreichende Erzieherin und kann sie es unter den heutigen Verhältnissen sein?

Werfen wir einen Blick in die Familien der oberen Zehntausend, so finden wir, daß die Ausübung des „Naturberufs“ seitens der Frau gewöhnlich darin besteht, daß dieselbe, dem Entwickelungsgange der Kinder entsprechend, eine Reihe von fremden Kräften, von physischen und geistigen Lohnarbeitern bezahlt, auf welche sie alle „Mutterpflichten“ abwälzt, dabei meist herzlich bedauernd, daß sie nicht auch den unangenehmen Gebärsakt auf Miethspersonen übertragen kann. Auf die Amme folgt die Bonne oder Kindergärtnerin, dann kommen Erzieher und Erzieherinnen, Lehrer und Lehrerinnen. Die körperliche, geistige und moralische Entwickelung des Kindes ist in Folge der günstigen materiellen Verhältnisse Fachleuten anvertraut, und die Mutterpflichten beschränken sich darauf, diese Fachleute zu wählen, zu besolden, eventuell auch zu beaufsichtigen. Nur in seltenen Fällen übt in den betreffenden Kreisen die Mutter einen direkten Einfluß auf die Entwicklung ihrer Kinder aus, und noch seltener ist dieser Einfluß ein verständiger und günstig erzieherischer.

Das, was in der Großbourgeoisie der Ueberfluß bewirkt, das bringt in dem Proletariat die Noth zu Stande. Je geringer und unsicherer der Verdienst des Mannes wird, je mehr es ein eisernes Gebot der Noth-

wendigkeit ist, daß die Frau erwerbend auftritt, um die Existenzkosten der Familie decken zu helfen, um so weniger ist es ihr auch möglich, ihren Kindern zu leben, sich mit deren Erziehung zu befassen.

Die materiellen Verhältnisse haben also in den oberen wie in den niederen Schichten die gleiche Tendenz bethätigt: sie haben die Erziehung der Kinder der Mutter aus den Händen genommen, die Erziehung ist in der Hauptsache nicht mehr das Werk und die Aufgabe der durch Familienbande verknüpften Personen, sondern von außer der Familie Stehenden, auch oft außer ihr Lebenden. Die neuen Produktionsbedingungen haben die Frau nicht nur der häuslichen Arbeit, sie haben sie auch bereits zu einem guten Theil der Kindererziehung enthoben und das gezeitigte Resultat ist für die Frau der Bourgeoisie wie für die Proletarierin das gleiche.

In der Folge zeigt sich jedoch der nämliche tiefgreifende Unterschied wie zwischen dem luxuriösen Müßiggange der ersteren und der erdrückenden Ueberarbeit der letzteren.

Die Frau des Kapitalisten kann für Erziehung ihrer Nachkommen geeignete Stellvertreter, trefflich ausgebildete Erzieher und Lehrer vom Fach wählen, deren Wirken ihre eigene Leistungsfähigkeit vielleicht weit in den Schatten stellt, die Kinder entwickeln sich unter günstigen Vorbedingungen.

Wie ganz anders liegen die Dinge für die Arbeiterfrau! Der Erzieher ihrer Kinder heißt fast unvermeidlich: der Zufall, die einzig konsequent auf ihre Entwickelung einwirkende Schule: die Noth. Die Frau des Reichen, welche dem Kinde ihre Brust vorenthält, um nicht die Schönheit ihrer Formen zu beeinträchtigen, läßt dem Säugling durch die „kräftige Amme vom Lande" eine gesundere Milch reichen, als ihr eigener, durch die Sünden der Väter verdorbener Organismus erzeugen könnte. Die Personen, welche die weitere Entwickelung des Kindes überwachen und leiten, sind durch besondere Ausbildung für ihren Beruf vorbereitet. Die Arbeiterfrau hingegen kann in der Regel nicht daran denken, ihrem Kinde einen gleichwerthigen Ersatz für die eigene Pflege zu bieten. Verhindert nicht Kränklichkeit oder schlechte Ernährung, das

Kind an der Mutterbrust aufzuziehen, so erheben die Erwerbsverhältnisse ihren Einspruch dagegen. Vielleicht muß sich die Mutter sogar als Amme an Fremde verdingen, aber noch weit häufiger ruft sie, wenn kaum der Tag graut, der schrille Schrei der Dampfpfeife in die Fabrik. Sie bleibt den langen Arbeitstag über an die Maschine geschmiedet, nur in den knapp bemessenen Mittagspausen die Zeit findend, nach Hause zu hetzen — den günstigen Fall vorausgesetzt, daß sie nahe genug wohnt — um einen flüchtigen Blick auf das Kind zu werfen, ihm Nahrung zu reichen. In der Zwischenzeit ist das Kleine der Sorge eines etwas älteren Geschwisters, dem guten Willen einer Nachbarin überlassen, vielleicht auch einer anderen bezahlten Person, welche das Aufpäppeln als Geschäft betreibt und „Engel macht". Damit der kleine Schreihals so lange als möglich ruhig liegen bleibt, erhält er den üblichen schmutzigen Lutschbeutel in's Mündchen gestopft, wenn ihm nicht gar die Nahrung mit narkotischen, Tod oder Blödsinn nach sich ziehenden Mitteln versetzt wird, damit er „recht fest und recht gut schläft". An Stelle der Muttermilch treten dünne, verfälschte Kuhmilch und allerhand „Kindernährmittel", von denen günstigsten Falles gilt, daß sie nicht geradezu wie Gift auf den zarten kindlichen Organismus einwirken. Mit der übrigen Pflege des Säuglings, mit der Beobachtung der hygienischen und Reinlichkeitsvorschriften sieht es der Ernährung entsprechend aus. Glücklich noch, wenn der Arbeiterin eine gute Krippe oder Kleinkinderbewahranstalt zur Verfügung steht, in welche das Kind aufgenommen werden kann. — Ist das Säuglingsalter überschritten, so bleibt das Kind der sehr bedenklichen Beaufsichtigung durch Geschwister und Bekannte anvertraut oder auch ohne jede Ueberwachung, mit unbeschränkter Freiheit, sich zu verbrennen, in's Wasser zu fallen, aus dem Fenster zu stürzen. Vielleicht kann es in eine Kinderbewahranstalt, in einen Kindergarten eintreten, aus dem es dann in die Volksschule gelangt. Die Mutter athmet beruhigt auf, sie hat die Ueberzeugung, daß sich ihr Kind wenigstens für so und soviel Stunden unter Aufsicht befindet, daß die Gefahr, Schaden zu nehmen, in etwas vermindert ist. Volkskinderbewahranstalten und Volksschulen bieten zwar den Kindern keineswegs das, was sie bieten sollten, und

sie werden es im Klassenstaate auch nie bieten, allein für die Proletarierin ist schon das eine von Bedeutung: die Aufsicht, behufs Verhütung des gröbsten Schadens.

Die Regel in den einschlägigen Kreisen ist also: daß die Mutter nicht diejenige Art der Pflege und Erziehung wählen **kann**, welche ihr für die Entwickelung des Kindes am **geeignesten** scheint, sondern daß sie diejenige wählen **muß**, welche ihr am **billigsten** zu stehen kommt und ihr die meiste Zeit für den Erwerb frei läßt. Sie selbst kann auf die Entwickelung ihres Kindes nur Einfluß üben in den kurzen Pausen der Arbeitszeit, nach dem Feierabend, an Sonn- und Festtagen — wenn es nicht Ueber- und Sonntagsarbeit giebt. Ihr Körper ist alsdann abgerackert, ihr Geist von Sorgen gequält, in den Feierstunden wartet ihrer gewöhnlich eine doppelte Arbeitslast, es gilt, das während der Brotarbeit an der Hausarbeit Versäumte nachzuholen. Wie soll die Frau dann noch in der Lage und Verfassung sein, **günstig** auf die Entwickelung ihrer Kinder einzuwirken?

Bleibt noch der biedere gute **Mittelstand** übrig, dieses Raritätenkabinet für alle längst überlebten Einrichtungen, dieser Hüter von Begriffen und Zuständen, die unseren Großvätern theuer und heilig waren. Aber die Verhältnisse des Mittelstandes sind in keiner Beziehung maßgebend. Das Kleinbürgerthum ist unrettbar dem Untergange verfallen und muß, mit Ausnahme weniger seiner Glieder, die sich in die Bourgeoisie erheben, ins Proletariat versinken. Die Frauen der bessergestellten Kleinbürger suchen sich, in Nachäffung ihrer Schwestern in der Großbourgeoisie, der Erziehung der Kinder thunlichst zu entledigen. Das Gros der Kleinbürgerinnen dagegen wird durch die Nothwendigkeit eines Nebenerwerbs als Näherin, Stickerin, Lehrerin so ziemlich in die gleiche Lage versetzt wie die Arbeiterfrau. Pflege und Erziehung der Kinder entschlüpft also auch in diesem Stande immer mehr den Händen der Mutter.

Indem also die neuen Produktionsbedingungen die Produktion der Gebrauchsartikel **innnerhalb** der Familie **vernichteten**, ward auch der Boden für die **Erziehung** der Kinder **innerhalb** der Familie zerstört; die in der Gesellschaft produzirende Frau wurde ihrem „natürlichen“

Berufe entzogen, der überhaupt nur so lange natürlich war, als er sich mit den ökonomischen Grundbedingungen deckte.

Pflege und Erziehung der Kinder konnten nur so lange eine ausschließlich mütterliche Funktion bleiben, als die Frau durch die wirthschaftlichen Zustände, durch die Art und Weise ihres Schaffens an das Haus gefesselt war. Das Familienleben mußte auch nach dieser Seite hin durch die modernen Produktionsbedingungen gründlich umgewälzt werden, denn die Familie war keine moralische, sie war eine ökonomische Einheit; mit den ökonomischen Grundbedingungen ihres Bestehens mußten auch alle ihre sogenannten moralischen Pflichten und Aufgaben einer Wandlung unterworfen werden, die Gesellschaft, die Gemeinsamkeit mußte auch in dieser Beziehung als ihr Erbe auftreten.

Der Umwandlungsprozeß ist leider noch nicht zu Ende. Der Kampf zwischen dem Alten und Neuen, die schwierigen Verhältnisse der Uebergangszeit machen sich auch der Kindererziehung gegenüber mit all ihren Härten fühlbar. Aber der Umgestaltungsprozeß ist bereits weit genug vorgeschritten, daß über seinen Ausgang kein Zweifel aufkommen kann. Die Kindererziehung wird und muß aus der Familie in die Gesellschaft verlegt werden, sie wird und muß aus den Händen der Mutter in die von Pädagogen im weitesten Sinne des Worts übergehen. Die Frau wird nicht nur als Hauswirthin, sie wird auch als Mutter frei zur Ausübung gesellschaftlicher Thätigkeit je nach ihrer individuellen Befähigung und Neigung und nach Maßgabe der gesellschaftlichen Bedürfnisse — ihre Stellung wird auch hierin mehr und mehr der des Mannes ähnlich werden.

Alle sentimentale Heulmeierei kann an dieser nothwendigen Thatsache kein Jota ändern.

* * *

Ist diese Thatsache aber überhaupt zu bejammern, ist sie der Thränen werth, welche Klageweiber männlichen und weiblichen Geschlechts über sie vergießen?

Unseres Erachtens nicht, denn die Voraussetzung: die Mutter ist die, von der Natur dazu vorherbestimmte

Erzieherin der Kinder, erscheint uns als einer jener seichten, landläufigen Gemeinplätze, die noch so zahlreich durch ein Jahrhundert humpeln, in dem sie nichts mehr zu suchen haben.

Die Mutter ist die „natürliche" (d. h. durch die natürlichen Beziehungen zwischen sich und dem Kinde bestimmte) Erzieherin und Pflegerin für das Säuglingsalter, die Stillungsperiode; nicht darüber hinaus. Aufgabe der Gesellschaft muß es sein, für diese Periode dem Kinde die Mutter zu erhalten und zu sichern, wie sie demselben schon vor der Geburt, während der Schwangerschaft in Gestalt und durch Vermittelung der Mutter die denkbar günstigsten Entwickelungsbedingungen zu schaffen hat. Hat das Kind aber einmal das Säuglingsalter hinter sich, so ist es für seine weitere Entwickelung an sich durchaus gleichgültig, ob dieselbe von der Mutter oder von einer dritten Person geleitet wird. Hier entscheiden nicht mehr „natürliche" unabänderliche Ursachen, sondern die wechselnden Verhältnisse der Gesellschaft, deren augenblickliche Lage und deren Entwicklungsrichtung nach der Zukunft hin.

Hauptsache ist nicht die mütterliche, sondern eine verständige und liebevolle Erziehung, welche sich auf Kenntniß und Beobachtung der Gesetze stützt, welche die Entwickelung des Kindes regeln. Die Mutter war früher, kraft der primitiven Arbeitstheilung zwischen Frau und Mann, die natürliche, d. h. die durch die herrschenden gesellschaftlichen Zustände bezeichnete Erzieherin des Nachwuchses, wie sie Produzentin aller Gebrauchsartikel des Familienhaushalts war, wie sie in ihrer Person Schneider, Schuhmacher, Bäcker, Weber, Spinner u. s. w. darstellte. Einfach und roh wie die damals erzeugten Gegenstände war auch die Erziehung der Kinder. Allein die für alle Arbeit eintretende Theilung und Scheidung der Thätigkeiten, welche der Frau einen häuslichen Industriezweig nach dem andern abnahm, mußte ihr auch allmählich die Erziehung der Kinder aus den Händen winden, sobald die Verhältnisse an dieselbe höhere Ansprüche stellten, von ihr eine größere Vielseitigkeit forderten, die sich nur selten in einer Person vereint findet. Erste Folge davon war, daß der Frau sehr bald schon die technische, berufliche Ausbildung des Knaben, nach und nach jedoch auch die geistige

Erziehung, der Unterricht der Kinder überhaupt, entzogen wurde, um Sache von Fachleuten, Spezialisten zu werden.

Es fällt wohl heut zu Tage Niemand mehr ein, sich dieser Art der Arbeitstheilung bei Erziehung der Kinder zu widersetzen. Die Vorzüge, ja die Nothwendigkeit des Unterrichts durch Lehrer und hier wiederum durch Fachlehrer liegen auf der Hand. Niemand wird behaupten, daß die Mutter die „natürliche alleinige Lehrerin" ihrer Kinder sein müsse. Die Rolle der Mutter als Erzieherin hat also bereits durch die moderne Organisation des Unterrichts eine beträchtliche Einbuße erlitten. Mit Bezug auf den Unterricht ist die Mutter durch die Gesellschaft ersetzt; es ist letztere, welche diesen Theil der Erziehung organisirt und gewisse, ihr geeignet scheinende, für den Beruf vorbereitete Vertreter mit ihm betraut. Die Verhältnisse zwangen von zwei Seiten hierzu: einerseits durch die behufs einer größeren Vollkommenheit des Resultats unumgänglich werdende Arbeitstheilung, andrerseits durch die für die Masse der Frauen entstandene Nothwendigkeit, dem Erwerb — außerhalb oder innerhalb des Hauses — nachzugehen.

In geradezu absurdem Widerspruch mit diesen Thatsachen plärrt man es trotzdem als unumstößliches Dogma weiter, daß die Frau die Erzieherin der Kinder sein *solle*! Sie *ist* es bereits *nicht* mehr in diesem Sinne!

Man läßt dabei ganz aus dem Auge, daß die Erziehung der Kinder ein *Beruf* wie jeder andere ist. Wie jeder andere Beruf hat sie also zur Voraussetzung eines möglichst vollendeten Gelingens, daß der sie Ausübende, der Erzieher, natürliche Begabung für den Beruf, die nöthige technische *Ausbildung* und eine möglichst hohe und *vielseitige Entwicklung* überhaupt besitze. Will man also der Frau den Beruf der Erzieherin par excellence aufzwingen, so muß man wenigstens voraussetzen, daß dieselbe die genannten drei, für erfolgreiche Ausübung ihrer Thätigkeit unentbehrlichen Bedingungen in sich vereint. Dies ist jedoch bei den wenigsten Frauen und Müttern der Fall. So wenig wie z. B. alle Männer mit den Keimen der Befähigung, Schuhmacher, Soldat oder Maler zu sein, *geboren* werden, so wenig sich bei ihnen allen diese vielleicht vorhandenen Keime *entwickeln*

können, ebenso wenig bringt jede Frau die Begabung für den pädagogischen Beruf mit auf die Welt, noch weit weniger aber ist die dem weiblichen Geschlechte zu Theil werdende Entwickelung dazu angethan, etwa vorhandene Keime dieser Befähigung so herauszubilden, daß sich dieselben späterhin günstig entfalten. Die Begabung für den erzieherischen Beruf ist wie jedes andere Talent nach Individuen und nicht nach Geschlechtern vertheilt. Leicht möglich, sogar ganz wahrscheinlich, daß in Folge der Jahrhunderte lang geübten erzieherischen Thätigkeit und der Vererbung die Befähigung für die Kindererziehung unter dem weiblichen Geschlecht häufiger zu finden ist als unter den Männern. Aber in neunzig von hundert Fällen wird diese angeborene Begabung in Folge der einseitigen weiblichen Entwickelung verkümmern, sie wird ein bloßer dunkler Instinkt bleiben, anstatt sich zu einem klar bewußten und mit Bewußtsein geübten Talent zu entwickeln.

Oder rechtfertigt vielleicht das Vorhandensein der zweiten, oben genannten Voraussetzung: die bessere technische Ausbildung, daß man der Frau so apodiktisch die Rolle als Erzieherin zuspricht?

Ziel und Zweck der Erziehung ist, die Kinder zu Menschen in der vollen Bedeutung des Wortes zu formen. Der moderne Mensch ist aber ein sehr kompliziertes Geschöpf, das sich in Gemäßheit bestimmter Gesetze entwickelt, die in ihm und außer ihm liegen, und die sich unter einander fördern, bekämpfen, aufheben. Das Ziel der Erziehung kann nicht erreicht werden, ohne Kenntniß der physischen (körperlichen) und psychischen (geistigen) Gesetze, welche die Entwickelung des Kindes beherrschen, ohne Verständniß für die natürliche und gesellschaftliche Umgebung, in welcher dieselbe vor sich geht. Es kann auch nicht vollkommen erreicht werden ohne Kenntniß und Beobachtung der pädagogischen Methoden, welche sich auf die obigen Gesetze gründen. Jeder Handwerker oder Künstler muß das Material kennen, das er bearbeitet, er muß Meister gewisser technischer, berufsmäßiger Handgriffe sein, die für die Gestaltung des Materials nothwendig sind. Das Gleiche muß von der Person gelten, welche Menschen formen soll. Sie muß den Thon kennen, den sie zu kneten hat,

die Methode, welche zur Behandlung am geeignetsten scheint, sie muß für den erzieherischen Beruf vorbereitet sein.

Damit die einfachsten Gegenstände so vollendet als möglich erzeugt werden, überläßt man ihre Herstellung Spezialisten, berufsmäßig geschulten Leuten. Einen alten Schuh läßt man nicht von dem ersten Besten flicken, man übergiebt ihn einem Fachmann, dem Schuhmacher, damit ihn dieser nach allen Regeln seiner Kunst in die Kur nehme. Auf die Erziehung der Kinder nimmt man nicht soviel Rücksicht, für die wichtigste aller gesellschaftlichen Funktionen sieht man von der Nothwendigkeit einer beruflichen Ausbildung ab!

Mehr noch: ihre Ausübung durch Kräfte, die nicht für den Beruf ausgerüstet und vorbereitet sind, wird zum Dogma erhoben, denn „die Mutter ist die natürliche Erzieherin der Kinder.“ Also die erste beste Gans — man verzeihe den Ausdruck — welche Mutter wird, erhält durch die bloße Geburt die magische Gabe, alle Aufgaben dieses schweren und folgereichen Berufs zu erledigen!

Diese Auffassung ist ihren Ergebnissen nach geradezu verbrecherisch!

„Aber,“ sagt der wohlgesinnte Spießbürger mit einem sentimentalen Augenaufschlag gen Himmel, „aber die Natur hat der Frau den I n s t i n k t der Mutterliebe gegeben, und dieser Instinkt tritt da helfend und ergänzend ein, wo das W i s s e n fehlt.“

Eine schlechte Beweisführung, die sich auf solche Gründe stützt! Unsere Zeit ist nicht so mystisch, um noch an die wirksame Kraft gleichsam überweltlicher Offenbarungen zu glauben. Der Instinkt der Mutterliebe ist blind, er tappt im Finstern. Er kann nun und nimmer ersetzen, was das Wissen und Können zu leisten vermöchte. Er kann im besten Falle bei der Erziehung des Kindes das Schlimmste verhüten, aber er ist unfähig, das Vollendete zu leisten. Die Frau, welche die Grundbedingungen der körperlichen Entwickelung des Kindes nicht kennt, der ein Schlüssel für das Verständniß von dessen geistiger Herausgestaltung fehlt, die nicht weiß, wo sie mit zartem Takt und ohne schulmeisterliche Pedanterie fördernd oder hemmend einzugreifen hat, die Frau, welche über keinen der technischen Kunstgriffe verfügt, welche dem Kinde die

Entwickelung zur Menschwerdung erleichtern — die kann auch nicht zur Rolle der Erzieherin berufen sein, und wäre sie zehnmal des Kindes leibliche Mutter. Täglich hat man Beispiele vor Augen, welche zeigen, was für Ungeheuerlichkeiten, um nicht zu sagen Verbrechen gegen die Entwickelung der kindlichen Natur die zärtlichsten Mütter im Namen des „Instinkts der Mutterliebe" begehen. Ein gut Theil der körperlichen und geistigen Verkrüppelung der Jugend ist darauf zurückzuführen, daß die Erziehung dem „mütterlichen Instinkt" überlassen bleibt, anstatt dieselbe zur Sache eines zielbewußten Wissens und Könnens zu machen. All die „populären Abhandlungen" über Kinderpflege und Jugenderziehung können hieran nichts ändern, um so weniger, da sie für die Mehrzahl der Mütter verloren gehen. Die Frau, welche täglich zehn, zwölf und noch mehr Stunden in der Fabrik oder von früh bis spät Abends im Hause gewerblich arbeitet, hat nicht die Möglichkeit, sich Forschungen über ihren Beruf als Erzieherin hinzugeben. Ihre Eingriffe in die Erziehung müssen sich meist darauf beschränken, Hosenböden einzusetzen und Strümpfe zu stopfen, wenn sie vorher das dem Kinde nöthige Stück Brot verdient hat.

Gerade mit Rücksicht auf den Zweck und das Gelingen des Erziehungswerkes ist es durchaus nothwendig, das, was bereits zum größten Theil und mit Erfolg für den Unterricht geschehen, für die gesammte Erziehung des Kindes durchzuführen. Dieselbe muß aus den Händen der für den Beruf gar nicht oder nur ungenügend ausgerüsteten Frau in diejenigen von berufsmäßig ausgebildeten Erziehern oder Erzieherinnen übergehen. Die Gesellschaft muß auch nach dieser Seite hin in ihr Recht eintreten und ihre Pflichten übernehmen. Die Macht der Gewohnheit und Phrase will zwar noch an dem Grundsatz festhalten, daß die Erziehung des Kindes Aufgabe der Mutter sei, allein die Verhältnisse machen diese Aufgabe mit jedem Tag thatsächlich immer illusorischer, immer hinfälliger. Die Entwickelung des Kindes fährt bei dem Wechsel nicht schlecht, sie wird aus einem Werk des blinden Instinkts zur Sache einer zielklaren Wissenschaft.

* * *

Aber noch ein weiterer, schwerwiegender Grund spricht dagegen, daß die Erziehung der Kinder die vornehmste Aufgabe der Frau sein kann. Wer erziehen will, der muß selbst erst erzogen sein. Es ist überflüssig, dabei zu verweilen, wie wenig die Frau von heute dieser Forderung, in ihrem weitesten Sinne gefaßt, entspricht. Seit Jahrhunderten geknechtet und versklavt, systematisch in einem Zustande der Untergeordnetheit gehalten, von Geburt an die Zielscheibe einer systematisch durchgeführten körperlichen und geistigen Verkümmerung, ist die Frau nothwendiger Weise ein unvollkommen und einseitig entwickeltes Geschöpf. Die Männer unter sich halten die Frau im Grunde für eine niedere Abart der Gattung Mensch. Und wunderbar, dieses unentwickelte Geschöpf, das durch seinen Herrn und Meister bei jeder wichtigen Gelegenheit, bei jedem Versuch, sich eine menschenwürdigere Stellung zu erkämpfen, an seine Unterlegenheit erinnert wird, das soll von der Natur „auserwählt" sein, die heranwachsenden Generationen zu erziehen! Wer wird hierbei nicht mit dem alten Wort fragen: „Kann auch ein Blinder einen Blinden leiten?" Die Gegner der Frauenemanzipation füllen Bände an, um die Inferiorität des weiblichen Geschlechts zu beweisen, und auf der anderen Seite tragen sie kein Bedenken, diesem niedrigstehenden Geschöpf die wichtigste aller gesellschaftlichen Aufgaben zuzuertheilen, ja sogar als dessen eigentlichen „Beruf" zu erklären. Diese Logik macht dem männlichen Geist alle Ehre!

Wir wollen nicht erst darauf eingehen, wie die im Allgemeinen thatsächlich bestehende Unterlegenheit der Frau durch die engen Verhältnisse, in welchen sie seit Jahrtausenden steht, erzeugt wird, und wie dieselbe in Folge neuer, günstiger Entwickelungsbedingungen verschwinden muß. Für den Augenblick müssen wir die geringere Entwickelung der Frau einfach feststellen, damit aber auch deren Ungeeignetheit für die Rolle der Kindererzieherin. Goethe's Ausspruch:

> Die Eltern könnten erzogene Kinder gebären,
> Wenn die Eltern selbst erzogen wären —

gilt in erster Linie von dem Verhältniß zwischen Mutter und Kind.

Werthlos ist auch die vielgehörte Rede von dem reichen und tiefen Gefühlsleben der Frau, von dem moralisch veredelnden Einflusse des „ewig Weiblichen", das hinanzieht.

Die Frau kann für die künftigen Generationen nicht eine Hohepriesterin des Schönen, Wahren und Guten sein, weil sie mit ihrer Auffassung der künstlerischen, wissenschaftlichen und sittlichen Begriffe größtentheils noch in einer vergangenen Zeit wurzelt. Die betreffenden Begriffe sind ja nicht der Ausdruck ewig gültiger Ideen, sie sind lediglich Abstraktionen und Spiegelbilder der jeweilig bestehenden, in fortwährendem Fluß begriffenen Gesellschaftsverhältnisse, wechseln und verändern sich auch mit diesen. Jedes Zeitalter und jedes Volk hat seine eigene Sittlichkeit, Kunst und Wissenschaft.

In der gegenwärtigen Epoche tobt ein heftiger Kampf zwischen den Ideen der alten und neuen Zeit. Gerade was die Auffassung und Entwickelung auf dem Gebiete der Moral anbetrifft, so steht die Frau der Regel nach im Lager des Alten, des Ueberlebten, wie es noch der Gesellschaftsordnung entspricht, in welcher die patriarchalische Familie ihre Berechtigung hatte. Dadurch, daß man die gesammte geistige Entwickelung der Frau auf dem Standpunkt vergangener Jahrhunderte festhielt, daß man ihre Entwickelung in ein Prokrustesbett zwängte, daß man ihr noch nicht den ihr gebührenden Platz in der Gesellschaft eingeräumt hat und sie an das Haus fesselte, dadurch ist auch die Frau in ihren sittlichen Anschauungen außer den rechten Zusammenhang mit der vollständig umgewandelten Gesellschaft gerathen. Die neuen Gesellschaftszustände haben neue Beziehungen der Menschen untereinander, damit auch neue sittliche Anschauungen geschaffen, die sich von den alten genau so unterscheiden, wie die neuen Produktionsbedingungen von den alten. Dieser Entwickelungsprozeß hat aber bei dem weiblichen Geschlecht kaum erst begonnen. Die Frau hat ihre sittlichen Anschauungen noch nicht mit den neuen Gesellschaftsverhältnissen in Einklang gebracht, sie klebt mit ihrer Auffassung dessen, was hochzuhalten und erstrebenswerth ist, noch an den Reflexen der sozialen Zustände von gestern.

Wie soll sie da „hervorragend befähigt" sein, die

Entwickelung des Kindes zu leiten, das der Bürger von morgen ist, das auf die Pflichten und Rechte des Werdenden und nicht des Vergangenen vorbereitet werden muß?

Daß sich die geistige Entwickelung der Menschheit nicht schneller vollzieht, hat wohl zum Theil seinen Grund darin, daß deren größere Hälfte in ihrer Entwickelung noch so weit zurückgehalten worden ist. Im Allgemeinen reicht das Denken der Frau nicht über ihre Nase, d. h. ihre Familie hinaus, sie übt eine engherzige Familienmoral, die im Gegensatz zu der gesellschaftlichen Moral steht, welche die neuen Verhältnisse bedingen. Alle ihre vielgerühmten Tugenden, ihre Selbstlosigkeit, Aufopferungsfähigkeit, ihr tiefes Empfinden bekunden sich nur zu Gunsten des engen Familienkreises, sie kommen nur denen zu Gute, welche die Frau liebt. Das Weib, welches für die Ihren der größten Aufopferung fähig ist, erweist sich der Gesellschaft gegenüber von oft geradezu brutalem Egoismus. Natürlich! Außerhalb des allgemeinen Lebens stehend, ohne Interesse und Betheiligung an den gesellschaftlichen Vorgängen, sind ihr die neuen sozialen Tugenden fremd geblieben. So stark entwickelt bei der Frau die Familienliebe ist, so ärmlich verkümmert erweist sich bei ihr die gesellschaftliche Solidarität. Die wenigsten Frauen haben auch nur eine Ahnung davon, was das Wort Solidarität eigentlich bedeutet, daher ihre Engherzigkeit, Härte, ja Grausamkeit gegen Alles, was sich außerhalb der Sphäre ihrer persönlichen Zuneigung bewegt. Das reiche moralische Gemüthsleben der Frau findet im Grunde in einem Fingerhut oder in einem Kochtopf Platz, ohne dabei Gefahr zu laufen, sich den Kopf an den engen Wänden einzurennen.

Von allen Frauenkreisen zeigen gerade die sogenannten unteren Schichten die relativ höchste moralische Entwickelung im modernen Sinne, sie sind am nächsten daran, den Begriff der Solidarität zu fassen und zu üben, sowie alle neuen sozialen Tugenden überhaupt Am reaktionärsten und am weitesten nach rückwärts stehend erweisen sich dagegen di^ Kleinbürgerinnen, sie sind in ihren vormärzlichen Begriffen oon Tugend und Moral versteinert und halten an denselben fest, obgleich sich dieselben im Verhältniß zu

den neuen Sozialzuständen oft geradezu in schreiende Unmoralität verkehren.

Die Moral der Frau wurzelt noch in der alten Zeit, ihre gesellschaftlichen Tugenden sind durchaus negative, sie hält sich für höchst moralisch, wenn sie den Nächsten nicht bestiehlt, belügt, hintergeht, ermordet, ihm nicht das Haus über dem Kopf anzündet. Aber sie ist zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit nur schwer und selten zu positiv moralischen Handlungen bereit, selbst dann, wenn sie dieselben nicht in Konflikt mit den Interessen der Familie bringen. Im Allgemeinen ist sie stets bereit, die Interessen der Gesellschaft den Interessen der Familie aufzuopfern, die Gesammtheit hat ihrer Auffassung nach keinen oder geringen Anspruch auf ihre Hingabe und Selbstlosigkeit. Im Zentrum der weiblichen Moral steht die Familie, je ausschließlicher sich der Mann deren Interessen widmet — mag er auch das Allgemeinwohl dabei vernachlässigen — für um so vollkommener wird er meist seitens der Frau gehalten.

Daher die Gleichgültigkeit, ja oft genug der geradezu feindliche Widerstand, den die Frau der Betheiligung des Mannes am öffentlichen Leben entgegensetzt!

Familie und Gesellschaft bilden im Kopfe der Frau feindliche Gegensätze, und der Mann, welcher das Familieninteresse dem Allgemeinwohl aufopfert, erscheint ihr nur zu oft als eine Art Verbrecher oder Thor. Diese Auffassung und der daraus hervorgehende Widerstand sind erklärlich und vom Standpunkte der Frau aus gerechtfertigt, sie entsprechen nicht nur ihrer Kirchthurmsmoral, sondern überhaupt einem gesellschaftlichen Zustande, der auf Sonderinteressen und nicht auf dem Allgemeinwohl basirt. Sie sind die nothwendige Folge davon, daß die Frau im Widerspruch zu den ökonomischen Verhältnissen an das Haus gebannt blieb. Die nämlichen Vorzüge, welche sie innerhalb der Familie für selbstverständlich hält, wird sie auch in der Gesellschaft bethätigen, sobald sie durch die Thatsachen gelernt hat, daß auch ihr Wirkungskreis die Welt ist. Die neue soziale Stellung der Frau wird einen vollständigen Umschwung in ihrer Auffassung über ihre Pflichten und Rechte nach sich ziehen. Die Gesellschaft wird dann

im Leben der Frau den Platz einnehmen, den das Haus heute usurpirt, die Allgemeinheit wird die Familie verdrängen.

Solange jedoch die Frau auf ihrem alten Standpunkt verharrt, solange sie nicht mit ihrem Denken und Empfinden in den neuen Verhältnissen aufgeht, solange sie innerhalb der Familie und Gesellschaft ein reaktionäres Element bildet, kann man die Mutter nicht a priori als beste Erzieherin der Kinder rühmen. Die Kinder müssen für das Morgen, nicht für das Gestern herangebildet werden.

Die Erzieher der Kinder müssen deshalb selbst voll und ganz auf dem Standpunkt der neuen Zeit stehen.

* * *

Erkennt man die Richtigkeit dieser Grundsätze an, so ergiebt sich von selbst der Schluß, daß die Frau, wie sie ist, nicht die auserwählte Erzieherin der Jugend sein kann.

Es bleibt also kein Bedauern zurück, daß die modernen Verhältnisse die Frau aus ihrer erzieherischen Rolle verdrängen, und daß die Gesellschaft dieselbe übernimmt. Es ist folglich auch nicht gerechtfertigt, unter dem Geschrei von dem erzieherischen Mutterberuf die Frau von dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen.

Pflicht der Gesellschaft ist, die Mutter dem Kinde für die Zeit zu erhalten, wo sie thatsächlich die natürliche Erzieherin und Pflegerin desselben ist: für die Periode der Schwangerschaft und das Säuglingsalter. Für die folgende Entwickelungszeit hat sie dem Kinde alle Einrichtungen und Anstalten zu bieten, welche die Mutter — hier als Zusammenfassung aller erzieherischen Einflüsse gedacht — in der besten Weise ersetzen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Frau in der Zukunft von dem Erziehungswerke ausgeschlossen sein soll. Im Gegentheil, es ist bereits angedeutet worden, daß wahrscheinlich gerade das weibliche Geschlecht befähigt ist, bei der künftigen Erziehung der Jugend eine hervorragende Rolle zu spielen. Jedoch nicht jede Frau, bloß weil sie „Mutter" ist, sondern nur diejenige, welche Begabung und Neigung für den pädagogischen Beruf mit einer möglichst hohen und vielseitigen allgemeinen Entwickelung

vereint und die nöthige berufliche Sonderausbildung erhalten hat. Wenn die Frau durch eine freie Entwickelung in einem freien Gesellschaftswesen voll und ganz zum Menschen geworden, wenn sie zum Bewußtsein ihrer neuen Rechte und Pflichten erwacht ist, wenn sie auf einer Höhe der Anschauung steht, daß sie mit Göthe's Prometheus allen Götzen der Vergangenheit das wunderbar stolze Wort entgegenschleudern kann: „Hier sitze ich und forme Menschen nach meinem Bilde" — erst dann haben wir das Recht, von der Frau als berufener Erzieherin der Jugend zu sprechen.

IV.

Resumé.

Fassen wir zum Schluß die wesentlichsten Punkte unserer Darlegungen zusammen!

Die Produktionsverhältnisse haben die Stellung der Frau in ihrer ökonomischen Grundlage revolutionirt, ihrer Thätigkeit als Haushälterin und Erzieherin in der Familie die Berechtigung, ja die Möglichkeit geraubt.

Die Produktionsverhältnisse haben gleichzeitig mit der Zerstörung der alten Thätigkeit der Frau innerhalb der Familie das Fundament zu deren neuer Thätigkeit innerhalb der Gesellschaft gelegt.

Die neue Rolle der Frau bewirkt ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Manne, versetzt damit dessen politischer und gesellschaftlicher Vormundschaft über das Weib den Todesstoß.

Die vom Manne befreite Frau geräth jedoch in der heutigen Gesellschaft in die Abhängigkeit vom Kapitalisten, sie wird aus einer Haus- zu einer Lohnsklavin.

Die Frage der vollen Emanzipation der Frau erweist sich also in letzter und entscheidender Instanz als eine ökonomische Frage, die im innigsten Zusammenhang mit der Arbeiterfrage überhaupt steht und nur im Zusammenhang mit ihr endgültig gelöst werden kann. Die Sache der Frau und die Sache der Arbeiter gehören untrennbar zusammen und finden ihre letzte Lösung nur in einer

sozialistischen, auf Emanzipation der Arbeit vom Kapitalisten begründeten Gesellschaft.

Die Frau hat darum für ihre volle Emanzipation nur von der sozialistischen Partei etwas zu erwarten. Die Bewegung der bloßen „Frauenrechtlerinnen" kann in einzelnen Punkten gewisse Vortheile erzielen, sie kann jedoch nun und nimmer die Frauenfrage lösen.

Aufgabe der sozialistischen Arbeiterpartei ist es, die Lösung der Frauenfrage durch Organisation und politisch-ökonomische Schulung derjenigen Frauenschichten anzubahnen, deren Thätigkeit in Folge der neuen Produktionsverhältnisse am umfassendsten und gründlichsten umgestaltet ist: durch die Organisation der Industriearbeiterinnen.

Organisation und Schulung der Industriearbeiterinnen sind nicht nur der wichtigste Schritt, die Lage der Frau zu heben, sie sind auch ein bedeutender Faktor für den schnelleren und stärkeren Fortgang der Arbeiterbewegung überhaupt und dadurch von größtem Einflusse auf eine raschere Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
I. Serie. — 4. Heft.

Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune.

Von
Ossip Zetkin-Paris †.

Preis 20 Pfennige.

Berlin 1894.
Verlag der Buchhandlung des „Vorwärts".
(Th. Glocke.)

Inhalt:

	Seite
Die verhältnißmäßige Schwäche der französischen Bewegung und ihre Ursachen	5
Die ersten Anfänge nach der Kommune bis zur Gründung der „Egalité“ von Jules Guesde	6
Die Erfolge des Marxismus	12
Die Intriguen gegen Guesde seitens Paul Brousse und die Spaltung der Partei	19
Die Possibilisten und die Kollektivisten, Organisation und Programm	28
Die Blanquisten	34
Der Anarchismus in Frankreich	40
Die Aussichten für die Zukunft	45

Vorkommende Fremdwörter und französische Namen.

Arrondissement, spr. Arrongdissmang = Bezirk. —Bourgeoisie, spr. burschoasih = Bürgerthum, besitzende Klasse. — Chambre syndicale, spr. schangbr sängdikal = berufsgenossenschaftlicher Verband, Gewerkschaft. — citoyen, spr. sitoajäng = Bürger. — Quartier latin, spr. karti-eh latäng, das Studentenviertel in Paris. — de jure, de facto = dem Recht (der Form) nach und in Wirklichkeit.

Allemane, spr. allmahn. — Andrieux, spr. angdrivy. — Barberet, spr. barbereh. — Blanqui, spr. blangki. — Bordeaux, spr. bordoh. — Paul Brousse, spr. pohl brußz. — Chabert, spr. schabär. — Clement, spr. klemang. — Clovis Hugues, spr. üg. — Cri du peuple, spr. kri dü pöpl. — Dereure, spr. döröhr. — Deville, spr. döwihl. — Droits de l'homme, spr. droa dö lomm. — Dumay, spr. dümä-i. — Duval, spr. düwall. — „Egalitaire“, egalitähr. — St. Etienne, spr. sängteti-enn. — Fédération française des travailleurs, spr. federasiong frangsäs däh travajör. — Gautier, spr. Goti-eh. — St. Germain, spr. säng schärmäng. — Jules Guesde, spr. schül gäd. — Joffrin, spr. schoffräng. — Labusquière, spr. labüskiähr. — Paul Lafargue, spr. pohl lafarg. — Marseille, spr. marsäj. — Benoit Malon, spr. bönoa malong. — Meaux, spr. moh. — Louise Michel, spr. mischäll. — Parti ouvrier, spr. uwri-eh. — St. Pélagie, spr. säng pelaschih. — Proudhon, spr. prudong. — Reklus, spr. röklüh. — Serreaux, spr. särroh. — Trades Unions, spr. trehd juni-ens. — Vaillant, spr. wa-i-jang. — Varlin, spr. warläng.

I.

Man ist im Auslande, und zwar theilweise auch seitens der Sozialisten, im Unklaren über Umfang und Tiefe der französischen sozialistischen Bewegung und nimmt meist ohne Weiteres an, daß in Frankreich eine starke und wohl organisirte sozialistische Arbeiterpartei existire. Diese Annahme ist jedoch eine irrthümliche, und es muß ihr im Interesse unserer Sache selbst entgegengetreten werden. Wir Sozialisten dürfen uns nicht in Illusionen wiegen, sondern müssen den Thatsachen klar ins Auge blicken, mögen dieselben nun angenehm oder unerquicklich sein.

Die falsche Auffassung und Beurtheilung der französischen Bewegung wurzelt meist in dem Schlusse, daß Frankreich als klassisches Land der Revolutionen unbedingt auch eine kräftig entwickelte sozialistische Partei besitzen müsse, um so mehr, da die Verhältnisse einer Bewegung seitens der Arbeiter viel freien Spielraum gewähren, und der bewegliche, thatenfreudige Charakter der Bevölkerung einem Gedeihen der Bewegung nur unendlich günstig sein könne. Thatsachen, die sich auf Thatsachen häufen, zeigen, daß die moderne Arbeiterbewegung selbst in den monarchischen Ländern mit jedem Jahre an Stärke und Festigkeit der Organisation zunimmt und trotz eines sich stetig steigernden unerhörten geistigen und polizeilichen Druckes zu einem mächtig einherfluthenden Strom anschwillt. Folglich, ist man zu denken geneigt, muß die Bewegung in Frankreich, dem republikanischen Frankreich, dem revolutionären Frankreich, einen noch weit intensiveren und tiefergehenden Charakter tragen.

Die Wirklichkeit stimmt jedoch zu solcher Voraussetzung sehr schlecht. Die Ursachen, warum die französische Arbeiterbewegung gegenwärtig noch so schwach entwickelt ist, sind

vielfacher Natur und werden bei Beurtheilung der französischen Parteiverhältnisse oft nicht genügend in Betracht gezogen.

In erster Linie dieser Ursachen stehen wohl die vielen Revolutionen, die seit bald einem Jahrhundert Frankreich nicht zur Ruhe kommen ließen und noch obendrein die energischesten und intelligentesten Kräfte aus dem Volke dahinmähten. Revolutionäre von Profession erblicken freilich in diesen Revolutionen ein großes und fruchtbares Erziehungsmittel, die Volksmassen zu befähigen, für Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Bei näherem Zusehen erscheint jedoch dieses so oft den deuschen Sozialisten entgegengestellte Erziehungsmittel etwas problematisch. Eine derartige, wir möchten fast sagen: mechanisch revolutionäre Bewegung setzt weder eine besonders erzogene Volksmasse voraus, noch wirkt sie besonders erzieherisch, um die Massen für ihre weitere geschichtliche Rolle vorzubereiten. Was sie voraussetzt, ist weiter nichts als ein gegebener außerordentlicher Moment der Begeisterung, und was sie wirkt, ist die Anfeuerung durch das Beispiel. Aber der Werth dieser beiden Faktoren ist für die innere Hebung der Volksmassen ein äußerst begrenzter, gewöhnlich folgt auf sie sogar eine Periode der Erschlaffung und Erschöpfung. Die revolutionäre Tradition treibt auf die Barrikade und verwandelt hunderte von sorg- oder harmlosen Bürgern in kampfesmuthige Löwen, aber sie vermag nicht jene zielbewußte Intelligenz und jene ruhige, kaltblütige Energie, jene stätige Anspannung aller Kräfte und pflichtfreudige Aufopferungsfähigkeit zu zeitigen, die Tag aus Tag ein, Stunde für Stunde auf Posten stehen läßt, und dies in einem Kampfe, der für den oberflächlichen Beobachter des Glorienscheins von Heroismus entbehrt und als alltäglich und bedeutungslos erscheint.

Dies zeigt sich auch in Bezug auf die französische Bewegung. Die Arbeitermasse ist trotz der Revolutionen noch nicht in dem Maße, wie Viele voraussetzen, an die moderne sozialistische Bewegung herangezogen und für sie geistig geschult, und die geringe Energie, mit der sie in dieselbe eintritt, erklärt sich zum Theil durch die starken und häufigen Aderlässe, welche die französische Bourgeoisie (mit oder ohne radikale Phrasen) an dem französischen Proletariat vorgenommen hat.

Speziell die letzte, 1871 stattgehabte Niederlage des französischen Proletariats hat die Masse in moralischer und physischer Hinsicht so geschwächt, daß sie bis jetzt noch nicht wieder zu ihrer ursprünglichen Kraft erstarkte und diese Kraft in zielbewußtem politischem Kampfe bethätigen konnte. Das Häuflein derer, die als Kämpfer in Reih und Glied der modernen Arbeiterbewegung stehen, ist noch nicht groß genug, um eine gewaltige moralische Wirkung im Lande auszuüben, die breiten Schichten bringen ihm nicht das Vertrauen, die Herrschenden nicht die Furcht entgegen, welche die natürlichen Erfordernisse einer starken Arbeiterpartei sind.

Als weiteren Grund der schwachen Bewegung finden wir die in Frankreich vorherrschende kleinbürgerliche Produktionsweise, die einerseits die Klassengegensätze nicht so scharf hervortreten und zum Bewußtsein gelangen läßt, andererseits bisher nur wenig große Arbeitszentren schuf — Paris hiervon abgerechnet, das Herz und Kopf Frankreichs ist. Die Provinz hat erst in letzter Zeit ein selbständiges Leben angefangen, und mit diesem hat auch erst seit kurzem eine Bewegung des provinzialen Proletariats begonnen, eine Bewegung, die in erster Linie das Werk der Kollektivisten ist und sich schon von Anfang an durch große prinzipielle Erfolge auszeichnet.

Endlich sind die vielen revolutionären und utopistisch-sozialistischen Schulen zu nennen, die bisher hinderten und noch heute hindern, daß die nüchterne zielbewußte moderne Bewegung tieferen Grund faßte. Frankreich zeigt eine wahre Musterkarte von sozialistischen Schulen und Schulchen, welche die Masse der Arbeiter in kleine, meist fanatische, sich gegeneinander abschließende Gruppen zersplittern. Am tiefgehendsten und weitverbreitetsten wirkt noch Proudhon's Einfluß nach, dessen kleinbürgerliche Utopien der kleinbürgerlichen Produktionsweise und dem kleinbürgerlich-radikalen Geist am meisten zusagen.

So hat der moderne Sozialismus bei aller äußeren Entwickelungsfreiheit einen wahren Riesenkampf mit den französischen Arbeitern selbst zu führen, und sein Marsch kann nur langsam, Schritt für Schritt vorwärts gehen. Er kann sein Programm eben nicht auf eine tabula rasa schreiben, sondern muß erst Zug um Zug das auslöschen,

was frühere, kommunistisch angehauchte Systeme im Volksbewußtsein gegraben haben.

Für den bei weitem größten Theil der Arbeiterschaft, der sich an der Bewegung betheiligt oder mit ihr sympathisirt, konzentriren sich alle Fragen in der sozialen „Revolution". Aber über das, was ihr vorausgehen, das, was ihr folgen muß, herrscht die größte Begriffsverwirrung; jeder hat dafür sein eigenes Rezeptchen in der Tasche, dem gegenüber die Beweisführungen des modernen Sozialismus nicht vorhanden scheinen. Uebrigens legen die gebildeten Klassen des Landes eine noch größere Unkenntniß des Sozialismus an den Tag, für sie sind Sozialismus und Anarchismus einfach identisch und decken sich mit der Vorstellung von Revolution nach der alten bekannten Heugabelschablone.

Die angedeuteten Ursachen verlangsamen zwar die Bewegung, vermögen aber nicht, dieselbe zu unterdrücken. Ihnen gegenüber steht die Thatsache fest, daß die verschiedenen sozialistischen Schulen immer mehr zusammenschrumpfen und vor der Logik der ökonomischen Entwickelung verschwinden. Die Macht der Verhältnisse schafft eine moderne Arbeiterbewegung, wenn auch nur schwach und langsam.

II.

Schon in den letzten Jahren des zweiten Kaiserreiches bildete sich unter dem Einflusse der „Internationale" ein Stab von Sozialisten, von denen der Buchbinder Varlin einer der bedeutendsten war.

Die neue Bewegung ward durch den Krieg unterbrochen und die Niederlage der Kommune vernichtete ihre energischesten und intelligentesten Träger. Aber der Keim der Sache selbst hatte nicht vernichtet werden können, er wurzelte in den Verhältnissen, welche die gleichen geblieben waren, wenn sie sich nicht noch mehr zugespitzt hatten.

Von 1872—1876 traten Zuckungen zu Tage, die andeuteten, daß das Proletariat aus der Betäubung seiner Niederlage erwachte. Die Führer der Proletarierbewegung vor der Kommune waren entweder gefallen oder kümmerten

in Neu-Kaledonien und im Exil dahin, aber unbekannte und bis dahin ungenannte Kräfte nahmen das von der Kommune kaum begonnene Werk auf und führten es weiter, so gut es unter den obwaltenden Verhältnissen möglich war.

Die in den folgenden Jahren hervortretende Arbeiterbewegung ist auf zwei Quellen zurückzuführen: auf eine rein kooperative (genossenschaftliche) Gewerkschaftsbewegung nach Schulze-Delitzsch'schem Muster, getragen von den Organisationen der „Chambres syndicales", an deren Spitze anfangs Barberet stand — und auf eine von vornherein entschieden, wenn auch hier und da noch nicht ganz geklärte, sozialistische Bewegung, getragen von den „Studienzirkeln", deren Mitglieder stark mit „Ueberläufern aus den Reihen der Bourgeoisie" gemischt waren.

Dieser doppelte Ursprung der französischen Arbeiterbewegung ist bedeutsam, er gelangt klar zum Ausdruck in den späteren Streitigkeiten und der endlichen Spaltung, welche die junge Partei wieder in ihre ursprünglichen Theile zerlegte: in eine Gruppe von gewerkschaftlichen Organisationen und eine andere von sozialistischen Theoretikern.

Der politischen Lage entsprechend mußten sich die ersten Lebensäußerungen des Proletariats auf gewerkschaftlichem Gebiete zeigen. Sie waren natürlich schwach und an und für sich harmloser Natur, aber sie hatten eine symptomatische Bedeutung. Sie bestanden in der Organisation von Unterstützungskassen auf Gegenseitigkeit, von kooperativen (genossenschaftlichen) Unternehmungen und einer reinen Gewerkschaftsbewegung.

Die Propaganda hierfür wurde sehr schüchtern geführt, da die Regierung jeden Versuch der Arbeiter, sich zu organisiren, mit scheelem und mißtrauischem Auge ansah. Außerdem war damals alles, was in Demokratismus von Gottes oder von Volkes Gnaden machte, mit Politik, mit „Rettung der Republik" beschäftigt, der Republik, die den so verschrieenen „Vandalen" der Kommune zu verdanken war. Die politischen Fragen, die im Wesentlichen auf einen Familienzwist der bürgerlichen Parteien über Vertheilung des Profits hinausliefen, drängten die sozialen Fragen ganz in den Hintergrund. Die Radikalen gingen mit dem Wort: „Retten wir nur die Republik, die sozialen Reformen kommen dann schon von selbst nach", auf den politischen Bauern-

fang unter den Arbeitern aus und wendeten dieselben für den Augenblick von ihren eigensten Interessen ab. Auf die verheißenen Reformen sollen sie heute noch warten.

Kurz, in den ersten Jahren nach Gründung der Republik verschwendeten die Arbeiter ihre Kraft auf politische Fragen, die ihre Lage nicht besserten, und auf unschuldige Experimente auf dem Gebiete der Harmoniedußelei.

So blieben die Dinge, bis im Februar 1876 in Paris die „Droits de l'Homme“ (die Menschenrechte) erschienen. Es war dies das erste wirklich radikale Journal, das in Paris seit 1871 erlaubt wurde. Schon in seiner ersten Nummer vom 11. Februar giebt es folgendes Programm:

1. Volle und ganze Amnestie ohne Ausnahme und Annullirung aller Urtheilssprüche, die seit dem 4. September 1870 auch wegen gemeiner Verbrechen gefällt wurden, die im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen stehen. Schaffung von Existenzmitteln für alle nach Frankreich zurückkehrenden Amnestirten.

2. Umgestaltung der bestehenden Eigenthumsgesetze zum Zwecke der Zurückführung des individuellen Eigenthums auf seine legitime Quelle, die Arbeit.

3. Das landwirthschaftliche und industrielle Kapital, die Arbeitsinstrumente sollen nur denen zur Verfügung gestellt werden, die sie direkt anwenden, damit das Produkt voll und ganz dem gehöre, der es direkt geschaffen hat.

Das war 1876, unter Mac Mahon's Präsidentschaft, das erste kollektivistische Manifest. Verfaßt wurde es von etlichen jungen Studenten, zusammen mit einigen Arbeitern; manche der Verfasser stehen noch heute in Reih und Glied der Bewegung. Wir erwähnen besonders Gabriel Deville, einen der besten und klarsten sozialistischen Schriftsteller Frankreichs, der sich besonders durch eine populäre Bearbeitung des „Kapital“ großes Verdienst erworben, ferner Erié, — welcher sich jetzt nach verschiedenen Wandlungen zum Boulangismus bekehrt hat — V. Marouck, John Labusquière aus dem Lager der Possibilisten.

Man darf jedoch nicht voraussetzen, daß diese jungen Leute schon damals auf der Höhe des modernen Sozialismus standen. Sie griffen nur die allgemeinen, von der Internationale gegebenen Formeln wieder auf, und diese bildeten vor der Hand ihre ganze wissenschaftliche Doktrin, ihren „wissenschaftlichen Sozialismus“. Sie ermangelten

noch klarer Begriffe über letzteren und der Kenntnisse, die er zur Voraussetzung hat, gleichfalls.

Und Kenntnisse und Begriffsklarheit erwarben sie erst, als Jules Guesde in die Redaktion der „Droits de l'homme" eintrat und durch seine Thätigkeit den modernen wissenschaftlichen Sozialismus über das Land verbreitete.

Jules Guesde, der gegenwärtig neben P. Lafargue, G. Deville ꝛc. an der Spitze der Partei der Kollektivisten steht, war der erste, welcher in Frankreich gegen das klingende aber hohle revolutionäre Phrasenthum auftrat und für den modernen wissenschaftlichen Sozialismus kämpfte.

Schon während der letzten Jahre des Kaiserreichs war er durch seine Thätigkeit bekannt geworden. Er redigirte damals in Montpellier ein Blatt, das ebenfalls den Titel „les Droits de l'Homme" führte und bald unterdrückt wurde, weil es den gewaltsamen Sturz der Regierung forderte. Kaum hatte Sedan den mit allen Kunstkniffen und Gewaltmitteln aufrecht erhaltenen Kadaver des Kaiserreichs zu Boden geschmettert, als auch das erwähnte Blatt von neuem erschien und 1871 für die in Paris proklamirte Kommune Partei ergriff. Als sich die Versailler Reaktion durch eine wahre Orgie von Verurtheilungen für den ausgestandenen Schrecken entschädigte, wurde auch Guesde wegen eines Artikels mit fünf Jahren Gefängniß bedroht, und da er bereits damals körperlich sehr leidend war, so entzog er sich dem Richterspruch durch die Flucht nach der Schweiz.

In Genf gründete er aus französischen Flüchtlingen eine Sektion der Internationale, weigerte sich aber, an dem damals in Genf wüthenden Streit zwischen Anarchisten und Marxisten theilzunehmen und hielt sich mit seiner Sektion abseits von den aufeinander platzenden Parteien. Seine Sektion forderte volle Autonomie, erkannte jedoch die Beschlüsse der Internationale an.

Nach fünfjährigem Exil 1876 in das Vaterland zurückgekehrt, schloß er sich sofort an die in den Studienzirkeln keimende sozialistische Bewegung an, deren geistiger Mittelpunkt er bald ward. Sein Aufenthalt im Auslande, seine Beziehungen zur Internationale hatten seine Anschauungen

geklärt, verschärft, mit einer wissenschaftlichen Grundlage versehen. Das Studium der Marx'schen Theorie, die er besonders in der Folge durch seinen Verkehr mit Lafargue gründlich durcharbeitete und sich völlig zu eigen machte, hob ihn bald auf die Höhe der theoretischen Entwickelung. Er war der erste, der in einem glänzenden Agitationsfeldzuge in Süd-Frankreich das Banner des zielbewußten Sozialismus in die Provinz trug.

Durch seine Agitation im Quartier latin bildete Guesde einen festen und zielbewußten Stamm von jungen Schriftstellern und Agitatoren heran, denen er seine eigene Begeisterung mittheilte, und mit deren Hilfe er die Lehren des proletarischen Sozialismus in die Arbeitermassen trug, die bis zu seinem Auftreten konfus, unentschlossen und ohne Organisation waren.

Zur selben Zeit (September 1876) tagte in Paris der erste Arbeiterkongreß, der dank dem Exminister Cremieux gestattet worden war.

Der Kongreß, an dem sich etwa 100 französische Gewerkschaften und 50 Studienzirkel betheiligten, zeigte, wie unwissend die französischen Arbeiter in sozialen und ökonomischen Fragen noch waren.

Einige der Delegirten waren sich jedoch des Klassenkampfes bewußt und forderten, die Arbeiter sollten sich von allen ehrgeizigen Politikern trennen und nur für Arbeiterkandidaturen eintreten. Dieser Antrag wurde auch, jedoch nur im Prinzip, einstimmig angenommen. Er stellt alles dar, was der erste Arbeiterkongreß in richtiger Erkenntniß der Klassenlage beschloß.

Die übrigen Resolutionen waren so zahm und nichtssagend, daß sie von der gesammten konservativen Presse unter Lob und Glückwünschen akzeptirt wurden. Die Konservativen sahen in dem Kongreß ein Symptom „der gesunden und vernünftigen Einsicht der Arbeiter". Hatte doch der bereits seit 1872 in Paris bestehende „Zirkel der verbündeten Arbeitergewerkschaften" erklärt, daß sein Ziel in „Herbeiführung einer allseitigen Verständigung bestehe, einer Verständigung, welche die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern regeln solle." Ferner, daß die Arbeitergewerkschaften bestrebt seien, durch „ihre professio-

nelle Verbindung und Gruppirung in nächster Zukunft die Errichtung von genossenschaftlichen Werkstätten herbeizuführen, die allein dazu berufen seien, den Arbeitern Wohlstand zu schaffen.“ Endlich wollten sie durch „Schiedsgerichte, die zur Hälfte aus Arbeitern, zur Hälfte aus Unternehmern zusammengesetzt sein sollten, dem Antagonismus zwischen dem Unternehmerthum und der Lohnarbeit ein Ende machen!“ Natürlich konnten so harmlose Forderungen das Herz der Reaktionäre aller Schattirungen nur mit Freuden erfüllen.

1873 schickten die Gewerkschaften Delegirte zur Wiener Weltausstellung, und der Bericht dieser Männer war ebenfalls durchaus nicht derart, die Konservativen zu erschrecken. Er forderte als Mittel zur Befreiung der Arbeiter: Fachunterricht, Gründung von Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen und als Hauptsache zur Realisirung dieser Reformen — das Sparen! Die Streiks wurden verdammt und zwar, wie es heißt, „comme un moyen de lutte condamné par l'expérience“, als ein durch die Erfahrung verdammtes Kampfesmittel. Auch die zur Philadelphia Ausstellung von 1876 entsendete Delegation war im wesentlichen von den nämlichen Ideen belebt. Summa Summarum, die französischen Arbeiter zeigten sich von 1871—1876 in ihren öffentlichen Kundgebungen, Erklärungen, Kongressen und Berichten als sehr mäßig, friedlich und sogar konservativ, ohne rechtes Verständniß für ihre Klassenlage und ohne klares Klassenbewußtsein.

Dies der Boden, den Guesde vorfand, und auf dessen Bearbeitung er seine volle Kraft mit Erfolg verwendete, denn schon von Ende 1876 an zeigt sich eine langsame, aber schon deutliche Veränderung im Karakter der Arbeiterbewegung im sozialistischen Sinne.

Die Artikel, in denen Guesde in den „Droits de l'Homme“ die in der Verbannung gezeitigten Theorien entwickelte, erregten bald Aufsehen und wurden von Arbeitern und Studenten begierig gelesen. Viele Arbeiter forderten den Verfasser in persönlichen Zuschriften auf, sich direkt mit ihnen in Verbindung zu setzen und seine eminent agitatorische Natur nutzte jede Gelegenheit zur Propaganda aus. In Begleitung eines ausländischen Sozialisten, welcher die gesammte moderne soziale Literatur

der Deutschen gründlich beherrschte, suchte Guesde die Arbeiter in ihren Wohnungen, in den Kaffeehäusern und Weinstuben auf.

Seine unermüdliche Thätigkeit zeitigte bald gute Früchte, denn schon 1877 konnte Guesde mit seinen Schülern ein rein sozialistisches Blatt gründen, die *Egalité*. Als auswärtige Mitarbeiter des Blattes waren Bebel und Liebknecht für Deutschland genannt, Dr. Caesar de Paepe für Belgien und Gnocchi-Viani für Italien. Benoit Malon, der noch in Lugano im Exil lebte, hatte ebenfalls seine Mitarbeiterschaft zugesagt. Die Egalité konnte nicht in Paris erscheinen, da nach den damaligen Preßgesetzen ein wöchentlich in Paris publizirtes Blatt 12000 Frcs. Kaution deponiren mußte. Eine solche Summe besaßen aber weder Guesde noch seine Freunde, und sie waren froh, daß es ihren gemeinsamen Anstrengungen gelang, 4—5000 Frcs. zusammenzubringen und somit die Möglichkeit zu haben, das Blatt in der Provinz erscheinen zu lassen, wo die Kaution nur 3000 Frcs. betrug.

Die Egalité erschien offiziell in Meaux, nicht weit von Paris, und wurde nur in Paris und anderen großen Städten verbreitet. Die erste Nummer, welche am 18. November 1877 herauskam, enthielt eine rein sozialdemokratische Erklärung, die erste, die in Frankreich von einem französischen Schriftsteller verfaßt wurde. „Wir glauben,“ heißt es in der Programmerklärung, „daß die natürliche und wissenschaftliche Entwickelung der Menschheit dieselbe unwiderstehlich zur kollektiven Besitzergreifung von Grund, Boden und allen Produktionsmitteln führt, und daß sich der kollektivistischen Schule heutzutage alle ernsten Männer aus dem Proletariat beider Welten anschließen.“

Mit dieser Erklärung eröffnete der moderne Sozialismus seinen Einzugsmarsch in Frankreich.

III.

Die Egalité brachte gleich in ihrer ersten Nummer eine scharfe Kritik der französischen Arbeiterklasse, die von 1868 bis 1876 bei allen ihren Lebensäußerungen alle sozialistischen Grundsätze öffentlich abgeschworen hätte. Eine

Ausnahme davon hätte nur die Zeit der Kommune gemacht, während welcher einige wirklich zu gunsten der Arbeiter angenommene Maßregeln eingeführt worden waren. Zu diesen zählte die Aufstellung einer Statistik aller verlassenen Werkstätten, behufs ihrer sofortigen Uebergabe an Produktivgenossenschaften der Arbeiter; ferner das Verbot der Nachtarbeit für Bäcker und Verkürzung der Gehälter sämmtlicher Staatsbeamten auf 6000 Francs.

Trotz aller scharfen Kritik, trotz aller ökonomischen Artikel, welche den modernen Sozialismus predigten, konnte die Egalité unter den obwaltenden Verhältnissen doch vor der Hand noch nicht viel ausrichten. Noch auf dem zweiten Kongreß der französischen Arbeiter (Januar 1878) zu Lyon zeigte sich, daß dieselben noch lange nicht mit reinen Klassenforderungen auftraten, sondern mit Forderungen, die sich zum Theil schon längst überlebt hatten. Eine gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages für Frauen begründete der Kongreß „damit, daß dieselben „schwächere Wesen" seien (ce sont des êtres plus faibles). Ferner drückte er den Wunsch aus, es möchten Kreditanstalten für Arbeiter und Produktivgenossenschaften gegründet werden, damit sich das Lohnsystem allmählich „von selbst" abschaffe. „Die Lohnarbeit ist nur ein Uebergangsstadium zwischen der Sklaverei und einem noch ungenannten Zustand (état innommé)." Endlich erklärten sich die Delegirten „im Prinzip gegen jede Einmischung der Gesetzgebung" in Arbeitsverhältnisse.

Jeder Versuch, eine dem Sozialismus geistesverwandte Erklärung durchzubringen, wurde entschieden zurückgewiesen. Auf ganz besonderen Widerstand stieß die folgende Resolution, welche von zwei Delegirten, Guesde's Schülern, eingebracht ward:

> „In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiter erst als Thatsache betrachtet werden kann, wenn dieselben den vollen Ertrag ihrer Arbeit genießen werden, daß es aber zur Erreichung dieses Zieles nothwendig ist, die Arbeiter in Besitz aller für die Produktion erforderlichen Elemente zu setzen — der Rohmaterialien, wie aller Arbeitsmittel — solle der Kongreß alle Arbeiterassoziationen auffordern, die praktischen Mittel und Wege zu studiren, um das Prinzip des kollektiven Besitzes von Grund und Boden und allen Arbeitsinstrumenten in Kraft treten zu lassen."

Dieser Beschluß wurde, wie zu erwarten, mit allen

gegen acht Stimmen verworfen, ohne zu langen Debatten Anlaß zu geben.

Die Egalité vorlor trotz dieser Niederlage den Muth nicht, denn es war bereits ein entschiedener Erfolg, daß sich zwei Arbeiter gefunden hatten, welche die von ihr gepredigten Lehren vor einem Kongreß vertraten und vertheidigten, dessen Verhandlungen die gesammte französische Presse mit Spannung verfolgte.

Uebrigens trug die auf dem Kongreß erlittene Niederlage der Egalité nur zu deren Hebung bei. Die bürgerliche Presse förderte durch ihre Angriffe gegen die eingebrachte Resolution und den Kollektivismus nur die sozialistische Propaganda. Das sozialistische Organ verdoppelte seinen agitatorischen Eifer, es wurde zum Kern- und Mittelpunkt einer neugebildeten Gruppe gleichen Namens, welche ihre Anhänger unter den energischesten Mitgliedern der Arbeiterklasse suchte und fand.

Natürlich fehlte es der Egalité nicht an Gegnern. Außer der Bourgeoispresse hatte sie noch alle Gewerkschaften mit ihrem Prinzip der Selbsthülfe, sowie die Anarchisten und alle durch Gefühl oder Verhältnisse sozialistisch angehauchten unklaren Köpfe gegen sich. Eine Zeit lang fand sich kein Drucker für das Blatt, die Regierung verfolgte dasselbe mit endlosen Prozessen, doch alle Versuche, die sozialistische Stimme zum Schweigen zu bringen, scheiterten, sie fuhr nach wie vor fort, die modernen sozialistischen Ideen zu verbreiten.

Im März 1878 betheiligte sich die Egalité nebst ihrer Gruppe am Jahresbanket zu Ehren der Kommune und ließ Adressen an die ausländischen Sozialisten votiren, dadurch ihren internationalen Charakter beweisend.

Guesde und seine Freunde begnügten sich nicht mit der schriftlichen Agitation. Sie besuchten alle Arbeitervereine und Arbeiterversammlungen, um daselbst in Debatten Propaganda für die von der Egalité vertretenen Lehren zu machen. In Wort und Schrift legten sie scharfe, klare Kritik an die Arbeiterkongresse und deren Resolutionen. Sie suchten die Arbeiter über das Sparsystem, die Konsumvereine, Produktivgenossenschaften und den Fachunterricht aufzuklären und den Glauben zu zerstören, daß diese als Universalmittel eine Gesundung der Gesellschaft herbeiführen

könnten. Vor Allem aber bemühten sie sich, die Vortheile und die Nothwendigkeit sozialistischer Arbeiterkandidaturen darzulegen, und zwar allen Bourgeoiskandidaturen, die radikalen mit inbegriffen, gegenüber.

Bei jeder Gelegenheit zeigte sich, wie sehr die Arbeitermassen noch von dem kleinbürgerlichen Geist durchdrungen waren, der das Heil in schwächlichen Reformereien sucht. Die Energie, Thätigkeit und Beredsamkeit der kleinen sozialistischen Gruppe blendete sie wohl und wurde von ihnen beifällig besprochen, aber nur wenige ihrer Glieder kamen ins kollektivistische Lager.

Erst gegen Mitte 1878 schlossen sich den Kollektivisten sechs Korporationen an: Schlosser, Tischler, Schneider, Gerber, Mechaniker und Handelsgehilfen, sowie der Konsumverein „Egalitaire". Das war zwar eine kleine, aber um so energischere und thätigere Macht. Bald erhielt sie die Oberhand in der Arbeitermasse, und der Kollektivismus oder Sozialismus triumphirte auf der ganzen Linie.

Ein Umstand hatte viel zum Sieg der Egalité beigetragen. Der Lyoner Arbeiterkongreß hatte beschlossen, während der Weltausstellung von 1878 einen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen. Guesde hatte sofort begriffen, wie wichtig dieser Kongreß für den Sozialismus werden konnte, obgleich seine Einberufer nichts weniger als sozialistisch waren. Dank Guesde konnte das für die Arbeiten des Kongresses festgesetzte Programm beide unter den Arbeitern herrschenden Strömungen befriedigen: revolutionäre Kollektivisten wie kleinbürgerliche Reformisten.

Da veröffentlichte die Polizeipräfektur das Verbot des Kongresses.

Die friedfertigen Arbeiter erschraken und traten von der Kongreßbewegung zurück. Guesde mit seinen Freunden und den sechs genannten Korporationen bemächtigte sich jetzt der Führung und beschloß, den Kongreß trotz des Verbotes tagen zu lassen. Namens der französischen Arbeiterklasse empfingen sie die Vertreter der englischen Trades Unions. Dieses energische Auftreten der Kollektivisten der Regierung gegenüber imponirte den Arbeitergruppen, die vom Kongreß zurückgetreten waren. Sie verlangten jetzt Zutrittskarten für ihre Delegirten und anerkannten damit indirekt den

Sieg des modernen Sozialismus über ihre kleinbürgerlichen Bestrebungen. Vor Allem war es die Gruppe „le Prolétaire“, fast durchgängig aus Führern der Genossenschaftsbewegung bestehend, welche Zulassung zum Kongreß forderte.

Damit trat der revolutionäre Sozialismus die Führerschaft der Arbeiterbewegung an. Die Regierung beschleunigte noch seinen Sieg dadurch, daß sie am ersten Tage des Kongresses, am 4. September 1878, die Delegirten verhaften ließ.

Nur 34 Delegirte wurden vor das Polizeigericht zitirt, und alle beauftragten Guesde mit ihrer gemeinsamen Vertheidigung. Guesde antwortete auf die Anklage durch eine mehrere Stunden dauernde Rede, ein wahres Manifest des modernen Sozialismus, welches in ganz Frankreich das größte Aufsehen erregte. Der Prozeß wirkte bei weitem mehr für den Sozialismus als der verbotene internationale Kongreß unter den obwaltenden Umständen hätte wirken können.

Selbstredend wurden Guesde und seine Freunde zu Gefängnißstrafen verurtheilt, aber ihre Verurtheilung schlug in einen Sieg um, denn die ganze Arbeiterklasse ergriff für sie und die neue Lehre Partei. Die Bourgeoiszeitungen beschäftigten sich lang und breit mit dem Prozeß, und die Verurtheilten ließen Guesde's Vertheidigungsrede in tausenden von Exemplaren in den Fabriken, Werkstätten und Arbeiterwohnungen des ganzen Landes verbreiten.

Von St. Pélagie (dem Gefängniß für politische Verurtheilte) aus, wo die Kollektivisten ihre Strafzeit abzubüßen hatten, erließen dieselben einen Aufruf an „alle Proletarier, Kleinbauern und kleinen Unternehmer,“ und forderten dieselben auf, „von den jetzigen jeweiligen Besitzern Grund und Boden und Arbeitsinstrumente zurückzunehmen, d. h. das gesammte bewegliche und unbewegliche Kapital, und dasselbe als soziales und nationales untheilbares und unveräußerbares Eigenthum zu erklären.“ Die jungen Arbeiterorganisationen vieler Städte erklärten sich mit dem Aufruf solidarisch, so z. B. diejenigen von Vienne, Troyes, Saint-Etienne, Pontoise, Orléans, Perpignan, Marseille, Cette, Béziers, Grenoble, Limoges, Puteaux.

Dies war der Anfang zur Bildung der kollektivistischen Partei, der nur noch die offizielle Anerkennung durch

einen Kongreß fehlte, die sie jedoch bereits im Oktober 1879 durch den Arbeitertag von Marseille erhielt.

Derselbe war der erste sozialistische Kongreß der französischen Arbeiterschaft und endete mit der Niederlage der Vertreter des selbsthilflerischen Prinzips, oder richtiger: mit ihrer Hinüberdrängung auf das sozialistische Gebiet. Trotz heißer Gegenwehr seitens der alten Gewerkschaften und Harmonieapostel stimmte der Kongreß dem Programm der revolutionären Arbeiterpartei zu. Mit 73 gegen 27 Stimmen erklärte er die Nothwendigkeit des Kollektivbesitzes aller Produktionsmittel und daß die Ueberführung derselben in gesellschaftliches Eigenthum nur durch eine soziale Revolution geschehen könne. Als vorläufige Mittel zum Zweck wurden erklärt: das Eingreifen der Partei in die Politik und ihre Betheiligung bei allen Wahlen, legislativen wie kommunalen, um die politische Gewalt zu erobern. Ferner beschloß der Kongreß die Konstituirung des Proletariats zu einer sozialistischen Arbeiterpartei und behufs ihrer Organisation ward Frankreich in sechs Regionen getheilt: 1. Paris, für das Zentrum des Landes; 2. Lyon, für den Osten; 3. Marseille, für den Süden; 4. Bordeaux, für den Westen; 5. Lille, für den Norden und 6. Algier für Algerien.

Das eigentliche Programm der Partei wurde auf Beschluß des Marseiller Kongresses erst im nächsten Jahre (1880) ausgearbeitet und auf dem Nationalkongreß von Havre (16. bis 22. November 1880) wie bereits im Juli des nämlichen Jahres auf dem Regionalkongreß des Zentrums (Paris, 18. bis 25. Juli 1880) angenommen und bestätigt.

Guesde war nach dem Marseiller Kongresse mit der Ausarbeitung des Programms beauftragt worden. Er hatte sich zu diesem Zwecke mit B. Malon in schriftstellerische Verbindung gesetzt, der noch immer als Flüchtling in der Schweiz lebte, ferner auch mit P. Lafargue, welcher gleichfalls als Verbannter in London weilte, und mit P. Brousse, dem wir bald in der französischen Bewegung begegnen werden. Guesde, welcher natürlich in direktem Zusammenhang mit seinen Pariser Freunden geblieben, war im Mai 1880 nach London gereist, um sich mit Marx, Engels, Lafargue und Lombard in direkte Be-

ziehungen behufs Ausarbeitung des Programms zu setzen. Brousse, welcher sich damals gerade in London aufhielt, wurde zur Berathung des Programms nicht zugezogen, weshalb er sich von dieser Zeit an Guesde, dem Programm und den deutschen Sozialisten gegenüber feindlich verhielt.

Das Programm der französischen kollektivistischen Arbeiterpartei unterscheidet sich in keinem wesentlichen Punkte von dem Programm der deutschen Sozialdemokratie und den Programmen der sozialistischen Arbeiterparteien aller kapitalistisch produzirenden Länder. In theoretischer Beziehung entspricht es vollkommen dem Programm einer jeden modernen Arbeiterpartei, die auf dem Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus steht. Die Fassung der einzelnen Programmartikel zeichnet sich durch ihre präzise Knappheit und Klarheit aus. In praktischen Fragen gibt es wohl Unterschiede zwischen ihm und den Programmen der Bruderparteien, Unterschiede, wie sie durch die besonderen Verhältnisse, unter denen die französischen Genossen zu kämpfen haben, und durch Anpassung an die lokalen Interessen hervorgerufen und bedingt werden. Seinem Wesen und den Hauptzügen nach kann es jedoch von jedem Sozialisten, welcher Nation er auch angehören mag, unterzeichnet werden.

Nach seiner Rückkehr von London schickte Guesde allen der Partei angehörenden Gewerkschaften und Studienzirkeln das Programm zur Begutachtung ein. Verschiedene Gruppen verlangten noch unwesentliche Zusätze, aber der Hauptsache nach wurde es von allen anerkannt und dann im Juli auf dem Regional-, im November auf dem Nationalkongreß von Havre bestätigt.

Durch definitive Annahme des Programms auf dem Havrer Nationalkongreß kam es zu einem Bruch zwischen Sozialisten und den Ueberresten der Kooperatisten (Genossenschaftler), der französischen Schulze-Delitzschianer, die an ihrem alten Zopfe festhielten.*)

*) Diese sind seit 1880 hoffähig geworden und werden vom Ministerium des Innern protegirt. Diese Chinesen der Arbeiterbewegung werden hier oft als Barbarettisten bezeichnet, nach einem gewissen Barbaret, der an ihrer Spitze steht und sein Bureau im Ministerium des Innern hat.

Da der Kongreß von den Kooperatisten organisirt worden, so zogen sich die Sozialisten aus dem Sitzungssaal zurück und tagten in einem anderen Lokal. Der Kongreß debattirte sechs Tage lang und nahm schließlich das in London ausgearbeitete Programm einstimmig an.

IV.

Wir haben gesehen, welche energische Thätigkeit Jules Guesde in einem Zeitraum von vier Jahren, von 1876—1880 entfaltete. Er war die Seele der Bewegung, er bewirkte die endgültige, auf einem festen Programm fußende Begründung der Partei, deren Redner, Theoretiker und Polemiker er war.

Aber die Autorität, die man in Folge seiner unermüdlichen Thätigkeit und unerschöpflichen Kraft seiner überlegenen Natur beilegte, sollte nicht lange dauern. Seine Persönlichkeit war zu bedeutend, zu stark und scharf ausgeprägt, um nicht in der eigenen Partei Feinde zu finden, die nur Ehrgeiz und den Wunsch nach einer Diktatur als Triebfedern seines Handelns ansahen.

Es ist charakteristisch, daß die Franzosen stets das Wort „Autonomie" im Munde führen und sich trotzdem bis in die Gegenwart hinein stets von Diktatoren führen und leiten ließen. Diese Zwiespältigkeit ist auch der Grund, weshalb es sich in Frankreich besonders oft und in grell zu Tage tretender Weise ereignet, daß die Größen des öffentlichen Lebens heute in überschwenglichem Lobe in den Himmel gehoben und morgen in den tiefsten Abgrund gestürzt werden. Diese Eigenthümlichkeit des französischen Nationalcharakters erklärt nach der einen Seite hin die Situation, welche nach 1880 in der französischen Arbeiterpartei geschaffen wurde, und die mit einer Spaltung endete.

Bei Sozialisten sollten allerdings Worte wie Diktatur und Diktator keinen Platz finden, denn Männer, welche wissen, was sie wollen, werden die an ihre Spitze gestellten Führer, solange diese es ehrlich meinen, nie verleugnen, sie werden ihnen aber auch keine diskretionäre, antidemokratische Macht verleihen oder erlauben. Sind Genossen, mögen sie den Reihen der Bourgeoisie oder den Arbeiter=

massen entstammen, geistig und agitatorisch hervorragende Persönlichkeiten, so werden die Sozialisten sich nicht fürchten, dieselben an hervorragende Kampfesposten zu stellen, aber sie werden nie in undemokratischer Weise darauf verzichten, eine strenge Kontrolle zu üben.

Trotz aller und vieler schlimmen Erfahrungen sind die französischen Sozialisten noch nicht auf diesem Standpunkte angelangt. Einerseits lassen sie sich thatsächlich mit großer Leichtigkeit von ehrgeizigen, intriganten, ihnen niedrig schmeichelnden Männern leiten und gängeln und andrerseits genügt es, wirklich verdienstvolle, charakterfeste und prinzipientreue Leute als nach einer Diktatur strebende Ehrgeizige zu denunziren, damit sich die Mehrzahl mit Furcht und Haß von den Beschuldigten wendet und ihrer Thätigkeit systematische Feindseligkeit entgegenbringt.

Dies war auch das Schicksal, welches Jules Guesde traf. Es gelang einem ehrgeizigen Intriganten, welcher Guesde seine Ueberlegenheit nicht verzeihen konnte, diesen bei dem Gros der Partei zu verdächtigen und durch eine geschickte Verquickung der Umstände von seinem Platze zu verdrängen, um seine eigene Person auf denselben zu stellen.

Der Mann, der dies zu Stande brachte, war Paul Brousse, das Haupt der jetzigen possibilistischen Fraktion der Arbeiterpartei.

Brousse war mit Guesde noch von Montpellier aus bekannt, wo Guesde 1870—71 Hauptredakteur der „Droits de l'Homme“ war. Brousse war damals ein oppositioneller, radikal-republikanischer Student, welcher die Vorstädte, die Arbeiterviertel besuchte und sich als patentirten Volksfreund aufspielte. 1872 wegen eines Zeitungsartikels zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, entfloh er nach Spanien. Hier traf er mit den dort damals zahlreich vertretenen Anarchisten der Bakuninschen Richtung zusammen und begeisterte sich sofort für deren hochtönende revolutionäre Phrasen. Von Spanien ging er nach der Schweiz, wo er Adjutant des anarchistischen Papstes in Person Bakunin's, wurde. Schon in der Schweiz trat der Unterschied zwischen Brousse und Guesde, der, wie man sich erinnern wird, ebenfalls als Flüchtling hier lebte, scharf zu Tage. Brousse that sich als enragirter Anarchist

hervor, verfaßte anarchistische Broschüren und Zeitungsartikel, Guesde blieb seinen ihm von der Wissenschaft diktirten Ueberzeugungen treu.

Als Guesde später in Paris die „Egalité" redigirte, griff Brousse das Blatt von der Schweiz aus in seiner „Avant-Garde" (Vorhut) auf das Heftigste an. Er beschuldigte Guesde und seine Mitarbeiter des Ehrgeizes und insbesondere der Jagd auf ein Mandat als Deputirte. Brousse zeigte sich in seinen Schriften als abgesagten Feind des Kollektivismus, den er auf dem internationalen Genter Kongreß von 1877 heftig bekämpfte, wofür er damals vom Genossen Liebknecht tüchtig abgetrumpft wurde. Letzterer Umstand gehört mit zu den Gründen, weshalb Brousse die deutschen Sozialdemokraten bis heute mit seinem Haß beehrt.

Trotz aller stattgehabten Reibereien stand Guesde dem Anarchisten Brousse persönlich nicht feindlich gegenüber. Als Letzterer 1879 in der Schweiz wegen eines aufreizenden Artikels zu mehreren Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, schrieb Guesde sogar einen günstigen Artikel über Brousse, welcher sich mit seinem Gegner aussöhnte. Nach Verbüßung seiner Strafe ward Brousse aus der Schweiz ausgewiesen und begab sich nach London, wo er von K. Marx freundlichst empfangen ward. Zur selben Zeit vollzog sich dem Anschein nach in Brousse's Anschauungen eine große Umwandlung, der zu Folge er seinen anarchistischen Ideen entsagte und sich als Sozialisten erklärte. Ja, 1880 trat er sogar in die Redaktion der von ihm so geschmähten „Egalité" ein, während er zu gleicher Zeit Mitarbeiter an dem „Prolétaire" ward, einem zweiten Arbeiter-Wochenblatt, dessen Gründung auf dem Kongreß zu Lyon beschlössen war, und das ein eigenthümliches Zwitterding zwischen kooperativen und sozialistischen Tendenzen darstellte, anfangs mit entschiedenem Ueberwiegen der ersteren, später mit mehr sozialistischer Färbung.

Nach Paris zurückgekehrt, sah Brousse, welches große wohlverdiente Ansehen Guesde in der Partei genoß und welchen maßgebenden, überragenden Einfluß er ausübte. Diesen Thatsachen gegenüber kam die alte anarchistische Natur wieder zum Vorschein, Brousse fing damit an, bei den jungen Leuten aus der Bourgeoisie, die Guesde an-

hingen, das Feuer der Eifersucht und des Mißtrauens zu entfachen; theoretisch machte er Guesde Opposition, indem er die Nützlichkeit und Nothwendigkeit einer starken Zentralleitung bekämpfte, nach ihm sollte jedes Mitglied der Partei frei sein, nach Belieben zu handeln. Die ganze Kampagne gegen Guesde ward hinterrücks im Stillen und mit großem Geschick geführt. Der Samen der Zwietracht fiel bei jungen, ehrgeizigen Leuten auf guten Boden, und diese ihrerseits zogen wiederum ihren persönlichen Anhang mit in die geheime Opposition. Die Partei war noch nicht einmal fest organisirt, als es zu offenen Zwistigkeiten und schließlich zu einem Bruche kam, der unheilvoll bis heute weiterwirkt.

Das Zusammentreffen und die Ausnützung verschiedener Umstände verhalfen den hinterlistigen Intriguen Brousse's zum Siege. Im Oktober 1880 ließ die Partei in Lyon ein tägliches Blatt erscheinen, „L'Emancipation sociale", das kaum zwei Monate lebte. Die „Egalité" verschmolz sich mit dem Blatt, das Guesde als Mitarbeiter gehabt hatte, während Benoit Malon Hauptredakteur gewesen war.

Malon war es dank seinem „moralischen Sozialismus" möglich, mit allen Parteien und Parteichen zu paktiren und alle zu schonen; von einem festen Programm, als Grundlage der Partei, war bei ihm nicht die Rede. Guesde hingegen wollte von solcher Waschlappigkeit nichts wissen, er vertheidigte das Programm als festen Boden und Zusammenhalt der Partei bis aufs Aeußerste und verstand es, seine Ueberzeugung bei den Mitarbeitern der „Emancipation" zur maßgebenden zu machen. B. Malon, der, viel älter als Guesde, große, aber ungeordnete und eines strengen Systems entbehrende Kenntnisse besitzt und jedes kritischen Geistes ermangelt, der aber wegen seiner persönlichen Ehrlichkeit und seiner Betheiligung an der Commune eine große Popularität genießt, fühlte sich durch das „autoritäre" Auftreten Guesde's verletzt. Nachdem die „Emancipation" eingegangen, siedelte Malon nach Paris über und fand sich mitten in die Intriguen gegen den „Guesde'schen Autoritarismus" gezogen. Malon und seine engeren Freunde waren aus dem angedeuteten Grunde der Strömung nur zu geneigt, und der Ruf des ersteren

half ihr zum endgültigen Durchbruch. Alle Gruppen und Studienzirkel fanden mit einem Mal nichts Wichtigeres und Dringlicheres zu thun, als einen Kreuzzug gegen das „Bestreben Guesde's nach einer Diktatur" zu predigen und zu unternehmen. Die Führer der Kooperatisten (Genossenschaftsbewegung), welche sich, mit wenig Ausnahmen, der Partei mehr unter dem Drucke der Verhältnisse als aus klarer Ueberzeugung angeschlossen und die dem modernen Sozialismus mit bemerkenswerthem Unverständniß gegenüberstanden, schlossen sich den Gegnern Guesde's an. Der tüchtig bearbeitete Boden brachte seine Früchte: alles erhob sich gegen Guesde, fiel über ihn her und nur ein kleines Häuflein der tüchtigsten, prinzipienklarsten und überzeugungstreuesten Männer blieb auf seiner Seite stehen.

Ein anderer Umstand führte der Feindseligkeit neuen Zündstoff zu. Bei Gründung der „Emancipation" hatten sich sämmtliche Redakteure verpflichtet, bei den nächsten Wahlen kein Mandat anzunehmen. Es war ihnen nämlich der Vorwurf gemacht worden, sie begründeten ein tägliches Blatt lediglich zu dem Zwecke, für die persönliche Kandidatur einzuheizen.

Da das Blatt nach zwei Monaten, im Dezember 1880, eingegangen war und die moralische Verpflichtung nicht länger bestand, so nahm Guesde im August 1881 auf ausdrückliches Drängen der Sozialisten von Roubaix eine Kandidatur in dieser Stadt an.

Dies gab das Zeichen zum Losschlagen gegen Guesde. Der von Brousse, Malon ꝛc. redigirte „Prolétaire" beschuldigte Guesde, daß er seinem Ehrenwort untreu geworden war, obgleich die Redakteure des Blattes sehr gut wußten, daß Guesde moralisch frei war, und daß er trotzdem die Kandidatur nur angenommen, weil sie ihm von den Genossen in Roubaix als Pflicht auferlegt worden, da „er der Partei gehöre", und endlich, daß die Kandidatur eine bloße Zählkandidatur war, bei der die zu führende Agitation Hauptsache war.

Unterdeß kam der Nationalkongreß von Reims (Ende Oktober und Anfang November) zu Stande, auf dem 44 Delegirte etwa 150 Gewerkschaften und Studienzirkel repräsentirten.

Auf diesem Kongreß wurde unter anderem die Gründung

des Nationalkomités beschlossen, eines sogenannten Vorstandes der Partei, welcher den moralischen Einfluß Guesde's brechen sollte.*)

An und für sich ist die Idee eines Nationalkomitees der Partei durchaus demokratisch; aber wie die Verhältnisse damals, d. h. zur Zeit des Reimser Kongresses, lagen, war es nicht das demokratische Prinzip, welches die Institution ins Leben rief, diese wurde vielmehr geschaffen, um Guesde und alle mißliebigen Elemente aus der Partei herauszudrängen und — last not least — um das auf dem Havrer Kongreß adoptirte Parteiprogramm zu ändern. Wie bereits früher angedeutet, hegte Brousse einen stillen Haß gegen das Programm, zu dessen Ausarbeitung er nicht zu Rathe gezogen worden war.

Das Havrer Programm wollte die französische Partei als Ganzes, als von einer einzigen Idee beherrscht, ohne lokale Sonderinteressen. Brousse dagegen, um den Leuten zu schmeicheln, machte den verschiedenen Regionen und Federationen plausibel, daß es vernünftiger und vortheilhafter sei, jeder Gruppe und jedem Orte volle Autonomie in Bezug auf das Programm zu lassen. Als Argument für letztere Theorie wurde auf dem Reimser Kongreß die winzige Zahl von Stimmen angeführt (etwa 60 000), welche das sozialistische Programm bei den legislativen Wahlen von 1881 in ganz Frankreich vereinigt hatte. Guesde beantragte, man solle mit Abänderung des Programms wenigstens bis zum nächsten Kongreß warten, ferner solle man vor Allem die vorzunehmenden Aenderungen den regionalen Federationen vorlegen und ihre Meinung einholen. Aber Alles war umsonst, Brousse, Malon, Joffrin 2c. setzten ihren Willen durch, denn es war vor dem Kongreß die Parole ausgegeben worden, alle von Guesde herrührenden oder eingebrachten Anträge zu ver-

*) Das Nationalkomité sollte als Bindeglied zwischen den in sechs Regionen eingetheilten Federationen dienen, die als Ganzes die Partei bildeten. Das Komité sollte die Aufgabe haben: 1. die Vollstreckung der Beschlüsse des Nationalkongresses zu bewerkstelligen, 2. Verbindungen zwischen und mit den einzelnen Federationen und den sozialistischen Parteien des Auslandes zu unterhalten, 3. statistisches Arbeitsmaterial zu sammeln. Jede Region wählt fünf Delegirte auf ein Jahr, Sitz des Nationalkomités ist Paris, jede Federation ist autonom.

werfen. Für den ruhigen, unparteiischen Beobachter trat es recht deutlich zu Tage, daß Brousse unter dem Deckmantel der Freiheit der Gruppen nur seinen Meister Bakunin nachzuäffen suchte und sich an Stelle Guesde's setzen wollte. Das Interesse der Partei kam in zweiter und dritter Linie, vor allem galt es, die eigene „selbstlose“ Größe in den Vordergrund zu stellen. Anstatt eine so bedeutende Kraft, wie Guesde unbedingt ist, der Partei zu erhalten, wurde er nur hervorgezerrt, um verleumdet zu werden; die Arbeiter wurden in den Streit hineingezogen und der persönliche Klatsch bildete den Mittelpunkt, um den sich das Interesse der Gruppen drehte.

Trotz aller Stänkereien blieb Guesde noch auf seinem Posten, er trat nach dem Kongreß in das Nationalkomitee ein und vertrat daselbst die Federation des Nordens, aber er hatte die große Majorität der Mitglieder gegen sich. Aeußerlich lebte man trotzdem noch auf so ziemlich friedlichem Fuße, und der „Prolétaire“ begrüßte sogar das Wiedererscheinen der „Egalité“ im Dezember 1881 mit Freuden.

In demselben Monat trat Joffrin, ebenfalls Mitglied des Nationalkomitees und blindes Werkzeug in der Hand Brousse's, als Kandidat für die Munizipalrathswahlen im 18. Arrondissement auf. Die Egalité sah sich gezwungen, im Wahlkampf eine neutrale Haltung zu beobachten, sie trat weder für noch gegen Joffrin ein, da derselbe in seinem Aufruf an die Wähler verschiedene Hauptpunkte des Programms ausgelassen hatte, so z. B. die Forderungen der Abschaffung des Privateigenthums, Einführung eines Minimallohnes, des achtstündigen Normalarbeitstages 2c. 2c. Endlich hatte er seinen Aufruf unterzeichnet als „Arbeiterkandidat“ und nicht als „Kandidat der Arbeiterpartei“.

Nach der zu Ungunsten Joffrin's ausgefallenen Wahl forderten Guesde und vier seiner Freunde im Nationalkomitee, dieses solle der Gruppe von Montmartre (18. Arrondissement) eine Rüge wegen der Disziplinlosigkeit ertheilen, welches dieselbe bei den Wahlen dem Parteiprogramm gegenüber bewiesen. Das Komitee beschloß dagegen mit 25 gegen 5 Stimmen, das Vorgehen der Gruppe zu billigen.

Die Egalité konnte nicht umhin, das Nationalkomitee

anläßlich dieses Entschlusses anzugreifen, das Nationalkomitee antwortete durch sein Mundstück, den Prolétaire, und nannte die Redakteure der Egalité „Autoritäre“ und „Marxisten“. Daraufhin wartete die Egalité gleichfalls mit einem Spitzwort auf und bezeichnete die Gegner als „Possibilisten“, weil der Prolétaire in seiner Polemik gesagt hatte: „Wir wollen unsere Bestrebungen in kleinen Dosen verabreichen, um derart ihre Annahme einem Jeden möglich zu machen“ (les rendre possibles).

Dies der Ursprung des Namens „Possibilisten“.

Der Prolétaire, in dessen Redaktion beschlossen worden war, Guesde um jeden Preis aus der Partei hinauszutreiben, fühlte sich angeblich durch die stattgehabte Polemik beleidigt und ließ Guesde vor die „Union fédérative du Centre“ (Föderation des Zentrums) oder die Pariser Gruppen zitiren.

Es war dies ein jesuitischer Kniff, denn sämmtliche Mitarbeiter des Prolétaire waren Mitglieder des Komitees der Pariser Gruppen, somit zitirten sie den Feind vor ihr eigenes Tribunal, waren Ankläger und Richter zugleich. Zwar konnte Guesde an das Nationalkomitee appelliren, aber in demselben herrschten die nämlichen feindseligen Brüder. So wurde die Egalité von der Region des Zentrums in Acht und Bann erklärt, Guesde und seine Freunde gaben ihre Demission als Mitglieder des Nationalkomitees und organisirten in Paris eine besondere Vereinigung der Guesdistischen Gruppen.

Die seit langer Zeit im Stillen kultivirte Frucht war reif zum Abschütteln, Guesde wurde überall als verdächtig erklärt, persönlich auch in seinem Privatleben verleumdet und im September 1882 auf dem Kongreß St. Etienne derart angegriffen, daß er sich, da er wußte, daß sein Ausschluß seit langem beschlossene Sache war, mit verschiedenen Freunden vom Kongreß und der Arbeiterpartei zurückzog.

In der That hatte die Kongreßvorbereitung in erster Linie darin bestanden, die Gruppen in eine persönliche Opposition gegen Guesde, Lafargue ꝛc. hineinzudrillen. Der weichthierartige Malon und sein Anhang arbeiteten treu für Brousse und in allen Gruppen war die Parole ausgegeben: Ausschluß Guesde's und seiner Freunde, d. h. der besten und intelligentesten Kräfte der Partei.

Die Gruppen, welche in Unwissenheit gehalten und von gewissenlosen Phrasenhelden umschmeichelt wurden, trugen selbst zur Köpfung der Partei bei. Um Guesde und seine Freunde bei den Massen zu verdächtigen, wurde auf ihre Bourgeoisherkunft verwiesen und die Theorie von der allein seligmachenden „schwieligen Faust" aufgestellt. Trotz aller Vorarbeit fürchteten die Macher des Kongresses, Guesde könne vermöge seiner Energie und Intelligenz den Kongreß für sich gewinnen. Um sich für alle Fälle zu decken, wurde der Abstimmungsmodus geändert, es wurde nicht mehr nach Delegirten, sondern nach Gruppen abgestimmt, und je mehr Gruppen ein Delegirter vertrat, um so mehr Stimmen besaß er. Noch mehr, man gründete vor dem Kongreß neue Gruppen, man stellte gefälschte Mandate aus, alles zu dem Zwecke, Guesde zu vernichten. Erstaunen muß man nur, daß sich ein Mann wie Malon zu solchen Manövern hergab.

Um Guesde zu bekämpfen, wurde ferner der radikale Abgeordnete Clovis Hugues, ein politischer Hanswurst, als Delegirter zum Kongreß zugelassen, der Marseiller Gemeinderath zahlte dessen Delegationskosten.

Guesde und seinen Freunden wurde jede Vertheidigung versagt, sein Antrag, wenigstens seine Ankläger vom Nationalkomitee nicht zu seinen Richtern zu machen und mit dem Abstimmungsrecht zu versehen, ward abgelehnt. Man ging so weit, daß den Guesdisten nicht einmal die gleiche Redezeit wie den Gegnern gelassen wurde. Diesen Maßregeln gegenüber blieb Guesde und seinen Freunden (Lafargue, Deville, Dereure 2c.) nur übrig, sich zurückzuziehen. Sie thaten dies, ohne den offiziellen Ausschluß aus der Partei abzuwarten und begaben sich nach Roaune, woselbst sie einen Gegenkongreß abhielten und sich als Partei konstituirten.

Die Feinde des Sozialismus freuten sich ob dieser Spaltung, aber noch mehr triumphirten Brousse und seine Helfershelfer. Jeder von ihnen hoffte, jetzt in der Oeffentlichkeit eine große Rolle spielen zu können, denn dies war alles, was die kleinen Gernegroße erstrebt hatten Clootz hätte diesem Treiben gegenüber wieder ausrufen können: „Frankreich, kurire Dich von den Individuen", die Personenfrage hatte wieder einmal das Prinzip geschlagen.

V.

Wie bereits gesagt, führte der St. Etienner Parteikongreß zum Austritte von Guesde, Lafargue, Deville &c. aus der Partei und dadurch zu einer bis heute fortbestehenden Spaltung der Partei selbst. Die französischen Sozialisten theilten sich von da an in zwei Fraktionen, von denen jede als selbstständige Partei vorging. Die Partei der sogenannten Possibilisten, die sich selbst „Fédération française des travailleurs socialistes révolutionnaires“ (französische Federation der sozialistisch-revolutionären Arbeiter) nennt, und die der Guesdisten oder Kollektivisten*), deren offizieller Name „Parti ouvrier“ (Arbeiterpartei) ist.

Die Namen stehen gerade in umgekehrtem Verhältnisse zu dem Wesen der beiden Fraktionen; während die erstere trotz ihres langen und revolutionären Titels sich thatsächlich stets als äußerst gemäßigt oder, wie die Bourgeoisblätter es benamsen, „vernünftig“ zeigt und die Opportunisten des Sozialismus umfaßt, hat sich die letztere stets als durchaus revolutionär im Sinne des modernen Sozialismus bewiesen.

Der Fraktion der Kollektivisten verblieben nur wenige Gruppen, die Region des Nordens, Lyon und einige Städte der Lyoner Federation, ferner die Mehrzahl der

*) Das Wort Kollektivismus ist synonym mit Kommunismus, jedoch ziehen die französischen Genossen die erstere Bezeichnung vor und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens wollen sie nicht mit den sentimentalen utopistischen Kommunisten verwechselt werden, und zweitens sind sie der Ansicht, daß dem Kommunismus, zu dem die Menschheit strebt und in welchem Produktion und Konsum gemeinschaftlich vor sich gehen werden, eine Uebergangsperiode vorausgehen wird. In dieser Periode wird neben und mit dem Kommunismus der Individualismus noch herrschen. Die Produktion wird eine gemeinschaftliche sein, aber der Konsum wird noch individuell bleiben; Jeder wird unter irgend einer Form seinen Arbeitsantheil, einen Theil für die gesellschaftlichen und ihm zu gute kommenden oder zur Verfügung stehenden Einrichtungen abgerechnet, erhalten und kann ihn nach seinem Belieben verbrauchen. Unterdeß wird der Einfluß der kollektivistischen Mitte die individuellen Instinkte zerstören und allmählich auch den Verbrauch in Gemeinschaft herbeiführen. Erst dann, d. h. wenn Produktion und Konsum gemeinschaftlich vor sich gehen werden, erst dann ist der rein kommunistische Zustand der Gesellschaft da. Jenes Uebergangsstadium aber, das ist die kollektivistische Periode, der Kollektivismus ist also sozusagen ein Minimum des Kommunismus.

alten bewährten Genossen, die revolutionären Sozialisten, welche seit 1876 und 1877 die sozialistische Kampagne geführt.

Das Gros der Gruppen, besonders diejenigen, bei denen offen oder heimlich die kooperativen (genossenschaftlichen) Bestrebungen noch überwogen, hing den Possibilisten an, deren Verschwommenheit, Opportunitäts- und Kompromißmacherei besser zu ihrer eigenen Unklarheit paßte. Außerdem war Brousse Meister darin, den individualistischen Tendenzen und Bestrebungen und vor allem der persönlichen Eitelkeit zu schmeicheln, und dies war hinreichend, ihm alle sozialistischen Sektirer, Kleingeister und Unwissenden zuzuführen.

Die Possibilisten behaupteten zwar und behaupten noch heute, die einzigen Besitzer und Verfechter des modernen Sozialismus zu sein und halten die Kollektivisten für eine Spielart der deutschen Sozialisten. Jedoch trotz aller Versicherungen sind sie allmählich durch die Logik der Thatsachen gezwungen worden, die Forderungen, welche den von Guesde seit Jahren verbreiteten Ideen entsprechen, in ihr Programm aufzunehmen. De jure war Guesde ausgeschlossen, de facto verblieb seine geistige Führerschaft bis auf den heutigen Tag bestehen, und der für französische Verhältnisse als ungeeignet verschrieene „Marxismus" schlägt täglich tiefere Wurzeln und gewinnt an Boden. Die Verhältnisse haben allmählich bewirkt, daß Kollektivisten und Possibilisten gegenwärtig auf dem Programm des modernen Sozialismus stehen. Nur zeigt sich bei den meisten Gelegenheiten, daß Erstere sich streng an das Programm halten, während sich Letztere fortwährend Verstöße gegen dasselbe zu Schulden kommen lassen, es opportunistisch wie Kautschuk an alle Strömungen anzupassen suchen. Und dies, obgleich sie das Programm mit seinen Forderungen auf all ihren Kongressen, regionalen wie nationalen und internationalen, breit treten und Fragen der praktischen Propaganda, Agitation und Organisation sehr nebensächlich behandeln. Diese Inkonsequenz dem eigenen Programm gegenüber wurzelt zumeist darin, daß Brousse, der für seinen Einfluß fürchtet, nach äußeren Erfolgen hascht und deshalb, zumal bei Wahlen, auch den farblosesten und antisozialistischen Spießern sich als gutes

Kind und seine Kandidaten als akzeptabel erscheinen lassen möchte. Zu welchen Ergebnissen solche Tendenzen führen, hat die Haltung der Possibilisten zur Zeit des Boulangismus bewiesen, die famose, „republikanische Konzentration", welche dem fundamentalen Prinzip jeder sozialistischen Arbeiterpartei, dem Prinzip des Klassenkampfes, ins Gesicht schlägt.

Die übrigen Differenzen zwischen den beiden Fraktionen sind meist rein persönlicher Natur, und ohne die daraus folgenden Gehässigkeiten, die chauvinistischen Hetzereien und Anspielungen auf den „deutschen Sozialismus" und den „Marxismus" seitens der Possibilisten, wäre es schon längst zu einer Vereinigung der feindlichen Heerlager gekommen. Und diese Vereinigung ist nicht nur wünschenswerth, sondern sie ist geradezu eine Lebensbedingung für die kräftige Fortentwickelung und das gesunde Gedeihen der sozialistischen Arbeiterbewegung Frankreichs. Die Spaltung schwächt beide Fraktionen und hintertreibt vielfach eine energischere und weitausgreifendere Thätigkeit. Die Kollektivisten ermangeln der numerischen Kräfte der Organisation, den Possibilisten fehlt es an theoretischer Durchbildung, an prinzipieller Haltung, erstere leiden, um einen Vergleich zu gebrauchen, an Muskelschwund, letztere an Atrophie des Gehirns.

Im kollektivistischen Lager befindet sich die Elite der französischen Sozialisten. Die Führung ruht in der Hand von Männern, die mit großen Kenntnissen und rednerischem Talent einen unermüdlichen Eifer für die Sache und strengste Prinzipientreue vereinigen, wie Guesde, P. Lafargue, dem die französische sozialistische Literatur ihre lehrreichsten und geistvollsten Brochüren verdankt, G. Deville, welcher in Folge seiner gründlichen Bildung viel für die populäre Bearbeitung und Verbreitung der Marx'schen Theorien gethan hat. Es sind die Kollektivisten, welche den größten und weitaus besten Theil der sozialistischen Literatur geschaffen haben und deren Presse den Arbeitern wirkliche Belehrung und Anregung bietet. Jedoch trotz all ihrer Vorzüge ist ihr Anhang augenblicklich noch schwach, besonders in Paris selbst — was sich zum Theil mit dadurch erklärt, daß die Führer der Fraktion sehr wenig Organi=

sationsgeist besitzen. In der Provinz ist die Zahl ihrer Parteigänger eine stärkere.

Die Possibilisten haben auf ihrer Seite die meisten Pariser Studienzirkel, Gruppen und Gewerkschaften. An ihrer Spitze stehen: der bereits mehrfach erwähnte P. Brousse, Chabert, Dumay, J. B. Clément, der beliebte und treffliche Volksdichter und noch viele andere, die meist organisatorisches Talent besitzen, so daß sich die Fraktion in Paris auf eine für französische Verhältnisse ansehnliche Organisation stützt. Die meisten dieser Männer sind durch eine rege Thätigkeit in Vereinen und Versammlungen bekannt, und es ist nur zu beklagen, daß die Resultate ihres Eifers und guten Willens vielfach durch Mangel an Kenntnissen und sozialistischer Durchbildung und das Sichgängelnlassen seitens ehrgeiziger Intriguanten geschwächt werden.

So anerkennenswerth dasjenige ist, was die Possibilisten in organisatorischer Hinsicht geleistet, so gering ist andererseits das, was sie für eine sozialistische Erziehung und Schulung der Masse gethan haben. Dies gilt zumal auch für die Bereicherung und Ausbreitung der sozialistischen Literatur.

Dieser Umstand ist sehr erklärlich, da Brousse die noch übriggebliebenen kenntnißreichen Führer wie Malon, Fournière, Rouanet, Drammard ebenso gut wie Guesde aus der Partei herausdrängte. Er erreichte dies dadurch, daß er in den Gruppen eine Strömung zu Gunsten der Theorie von der schwieligen Faust erzeugte, die Ansicht kultivirte, eine wirkliche Arbeiterpartei dürfe nur aus Handarbeitern bestehen, denn alle Gebildeten und der Bourgeoisie Entstammenden seien Verräther, welche eine Auflösung der Partei bewirken. Diese durchaus antisozialistische Lehre hat nicht nur insofern ihre Wirkung gethan, als allen Brousse Mißliebigen der Aufenthalt in der Partei unmöglich gemacht wurde, sondern noch mehr dadurch, daß die possibilistische Fraktion in geistiger Beziehung sehr geschwächt ward und noch lange unter den Folgen dieser Manöver leiden wird. Sie kokettirt beständig mit ihrem rein proletarischen Charakter und will den Kollektivisten ein Bourgeoisgepräge aufzwingen, weil die Führer der letzteren keine „Hand"arbeiter und unterrichtete, gelehrte Männer sind.

Infolge dessen zeigt die possibilistische Fraktion, als

Ganzes genommen, einen beschränkten Horizont und hängt mehr an der Form als am Wesen. Es kommt oft vor, daß die Possibilisten die prinzipientreuesten, gewissenhaftesten Sozialisten nicht als Parteigenossen anerkennen, weil sie nicht ihre Taufe erhalten und sich dem Nationalkomitee nicht unterworfen haben. Zumal bei Wahlen wollen sie von keiner anderen sozialistischen Kandidatur etwas wissen, als von derjenigen, welche vom Nationalkomitee aufgestellt und als waschecht in ihrem Sinne gestempelt worden ist, sie werfen den Vertretern der Kollektivisten und unabhängigen Gruppen Gegenkandidaten in den Weg, dadurch eine den reaktionären Parteien zu gute kommende Zersplitterung der sozialistischen Stimmen verursachend. So war dies z. B. bei den Legislativwahlen von 1885 der Fall, wo ihnen die Kollektivisten vorschlugen, „getrennt zu marschiren, aber vereint zu schlagen" und sogar sämmtliche possibilistischen Kandidaturen auf ihre Wahlliste nehmen wollten. Die Possibilisten wollten von keinem Zusammengehen hören und so schlugen sie nicht, sondern wurden geschlagen.

Früher oder später werden sich diese engherzigen, in die Praxis übergegangenen Theorien an der Partei selbst rächen, deren Organisation auf alle Fälle durch dieselben demoralisirt wird.

Die von Brousse eingeführte vielgerühmte autonomistische Organisation der zur Partei gehörigen Gruppen hat zwar die Possibilisten der Zahl nach weit stärker gemacht als die „Parti ouvrier", aber ihren moralischen Einfluß nach und nach sehr geschwächt. Die in Paris bestehende Union fédérative (Vereinigung aller zur Fraktion gehörenden Pariser Gruppen) besitzt fast gar keine Autorität, und das Nationalkomitee (der Vorstand der Partei) noch weniger.

Letzteres hat die Korrespondenz der Partei zu erledigen, Konferenzen anzuberaumen, statistisches Material zu sammeln, die regionalen, nationalen und internationalen Kongresse vorzubereiten, Flugschriften im Namen der Partei zu erlassen. Außerdem ist es das oberste Schiedsgericht in Zwistigkeiten, die in der Partei entstehen, und soll als Bindeglied zwischen den sechs Regionen oder Federationen, in welche die Partei zerfällt, dienen.

Jede „Regionalfederation" besitzt ein Regionalkomitee,

das einer besonderen Konstitution untersteht. Diese schreibt dem Kreiskomitee seine Befugnisse in Bezug auf die Verwaltungen und seine eigenen Versammlungen vor. Jedes Komitee besteht aus einem Sekretär und seinem Stellvertreter und einem Schatzmeister und dessen Stellvertreter. Sekretär und Schatzmeister erhalten eine monatliche Vergütung, so bekommt z. B. in Paris der Sekretär, welcher sehr viel Arbeit zu bewältigen hat, 150 Frcs. pro Monat, der Schatzmeister bezieht 15 Frcs.

Die einzelnen Federationen oder „Unions fédératives“ sind aus Gewerkschaften und Studienzirkeln zusammengesetzt. Jede einzelne Gruppe wiederum hat ihre eigenen Statuten, nach denen sie geleitet wird und handelt. Die Unionen versammeln sich einmal wöchentlich und werden mit Delegirten von den einzelnen Gruppen beschickt, die eben zusammen die Federation bilden. Die Gruppen kommen ebenfalls einmal in der Woche zusammen; es finden dann Vorträge und Diskussionen statt, und die geschäftlichen Angelegenheiten der Gruppen werden erledigt. Die Einberufungen werden in der sozialistischen Presse erlassen. Die Gruppen haben auch über die von der Union fédérative, also der Vertretung sämmtlicher Gruppen eingebrachten Vorschläge zu verhandeln, doch kann diese Vertretung auch ohne vorherige Anfrage bei den einzelnen Zirkeln und Gewerkschaften Verhaltungsmaßregeln ergreifen.

Dies in Kurzem die Verfassung der „Fédération française des Travailleurs socialistes révolutionnaires“ (Possibilisten).

Die Konstitution der Parti ouvrier (Kollektivisten) ist in verschiedenen Punkten, nur unter anderen Benennungen, dieselbe. Die „Union fédérative“ der Possibilisten heißt hier z. B. Kreisrath (conseil régional), das Nationalkomitee: Nationalrath (conseil national). Aber die Organisation der Kollektivisten ist stärker und vollständiger und wird mit größerer Energie und Disziplin durchgeführt. Sobald diese Fraktion der Zahl nach größer geworden, wird sie dank ihrer Organisation einen wichtigen Faktor im Kampfe gegen den Kapitalismus bilden.

Aus ihrer Organisation verdienen folgende Bestimmungen hervorgehoben zu werden:

Parteigenossen, welche als Deputirte gewählt werden

sollen, haben die Diäten an die Parteikasse abzuführen, welche ihrerseits allein für Besoldung ihrer Repräsentanten haftet.

Ferner muß jedes zum Deputirten oder Stadtverordneten gewählte Mitglied der Partei eine formelle Mandatsniederlegung in blanco beim Parteivorstande einreichen. Sowie der Betreffende der Partei abtrünnig wird, reicht der Parteivorstand im Einverständniß mit dem lokalen Wahlkomitee die Demission wirklich ein und das Mandat ist dadurch hinfällig geworden.

Die Unterschiede zwischen den beiden Fraktionen der französischen Sozialisten sind also ziemlich unwesentlicher Natur. Sobald die persönlichen Zwistigkeiten bei Seite gelassen werden und sich die numerische Stärke der Possibilisten mit der intellektuellen Kraft der Kollektivisten vereinigt, das Kopfproletariat nicht länger im Gegensatz zu dem Handarbeiterproletariat gestellt wird, gewinnt die Partei an Anhängern, die jetzt von den Streitigkeiten zurückgestoßen werden, und ihre Kraft und Wirksamkeit wird sich verzehnfachen. Wer es nur ehrlich mit dem französischen Proletariat meint, der muß Hand ans Vereinigungswerk legen.

Daß dies zu Stande kommt, hängt nicht von den Kollektivisten ab, denn diese haben schon mehr als einmal im Parteiinteresse die Hand zur Vereinigung geboten, die Reihe ist an den Possibilisten, an ihnen ist es, die ausgestreckte Bruderhand zu ergreifen und durch Begrabung des leidigen Personenhaders den Bund zu besiegeln.

Allerdings scheint diese Voraussetzung mehr als je ein frommer Wunsch. Die Possibilisten, welche sich bereitwillig zu der „Vereinigung aller Republikaner" herbeigelassen, machen sich mit großem Zynismus über den Gedanken einer Vereinigung aller Sozialisten lustig und schüren den alten Hader lustig weiter.

VI.

Abgesehen von den Fraktionen der Possibilisten und Kollektivisten existirt in Frankreich eine wahre Unmasse von politisch-ökonomischen Kirchen und Kapellchen, welche sich, der Zeitströmung entsprechend, mit dem Titel „sozialistisch"

und „revolutionär" herausputzen und ihren Doktrinen einen Tropfen reinen oder verfälschten sozialistischen Oels beimengen.

Unter diesen „sozialistischen" Sekten verdienen die Blanquisten den ersten und hervorragendsten Platz, auf den sie sich in Folge ihrer zähen Energie und ihrer mustergültigen Organisation emporgeschwungen haben.

Wegen dieser beiden Eigenschaften finden sie bei jeder Aktion, welche sie unter der Masse hervorrufen, zahlreichen Anhang, und ihre Haltung ist oft bei Wahlen &c. von ausschlaggebender Bedeutung. Obwohl sie zuweilen mit den Possibilisten und sehr oft mit den Kollektivisten Hand in Hand gehen, haben sie doch ihr eigenes Programm und volle Autonomie bewahrt.

Anfangs nur eine Gruppe politischer Geheimbündler und Verschwörer, wurden sie nach und nach zu einer politischen Partei, die von den Thatsachen, von der Berührung mit den sozialistischen Doktrinen gedrängt, sich auch mit den ökonomischen Fragen beschäftigen mußte, obgleich sie diesen gegenüber ein bemerkenswerthes Unverständniß an den Tag legte. Wenn man in einer blanquistischen oder sozialistischen Versammlung die Redner der Partei hört, findet man kaum einen Unterschied zwischen Blanquisten und Sozialisten heraus, sobald es sich um die Kritik der heutigen Gesellschaft handelt. Aber einen Schritt weiter, und die Differenz tritt zu Tage: die Sozialisten sind der Ansicht, daß die Emanzipation der Arbeiter das Werk des Proletariats und das Resultat einer geschichtlich-ökonomischen Entwickelung sein müsse; die Blanquisten dagegen sind überzeugt, daß die Volksbefreiung die That eines kleinen Häufleins energischer Männer sein könne, die sich durch einen kühnen Handstreich zu Herren der politischen Gewalt gemacht, und die von dieser Stellung aus durch die „freie Gemeinde" (Kommune) das Gesammtwohl dekretiren. Der Tradition ihres Meisters und Gründers gemäß sind die Blanquisten Staatsstreichler par excellence geblieben, nur sozusagen demokratische, revolutionäre Staatsstreichler.

Blanqui war in Frankreich einer der ersten revolutionären Kommunisten. Während die Utopister von einer idealen Gesellschaft träumten, welche die Interessen der Besitzenden und Nichtbesitzenden in Einklang setzen würde, zeigte

Blanqui schon in seinen Jugendschriften, daß er eine Aussöhnung der widerstreitenden Interessen für durchaus ausgeschlossen hielt; nur die „Gewalt" könne den „sozialen Ungerechtigkeiten" ein Ende machen.

Blanquis Einfluß auf die Masse war nur gering, theils weil er bei der eigenthümlichen Richtung seiner Thätigkeit seine Kraft in jakobinistischen Komplotten verzehrte, sich direkt nur an einen eng beschränkten Verein wandte und die Mitwirkung der Masse erst in letzter Instanz forderte, theils auch wegen seiner langen Haftzeiten in verschiedenen Gefängnissen. Von 1830—1880, also binnen 50 Jahren, hat er nicht weniger als 37 Jahre im Gefängnisse zugebracht! — Desto größer war aber der Einfluß — man ist fast versucht zu sagen: die magische Gewalt, welche er auf seine engeren Freunde und Anhänger ausübte, eine Gewalt, welche zusammen mit der militärischen Disziplin, die er seinem Kreis gegeben, zum absoluten blinden Gehorsam gegen seine Befehle führte.

Die ersten schwachen Keime der Konstituirung der Blanquisten als politische Partei stammen aus dem Ende des Kaiserreichs.

Anfangs der sechziger Jahre, während einer Haft in St. Pélagie, machte Blanqui die Bekanntschaft mehrerer Studenten und junger Gelehrten, welche daselbst wegen geringfügiger Preßvergehen Strafen abbüßten. Blanqui verstand die unklaren jugendlichen Köpfe und die leidenschaftlich pulsirenden Herzen zu erobern und organisirte die jungen Leute in eine kleine aber wunderbar gut disziplinirte Truppe, die er zu einem wahren revolutionären Offizierkorps herausbildete. Er bediente sich der Gruppe, um 1864 auf dem Kongreß der Freidenker von Lüttich eine revolutionäre Kundgebung in Szene zu setzen. Ferner war sie es, welche die Demonstration von Ménilmontant organisirte. Die Studenten, welche dabei unter dem Rufe: „Es lebe die Republik" über den Boulevard zogen, wurden verhaftet, desgleichen auch Arbeiter, welche während des Handgemenges gegen die Polizei und für die Manifestirenden Partei ergriffen. Im Verlaufe der Haft traten Studenten und Arbeiter in enge Beziehungen zu einander, letztere wurden bald eifrige Anhänger „des Alten", und dies war

der erste Schritt, mit dem der Blanquismus aus den kleinbürgerlichen Kreisen in die Vorstädte der Arbeiter stieg.

Die neue Heeresmannschaft war nicht müßig. Schon im folgenden Jahre, 1865, konnten fünf Mitglieder der blanquistischen Gruppe mit Hilfe der von den Arbeitern aufgebrachten Gelder als Delegirte zu dem Genfer Kongreß der Internationale gesandt werden, und zwar mit dem bestimmten Auftrage, die Mitglieder der Pariser Sektion gründlich anzugreifen. Obgleich nämlich Blanqui die Gründung der Internationale mit lebhafter Genugthuung begrüßte, mißfielen ihm doch Zusammensetzung und Bestrebungen der Pariser Sektion höchlich. Die meisten der in ihr vertretenen Arbeiter waren im Grunde harmlose Spießbürger, die sich ein für allemal mit schwächlichen ökonomischen Reformen begnügt hätten. Dazu verhielten sie sich dem Ideal der Republik gegenüber kalt und gleichgültig. Blanqui wollte die Pariser Sektion „deparlamentarisiren und revolutioniren", und der Kongreß sollte ihm dazu behülflich sein. Der Kongreß verweigerte jedoch den blanquistischen Delegirten, die keine Sektion der Internationale vertraten, das Recht, an den Sitzungen theil zu nehmen, und so setzten sich dieselben unter das Publikum, von da aus die Pariser Sektion auf das Heftigste angreifend. Dieses Vorgehen rief natürlich große Aufregung hervor, während welcher die Ordre vom Meister einlief, die Angriffe einzustellen. Die Delegirten weigerten sich jedoch zu gehorchen, „da nur die Arbeiter, welche ihnen ihre Reise bezahlt, Gegenbefehle zu ertheilen hätten." Dieser Ungehorsam gegen „den Alten" war eine so unerhörte Thatsache, daß die Delegirten bei ihrer Rückkehr von der Partei in Anklage versetzt, aber freigesprochen wurden.

Mit dem kleinen Häuflein seiner Anhänger trat Blanqui wieder im August 1870 in Aktion, indem er den Posten der Pompiers-Sapeurs (soldatische Feuerwehr) von La Villette angriff und von da aus Paris revolutioniren wollte, ein Versuch, der selbstredend fehlschlagen mußte.

Die blaue Septemberrepublik enttäuschte die Blanquisten gründlich, und so blieben sie während der Belagerung die Häupter und thätigsten Agenten der revolutionären Bewegung. Während der Kommune zählten die Blanquisten, die eine kleine, aber sehr energische Minorität im Zentral-

komitee hatten, neun der ihrigen in der Gemeindevertretung, und dieselben gehörten bis zuletzt zu den Leitern und Organisatoren des Widerstandes.

Nach dem Fall der Kommune flüchteten die Blanquisten nach London, wo sie in der Hoffnung in die Internationale eintraten, sich derselben bemächtigen und sie nach ihrem Sinne ummodeln zu können. Da jedoch ihre diesbezüglichen Pläne fehlschlugen, so zogen sie sich von der Internationale zurück und gründeten die „Commune révolutionnaire“ als blanquistisches Parteiorgan.

Sobald die Amnestie ihre Rückkehr nach Frankreich erlaubte, stellten sie sich wieder unter ihren Meister, dem die Wahl von Bordeaux 1879 die Thore des Gefängnisses von Clairvaux geöffnet hatte. Mit den Trümmern der alten Gruppe und etlichen neuen Anhängern formirte nun Blanqui seine „revolutionären Cadres“ und gründete die „revolutionäre Partei“. Dieselbe hat in vielen der Pariser Arrondissements ihre Komitee's, welche sämmtlich mit dem revolutionären Zentralkomitee verbunden sind. Die Disziplin der Organisation ist äußerst stramm und wird mit militärischer Strenge gehandhabt. Die Partei hatte eine Zeit lang ein tägliches Blatt „Ni Dieu ni Maître“ (Weder Gott noch Herrn), welches später nur noch wöchentlich herauskam und dann ganz verschwand.

Das letzte Lebensjahr Blanqui's war mit einer ungemein thätigen Agitation ausgefüllt, welche sich an die Arbeitermasse wendete. Aber der alte Verschwörer wurde zwar gern gehört und lebhaft applaudirt, fand jedoch nur geringen Anhang, die Strömung der Arbeiterbewegung begann bereits sich in rein sozialistischer Richtung vorwärts zu bewegen. Blanqui, der in seinem Leben fünfmal zum Tode verurtheilt gewesen, starb friedlich an einem Schlagflusse bei einem seiner Freunde in großer Armuth.

Seine Anhänger führten die Agitation weiter, und zwar der Tradition des Meisters gemäß. Erst in den letzten Jahren haben sie sich, wie bereits bemerkt, den ökonomischen Fragen zugewendet und dadurch die Physiognomie ihrer Partei etwas verändert.

Die Blanquisten sind Kommunisten und Hebertisten; als letztere wollen sie alles durch die Gemeinde und durch die Diktatur der Kommune von Paris über alle Kom-

munen Frankreichs. „Sobald das Volk von Paris in den Besitz der Macht gelangt, wird es mit allen Mitteln revolutionär vorgehen", dies ist einer ihrer Hauptglaubenssätze. Ihr Programm ist so allgemein „revolutionär" gehalten, daß sie mit allen die jetzige Gesellschaft bekämpfenden Parteien gehen können.

In die Streitfragen über Programm und Taktik der sozialistischen Fraktionen haben sich die Blanquisten nie gemischt. Wenn es die Umstände forderten, haben sie Possibilisten wie Kollektivisten ihre Unterstützung geliehen, je nachdem die einen oder anderen fremder Hilfstruppen benöthigt waren. In den letzten Jahren jedoch, seitdem sich die Partei mehr mit ökonomischen Fragen beschäftigt, hat sie sich den Kollektivisten bedeutend genähert, deren konsequentere Haltung und Organisationsbestrebungen ihrem Geiste besser entsprechen. Nur mit den Anarchisten haben sie sich nie verstehen und verständigen können, und es ist zwischen beiden Parteien zu wahren Schlachten gekommen, bei denen weder Fäuste noch Stuhlbeine gespart wurden. Der bisher skizzirte Charakter der Blanquisten erklärt diese handgreifliche Differenz zur Genüge: den Anhängern von Disziplin und Organisation muß die Partei der prinzipiellen Unordnung antipathisch gegenüberstehen und umgekehrt.

Die Komitees, welche dem Zentralkomitee untergeordnet sind, mögen nur 200 bis höchstens 300 „kämpfende" Mitglieder zählen. Das erscheint als eine Handvoll Leute, aber diese Handvoll ragt durch ihre Energie und Disziplin hervor. Die Mehrzahl der Blanquisten rekrutirt sich aus energischen, thatfreudigen Männer, die stets zu einem „Handstreich" geneigt sind, mag derselbe noch so abenteuerlich und gewagt erscheinen. Sobald die Ereignisse ein Wagniß in Aussicht stellen, sind die Blanquisten auf der Bresche und voll fieberhafter Thätigkeit. Bei jeder unsicheren Situation sind sie stets die Ersten, welche die „Republik in Gefahr" erklären, und unter Manifestirenden sind die Blanquisten immer zahlreich vertreten, auf das erste Zeichen des Zentralkomitee's hin zum regelrechten Ansturm bereit.

Die hervorragendsten und bekanntesten Blanquisten sind: Vaillant (Gemeinderath), Rouillon, Endes (Exgeneral der Kommune), Goullé, Chauvière, Baron

Margueritte. Dieselben treten nicht nur in den von ihrer Partei organisirten, sondern auch in den sozialistischen Versammlungen als Redner auf.

Ueberhaupt rücken die Blanquisten, von den Verhältnissen gedrängt, immer mehr in geschlossener Reihe mit den Sozialisten vor. In den Wahlen der jüngsten Jahre haben sie mit den Kollektivisten und unabhängigen Gruppen zusammen die „Union socialiste“ gebildet, deren Kandidaten über 20000 Stimmen auf sich vereinigten, ein Erfolg, der nicht zum wenigsten auf die energische Agitation der Blanquisten zurückzuführen ist. Die meisten der eben genannten Männer stehen dem modernen Sozialismus durchaus nahe, erkennen seine Forderungen an, nur daß sie in Folge ihres Temperaments daneben an der Blanqui'schen Tradition festhalten.

Eine eigenthümliche Stellung behauptet Vaillant. Ein Mann von tiefen und umfassenden Kenntnissen, gehört er zwar äußerlich noch zur blanquistischen Partei, vertritt jedoch mit Wort und That den reinen Marxismus und ist eine der thätigsten und gediegensten Stützen der Kollektivisten.

VII.

Das französische wie auch das deutsche journalistisch-politische Landsknechtsthum bedient sich im Kampfe gegen den Sozialismus gern des Manövers, Anarchisten und Sozialisten in ein und denselben Topf zu werfen, und die letzteren für alle Absurditäten der ersteren verantwortlich zu machen. Ganz besonders sind es die Pariser, mit preußischen Reptiliengeldern gespeisten Korrespondenten der „freiwillig“ gouvernementalen deutschen Zeitungen, welche mit ebenso viel Behagen als Beharren den Wechselbalg des Anarchismus an Stelle des Sozialismus unterschieben. In ihren meist von Anfang bis Ende erlogenen Berichten wird geflissentlich nach irgend einer anarchistischen Ungeheuerlichkeit von den „Anarchisten“ Lafargue, Allemane, Chabert, Deville 2c. gesprochen, und von dem Einvernehmen und de gemeinsamen Aktion, welche zwischen ihnen und den in Paris lebenden deutschen Sozialisten besteht.

Der niederträchtige Zweck dieser Verquickung liegt

auf der Hand. Die französischen Anarchisten haben jedoch mit den französischen Sozialisten nicht mehr gemeinsam, als die deutsche Sozialdemokratie mit Most und seinem Anhang.

Die französischen Anarchisten, die gelegentlich viel Lärm machen, der durch die polizeiliche Reklametrompete noch bedeutend verstärkt wird, sind als Partei durchaus bedeutungslos und von einer Schwäche, die sie ganz aktionsunfähig macht.

Die Vaterschaft des Anarchismus fällt nicht, wie sich seine französischen Parteigänger vorstellen, Bakunin zu, sondern Proudhon, in dessen kleinbürgerlich-individualistischen Doktrinen, verbrämt mit revolutionärem Phrasenschwall, die Keime des anarchistischen Systems zu suchen sind. Bakunin hat dieselben nur mit der den Russen charakteristischen Neigung, aus gegebenen Voraussetzungen die letzen Konsequenzen zu ziehen, weiter entwickelt und zur Losung eines kleinen Häufleins gemacht, das in der Schweiz sein Heerlager aufschlug. Von da aus wurde der Anarchismus auch nach Frankreich zurück importirt, wo er in Lyon und Umgegend die ersten aufrichtigen Anhänger fand. In Paris konnten seine Apostel nur wenig Proselyten gewinnen, bis heutigen Tages haben die anarchistischen Lehren in der Masse keine Wurzeln schlagen können und werden nur von einer Handvoll Leute vertreten. Daß dies trotz der individualistischen Neigung der Fall, zeigt nur, wie stark sich die Zeitströmung auf das sozialistische Gesellschaftsziel zu bewegt.

Die französischen Anarchisten sind im allgemeinen noch weit verworrener und phrasenhafter als ihre Brüder anderer Nationalitäten. Jeder Anarchist stellt seine eigene Theorie auf, giebt seine persönliche Erklärung darüber ab, was er unter Anarchie versteht.

Aber das allen anarchistischen Farbenspielen Gemeinsame ist auch hier der auf die Spitze getriebene Individualismus. Das Individuum ist autonom (selbstherrlich), nur von sich selbst abhängig, durch keine Gesetzgebung oder Regelung beschränkt. Gründung und Auflösung der „freien“ Assoziationen sind dem Belieben des Einzelnen anheimgegeben. Wenn sich die Anarchisten als Kommunisten erklären, so thun sie dies im Widerspruch mit ihrem Haupt-

dogma, denn der moderne Kommunismus schließt die individuelle Willkür aus, weil er zu seiner Voraussetzung eine technisch auf das Höchste vervollkommnete Produktion hat, welche genaue Regelung und Zusammenpassung der verschiedenen Arbeiten erfordert. Eine solche Regelung, folglich auch die moderne Produktion, ist mit der freien Assoziation der anarchistischen Gesellschaft unverträglich.

Diesen Punkt betreffend, verwickeln sich die Anarchisten stets in Widersprüche und werden von den Thatsachen ad absurdum geführt. Die meisten Fortschritte der modernen Technik werden durch das individuelle Arbeiten illusorisch gemacht.

Neben diesem Lieblingssteckenpferd von der unbeschränkten Freiheit und der „freien, keiner Autorität unterworfenen Vereinigung", wurde in den letzten Jahren in anarchistischen Kreisen die Theorie vom Diebstahl ungemein breitgetreten. Anlaß dazu gab die Affäre Duval, eine Art Merstallinger-Affäre, in deren Folge der Diebstahl als Kampfesmittel zur Expropriation der Expropriateure empfohlen wird.

Elisée Réclus ist neben Krapotkin der Prophet des französischen Anarchismus, einer seiner Heiligen, denn die Anarchisten wollen zwar in der Theorie nichts von dem „Kultus" großer Männer wissen, aber in der Praxis sind sie dafür ihren „têtes fortes" (starken Köpfen) weit devoter und fanatischer unterthan als irgend ein rechtgläubiger Katholik dem Papst.

Der bedeutendste Anarchist nach den Genannten war Emile Gautier, ein höchst talentvoller, aber ehrgeiziger junger Mann, Mitglied des studentischen Klubs, mit dem Guesde nach seiner Rückkehr aus der Schweiz in Verbindung trat. Aus Eifersucht gegen den wachsenden Einfluß des kollektivistischen Agitators trennte sich Gautier von der Gruppe, bekämpfte und beschimpfte Guesde und gründete im Quartier latin (dem klassischen Studentenviertel von Paris) eine anarchistische Gruppe, in die er seine ganze Thätigkeit verlegte. Nachdem Gautier eine ihm in dem Prozeß Krapotkin wegen Zugehörigkeit zu einer internationalen Vereinigung zudiktirte Haft von einem Jahre abgebüßt hatte, ist er in das opportunistische Heerlager übergegangen. Ueberhaupt ist es eine sich bei den franzö-

sischen Anarchisten ungemein oft wiederholende Thatsache, daß ihre wüthendsten und heftigsten Schreier plötzlich mit fliegenden Fahnen in die Reihen der Reaktion treten.

Von anderen anarchistischen Rednern und Agitatoren, die sich gelegentlich hervorthun, seien noch erwähnt Digeon, Leboucher, Emmery-Dufong, Tortelier, Duprat.

Von großem Nutzen für die anarchistische Partei war lange die Bundesgenossenschaft Louise Michel's. Die Anarchisten bemächtigten sich ihrer, schoben sie in ihren Versammlungen als Reklame vor, ließen sie in ihren Zeitungen schreiben und beuteten sie moralisch wie praktisch im höchsten Grade aus. Louise Michel, die eigentlich keiner Partei angehört, ging mit den Anarchisten Hand in Hand, da es ihr bei ihrer eigenen Unklarheit erschien, daß bei dieser Partei „das Gute", das Bessere zu finden sei, daß Leute, die keine Führer anerkennen wollen, auch keinen Ehrgeiz haben, daß sie, die sich gegen jede Autorität auflehnen, nichts von einem Mißbrauch der Gewalt wissen. Sie suchte in der Anarchie die Verwirklichung ihres Gerechtigkeitsideals und nahm die Phraseologie der Bundesgenossen für ernst.

Das wenig zahlreiche Gros der aufrichtigen Anarchisten rekrutirt sich zum großen Theil aus heftigen, leidenschaftlichen, unwissenden Leuten, ferner auch aus naiven Arbeitern, welche die Anarchisten für den fortgeschrittensten Flügel der revolutionären Armee halten und in kindlichem Ehrgeiz zu diesen fortgeschrittensten Elementen gezählt sein wollen. Ein letzter Bruchtheil des anarchistischen Fähnleins wird weiter durch grüne Jungen gestellt, revolutionäre Wickelkinder, welche sich in den Klubs und Versammlungen an ihrem eigenen blutdürstigen und blöden Phrasengesumme berauschen. Fast in jeder anarchistischen Versammlung tauchen Bürschchen von 16—20 Jahren auf, die ihren Haß gegen alle anders denkenden „Autoritäre" (Sozialisten) und „verrottetes Gesindel" dadurch befriedigen, daß sie dieselben zwingen möchten, den in ihren eigenen Köpfen spukenden Kohl anzuhören.

Die angeführten Elemente bilden den einen ehrlichen Theil der anarchistischen Partei.

Zweifellos besteht aber ein anderer Theil einfach aus Polizeispitzeln, denn die Regierung hat das höchste

Interesse an der künstlichen Züchtung der Anarchisten und ihrer Aktion. Der „Cri du Peuple“, gewiß ein Blatt, das es an revolutionären Allüren nicht fehlen ließ, erbrachte seiner Zeit den Beweis, daß verschiedene der heftigsten anarchistischen Redner von der Polizei besoldete Geheimagenten waren. Dieselbe schickte und schickt noch ihre Leute ab, damit dieselben unter den Revolutionären Konfusion und Streitigkeiten hervorrufen sollen. Die bezahlten „Anarchisten“ störten die Versammlungen der Sozialisten, die sie in der gemeinsten Weise beschimpften und zu diskreditiren suchten, veranlaßten Schlägereien, hinderten die Redner am Sprechen, organisirten illegale Meetings und Demonstrationen, forderten zur Plünderung der Magazine und zur Ermordung der Reichen auf, suchten Putsche zu inszeniren &c. Die letzteren Bemühungen lieferten dann regelmäßig der Polizei die Gelegenheit, gegen Revolutionäre und Sozialisten einzuschreiten und mißliebige Persönlichkeiten für etliche Zeit hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Die diesbezüglichen Polizeimachinationen sind mit cynischer Offenheit von dem ehemaligen Polizeipräfekten Andrieux in seinen „Erinnerungen“ vor das Forum gezogen worden. Die erste anarchistische Zeitung, welche in Paris erschien, wurde mit dem Gelde der Polizei durch einen ihrer Agenten, Serreaux, gegründet. Polizeiagenten inspirirten Anarchisten mit der Idee, in St. Germain die Statue von Thiers mittels einer mit Dynamit gefüllten Sardinenschachtel in die Luft sprengen zu wollen. Der internationale Kongreß von London kam nur mit Hilfe des Polizeifonds zu Stande und wurde dann das corpu[s] delicti, dem zu Folge Krapotkin, Gautier und andere Anarchisten verurtheilt wurden! Die meisten der den Anarchisten zugeschriebenen unnützen Attentate, wie das Werfen von Bomben in Lyon und anderwärts, sind entweder direkt von der Polizei gemacht oder beschränkten Fanatikern von ihr inspirirt worden.

Die anarchistische Theorie von der Propaganda durch die That bildet den Anknüpfungs- und Anhaltspunkt für derartige Polizeimachereien. Das für unfehlbar erklärte Dogma dieser Art von Propaganda, welche theils die Bourgeoisie erschrecken, theils die Massen aufrütteln soll,

kommt also nur der alten Gesellschaft und deren polizeilichen Rettern zu Gute. Die Anarchisten selbst praktiziren gelegentlich wohl auch die Propaganda durch die That, aber mit wenigen Ausnahmen in kindlich harmloser oder theatralischer Weise. Das „eminent revolutionäre“ Kampfesmittel von Diebstahl, Unterschlagung 2c. wird kaum von den eigentlichen Anarchisten, vielmehr dagegen von ihren nichtgewünschten aber doch stets vorhandenen Kompagnons*) gebraucht, besonders von solchen, die in Frau Hermandads Diensten stehen.

Die Zahl der Pariser Anarchisten beläuft sich höchstens auf ein paar hundert. Man darf sich durch die Menge ihrer gelegentlich genannten Gruppen darüber nicht täuschen lassen, diese ist allerdings verhältnißmäßig Legion. Jedoch jede freie Assoziation besteht im Durchschnitt aus 2, 5 bis höchstens 10 Mitgliedern, und jeder Anarchist gehört außerdem gleichzeitig verschiedenen Gruppen an. Sämmtliche Gruppen haben burleske, romantisch-sentimentale oder fürchterlich klingende Namen. Die bekanntesten sind: der Panther von Batignolles, die Verbrecher, die Rächer, die Entrüsteten, die Eichenherzen, die Galeerensklaven, die Sturmglocke, die Antihauswirthe 2c.

Alles in Allem genommen ist der französische Anarchismus durchaus nicht der Polizeiwauwau, als der er so gern hingestellt wird. Die Zahl der Anarchisten ist gering, die Schwäche der Partei notorisch, ihre geringe Aktionsfähigkeit und ihr schwacher Einfluß bei jeder Gelegenheit klar zu Tage tretend.

VIII.

Trotz des Zwiespaltes und der Zänkereien, welche die französischen Sozialisten unter einander zerfleischen, ist jedoch eines nicht zu verkennen: sie werden von der Logik der Thatsachen gezwungen, sich in ein und derselben ganz bestimmten Richtung vorwärts zu bewegen und weiter zu

*) Die Anarchisten selbst geben sich untereinander die Benennung Kompagnon: sie glauben es ihrer Stellung als prinzipielle Gegner jeder Unterordnung schuldig zu sein, den Titel „citoyen“ (Bürger) zurückzuweisen, denn Bürger bedeutet einen im Staate freien Mann, der an der „Souveränität“ theilnimmt.

entwickeln, sie müssen der Strömung des Zeitgeistes folgen.

Der großen Mehrheit nach marschieren sie unter dem Banner des modernen Sozialismus, nur mit dem Unterschied, daß ihm die einen bewußt und konsequent folgen, die anderen noch unbewußt und vielfach zögernd, unentschlossen.

Abgesehen von etlichen jungen und alten Wirrköpfen und Konfusionsräthen hat das Gros der französischen Sozialisten nichts mehr gemeinsam mit den Sozialisten der vierziger Jahre, von deren sentimental kleinbürgerlicher Utopisterei sich ihre durchaus realistische Auffassung der gesellschaftlichen Entwickelung streng unterscheidet. Sie erwarten nichts mehr vom guten Herzen und dem guten Willen der „oberen Zehntausend", von der endlichen Herrschaft der „absoluten Vernunft" und „absoluten Gerechtigkeit". Für sie ist Entwickelung und Charakter der ökonomischen Verhältnisse Bürgschaft und Basis einer besseren Zukunft, und die politische Macht in den Händen eines klassenbewußten Proletariats der Schlüssel, welcher das Thor öffnet, durch welches die gesellschaftliche Regelung der Produktions- und aller übrigen sozialen Verhältnisse ihren Einzug halten wird.

Die Guesdisten oder Kollektivisten haben ungemein viel dazu beigetragen, diese Auffassung durch Wort und Schrift in den Massen zu verbreiten und zum lebenskräftigen Bewußtsein zu erziehen.

Der Kollektivismus bildet ein soziales System, das auf die Solidarität der Arbeitenden gegründet ist. In der kollektivistischen Gesellschaft, so meinen die Guesdisten, wird jeder — Kranke, Alte u. dergl. natürlich ausgenommen — irgend eine Arbeit verrichten müssen, deren Dauer je nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Vollkommenheit der Arbeitsinstrumente wechselt.

Jeder Einzelne hat also das größte Interesse daran, jede mögliche Vervollkommnung der Produktion herbeizuführen, die Macht der Technik und Maschinerie zu entwickeln, da dadurch eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine größere Herrschaft des Menschen über das Arbeitsinstrument und damit eine größere Freiheit der persönlichen Entwickelung bedingt wird. Jede neue Entdeckung schlägt also zum Vortheile jedes Einzelnen aus, verleiht ihm größere Freiheit,

während heutzutage gerade das Gegentheil der Fall ist: jede neue Entdeckung und Vervollkommnung auf irgend einem Gebiete der Technik und Produktion gestaltet das Loos der Arbeitenden noch härter und unerträglicher; je mehr heute die Maschinerie die Arbeitszeit verkürzt und die Produktion erleichtert, um so länger und schwerer muß der Lohnarbeiter schaffen, um seinen Lohn auf der Höhe zu erhalten, welche nothdürftig ein elendes Leben ermöglicht. Und die sind noch die Glücklicheren, denen nur dies geschieht, denn tausende werden von der Maschine direkt aus der Fabrik, der Werkstatt verjagt und in die Reihen der industriellen Reservearmee gedrängt.

Aber die Verhältnisse können über die Natur des Vorganges nicht täuschen, es ist nicht das Wesen der Maschinerie und Technik, welches zu einem Fluch für den Arbeitenden wird, sondern nur deren individueller Besitz und deren individuelle Ausbeutung. Indem also der Kollektivismus die Produktionsmittel als gesellschaftliches Eigenthum erklärt, wird die Maschine sozusagen für alle arbeiten, ihre Vortheile werden allen zu gute kommen. Er strebt also nach einer möglichst entwickelten und vervollkommneten Technik, welche die Thätigkeit des Menschen bei der Produktion auf das mögliche Minimum beschränkt. Mit anderen Worten: er will die Unterwerfung des Stoffes und der Elemente unter den Menschen, im Dienste und zum Wohle der arbeitenden Menschheit. Jeder Fortschritt der Maschinerie, der angewandten Wissenschaft soll der gesammten kollektivistischen Gesellschaft zum Nutzen gereichen, das Wohlsein eines jeden vermehren, die Arbeitslast der Gesammtheit herabsetzen, ohne dadurch die für den gesellschaftlichen Konsum nöthige Produktenmenge zu vermindern.

Was die heutigen Sozialisten noch weiter von ihren Vorgängern unterscheidet, ist, daß sie nicht die soziale Frage von heute auf morgen mit ein paar umwälzenden Dekreten zu lösen gedenken.

In den Besitz der öffentlichen Macht gelangt, wollen sie nicht mit Proklamirung von Gesetzen, die „Nationalisirung" aller Kapitalien betreffend, den Anfang machen. Sie werden sich nur der Monopole und großen kapitalistischen Unternehmungen, der Fabriken, Minen, großen

Magazine, der Verkehrsanstalten u. s. w. bemächtigen. Kleinindustrie und Kleinhandel, insoweit sie bis dahin noch nicht von dem Großkapitalismus bei Seite gefegt sind, wollen sie weiter bestehen lassen, bis dieselben durch die ökonomischen Verhältnisse von selbst gänzlich verschwinden werden. Natürlich werden in diesem Falle die Kleinkapitalisten nicht als Opfer einzelner Großkapitalisten fallen, sondern sie treten als freie, brüderliche Mitarbeiter ein in die genossenschaftliche Großproduktion, von Niemandem abhängig, als von dem Willen der arbeitenden Gesammtheit, alle Segnungen des Produktionsaufschwunges mitgenießend, der ihnen heute in ihrer Hilflosigkeit nur Ruin und Bankerott bringt.

Selbstverständlich werden die Kollektivisten alle Maßregeln ergreifen, um die Ueberführung aller Produktionsmittel, ohne Ausnahme, in den Besitz der Gesellschaft so viel als möglich zu beschleunigen.

Die Kollektivisten sind keine Anhänger der Revolutionen und Rebellionen um jeden Preis. Sie sind sich voll und ganz bewußt, daß die Entwicklung der Gesellschaft schließlich zu einer fundamentalen Umgestaltung führen muß, und verstehen daher zu warten.

Sie wissen auch ganz gut, was ihnen agents provocateurs schaden können, deshalb rathen sie auch ihren Anhängern, bei Manifestationen energisch aber ruhig aufzutreten, um nicht der Polizei und Reaktion die gewünschte Gelegenheit zum Einschreiten an die Hand zu geben.

Künstlich gezeitigten Emeuten, revolutionären Knalleffekten fallen nur die Arbeiter selbst zum Opfer, die siegreiche Reaktion würde dann das Land mit Schrecken erfüllen, der Sozialismus aber an Boden verlieren und auf längere Zeit lahm gelegt und an einer lebensfrischen Entwicklung verhindert werden.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
I. Serie. — 5. Heft.

Charakterköpfe

aus der

französischen Arbeiterbewegung.

Von

Ossip Zetkin-Paris †.

Preis 20 Pfennige.

Berlin 1893.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.
(Th. Glocke.)

Inhalt.

	Seite
Jules Guesde	5
Paul Lafargue	20
Gabriel Deville	26
Edouard Vaillant	32
Luise Michel	40

Vorkommende Fremdwörter und französische Namen.

Jules Guesde spr. schühl gähd.
Paul Lafargue spr. pohl lafarg.
Gabriel Deville spr. Döwihl.
Edouard Vaillant spr. eduahr vajang.
Luise Michel spr. mischäll.

Allemane, spr. allmahn. — Babeuf, spr. baböff. — Barberet, spr. barbereh. — Blanqui, spr. blangki. — Bordeaux, spr. bordoh. — Paul Brousse, spr. pohl bruß. — Chabert, spr. schabär. — Cri du peuple, spr. kri dü pöpl. — Darrieux, spr. darriöh. — Dereure, spr. döröhr. — Droits de l'homme, spr. droa dö lomm. — Dumay, spr. dümä-i. — Duval, spr. düwall. — „Egalitaire", spr. egalitähr. — St. Etienne, spr. sängteti-enn. — St. Germain, spr. säng schärmäng. — Joffrin, spr. schoffräng. — Longuet, spr. Long-geh. Marseille, spr. marsäj. — Benoit Malon, spr. bönoa malong. — Meaux, spr. moh. — Parti ouvrier, spr. uwri-eh. — Proudhon, spr. prudong. — Trades Unions, spr. trehd juni-ens. — Vaidy, spr. wähdi. — Varlin, spr. warläng.

Arrondissement, spr. Arrongdissmang = Bezirk. — Bourgeoisie, spr. burschoasih = Bürgerthum, besitzende Klasse. — Chambre syndicale, spr. schangbr sändikal = berufsgenossenschaftlicher Verband, Gewerkschaft. — Citoyen, spr. sitoajäng = Bürger. — Conseil munizipal, spr. kongsähj münisipal = Gemeinderath. — Empire, spr. angpihr = Kaiserreich. — Quartier latin, spr. karti-eh latäng = das Studentenviertel in Paris.

1. Jules Guesde.

Zu den Männern, deren Name für immer unauflöslich mit der Geschichte des modernen Sozialismus in Frankreich verknüpft ist, gehört in erster und hervorragendster Weise Jules Guesde.

Zu einer Zeit, als der Versailler Schrecken die französische Arbeiterschaft noch in so dumpfer Betäubung darniederhielt, daß sich kaum eine ebenso farblose als unklare Gewerkschaftsbewegung zeigte, als das todtgeborene Kind des Genossenschaftswesens und des Mutualismus als Gespenst herumspukte und nur schüchterne bürgerlich-radikale Bestrebungen und utopistische Schrullen die Bewegung beherrschten, da war Jules Guesde der Erste, welcher aus dem Blute der Föderirten das Banner einer sozialistischen Proletariatsbewegung aufhob und im Namen des Prinzips vom Klassenkampf die Enterbten zu neuem gemeinsamem Vorgehen gegen die alte Gesellschaft zusammenrief.

Sein Eingreifen in die französische Arbeiterbewegung ist gleichbedeutend mit deren Einlenken in den Strom des modernen, wissenschaftlichen Sozialismus. Es giebt keine Etappe aus der Jugendzeit der sozialistischen Arbeiterbewegung Frankreichs nach dem Unterliegen der Kommune, die nicht durch das Wirken Guesde's charakterisirt, die nicht mit seinem Einfluß in Verbindung zu bringen wäre. Andere treffliche Kämpen sind neben und mit ihm in die Schlachtreihen des um seine Emanzipation ringenden Proletariats getreten, haben nach ihren Kräften für die theoretische Erziehung oder für die Organisirung der Arbeiterschaft gewirkt, sie haben viel, sehr viel, vielleicht alles gethan, was in ihrer Möglichkeit stand — mehr als Guesde hat jedoch keiner von ihnen gewirkt.

Seit Anbeginn seiner propagandistischen Thätigkeit hat er mit gleich schonungsloser Kritik die flache Gewerkschaftssimpelei, die wüste Anarchisterei und den verschwommenen Utopismus überlebter sozialer Schulen bekämpft.

Er war der erste, welcher in einer Zeitung ein klares sozialistisches Programm formulirte, auf seine Thätigkeit ist es zurückzuführen, daß der Sozialismus verhältnißmäßig rasch unter den neu erstandenen Gewerkschaften Anhang fand und schon auf dem Kongreß zu Lyon offiziell auftrat; sein Werk ist das Erscheinen der ersten rein sozialistischen Zeitung, seiner Agitation ist der Sieg des Sozialismus über den Barbaretismus (auf dem Kongreß zu Marseille) zu verdanken, damit die Bildung einer wirklich sozialistischen Arbeiterpartei, die allerdings bald wieder in zwei Flügel zerfiel; und an dem, durch seine klare, knappe Fassung sowie prinzipielle Korrektheit mustergültigen Programm der französischen Partei hat er thätigsten Antheil genommen. Von der Erkenntniß geleitet, daß das Proletariat der Großindustrie und nicht das auf den Aussterbeetat gesetzte Kleinbürgerthum der berufene Träger des modernen Sozialismus sei, erwarb sich Guesde das Verdienst, zuerst eine systematische und zielbewußte sozialistische Agitation unter den Arbeitern der Provinz, zumal der großen Industriezentren entfaltet zu haben. Mit Lafargue und Deville zusammen hat er den Theil der sozialistischen Literatur Frankreichs geschaffen, welcher von bleibendem agitatorischem und erzieherischem Werth für die Klärung und Schulung des Proletariats ist.

Guesde zählte zu dem kleinen Häuflein derer, welche von Anfang an den internationalen Charakter einer zielbewußten Arbeiterbewegung betonten und stete innige Fühlung mit den Bruderparteien des Auslandes zu halten suchten. Die französische Arbeiterbewegung ist ihm ebensowohl für ihre Ausbreitung und ihr Wachsthum als auch für ihre Klärung und Vertiefung zu Danke verpflichtet. Sein ganzes Bestreben ist darauf gerichtet gewesen, ihr einen klaren und bestimmten sozialistischen Inhalt zu geben, der im Einklang mit den Ergebnissen der Sozialwissenschaften steht und sich vom hohlen revolutionären Phrasenthum ebenso weit entfernt hält, wie von einer kompromißsüchtigen Verwässerung des sozialistischen Programms. Unbekümmert darum, durch Anpassung an die Unklarheit, die Vorurtheile, die niedrige Entwickelung der landläufigen Ideen billige Eintagserfolge einzuheimsen, wie dieselben mittelmäßigen und ehrgeizigen Geistern

schmeicheln, hat er für seine Haltung nur eine Richtschnur gekannt: das Programm der sozialistischen Partei, das er überall und stets hochzuhalten bestrebt war. Seine Gegner warfen ihm dafür vielfach eine untaktische Starrheit der Prinzipien, einen unpraktischen Doktrinarismus vor, wir können in seiner Haltungslinie nur zielbewußte Konsequenz finden. Die Masse wird nicht dadurch erzogen, das man sich ihren Vorurtheilen und Schwächen anpaßt, sondern dadurch, daß man dieselben bekämpft.

Mit seltener Uneigennützigkeit hat Guesde ein ungewöhnlich reiches, vielseitiges und durchaus originales Talent in den Dienst des Proletariats gestellt, alle die Vortheile verschmähend, welche ihm der Verrath in sichere Aussicht gestellt hätte. Die Bourgeoisie hätte einen Mann seiner Begabung, seines Schlages gern mit Gold aufgewogen und kann es Guesde nicht verzeihen, daß er nicht feil ist. Wenn jemand, so zählt er zu den bestgehaßten Revolutionären Frankreichs. Wenn infolge der unter der französischen Arbeiterschaft noch zäh haftenden Unklarheit, des Klebens an alten Traditionen und Schulen theilweise auch infolge von Verleumdung und Intriguen Guesde's aufopferndes und rastloses Wirken noch nicht alle die Früchte gezeitigt hat, welche man erwarten durfte, wenn er persönlich, statt Anerkennung und Unterstützung vielfach Verketzerungen und in den Weg geworfenen Knüppeln begegnet ist, so wird sein Verdienst um die Sache des Sozialismus dadurch um nichts geschmälert. Trotz aller prinzipiellen und persönlichen Gegnerschaft ist sein Einfluß direkt oder indirekt herrschend geblieben und zeigt sich sogar innerhalb der feindlichen Bruderfraktion. In dem Maaße, wie sich die Verhältnisse entwickeln und dem Proletariat den Staar über seine Interessen und über die Sachlage stechen, in dem Maaße gelangen auch allmählich die von Guesde vertretenen Ideen zur Geltung.

* * *

Jules Guesde (der Name ist übrigens ein Pseudonym) ist am 11. November 1845 in dem ältesten Stadttheile von Paris, der Ile St.-Louis geboren.

Seine Gestalt bildet eines jener Beispiele, wo sich

die Entwickelung eines Individuums in vollständigem Gegensatz zu der umgebenden Mitte zu vollziehen scheint. Guesde entstammt nämlich einer Familie von strenggläubigen Katholiken, welche ohne jede politische Ueberzeugung waren. Sein Vater war ein sogenannter „professeur libre", d. h. ein Privatlehrer, welcher junge Leute für das Baccalaureat und den Eintritt in Hoch- und Fachschulen vorbereitete. Der Knabe, welcher nie eine öffentliche oder Privatschule besuchte, und vom Vater unterrichtet ward, offenbarte frühzeitig ungewöhnliche Fähigkeiten. Kaum vierzehn Jahr alt, war er im Studium der klassischen Sprachen und der Mathematik soweit vorgeschritten, daß er wie der Vater die Vorbereitung von jungen Leuten für ihre Examina übernahm. Noch ehe er das sechszehnte Jahr erreicht hatte, bestand er das Baccalaureat, er hatte wegen seiner großen Jugend einer besonderen Erlaubniß bedurft, um zu den betreffenden Prüfungen zugelassen zu werden.

Durch die Verhältnisse im väterlichen Hause auf einen Broterwerb angewiesen, trat er in eine Administration ein, in welcher er es jedoch in Folge seines feurigen Temperaments und seiner republikanischen Ueberzeugungen, welche nach Bethätigung verlangten, nicht lange aushielt. Denn trotz der frommen, stillen Mitte, in welcher Guesde erwachsen war, hatten sich bei ihm bereits seit den Knabenjahren entschieden republikanische und zwar roth-republikanische Ueberzeugungen herausgebildet, zu denen die verstohlene Lektüre der „Châtiments" von Viktor Hugo den Anstoß gegeben. So warf sich der zwanzigjährige Guesde dem Journalismus in die Arme, und zwar seinem ganzen Naturell nach dem kämpfenden, politischen, oppositionellen Journalismus, welcher dem zweiten Empire den Fehdehandschuh hinwarf.

Der erste Artikel des jungen Journalisten erschien in dem „Courrier français", welchen Vermorel damals redigirte. Da gerade in Paris der gouvernementale Druck stärker als sonstwo war und jede Opposition in der Presse mit eiserner Gewalt darniederhielt, ging Guesde bald in die Provinz, wo er zuerst in Toulouse, dann in Montpellier das Empire mit seiner scharfen Feder bekämpfte und für einen revolutionären Republikanismus eintrat. In

Montpellier gab er zuerst die „Liberté“ (Freiheit), dann die „Droits de l'Homme“ (Menschenrechte) heraus. Ein in dem letztgenanten Blatte zur Zeit der Kriegserklärung erschienener Artikel, in welchem Guesde dem Volke im Gegensatz zu dem Kriege die Revolution empfahl und es aufforderte, anstatt gegen die Preußen gegen die Tuilerien zu ziehen, brachte ihm sechs Monate Gefängniß ein.

Die Pariser Kommune wirkte wie eine Offenbarung auf seine politischen Anschauungen, trotz aller in ihr zum Ausdruck gelangenden Unklarheit und Verworrenheit löste sich für Guesde aus ihr der Kern einer sozialistischen Proletariatsbewegung heraus, das Prinzip des Klassenkampfes sprang ihm in die Augen. Mit Freunden und Gesinnungsgenossen zusammen, unter denen sich auch Brousse befand, welcher damals dem Verwaltungsrath der „Droits de l'Homme“ angehörte und ein eingefleischter Proudhonist war, suchte Guesde in Montpellier eine Erhebung des Volks, Ueberrumpelung der Garnison und Erklärung der Kommune vorzubereiten. Der Plan ward jedoch durch einen Verrath vereitelt, noch ehe der Anfang zu seiner Verwirklichung gemacht werden konnte. Wegen eines Artikels, welcher die Kommune von Paris voll leidenschaftlicher Ueberzeugung vertheidigte und die Bevölkerung von Montpellier zum Aufstand aufrief, ward Guesde zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt, er entzog sich jedoch mit Rücksicht auf ein Lungenleiden der über ihn verhängten Strafe durch die Flucht nach der Schweiz.

Kaum in Genf angekommen, nahm er sofort Fühlung mit der Internationale, schloß sich jedoch ebenso wenig an die von Outine geleitete Genfer Sektion an, welche dem Londoner Generalrath anhing, noch der anarchistischen Sektion des Jura, an deren Spitze Guillaume und Schukowsky standen. Guesde gründete mit französischen Emigranten zusammen eine unabhängige, neutrale Sektion, die Sektion der Rue Longemale, welche weder für den Generalrath noch für die Anarchisten Partei ergriff. Guesde trug sich außerdem mit dem Plan, die Grundsätze des internationalen Sozialismus in einem Organ, „la République Universelle“ (die Universalrepublik) zu vertreten, das Projekt kam jedoch in Folge mangelnder

Mittel nicht zur Ausführung.*) Bald darauf gelang es Guesde, den „Reveil international“ (das internationale Erwachen) zu gründen, welcher jedoch nach etwa dreißig Nummern sein Erscheinen einstellen mußte, weil Thiers den Herausgeber gekauft hatte. Von Genf aus siedelte Guesde nach Rom über, wo er mit Gnocchi-Viani zusammen die erste römische Sektion der Internationale ins Leben rief.

Obgleich er sich bis dahin noch nicht mit dem Studium ökonomischer Werke beschäftigt hatte, war er doch durch Beobachtung der wirthschaftlichen Verhältnisse um sich her und des geschichtlichen Entwickelungsganges zu sehr geklärten Anschauungen gelangt, welche wohl noch vielfache Lücken zeigten, aber sich in den Hauptpunkten mit Marx' Theorien deckten — ein Beweis dafür, daß zu gewissen Zeiten in Folge der Verhältnisse gewisse Ideen wie in der Luft liegen und nur ihre Zusammenfassung und Verkörperung erwarten. Im Gegensatz zu der vielfach verbreiteten Ansicht, Guesde sei früher Anarchist gewesen und habe bis gegen das Jahr 1880 an anarchistischen Anwandlungen gelitten, muß betont werden, daß er bereits 1872 in einem „offenen Brief“ eine heftige Polemik mit den italienischen Anarchisten Costa und Caffiero unterhielt, und deren Lehre von der Propaganda durch die That in scharfer Weise bekämpfte.

Von Rom aus redigirte Guesde ein Jahr lang die „Egalité“ von Marseille; sein Leben schlug er mit dem klassischen Broterwerb der meisten politischen Flüchtlinge, mit Stundengeben und Uebersetzungen durch. Als der Aufstand in Carthagena ausbrach, wollte Guesde den dortigen Insurgenten zu Hilfe eilen, wurde jedoch in Genua verhaftet, am Einschiffen verhindert und darauf mit Protot zusammen aus Italien ausgewiesen. Nach einem Aufenthalt in Lugano kehrte er auf neapolitanisches Gebiet zurück, wo er sich als Lehrer der französischen Sprache niederließ.

*) Die Anarchisten knüpften an dasselbe den lächerlich blöden Klatsch, Guesde habe sich zum Präsidenten der Universalrepublik machen wollen. Wir erwähnen der Sache nur, um durch ein Beispiel zu zeigen, welcher Art die Gerüchte sind, die über Guesde's Ehrgeiz, Autoritarismus und diktatorische Gelüste im Umlauf sind, und die sich mit Brousse zusammen aus dem Anarchismus in den Possibilismus hinübergerettet haben.

Hier veröffentlichte er eine Broschüre in Form eines offenen Briefes an den Senator Lampertica, welcher in einem ökonomischen Werke den sozialistischen Ideen entgegentrat, dies jedoch in anständiger Weise that. Lampertica's Arbeit war das erste größere ökonomische Werk, welches Guesde las, trotzdem aber ist seine Antwort auf dasselbe „Della Proprietà" (Von dem Eigenthum) prinzipiell so korrekt gehalten, daß Guesde daran denkt, sie unverändert französisch erscheinen zu lassen.

1875 verfaßte er auch in Italien den „Catéchisme Sozialiste" (den sozialistischen Katechismus), der erst 1878 erschien, und von dem eine Stelle Anlaß zu der irrthümlichen Annahme von Guesde's Anarchismus gegeben hat. Derselbe erhebt sich nämlich dagegen, die künftige soziale Organisation mit dem Namen „Staat" zu belegen, da diese grundverschieden von der Vorstellung sei, welche man gewöhntermaßen mit diesem Ausdruck in Verbindung bringe. Er wendet sich also nur gegen das Wort Staat, aber nicht gegen die Idee einer gesellschaftlichen, zentralisirten Organisation. Die betreffende Stelle ward trotzdem so aufgefaßt, als ob Guesde vom anarchistischen Standpunkte aus das Prinzip einer sozialen Organisation überhaupt bekämpfte, und Malon stützte sich auf dieselbe, um Guesde in seiner „Geschichte des Sozialismus" (1879) unter die „Anarchisten" zu klassifiziren. Obgleich Guesde in einem veröffentlichten Briefe gegen die falsche Auffassung seiner Worte protestirte und seinen kollektivistischen Standpunkt ntwickelte, hat sich doch die Legende von dem ehemaligen Anarchismus desselben bis in berufene Kreise fortgesponnen.

Als Guesde 1876 nach Frankreich zurückkehren konnte, trat er sofort mit den aus Studenten, Gelehrten und etlichen Arbeitern bestehenden Studienzirkeln in Verbindung, welche damals die Keime einer sozialistischen Bewegung darstellten. „Les Droits de l'Homme" von Paris erhielten durch seine Mitarbeiterschaft bedeutende Klärung und Zielbewußtsein. Die Zeitung brachte treffliche Kritiken des Pariser Gewerkschaftskongresses und der Gewerkschaftsbewegung mit einseitigen Zielen überhaupt. Ferner nahm sie auch zu der Frage der Frauenarbeit eine prinzipiell richtige Stellung ein und begrüßte den Kongreß-

beschluß über Aufstellung von Arbeiterkandidaturen mit Freuden. Auch die „Droits de l'Homme enthalten eine scharfe Bekämpfung der italienischen Anarchisten in Anschluß an die Affäre von Benevent. Nach dem Verschwinden des erwähnten Blattes arbeitete Guesde an dessen Fortsetzung „le Radical" mit, er verfolgte jedoch eine durchaus unabhängige Haltungslinie, und die Redaktion erklärte sich für seine Artikel nicht verantwortlich.

Zur selben Zeit trat er mit verschiedenen Arbeitern (Briolle, Vaidy, Chirardet, Paulard ɔc.) in Verbindung. Die französische Arbeiterschaft im allgemeinen war zu jener Zeit noch nicht sozialistisch, allein sie war unruhig, tastete nach neuen Zielen, einer neuen Devise der Bewegung hin und her, welche ihr Guesde in einer regen mündlichen Propaganda und bald darauf in dem ersten rein sozialistischen Wochenblatt „Egalité" bot, welches er mit etlichen Gesinnungsgenossen zusammen 1877 herausgab, die sich der Mehrzahl nach aus Studenten und jungen Gelehrten rekrutirten, welche sich voller Opferfreudigkeit der Sache des Proletariats widmeten, wie vor allem der zu früh verstorbene Darrieux, der verantwortliche „Sitzredakteur" des Blattes. Bemerkenswerth ist auch an der ersten „Egalité", daß Guesde sofort in Haltung und Mitarbeiterschaft des Blattes das internationale Element betonte. Ein deutscher Sozialist, ein überzeugter spanischer Marxist, beide in Paris lebend, arbeiteten von Anfang an an dem sozialistischen Wochenblatt mit, das bekannte Parteigenossen des Auslandes zu seinen Korrespondenten zählte und in der Folge eine Sammlung zu gunsten der gemaßregelten deutschen Sozialdemokraten eröffnete.

Die erste „Egalité" brachte eine klare sozialistische Prinzipienerklärung, gab ganze Kapitel aus Marx' Kapital wieder und drängte auf eine politische Aktion des Proletariats durch Aufstellung von Klassenkandidaten hin, im Gegensatz zu den nichtssagenden Arbeiterkandidaturen, sie gab die Parole zu der Kandidatur Blanqui aus und polemisirte gegen den Anarchismus von Costa und dessen Freundin, der in Italien thätigen, klugen und energischen Russin Kulischowa. Guesde's Argumenten gelang es, Frau Kulischowa von ihren anarchistischen Irrthümern zu bekehren, und diese übte dann auf die Weiterentwicklung

Costa's einen entscheidenden Einfluß aus. Auch die erste „Egalité" ist noch vielfach mit Unrecht anarchistischer Tendenzen geziehen worden. Anlaß zu einer Verkennung bot wohl die entschieden revolutionäre Haltung des Blattes als Ausdruck von Guesde's durchaus revolutionärem Temperament. Die „Egalité" mußte am 14. Juli 1878 ihr Erscheinen einstellen, da sie infolge eines Artikels, „das wahre Attentat", welcher eine Analogie zwischen dem Nobilingschuß und den Junitagen zog, zu einem Jahr Gefängniß und 1000 Franks Strafe verurtheilt ward.

Den entscheidenden Einfluß, welchen Guesde auf die Organisation des ersten beabsichtigten internationalen Kongresses (1878) übte, den Vortheil, welchen er und seine Freunde aus dem Verbot desselben, der Verhaftung und dem Prozeß der Delegirten zog, erwähnten wir schon an anderer Stelle. Possibilistischen Verleumdungen entgegen muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß gerade Guesde erklärte, ein außerhalb der bestehenden Arbeiterorganisationen zu stande gebrachter Kongreß müsse seinen Zweck verfehlen, und der dadurch den Plan Gautiers und anderer Anarchisten vereitelte, im Gegensatz zu dem von dem Lyoner Kongresse beschlossenen Arbeitertag einen sozialrevolutionären Kongreß zu organisiren. Ueber Guesde's Haltung der nichtsozialistischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber muß überhaupt bemerkt werden, daß dieselbe bei aller scharfen Kritik, die nicht zu vermeiden war, wollte er für den Sozialismus wirken, doch wohlwollend war. Die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen fanden seinen Beifall, sowie auch der Beschluß, ein eignes Arbeiterblatt „le Prolétaire" zu schaffen. Die erste „Egalité" eröffnete zu gunsten des zu gründenden Blattes eine Sammlung, und die zweite „Egalité" verlegte ihr Erscheinen von Sonnabend auf Mittwoch, obgleich die Egalitémänner wußten, daß sie dadurch deren Vertrieb bedeutend schmälerten.*)

Nach dem Eingehen der ersten Egalité schrieb Guesde

*) Diesen Thatsachen gegenüber hat Brousse die Stirn zu behaupten, die mehr als ein Jahr vor dem Erscheinen des „Prolétaire" gegründete „Egalité" sei mit dem Gelde der „deutschen, marxistischen Koterie ins Leben gerufen worden, um dem „Prolétaire" Konkurrenz zu machen"! Die erste „Egalité" erschien im November 1877, der erste „Prolétaire" im Dezember 1878!

mit Longuet, Deville ꝛc. zusammen in der radikalen „Révolution française.“ In Folge einer offenen Polemik mit Longuet, anläßlich dessen proudhonistischer, föderalistischer Anschauungen erhielt Guesde einen zustimmenden Brief von Karl Marx. Es war dies die erste Beziehung, welche sich zwischen ihm und dem Verfasser des „Kapitals“ anknüpfte, das er in den folgenden Jahren, besonders zur Zeit der zweiten „Egalité“ und unter Lafargue's Einfluß studirte, wodurch er nicht nur Lücken seiner Erkenntniß füllte, sondern auch zu größerer Einheitlichkeit und Schärfe des Systems gelangte. Das Erscheinen der zweiten „Egalité“ ward durch die Ausgabe von 3000 Aktien à 1 Franc zur Deckung der Kaution ermöglicht. Das Blatt wirkte in der eingeschlagenen Richtung weiter, erhielt aber noch erhöhten Werth durch Lafargue's Mitarbeiterschaft, die ihr einen tieferen und wissenschaftlicheren Charakter verlieh. Es wurde Guesde oft zum Vorwurf gemacht, er halte in seinen Organen zu sehr auf einen literarischen Firnis, schließe daher grundsätzlich die Mitarbeiterschaft der Arbeiter aus, und suche nur sich und seine engeren Freunde glänzen zu lassen. Die Arbeiter versuchten jedoch nicht, an einer der „Egalité“ mitzuarbeiten und was von dem Glänzenwollen Guesde's wahr ist, zeigt der Umstand, daß grundsätzlich alle Artikel nicht gezeichnet wurden, damit es um so leichter sein sollte, alle Artikel zurückzuweisen, welche nicht die prinzipielle Feuerprobe bestanden.

Der propagandistischen Thätigkeit Guesde's und seiner Freunde, von denen wir noch Ferroul und Fournier erwähnen, dem klärenden Einfluß der „Egalité“ war es zu verdanken, daß auf dem Kongreß zu Marseille der Sozialismus über das Nichts-als-Gewerkschaftsthum triumphirte. Der „Prolétaire“ hatte in der Streitfrage zwischen Sozialisten und Barbaretisten keine entschiedene Haltung eingenommen, „da er mit dem Geld der Arbeiter gegründet sei, und deshalb keine eigene Meinung haben dürfe.“

Als sich Guesde auf Malon's Veranlassung nach London begab, um mit Marx, Engels und Lafargue zusammen für die junge Partei ein sozialistisches Programm auszuarbeiten, das ein Kampfesmittel werden sollte, geschah

es besonders auf seine Argumente hin, daß in dem sogenannten Minimumprogramm der Reformen die Forderung eines Minimallohnes eingefügt ward. Obgleich davon überzeugt, daß der betreffende Paragraph vom ökonomischen Standpunkte aus durchaus überflüssig war, bestand Guesde auf dessen Aufnahme mit Rücksicht auf die geringere wirthschaftliche Schulung der französischen Arbeiterschaft, und nach zähem Widerstande fügte sich Marx. Das später so verrufene „ausländische Programm“ wurde damals von Guesde, Brousse und Malon den Gruppen vorgelegt, nach einzelnen Abänderungen auf dem Regionalkongreß von Paris (1880) angenommen und ebenso von dem Nationalkongreß zu Havre, auf welchem Guesde nicht anwesend war.

Als Guesde in der Folge behufs seiner Mitarbeiterschaft an dem in Lyon erscheinenden sozialistischen Tageblatt „L'Emancipation sociale“ nach der genannten Stadt übersiedelte, nutzte Brousse seine Abwesenheit von Paris zu unerhörten Ränken und Intriguen aus. Welche verhängnißvollen Folgen dieselben auf die Weiterentwickelung der kaum zu Stande gekommenen Arbeiterpartei ausübten, ist an anderer Stelle entwickelt worden. *)

Nach der auf dem Kongreß zu St. Etienne (1882) erfolgten Spaltung der Arbeiterpartei systematisch in seinem Wirken von der possibilistischen Fraktion durchkreuzt und gehemmt, hat Guesde doch nicht eine Minute auf den in Wort und Schrift geführten Kampf zur Ausbreitung der sozialistischen Prinzipien und zur Klärung der unter der Arbeiterschaft vorhandenen Ideen verzichtet. In den Artikeln, welche er nach dem Eingehen der „Emanzipation“ in dem „Citoyen“

*) Zu dem Konto der gegen Guesde geschleuderten Beschuldigungen muß nur noch über die immer hervorgezogene „Ehrenwortaffäre“ bemerkt werden, daß nicht nur die Föderation des Nordens, sondern alle Föderationen überhaupt das gegebene Versprechen der Redakteure der „Emanzipation“ für ungültig und jede diesbezügliche Prinzipienreiterei für tadelnswerth erklärten. Wie wenig Guesde selbst an eine eventuelle Kandidatur in Roubaix gedacht, geht daraus hervor, daß er aus einem entfernten Winkel der Normandie geholt werden mußte, und daß er nur als Kandidat auftrat, weil nicht die geringste Aussicht auf einen Wahlsieg vorhanden war. Trotz des letzteren Umstandes entwickelte er eine fieberhafte Agitation, er hielt z. B. in acht Tagen fünfzehn Wahlversammlungen ab, die letzte von ihnen vor einem sich auf 500 Köpfe belaufenden, ausschließlich aus Frauen bestehenden Publikum.

veröffentlichte, dann im „Citoyen et Bataille“, in einer dritten „Egalité“, im „Cri du Peuple“, in dem „Voie du Peuple“, im ersten und zweiten „Socialiste“ — als Wochenorgane 1885 und 1886—87 erschienen — ward er nicht müde, das Proletariat zum Klassenbewußtsein wachzurütteln, es zur Schaarung um das Banner des modernen Sozialismus aufzufordern. Welches Verdienst er sich um die Klärung der sozialistischen Ideen in Frankreich erworben, das wird erst voll und ganz eine gerechtere, nicht durch Parteihaß verblendete Nachwelt anerkennen.

Außer den laufenden Artikeln in den genannten Blättern und den sozialistischen Organen der Provinz verfaßte Guesde eine Reihe von Broschüren, welche nach Form und Inhalt zu dem besten gehören, was die französische sozialistische Broschürenliteratur bietet. Außer den bereits erwähnten Werkchen führen wir noch an: „La République et les Grèves“ (die Republik und die Streiks), „Le Collectivisme devant la Dixième Chambre (der Kollektivismus vor der zehnten Gerichtskammer), „La Loi de salaire et ses conséquences“ (das Lohngesetz und seine Folgen), „Collectivisme et Révolution“, „le Collectivisme au collège de France“ (der Kollektivismus vor dem Kolleg de France), „Les services publiques et le Socialisme“ (die gemeinwirthschaftlichen Betriebe und der Sozialismus) und das mit Lafargue zusammen verfaßte „Programm der Arbeiterpartei“, ein wahres Meisterwerk.

Die meisten der Broschüren sind polemischer Natur, weil sie unter dem Einflusse oder sozusagen als Gegengift gegen die unter den Arbeitern sich breit machenden irrthümlichen Theorien entstanden sind. Dieser polemische Karakter verleiht ihnen aber gerade eine ungemeine Lebendigkeit, die Ideen sprühen bald in feiner Ironie hervor, bald stürzen sie in fortreißender, überzeugender Leidenschaftlichkeit vorwärts. Guesde trägt alle Vorzüge seines so unvergleichlichen Rednertalents in seine Schriften hinein, welche der Form nach ebenso fesselnd und anziehend, als dem Inhalt nach klar, prinzipiell fest und erzieherisch wirkend sind. Eigenthümlich für Guesde's Darstellungsweise in Wort und Schrift ist, daß er neue Worte und Ausdrücke erfindet, welche, ebenso bezeichnend als geistreich, einer Vorstellung oder Sache eine karakterische Form aufprägen.

Rochefort ist in seinen besten Zeiten kein schneidigerer und geistreicherer Polemiker gewesen als Jules Guesde, dem er an Tiefe, Klarheit und Ueberzeugung bedeutend nachsteht.

Neben seiner journalistischen und publizistischen Thätigkeit entfaltete Guesde ein reiches agitatorisches Wirken in Versammlungen und Konferenzen. Ganz besonders nahm er es auf sich, die Provinz sozialistisch zu bearbeiten, Norden und Süden, Osten und Westen hat er als Propagandist und Agitator durchzogen, und es giebt kaum eine bedeutendere Stadt, ein größeres Industriezentrum, dessen Bevölkerung er nicht das Evangelium des Sozialismus verkündet hätte. Die größte Anzahl der in der Provinz bestehenden Organisationen sind auf Guesde's Agitation, auf seine Initiative oder wenigstens seinen indirekten Einfluß zurückzuführen. Es ist kein Jahr vergangen, in dem er nicht eine größere Agitationsreise unternommen hätte, und von den Städten, in welchen er den Anstoß zu einer Arbeiterbewegung, zur Organisation gegeben, greifen wir nur aufs Gerathewohl heraus: Cette, Lyon, Nimes, St. Etienne, Roanne, Roubaix, Lille, Calais, Boulogne, St. Quentin, Reims, Troyes, Montluçon, Commentry, Alais, Bordeaux, Limoges, Rochefort, Angoulême, Narbonne, Montpellier, Châtelerault, Beziers, Lodève, Perpignan, Vienne, Valence 2c. 2c. Ganz besonders ist er im Departement des Nord und des Allier thätig gewesen und die daselbst bestehenden durchaus auf dem Prinzipe des Klassenkampfes fußenden Organisationen sind dem Ursprung und dem Inhalt nach sein Werk. Wenn künftig die Provinz nicht mehr als reaktionäres Bleigewicht die proletarische Bewegung von Paris hemmt, sondern wenn der sozialistische Pulsschlag im ganzen Lande ein kräftiges Echo findet, so ist dies zum größten Theil Guesde's Verdienst.

Aber auch das Pariser Proletariat hat reiche Gelegenheit gehabt, Guesde als Agitator kennen und schätzen zu lernen. Bei jeder Gelegenheit hat er auf der Bresche gestanden, um die sozialistische Quintessenz aus Situation und Ereignissen zu ziehen.

Gerade als Redner giebt er voll und ganz das Maaß

seiner reichen und durchaus originellen, eigenartigen Begabung. Das polemische, leidenschaftliche und geistreiche Element seines Charakters gelangt dann zu seinem vollen Recht. Guesde ist seiner ganzen Natur nach ein thatendurstiger Kämpfer, fühlt sich nirgends mehr heimisch und in seinem Element als auf der Rednerbühne. Seine klare, weithinreichende Stimme wird leicht etwas gellend, aber sie verschafft stets ihrem Träger Geltung und bohrt die Ideen sozusagen in das Gehirn ein. Seine scharfen, klaren, geistreichen Darlegungen, die unvergleichlichen Analysen von Einrichtungen und Vorgängen des gesellschaftlichen Organismus imponiren dem Auditorium und reißen es gegen dessen Willen mit fort. Er spricht schnell, voller Begeisterung und Ueberzeugung, allen Einwendungen und allen Gegnern an unübertrefflicher Schlagfertigkeit gewachsen. Schneidiger Dialektiker, ist er in seinen Polemiken und Darlegungen doch nie kalt, sondern stets heftig, leidenschaftlich, auflodernd und ironisch beißend. Seine Reden sind mit ergreifenden Bildern emaillirt und von echter glühender Leidenschaftlichkeit durchweht. Er spricht mit solcher Schärfe und Heftigkeit, daß man vermeinen könnte, er vertrete seine eigensten persönlichen Angelegenheiten. Er erscheint auf der Tribüne als die Verkörperung der vom Proletariat erhobenen Forderungen, aber auch als die Verkörperung der Ungerechtigkeiten, welche dieses erlitten und noch erleidet. Guesde schreibt und spricht übrigens nie für den Gegner, sondern stets über den Gegner hinweg für das breite Publikum, die Masse, welche er zum Kampf zu wecken und zu schulen trachtet. Seine Leidenschaftlichkeit reißt fort und begeistert, seine strenge Logik überzeugt, sein beißender Witz fesselt, und seine feine und schneidende Ironie wirkt ungemein aufreizend. Belehrend oder kämpfend bleibt er der Typus eines eifernden Apostels, in dem eine Feuerseele wohnt.

Seine äußere Erscheinung steht in voller Harmonie zu seinem Charakter, denn Guesde ist auch äußerlich eine scharf ausgeprägte, bedeutende Persönlichkeit, die Aufmerksamkeit heischt und einen tiefen Eindruck zurückläßt. Die hohe fast hagere Gestalt trägt einen fein und schacf geschnittenen Kopf, aus dessen Zügen Geist, Leidenschaft und eine unbeugsame Energie spricht. Die krankhafte Blässe

des Gesichts wird durch das lange schwarze Haar und den schwarzen Bart noch mehr gehoben, und die lebhaft und scharf prüfend blickenden Augen sprühen durch das Pincenez hindurch wahre Funken.

Der vorstehende Ueberblick über sein Wirken sollte wenigstens eine Vorstellung von der nie rastenden, aufreibenden Thätigkeit des Mannes geben, welcher in agitatorischer Beziehung die eigentliche Seele der sozialistischen Bewegung in Frankreich, in prinzipieller Hinsicht mit Lafargue und Deville zusammen ihre festeste Stütze ist.

Sollte nicht eine große Kränklichkeit Guesde's unermüdlichem Wirken ein vorzeitiges Ende bereiten — und das würde für die französische Arbeiterbewegung einen unersetzlichen Verlust bedeuten — so sind von seiner Thätigkeit noch die besten und weittragendsten Ergebnisse für die Entwicklung des Sozialismus in Frankreich zu erwarten.

Zum Schluß sei noch hinsichtlich vieler Verleumdungen über Guesde's Privatleben hinzugefügt, daß dasselbe trotz des Geredes aller politischen Klatschbasen tadellos ist. Der Mann, den man so gern des Ehrgeizes und aller eigennützigen Instinkte zeiht, lebt mit seiner Familie in einer an das herbste Elend grenzenden Dürftigkeit. Ein Egoismus eigener Art, dem man nur viele Nachahmer wünschen könnte, wie auch dem einzigen Ehrgeiz, das Banner seiner Ueberzeugungen unbefleckt und kompromißfrei zu erhalten.

Seine Natur, welche sich nur voll und ganz geben kann, hat es unmöglich gemacht, neben den Interessen der Sache auch die persönlichen Interessen zu wahren und zu verfolgen. Andere widmen der Bewegung viel Zeit und Kraft, arbeiten gewissenhaft und tapfer für dieselbe, Guesde dagegen lebt nur für sie, er geht vollständig in ihr auf.

Wenn sich die sozialistischen Fraktionen Frankreichs erst soweit geklärt und geeinigt haben, um ihre eigenen Vertreter in die Kammer zu schicken, so ist niemand wie Guesde berufen, das Banner des sozialistischen Proletariats im Parlament zu entfalten. Die Tribüne der Kammer wäre die rechte Rednerbühne, von der aus sein mächtiges

Wort vernehmlich über das ganze Land schallen müßte, um das Proletariat von Nord und Süd, Ost und West zum Klassenbewußtsein, zum Streit wachzurütteln und es um die Fahne zu schaaren mit dem stolzen Mahnruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch."

---

2. Paul Lafargue.

Paul Lafargue zählt zu dem Häuflein von Ueberläufern aus dem Lager der Bourgeoisie, welche, durch hochherzige Gesinnung und wissenschaftliche Erkenntniß getrieben, zum Heer des kämpfenden Proletariats übertraten. Mit Hintansetzung aller persönlichen Interessen hat er mit und neben Guesde die geistige Führerschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung Frankreichs übernommen, derselben den besten Theil seiner reichen Kraft und großen Intelligenz gewidmet.

Soviel die französische Bewegung auf der einen Seite der eminent agitatorischen Kraft und dem klärenden Einflusse Guesde's zu verdanken hat, so viel ist sie auch andererseits für Vertiefung und Befestigung ihres prinzipiellen Gepräges Lafargue verpflichtet, welcher der erste und hervorragendste Theoretiker der französischen Sozialisten ist.

Lafargue's aktive Antheilnahme an der französischen Bewegung gesellte sich belebend, kräftigend und ergänzend zu Guesde's prinzipiell klarer Thätigkeit, als dieser anfing, im harten Strauß mit Malon's spintisirendem Sentimentalismus und Brousse's kompromißhungrigem Opportunismus zu liegen. Von Anbeginn seines Auftretens an hat er mit unerschütterlicher Konsequenz das eine Ziel verfolgt: die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus zur Grundlage der französischen Bewegung zu machen.

Mit weiten und umfassenden Detailkenntnissen auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten ausgerüstet und dieselben mit geschultem und kritischem Geiste in klarer Uebersichtlichkeit in das System der materialistischen Geschichtsauffassung einordnend, konnte Lafargue sowohl der seichten Gewerkschaftlerei und dem revolutionären Opportunismus, sowie der verschwommen gefühlsseligen Philosophie ent-

gegentreten. Ebenso ist es nicht zu unterschätzen, wie befruchtend und vertiefend sein Einfluß auf Guesde's weitere Entwickelung eingewirkt hat.

Paul Lafargue ist 1840 in der spanischen Kolonie Cuba von französischen Eltern geboren. Von mütterlicher Seite her war ihm eine Mischung mit Negerblut vererbt, die sich in dem matten Teint und den großen weißen Augäpfeln verräth. Im übrigen erinnert kein Zug des sehr regelmäßig geschnittenen Gesichtes mit dem Ausdruck großer Herzensgüte und eines feinen Humors an die „dunkle" Abkunft. Jedenfalls aber ist auf die Mischung mit einer jugendlichen Race die kräftige Entwickelung der physischen und geistigen Gesundheit des Mannes zurückzuführen.

Als neunjähriger Knabe kam Lafargue nach Bordeaux, trat in das dortige Kolleg ein und ging nach zurückgelegtem Gymnasialkurse nach Paris, um Medizin zu studiren. Schon damals müssen ihn außer seinen Fachstudien die politischen und sozialen Verhältnisse lebhaft beschäftigt und in das revolutionäre Lager gedrängt haben. Er betheiligte sich 1866 an dem Studentenkongreß zu Lüttich und gehörte zu dem Häuflein derer, welche dadurch gegen das Kaiserreich protestirten, daß sie sich weigerten, der Trikolore zu folgen. Mit etlichen Kameraden zusammen — unter denen wir Tridon, Jaclard und Protot, alle drei später Mitglieder der Kommune, nennen — sowie mit dem berüchtigten Germain Casse, der heute zu den verlumptesten Politikern des Opportunismus gehört, schritt er hinter der schwarzen Fahne einher, welche die Trauer Frankreichs über die napoleonische Schmach ausdrücken sollte.

Bei der Rückkehr nach Paris wurde Lafargue, wie alle, die sich an der Demonstration betheiligt hatten, von den französischen Universitäten relegirt. Er wandte sich nach London, wo er seine medizinischen Studien beendigte und durch glänzende Examina abschloß.

Durch Tolain, den jetzigen Senator, der damals zu den Hauptführern der französischen Arbeiterschaft und zu den thätigsten Begründern und Förderern der französischen Zweige der Internationale zählte, ward Lafargue bei Marx eingeführt, dessen Schwiegersohn er bekanntlich später wurde. Der klärende und anregende Einfluß,

welchen der mächtige Geist des Schöpfers vom Kapital auf seine Umgebung ausübte, machte sich bald bei Lafargue geltend und gab seiner geschichtlich-ökonomischen Auffassung und seinen Bestrebungen endgültig die Richtung, welche ihn zu einem der besten und wohlausgerüstetsten Vertreter der Marx'schen Theorie und zu einem der bedeutendsten Vorkämpfer derselben in Frankreich stempelt. Die reichen Früchte seiner Studien, die Ergebnisse seines eigenen Forschens und Denkens gewannen von da an ihre Einheitlichkeit, erhielten ein System, in das sie sich harmonisch einfügten.

Lafargue gehörte selbstverständlich der Organisation an, welche damals die moderne proletarische Bewegung in erster Linie repräsentirte, der Internationale, und er ward während seines Londoner Aufenthalts zum Mitglied des Generalrathes erwählt. Nach Frankreich zurückgekehrt, lebte er während des deutsch-französischen Krieges in Bordeaux und versuchte in der Provinz die Internationale zu reorganisiren.

Bei Erklärung der Kommune eilte er nach Paris und wurde mit der Mission beauftragt, eine Erhebung des Südwestens zu bewirken. Obgleich Lafargue mit Leib und Seele an die Erfüllung seiner Aufgabe ging, scheiterte dieselbe doch vollständig — was ja auch in anbetracht der allgemeinen und provinziellen Verhältnisse vorauszusehen war.

Um den Verfolgungen zu entgehen, mit denen sich die Reaktion für den ausgestandenen Schrecken rächte, flüchtete sich Lafargue nach Spanien, wo er verhaftet, jedoch wieder freigelassen wurde. Er nahm im Exil lebhaften und thätigen Antheil an der Bewegung der Internationale in Spanien und Portugal und wurde 1872 als Delegirter der Sektionen von Madrid und Lissabon zu dem Kongreß in Haag geschickt. Die entscheidungsschwere Versammlung, welche mit der Spaltung der Internationale endete, sah Lafargue im Lager der eigentlichen Sozialisten, er bewies seine klare prinzipielle Anschauung über Ziel und Wege der Arbeiterbewegung durch die entschiedene Stellung, welche er den von Bakunin geführten Anarchisten gegenüber einnahm. Lafargue ließ sich darauf zum zweiten Male und für so lange in London nieder, bis ihm die Amnestie eine Rückkehr nach Frankreich gestattete.

Die Härten des Exils waren ihm nicht erspart geblieben. Hatte ihn in Spanien und Portugal die Polizei gehetzt und chikanirt, so mußte er in London die Noth des Lebens und die Schwere des Existenzkampfes fühlen. Durch persönliche Neigung und Ueberzeugung in das Studium der ökonomischen und politischen Fragen vertieft, dabei naturwissenschaftliche, philosophische Werke und die Schöpfungen der schönen Literatur, kurz, die gesammte Entwickelung des gesellschaftlichen Wissens und Schaffens mit regem Interesse verfolgend, hatte er die Medizin bereits seit langem an den Nagel gehängt. Durch die Verhältnisse zu einem Broderwerb gezwungen, arbeitete er in London als Graveur und lebte in einfachen, wenn nicht kümmerlichen Verhältnissen.

Nach seiner Rückkehr nach Frankreich trat Lafargue sofort in die zweite „Egalité" (Gleichheit) von 1880 ein und entwickelte in einer Reihe ökonomischer Artikel die Marx'sche Theorie, welche damals in Frankreich nur wenig bekannt war. Trotz der Ueberlegenheit, welche die erste „Egalité" im Vergleich zu anderen sozialistisch sein sollenden Blättern offenbarte, verrieth doch auch sie noch zuweilen Mangel an tieferer Einsicht in die sozialen Fragen und lückenhafte Kenntniß der ökonomischen Theorie. Mit dem Eintritt Lafargue's in die Redaktion nahm der Sozialismus der „Egalité" endgültig jenen streng wissenschaftlichen Charakter an, der ihren Hauptzug bildete. Lafargue's Einfluß ist es auch zuzuschreiben, daß der ungemein fähige Guesde zur Klärung seiner Anschauungen gelangte und die Marx'sche Theorie voll und ganz in sich aufnahm, um sie in origineller und selbständiger Weise agitatorisch zu verarbeiten.

Von da an blieb trotz aller Machinationen Lafargue mit Guesde zusammen der geistige Mittelpunkt des prinzipienklaren und zielbewußten Bruchtheils der französischen Sozialisten. So lange die „Egalité" bestand, legte er in fleißiger Mitarbeiterschaft an dem Blatte den Grund zur Verbreitung und Befestigung des modernen Sozialismus in Frankreich. Nach Eingehen des Parteiorgans schrieb er Artikel für den „Citoyen" und gehörte später zu den Gründern und Hauptredakteuren des „Socialiste".

Außerdem stellte Lafargue kleineren, ephemeren Er-

scheinungen der sozialistischen Tagesliteratur seine Feder gern zur Verfügung und war und ist auch in mehreren sozialistischen Revuen des In- und Auslandes schriftstellerisch thätig. Diese Thätigkeit wird vervollständigt und sozusagen einheitlich zusammengefaßt durch eine Reihe von Broschüren, die nicht nur unter den sozialistischen Veröffentlichungen Frankreichs den ersten Rang einnehmen, sondern zu den geschätztesten und beliebtesten Propaganda- und Agitationsschriften der internationalen sozialistischen Literatur zählen. „Das Recht auf Faulheit", die „Vorlesungen über soziale Oekonomie", „das Programm der Arbeiterpartei", eine geradezu klassische Broschüre, seien hier besonders erwähnt. Letztere Schrift ist unter Mitwirkung von Guesde während einer gemeinsam verbüßten Gefängnißhaft entstanden, der Theil, welcher die Entwickelung des Eigenthums schildert, rührt von Lafargue allein her. Studien über einzelne ökonomische und geschichtliche Erscheinungen und Epochen, wie das „Mutterrecht", „die Getreideproduktion in Amerika" ꝛc., sowie eine Anzahl sozialer Satiren schließen sich den Broschüren an.

Alle seine Geisteserzeugnisse sind Wort für Wort den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Grundlage, der materialistischen Geschichtsauffassung, entsprechend. Seine Broschüren und Artikel erhalten dadurch ein einheitliches charakteristisches Gepräge. Sie stehen inhaltlich durchaus auf der Höhe des modernen Sozialismus und zeigen überall gründliche und vielseitige Kenntnisse, welche dem Verfasser aus den verschiedensten Gebieten des Wissens und von mannigfachen Standpunkten aus beweiskräftige Waffen für seine Theorien liefern. Durch die mit Schärfe und Uebersichtlichkeit dargelegten Lehren des Klassenkampfes und der ökonomischen Entwickelung tritt er eben so wohl der Utopisterei wie dem dynamitisirenden Phrasenthum entgegen, schafft Platz für eine logische Auffassung der gesellschaftlichen Entwickelung, deren Ziele und Bahnen er dann als Folgeerscheinungen der geschilderten Voraussetzungen zeigt.

Die formelle Seite der Schriften ist der inhaltlichen vollständig ebenbürtig. Die Darstellung ist ungewöhnlich geistreich, witzig, fesselnd, leicht, klar, übersichtlich; in eine ebenso präzise, wie treffende und einfach schöne

Sprache gefaßt, welche die durchgeführte analytische Methode zu rechter Geltung bringt. Seine Broschüren verfallen nie in einen abstrakten, schwerfälligen und hölzernen Doktrinarismus, sie sind voller Leben und Bewegung, dem Leserkreis angepaßt, für den sie bestimmt, und bei aller theoretischen Haltung voller Beziehung zu den praktischen Fragen und Dingen der Gegenwart. Ein besonderer Reiz wird ihnen durch einen Zug scharfer Satire verliehen, die in Kritik der Erscheinungen und Thatsachen der heutigen Gesellschaft Treffliches leistet. Bei der vernichtenden Bloßlegung der Heuchelei, Herzlosigkeit und Brutalität des gesammten Zivilisationsschwindels, welcher das System des Kapitalismus charakterisirt, steigert sich die Lafargue'sche Satire oft zur beißenden Ironie, obgleich sie im allgemeinen mehr einen breiten, gutmüthigen Humor verräth. Verschiedene Agitationsschriften, die er in ein satirisches Gewand kleidete, wie z. B. „Das Recht auf Faulheit", einzelne Kapitel aus der „Religion des Kapitals", sind von unvergleichlich aufreizender Wirkung.

Auch in der mündlichen Propaganda der Marx'schen Theorie hat Lafargue eine reiche Thätigkeit innerhalb des französischen sozialistischen Parteilebens entwickelt. Er gehört neben Guesde zu den beliebtesten und erfolgreichsten Rednern der Partei. Durch Vorträge und Vorlesungen in verschiedenen Studienzirkeln und Gruppen von Paris, auf Agitationsreisen in der Provinz hat er nicht wenig zur Ausbreitung des modernen Sozialismus in Frankreich beigetragen. Jedoch ist bei ihm der Schriftsteller dem Redner überlegen; so fesselnd, belehrend und formell anziehend und vollendet seine Reden auch sind, so überzeugend der Reichthum an Thatsachen und die wissenschaftliche Begründung der Schlüsse wirkt, so fehlt ihnen doch die zündende Kraft, die Schneidigkeit und der originelle Zuschnitt auf die besonderen vorliegenden Verhältnisse. Hierin sind Guesde's oratorische Leistungen hervorstechender. Lafargue ist eben seiner ganzen Natur nach kein Agitator, sondern ein Forscher, ein Theoretiker.

Um die Skizze über diesen Vorkämpfer des modernen Sozialismus zu vervollständigen, noch einige Worte über Lafargue als Menschen:

Er zählt zu den liebenswürdigsten und sympathischsten

Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers. Auf seiner Charakterreinheit ruht kein Schatten, der Grundzug seines Wesens ist eine große Herzensgüte, gepaart mit einem behaglichen, fast angelsächsischen Humor und der derben, gesunden „Gauloiserie", die man bei Rabelais findet. Trotz seiner Gelehrsamkeit, seiner hohen Intelligenz und der Wichtigkeit, die sein Wirken für die französische Proletarierbewegung gehabt hat und noch hat, ist er von ausnehmender Einfachheit und Natürlichkeit. Das Haschen nach Effekt, das den Franzosen so oft charakterisirt, ist ihm durchaus fremd. Seine Zeit und Kraft theilt sich zwischen ernster Forschung und seiner schriftlichen und mündlichen Thätigkeit zum Zwecke der Klärung und Befestigung der sozialistischen Lehren.

---

3. Gabriel Deville.

Zu den trefflichsten und bewährtesten Kräften der sozialistischen Partei Frankreichs, zu dem kleinen Häuflein derer, welche seit dem Auftreten des wissenschaftlichen Sozialismus treu zur Fahne gestanden und dieselbe unentwegt hoch gehalten haben, unermüdlich als Vorkämpfer für die neue Richtung eintretend, gehört Gabriel Deville.

Gabriel Deville ist 1854 in Tarbes im Departement der Hochpyrenäen geboren. Er entstammt einer streng republikanischen Familie, die ihrer Ueberzeugung vielfach Opfer gebracht hat. Sein Großvater, 1848 Volksvertreter in der Konstituante, gehörte auch dem legislativen Parlament von 1849 an und nahm an den Ereignissen vom 13. Juni 1849 theil. Er ward in der Folge verhaftet und zur Deportation verurtheilt; ein Onkel Deville's befand sich nach dem 2. Dezember 1851 unter der Zahl der Proskribirten.

Jedenfalls sind diese Umstände nicht ohne Einfluß auf Deville's Entwickelung gewesen und haben dazu beigetragen, ihn schon frühzeitig in das sozialistische Lager zu führen, während doch seine gesellschaftliche Stellung ihn für das feindliche Heer der Bourgeoisie bestimmt zu haben schien.

Nachdem Deville in seiner Vaterstadt das Gymnasium

absolvirt hatte, bezog er die Universität zu Toulouse, um die Rechte zu studiren. Kaum 17 Jahre alt, hatte er sich auch schon eine feste Ueberzeugung gebildet, die ihn auf Seite der „Revolutionäre" stellte, und zwar auf Seite derjenigen unter ihnen, welche eine Umänderung der Gesellschaft nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben erstrebten. Er trug in Toulouse zur Gründung einer Sektion der Internationale bei, zu deren Schriftführer er ernannt ward. Der Delegirte dieser Toulouser Sektion gehörte auf dem Kongreß von Haag der Marxistischen Majorität an. 1872 siedelte Deville nach Paris über, um seine Studien daselbst fortzusetzen, er endete dieselben im Alter von 20 Jahren durch die üblichen Prüfungen.

In der Widmung seiner Dissertation hatte er sich unumwunden als „revolutionärer Republikaner" erklärt. Er gehörte jenem kleinen Kreise revolutionärer Studenten an, die sich späterhin unter Guesde's Führung dem Sozialismus zuwandten, dem Deville unerschütterlich treu geblieben ist und eine glänzende Karriere geopfert hat, die ihm durch Geburt und Fähigkeiten offen stand. Er nahm darauf 1875 an den politischen Versammlungen regen Antheil, welche damals in Paris schüchtern wieder auftauchten. Auf's energischste bekämpfte er überall die Kandidatur der Männer, welche der Versailler Versammlung angehört und sich gegen die Kommune erklärt hatten. In erster Linie war es Louis Blanc, der von Deville und anderen Revolutionären in seinem wahren Lichte gezeigt und vom unverdienten Thron seiner Popularität gestoßen wurde.

Anläßlich der Legislativwahlen vom Frühjahr 1876 führte der junge Agitator einen lebhaften Feldzug gegen die positivistischen Lehren, mit welchen man die Arbeiter vom Sozialismus abzulenken und ihre Bestrebungen zu verwässern suchte. Als Mitglied des radikalen Wahlkomitees vom 6. Arrondissement verfaßte Deville das Programm, mit welchem dieses den Kampf aufnahm, und das formell erklärte: „Das agrikole und industrielle Kapital, sowie alle Arbeitsinstrumente müsser dem zur Verfügung stehen, welcher sie unmittelbar anwendet, damit das ungeschmälerte Produkt demjenigen zufalle, der es direkt erzeugt." Zur nämlichen Zeit war er einer der

eifrigsten Mitarbeiter an den „Droits de l'Homme“ (den „Menschenrechten“), die kurz vorher zu erscheinen begonnen hatten. Einen Artikel, in welchem er die Amnestie forderte und energisch für die Kommune eintrat, mußte er mit 6 Monaten Gefängniß und 1000 Francs Geldstrafe büßen.

Gegen Ende seiner Haft trat Deville in Beziehungen zu Jules Guesde, der unterdeß aus dem Exil zurückgekehrt und Mitarbeiter an den „Droits de l'Homme“ geworden war. Obgleich das Blatt kein rein sozialistisches, sondern nur ein ehrlich radikales Organ war, in dem die Sozialisten „Gastrollen gaben“, wurde es doch im Februar 1877 unterdrückt. Deville und Guesde veröffentlichten ihre Artikel nun im „Radikal“, und als die Möchtegernstaatsstreichler vom 16. Mai auch diesen von obrigkeitswegen todtgeschlagen, gründeten im November 1877 fünf seiner Redakteure, nämlich Guesde, Deville, Massard, Gerbier und Outine das von uns oft genannte Wochenblatt „L'Egalité“ (die Gleichheit).

Deville war der erste, welcher hier das Projekt aufwarf, dem wohlverdienten Blanqui durch eine Kandidatur bei den nächsten Legislativwahlen die Freiheit zu erzwingen. Im Laufe des Sommers trat er in verschiedenen Versammlungen zu Marseille und Paris für diese Idee ein, er ist es also, welcher dem französischen Proletariat jenen Weg zeigte, der zu den Thoren des Gefängnisses von Clairvaux führte, die später durch die Wahl des alten Revolutionärs siegreich zertrümmert wurden. Deville gehörte auch zu denen, welche die in den letzten Jahren erwachte und noch ungemein zaghafte und verschwommene Gewerkschaftsbewegung direkt in das sozialistische Fahrwasser zu leiten suchten.

Von der Nothwendigkeit des internationalen Charakters einer jeden Arbeiterbewegung überzeugt, war er Mitglied des Organisationskomitees, welches den sozialistischen internationalen Kongreß von 1878 (Paris) vorbereitete. Er befand sich unter den Delegirten, welche den Kongreß trotz des Verbotes seitens der Regierung abhalten wollten, auf welches Unterfangen die Regierung bekanntlich durch Verhaftung der störrischen Arbeitervertreter und durch einen Prozeß antwortete. Deville erhielt zwei Monate Gefängniß

und eine entsprechende Geldbuße zudiktirt. Als er das Gefängniß verließ, arbeitete er nebst Guesde an der „Revolution française" (der „französischen Revolution") mit und nahm in diesem Blatte die Kampagne für Befreiung Blanqui's wieder auf. Als Resultat derselben wurde Blanqui im zweiten Wahlkreis von Roanne und in einem Wahlkreis von Bordeaux als Kandidat aufgestellt und in der letzteren Stadt auch gewählt. Die Kammer kassirte zwar die Wahl, allein die Regierung sah sich moralisch gezwungen, „den Alten" in Freiheit zu setzen. Als Mitarbeiter der „Egalité" trug Deville 1880 wirksam zu der großen Kundgebung bei, welche der Kammer den Amnestiebeschluß abzwang; auf seine Theilnahme an der Demonstration selbst folgte die Verhaftung.

Als die „Egalité" einging, erschienen Artikel von Deville im „Citoyen" (der „Bürger"). 1881 wurde er mit Guesde zusammen von der „Fédération du Nord" zum Mitglied des ersten Nationalkomites der Arbeiterpartei ernannt. Den Manövern Brousse's und seines Anhangs gegenüber, die schon damals im geheimen auf eine Spaltung der Partei hinarbeiteten, reichten Deville, Guesde, sowie die übrigen drei Delegirten der Fédération du Nord bei ihren Mandataren ihre Entlassung ein, letztere weigerten sich jedoch entschieden, so bewährte Vorkämpfer der Arbeitersache abzusetzen. Da Deville mit unbeugsamer Prinzipientreue das Programm von Havre gegen alle possibilistischen Entmannungsversuche vertheidigte, sich auch nicht in den Kreis der Brousse'schen Eifersüchteleien und Ränke ziehen ließ, so wurde er nebst fünf anderen Mitgliedern der Partei auf dem Kongreß von St. Etienne mit dem possibilistischen Bannfluch belegt und aus der alleinseligmachenden Gemeinschaft von Allah Brousse und seinem Propheten Joffrin exkommunizirt. Seit jener Zeit bildet er mit Lafargue und Guesde den Kern der kollektivistischen Minorität, welche in Frankreich die eigentliche Trägerin des wissenschaftlichen Sozialismus ist.

Schriftstellerisch sowie in Versammlungen und Vereinen für den Kollektivismus thätig, trat Deville 1886 in den „Cri du Peuple" („Schrei des Volkes") ein, mußte denselben jedoch verlassen, als er gegen die Verherrlichung des Diebstahls protestirte, zu der sich Madame Séverine

anläßlich des Diebstahls Duval bekannt hatte. Die meisten Mitarbeiter traten mit Deville zusammen aus der Redaktion des genannten Blattes aus. Der erste und auch der zweite „Sozialiste" sah Deville unter seinen Begründern und fleißigsten Mitarbeitern. Er entwickelte daselbst in vielen Artikeln die Marx'schen Theorien besonders nach ihrer ökonomischen Seite hin.

Abgesehen von seinen zahlreichen Beiträgen zu der sozialistischen Tagesliteratur verdankt ihm die französische Partei verschiedene Broschüren, deren Verdienst und Bedeutung unbestritten ist. 1883 erschien sein Hauptwerk „das Kapital von Karl Marx, zusammengefaßt und von einem Ueberblick über den wissenschaftlichen Sozialismus begleitet." Es ist dies eine allgemeinverständliche, gedrängt zusammengefaßte, dabei klare und übersichtliche Darstellung von Marx' Lehre, soweit sie im ersten Band des Kapitals enthalten ist. Der Verfasser hat die Aufgabe gelöst, eine Quintessenz des „Kapitals" zu geben, die weder in farblose Flachheit, noch in geschraubte Unklarheit verfällt, sondern eine Popularisirung im besten Sinne des Worts ist. In einer Serie von fünf kleinen Broschüren, denen eine Reihe von mündlichen Vorträgen zu Grunde liegt, stellt Deville die „Entwickelung des Kapitals" dar. Diese Schriftchen behandeln 1. „die Entstehung des Kapitals"; 2. „die Bildung des Proletariats"; 3. „die Kooperation und die Manufaktur"; 4. „den Mechanismus und die Großindustrie"; 5. „das Ende des Kapitals". Sie bilden eine treffliche, geordnete und methodische Entwickelung der ökonomischen Theorien, auf welchen der Sozialismus fußt; besonders für den Neuling in ökonomischen Studien sind diese kleinen Abhandlungen zu empfehlen. Ohne zwei Broschüren über den „Anarchismus" und die „Philosophie des Sozialismus" zu vergessen, verdient die letzte größere Veröffentlichung Deville's besonders erwähnt zu werden: eine geschichtliche Studie über „Babeuf und die Verschwörung der Gleichen". Das Werk ist zuerst in deutscher Uebersetzung und erst später als Feuilleton im „Socialiste" erschienen. An der Hand von Quellenstudien zeigt Deville die interessante Gestalt Babeufs vom sozialistischen Standpunkte aus in einem neuen Lichte.

Sämmtliche Broschüren Deville's zeichnen sich durch

große Klarheit der Darstellung und Beweisführung, durch reiches Material und strenge Logik der Schlußfolgerungen aus. Ihnen ist weder die leidenschaftliche beißende Polemik Guesde's eigenthümlich, noch zeigen sie einen Zug der Verwandtschaft mit der geistreichen, glänzenden und doch dabei tiefen Auffassung und Darstellung Lafargue's. Sie sind im allgemeinen äußerst sachlich, fast trocken gehalten, stellenweise macht sich sogar eine gewisse Schwerfälligkeit geltend. Wenn sie aber auch weder blenden, noch bestechen und fortreißen, so fesseln sie doch durch den vollen Ernst einer männlichen Ueberzeugung und durch den Ausdruck einer geklärten wissenschaftlichen Erkenntniß, die aus jeder Zeile spricht, sie zwingen durch die Macht der Thatsachen, durch die Logik ihres Zusammenhanges zur Aufmerksamkeit und Anerkennung. Sie verdienen voll und ganz das Lob einer soliden Gediegenheit und haben ganz besonders dazu beigetragen, den ökonomischen Theorien von Marx in Frankreich Bürgerrecht zu verleihen.

Deville ist auch in Konferenzen und Versammlungen für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus thätig, und besonders die bereits erwähnten Vorträge über die „Evolution des Kapitals" haben trefflich gewirkt. Ueberall tritt dabei die unerschütterliche Prinzipientreue zu Tage, mit der Deville für den modernen Sozialismus streitet, und mit der er stets seine Person einsetzte und weiter einzusetzen bereit ist.

Die französischen Arbeiter hegen eine große Abneigung, ein fast instinktives Mißtrauen gegen die „Ueberläufer aus den Reihen der Bourgeoisie", und wer die Geschichte des französischen Proletariats kennt, wird diese theilweise zum Vorurtheil gesteigerte Sprödigkeit begreiflich finden. Deville ist eine der Gestalten, die geeignet sind, das französische Proletariat mit diesen „Ueberläufern" auszusöhnen. Seine sozialistische Ueberzeugung ist keine phantastische Seifenblase, keine überschwängliche Gefühlsduselei, auf welche der spätere Renegat als „Jugendeselei" mitleidig herabblickt, sondern eine jener ruhigen und gelassenen Leidenschaften des Kopfes, die um so fester und tiefer wurzeln, je weniger stürmisch sie sich offenbaren. Das französische Proletariat könnte sich nur Glück wünschen, wenn es viele „Ueberläufer" wie Deville in seinen Reihen zählte.

4. Edouard Vaillant.

Das französische Proletariat fing kaum an, nach der Kommune die ersten Lebenszeichen in einer Gewerkschaftsbewegung zu äußern, als es auch schon im Gegensatz zur Arbeiterschaft Englands mit politischen Forderungen hervortrat. Im Bewußtsein seines Gegensatzes als Klasse zu den übrigen Klassen des Staates verlangte es eine eigene selbständige Vertretung im Parlament und in allen öffentlichen Körperschaften. Dabei betonte es ganz entschieden, daß diese Vertretung nicht etwa Ziel einer Arbeiterbewegung sein könne, aber daß sie eine treffliche Waffe sei, die ausgenutzt werden müsse.

Bei der großen Zersplitterung der sozialdemokratischen Kräfte Frankreichs und bei den hohen Kosten der Wahlkampagnen auf Grund des Listenskrutiniums — das erst für die nächsten Wahlen außer Kraft treten wird — ist es bis heute noch nicht möglich gewesen, einen eigentlichen Repräsentanten des organisirten Proletariats in die Kammer zu senden, und dadurch den Bruch mit den gesammten bürgerlichen Parteien auch äußerlich zu zeigen. Obgleich die sogenannten Arbeiterdeputirten Basly, Camélinat, Boyer die Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen vertreten, so ist doch ihre Anwesenheit in der Kammer nicht der Ausdruck des französischen Proletariats, als unabhängiger, politischer Partei, da sie sämmtlich auf bürgerlich-radikalen Listen gewählt worden sind.

Dagegen ist es einzelnen Fraktionen der Sozialisten gelungen, mittels des Geschützes der Stimmzettel die kommunalen Körperschaften zu stürmen und in die Gemeinderäthe vieler Provinzialorte marxistische, sowie in die von Paris possibilistische und blanquistische Vertreter zu entsenden. Im Pariser „Conseil municipal“ sind die Sozialisten durch 11 Stadtverordnete — neun Possibilisten und zwei Blanquisten — vertreten und gewinnen mehr und mehr Einfluß auf die Beschlußnahmen der Körperschaft, die ihrer Mehrzahl nach aus radikalen „Autonomisten“ besteht, d. h. aus bürgerlichen Demokraten, welche die vollständige Selbstständigkeit der Pariser Gemeindeverwaltung, ihre Unabhängigkeit von Regierung und Parlament erstreben —

natürlich zu gunsten eines radikaleren Vorgehens auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Der bedeutendste Repräsentant des Sozialismus im Stadthaus ist unbestritten Vaillant, dem seine aufopfernde und selbstlose Thätigkeit, sein gründliches Wissen und seine prinzipiell korrekte Haltung zu einem der ersten und wichtigsten Vorkämpfer des Sozialismus in Frankreich überhaupt machen.

Eduard Vaillant ist 1840 zu Vierzon im Departement Cher geboren. Nachdem er seine Vorstudien im College St. Barbe beendet, trat er in die Zentralschule für Kunst und Gewerbe ein und verließ dieselbe 1862 mit dem Diplom als Ingenieur. Die programmmäßig vollendeten Studium sicherten ihm wohl eine Lebensstellung, befriedigten aber keineswegs den heißen Wissensdrang, der ihn beseelte, und so setzte er seine „Lehrjahre" in einer anderen Richtung fort. Er hörte Vorlesungen an der Sorbonne, ergriff das Studium der Medizin und arbeitete in dem chemischen Laboratorium des Museums für Naturgeschichte.

Seine vielseitigen wissenschaftlichen Beschäftigungen hinderten ihn aber keineswegs, in voller Berührung mit dem politischen Leben zu stehen, das damals anfing, den schweren Druck des napoleonischen Zäsarenthums abzuschütteln. Vaillant, der zu den eifrigsten und treuesten Anhängern des „Alten" (d. h. Blanqui's) zählte, nahm thätigen Antheil an der Agitation gegen das Kaiserreich, die anfangs geheim war, sich aber bald zu einem offenen Kampfe gestaltete. Schon damals unterschieden sich Vaillant's Ziele streng von den kleinlichen Idealen der liberalen Oppositionsmänner. Was er dem Empire entgegen setzen wollte, war nicht die blaue, sondern die rothe Republik.

1866 ging er nach Deutschland, um seine medizinischen Studien daselbst fortzusetzen. Er studirte nach einander in Heidelberg, Tübingen, Wien und abermals in Tübingen, bis ihn der Krieg zur Rückkehr nach Frankreich zwang. Während seines vierjährigen Aufenthalts an deutschen Universitäten hatte er nicht nur den Gang der Ereignisse im Vaterland mit regster Theilnahme verfolgt, sondern er hatte sich auch mit der Arbeiterbewegung in Deutschland bekannt gemacht. Besonders in Wien war er in Berührung mit den damaligen Führern der dortigen Bewegung getreten

und hatte direkt und indirekt den Einfluß des „deutschen Sozialismus" erfahren. Diesem Umstand ist es wohl mit zuzuschreiben, daß er, weitsichtiger als die meisten Blanquisten, welche die ökonomischen Fragen unterschätzen, die Bedeutung der letzteren erkannte und sich mit großem Ernst dem Studium ökonomischer Werke zuwandte. Dadurch legte er den Grund zu jener großen Klarheit und zu der richtigen Auffassung der Verhältnisse, welche er später stets im sozialen Kampfe bethätigte.

Gerade am Tage von Sedan traf er über die Schweiz in Paris ein, wo er sofort mit den Freunden in Verbindung trat, mit denen er etliche Jahre zuvor eine energische Agitation gegen das Kaiserreich unterhalten hatte. In richtiger Werthschätzung dessen, was von den Männern des 4. September und ihrer Afterrepublik zu erwarten war, schloß sich Vaillant noch fester an die sozialistische Partei an und trug thätig zu der Gründung des „Zentralkomitees des 20. Arrondissements" bei, welches während der Belagerung die Reaktion in Schach hielt und mehr als einmal zittern machte. An dieses Komitee, zu dessen klarsten und energischsten Mitgliedern Vaillant zählte, knüpft sich bekanntlich der Ursprung der Kommune, die in der öffentlichen Meinung besonders durch die Vorkommnisse vom 8. Oktober, 31. Oktober und 22. Januar vorbereitet war. Zu den Ereignissen des letztgenannten Tages hatte in erster Linie ein Komitee den Anstoß gegeben, zu dessen fünf Mitgliedern neben Tridon auch Vaillant gehörte.

Das „Zentralkomitee des 20. Arrondissements" sendete darauf Vaillant als Delegirten zu der Nationalversammlung von Bordeaux, da er sich aber von der Unmöglichkeit überzeugte, irgend etwas auszurichten, um die Abtretung von Elsaß-Lothringen zu verhindern, so begab er sich nach seinem Heimathsdepartement Cher, welches er durch lebhafte Agitation auf die Ereignisse vorzubereiten suchte, die sich in Paris abspielen sollten.

Die Proklamirung der Kommune führte ihn bald nach Paris zurück, wo er mit Arnaud zusammen als Delegirter in das Ministerium des Innern gewählt ward. Während der Kommune entfaltete er in verschiedenen Vertrauensstellungen, die er bekleidete und in den Komitees, denen er angehörte, eine unglaublich rege Thätigkeit, die

sich in den letzten Tagen des Kampfes fieberhaft steigerte. Vaillant befand sich unter dem Häuflein derer, die nur vor der vollzogenen Thatsache der Niederlage die Waffen streckten und erst anfingen, an Sicherung der eigenen Person zu denken, als kein Gedanke an Widerstand mehr aufkommen konnte. Von den Versaillern umstellt, fand er am 27. Mai in einem Hause ein Versteck, von dem aus er am nächsten Morgen eine sichere Zuflucht suchen konnte. Erst Ende Juni erhielt er einen Paß, der ihm erlaubte, in Gesellschaft eines Freundes — der von den Pyrenäen gekommen, um ihn zu geleiten — die spanische Grenze zu erreichen und über Spanien und Portugal nach England zu gehen.

In London wurde er Mitglied des Generalrathes der Internationale, dem er bis zum Kongreß von Haag angehörte. Er stand dem Treiben Bakunins und seiner Anhänger scharf gegenüber, deren anarchistische Tendenzen nicht nur seiner Auffassung über den Gang der Entwickelung und die Gestaltung der Verhältnisse widersprachen, sondern auch der blanquistischen Theorie über die Wichtigkeit einer Organisation mit starker Zentralgewalt. Vaillant war außerdem Mitglied des „Clubs der Emigranten" und der „Commune révolutionnaire", welche die in London lebenden Blanquisten gegründet hatten, und die 1874 ein Manifest „an die Kommunards" veröffentlichte, in dem die Grundsätze der Partei entwickelt waren. Die „Commune révolutionaire" suchte noch durch verschiedene weitere Veröffentlichungen, so z. B. über die „Gewerkschaften und ihre Kongresse" die sozialrevolutionäre Agitation wach zu halten und das französische Proletariat, welches durch den Druck von oben und den Schrecken von unten wie gelähmt schien, zu neuem Leben empor zu rütteln. Die Mitglieder dieses Klubs gründeten bei ihrer Rückkehr nach Frankreich das „revolutionäre Zentralkomitee", welches der Mittelpunkt der blanquistischen Partei und ein schätzenswerther Kampfesgenosse der Sozialisten ist.

Durch die Verhältnisse zu einem Broderwerb gezwungen, erwarb Vaillant das Diplom als englischer Arzt und praktizirte, bis ihm die Amnestie von 1880 erlaubte, London den Rücken zu kehren. Er verbrachte zunächst einige Zeit in Vierzon und suchte in dem Departement des Cher eine

sozialistische Organisation zu schaffen, welche er später durch zeitweiligen Aufenthalt noch befestigte. Das Departement Cher gehört zu den Industriezentren Frankreichs, in denen der Kampf zwischen Kapital und Arbeit beständig in Streiks auflodert. Wenn sich die dortigen Arbeiter bis jetzt stets mustergiltig gehalten haben, und der Sozialismus unter ihnen so feste Wurzel geschlagen hat, daß sie in den „Conseil municipal" (in die Stadtvertretung) von Vierzon ihre eigene Vertretung entsenden konnten, so ist dies nicht zum mindesten das Verdienst Vaillant's.

Seit seiner Rückkehr hat er fast beständig in Paris gelebt und innerhalb des „revolutionären Zentralkomitees", im allgemeinen aber im Bunde mit den Sozialisten überhaupt, eine ebenso energische als einflußreiche Wirksamkeit entwickelt.

Vaillant's Einfluß ist es zum Theil zuzuschreiben, daß die Blanquisten, welche ursprünglich nur den politischen Fragen ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, auch die ökonomische Entwickelung in den Bereich ihres Studiums und ihrer Thätigkeit zogen. Allein besonders die Situation der letzten Zeit hat gezeigt, daß die erwähnte Entwickelung der Partei mehr ein äußerlicher Firniß geblieben ist, und daß das Gros der Blanquisten den ökonomischen Thatsachen noch ebenso verständnißlos gegenübersteht als früher. Sobald man den Blanquisten kratzt, kommt der alte einseitige, vormärzliche Sozialrevolutionär zum Vorschein, der an die Zaubergewalt revolutionärer Handstreiche der „revolutionären Kadres" glaubt. Die fixe Idee, sich ohne Rücksicht auf die Reife der umgebenden Verhältnisse durch einen kühnen Handstreich oder eine geistreiche Verschwörung in einem gegebenen Augenblick in den Besitz der politischen Gewalt zu setzen, dann über Nacht einen kommunistischen Staat, basirt auf die freie und autonome Kommune zu dekretiren, spukt noch immer bedenklich unter den Blanquisten herum. Trotzdem ist es Vaillant's aufklärendem und versöhnlichem Wirken, das stets die Nothwendigkeit einer Sammlung und Vereinigung aller einer Umgestaltung zudrängenden Kräfte betonte, gelungen, die Blanquisten mit anderen sozialistischen Fraktionen zusammen zu gemeinsamer Aktion gegen den gemeinsamen Feind heranzuziehen. Die Blanquisten haben in den letzten Jahren mit „unab-

hängigen Sozialisten" und Marxisten zusammen eine „Konzentration" in der „Union sozialiste" vollzogen, welche bei gebotenen Gelegenheiten mit einheitlichem Vorgehen als geschlossene Masse der Bourgeoisie gegenübertritt. Es fehlt nur noch der Hinzutritt der possibilistischen Fraktion, um die Sammlung aller sozialistischen Kräfte zu einer vollständigen zu machen.

Die Energie und Opferfreudigkeit, welche Vaillant im Dienste der Sache entfaltete, bezeichneten ihn schon längst für einen Vertrauensposten der klassenbewußten Arbeiterschaft. So ward er 1884 im Viertel des Père-Lachaise als Kandidat für den Conseil municipal aufgestellt und mit großer Majorität gewählt. Seine konsequente Haltung im Gemeinderath, sein unermüdliches Eintreten für die Interessen der Proletarier haben ihm das Vertrauen und die Sympathie seiner Wähler in so hohem Grade erworben, daß bei den letzten Wahlen von 1887 für die gleiche Körperschaft keine einzige Partei wagte, ihm einen Gegenkandidaten entgegen zu stellen.

Vaillant's Initiative, seinem energischen und konsequenten Auftreten, fällt ein hervorragendster Antheil an den meisten arbeiterfreundlichen Maßregeln zu, welche der Stadtrath seit 1884 erlassen hat.

Im folgenden geben wir eine kurze Uebersicht der wesentlichsten Forderungen, die Vaillant namens des französischen Proletariats im Pariser Gemeinderath eingebracht und zum Theil auch durchgesetzt hat. Sie geben das beste Bild von der Wirksamkeit des Mannes.

1885 forderte er, der Stadtrath solle von der Regierung die Initiative zu einer internationalen Arbeitsgesetzgebung verlangen, deren Hauptpunkte sein müßten: der achtstündige Normalarbeitstag, Festsetzung von 48 Arbeitsstunden pro Woche, Verbot der Kinderarbeit, Beschränkung der Arbeit von Frauen und Minderjährigen, Verbot gesundheitsschädlicher Industriezweige, Schaffung hygienischer Maßregeln, Schutz- und Versicherungskassen gegen Unfälle, für Alte, Invalide und Kranke, Ueberwachung und Inspektion der Werkstätten durch eine Kommission von Arbeitern, Errichtung eines internationalen Komitees für Statistik und für Ausarbeitung der Gesetzentwürfe.

Zu gunsten der Arbeitslosen unterhielt Vaillant eine längere Kampagne, während welcher er für folgende Maßregeln eintrat: Progressive Einkommensteuer auf Einkommen von über 3000 frcs. behufs Schaffung einer Unterstützungskasse für brotlose Arbeiter; Regelung der Arbeitsbedingungen auf den bereits bestehenden oder noch zu gründenden städtischen Arbeitsplätzen: achtstündiger Normalarbeitstag, Verbot der Zwischenunternehmer, Festsetzung eines Minimallohnes. Mit Chabert zusammen brachte Vaillant später die Forderung ein, in anbetracht des Massenelendes und der Arbeitsnoth nur ein Zehntel ausländischer Arbeiter bei städtischen Unternehmungen zu verwenden. Vaillant und seinen sozialistischen Kollegen war es zu danken, daß der Pariser Gemeinderath die streikenden Grubenarbeiter von Decazeville mit 10 000 frcs. unterstützte, später forderte er, der Stadtrath solle die Regierung ersuchen, die an die Aktiengesellschaft von Decazeville konzessionirten Bergwerke zurückzunehmen, und von den syndikirten (gewerkschaftlich organisirten) Arbeitern zu gunsten der Nation, nach Abzug eines, im Verhältniß zu den Lebensbedingungen stehenden Minimallohnes ausbeuten zu lassen. In demselben Geiste ist auch ein anderer Vorschlag gehalten, welcher die gleiche Forderung für alle Bergwerke, Eisenbahnen und Kanäle erhebt.

Vaillant hat zu verschiedenen Malen für Aufhebung der Stadtschuld plädirt und für Erlaß einer direkten Einkommen= und Erbschaftssteuer. Als der Conseil municipal die Errichtung einer Stadtbahn beschloß, brachte Vaillant einen Antrag ein, welcher für sämmtliche Arbeiter und Beamte des Baues einen achtstündigen Normalarbeitstag, einen Minimallohn im Verhältniß zu den Kosten der Lebenshaltung forderte und festsetzte, daß Arbeiter und Beamte nur auf Beschluß eines Schiedsgerichts aus ihresgleichen entlassen werden könnten. Ferner verlangte er eine selbstständige Verwaltung der freien Unterstützungskassen. Ein späterer Antrag Vaillants erhob die Forderung, das stehende Heer abzuschaffen und durch eine Volksmiliz zu ersetzen, für welche die Kinder durch Turnen und militärische Uebungen vorbereitet werden sollten. Besondere Erwähnung verdient auch sein Antrag für Errichtung von Schulkantinen, für welche die Stadt jährlich etliche hundert=

tausend Francs ausgiebt. In den Schulküchen werden arme Kinder ganz unentgeltlich gespeist, andere können gegen Zahlung von zwei Sous (acht Pfennigen) Suppe und Brot erhalten. Vaillant ist in hervorragender Weise für das Zustandekommen der „Arbeitsbörse" eingetreten und wollte auch, daß die daselbst beschäftigten Vertreter der Gewerkschaften mit 8 frcs. pro Tag honorirt würden, jedoch ging der diesbezügliche Antrag nicht durch und zwar besonders in Folge der Haltung, welche die possibilistischen Stadträthe beobachteten.

Die Forderungen, welche Vaillant erhoben, stehen stets im Einklang mit den sofort zu verwirklichenden Forderungen des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei. Ihre Begründungen bewegen sich stets auf dem Untergrund des wissenschaftlichen Sozialismus, die Motive welche sie zuweilen begleiten, sind an Vollständigkeit und Klarheit kleine Meisterwerke in ihrer Art. Seine gesammte Thätigkeit im Stadtrath ist der Ausdruck einer zielbewußten Prinzipienklarheit, die auf anderem Boden steht, mit anderen Gründen kämpft und andere Ziele verfolgt, als die harmloshumane Arbeiterfreundlichkeit, die aber auch von kleinbürgerlichen Quacksalbereien nichts wissen will. Vaillants Haltung hat bis jetzt auch nicht die leiseste Neigung zu jener opportunistischen Kompromißsucht gezeigt, welche das Eintreten der Possibilisten in der nämlichen Körperschaft so oft entstellt und seiner Wichtigkeit für das sozialistische Prinzip beraubt.

Die Verhältnisse haben Vaillant erlaubt, seine Zeit und Kraft ausschließlich der sozialistischen Sache zur Verfügung zu stellen. Seine Thätigkeit im Stadtrath wird durch gründliches Studium der einschlägigen Fragen, durch Zusammenkünfte mit seinen Wählern und durch Rechenschaftsberichte an dieselben ergänzt. Daneben findet er noch Zeit, sich ernstlich mit allen Fragen zu beschäftigen, welche das Gebiet der Soziologie berühren, die Arbeiterbewegung anderer Länder zu verfolgen und dem sozialdemokratischen Zentralkomitee eine energische Thätigkeit zu widmen. Auch für Agitation und Propaganda ist er in Zusammenkünften und Versammlungen thätig, doch ist er kein glänzender Redner, und kann nur durch den Inhalt, aber nicht durch die Darstellung fesseln.

Vaillant ist vorwiegend ein Mann der Praxis. Er hat den Gedankenschatz der französischen Partei in theoretischer Beziehung nicht bereichert, dagegen ist er stets und unermüdlich thätig dafür gewesen, der französischen Arbeiterschaft die Forderungen des modernen Sozialismus praktisch nahe zu legen. Das von ihm verfolgte Ziel hat um so erfolgreicher auf die Bewegung zurückgewirkt, als Vaillant zwar kein Theoretiker, aber theoretisch durchaus geklärt ist und an Tiefe und Weite seiner Kenntnisse nur hinter wenigen zurücksteht.

Geradezu unbegreiflich muß es erscheinen, daß der theoretisch so klare und durchgebildete Mann, der nach seinen prinzipiellen Anschauungen, wie auch nach seiner Haltung und Taktik durchaus auf dem Standpunkt des modernen Sozialismus, und nicht dem des Blanquismus steht, noch innerhalb einer Fraktion verbleibt, mit der ihn nichts verbindet, als alte Erinnerungen und persönlich freundschaftliche Beziehungen mit vielen ihrer Mitglieder.

Die eigenthümliche Stellung Vaillant's, welche hieraus entspringt, wird nur zu oft von gewissenlosen Gegnern in unehrlicher Weise ausgenutzt, um ihm die unverzeihlich naiven Fehler zur Last zu legen, welcher sich die Blanquisten in wohlmeinendster Absicht zu Schulden kommen lassen. Seiner redlichen und energischen Thätigkeit werden demzufolge manche Schwierigkeiten bereitet, den Gegnern aller Art werden Waffen in die Hand gedrückt, welche sich gegebenen Falles nicht mehr allein gegen Vaillant als Person erheben, sondern die auch sein Werk schädigen.

---

5. Louise Michel.

Daß ein kämpfendes Weib eine Anomalie sei, steht für die alltägliche Spießbürgermoral von Kochtopfs- und Strumpfeswegen ein für allemal fest.

Allerdings kann diese Anomalie „göttlich erhaben“ oder „teuflisch entmenscht“ sein — je nachdem sich nämlich eine Frau als Kämpferin für oder gegen die bestehende Ordnung erweist.

Die vereinzelten Frauen, welche während der Freiheitskriege mit Gott für König und Vaterland in den „heiligen Kampf“ zogen, sind „erhabene Heldinnen“, vor

denen der flachste Philister in seliger Rührung weihräuchert. Louise Michel, welche in der Kommune für die Befreiung der Menschheit von unwürdigen Verhältnissen, für die Erlösung der Armen und Enterbten das Gewehr schulterte, Posten bezog und — Verwundete pflegte, ist hingegen ein blutdürstiges Scheusal, eine entmenschte Hyäne und ähnliches mehr.

Für den Troß der Gutgesinnten verkörpert sie die rothe revolutionäre Furie, welche nur von Mord, Brand, Zerstörung träumt und in dynamitschwangeren Phrasen ihrer schwarzen Seele Luft macht. Im günstigsten Falle sucht man für ihre Rolle und ihr Wirken den mildernden Umstand geltend zu machen, sie sei eine wahnwitzige Thörin, seit langem reif für irgend ein Tollhaus.

Die Wasserpest der öffentlichen Meinung, das Preßkosackenthum hat der natürlichen Neigung der bürgerlichen Welt zu einer derartigen Charakterisirung der Volkskämpferin kräftig in die Hände gearbeitet, indem sie sich in Lügen, Verleumdungen, Lächerlichmachung der tapferen Frau überbot. So ist allmählich eine legendäre, halb grotesk lächerliche, halb widerlich scheußliche Karrikatur der Louise Michel entstanden, welche mit der Wahrheit nichts, aber auch gar nichts gemeinsam hat.

Louise Michel gehört zu den edelsten, lautersten, selbstverleugnendsten Charakteren, welche der Kampf um's Recht je auf die Bühne der Geschichte geführt hat. Und so groß der Haß ist, mit welchem man sie einerseits beehrt, ebenso groß ist mindestens auch die Liebe und Verehrung, welche der unerschrockenen Kämpferin, der rastlosen Agitatorin in den Faubourg's von Paris und von allen entgegengebracht wird, welche in persönliche Beziehungen zu ihr treten, oder ihr aufopferndes Wirken für die Sache des Proletariats mit unparteiischem Auge verfolgen. „Die bitterböse Louise“ der Bourgeoiswitzlinge ist für eine große Anzahl der Arbeiter von Paris und seinen Vororten einfach „unsere Mutter Louise“, „die gute Louise“, auch „Louise“ kurzweg, und man hat oft Gelegenheit zu hören, daß junge Mütter ihre schreienden Kleinen mit der Verheißung „schweig still, Liebling, die gute Louise kommt“ zur Ruhe vertrösten, wie es anderwärts durch den Hinweis auf das Kommen des Weihnachtsmannes geschieht.

Ihre Herzensgüte ist ebenso groß, rückhaltslos und oft unbedachtsam, wie sie oft schamlos ausgebeutet wird. Und wo ihre eigenen Kräfte nicht ausreichen, fremdes Leid zu lindern, da appellirt sie an die Hilfsbereitschaft ihrer Freunde und Gesinnungsgenossen.

Louise Michel ist anfangs der vierziger Jahre in dem Schlosse Vroncourt, im Departement der Haute Marne geboren. Sie ist ein Kind der Liebe und bezeichnet sich selbst als einen Bastard; ihre Mutter war ein einfaches Landmädchen, ihr Vater der Sohn eines altadligen Geschlechts. Die Großeltern väterlicherseits müssen Louisen's Beschreibung nach edeldenkende und aufgeklärte Leute gewesen sein, sie betrachteten es als einen Akt der Gerechtigkeit und nicht der Wohlthätigkeit, Mutter und Kind im Schlosse aufzunehmen und für die Erziehung des letzteren zu sorgen. Der Großvater, ein geistreicher Voltärianer, übte einen entscheidenden Einfluß, daß Louisen's geistige Entwickelung freie Bahnen einschlug, anstatt unter das Joch eines religiösen Mystizismus zu gerathen, welcher ihrer idealistischen Natur sehr nahe lag.

Nach einer glücklichen Jugendzeit, während welcher sich nicht nur die natürliche Begabung des Kindes für Musik und Poesie entfaltete, sondern auch ein unbändiger Freiheitsdrang tiefe Wurzeln schlug, bildete sich Louise Michel zur Lehrerin aus. Die blutjunge Lehrerin gerieth infolge ihrer offen bekannten entschieden republikanischen Ueberzeugungen bald in Konflikt mit ihren Vorgesetzten: sie ließ nämlich ihre Schulkinder die damals stark verpönte Marseillaise singen und untersagte denselben, der kirchlichen Fürbitte für Napoleon III. beizuwohuen. Die „Gutgesinnten" der Gegend gingen ihr als einer „Rothen" wie einem Teufel aus dem Wege.

Als sie in der Folge nach Paris übersiedelte, wo sie später eine eigene kleine Privatschule übernahm, traten ihre republikanischen Tendenzen, welche schnell zu einem revolutionären Demokratismus reiften, noch stärker hervor. Sie trat in enge Fühlung mit den Trägern der republikanischen Opposition gegen das Bas-Empire, unterschied sich aber von dem Gros derselben dadurch, daß ihr Ideal nicht die bürgerliche, sondern die entschieden kommunistische Republik war. Nach und nach schloß sie sich immer

inniger an die Männer an, welche Trümmer der alten utopistischen und revolutionären Schulen repräsentirten oder der Internationale angehörten.

Louise Michel selbst nahm thätigen Antheil an der Anfangs geheimen, späterhin offenen Agitation gegen die Herrschaft des Staatsstreichlers Napoleon; sie zählte auch zu denen, welche am Vorabend des deutsch-französischen Krieges eine Friedensdemonstration in Szene setzten. Ihre Freude über den Zusammenbruch des Kaiserreiches ward beträchtlich getrübt durch die Erkenntniß, daß die Männer des vierten September das Volk hintergangen hatten und unter neuer Etikette die alten Zustände und Einrichtungen bewahrten; die Personen hatten gewechselt, das System war geblieben.

Louise Michel war alsdann ein thätiges Glied der Kreise, welche die Kommune vorbereiteten. Vor wie nach dem 18. März entfaltete sie in Versammlungen, Komitees und Wohlfahrtsausschüssen eine rege Thätigkeit, sie organisirte Frauenvereine mit dem Zwecke, die Kommune zu stützen, die Verwundeten zu pflegen, für Vertheilung von Lebensmitteln, Verpflegung der Kinder zu sorgen. Als die Stunde des großen, letzten Entscheidungskampfes schlug, da griff sie selbst zu den Waffen, um mit dem geträumten Ideal der freien Kommune zu siegen oder zu sterben. Wie so vielen der todesmuthigen Vorkämpfer der heroischen Erhebung war ihr weder das Eine noch das Andere beschieden. Wie durch ein Wunder im Kugelregen verschont geblieben, hätte sie sich durch die Flucht retten können, zog aber vor, sich freiwillig zu stellen, um nicht die alte, zärtlich geliebte Mutter als Sühnopfer fallen zu lassen. So ward sie als Gefangene nach Versailles geschleppt, aus einem Kerker in den anderen gestoßen und erschien endlich vor dem berüchtigten dritten Kriegsgerichte. Die würdige und unerschrockene Haltung, welche sie vor jener Kommission von Henkern bewahrte, erregte allgemeine Bewunderung, sie suchte weder Milde und Schonung zu erbitten, noch sich zu entschuldigen, mit ruhigem Stolze nahm sie die Verantwortlichkeit für ihre revolutionäre Thätigkeit auf sich und schloß ihre Rede — mehr der Anklage wie der Vertheidigung — mit den Worten: „Wenn jedes Herz, das für Freiheit schlägt, nur Anspruch hat auf Pulver

und Blei, wohlan, so verlange ich mein Theil. Wenn Sie mich leben lassen, so werde ich nicht müde werden, zur Rache für die gefallenen Brüder aufzurufen.“ Wenn Jemand, so hat gewiß Louise Michel ihren Hannibalschwur gehalten.

Die Heldin wurde zur lebenslänglichen Haft innerhalb einer Festung verurtheilt, später aber nach Neukaledonien deportirt und daselbst auf der Halbinsel Ducos internirt. Es wäre dem Einfluß ihrer Verwandten und Freunde ein Leichtes gewesen, Louise Michel die Freiheit zu verschaffen, sie wies aber alle derartigen Anerbieten konsequent zurück, wie sehr auch ihr Herz unter der Trennung von der Mutter, unter den Gedanken an deren psychischen Qualen blutete. Sie erklärte, nichts vor ihren Gesinnungs- und Schicksalsgenossen voraus haben zu wollen und erst im Falle einer allgemeinen Amnestie zurückzukehren. Während ihrer Deportation wie während der Kämpfe der Kommune und der Folterqualen der Versailler Schreckensherrschaft kannte sie keinen Augenblick der Schwäche.

Sie blieb im Ertragen des persönlichen Leids das heroische Weib, dem Kummer, der Noth der Gefährten gegenüber die mitfühlende, aufopfernde, hilfsbereite Freundin, Beratherin und Trösterin. Es ist ungemein bezeichnend für ihren selbstlosen Charakter, daß sie in den trübsten und gefahrreichsten Stunden ihres Lebens weder von ihrem Mitgefühl für fremdes Leid, noch von ihrer enthusiastischen Bewunderung alles Großen und Schönen, zumal in der Natur, verlassen wurde. Außer ihren alten Kampfesbrüdern widmete Louise in Neukaledonien einen großen Theil ihrer Sorgfalt den systematisch zu Tode „zivilisirten“ Ureinwohnern des Landes, den Kanaken, deren Sprache sie erlernte, deren Legenden und Poesien sie sammelte, und welche sie unterrichtete.

Als ihr die allgemeine Amnestie den Weg ins Vaterland offen gestellt hatte, wurde sie bei ihrer Ankunft mit einer unglaublichen Begeisterung empfangen, sie ward gegen ihren Willen und gegen ihre Neigung zur Löwin des Tages. Freund und Feind drängte sich zu ihren Agitationsversammlungen, erstere, um ihrer berechtigten Achtung und Sympathie Ausdruck zu verleihen, letztere aus Neugier, um die „Furie, die Megäre“ wie ein aus dem Käfig ent-

sprungenes wildes Thier anzuglotzen, zu beschimpfen. Louise Michel ließ sich weder durch die Demonstrationen der Gegner anfechten und in ihrem Wirken beirren, noch durch den Weihrauch der Freunde betäuben und berauschen. Sie blieb nach wie vor die aufopfernde, bescheidene und selbstlose Natur, welche sie stets gewesen war, einfach und würdig bescheiden in ihrem Auftreten, ohne alles falsche Pathos, ohne jedes Haschen nach theatralischen Effekten, ohne jede Spur von Ehrgeiz oder Selbstgefälligkeit.

Seit ihrer Rückkehr aus Neukaledonien gehört der größte Theil ihrer Zeit und Kraft der Arbeiterbewegung. Für sich selbst erübrigt sie nur gerade knapp soviel Zeit, um durch literarische Arbeiten ein höchst bescheidenes, sorgenreiches Dasein zu fristen, das sich außerdem in anbetracht der steten Bereitschaft zur Hilfe für fremdes Elend zwischen den Klippen bedenklicher Defizits hin- und herbewegt. Während die Bourgeoispresse dreist zusammenfabelt, Louise Michel habe durch ihre Agitation aus den „Arbeitergroschen" Kutsche und Pferde geschlagen und bewohne ein prächtiges Haus, logirt dieselbe in einer bescheidenen Wohnung im fünften Stock und hat oft nicht die sechs Sous, um bei Versammlungen den üblichen Verzehr zu zahlen.

Die agitatorische Thätigkeit der Louise Michel hat seit ihrer Rückkehr nur durch verschiedene Gefängnißstrafen unfreiwillige Ruhepausen erhalten, die sie zu Studien und zum Wohlthun im Kreise ihrer Mitgefangenen ausnutzte. Auch während ihrer Gefängnißstrafen hat sie Gnadenakten gegenüber das gleiche feste Beharren gezeigt wie in Neukaledonien. Bekannt ist, daß sie mit Gewalt aus dem Gefängniß an die Luft gesetzt werden mußte, als sie nach zwei Jahren verbüßter Haft „begnadigt" ward, während das Urtheil auf fünf Jahre gelautet hatte.

Louise Michel steht außerhalb aller sozialistischen Fraktionen und Schulen, ist aber stets bereit, nöthigenfalls gemeinsam mit einer jeden von ihnen den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Die engste Fühlung hält sie mit den Anarchisten, welche ihr als die Besten der Guten erscheinen infolge des ihnen eigenthümlichen Phrasenschwalls gegen den „Ehrgeiz der Führer" und deren „Diktatur". Die Anarchisten haben die Person und Thätigkeit der Volkstribunin mit einer Art Beschlag belegt, nützen sie in

oft schamloser Weise aus und bilden ihr einen Stab, der gerade nicht sympathisch wirkt. Louise Michel ist nicht nur in Paris ununterbrochen in Zusammenkünften, Versammlungen, Meetings thätig, sie unternimmt auch gelegentlich Agitationsreisen in die Provinz, welche oft guten Erfolg aufweisen, zur Aufrüttelung des Proletariats beitragen. Bei der Mehrzahl der Demonstrationen, welche die Anarchisten planten und ausführten, war sie betheiligt und stets bereit, ihre ganze Person für ihre Ueberzeugungen einzusetzen. Da jedoch ihr revolutionärer Eifer widerholt in einer die Sache des Proletariats schädigenden Weise von unter anarchistischer Maske auftretenden Lockspitzeln ausgebeutet worden ist, hat sie sich in den letzten Jahren einer größeren taktischen Klugheit und Zurückhaltung befleißigt.

In der letzteren Zeit wirkt Louise Michel ganz besonders auch auf eine Heranziehung der Frauen zur proletarischen Bewegung, auf eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen hin. Sie steht im Mittelpunkt einer Organisation „le Reveil international des Femmes" (das internationale Erwachen der Frauen), welche ein kleines, periodisches Organ hat und mit viel gutem Willen, aber großer Unklarheit die Emanzipation der Frau anstrebt.*)

Trotz ihres redlichen Wollens und ihres Feuereifers, der Sache des Proletariats zu dienen, ist das Wirken Louise Michel's ohne tiefgehendere Bedeutung für die Entwickelung, Kräftigung und Klärung der französischen Arbeiterbewegung. Ursache davon ist die große prinzipielle Unklarheit, der Mangel an organisatorischem Talent und Urtheil. Die sozialrevolutionären Ueberzeugungen, welche sie vertritt, sind ein ausschließlicher Gefühlssozialismus, dem die solide Basis einer ökonomischen und geschichtlichen Durchbildung fehlt. Die Ideen, welche sie in Wort und Schrift entwickelt, sind sehr

*) Erst kürzlich fand eine Versammlung der Gruppe statt, in welcher eine gewisse Madame Huon den Frauen und Arbeitern allen Ernstes als unfehlbares Mittel zu ihrer Befreiung, „die schon vor langen Jahren von dem sozialistischen Philosophen Malthus gepredigte Enthaltung von der Kinderzeugung" empfahl!! Und das Auditorium applaudirte, keine Stimme erhob sich zum Protest!!

gut, edel und schön, sie können von jedem Sozialisten unterzeichnet werden aber sie bilden nicht ein unzerreißbares Gewebe von logischen Schlüssen, welche sich auf unwiderlegliche ökonomische und geschichtliche Thatsachen stützen. Eine radikale Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse ist für sie nicht die logische Konsequenz eines bestimmten, wirthschaftlichen Entwickelungsganges, sondern eine moralische Nothwendigkeit, eine Art kategorischen Imperativs, ein Akt geschichtlicher Gerechtigkeit.

Das zu erstrebende Ziel liegt ihr noch vielfach durch idealistische Nebel verhüllt, sie ist überzeugt, daß man von heute auf morgen durch eine soziale Revolution in eine vollkommene Gesellschaft hineinspringen, alle Fehler und Gebrechen der Gesammtheit wie des Individuums im Handumdrehen ausmerzen könne.

Noch weit größer ist ihre Unklarheit über die zum Ziele führenden Mittel und Wege, obgleich zugegeben werden muß, daß sich ihre Anschauungen in den jüngsten drei Jahren in einzelnen Punkten geklärt haben. Die revolutionäre Tradition, die Utopien früherer sozialistischer Schulen, ganz besonders der Proudhonismus liegen ihr, wie vielen französischen und romanischen Sozialrevolutionären überhaupt, noch schwer im Gehirn.

Revolutionärin aus Instinkt, Sozialistin aus Gerechtigkeitsgefühl bildet Louise Michel das weibliche Pendant zu der Gestalt Garibaldi's, mit welchem sie neben dem Heroismus, der fast kindlichen Einfachheit und Naivetät, dem Selbstvergessen, dem Thatendrang noch viele Charakterzüge gemeinsam hat. Ihr Wirken für die Sache des Proletariats reicht über die Dauer ihres Lebens, über ihr persönliches Eingreifen nicht hinaus, es ist zu Ende, sobald sich der Mund geschlossen, der so energisch und begeistert zum Sturm ruft. Weder nach der Seite der prinzipiellen Erkenntniß, noch nach derjenigen der Organisation hin, hat sie die französische Bewegung um einen Schritt nach vorwärts geführt. Sie vermag Proletarier emporzurütteln, versteht aber dieselben weder zu schulen noch zu organisiren und als Feldherr auf ein bestimmtes Ziel loszuführen. Ein treuer, allezeit bereiter Vorposten, aber kein Kriegstaktiker! Ihre Bedeutung liegt nicht in dem, was sie schafft, sondern in dem, was sie ist, in der

Selbstlosigkeit und dem Heroismus ihres Charakters, der als Vorbild der edelsten Art erzieherisch auf die Mitkämpfer wirken, auch in einem gegebenen außerordentlichen Momente durch sein anfeuerndes Beispiel zu einem entscheidenden Entschluß fortreißen kann. — —

Louise Michel ist eine gewandte Rednerin, welche ohne deklamatorische Phrasen, einfach, schlicht, aber mit großer Herzenswärme und mit fortreißender Begeisterung spricht. Ihre Reden lassen alle Vorzüge ihres Charakters und alle Mängel ihrer theoretischen Durchbildung scharf hervortreten.

Zum Schluß noch etliche Worte über die angebliche sprichwörtlich gewordene Häßlichkeit unserer Heldin. Die „rothe Jungfrau", wie Louise Michel öfters genannt wird, ist allerdings keine Schönheit, aber sie ist auch durchaus nicht die häßliche Vogelscheuche, zu welcher sie die Gegner stempeln möchten. Trotz ihrer fünfzig Jahre, trotz der großen Mühsalen und Entbehrungen ihres Lebens, der aufreibenden Thätigkeit ist Louise Michel noch eine rüstige Erscheinung, von mehr als mittlerem Wuchs, kräftigem, grobknochigem Körperbau, der an den eines Mannes erinnert. Die Gesichtszüge sind unregelmäßig geschnitten, jedoch energisch. Einen eigenthümlichen Eindruck macht die hohe, schmale, jäh nach dem Hinterhaupte zu zurückweichende Stirn. Der Gesammteindruck der Physiognomie, die Haltung und Gesten lassen weniger auf die kampfesmuthige Heldin, als auf eine herzensgute, freundliche und milde Mutter schließen; die wahre Herzensgüte, welche aus den Augen spricht, giebt dem Gesicht einen charakteristischen Ausdruck.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

III. Serie. — 1. Heft.

Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar?

Von

Paul Kampffmeyer.

Preis 10 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".

Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

1891.

Inhalt.

Seite

I. Die Abhängigkeit der menschlichen Charaktereigenschaften, Empfindungen, Leidenschaften von der jeweiligen Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung. — Die unhistorische Betrachtungsweise des Liberalismus 3

II. Die liberale Wirthschaftsordnung, die Möglichkeit des Vorwärtskommens und die sogenannte Freiheit der Berufs- und Bedarfswahl 8

III. Die technische Entwicklung und ihre Bedeutung für die Entfaltung der individuellen Anlagen des Menschen. Die Gestaltung der Berufe und der Berufsarbeit unter dem Einfluß der Technik. Die wachsende Befreiung des Menschen von der Arbeitslast und dem Fachidiotismus in der sozialistischen Gesellschaft. Die Entwicklung des Menschen zu einer vollgültigen, vielseitigen Einzelpersönlichkeit. 14

IV. Die Freiheit und Steigerung des Konsums in der sozialistischen Gesellschaft 25

Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar?

I.

Die Unvereinbarkeit der menschlichen Natur mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist ein unumstößliches Dogma des Liberalismus. Dieser kennt eben nur die Instinkte, die Gefühle und Empfindungen, welche aus dem heutigen liberalen Wirthschafts- und Gesellschaftsleben erwachsen sind; anders geartete Empfindungen und Leidenschaften sind für ihn geradezu undenkbar.

Es ist nun an sich klar, daß die menschlichen Charaktereigenschaften, die aus dem Boden einer bestimmten Gesellschaft entsprossen sind, den Erdgeruch dieses Bodens an sich tragen müssen. Der Mensch, kaum zum Bewußtsein der ihn umgebenden Welt erwacht, muß sich den sozialen Einrichtungen derselben vollkommen anpassen. Diese Einrichtungen beruhen heute auf dem Privateigenthum an Grund und Boden und den Produktionsmitteln. Die Besitzer dieser wirthschaftlichen Machtmittel stehen in leidenschaftlich-erbittertem Kampfe mit Ihresgleichen und mit den Besitzlosen, den Arbeitern. Sie müssen ihrem kapitalistischen Profite nachjagen, sie müssen ihre Arbeiter ausbeuten, sie müssen ihren eigenen Konkurrenten den Rang ablaufen — oder sie gehen zu Grunde. Der brutale Mechanismus der heutigen kapitalistischen Wirthschaft schlägt ebenso unbarmherzig die Gefühle und Empfindungen ab, die sich ihm nicht einfügen wollen, wie die Maschinen jener Wirthschaft die arbeitenden Hände und Füße, die sich ihrem Taktschlage nicht willenlos unterordnen. Die kapitalistische Wirthschaftsordnung versetzt uns in diese oder jene Lebenslage, sie wirft uns ins Vorder- oder Hinterhaus. Von nackten Wänden sprechen andere Gedanken zu uns wie von goldschimmernoen Tapeten. Der

hungrige Magen stößt grollende proletarische Gefühle des Unbehagens, der Unruhe auf, der übersatte dagegen behaglich-bürgerliche Empfindungen der Ruhe und der Liebe am Bestehenden. In einer bestimmten Umgebung, in einem bestimmten Milieu erwachsen immer ganz bestimmte Gefühle, Empfindungen, Charaktereigenschaften. Das Milieu ist ein allmächtiger Hypnotiseur, der fast jedem Menschen, der in seinen Bannkreis kommt, diese Empfindungen eingiebt (suggerirt). Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel. Geistreiche Schriftsteller, wie Taine und Zola, haben mit durchsichtiger Klarheit bei der Entwicklung der Charaktere, die sie in ihren Werken schilderten, den Einfluß des Milieu gekennzeichnet. Setze ich ein bestimmtes Milieu, setze ich eine so und so organisirte soziale Welt, so setze ich auch bestimmte menschliche Charaktere.

Halten wir diese Gedanken fest, so muß uns die Ansicht des liberalen Bürgers von der Unveränderlichkeit der menschlichen Natur wahrhaft lächerlich erscheinen. Diese Natur des Menschen ist nach seiner Meinung gerade die Natur des heutigen liberalen Bürgers. Der Mensch scheint dem Liberalen schon seit Adams Zeiten ein kapitalanhäufendes Individuum gewesen zu sein. Die charakteristischen Eigenschaften eines Kpitalisten haften ihm daher schon seit dem sechsten Schöpfungstage an. Und dennoch gingen und kamen ganze Geschlechter in der Geschichte, ohne diese kapitalistische Wirthschaftsweise und die ihr entstammenden Leidenschaften zu kennen.

Bis auf unsere Tage herab haben sich noch in Deutschland Dorfschaften erhalten, in denen die Felder und Wälder, die Wege und Stege, die Mühlen und Backöfen den Bauern gemeinsam gehörten. Die Bauern bildeten eine Genossenschaft, die alle wirthschaftlichen Angelegenheiten der Dorfgemeinde regelte. Die Genossen der Gemeinde unterstützten sich getreulich gegenseitig. Machte ein fremder Herr Rechtsansprüche auf die Person, die Dienste eines neu aufgenommenen Genossen geltend, so sollte die ganze Gemeinde zu seinem Beistande herbeieilen und dafür Sorge tragen, daß die Sache vor Gericht erledigt würde. Der Genosse mußte dem

Genossen behülflich sein, einen Verbrecher zu verhaften und dem Gerichte zu überliefern. Beim Anfertigen der Gräben, der Wege, der Zäune standen sich die Bauern helfend zur Seite. Das alte Wendhagen'sche Bauernrecht verordnete, daß „einer dem anderen behilflich sein sollte“. Insbesondere „wann er (der Bauer) verreisen würde, zu Fuß oder zu Pferde, und daß er nicht könnte zu Hause kommen, so sollen ihm seine Nachbarn zu Hilfe kommen, 5 Meilen zu Pferde und 3 zu Fuß“ — ferner: „Wann einer seines Nachbarn Vieh sähe umkommen, wie sollte er thun, daß solch Vieh gerettet würde? Derselbe soll seine eigene Arbeit anstehen lassen, sie sei so eilig, als sie wolle, und thun bei dem Viehe, wie er es selbst gern wollte“.*) Sogar bis auf die ehelichen Pflichten erstreckte sich die gegenseitige Hilfe, wie dies aus dem „Beuker Heyde-Recht“, dem „Bochumer Land- und Stoppelrecht“ und dem „Wendhagen'schen Bauernrechte“ ersichtlich ist. Ein starker Gemeingeist hielt damals die Dorfmarkgenossenschaften zusammen. Er setzte dem Egoismus des Einzelnen enge Grenzen. Dieser Gemeingeist war auf der Grundlage der damaligen kommunistischen Wirthschaftsweise erwachsen, er kam und ging mit derselben.

Als die alten Gemeinwirthschaften zerfielen und die gemeinfreien Bauern, die noch mit starker Hand ihre wirthschaftlichen und politischen Angelegenheiten selbst regelten und richteten, in die Bande der Hörigkeit und Leibeigenschaft sanken, da brach auch nach und nach jener Gemeingeist in sich zusammen. Die zu Leibeigenen und Hörigen herabgedrückten Bauern befanden sich aber in einer Lebenslage, in der sie ebenfalls nicht die Charaktereigenschaften eines Vollblutskapitalisten in sich entwickeln konnten. Sie waren in ihrer ökonomisch-abhängigen, geknechteten Stellung gar nicht im Stande, „ihre Wirthschaften selbständig zu leiten“ und Kapitalien aufzuhäufen. Ihren knechtischen Zustand sahen sie wie ihre besser gestellten Zeitgenossen als vollkommen selbstverständlich, als ganz zu Recht bestehend an. Vielfach betrachtete man

*) v. Maurer, Geschichte der Dorfverfassung in Deutschland, I, 337.

den Bauer damals wie eine Arbeitsmaschine, ohne eine Spur von Freiheit und Willen. „So viele Dienste" — sagt von Beneckendorf, ein landwirthschaftlicher Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts — „ein Unterthan, ohne dabei zu Grunde zu gehen, leisten kann, ist er der Herrschaft zu verrichten schuldig; dies war der Grundsatz des ersten Stifters des deutschen Bauernstandes; und er muß noch anjetzt beobachtet werden, weil er in der Vernunft und in dem Naturrecht selber gegründet ist." Kurz vor Aufhebung der Erbunterthänigkeit erklärte noch ein sehr gebildeter Adliger in seinem Werke „Schlesien wie es ist" (II, 41), daß der Dienstzwang und die Unterthänigkeit der Bauern durchaus nothwendige Institutionen wären, um „diese rohe Masse, welche wegen ihrer angeborenen Bestimmung immer keines hohen Grades von Aufklärung empfänglich ist, zusammenzuhalten". Nach der Ansicht unserer Gewährsmänner ist die Arbeit unter dem Joche des Dienstzwanges gerade ein nothwendiges Erforderniß der Natur, „der angeborenen Bestimmung" der Masse. Arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten, das legt nach Beneckendorf das Naturrecht dem Bauer ein für alle Mal auf.

Ja, gar merkwürdige Vorstellungen entwickelten sich in dem Laufe der Geschichte über das, was man mit der Natur des Menschen für vereinbar hielt. Aus der Geschichte hätte der Liberalismus lernen können, daß sich die menschliche Natur hat alles Mögliche bieten lassen müssen, ohne nur mucksen zu dürfen. Sie hat sich sogar mit Fußtritten und Peitschenhieben „vereinbaren" müssen. Und zwar waren die Gepeitschten und Getretenen meist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung — die Sklaven, die Leibeigenen, die Hörigen.

Der Liberalismus hat jedoch seiner unhistorischen Betrachtungsweise gemäß verteufelt wenig aus der Geschichte gelernt. Ihm will die Vorstellung nicht aus dem Kopf, daß die menschliche Natur von Anfang an dieselben Leidenschaften und Empfindungen hatte, wie heute. Fragt doch noch Herr Eugen Richter erstaunt unseren Genossen Liebknecht, ob er denn „glaube", die Technik und die Wissenschaft werde einmal die Natur des Menschen umkehren. Nun, Herr Richter, schon die technischen Um=

wälzungen unserer kurzen kapitalistischen Wirthschafts-periode haben die frühere Lebens- und Denkweise großer Gesellschaftsklassen vollständig auf den Kopf gestellt. Sie rissen diese von dem mütterlichen Boden los, mit dem sie schon seit unzähligen Generationen verwachsen waren, und warfen sie in die modernen Groß- und Fabrikstädte. Aehnlich erging es zahlreichen, ehrsamen Zunftmeistern, die fern von ihrer halb-mittelalterlich kleinstädtischen Zunftstube in einer Fabrikstadt als besitzlose Proletarier strandeten. Diese neugebackenen proletarischen Gesellschafts-klassen, mitten in einer ewigen industriellen Revolution stehend, die ihnen heute ihre alten Arbeitsverhältnisse vernichtete und ihnen morgen wieder neue schuf, warfen gar bald ihre ererbten konservativen Anschauungen, ihre bäuerliche und kleinbürgerliche Schwerfälligkeit über den Haufen. Ganz andere Eindrücke stürmten jetzt auf sie ein als in der Stille ihres ländlichen nnd klein-bürgerlichen Stilllebens. Die Quantität und Qualität der Anschauungen und Vorstellungen, mit denen jetzt ihre Seele gespeist wurde, war eine wesentlich andere, wie früher. Und von der Seele gilt wie vom ganzen Menschen der in mancher Hinsicht so wahre Satz, das sie das ist, was sie ißt.

Ferner gestalten sich die Beziehungen von Mensch zu Mensch durch die Entwickelung der neuen Klassenverhältnisse wesentlich um. Zwischen Proletariat und Bourgeoisie öffnet sich ein immer tiefer klaffender Spalt. Die eigenthümlichen Bedingungen, unter denen der Proletarier und der Bourgeois lebt, prägen sich in den Köpfen und Herzen beider zu ganz entgegengesetzten moralischen Welt-anschauungen aus. Das Fühlen, Empfinden und Wollen sondert sich bei beiden Klassen scharf ab. Die Rothgluth des heutigen Klassenkampfes härtet noch diese moralische Verschiedenartigkeit. Und so stehen sich denn zwei stahlharte moralische Klassenindividualitäten gegenüber.

So verändert sich also vor unseren Augen die Natur des Menschen. Und diese Natur wird sich noch weiter in dem Maße umgestalten, in dem die Produktions-technik neue Lebensbedingungen für die Gesellschaft, neue Beziehungen von Mensch zu Mensch schaffen wird.

II.

Kurzsichtig war der Liberalismus gegenüber den Entwickelungsphasen, welche die menschliche Natur in der Vergangenheit durchgemacht hat. Kurzsichtig aber ist er selbst gegenüber seiner eignen Gegenwart. Er kennt, er versteht diese nicht einmal.

Der liberale Bürger sieht nur überall Seinesgleichen, er sieht in allen Menschen gesättigte bürgerliche Existenzen. Er schwärmt von den herrlichen Freiheiten unseres Zeitalters, von der Freiheit der Berufs- und Bedarfswahl, und begreift nicht, daß alle diese schönen Dinge nur für den besitzenden Bürger vorhanden sind, der seiner unabhängigen ökonomischen Lage nach wenigstens einigermaßen frei in dieser Hinsicht wählen kann.

Der Liberale deklamirt pathetisch, die sozialistische Gesellschaft sei mit der menschlichen Natur unvereinbar, weil sie der Menschheit jedes persönliche Interesse nähme, vorwärts zu kommen.

Aber ist nicht heute der erdrückenden Majorität der Bevölkerung gerade dieses Interesse genommen? Wir meinen hier die Millionen der ländlichen und städtischen Lohnarbeiter, die Millionen der tiefverschuldeten Bauern und der dahinsiechenden Kleinmeister. Nach der Berechnung des Herrn Richter gab es in Preußen 8 420 789 Personen mit einem Einkommen unter 420 Mark und 13 801 194 Personen mit einem Einkommen von 420—900 Mark. Wir fragen Herrn Richter, wie viel Personen — häufig Väter einer sehr zahlreichen Familie — hatten hiervon die Aussicht, „vorwärts zu kommen?" So ein Familienvater, der ganze 420 Mark verdient, kann natürlich die Hälfte seines Einkommens zur Verzinsung zurücklegen, und dann können doch schließlich seine Kindeskinder Millionäre werden. Weshalb nicht? Würde doch ein Pfennig schon, den man von Christi Geburt zinstragend angelegt hätte, zu einem Kapital angeschwollen sein, welches, in gediegenes Gold ausgeschmolzen, eine Kugel von dem Umfang unseres Erdballs bilden würde. Und da sage einer noch, daß ein Tagelöhner nicht die Aussicht habe, „vorwärts zu kommen".

Zwar giebt es so eigenthümlich bedächtige schwerfällige, sehr konservative Herren, wie den Herrn Professor v. d. Goltz, welche da von großen Klassen der ländlichen Bevölkerung (den Insten) behaupten, daß sie gar keine Aussicht haben, „durch größeren Fleiß ein höheres Einkommen oder eine sonstige Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen“, aber dies ist eben, wie unser schönes Beispiel vom Pfennig zeigt, ein Irrthum. Nein, wenn unsere Tagelöhner und unsere städtischen Arbeiter täglich 1—3 Pfennige von ihrem Verdienste zurücklegen würden, dann könnte doch ihre Nachkommenschaft im 20. oder 30. Gliede herrlich und in Freuden leben. Das Gleiche würden die übrigen Theile der schlecht gelohnten Bevölkerung thun, und siehe, in 4—5 Jahrhunderten würde die gesammte Bevölkerung nur von ihren Kapitalzinsen leben. Aber wer würde dann arbeiten? Nun, das wäre nicht mehr nöthig. Jeder würde sich von papiernen Coupons ernähren. Nun, aber so lange nicht dieses glückliche Papierzeitalter anbrechen wird, so lange wird die menschliche Natur zu ihrem Unterhalte so grob-materielle Dinge wie Fleisch und Brot gebrauchen. Bevor sie daran denken kann, die in ihr liegenden Eigenschaften zu entwickeln, muß sie erst eine sichere Existenzunterlage unter den Füßen haben. Und da steht es heute gar übel mit den äußeren Lebensbedingungen der „menschlichen Natur“.

Als die englische und französische Statistik sich um die Mitte unseres Jahrhunderts mit den Lebensverhältnissen der arbeitenden Klasse zu beschäftigen begann, da traten wahrhaft unglaubliche Thatsachen über diese Verhältnisse an das Tageslicht. In einem englischen Parlamentsbericht von 1842 zerlegte Dr. Chadwick die Bevölkerung in drei Klassen, in eine gut situirte, in eine mittlere und in eine schlecht gestellte Klasse, die von Arbeitern gebildet war. Er wies dann nach, daß bei diesen drei Klassen die mittlere Lebensdauer folgende war: In Manchester für die 1. Klasse 38 Jahre, für die 2. Klasse 20 und für die 3. Klasse 17, in Leeds war die 1. Klasse 44 Jahre und die 3. Klasse 19, in Liverpool die 1. Klasse 35 und die 3. Klasse 15 Jahre alt. In Frankreich stellte der berühmte Statistiker Villermé fest, daß in Mühlhausen bereits die H ä l f t e der Kinder der Spinner und Weber

vor dem beendigten 2. Lebensjahre aufgehört hat zu existiren, während die Hälfte der Kinder der Fabrikanten das 29. Lebensjahr erreicht hat. Ja noch heute richtet in den großen proletarischen Fabrikstädten die Kindersterblichkeit wahre Verheerungen an. Noch im Jahre 1878/79 starben in Manchester 44 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren. Und die Ueberlebenden schleppten ihre Tage im grausigsten Elend oft genug dahin. Man schaue sich doch um in den Fabrikdistrikten Englands oder vor allen Dingen in der reichen, gewaltigen Themsestadt, London. Vor einigen Jahren äußerte der berühmte Physiolog Huxley in einer Versammlung: „Ich hatte Gelegenheit, Wilde aller Art und auf allen Stufen der Verkommenheit zu sehen, aber ich habe nichts Verkommeneres, Hoffnungsloseres, nichts so Trübseliges und Elendes gesehen, wie das Leben, das ich im Osten Londons hinter mir ließ. Denn wenn der Wilde auch nach reichlicheren Tagen wieder Hunger erdulden muß, und wenn er auch niemals für den nächsten Tag seines Lebens sicher ist, so besitzt er doch eigenes selbstständiges Leben. Er ist keine Maschine, aus der so viel Kraft herausgepreßt wird, als die ihm zugetheilte schlechte Nahrung hergiebt; und ich muß alles Ernstes sagen, daß wenn mir die Wahl gestellt würde, das Leben jener Wilden oder das jener Armen im Ostende zu leben, ich würde das Erstere vorziehen!" *)

Nach Caspers Untersuchungen leben von 1000 zu gleicher Zeit geborenen Menschen

			Wohlhabende	Arme
nach	5	Jahren noch	943	655
„	10	„ „	938 (gestorben 62)	598 (gest. 402)
„	20	„ „	866	566
„	30	„ „	796 (gest. 204)	486 (gest. 514, mehr als die Hälfte)
„	40	„ „	695	396
„	50	„ „	557	283
„	60	„ „	398	172
„	70	„ „	235	65
„	80	„ „	57	9

*) Siehe Schippel: Das moderne Elend 78, 79.

„Die durchschnittliche Lebensdauer,“ bemerkt Kolb in seiner Statistik der Neuzeit (Seite 404), „stellte sich danach bei den Reichen auf 50, bei den Armen auf 32 Jahre“. Das Mißverhältniß würde nach Kolb noch größer sein, „wenn sich die Reichen nicht häufig durch ein Uebermaß der Genüsse das Leben selbst verkürzten. Villermés Beobachtungen stimmen damit überein.“

Also selbst das nackte Leben gewährleistet die heutige Wirthschaftsordnung häufig nicht dem besitzlosen Individuum, geschweige denn das Leben gerade in dieser oder jener vollkommenen Form. Millionen von Individuen verbrauchen nur ihre Lebenskräfte, um die nöthigen Unterhaltsmittel für eben diese Kräfte zu erwerben. Sie arbeiten, nur um zu leben, und sie leben andererseits, nur um wieder zu arbeiten. Und sie arbeiten stundenlang in vollkommen gebückter Stellung, sie arbeiten mit keuchenden Lungen in kleinen, mit Miasmen gesättigten Räumen. Nicht selten erzeugen die chemisch-technischen Verrichtungen durch allzulange Fesselung des Arbeiters an eben diese Verrichtungen Vergiftungen aller Art. Von den Feuervergoldern und Feuerversilberern, von den Gürtlern, den Spiegelbelegern, den Arbeitern in Blei, Arsenik, von den Verfertigern der Brüsseler Spitzen, der künstlichen Blumen ꝛc. ꝛc. litten 65—80 Arbeiter unter 100 an gewerblichen Vergiftungen. Bei der Untersuchung von 12 647 „Staubarbeitern“ erhielt Hirt folgende Resultate. Es litten von 100 erkrankten Arbeitern an der Lungenschwindsucht: Beschäftigungsarten mit metall. Staub 28,0, mineral. Staub 25,2, veget. Staub 13,3, anim. Staub 20,8; Staubgewerbe 22,6, mit keinem Staub **11,1**. Die zahllosen „Fabrikkrankheiten“ wollen wir hier gar nicht aufzählen. Und diese Krankheiten sind meist durch die allzulange Beschäftigung des Arbeiters, durch seine schlechte Ernährungsweise und die hierdurch verminderte Widerstandsfähigkeit seines Körpers gegenüber den schädlichen, todtbringenden Stoffen erzeugt worden. Die „menschliche Natur“ muß sich also heute mit schwindsüchtigen Lungen, bleivergifteten Gehirnen und verkrüppelten Rückgraten sehr wohl vereinbaren.

Die Herren Liberalen sehen und hören alle diese Dinge nicht, sie lassen frisch-fröhlich ihre Lobgesänge über

die heutige Gesellschaftsordnung erschallen, die ja allen Wesen das freie Fortkommen (wohl auch das Herunterkommen?), die Freiheit, seinen Beruf zu wählen und seinen Bedarf zu bestreiten, gewährleistet.

Ja die Freiheit seinen Beruf zu wählen!

Hunderttausende von armen Hauswebern wählen sich wohl heute ihren Beruf, weil es gar so lustig ist, mit dem Weberschiffchen 14—15 Stunden zu arbeiten, und weil es so ungeheuer moralisch ist, bei Kartoffeln, Brot und wenigem Fett das Leben eines Asketen zu führen. Nein, ein ehernes Muß zwang diesen unglücklichen Webern ihren Hungerleiderberuf auf, nämlich ihre materielle Noth.

Weshalb wählen wir heute diesen oder jenen Beruf? In der größtmöglichen Anzahl von Fällen deshalb, weil er uns eine sichere Existenz verbürgt. Die Berufsfrage ist für uns also meist eine Existenzfrage. Wir wählen diesen oder jenen Beruf, nicht weil er uns besonders interessirt, sondern weil er uns ein sicheres Auskommen verschafft. Und gerade für die gewaltige Majorität der Individuen, deren hungriger Magen keine lange Wahl gestattet, ist die Berufsfrage nur Existenzfrage. Für diese Individuen heißt es: schnell zuschnappen, wo sich nur irgendwo eine Gelegenheit zum Schnappen findet. Wir würden mit Recht jeden Menschen gemüthsroh nennen, der zu einem armen Teufel sagen würde: „Höre, mein Lieber, weshalb hast Du so einen niedrigen Handarbeiterberuf gewählt, der Dir so bitter wenig einbringt, warum bist Du nicht Banquier, Großgrundbesitzer oder Fabrikbesitzer geworden?" Und gerade diesen gemüthsrohen Standpunkt vertritt der Liberalismus. Wie eine schneidende Satyre auf das soziale Elend der großen Masse der städtischen und ländlichen Bevölkerung, die wegen ihrer sozialen Lebensverhältnisse nichts anderes als Proletarier werden konnten, klingt das liberale Hohelied von der freien Berufswahl.

Und die freie Bedarfswahl, was hat sie in der heutigen Gesellschaft zu besagen? Nun die Länge des Speisezettels hängt von der Länge des Geldbeutels ab. Ein Familienvater mit 420 Mark jährlich kann nicht

wählen, er muß zu den wohlfeilsten Lebensmitteln greifen. Er äße sicherlich lieber Schinken in Burgunder als Kartoffeln in Leinöl; aber für ihn heißt es einfach: „Hier schlage Dich mit Deinen 420 Mark durch, kaufe dafür so viel Kartoffeln, so viel Pfund Brot und so viel Fett, damit Du nothgedrungen durchkommst.“ Das ist die freie Bedarfswahl für die große Masse der unteren Volksschichten. Das „Vorwärtskommen“, die freie Berufs- und Bedarfswahl sind also in der heutigen Gesellschaftsordnung einfach Illusionen für die erdrückende Majorität der Bevölkerung.

Die Verherrlicher des liberalen Wirthschaftssystems hatten nur, wie wir schon vorher bemerkten, das Bild des besitzenden Bürgers vor Augen, der ja einigermaßen frei seinen Beruf wählen und seinen Bedarf frei bestreiten kann. Er hat ferner auch die nöthigen ökonomischen Machtmittel zum Vorwärtskommen in der Hand; obwohl sein Vorwärtskommen auch von dem jeweiligen Bedürfniß der Gesellschaft nach diesen oder jenen Berufsmännern, nach Kaufleuten, Industriellen, Beamten abhängt.

Allen vorher angeführten Thatsachen gegenüber ist der Liberalismus blind. Er sieht den Balken in seinem eigenen Auge nicht und läßt durch den Mund eines seiner Hauptvertreter — des Herrn Richter — frischweg deklamiren: „Er (der sozialdemokratische Zukunftsstaat) zerstört jedes persönliche Interesse, vorwärts zu kommen und damit durch Vervollkommnung seiner eigenen Thätigkeit auch der Gesammtheit zu nützen . . . . . Der einzelne Mensch hört in der sozialdemokratischen Zukunft überhaupt auf, ein selbständiges Wesen zu sein; er wird nur ein Stift in einer großen Produktions- und Konsumtionsmaschinerie.“ — Was sagte doch Huxley von dem Arbeiter des östlichen Londons? Er nannte ihn eine Maschine, aus der so viel Kraft herausgepreßt wird, als die ihm zugetheilte schlechte Nahrung hergiebt.

Könnte man nun nicht an der Hand dieses Ausspruches dreist behaupten, daß die liberale Gesellschaftsordnung mit der menschlichen Natur unvereinbar sei? Gewiß, dies wäre ganz zulässig, wenn man in die unhistorische Betrachtungsweise des Liberalismus zurückfallen wollte.

III.

Unsere bisherige Darstellung hat uns zur Genüge gezeigt, daß man der Lösung unseres Problems um keines Haares Breite näher rückt durch die bekannten ausgetretenen liberalen Phrasen wie: der Sozialismus beschränke die Berufs- und Bedarfsfreiheit, er raube dem Menschen den Trieb, vorwärts zu kommen, er vernichte die Individualität des Menschen.

Sehen wir näher zu, so hat bis jetzt noch keine Gesellschaftsordnung das freie Schalten und Walten der arbeitenden Bevölkerung mit ihrer Arbeitskraft zugelassen. Jede Gesellschaft beruhte bis jetzt — mit Ausnahme der urwüchsig-kommunistischen — auf der Zwangsarbeit der arbeitenden Glieder der Gesellschaft. Heute ist der Dienstzwang nur durch den Hungerzwang ersetzt. Durch die verschiedenen Formen wirthschaftlicher Abhängigkeit, durch die Hörigkeit, Leibeigenschaft und Lohnknechtschaft bürdete man bis jetzt der arbeitenden Mehrheit die zum Bestande der Gesellschaft nothwendige Arbeitszeit auf. Diese Mehrheit mußte ihre Zeit der Ernährnng der verschiedenen Gesellschaftsklassen widmen. Und die Nothwendigkeit für die Gesellschaft, einen Theil ihrer Zeit für die Sättigung ihrer mehr oder weniger entwickelten Bedürfnisse zu opfern, wird überhaupt nie zu beseitigen sein. Mögen wir uns eine Gesellschaft vorstellen, wie wir wollen, immer wird sie eine Zahl von Arbeitsstunden zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse verwenden müssen; und zwar ist die Zahl dieser Arbeitsstunden abhängig von dem jedesmaligen Stande dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse und von dem Reifegrad der technisch-ökonomischen Produktion. Keine Gesellschaftsordnung kann von dieser nothwendigen Arbeitslast entbinden. Diese Last wird aber um so leichter zu tragen sein, je höher die Technik entwickelt und je größer die Zahl der Arbeiter ist, welche diese Arbeitslast auf sich zu nehmen haben.

Diese letzten Sätze lassen wichtige Rückschlüsse über die Grenzen zu, welche der Ausbildung der menschlichen Persönlichkeit durch die jeweilige Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung gesetzt sind. Denken wir uns

die Produktionstechnik noch sehr unentwickelt, so hatten alle Glieder der Gesellschaft in gleicher Weise zu arbeiten, um sich nur ernähren zu können. Bei einer Vervollkommnung der Technik konnte sich eine sehr gering bemessene Anzahl von Gesellschaftsgliedern der wirthschaftlichen Arbeit entziehen. Diese konnten das geschaute Leben noch einmal in der Dichtung, in der Kunst, in der Wissenschaft wiederschaffen. Sie konnten gleichsam ein doppeltes Leben führen. Die übrige überwältigende Mehrheit war an den Produktionsmitteln festgeschmiedet. Sie steckte in dem Banne der Berufsarbeit. Und da die Berufsarbeit fast ganz ihr Dasein füllte, so bestimmte sie wesentlich die Individualität dieser arbeitenden Mehrheit. Noch in unserer Zeit, wo der Mensch unter dem Einfluß zahlreicher geistiger Eindrücke steht, prägt sich vielfach die Berufsarbeit in seinem Gesicht, in seiner ganzen Gestalt aus. Ungleich wirksamer muß sie einstmals gewesen sein, wo sie noch ausschließlich die Thätigkeit des Menschen in Anspruch nahm.

Namentlich bei dem alten naturalwirthschaftlichen Bauer, der noch vollständig mit seiner Arbeit verwachsen war, mußte diese Arbeit von großem Einfluß auf seine Persönlichkeit gewesen sein. Diese Arbeit war schon seit Urväter-Zeiten die gleiche. Hans säte gerade so wie sein Urahn Jakob. Es ist klar, daß unter dem Einfluß der gleichen, Jahrhunderte lang andauernden Arbeitsweise sich die alten bäuerlichen Racetypen durch Generationen erhalten mußten. Denken wir uns, ein starkknochiger, hochaufgeschossener Stamm besiedelte ein bestimmtes Wirthschaftsgebiet. Mit geringen Abänderungen behielt er nun lange, lange Zeit die alte Arbeitsweise bei. Daher änderte sich nur wenig der alte Racetypus. In dem ganzen Wirthschaftsgebiet, in dem ganzen Gau, in dem die gleiche Arbeitsweise herrschte, findet man daher in der Physiognomie, in der Geistes- und Charakterbildung der Bauern dieselben Züge. Sehr wenig individualisirt ist die innere und äußere Persönlichkeit des Bauern. Der Bauer hat sich noch nicht zu einer Einzelpersönlichkeit ausgebildet. Er ist ein bloßer Standesmensch, ein Gruppenmensch. Er wirkt und existirt nur als Gruppe, als Gesammtheit des Standes, wie

W. H. Riehl in seiner „Naturgeschichte des Volkes“ sagt. Dieser konservative Kulturhistoriker macht bei dieser Gelegenheit sehr zutreffende Bemerkungen über diesen Gegenstand, so daß wir ihm hier länger das Wort verstatten:

„Bei den Städtern hat sich die Originalität der Körperbildung, wie der Geistesbildung, wie der Sitte zu einem Typus der Einzelpersönlichkeit, höchstens der Familie einerseits durchgebildet, andererseits verflüchtigt. Die körperliche Besonderheit des Bauern scheidet sich noch gruppenweise ab nach Stämmen und Gauen. Hier finden wir noch in dem einen Gau einen mehr langbeinig hochaufgeschossenen, in dem andern einen mehr breitschultrig gedrungenen Menschenschlag, wie sich das durch lange Jahrhunderte in unverfälschter Race fortgepflanzt hat. So trifft man z. B. in einzelnen Strichen des Hessenlandes heute noch ausschließlich jene länglichen Gesichtsprofile, mit hoher, nach oben etwas breit ausrundender Stirn, langer gerader Nase und kleinen Augen mit stark gewölbten Augenbrauen und großen Lidern, wie sie durch den Genremaler Jakob Becker und seine zahlreichen Schüler als stehende Figur in die beliebten gemalten Dorfgeschichten dieser Künstler übergegangen sind. Vergleicht man diese Bauernphysiognomien mit den Skulpturen der Marburger Elisabethenkirche (aus dem 13. Jahrhundert), dann wird man entdecken, daß sich durch fast sechshundert Jahre derselbe althessische Gesichtstypus unverändert erhalten hat, nur mit dem Unterschiede, daß an jenen Bildwerken die Köpfe von Fürsten, Herren und edlen Frauen gemeißelt sind, deren Züge uns das unverfälschte Stammesgepräge zeigen, während dasselbe jetzt nur noch bei den Bauern des Landes zu finden ist. Wer mittelalterliche Gestalten historisch ächt zeichnen will, der muß sich überhaupt seine Modelle bei den Bauern suchen. Es erklärt sich dadurch aber ganz naturgemäß, warum die altdeutschen Bildner in einer Zeit, wo man doch sonst viel weniger nach der Schablone zu denken und zu bilden pflegte, als in unseren Tagen, ihre Köpfe durchschnittlich so typisch einförmig behandelt haben: der ganze Menschenschlag hatte sich noch nicht zu einer größeren Individualisirung der Gesichtszüge ausgelebt. Der Umstand aber, daß das Gleiche auch

heute noch bei den unverfälschten Bauern stattfindet, führt uns zu einer weiteren Wahrnehmung. In der sogenannten gebildeten Welt existirt, wirkt der Mensch viel mehr als Individuum, der Bauer dagegen existirt und wirkt als Gruppe, als Gesammtheit des Standes."

In abgeschwächter Form gilt dieser Ausspruch auch noch für den heutigen Fabrikarbeiter und Handwerker. Auch dieser ist in Bezug auf seinen Beruf noch ganz Berufsmensch und im Hinblick auf seine Klassenstellung ganz Klassenmensch. Nach mehrjähriger Thätigkeit in einem Berufe hat der Arbeiter in der Gestalt, in der Haltung, in den Gesichtszügen ganz die charakteristischen Merkmale seines Gewerbes angenommen.

Die Berufsarbeit hobelt diesen zum Tischler, bügelt jenen zum Schneider und hämmert einen dritten zum Schmied zurecht. So tödtet die Berufsarbeit schon vielfach ein reiches individuelles Leben im Keime. Ferner lasten auf uns allen wie eine schwere Last die ererbten oder im Leben selbst erworbenen Klassenanschauungen und Klassengefühle. Diese preßt uns die Klassenlage, in der wir uns befinden, mit Nothwendigkeit in den Kopf. Sie giebt den Gedanken und Empfindungen großer Massen ein so einförmiges Gepräge. Die Gefühls- und Anschauungswelt der Bourgeois und Proletarier, der Herrschenden und Beherrschenden, der Hungrigen und der Satten scheidet sich streng von einander. Mit brutaler Gewalt wälzen sich diese einseitigen Vorstellungswelten auf alle die schüchternen Gedanken, die sich einmal aus ihren engbegrenzten Kreisen herauswinden und eine individuelle Gestalt annehmen wollen. Wahrlich, wir werden in unserer uniformen Berufs- und Klassenwelt zu ganz einseitigen Berufs- und Klassenmenschen geknetet.

Die bestehenden Berufs- und Klassenverhältnisse hemmten also nach unseren vorhergehenden Ausführungen die Entwickelung des Menschen zu einer vollkräftigen, nicht mehr den Massen- und Klassencharakter an sich tragenden Individualität. In der eigenthümlichen Gestaltung der Berufs- und Klassenverhältnisse liegt also die Entschei-

dung über unsere Frage: ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar oder nicht, räumt er dieser die nöthige Ellenbogenfreiheit zur Entfaltung ihrer Eigenarten ein oder nicht?

Diese Berufs- und Klassenverhältnisse sind nun auf das Engste an die Entwickelung der Produktionstechnik geknüpft. Die Produktionstechnik setzt erstens die Arbeitsstunden, welche die Gesellschaft zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gebraucht, fest. Nehmen wir einen bestimmten Stand der gesellschaftlichen Bedürfnisse an, so richtet sich die Zahl der nothwendigen Arbeitsstunden nach dem Grade, in dem der Mensch durch die Ausbeutung der Naturkräfte die Natur selbst beherrscht. Die Produktionstechnik bestimmt zweitens den Charakter und die Zahl der verschiedenen Berufsarten. In einer mechanischen Schuhwaarenfabrik ist die Arbeit des Schuhmachers eine ganz andere wie in der Werkstätte des Zunftmeisters. Die ehemalige zusammengesetzte Arbeit hat sich in zahlreiche Einzelarbeiten getheilt. Diese fallen meist der Maschine anheim. Der Charakter derselben hat sich im Vergleich zur früheren Arbeit daher total verändert.

Die Technik regelte also, wie wir sehen, die Zahl der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitsstunden — natürlich setzen wir hier der Einfachheit halber die gesellschaftlichen Bedürfnisse als gleichbleibend voraus. Je mehr die Technik nun fortschreitet, je mehr vermindern sich die zur Produktion der gesellschaftlichen Gebrauchsgegenstände erforderlichen Arbeitsstunden. Heute schon, wo wir erst im Anfangsstadium der Entwickelung der Maschinentechnik stehen, leistete sie uns ganz gewaltige Dienste. Im Jahre 1875 standen den Industrien Preußens 35 658 Maschinen mit 2 519 513 Pferdekräften zu Gebote. Sie ersetzten die Kräfte von **52 909 733** Menschen. Mehr denn verdoppeln müßte sich die Bewohnerschaft Preußens, und jeder dieser Bewohner müßte arbeiten wie ein vollkräftiger Mann, wenn diese riesige Kraftleistung sollte von Menschen ausgeführt werden. Und von Jahr zu Jahr wachsen die Leistungen der Maschinen. Sie werden dereinst die Hauptlast der Arbeit auf ihren starken

eisernen Rücken nehmen. „Für die Zukunft des Völkerlebens“ — so schrieb schon 1843 Wilhelm Schulz in seiner „Bewegung der Produktion“ — werden die in den Maschinen wirkenden, verstandeslosen Naturkräfte unsere Sklaven und Leibeigenen sein. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Idee einer allgemeinen staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit, die übrigens fernab von jedem Gedanken an eine verflachende Gleichmacherei liegt, mehr und mehr ins Bewußtsein und Leben treten. Aber sie muß auch ins Leben treten, weil sich jene Voraussetzung selbst nach dem unabänderlichen Gesetze der Bewegung der Produktion immer mehr verwirklicht. Auf der unzeitigen Hemmung dieses organisch nothwendigen Verlaufs von Seiten der Machthaber, auf die Sünde gegen den heiligen Geist der Weltgeschichte, in dem sich Gottes Geist offenbart, steht die Strafe der Revolution, ob sie nun früher, ob sie später zur Vollstreckung komme.“ — So schrieb 1843 schon ein weitblickender Mann, der durchaus nicht ein „gottloser Sozialist“ war. Obwohl gerade unter seinen Augen die kapitalistisch ausgebeutete Maschine zu einem Hauptmittel für die Steigerung der menschlichen Arbeitslast geworden war, so sah er doch voraus, daß sich dereinstmal die Tendenz der Maschine, die Arbeitszeit zu verkürzen, mit der elementaren Gewalt eines Naturgesetzes Geltung verschaffen würde. Die Maschinen waren nach seiner Ansicht dazu berufen, unsere Sklaven zu werden. Und nur, indem wir den Naturgewalten unsere ehemaligen Sklavenketten anlegen, werden wir von der niederdrückenden Arbeitslast mehr und mehr befreit werden.

Der Sozialismus gründet sich nun aber gerade in technisch-ökonomischer Hinsicht auf der denkbar größten Anwendung der Naturkräfte durch die Gesellschaft. Er beseitigt alle unproduktiven Gesellschaftsklassen und führt ganze Armeen von Bedienten, von Handlungsgehilfen, von Soldaten ꝛc. ꝛc. der Produktion zu. Durch diese Zufuhr von Produzenten vertheilt sich aber die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf eine viel größere Anzahl von Arbeitern. In Folge dessen vermindert sich die Arbeitslast für jedes arbeitende Individuum, und eine beträchtliche Spanne Zeit wird für jeden frei zur Entwickelung seiner eigenthümlichen Anlagen und Fähigkeiten.

Der Sozialismus als das System einer planmäßigen Ausbeutung und Beherrschung der Natur durch die gesammte Gesellschaft bietet daher der menschlichen Persönlichkeit eine ganz andere Ellenbogenfreiheit zur Entfaltung dar als alle vorhergehenden Gesellschaftsordnungen. Bis dahin konnten sich in der Geschichte nur kleine Minoritäten der Gesellschaft von der niederdrückenden Arbeitslast befreien und sich der Kunst, der Wissenschaft und der Politik widmen, hier ist der Gesammtheit der Bevölkerung die Möglichkeit zu einer künstlerischen und wissenschaftlichen Muße gegeben. Die Fortschritte der Technik heben so die Nothwendigkeit für die Existenz einer nur arbeitenden Klasse auf. Sie beseitigen damit alle diejenigen wirksamen Mächte, welche ihre Kräfte aus jener Theilung der Gesellschaft in körperlich arbeitende und in nicht arbeitende Klassen schöpften, und die mit brutaler Gewalt zahllose individuelle Anlagen schon im zarten Keime erstickten.

Der Fortfall der Klassenunterschiede räumt ein Haupthinderniß fort, das sich der Entwickelung des Menschen zu einem vollkräftigen, vielseitigen Individuum entgegenstemmte.

Während so die Technik die alten Klassengegensätze vollständig untergräbt, wälzt sie zugleich die alten Berufsunterschiede um. Sie zersetzt die alten Berufsarbeiten in zahllose neue. Sie verändert den Charakter und die Zahl dieser Arbeiten.

In der modernen Fabrik ist die Arbeit des Webens und Spinnens eine ganz andere als in dem alten Bauernhause, wo Jung und Alt am Spinnrocken und Webstuhl saß und arbeitete. Heute im Zeitalter der Werkzeugmaschinen ist das Werkzeug der Hand des Arbeiters entrissen und einem großen Apparate einverleibt worden, dessen Thätigkeit der Arbeiter sich unterzuordnen hat. Die Werkzeugmaschine bestimmt das Tempo der Arbeit. Der Mensch spinnt nicht mehr, sondern der mechanische Apparat. Der Strumpfwirkerstuhl strickt mit viel tausend Nadeln. Unter dem Einfluß der Technik werden einzelne Berufsarbeiten in zahlreiche neue zergliedert; andererseits werden ehemals getrennte Berufsarbeiten wieder zu einer gemeinsamen Arbeit verschmolzen.

Hier treten also ständige Veränderungen in der Bildung und Zusammensetzung der Berufsarten ein. Die Anzahl der Berufe und die Art und Weise der Berufsarbeit hängen von der Höhe der technischen Entwickelung und dem Stande der gesellschaftlichen Bedürfnisse ab. Die Berufe sind demnach nicht ein für allemal gegeben, sie sind ihrer Zahl und ihrem Charakter nach stetig wechselnd.

Mit dem Wechsel der Berufsarbeiten tritt aber zugleich eine Aenderung in den Zahlenverhältnissen derjenigen Arbeiter ein, die sich jenen Thätigkeiten widmen müssen. Die Zahl der Berufsthätigen hängt somit von dem Reifegrad der Technik wesentlich ab. Den äußeren Arbeitsbedingungen, welche die Technik schafft, werden sich die Arbeiter jeder Gesellschaftsordnung anpassen müssen.

Und die Technik beherrscht mitunter gar despotisch diese Bedingungen, wie uns dies ein Blick auf unsere privatkapitalistische Wirthschaftsweise sofort zeigen kann. In einer Periode rascher technischer Fortschritte werden heute die Arbeiter bald von diesem Berufe angezogen, bald von jenem abgestoßen. Sie haben in die freien Stellen hineinzuspringen, welche die ökonomische Entwickelung ihnen öffnet. Das ist ihre „freie" Berufswahl!

Von welcher Tragweite diese von der Technik geforderten Umwälzungen in der Gruppirung der verschiedenen Berufsklassen sein können, dies lehrt uns hauptsächlich die Geschichte der Textilindustrie. In der Spinnerei mußte man vor Erfindung der Spinnmaschinen 10 und mehr Handspinner beschäftigen, um einen Weber voll beschäftigen zu können. Daher war die Zahl der Spinner damals sehr groß. Mit der Erfindung der Spinnmaschinen änderten sich nun die früheren Verhältnisse total, denn schon 1818 leistete die Flachsspindel in der Fabrik 120 mal mehr als ein Handspinnrad. Daher wurde die wahre Riesenarmee von Spinnern nach und nach vollkommen überflüssig. Tausende von preußischen Spinnern sind dem Hungertyphus in den vierziger Jahren erlegen. Nach der Statistik gab es im Jahre 1849 noch **84 286** Spinner, **1861** dagegen nur **14 557**. Diese zahlreiche Arbeitsklasse ist entweder langsam verhungert, oder sie hat einen anderen Beruf ergreifen müssen.

Ebenso gewaltig sind die Erschütterungen gewesen, welche die Erfindung der Werkzeugmaschinen in der Weberei anrichtete. Hier gingen, wie das Beispiel Englands zeigt, Hunderttausende von Handwebern zu Grunde oder wechselten ihren Beruf.

Alle Berufszweige sind nun mehr oder weniger solchen Erschütterungen in der Zusammensetzung ihres Arbeitskörpers ausgesetzt, weil heute eine technische Neuerung auf die andere folgt. Daher drängt sich dem Arbeiter mehr und mehr die Nothwendigkeit auf, seinen Beruf während der Periode seiner Arbeitsfähigkeit zu wechseln.

Durch den häufigen Wechsel des Berufes aber erwirbt der Arbeiter eine wachsende Anpassungsfähigkeit an alle möglichen Berufe. Er entwickelt in sich die verschiedenartigsten Anlagen und Fähigkeiten; kurz, er wird ein ganzer Mensch, er ist nicht mehr ein nur nach dieser oder jener Richtung hin arbeitender Arm- oder Beinmuskel, der sich noch gleichsam zum Vergnügen den Luxus der übrigen Muskeln und Glieder leistet.

Schon heute hat der Arbeiter vielfach die Geschicklichkeit erworben, in mehreren Berufen thätig zu sein. So schrieb z. B. ein französischer Arbeiter bei seiner Rückkehr von San Franzisko: „Ich hätte nie geglaubt, daß ich fähig wäre, alle die Gewerbe auszuüben, die ich in Kalifornien betrieben habe. Ich war fest überzeugt, daß ich außer zur Buchdruckerei zu nichts gut sei. . . . Einmal in der Mitte dieser Welt von Abenteurern, welche ihr Handwerk leichter wechseln als ihr Hemde, meiner Treu! ich that, wie die anderen. Da das Geschäft der Minenarbeit sich nicht einträglich genug auswies, verließ ich es und zog in die Stadt, wo ich der Reihe nach Typograph, Dachdecker, Bleigießer u. s. w. wurde. In Folge dieser Erfahrung, zu allen Arbeiten tauglich zu sein, fühle ich mich weniger als Molluske und mehr als Mensch.“ *)

Die heutige Technik ermöglicht nun dem Arbeiter den Wechsel des Berufes im wachsenden Maße. Die Fortschritte derselben beziehen sich nicht allein auf die Be-

*) Marx, Kapital I, 503.

setzung der Produktionszweige mit so und so viel Beschäftigten, sondern auch auf den ganzen Charakter der Arbeiten selbst, wie wir dies schon vorher ausführten. Die Arbeit wird mehr und mehr durch die Maschine selbst vollzogen. Die Werkzeugmaschine, der das Werkzeug des Arbeiters einverleibt ist, verrichtet dieselben Operationen, welche dieser Arbeiter früher mit seinem Handwerkszeug ausübte. Die Arbeit des Arbeiters wird mehr und mehr auf eine rein mechanische Thätigkeit oder auf die Ueberwachung der Maschine beschränkt. Die Arbeit verliert nach und nach ihren Spezialcharakter. Sie läßt sich leicht erlernen und gestattet daher die Beschäftigung des Arbeiters in den mannigfaltigsten Berufszweigen.

Wenn nun der Arbeiter noch, wie in der zukünftigen Gesellschaftsordnung, durch Unterricht in der praktischen Handhabe der Maschinen und in der Technologie im Allgemeinen für die Produktion vorgebildet ist, braucht er nicht an eine Berufsthätigkeit gefesselt und für diese lediglich ausgebildet zu werden. Diese wechselnden mechanischen Arbeiten, ausgeführt in gesunden Arbeitslokalen und auf das gesundheitsmäßige Maß beschränkt, könnten grade ein Mittel für die körperliche Ausbildung des Menschen, für die Entfaltung seiner physischen Kräfte werden. Und da körperliche Arbeit für die Gesundheit des menschlichen Organismus unerläßlich ist, selbst für die gesunde, normale Thätigkeit des Gehirns, so dürfte in Zukunft die körperliche Arbeit, durch den Wechsel der Beschäftigung künstlich belebt, nicht nur als eine ökonomische Nothwendigkeit für jedes arbeitsfähige Individuum, sondern auch als eine Grundforderung der Gesundheitspflege proklamirt werden.

Heute, in unserer kapitalistischen Gesellschaft, in einer Welt der bis auf die Spitze getriebenen Arbeitstheilung, durch welche die Menschheit wie auf einem Seziertische zergliedert und zerschnitten wird, ist schon oft genug der Ruf nach Wiedervereinigung der auseinandergerissenen Glieder, der Beine, der Arme, der Rümpfe und der Köpfe laut geworden. In jüngster Zeit erst predigte ein großer aristokratischer Denker und feiner Menschen-

kenner, Graf Leo Tolstoi, das Evangelium von der körperlichen Arbeit, die uns, den entarteten Geschöpfen der Zivilisation, erst wieder Gesundheit und Lebensfreudigkeit bringen würde. Und wahrlich, es ist hohe Zeit für die Kopfarbeiter, daß ihre morschen, absterbenden Glieder wieder zu grünen beginnen, damit sie nicht gänzlich vertrocknen und mit den Gliedern auch der von ihnen gestützte und gehaltene Kopf zum Teufel gehe. Mit Schrecken bemerken heute die Aerzte, welche kolossale Verheerungen die einseitige geistige Arbeit unter den Gelehrten, Künstlern und Beamten anrichtet. „Wenige giebt es unter ihnen", so schrieb vor einiger Zeit Professor Nußbaum in München, „welche nicht über fortwährende Nervenerregungen klagen. Wir wissen, daß jedes Organ, welches benutzt wird, blutreicher wird. — Das Gleiche gilt beim Gehirn. Wird dieses blutreicher, so kann dieses nur auf Kosten anderer Organe geschehen, deshalb werden Arme und Füße blutarm, wenn das Gehirn vom Blute strotzt. Je früher solche Mißverhältnisse im menschlichen Körper auftreten, je jünger das Individuum ist, desto verderblicher sind die Folgen solch mangelnden Gleichgewichts."

Und wir fühlen heute dies mangelnde Gleichgewicht sehr stark. Wir suchen es daher durch körperliche Uebungen, durch Turnen wiederherzustellen — mitunter allerdings auf recht merkwürdige Art. Wenn wir den Tag über in gebückter Stellung an unseren Schreibtisch gefesselt waren, dann glauben wir das Gleichgewicht dadurch wieder herstellen zu können, daß wir uns einige Minuten an einem Zimmerreck schaukeln. Nein erst der richtige Wechsel von körperlicher und geistiger Arbeit kann die Harmonie zwischen Geist und Körper herbeiführen.

Die körperliche Arbeit nun, auf alle Glieder der Gesellschaft übertragen — schon rein vom Standpunkt der Gesundheitspflege aus — würde aber in Verbindung mit der hochentwickelten Produktionstechnik eine gewaltige Herabsetzung der gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit ermöglichen, und daher die übrige Zeit für wissenschaftliche und künstlerische Ausbildung der Gesellschaftsglieder freisetzen. Den arbeitenden Beinen, Armen, Schultern erwüchse ein Kopf wieder. Jetzt wäre der ganze Mensch wieder hergestellt. Der Mensch würde

ferner nicht durch die Beschränkung auf eine einförmige abspannende Berufsthätigkeit von vornherein an Haupt und Gliedern verkrüppelt werden; — erlaubt doch die Entwickelung der Werkzeugmaschinen dem Arbeiter, seinen Beruf zu wechseln.

Indem die Arbeit nun mehr und mehr ihren Spezialcharakter abstreift, beseitigt sie die Nothwendigkeit für den Menschen, sich auf Lebenszeit einen Beruf zu wählen. Damit fiele auch die sogenannte „freie“ Berufswahl auf Lebenszeit.

Nach dem Fortfall der gewaltigen Hemmnisse, welche aus den heutigen Klassen- und Berufsverhältnissen ihre Kraft schöpfen, könnte der Mensch erst wirklich den ihm anhaftenden Massen- und Klassencharakter abstreifen und sich zu einer scharf abgegrenzten Einzelpersönlichkeit entwickeln. Die heutige rein äußere, auf den brutalen Klassenunterschieden gegründete Ungleichheit würde einer inneren, organischen, aus den Eigenschaften der verschiedenen Individuen hervorgehenden Ungleichheit Platz machen; denn die Bedingungen für die Ausbildung der Individuen wären nach Beseitigung der Klassenunterschiede im allgemeinen die gleichen.

Daher wächst in der Gesellschaft der Zukunft die Ungleichheit aus den ursprünglichen Eigenschaften des Individuums selbst heraus. Und sie kann dann in ihrer urwüchsigen Keimkraft zahllose Blätter und Blüthen treiben. Dann hat die menschliche, ungleichartige Individualität vollkommene Freiheit, sich innerhalb des bedeutend erweiterten gesellschaftlichen Rahmens zu entfalten.

IV.

Der Mensch wird in der sozialistischen Gesellschaft als Produzent von dem verkrüppelnden Einflusse der Berufsarbeit befreit. Hier also fällt schon eine wesentliche Schranke für den Menschen fort, welche sich der Entfaltung seiner individuellen Anlagen entgegensetzte.

Nun produzirt der Mensch nicht allein, er konsumirt auch. Es tritt uns jetzt die Frage entgegen, ob der Sozialismus für den Menschen als Konsumenten dieselben Vortheile einschließt wie für ihn als Produzenten.

In der sozialistischen Gesellschaft ist die Masse der erzeugten Verbrauchsgüter durch die entwickeltere Produktionstechnik und durch die gemeinsame, gesellschaftliche Arbeitsweise viel größer wie heute. Schon wegen der Möglichkeit, mehr Güter erzeugen zu können, kann der allgemeine Wunsch nach diesem oder jenem Gebrauchs- oder Luxusartikel mehr berücksichtigt werden. Schon aus diesem Grunde ist die Möglichkeit einer freien Bedarfswahl eine bedeutend größere wie heute.

Die Grenze der auf den gesellschaftlichen Bedarf bezüglichen Wünsche ist natürlich die Erzeugbarkeit eines Gegenstandes. Mit der Technik nun, mit der Beherrschung der Natur durch den Menschen steigert sich durchschnittlich die Erzeugbarkeit eines Artikels. Die Erzeugbarkeit — die Möglichkeit, einen Artikel in beliebiger Menge zu produziren — setzt jeder Gesellschaft bestimmte Schranken. In unserer „liberalen“ „freien“ Gesellschaft scheitern an denselben selbst diese oder jene Herzenswünsche der reichsten Bourgeois. Die Erzeugbarkeit ist eine stetig wechselnde Größe, die von der jedesmaligen Höhe der technischen Entwickelung abhängt. Da z. B. in der mittelalterlichen Markgenossenschaft die technische Herstellungsweise der Güter noch sehr unentwickelt war, so mußte sie mit diesen gering bemessenen Bedürfnißmitteln auch sehr engbegrenzte Bedürfnisse selbst setzen. In den Städten bildete sich dann zuerst eine reichere technische Gliederung der Arbeit aus. In Folge dessen wuchs dort der Kreis der Gebrauchsgüter. Mit den technischen Errungenschaften der Neuzeit und dem Reichthum der hierdurch erzeugten Waarenmassen dehnten sich hierauf später die Bedürfnisse riesig aus. Ganz neue Genußmittel, wie die Chokolade, der Kaffee, der Zucker u. s. w., strömten jetzt in den Bedarf der gesellschaftlichen Klassen ein. Gerade am Zucker kann man recht gut beobachten, welchen Einfluß die mehr oder weniger leichte Erzeugbarkeit eines Artikels auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ausübt. Bevor es der Technik gelang, den Zucker aus Rüben herzustellen, war er nur den reichsten Familien zugänglich. Der Apotheker verkaufte ihn anfänglich, wie uns dies Brillat-Savarin in seinem bekannten Werke „Die Physiologie des Geschmackes“ mittheilt. Eben dieser Autor

erzählt von seinem Zeitgenossen Delacroix, daß er über den hohen Zuckerpreis von 5 Franken für das Pfund sehr jammerte. „Ach," klagte er, „wenn je der Zucker auf dreißig Sous (1,50 Franken) zu stehen kommt, so werde ich kaum ander Wasser mehr trinken als Zuckerwasser."

Heute ist der Zucker dank der Fortschritte der Produktionstechnik allgemeiner Gebrauchsartikel geworden. Es ist somit klar, daß die Erzeugbarkeit eines Gegenstandes durchschnittlich von der Höhe der Technik, von dem Grade der Beherrschung der Natur durch den Menschen abhängt. Und daher bietet die Gesellschaft, welche die vorgeschrittensten Produktionsmethoden anwendet, der freien individuellen Bedarfswahl seiner Mitglieder den größten Spielraum. Und diese äußeren Bedingungen der freien Bedarfswahl erfüllt vor allem die sozialistische, durch alle Hilfsmittel der Technik unterstützte Herstellungsweise der Gebrauchsgüter.

Ferner fällt mit der Beseitigung der wirthschaftlich ausbeutenden und ausgebeuteten, der herrschenden und beherrschten Klassen eine Hauptschranke der freien Bedarfswahl. Der Bourgeois mag tiefsinnend, ein zweiter Herkules am Scheidewege, zwischen Roastbeef und Hasenbraten wählen, der besitzlose Arbeiter und Handwerker muß zu den billigsten Nahrungsmitteln greifen, zu denen er sicherlich nicht, wenn er hätte „frei" wählen können, seine Zuflucht genommen hätte. Ihr dürftiger Lohn, ihr kümmerlicher Verdienst gestattet diesen Volksklassen keine andere Wahl. Sie müssen sich mit Kartoffeln, Heringen, schlechtem Brod und wenigem Fett den Magen stopfen. Ihre freie Bedarfswahl ist ganz illusorisch. Mit der Größe des Einkommens erweitern sich nun stetig die Grenzen, welche einem Berufsthätigen in der freien Wahl seiner Bedarfsartikel gesetzt sind. Denken wir uns eine Gesellschaft, in der die hohen, auf dem Monopolbesitz an Produktionsmitteln basirenden Kapitaleinkommen beseitigt, in der die individuellen Einkommen möglichst — wohl verstanden möglichst — den Arbeitsleistungen (der Anstrengung, der Gefahr, der Unannehmlichkeit derselben) angepaßt sind, so haben die arbeitenden Glieder der Gesellschaft wegen ihres bedeutend gestiegenen Einkommens über einen ganz anderen Fonds von Gebrauchs- und Luxusgegenständen zu verfügen, wie heute. Wenn die zukünftige sozialistische Ge-

sellschaft den größeren Massen nur eine viel reichlichere gesündere Nahrung gewährleisten würde, wie heute, so hätte sie damit schon ihren Vorzug vor der kapitalistischen Gesellschaft bewiesen. Und gerade ihre rationellere Wirthschaft, ihre Erzeugung der Gebrauchsgüter im Großen würde die Volksernährung auf eine ganz andere, breite und solide Grundlage stellen, wie heute. Daran, daß dereinstmals ein raffinirter, sich nach einer ganz besonderen Käsesorte sehnender Schnabel nicht volle Befriedigung seines Gelüstchens finden würde, daran wird die Frage nach einer besseren Ernährung der großen Volksmassen wahrhaftig nicht scheitern.

Nun ernährt der Sozialismus nicht nur die Volksmassen besser, er gestattet ihnen auch eine viel freiere, ihren gesteigerten Einkommensverhältnissen entsprechende Bedarfswahl. Kennt das Volk besser wie heute die Bedeutung, welche diese oder jene Lebens- und Genußmittel als Kraftquellen für seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten haben, so wird sich eine größere Regelmäßigkeit in dem Verbrauche der verschiedenen Lebensmittel einstellen. Die zu erzeugende Menge der Gebrauchsgüter wird dadurch leicht feststellbar und leicht produzirbar sein.

Indem der Sozialismus so auf allen Gebieten der menschlichen Thätigkeit dem Individuum eine viel größere Freiheit der Entwickelung gestattet, wie wir ausführten, stellt er sich zugleich als eine höhere Form des Individualismus dar, als die heutige sogenannte „individualistische", liberale Gesellschaftsordnung.

Er zerbricht die Schranken, die sich der Entfaltung des Menschen zu einem freien, vollwerthigen Individuum entgegenstellten, indem er ihn aus der Trittmühle der ewigen, alltäglichen Berufsarbeit entfernt, aus der engen Zwangsjacke des Klassenvorurtheils, der Klassenmoral befreit.

Köpfe und Charaktere voller Eigenart wird die Gesellschaft der Zukunft in Hülle und Fülle entwickeln, weil sie nicht von vornherein diese Köpfe und Charaktere durch bestimmte Klassenschablonen preßt.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

I. Serie. — 7. Heft.

Junker und Bauer.

Zur Entwickelung unserer Agrarverhältnisse.

Eine sozialpolitische Studie

von

Paul Kampffmeyer.

Preis 15 Pfennige.

Berlin 1894.

Verlag der Buchhandlung des „Vorwärts".

(Th. Glocke.)

Inhalt:

	Seite
Der alte gemeinfreie Bauer, seine politische und wirthschaftliche Stellung	5
Der Untergang der alten Naturalwirthschaft, die aufkommende Geldwirthschaft. Feudale und kapitalistische Ausbeutung. Das Bauernlegen, die Einführung der Leibeigenschaft .	7
Die Geschichte des Auskaufens und Legens der Bauern im einzelnen	10
Die Uebermacht des Adels, an ihr scheiterten alle versuchten staatlichen Reformen	13
Der Stand der Bauernfrage zu Beginn des 19. Jahrhunderts	17
Die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung. Für ganze Klassen des Bauernstandes bedeutete sie einfach Enteignung, große Massen blieben von ihr ganz unberührt. Zugeständniß um Zugeständniß an den Adel	19
Das Gesammtergebniß der ganzen „Bauernbefreiung" bis 1848	26
Die Entwickelung nach 1848	29
Die Bauern, die französische Revolution und die preußische Reform	31

Berichtigung:

Die Anmerkungen 1 auf Seite 11 und 1 auf Seite 12 sind mit einander zu vertauschen.

Junker und Bauer.

I.

Wie ein Märchen „aus uralten Zeiten" wird heute dem Bauer die Geschichte seiner Vergangenheit erscheinen.

Und es ist wahr, wie fast unglaublich ist es, daß der heutige unselbständige, vom Landrath, Pfarrer und Gemeindevorsteher willkürlich geleitete Mann der Nachkomme jener starken gemeinfreien Bauern ist, die einst mit kräftiger Hand ihre wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse selbst gestalteten! Sie, die starken, wie aus Stein gehauenen Träger der alten Gemeinwesen sind jetzt bloße Steinstufen geworden, auf welche jedermann verächtlich tritt.

In öffentlichen Versammlungen regelten die alten gemeinfreien Bauern dereinst ihre Gemeindeangelegenheiten selbst. Sie trafen selbst die nöthigen Maßregeln zur Beschirmung der Flur und übten in eigener Person die „Wohlfahrts-, Sicherheits- und Sittenpolizei" aus.[1]) Kein grimmbärtiger, stetig schnauzender Dorftyrann, vor dem alle Welt ehrfurchtsvoll den Hut lüftete, besorgte damals allein diese Gemeindeangelegenheiten. Gewiß, es gab auch einen sogenannten Vorsteher. Aber dieser wurde alle Jahre von den Dorfgenossen selbst gewählt, er war nur das willfährige, ausführende Organ derselben.

Diesen Genossen, Nachbaren oder „Märkern", wie sie hießen, gehörte gemeinsam Wald, Wiese und Weide, kurz das gesammte Land mit Ausnahme dessen was den einzelnen Genossen zur Nutznießung oder zum Eigenthume überwiesen war. Frei fischten alle berechtigten Mitglieder

---

[1]) Hanssen, Agrarhistorische Abhandlungen II, 85—87 &c.

der Gemeinde, der „Mark", in den Strömen und Seen, frei jagten sie in den Gemeindewäldern.

Sie thaten zur Vertheidigung des Vaterlandes den Kriegsdienst zu Pferd und Fuß in früherer Zeit. Ihre staatlichen Abgaben waren nur gering. Die gemeinfreien Bauern der Altenhaslauer Mark zahlten noch im 14. Jahrhundert nur 70 Pfund Heller als Schutzgeld an den öffentlichen Beamten und stellten „für die Reisen des Kaisers ein geliehenes Pferd, um ihre Unterwürfigkeit unter Kaiser und Reich zu beweisen".[1])

Ja selbst als im Laufe der Entwickelung die freien Bauern ihre Selbständigkeit und Freiheit einbüßten, verloren sie nicht das Recht, ihre wirthschaftlichen Angelegenheiten selbständig zu regeln. Selbst die grundherrlichen Dorfschaften wurden nach Hanssen (II, 87) „nicht an der autonomen Handhabung ihres Feldwesens gehindert."

Ferner trug das Abhängigkeitsverhältniß zwischen dem adligen Herrn und dem hörigen Bauer keineswegs solche brutalen Züge an sich wie im 17. und 18. Jahrhundert. Die Bauern hatten ein anerkanntes Erbrecht an ihren Gütern, sie konnten nicht willkürlich von Haus und Hof gejagt werden. Die Angehörigen eines Frohnhofes saßen selbst noch häufig zu Gericht über die Vergehen ihrer eigenen Genossen, allerdings unter dem Vorsitz des gnädigen Herrn oder seines Beamten.

Im allgemeinen erfreuten sich auch damals noch die Bauern infolge der steigenden Erträge der Landwirthschaft eines gewissen Wohlstandes. Dieser prägte sich deutlich in ihren lärmenden Festlichkeiten und Belustigungen aus. Wie ein grämlicher scheelsüchtiger Greis begeiferte schon der Minnesänger Nithart die bäuerlichen luxuriösen Schwelgereien. Aus Trinkgesängen, Liebes- und Tanzliedern sprudelte damals die ausgelassene Lebenslust des Volkes hervor.

Und wahrlich, diese Lebenslust schuf sich eine eigenartige kraftstrotzende Poesie. Kein Geringerer als Gervinus sagt von dieser Volksdichtung: „Was mit aller Anstrengung der Mönche, der Ritter, der ansässigen Handwerker und

---

[1]) G. L. v. Maurer: Geschichte der Markenverfassung 2c.

Gelehrten die Dichtung nicht im Kloster, nicht in der Stube erlangen konnte, das fiel ihr in der Ungebundenheit des niederen Volkes von selbst zu. Die Freiheit, die Zwangslosigkeit, ja selbst die anarchistische Zügellosigkeit schlug ihr (der Dichtung) im ersten Augenblicke dieser großen Revolution zur Zierde an; was ihr die Heiligkeit des einen Standes und die Sinnigkeit und der Adel des anderen nicht geben konnten, das gab ihr der Leichtsinn, die Sinnlichkeit, die Derbheit und der unverwüstliche Humor der unteren Stände."[1])

Ein großartiges Zeugniß, nicht wahr, von der genialen urwüchsigen Kraft des damaligen Volkes!

Und diese verdankte es seinem materiellen Wohlstande, der ihm frisches Lebensblut in die Adern und das Gehirn trieb.

Mit Recht hebt Schmoller in einem Aufsatze über die „soziale Entwickelung Deutschlands und Englands" die Wohlhabenheit der deutschen Bauern vom 11. bis 14. Jahrhundert hervor.[2])

In Norddeutschland blühte diese nach Fr. Engels noch länger fort.

* * *

Wir mußten uns ein möglichst anschauliches Bild von den damaligen bäuerlichen Verhältnissen zu machen suchen, um die riesige Umwälzung, welche sich später auf diesem Gebiete vollzog, besser verstehen zu können. Schritt für Schritt werden wir diesen Umwälzungsprozeß verfolgen.

II.

Wir haben gesehen, daß die Grundlage der alten bäuerlichen Wirthschaft das Gemeineigenthum war.

Selbst nach Entstehung der Hörigkeit und Leibeigenschaft blieb es die Stütze derselben. Bei der vorwiegenden Viehzucht und dem noch unentwickelten Ackerbau der damaligen Zeit konnten die bäuerlichen Einzelwirthschaften nicht ohne gemeinsame Weiden, Wiesen, Wälder rc. bestehen. Ferner war die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit

---

[1]) G. G. Gervinus, Geschichte der poetischen National-Literatur II, 310.

[2]) Jahrbuch für Gesetzgebung rc. XII, 204.

noch so unbedeutend, daß die Bauern auf gegenseitige Unterstützung angewiesen waren. Der Kommunismus der Vergangenheit war durchaus nicht das Produkt großartiger, schwärmerischer Gefühle des Menschen für „alles das, was Menschenantlitz trägt“, nein er war eine nüchterne, hausbackene wirthschaftliche Nothwendigkeit.

Die Lebensverhältnisse der Bauern hingen von einer gewissen Gemeinsamkeit und Gleichmäßigkeit der Wirthschaft und der wirthschaftlichen Arbeit ab. Ueberall trat dieser Zug der Gemeinsamkeit, der Gleichmäßigkeit hervor.

Anfänglich theilten die Bauern möglichst gleichmäßig den Boden auf, den sie aus dem Gemeineigenthum ausgeschieden hatten. Jeder vollberechtigte Bauer erhielt auf dem guten, mittleren und schlechten Boden ein gleich großes Stück angewiesen. Daher hat sich noch bis auf unsere Zeit jene ungeheuerliche Zerstückelung des bewirthschafteten Bodens erhalten. Der Besitz der Bauern lag an zahlreichen Orten verstreut.

In der Provinz Posen z. B. in den städtischen Feldmarken war es „nichts ungewöhnliches, daß ein Besitzer von 60 Morgen diese in 30 verschiedenen Stücken besaß, welche nicht selten in der Breite von einigen Ellen sich durch die ganze Feldmark auf eine Länge von 1/4—1/2 Meile erstreckten.“ [1])

Erst unsere Zeit hat eine ganz neue Vertheilung des Grund und Bodens hervorgerufen, sie hat dem Bauer ein möglichst abgeschlossenes, einheitlich zu bewirthschaftendes Gebiet durch Zusammenlegen der zerstreuten Grundstücke zu schaffen gesucht. Doch noch heute giebt es viele zerstückelte, buntscheckige Fluren.

Die alte bäuerliche Wirthschaft produzirte fast alles, was der Besitzer derselben gebrauchte. In selbstgewebten und selbst zugeschnittenen und genähten Röcken ging die Bauernfamilie meist einher. Die Bauern führten daher wenige Produkte ein und aus.

Waren sie dienst- und abgabenpflichtig, so leisteten sie dem adligen Herrn die vorgeschriebenen Dienste und traten an ihn bestimmte Erzeugnisse ihrer Wirthschaft in natura

---

[1]) J. Klebs: Landkulturgesetzgebung im Großherzogthum Posen, S. 289.

ab. Dieser war zufrieden, wenn er mit seiner Umgebung reichlich zu essen und zu trinken hatte. Seine Magenwände bildeten gewissermaßen die Grenzen der Ausbeutung seiner hörigen und leibeigenen Arbeitskräfte. Dieser Magen konnte sehr groß sein, jedoch er war nicht grenzenlos wie der Magen des heutigen Weltmarktes. Er war schließlich zu stopfen. Feudale Eßlust setzten der Produktion ganz andere Schranken als kapitalistische Gewinnsucht. Die Produktion ins Unermeßliche charakterisirt erst unsere Wirthschaft.

Weßhalb sollte auch der Feudalherr über seine Bedürfnisse hinaus produziren lassen? Bei dem noch unentwickelten Waarenhandel konnte er die Erzeugnisse seiner Hörigen gar nicht oder wenigstens sehr schwer in Geld verwandeln; er mußte sie aufzehren oder verderben lassen. Erst die Produktion für den Markt gestaltete diese für den Bauer so günstigen Verhältnisse um. In den Städten entfalteten sich Handwerk, Waarenhandel und Verkehr. Wohlleben und Luxus knüpften sich an diese Fortschritte der Leistungsfähigkeit menschlicher Arbeit. Wollte der Adel an dieser Steigerung der Lebenshaltung theilnehmen, so mußte er fleißig produziren lassen und die Produkte auf den Markt bringen, um mit denselben die Erzeugnisse der städtischen Bevölkerung einzutauschen; denn fortnehmen konnte er sie dieser nicht mehr. Die Ergiebigkeit seiner Wirthschaft konnte er aber nur durch Vermehrung der Lasten und Dienste seiner Hörigen erhöhen. Je mehr sich daher die Produktion für den Markt, die neue Geldwirthschaft entwickelt, je mehr nehmen die Dienste, Abgaben und Leistungen des Bauernstandes zu.

Das Wirthschaftsgebiet des Feudalherren war nun häufig über größere Landstriche hin verstreut. Er mußte daher, um seine Wirthschaft nachhaltiger betreiben zu können, sie abzurunden suchen. Aber da waren ihm die vielen kleinen Bauerwirthschaften, die sich auf diesem Gebiet befanden, im Wege. Sie schränkten die unter einheitlicher Leitung stehenden Großwirthschaften gewaltig ein. Sie mußten verschwinden. Daher suchte der Adel den Bauer auszukaufen oder zu legen.

Aber mit der Wirthschaft verschwand häufig zugleich

der Bauer, d. h. die auszubeutende Arbeitskraft. Der Ritter war daher gezwungen, ihn gesetzlich an die Scholle zu fesseln. Diesem Zwecke entsprach die Einführung der Leibeigenschaft.

Welches Band kettete denn jetzt den Bauer noch an sein geraubtes Hab und Gut? Er ging auf und davon, ließ den adligen Herrn auf seiner Scholle sitzen und suchte auswärts sein Fortkommen. Daher wurde z. B. in Schleswig-Holstein die Leibeigenschaft auf dem Wege „gewaltsamer Unterdrückung des Bauernstandes" eingeführt. In den preußischen Provinzen meist ebenfalls. — Eine Gewaltthat zog die andere nach sich.

III.

Jetzt sehen wir uns einmal im einzelnen die Geschichte jener gewaltigen Besitzumwälzungen in Preußen selbst an.

So lange die alte Naturalwirthschaft noch bestand, lebte der Bauer ruhig, sicher und froh seine Tage dahin. Eine ausgelassene Lebenslust, ging, wie wir gesehen haben, durch das Volk. Nichts von jener erbärmlichen Knechtsseligkeit, nichts von jenem greisenhaften Stumpfsinn, nichts von jener schläfrigen Gleichgiltigkeit unserer heutigen kleinen Bauern und Landarbeiter!

Erst jene brutalen Eingriffe des Adels in die Freiheit und das Eigenthum des Bauern beugten demselben den starren Nacken und raubten ihm den unabhängigen Sinn.

Auf der Insel Rügen hob noch im 16. Jahrhundert der Bauernstand stolz sein Haupt empor. Er wollte, wie der damals lebende Historiker Kantzow schrieb, „dem gemeinen Adel nichts nachgeben." Im Anfang des 19. Jahrhunderts dagegen war er gänzlich zu Boden getreten, da war er halb versklavt. Es hatte den Junkern wahrhaft viel Mühe gemacht, den kollektivistischen „Bauernschädel" mürbe zu machen, denn diese Bauern hatten wenigstens noch einen harten Schädel, bevor die schweren Sorgen um die Existenz und die ständige Furcht vor Gerichtsvollziehern und Steuerbeamten denselben halb zermalmt hatten! Aber der „antikollektivistische Schädel" des heutigen Bauern, von dem der Exminister Schäffle so viel Auf-

hebens macht, ist biegsam und schmiegsam, er kann in alle Formen gebracht werden. — Noch zur Jugendzeit des patriotischen Dichters Arndt wurden mehrere Dörfer auf der Insel Rügen fortgefegt, und die Einwohner derselben mußten „als arme heimathlose Leute" von dannen ziehen. — „Ja es gab Edelleute, welche große Dörfer auf Spekulation kauften, Wohnungen und Gärten schleiften, große und prächtige Höfe bauten, und diese dann mit dem Gewinne von 20—30 000 Thalern verkauften. Infolge dessen brachen an mehreren Orten Bauernaufstände aus, einige Mal fand man die Pächter „wie Tiberius durch nächtliche Ueberfälle unter Kissen erstickt."[1])

In Pommern räumte der Adel gründlich mit den Bauern auf. Nicht minder der dreißigjährige Krieg mit seinen Verwüstungen. So gingen denn seit 1628 zirka 12 000 Bauernhöfe ein.[2]) — In einer abscheulichen Lage befand sich der pommersche Leibeigene. Entlief er seinem Herrn, so konnte dieser nach der Gesindeordnung von 1646 „seinen Namen auf den Kak oder Galgen schlagen lassen" — er konnte demselben auch „durch den Scharfrichter ein Brandmal auf den Backen brennen lassen, wenn er ihn wieder ertappte."[3])

In der Altmark, dem Havelland, dem Barnim, der Zauche waren die Bauern im erblichen Besitz ihrer Güter. Es mangelte hier gänzlich an Nachrichten von Leibeigenen, wie uns Riedel in seiner Geschichte „der Mark Brandenburg um 1250" mittheilt. Im 16. Jahrhundert hatte sich hier der Adel, wie viele Landtagsabschiede beweisen, das Recht erworben, seine Bauern auskaufen zu können. Mitte des 17. Jahrhunderts griff das Bauernlegen in der Mark um sich: „Nun wurde nach der Mitte des 17. Jahrhunderts behauptet, daß Leibeigene aus den ihnen eingethanen Höfen nach Willkür des Herrn herausgeworfen, auch nach dessen Belieben mit höheren anderen Diensten belastet desgl. dessen Straf- und Züchtigungsrecht unterworfen werden dürften."[4]) Häufig mußte sich daher der märkische

---

[1]) Siehe E. M. Arndt: „Erinnerungen aus dem äußeren Leben."
[2]) Archiv der politischen Oekonomie von Rau. IV. Hanssen.
[3]) Sugenheim: Aufhebung der Leibeigenschaft in Europa. 1861.
[4]) E. Reimann: Neue Geschichte des preuß. Staates. Bd. 2. S. 435.

Bauer von Tag zu Tag mühsam durchhungern. „Der Bauer muß allen Fleiß anwenden — bemerkt Roden — um sich kümmerlich zu behelfen, wenn er sich ehrlich ernähren und durchbringen will, zumal wenn er sonst nichts anderes als sein eigenes Wohnhaus und Hofgebäude nebst dem dazu gehörigen Acker im Vermögen hat.“[1])

In Schlesien namentlich Oberschlesien hatten sich wahrhaft grauenvolle Zustände durch die brutalen Eingriffe des Adels in das bäuerliche Besitzthum entwickelt. Halb nackt lief der oberschlesische Leibeigene herum, halb thierisch waren alle seine Lebensgewohnheiten. Sie arbeiteten, wie sie selbst sagten, lieber zehn Jahre im Zuchthause als zwei Jahre unter der Herrschaft.

Wir können hier leider nicht das düstere Gemälde dem Leser vorführen, welches Professor Knapp in seiner „Bauernbefreiung“ an der Hand einer zeitgenössischen Schilderung entwirft.

In Ostpreußen sank der Bauer nach den unglücklichen Kriegen des Ordens mit Polen immer tiefer und tiefer in die Bande der Knechtschaft. Vom 16. bis ins 18. Jahrhundert hinein konnte der Herr „seine Leibeigenen gleichwie Sklaven an andere Herrn veräußern ohne gleichzeitige Ueberlassung von Grund und Boden.“[2]) — Der so rechtlos gemachte leibeigene Bauer konnte natürlich willkürlich von Haus und Hof verjagt werden.

In dem später von Preußen „moralisch eroberten“ Schleswig-Holstein wurde das Bauernlegen, das Bauernauskaufen so allgemein vom Adel geübt, daß es kaum noch, wie Professor Hanssen unumwunden erklärt, „der speziellen Belege für den allgemeinen Entwickelungsprozeß bedarf, durch welchen die adeligen Güter entstanden und vergrößert worden sind.“[3]) — Die Leibeigenen in Schleswig-Holstein wurden häufig wie Sachen behandelt, man erzählt sich sogar, daß die gnädigen Herrn um sie gespielt und sie gegen Jagdhunde ausgetauscht

---

[1]) Lette und Rönne Landeskulturgesetzgebung des preuß. Staates I. XVII.

[2]) Zeitschrift der Savigny-Stiftung IX. W. v. Brünneck Leibeigenschaft in Ostpreußen.

[3]) J. Hanssen: Aufhebung der Leibeigenschaft ꝛc. in Schleswig-Holstein 1861.

hätten (Hanssen S. 16). Ein vortreffliches Erziehungsmittel der Bauern zum Fleiße und zu allen christlichen Tugenden war „das gefesselte Sitzen auf dem vor dem Herrenhause paradirenden hölzernen Esel". Entlaufene Leibeigene wurden, da sie der Herrschaft einen Diensteid geleistet hatten, als meineidige Verbrecher behandelt.

In Pommern, in Schlesien, in der Mark, in Schleswig-Holstein, in Preußen ging der Adel dem edlen Handwerk des Bauern„legens" nach.

Durch einen gewaltsamen Expropriationsprozeß sind daher zum großen Theil die Rittergüter der jetzigen preußischen Monarchie gebildet worden.

Sehr erheblich trug der dreißig-jährige Krieg zu ihrer Vergrößerung bei. Diesen „modernen Rittern" erschienen „die irdischen Besitzthümer" noch in einem so „begehrenswerthen Lichte", daß die preußischen Könige mehrfach gegen dies moderne wieder auflebende Raubritterthum einschreiten mußten. Friedrich II. erließ im Jahre 1749 ein strenges Verbot gegen das Bauernlegen. Doch diese Ritter gingen durchaus nicht so in den Wünschen des Thrones auf wie die heutigen Ritter des Militär-Wochenblattes. Schon 1764 mußte Friedrich II. das Verbot des Bauernlegens verschärfen.

Leider läßt sich nicht annähernd bestimmen, wie viele Bauernhöfe durch den Adel vom 16. bis Anfang des 19. Jahrhunderts gelegt worden sind.

Ein anderes Schicksal als diesen Bauern, welche einer adligen Herrschaft unterstellt waren, wurde den Bauern der königlichen Domänen zu theil. Ihre Besitzrechte waren durch die Bemühungen der Krone schon im 18. Jahrhundert bedeutend befestigt worden. Am Anfang unseres Jahrhunderts befanden sie sich im Besitz eines festen Erbrechts.

IV.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts schmachteten also noch ganze Klassen des Bauernstandes in den Banden der drückendsten, abscheulichsten Knechtschaft. Kein preußischer Hofhistoriker, glauben wir, hat selbst angesichts dieser

Daten den Muth dieses Unterthänigkeitsverhältniß zwischen Junker und Bauer ein patriarchalisches zu nennen.

Ein hochadliger Herr, Herrmann Graf zu Dohna, charakterisirt einmal sehr treffend diese gute alte patriarchalische Zeit. „Es war die gute alte Zeit, wo die Gutsherrn den größten Theil ihres Lebens der Jagd und der Gastfreiheit für ihre Standesgenossen widmeten; wo sie eine Ehre darin suchen mußten, ihre Gäste unter den Tisch zu trinken; wo aus den Fenstern des herrschaftlichen Schlosses Jubel und Becherklang ertönte, und unter den Fenstern der Stock des Frohnvogts schwirrte.“ [1])

Diese Bauern waren meist persönlich unfrei, waren an die Scholle gefesselt. Sie hatten kein festes Erbrecht, denn die Junker suchten ihnen dasselbe überall da zu rauben, wo materielle Vortheile für sie in Frage kamen.

Diese Zustände waren dringend reformbedürftig. Hier war der Sozialreform eine wahrhaft großartige Aufgabe gestellt. Hier galt es, hunderttausenden von Bauern die Freiheit zu geben, aber eine Freiheit mit einer soliden Eigenthumsgrundlage, so zu sagen mit einem tüchtigen Fundament von Fleisch und Brod, nicht die Freiheit des existenzlosen Vagabunden oder des besitzlosen Lohnarbeiters.

Die Schöpfung freier, besitzender Bauern wird nun der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung im allgemeinen nachgerühmt.

Wir werden sehen, daß die schöne Legende von der Rettung und Wiedergeburt des Bauernstandes durch diese Gesetzgebung vor unseren Augen in ein Nichts zerfließt, wenn wir uns die Hauptzüge derselben an der Hand des Knappschen Werkes über die „Bauernbefreiung“ vor Augen führen. [2])

Wir wollen hier nicht trübsinnig den Kopf über die systematische Abschlachtung der Bauern zur Erde senken, wir wollen auch nicht in den bekannten politischen Waschweiberton verfallen, indem wir für die betrübenden Re-

[1]) Die freien Arbeiter im Preußischen Staate von Herrmann Graf zu Dohna. 1847. S. 12/13.

[2]) G. Fr. Knapp, Professor in Straßburg: „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter ꝛc.“ 1887.

sultate der preußischen Agrargesetzgebung diese oder jene Männer verantwortlich machen, nein wir bemühen uns nur, die Nothwendigkeit für einen solchen wenig erhebenden Erfolg der Gesetzgebung nachzuweisen.

Wir haben gesehen, daß selbst der Adel den Bauernschutzedikten Friedrichs II. Trotz bot. Es ließ sich eben nicht erfolgreich gegen eine so starke, ökonomisch wohl organisirte Macht wie die des preußischen Adels ankämpfen. Viel weniger wie Friedrich II. vermochten seine Nachfolger den Kampf gegen das Junkerthum zu führen. Gewiß, sie waren unumschränkte absolute Machthaber. Aber gerade der absolute Monarch ist wenig Herr der ausgedehnten, schwerfälligen, bureaukratisch-gegliederten Staatsmaschine. Der Monarch ist unumschränkt, aber er hat leider nur fünf Sinne wie der gewöhnliche Sterbliche, er hat nur einen Kopf. Der Unumschränkte kennt also viele Schranken. Seine Kenntniß von den staatlichen Verhältnissen hängt von vielen Ober- und Unterbeamten ab. Und diese sind natürlich in einem Staate, dessen Stärke noch auf einem halb-feudalen Grundbesitze ruht, die Herrn vom Adel und ihre ergebenen bürgerlichen Diener.

Klar führt uns das Verhältniß zwischen absolutem Monarchen und seinen adligen Beamten die Regierung Friedrich Wilhelms II. vor Augen. Durch gewissenlose Minister und Beamte wurde der preußische Staat durch Verschleuderung der südpreußischen adligen und geistlichen Güter um „wahrhaft ungeheure Summen" betrogen.[1]) Der Graf Hoym beispielsweise ließ sich ein Gut, dessen Werth er auf 40 000 Thaler angab, schenken. Die offizielle Schätzung desselben betrug 69 500 Thaler. Jedoch auch diese war noch falsch, denn bald verkaufte er dies Gut für 200 000 Thaler.

Der Minister v. Bischofswerder ließ sich ebenfalls ein Gut zusprechen, dessen angeblicher Werth nur 18 000 Thaler betrug, das er jedoch bald für 115 000 Thaler verkaufte. Welche Unterschleife bei diesen Güterverschleuderungen gemacht wurden, sieht man schon aus diesen Daten. Der Patriot Hans von Held, dem Varnhagen ein schönes Denkmal in seinen Biographien gesetzt hat, bringt in

[1]) Philippson: „Geschichte des preuß. Staatswesens". II, 286.

seinem sogenannten schwarzen Buche genaue Daten darüber herbei. Ueber zwanzig Millionen Thaler wurden nun diese Güter geschätzt, die für ein Butterbrod an Günstlinge der Mätressen und der Minister sinnlos verschleudert wurden.[2]

Man lernt hieraus die Schranken des unumschränkten Monarchen kennen. Der Adel war in Preußen eben noch übermächtig; keineswegs hatte sich dort eine regierungsfähige Bourgeoisie entwickelt. Die talentvollen Vertreter derselben waren meist nur gehorsame Schreibfüchse der königlichen Bureaus. Nirgends äußerte sich in Deutschland damals das Bürgerthum als Klasse, verlangte es als Besitzer dieser oder jener ökonomischen Machtmittel Antheil an der Staatsgewalt.

Und dies wird jedem begreiflich sein, der den durchaus noch kleingewerblichen Charakter der damaligen bürgerlichen Wirthschaftsweise kennt. Diese Bürger waren noch die echten Kleinstädter, wie sie Kotzebue so anschaulich in seinem gleichlautenden Lustspiel beschrieben hat.

Sehr klar hat ein deutscher Zeitgenosse der großen französischen Revolution, Brandes, diese Verhältnisse durchschaut. Er schreibt: „In den deutschen Fürstenthümern giebt es noch keinen genügend-zahlreichen, bemittelten dritten Stand, der als Repräsentant des Städters und Landmanns die Rolle eines brittischen Unterhauses mit Würde spielen könnte. Eine gewisse Independenz (Unabhängigkeit) von seiten der Glücksgüter ist dazu nothwendig erforderlich." Die gebildeten Männer des dritten Standes leben nach ihm meist „von einer landesherrlichen Besoldung." So war nun der Adel die einzig herrschende weil noch ökonomisch stärkste Klasse der damaligen Gesellschaft.

Wir haben diese Klassenverhältnisse hier berühren müssen, um den Gang der preußischen Agrargesetzgebung zu verstehen. Nur dadurch können wir das starke preußische Königthum vor seinen eigenen unbesonnenen, sich überstürzenden Freunden schützen und ihm ungerechte Demüthi-

[2]) Siehe über die südpreußischen Verhältnisse die „Vertrauten Briefe" und „Neue Feuerbrände des Kriegsrath von Köln" — Varnhagen von Ense: „Hans von Held" — „Annalen der leidenden Menschheit" 1801. IX. Heft.

gungen von anderer Seite ersparen, wenn wir die Grenzen seiner Macht hier genau bestimmen. Welche ungerechten Angriffe könnte man gegen das preußische „soziale“ Königthum schleudern, wenn man es für die Agrargesetzgebung verantwortlich machen würde!

* * *

Infolge der brutalen Gewaltthaten des Adels befand sich am Anfang des 19. Jahrhunderts ein großer Theil des Bauernstandes in einer wenig beneidenswerthen Lage. Viele Bauern waren um ihren Besitz gebracht worden, vielen bestritt man das Recht an demselben. Man bemühte sich, sie als bloße Pächter der Güter hinzustellen. Auf diesem oder jenem Gute saßen sie vielfach schon Jahrhunderte lang. Von einem Geschlecht zum anderen war dasselbe übergegangen. Jahr aus Jahr ein hatte die Familie die gutsherrlichen Lasten getragen. Und nun wollte man sie plötzlich wie eine Pächterfamilie behandeln, mit der man einen fünf- oder zehnjährigen Kontrakt abgeschlossen hat und die nach Ablauf desselben das Gut verlassen muß!

Nein, diese Bauern waren keineswegs bloße Zeitpächter. Der Fortbestand der bäuerlichen Dienste, die vielen feudalen Rechte und Pflichten, die sich noch an die bäuerliche Scholle knüpften, bewiesen deutlich, daß sie dies nicht waren. Die Pflicht des Gutsherrn, auf dieser oder jener Scholle eine bäuerliche Nahrung zu erhalten, zeugte deutlich genug gegen die freie Verfügungsgewalt desselben über den bäuerlichen Besitz. Auf diese eigenthümlichen Eigenthumsformen konnte man nicht einfach die römisch-rechtlichen Definitionen vom Eigenthum anwenden, man konnte dem Ritter nicht das Recht der freien Verfügung über den bäuerlichen Besitz einräumen.

Diese Bauernklasse mit mehr oder weniger angefochtenen Besitzrechten brauchte nun der Adel, dem sie zu Spann- und Handdiensten verpflichtet war, dringend für die Bewirthschaftung seiner Güter. So lange nicht eine massenhaft freie ländliche Arbeiterklasse vorhanden war, konnte er die Bauern nicht für seine Wirthschaft entbehren. Waren nun große Massen dieser mitunter sehr leistungsfähigen Bauern selbständig gemacht, konnten sie sich auf ihrem eigenen Wirthschaftsgebiet allein ernähren und

brauchten sie daher nicht auf dem adligen Gute zu schanzen, ja dann verlor der Adel seine unentbehrlichsten Arbeitskräfte.

Beabsichtigte man nun eine Neugestaltung, eine Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse vorzunehmen, so mußte diese im Interesse des Adels in einer solchen Weise bewerkstelligt werden, das ein möglichst großer Theil der Bauern zunächst von dieser Regulirung ausgeschlossen wurde.

Wie erreichte man dies?

Man ließ dem Bauer einfach durch den Mund der Gesetzgebung sagen: Willst du dich aus dem gutsherrlichen Verhältniß befreien, willst du ein moderner freier Eigenthümer werden, gut, so mußt du diese oder jene Bedingungen vorher erfüllen; du mußt z. B. ein größeres spannfähiges Gut besitzen; dein Gut muß ferner schon seit geraumer Zeit im Steuerkataster verzeichnet stehen. ꝛc. ꝛc.

Ferner setzte man vielleicht hohe Entschädigungssummen für den Fortfall dieser oder jener Leistungen an den Gutsherrn fest. Wollte der Bauer sich z. B. von den Verpflichtungen befreien, jährlich an den gnädigen Herrn 20 Scheffel Getreide liefern zu müssen, so schrieb ihm vielleicht die Gesetzgebung vor, mit einem Schlage den zwanzigfachen Betrag dieser Lieferung in Geld zu zahlen.

So konnte man also zahllose gesetzliche Bestimmungen aufstellen, um die Neugestaltung der bäuerlichen Verhältnisse möglichst lange hinzuziehen.

Mit dieser Neugestaltung der gutsbäuerlichen Verhältnisse, mit der Erhebung der Bauern zu freien Eigenthümern und mit ihrer Ablösung von den Feudallasten beschäftigte sich nun die preußische Regulirungs- und Ablösungsgesetzgebung. Wollte diese Gesetzgebung besonders die Interessen des Adels fördern, so mußte sie also, wie wir schon entwickelt haben, möglichst viele leistungsfähige Bauern von der Regulirung und Ablösung ausschließen und über diese den Junkern freie Verfügungsgewalt einräumen. Wenn dann der Besitz dieser Bauern durch alle möglichen erlaubten und nicht erlaubten Kunstgriffe beträchtlich vermindert war, so daß der Bauer sich nicht mehr mit und auf demselben ernähren konnte, dann

durfte man ihn ja freigeben, dann ersetzte der eherne Zwang des Hungers den Dienstzwang.

Wir werden nun sehen, daß die Gesetzgebung die Bahnen wirklich einschlug, welche wir vorher als durch die wirthschaftlichen und politischen Machtverhältnisse nothwendig bedingt nachzuweisen suchten.

V.

Nach der Niederlage von Jena und Auerstädt begriff alle Welt die Nothwendigkeit ländlicher Reformen. Die wirthschaftliche Arbeit in der Form unfreier Zwangsarbeit erwies sich als wenig leistungsfähig, sie mußte durch die sogenannte „freie" Arbeit ersetzt werden.

Das königliche Edikt vom 9. Oktober 1807 verfügte infolgedessen, daß die Erbunterthänigkeit (eine Art Leibeigenschaft) bis zum 10. Martinitage 1810 überall aufgehoben sein sollte.[1])

In bezug auf die Ordnung der ländlichen Eigenthumsverhältnisse gab man am 14. Februar 1808 für Preußen, am 27. März 1809 für Schlesien und am 9. Januar 1810 für Pommern und die Marken genauere Instruktionen heraus.[2]) In diesen opferte die Regierung alle diejenigen Bauernstellen neueren Bestandesauf, welche meist erst die Bauernschutzgesetzgebung in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen hatte[3]) — in Ostpreußen z. B. die nach 1752, in Westpreußen die nach 1774 entstandenen Stellen. Der Adel konnte diese Bauernhöfe einziehen, wenn er die Besitzer „für das etwa bestehende Besitzrecht" entschädigte.

Wie mag nun der Wolf das Schaf entschädigen, der wirthschaftlich Stärkere den wirthschaftlich Schwächeren! Und dann, wie schwer mag in jener Zeit wohl der Nachweis eines „amtlich feststehenden" Besitzrechtes gewesen sein!

Außerdem durfte der Adel die älteren Bauernhufen zu 4—8 Hufen großen bäuerlichen Besitzungen zusammen-

---

[1]) Knapp I, 136.

[2]) Alle diese Instruktionen stimmen „fast ganz" überein. Knapp I, 139.

[3]) Knapp. Die Bauernbefreiung u. s. w. I, 140.

schlagen.[1]) Ferner erlaubte man ihm, Bauernland in adliges Vorwerksland umzuschaffen, wenn er aus einer gleich großen Fläche erbliche Bauerngüter bildete und für diese Abnehmer nachwies.

Welche erheblichen Zugeständnisse an den Adel! Die Gesetzgebung nahm gar keine Rücksicht auf die alten bäuerlichen Besitzer. Sie fragte nicht darnach, geht dieser oder jener Bauer beim Zusammenschlagen der vielen kleinen Besitzungen zu wenigen großen zu Grunde? „Sie sollen, wie Knapp ausführt, nicht etwa im Besitze geschützt; sie sollen nur im Falle der Vertreibung entschädigt; sie sollen nicht zu Eigenthümern gemacht werden, sondern sie sollen künftig eintretenden Erwerbern weichen.“ (I, 141.)

Diese Instruktionen hießen für ganze Klassen des Bauernstandes einfach Enteignung — Expropriation!

Einige wesentliche Bestimmungen konnte zudem der Adel durch Kniffe und Ränke vollkommen illusorisch machen, z. B. die Bestimmung, daß er für jedes neugeschaffene Bauerngut einen bäuerlichen Besitzer nachwies. Diese Besitzer konnten bloße Strohmänner sein, welche für Geld und gute Worte die Rolle der neuen Besitzer auf kurze Zeit spielten und dann freiwillig auf den Besitz verzichteten.[2])

Viele Stimmen erhoben sich gegen die Instruktionen von 1808 und 1809. In einem amtlichen Berichte von 1816 klagte der Kriegsrath Scharnweber, daß ein großer Theil des Bauerstandes „verschwunden wäre, und daß viele Bauern hätten Tagelöhner werden müssen.[3])

---

[1]) Knapp „Bauernbefreiung“ I, 141, 4 Hufen in der Niederung. 8 Hufen in der Höhe.

[2]) Hier mag das Beispiel am Platze sein, das der Agrarhistoriker Hering mittheilt. Ein pommerscher Gutsbesitzer reichte der Regierung einen Plan ein, dem zufolge er sämmtliche Käthnerstellen einziehen und eine bestimmte Anzahl größerer Bauernstellen errichten wollte. Die Käthner müssen nun Haus und Hof verlassen und den Wanderstab ergreifen, obwohl sie stets ihre Kriegslasten und ihre Verpflichtungen gegen den Gutsherrn erfüllt hatten. Diejenigen nun, welche die errichteten Stellen in Empfang nahmen und den hierzu erforderlichen gerichtlichen Akt eingingen, waren nur vorgespiegelte Besitzer; sie verzichteten nachher freiwillig auf die Stellen, und der Gutsbesitzer war Herr der Feldmark. (Archiv der polit. Oekonomie 2c. v. Rau, IV. Band. Aus der Kritik des Hering'schen Werkes von Georg Hanssen.)

[3]) Knapp I, 144.

Nach dem Ausspruche eines unbekannten Schriftstellers vom Jahre 1812 „würden sich die größeren Güter schnell zu unförmlichen Massen angehäuft und die achtbare Klasse der kleinen Ackerbauer schon verschlungen haben," wenn die Besitzer dieser Güter damals genug Kapital gehabt hätten, um auf allem Bauernland die nöthigen Umgestaltungen vorzunehmen. Also nur der Kapitalmangel vieler Junker rettete viele Bauern vor dem Untergange.

* * *

Am 14. September 1811 kam ein neuer Gesetzentwurf über die Regulirung der bäuerlichen Besitzverhältnisse heraus. In diesem wurde eine Klasse der Bauern, die sogenannten Laßbauern, welche ihrer ganzen Vergangenheit nach durchaus nicht mit den Zeitpächtern auf eine Stufe zu stellen waren, mit diesen einfach zusammen geworfen. Sie wurden dadurch in eine sehr ungünstige Stellung gerückt. Diesen unerblichen Laßbauern und Zeitpächtern stellte man die erblichen Laßbauern gegenüber. Die erblichen Laßbauern sollten dann vollkommen freie Eigenthümer ihrer Stellen werden, wenn sie an den Adel ein Drittel ihres Bodens abtraten, die unerblichen Bauern und Zeitpächter, wenn die Hälfte!

Dieser Verzicht der Bauern auf ein Drittel oder die Hälfte ihres Besitzes bedeutete für sie häufig ihren Untergang als selbständige Landwirte. Selbst die kurmärkische Regierung gab um dieselbe Zeit zu, daß der Bauer häufig nicht mit drei Vierteln der Grundfläche bestehen könnte und daher in Gefahr stände, „Tagelöhner" zu werden.[1]) Nun aber sollte er gar nur mit zwei Dritteln oder der Hälfte seines Bodens fortwirthschaften!

* * *

Trotzdem diese Gesetzgebung ein so willfähriges Ohr den Wünschen des Adels geliehen hatte, gab sich der letztere dennoch nicht zufrieden.

Wollte doch die Gesetzgebung wirklich Ernst mit der Ablösung der Bauern machen, indem sie nach einer zweijährigen, für gütliche Vereinigung gestellten Frist selbst energisch die Regulirung der bäuerlichen Besitzverhältnisse in

---

[1]) Knapp I, 170.

die Hand nehmen wollte. Ferner: beabsichtigte nicht die Gesetzgebung die freie Verfügung des Adels über die Bauernäcker einzuschränken?

Die Junker suchten daher die Wirksamkeit der Gesetzgebung an allen Ecken und Enden zu lähmen.

Die Gutsbesitzer Ostpreußens, die Stände der Kreise Lauenburg, Belgrad, Neustettin, Dirschau, Rastenburg ꝛc. bestürmten die Regierung mit Bitten, diese oder jene Bestimmung der Gesetzgebung umzugestalten. In jener Zeit „fremdländischer Knechtschaft" hatte der patriotische Adel nichts besseres zu thun, als gegen die Pläne der Regierung zu intriguiren, um dem Bauer noch lange Zeit die Wohlthaten einer inländischen Knechtschaft zu erhalten. Die Gutsbesitzer des Stolpe'schen Kreises jammerten gottserbärmlich darüber, daß sie nach den Regulirungen bei jedem „Schritt und Tritt auf fremdes Eigenthum treten würden." „Unsere Güter werden uns zur Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Eigenthümer unsere Nachbarn sind." Das glauben wir den Herrn, unabhängige Eigenthümer anstatt besitzloser halbversklavter Bauern! Ja, eine Eingabe ostpreußischer Gutsbesitzer bezeichnete ein Regierungsbeamter selbst als „Frechheit". Der Rath Bülow im Staatskanzleramt schlug sogar vor, die „ausgemittelten Subjekte sowie den Grafen Eulenburg und einen Herrn Kist auf wenigstens acht Wochen der Festung Pillau oder Friedrichsburg zu wohlverdienter Strafe" anzuvertrauen.[1])

Und trotzdem hatte der Adel Erfolg mit seinen Bemühungen. Man intriguirte allseits gegen die Regulirungsgesetzgebung, man gab dem König zu verstehen, daß sie „unter dem giftigen Hauche der französischen Gesetzgebung" entstanden seien.

Schließlich gebot der König eine nochmalige Prüfung der Regierungsedikte. Einer sogenannten Nationalrepräsentation, einer wahren Junkerkammer, wurde das Gesetz vorgelegt.

Diese begann darauf ihre „parteilose" Arbeit. Da nun das fertige Machwerk derselben jedenfalls noch einmal von einer Prüfungskommission der Regierung durchgesehen wurde,

---

[1]) Knapp II, S. 282.

so mußte man aus dieser zu berufenden Prüfungskommision im voraus etwaige Bauernfreunde auszuschließen suchen. Und wirklich, dies gelang! Der tüchtige Kenner der preußischen Agrarverhältnisse von Scharnweber erhielt keinen Ruf in diese Prüfungskammer.

Jetzt betrachten wir einmal das „parteilose" Machwerk dieser Junkerkammer: die Deklaration vom 29. Mai 1816!

Früher nach dem Edikt von 1811 sollten alle bäuerlichen Stellen regulirbar sein. Jetzt nach der Deklaration von 1816 war die Regulirbarkeit an folgende Bedingungen geknüpft:

Erstens mußte die bäuerliche Stelle den Inhaber als selbständigen Landwirth ernähren, sie mußte spannfähig sein.

Zweitens mußte sie in den Steueranschlägen der Provinz katastrirt sein. Infolge dieser Bestimmung konnten alle die Ackernahrungen eingezogen werden, welche auf Vorwerksland gebildet waren und keine Steuern trugen. Außerdem standen kleinere Stellen häufig nicht im Kataster, weil der Gutsherr die von den Bauern gezahlten Steuern oft an den Staat abführte.

Drittens mußten die Bauernstellen alten Bestandes sein. Hiermit ließ man alle die zahlreichen Besitzungen fallen, welche der Bauernschutz der preußischen Könige in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen hatte. Man setzte einen Zeitpunkt fest, und erklärte dann die Stellen für „älteren Bestandes", die schon vor diesem existirten. Und zwar wählte man mit ausgesuchter Heimtücke gerade solche Zeitpunkte aus, wo „der Bestand an Bauern am kleinsten war".[1])

Viertens mußte noch auf der bäuerlichen Stelle die gutsherrliche Verpflichtung steter Wiederbesetzung derselben im Falle der Erledigung ruhen. Diese Bestimmung war weniger wirksam als die vorhergehende.

Demnach waren alle nicht spannfähigen Bauernnahrungen ohne weiteres dem Adel geopfert worden. Ferner von den spannfähigen Nahrungen folgende Klassen: die spannfähigen neueren Bestandes, die nicht kata=

[1]) Knapp „Bauernbefreiung", I, 187.

strirten spannfähigen und schließlich all die spannfähigen Nahrungen, welche nicht unter dem Besetzungszwange standen. Ein schönes Opfermahl! Ein Opfermahl, jedenfalls zu Ehren der bäuerlichen Kämpfer der Freiheitskriege veranstaltet! Der Schutz für alle diese Klassen des Bauernstandes hatte nach der Deklaration von 1816 aufgehört!

Fragen wir zunächst nicht nach ihrem traurigen Schicksal, sondern beschäftigen wir uns mit dem Schicksal der Bauern, welche glücklich über den hohen Zaun gesetzlicher Bestimmungen hinwegkamen, ohne von einem dieser vielen krummen Paragraphenzeichen derselben fest gehalten zu werden.

Diese hatten sich nun mit dem adligen Herrn über die Höhe der an ihn zu zahlenden Entschädigung auseinanderzusetzen. Mit den Normalentschädigungen von 1811, bei denen es sich um die Abtretung eines Drittels resp. der Hälfte des Landes handelte, wurde gebrochen, man setzte dafür im allgemeinen fest, „daß die Entschädigung nach dem besonderen Fall zu bemessen sei".[1] Beide Theile, Ritter sowohl wie Bauer, konnten gegen die Normalentschädigung protestiren, und höhere resp. niedere Entschädigungsansprüche „anregen". Das Regulirungsverfahren wurde auf grund des Antrages eines der beiden Theile eingeleitet.

Suchen wir uns ein Bild von diesem Verfahren zu machen. Zuerst wurde der Acker des Bauern vermessen. Dann erkundigte man sich nach den Lasten, die auf dem bäuerlichen Grundstück ruhten. Dann stellte man dem Bauer eine Urkunde aus über die Größe seines Grundstücks und über die Höhe der abgelösten Leistungen. Dieses Verfahren zog häufig große Kosten nach sich.

Die Einziehung wüster Hufen erleichterte die Gesetzgebung dem Adel wesentlich. Sie beseitigte die Pflicht des Gutsherrn, die Parzelle öffentlich auszubieten, „um etwa einen Annehmer zu finden".[2] Der Justizminister Schuckmann entblödete sich nicht, eine vollkommen unwahre Begründung für die Erleichterung der Einziehung wüster Stellen beizubringen. Er gab an, daß „jetzt nicht mehr wie 1811 die Tendenz des Gutsherrn zur Einziehung der Bau-

---

[1]) Knapp „Bauernbefreiung", I, 193.
[2]) Knapp „Bauernbefreiung", I, 197.

ernhöfe vorherrschend sei, da jetzt (1816) die Kapitalien der Landwirthschaft nicht mehr zuströmen." Wenn es sich um Grund und Boden handelt, sind bodenlose Lügen nicht unangebracht.

* * *

Einen weiteren Schritt zur Umgestaltung der bäuerlichen Verhältnisse that die Ablösungsordnung von 1821. Sie ließ nur für spannfähige Ackernahrung die Ablösung von feudalen Diensten und Lasten zu. Die Ablösung, wohlverstanden, änderte nichts am Besitzrechte der Bauern; „die Erbzinsleute und Erbpächter blieben nach der Ablösung dies, was sie sind". (Knapp.) Hier handelt es sich nur um die Ablösung von Diensten, feudalen Abgaben, Leistungen ꝛc. Ein zur Ablösung berechtigter Bauer konnte sich z. B. von einer Naturalleistung befreien, wenn er den 25fachen Betrag derselben bezahlte. Diese Ablösungsordnung kam nur den spannfähigen Bauernnahrungen zu gute. „In den Verhältnissen der weit zahlreicheren spannlosen bäuerlichen Nahrungen, insbesondere bei den niederschlesischen Dreschgärtnern, soweit sie spannlos waren, änderte sich also nichts." Die größere Masse der Bauern wurde also durch die Ablösungsgesetzgebung ebenso stiefmütterlich behandelt wie durch die vorher gekennzeichnete Regulirungsgesetzgebung. Man ließ sie einfach noch weiter in den Ketten feudaler Abhängigkeit schmachten.

Und was hätte diese Agrargesetzgebung im Interesse der Heranbildung eines gesunden kräftigen Bauernstandes leisten können, wenn sie sich nicht zum Mundstück des Junkerthums erniedrigt hätte!

In Posen z. B., wo man dem antipreußischen polnischen Adel ein's am Zeuge flicken wollte, ging man schärfer gegen die Grundbesitzer vor wie in den übrigen Provinzen, „um den Bauern, wie es heißt, an die neue Herrschaft zu gewöhnen". Aber was wurde aus den polnischen Bauern in Oberschlesien? Wollte man ihnen die preußische Herrschaft nicht angenehm machen? Sie standen allerdings häufig unter der Fuchtel eines preußischen Adligen; und dies sagte alles. In Oberschlesien beschränkte man 1827 sogar noch die so junkerfreundliche Regulirungsgesetzgebung zu gunsten des Adels. Die oberschlesischen Bauern

(Dienstgärtner) mußten nicht nur „spannfähig“ wie die übrigen Bauern sein, nein sie mußten noch außerdem 25 Morger mittlerer Bodenklasse besitzen, um zu den Regulirungen zugelassen zu werden. Und das Resultat dieser neuen Zugeständnisse an den preußischen Adel war, daß die Regulirungen thatsächlich „nur bei den größeren Bauern eintraten, und daß abgesehen von den großen Bauern in Oberschlesien von 1827—1846 nur 10 Regulirungen zu Stande gekommen sind, so schwer waren die Bedingungen des Gesetzes vom 13. Juli 1827.“ In Posen schuf man dagegen bis 1848 20 086 erbliche Eigenthümer, in den übrigen vier östlichen Provinzen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Preußen nur 45 493.

VI.

Ueberhaupt entstanden durch die gerühmte preußische Agrargesetzgebung bis 1848 nur 70 582 erbliche Eigenthümer mit einem Besitz von 5 158 827 Morgen.[1])

Neben diesen 70 582 Eigenthümern befreiten sich bis zu jener Zeit 289 651 Bauern von feudalen Lasten und Diensten. Wohlverstanden, bei diesen Bauern handelte es sich nur um Ablösung von feudalen Verpflichtungen, von Hand- und Spanndiensten 2c.

Beide Klassen von Bauern, die also „ablösbare“ oder „regulirbare“ Stellen innehatten, erkauften sich mit riesigen Geldsummen, Geld- und Naturalrenten und einer gewaltigen Einbuße an Land ihre „Freiheit“. Sie traten 1 533 050 Morgen Land an den Adel ab, zahlten an Kapital 18 544 766 Thaler und an jährlichen Renten 1 599 992 Thaler in Geld und in natura 249 436 Scheffel Roggen und 10 633 Scheffel in Hafer, Weizen und Gerste. Es wurden hierdurch 5 978 295 Spanndiensttage und 16 869 824 Handdiensttage[2]) abgelöst! Das ist das Resultat des Befreiungswerkes bis 1848!

Die große Masse der kleineren Bauern konnte sich nicht zu Eigenthümern erheben, sie konnte sich nicht

[1]) Meitzen „Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates“, I, 432/433.
[2]) Meitzen I, 432/333.

einmal von den feudalen Lasten ablösen. Wir haben gesehen, daß nur den größeren spannfähigen Bauernahrungen die Ablösungsgesetzgebung zu gute kam; die Million der kleinen Bauern mußte nach wie vor ihren feudalen Verpflichtungen nachkommen, wußte nach wie vor auf den adligen Gütern schanzen.

Noch engherziger wie diese Ablösungsgesetzgebung aber war die Regulirungsgesetzgebung. Nicht einmal alle spannfähigen Stellen, von den unspannfähigen gar nicht zu reden, konnten regulirt werden. Diese mußten spannfähig, katastrirt, alten Bestandes ꝛc. sein, kurz sie mußten eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen, um unter diese Gesetzgebung zu fallen. „Drückender als nach den Vorschriften der Deklaration von 1816, schrieb G. Leuper 1817, kann nun wohl eine Eigenthums-Erwerbung nicht sein." [1]) Die große, übergroße Mehrzahl von Bauern konnte sich daher nicht zu Eigenthümern erheben, sie waren, da die Regierung seit 1816 den Bauernschutz beseitigt hatte, dem Adel auf Gnade oder Ungnade in die Hände gegeben.

Welchem Schicksal gingen nun diese Bauern entgegen? Starb z. B. ein solcher Bauer, so konnte seinen Kindern der Hof aberkannt werden; und der Gutsherr zog ihn ein. „Auf diese Weise sind in Ostpreußen — schreibt Herr von Brauchitsch 1818 aus Königsberg — schon viele Höfe durch richterliche Erkenntniß wüste geworden; und da die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse nur langsam fortschreitet, so können noch viele Wittwen und Unmündige von Haus und Hof getrieben werden." [2])

Häufig kündigten die Gutsherren den Bauern die unregulirbaren Stellen. Und die Gerichte schritten, wie dies aus einem Rechtsfall ersichtlich ist, nicht dagegen ein. „In vielen Fällen — sagt Knapp — dürften sich die Inhaber bei der für sie ungünstigen Entscheidung beruhigt haben."

Viele Bauerngüter wurden ohne weiteres von dem Adel eingezogen. In einem Erlaß des Staatskanzlers Hardenberg von 1817 lesen wir Folgendes: „Nach dem Zeitungsbericht der Stettiner Regierung nehmen viele

---

[1]) Knapp „Bauernbefreiung", I 248/249.
[2]) Knapp I, 277.

Gutsbesitzer in Pommern von der Deklaration vom 14. September 1811 Veranlassung, ihren Bauern die Eigenthumsverleihung zu verweigern und deren Ländereien den herrschaftlichen Vorwerken einzuverleiben. Sogar soll dies mit ganzen Dörfern z. B. Hoetkewiek mit 23 Bauern versucht sein und selbst in Absicht der Bauern und Büdner stattfinden, welche mit Hülfe der vom Staate von 1772—1786 bewilligten 1 161 325 Thlr. Meliorationsgelder auf Vorwerksländereien etablirt sind." Also selbst die mit großen Staatsmitteln geschaffenen Bauerngüter waren nicht vor dem „Legen" geschützt. „Einige der speziellen Fälle, welche der Superintendent Reber von Ostpreußen angeführt und belegt hat, ergeben, daß auch in dieser Provinz eine gleiche Tendenz der Gutsherren herrscht, und daß die Provinzialbehörden dem keineswegs entgegenwirken."[1])

In anderen Fällen benutzten die Gutsherren — wie es in einem Gutachten der Generalkommission für die Kurmark heißt — die Unwissenheit ihrer Untersassen und veranlaßten sie zu erklären, „daß sie ihre Grundstücke in einem Pachtverhältniß besäßen und die Gutsherrschaft darüber schalten, dieselben auch einziehen könnte; worauf dann Zeitpachtverträge mit ihnen abgeschlossen sind, obgleich unzweifelhaft ein gutsherrlich-bäuerliches Verhältniß stattgefunden hat."

In den gedruckten Motiven des Gesetzes von 1850 lesen wir, daß die Aecker der kleinen bäuerlichen Wirthe von den Gutsherren zu ihren Vorwerken eingezogen wurden und die Besitzer derselben in den Tagelöhnerstand treten mußten. „Das Gemeinwohl erfordert, dem weiteren Umsichgreifen solcher Mißstände ein Ziel zu setzen."

So räumte der Adel gründlich mit den Bauern auf. Er zog die besetzten Stellen ein, „gleichgiltig ob durch Vertrag oder, was gewiß seltener war,[2]) durch rechtlich unzulässige Mittel, oder verwandelte die Bauern in Zeitpächter oder wartete schließlich die Erledigung der Stelle durch Todesfall ab und zog sie

[1]) Knapp I, 278.
[2]) Knapp I, 283.

dann ein. Er expropriirte mit deutscher Gründlichkeit.

In Pommern, Schlesien, Brandenburg, Preußen, schuf die Gesetzgebung nur **45 493** bäuerliche Eigenthümer statt allein **60 000** spannfähiger und **161 000** spannfähiger und nichtspannfähiger Bauern, „welche das Gesetz von 1811 dazu gemacht haben würde".[1])

Diese Bauern waren häufig in sogenannte „Insten" verwandelt worden, d. h. in ländliche Arbeiter, welche einige Hufen Land inne hatten und auf dem adligen Gut schanzen mußten, da sie ihre Parzelle nicht ernährte. Der Adel besaß jetzt für seine Güter die erforderlichen „freien Arbeitskräfte".

Als die Revolution von 1848 kam, waren nur noch wenige Bauern zu „retten" und zu freien Eigenthümern zu erheben, sie waren bereits vernichtet worden. Im allgemeinen gab die Revolution der Agrargesetzgebung einen kräftigen Anstoß. Die Bauernaufstände in Schlesien schreckten die Regierung aus ihrem Schlummer auf. Die Minister erkannten die Nothwendigkeit umfassender Agrarreformen an.

Die Frucht der Revolution war die Agrargesetzgebung von 1850. „Sie lag dem Minister Manteuffel wohl nicht ganz am Herzen", drückt sich vorsichtig Knapp aus; „sie schien ihm nothwendig, also führt er sie durch!" Sie war nothwendig durch die Revolution geworden, das ist das Geheimniß. Vierundzwanzig gutsherrliche Berechtigungen fielen sofort ohne Entschädigung.

Es war wirklich noch ein schönes Stück Mittelalter, das da zu Grabe getragen wurde: die Jagdleistungen, die Pflichten der Bewachung der gutsherrlichen Gebäude, die Abgaben zu Taufen, Ausstattungen ꝛc., das Recht, „die Gänse der bäuerlichen Wirthe berupfen zu lassen", die festgesetzten Dienste der Bauern für Reisen des Gutsherrn und seiner Beamten ꝛc. ꝛc.

Ferner erklärte man alle seit 1811 und 1819 bestehenden Bauerngüter für regulirbar, welche „zu einem erblichen Nutzungsrechte verliehen" waren, oder die bei

---

[1]) Schmoller, Jahrbuch für Gesetzgebung: Besprechung des Knapp'schen Werkes. S. 652.

zeitlich beschränkten Nutzungsrechten nach Herkommen mit einem Wirthe stets besetzt werden mußten.[1])

In den Regierungsbezirken Danzig, Stettin und Köslin schloß man im Jahre 1853 alle diejenigen Hufen von der Regulirbarkeit aus, auf denen 1811 nicht die Pflicht geruht hatte, eine Steuer an den Staat zu zahlen.[2]) Dies war ein abermaliges Zugeständniß an die Gutsbesitzer.

Da im Laufe der Zeit nun, wie wir gesehen haben, sehr viele Bauern in Zeitpächter und ländliche Arbeiter verwandelt waren, so hatten nur wenige noch einen Vortheil von der Regulirungsgesetzgebung. Nur 12706 Bauern wurden noch in Eigenthümer verwandelt. Es gab nach Meitzen 1865 83 288 regulirte Eigenthümer mit einem Besitz von 5 511 132 Morgen Land.

Viel energischer wirkte die Ablösungsgesetzgebung von 1850 auf die Beseitigung der feudalen Verpflichtungen des Bauernstandes ein als die von 1821. Während sich bis 1848 nur 289 651 Dienst- und Abgabenpflichtige abgelöst hatten, lösten sich bis 1865 1 303 992, also über eine Million Bauern von Spann- und Handdiensten ab. 366 274 Spanndiensttage und 6 670 507 Handdiensttage wurden von diesen abgelöst. Sie zahlten dafür 19 697 483 Thaler an Kapital, an Rente jährlich 3 890 136, dann noch eine geringe Naturalrente. Außerdem traten sie noch 113071 Morgen Land ab.[3]) Auf die Art und Weise, in welcher die Ablösung erfolgte, wollen wir hier nicht weiter eingehen. Wir geben hier gleich die Resultate der Ablösungs- und Regulirungsgesetzgebung.

Schlägt man die Geldsummen, die Renten zusammen, berechnet man den Kapitalwerth des abgetretenen Landes, so erhält man nach Meitzen ein Kapital von 213 861 035 Thalern.[4]) Sage: 213 Millionen Thaler hatte der Bauer für einen **Theil** des Landes zu zahlen, der ihm einstmal vor dem Zeitalter des Bauernlegens

---

[1]) Knapp I, 226.

[2]) Knapp I, 233.

[3]) Diese Zahlen erhalten wir, wenn wir die Daten der Meitzenschen Tabellen 432/433 und 434/435 mit einander vergleichen.

[4]) Meitzen I, 437. „Boden 2c. des preuß. Staates." Dabei ist der Morgen Kulturland nur zu 20 Thaler, der Morgen Forstland nur zu 10 Thaler berechnet.

und der Agrargesetzgebung gehört hatte, und für die Ablösung von Lasten, die ihm theilweise erst in den letzten Jahrhunderten durch brutale Unterdrückungsmaßregeln aufgezwungen waren.

VII.

Zu wahrhaft überraschenden Resultaten hatte also die Agrargesetzgebung geführt: zur Vernichtung ganzer Klassen leistungsfähiger Bauern, zur Degradation derselben zu unselbständigen ländlichen Arbeitern, zur kolossalen Bereicherung des Adels mit Land und Kapital.

In Frankreich dagegen entstand eine kräftige widerstandsfähige Bauernklasse. Sie warf in der großen Revolution die Feudallasten selbst von der Schulter. Sie gab damals den adligen Herrn keinen Deut für die historisch-überkommenen, mottenfräßigen feudalen Eigenthumsrechte an den bäuerlichen Grundstücken. Sie machte sich eigenmächtig „lastenfrei", sagt Professor Knapp. Dies wa freilich „Umsturz". Aber dieser schuf leistungsfähige Bauern; die preußische gesetzliche „Neuordnung" dagegen arme besitzlose ländliche Lohnarbeiter. Lange haben allerdings auch die französischen Parzellenbauern nicht die Früchte der Revolution zu genießen gehabt. Mit der Entwicklung der kapitalistischen landwirthschaftlichen Massenproduktion schlägt auch für sie die Todesstunde! Die Aera des raceechten kapitalistischen Großbürgerthums bricht jetzt an, deren verhängnißvolle Folgen uns später beschäftigen werden.

Für heute sind wir am Schluß. — Ein wahrhaft tragisches Weltdrama hat sich vor unseren Augen vollzogen: der Untergang des freien Bauernstandes.

Hier, ihr Historiker, ihr großen Stylisten, habt ihr einen würdigen Stoff zu einer gewaltigen historischen Darstellung. Ihr wendet schon den ganzen Theaterapparat an, wenn ihr einen Fürsten „tragisch" untergehen laßt. Woher sollt ih zu dem großen Schauspiel des Unterganges einer ganzen Klasse die nöthige Theatermaschinerie nehmen? Hier könnt ihr den gewöhnlichen Apparat nicht anwenden. Was soll hier der große, auf Stelzen gehende Held, der die ganze Geschichte „macht"; was sollen hier die gewöhn-

lichen romantisch bemalten Leinwandkoulissen, was die bekannte effektvolle bengalische Beleuchtung für die flittergoldigen Kostüme der Hauptakteure, was die Hand voll hurrahbrüllender Statisten, die das Volk vorstellen sollen? Hier muß man das Volk selbst vorführen und statt der falschen romantischen Malerei die gewaltige Wirklichkeit.

Unsere schwachen Kräfte übersteigt eine solche große Aufgabe. Wir haben uns begnügt, an der Hand eines umfangreichen Thatsachenmaterials ein kleines Bild von der tragischen Geschichte des Bauernstandes zu geben.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
I. Serie. — 8. Heft.

Die wirthschaftlichen Umwälzungen
und die
Entwicklung der Sozialdemokratie.

Ein Vortrag

von

Max Schippel,
Mitglied des Deutschen Reichstags.

Preis 15 Pfennige.

Berlin 1894.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.
(Th. Glocke.)

Inhalt:

	Seite
Der durch die moderne Technik nothwendig gewordene Großbetrieb expropriirt den Kleinbesitz	3
Der ehemalige Kleinbesitzer wird jetzt vom fremden Kapital abhängig und mit dem nothdürftigsten Lebensunterhalt abgefunden	6
Durch die Trennung der Arbeit von allem Besitze wird nunmehr eine selbständige Arbeiterbewegung möglich, erst gewerkschaftlicher Art, dann mit politischen, sozialistischen Zielen	10
Welche Bevölkerungsschichten sind heute schon auf den Sozialismus durch ihre Lebensinteressen verwiesen? Das Proletariat der Handarbeit und das geistige Proletariat	15
Die heutige Noth ist eine künstliche, das Kapital nicht nur entbehrlich, sondern bereits zum Hemmniß für die Produktion geworden	27
Ausblick auf die Zukunft	31

Vorkommende Fremdwörter.

Expropriation = Enteignung, Vertreibung aus dem Besitz. — Prädestiviren = vorherbestimmen zu etwas. — Dissonanz = Mißklang, im Gegensatz zu Harmonie = guter Zusammenklang. — Human = menschenfreundlich. — Terrain (spr. töräng) = Boden. — Spezialist = einer, der eine ganz „spezielle" Thätigkeit pflegt und ausübt. — Tribut = erzwungene Abgabe. — Export = Ausfuhr. — Minen = Bergwerke. — Funktion = Verrichtung, Wirksamkeit. — Utopistisch = nicht mit der Wirklichkeit rechneud.

I.

Unser Zeitalter ununterbrochener, früher geradezu unfaßbarer technischer Revolutionen ist zugleich eine Epoche ebenso jäher wie vordem ungeahnter Besitzumwälzungen, welche die Gesellschaft immer schärfer zersetzen in eine lawinenartig wachsende Masse von Besitzlosen, die nur ihre nackte Arbeitskraft noch ihr eigen nennen, und eine über immer ungeheurere Reichthümer verfügende kleine Menge von Besitzenden, denen immer ausschließlicher alle Produktionsmittel zufallen.

Besitz und Arbeit — die Zeit liegt gar nicht so weit hinter uns, wo beide nicht derartig von einander geschieden waren, wie gegenwärtig, und selbst in der Nähe unserer industriell vorgeschrittensten Distrikte finden wir mitunter heute noch Ueberreste, wenn auch verkümmerte und zerbröckelnde Ueberreste der alten Wirthschaftsweise, die sich — harmonischer wie die heutige Welt voll Dissonanzen — auf der Vereinigung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln aufbaute.

In stillen abgeschlossenen Gebirgswinkeln, die noch kein Schienenweg erreichte, in welche die Wellen des modernen Verkehrs noch nicht überschlugen, um alles in den Strudel der Produktion für den Massenabsatz, für den fernen Weltmarkt hineinzuziehen — da tauchen mitunter alte, sonst längst im Strome der Geschichte versunkene Lebensverhältnisse vor unseren Blicken wieder auf.

Da finden wir z. B. in seinem sauberen, blinkenden Häuschen, das ihm vom Vater und Großvater her vererbt wurde, den kleinen Weber alten Schlages, der das Garn — das die Familien seiner Nachbarn, die im Sommer

das Feld bestellen, in den langen Winterabenden spannen — aufkauft und verarbeitet und der seine Waare dann Woche für Woche an seine Kunden abliefert.

Der Mann muß — so gut wie sein Berufsgenosse in der Fabrik der Großstadt — Hände und Glieder in emsiger Thätigkeit rühren, er gewinnt sein Brod nicht aus dem Schweiße Anderer, wie der Aktionär der mechanischen Weberei; er sitzt Tag für Tag lange Stunden in seiner Werkstube, die Kette spannend und den Schützen schlagend. Auch dieser kleine Weber ist Arbeiter.

Aber zu gleicher Zeit ist er auch Besitzer. Das Haus, in dem er schafft und ruht, lebt und stirbt, ist sein Besitz und ebenso der kleine Garten vor der Thür und das Stück Feld draußen in der Flur. Das Garn, das er verwebt, gehört ihm; der Webstuhl, an dem er sitzt, ist sein eigen; über alle Mittel, die zu seiner Produktion nöthig sind, verfügt er selber als Eigenthümer und Herr. Und darum fließt ihm ausschließlich auch der ganze Ertrag seiner Arbeit, der ganze Erlös aus seinem Produkte zu — er hat ihn mit keinem ihm wirthschaftlich Uebergeordneten zu theilen, er hat daraus keinen drückenden Tribut an Andere zu zahlen, die ihn „anstellen“, um ihn auszubeuten.

So lebt er, bescheiden aber doch behaglich, dahin, wie es schon seiner geachteten Väter Art war, und ebenso hofft auch sein Sohn dereinst zu leben. Wenn letzterer augenblicklich auch draußen in der Fremde weilt und Arbeiter, nichts als Arbeiter ist, im Dienste des fremden Meisters stehend und von diesem mit dem bloßen „Lohne“ abgefunden — so bilden diese Lehr- und Wanderjahre doch nur eine Uebergangszeit für den jungen Gesellen. Bald hat er sich die geringe Summe erübrigt, die zur Begründung einer selbständigen Existenz gehört; das etwa Fehlende wird ihm der Vater aus seinem angesammelten kleinen Vermögen und die Mutter aus ihren heimlichen Ersparnissen ergänzen, und dann wird auch er Haus und Feld und Garten, Webstuhl und alle Produktionsmittel sein eigen nennen, dann wird auch er nicht mehr bloß Arbeiter und darum von Fremden abhängig und ausgenutzt, sondern Arbeiter und Besitzer und darum in allen wirthschaftlichen Entschlüssen und Handlungen sein

eigener Herr, niemandem mehr unterthänig und tributpflichtig sein.

So fließt das Dasein dieses Webers dahin, freilich in einförmigem Gange und ohne weiten Horizont, aber auch ohne quälende Sorgen und unwürdige Abhängigkeit.

Aber die Zeiten ändern sich bald für ihn. Drüben am Gebirgsflusse mit seiner bisher ganz ungenutzten Wasserkraft hat man schon seit Monaten fieberhaft gegraben, gehämmert und gebaut. Nun steht das Werk vollendet da vor den staunenden Umwohnern: eines jener fünf- und sechsstöckigen Ungeheuer, wie wir sie in allen Textildistrikten noch aus der Jugendzeit der mechanischen Industrie gewahren. Bald beginnt dieser Riesenapparat sich zu regen, gegen den die Werkstube und der Handstuhl unseres kleinen Webers wie eine Puppenstube zum Spielen erscheinen. Alle Zauber und Künste der modernen Technik sind diesem Wunderwerk einverleibt, schier ohne Arbeit und unerschöpflich entströmen ihm die Gespinnste und Gewebe, die man bisher nur mühsam und in kleinen Mengen in den häuslichen Betrieben herzustellen wußte.

Der kleine Meister hat erst geringschätzig über den neuen Schwindel der Städter gespöttelt. Jetzt stutzt er, als ihm die Konkurrenz mit solcher Kraft auf den Leib rückt, ihn in den Preisen ständig unterbietet und ihm dadurch einen Kunden nach dem anderen abspänstig macht. Der Gegner war also doch ernster zu nehmen! Aber noch hat unser Weber nicht den Muth verloren, er hofft den Wettbewerb bestehen zu können, wenn er in Zukunft auch wird schwerer arbeiten und weniger verdienen müssen. So sieht man ihn denn schon im grauenden Morgen und noch lange nach dem Sinken der Sonne fieberhaft regsam an seinem veralteten Webstuhl thätig, und neben ihm seufzen jetzt auch Frau und Kinder unter dem Joche viel härterer Arbeit; was ihm an mechanischen Hülfsmitteln abgeht, will er durch doppelte Anspannung seines Körpers ersetzen, der hülflose Greis mit seinen Krücken sucht mit dem jungen Riesen neben ihm gleichen Schritt zu halten! Aber immer weiter bleibt er erschöpft zurück — und wenn er mit seiner ganzen Familie bis zur vollständigen Erschöpfung sich abquälte und bis zur völligen Blutleere sich einschränkte: so billig, wie der Großbetrieb

kraft seiner ganz anderen technischen Ausrüstung die Preise zu stellen vermag, so billig kann er nicht verkaufen. Er vermag schon längst aus dem, was ihm übrig bleibt, den nothdürftigsten Unterhalt nicht mehr zu erschwingen, aber er will seine altgewohnte Selbständigkeit nicht aufgeben, wenn sie auch längst zum bloßen Schatten geworden ist — er hat ja noch seinen kleinen Besitz, den er vorläufig „zusetzen" kann. Und er setzt ihn zu, Stück für Stück. Zuerst sein Feld und seinen Garten — wo bliebe ihm noch die Muße zu deren Pflege? Bald verschuldet und verpfändet er seine Hütte, seine Produktions- und Wirthschaftsgeräthe, bis schließlich auch diese letzten Trümmer seines ehemaligen Wohlstandes in andere Hände übergegangen sind, bis er dasteht wie der verarmte Arbeiter drüben in der Großindustrie: ohne Besitz, ohne Produktionsmittel, nur noch mit seiner nackten Arbeitskraft ausgestattet.

So ist der kleine Meister von seinem Eigenthum getrennt worden, ohne irgendwelche von der Gewalt erzwungene oder von der Gesetzgebung angeordnete Expropriation, lediglich durch die Uebermacht einer wirthschaftlichen Entwickelung, die mit der Umwälzung der Technik, mit dem Aufblühen der Großproduktion unausbleiblich eintrat.

So ist der alte Kleinbesitzende zum modernen Proletarier geworden.

II.

Von seinem Besitze getrennt, verfügt unser Weber noch über seine Arbeitskraft, und von Jugend auf zur Arbeit erzogen, sieht er in ihr wahrlich keine Schande.

Doch vor der neuen Form, vor der sklavischen Abhängigkeit, in der er sie für den fremden Herrn verrichten soll, schreckt er zurück.

Aber wovon soll er leben, wenn er nicht seine Arbeitskraft an den Fabrikanten verkaufen, wenn er nicht um eine „Anstellung" drüben in der Fabrik betteln will? Zum Arbeiten gehören außer der Arbeitskraft stets die Produktionsmittel, und zwar unter der nunmehr alles beherrschenden und erdrückenden Form der Gütererzeugung nicht nur die alten zwerghaften Produktionsmittel, wie sie sein Handweb-

stuhl und seine Werkstube darstellten, sondern die Riesen-Apparate und -Betriebskräfte und die weiten Arbeitssäle des Großbetriebes. Wie soll der Bettler, der nicht einmal seinen alten Besitz festhalten konnte, jemals den neuen Reichthum zu solcher Anlage erwerben können?

Die alte Form der Selbständigkeit, der relativen Selbst„herr"lichkeit der Arbeitskraft hat der Großbetrieb unerbittlich zerschlagen und in die Rumpelkammer der Volkswirthschaft verwiesen. Eine neue Selbständigkeit zu gründen, so wie sie heute im Zeitalter der Maschinen und großen Fabriken allein noch existenzfähig ist — dazu sind nur geborene Millionäre oder ganz wenige Günstlinge des Glückes im Stande.

Unser Weber ist also nicht nur Proletarier geworden, sondern als solcher auch dazu verurtheilt, Zeit seines Lebens Proletarier zu bleiben.

Wie die Unterwelt der Alten, so öffnet auch das Reich der Besitzlosigkeit seine Pforten allen, die in seinen dunklen Tiefen anlangen; aber keinem der Opfer erschließt sich jemals die Rückkehr in die Welt des Lichtes wieder.

* * *

Unser Weber begreift den Zwang seiner neuen Lage bald, er giebt den alten Traum der Unabhängigkeit auf und nimmt die Qual der Arbeit in fremdem Dienste, im Dienste des Kapitals, auf sich.

Noch eine Hoffnung ist ihm dabei geblieben, ein Recht, das ihm vielleicht seine ungewohnte Abhängigkeit noch erträglich machen kann: das Recht, jeden beliebigen Lohn als Entgelt für seine Arbeitsleistung zu fordern.

Aber bald gewahrt er, daß der Verwirklichung dieses Rechtes schwere Hindernisse im Wege stehen. Jede höhere Lohnforderung ist nur im Kampfe gegen den Unternehmer durchzusetzen, dessen Interessen denen des Arbeiters schnurstracks zuwiderlaufen und dahin gehen, die Arbeitskraft möglichst billig zu erwerben, da jede Senkung des Lohnes eine Steigerung der Einnahmen des Kapitals bedeutet. Wollte der Einzelkapitalist noch human sein, so würde ihm die alleinseligmachende Konkurrenz doch sehr bald die Menschenfreundlichkeit wie böse Geister austreiben.

In dem Widerstreite der Interessen, dem sich keiner — sei er nun Arbeiter oder Kapitalist — entziehen kann, stehen jedoch alle entscheidenden Faktoren auf der Seite des Kapitalisten. Der Kapitalist kann warten, wenn ihm die Arbeit den Dienst versagt; er kann beim Stillstand der Produktion allerdings keine neuen Reichthümer zu den alten thürmen, aber alle gehäuften Vorrathskammern der Gesellschaft stehen ihm, als unmittelbarem Besitzer oder durch sein Geld, zur Verfügung und lassen den Plan, ihn durch Aushungerung nachgiebig zu machen, als eine lächerliche Phantasterei erscheinen. Der Arbeiter hingegen hungert vom ersten Tage an, und wenn ihn selber auch die Hoffnung auf seinen endlichen Sieg zur Ertragung übermenschlicher Entbehrungen entflammen könnte, der Jammer seines Weibes und seiner Kinder treibt ihn gar bald zur Unterwerfung. Die Friedensbedingungen, die ihm der Kapitalist — der Noth der Konkurrenz oder dem eigenen Triebe gehorchend — diktirt, werden alsdann stets dahin lauten, daß er sich mit dem Allernothwendigsten zu begnügen habe, daß er mit dem nothdürftigsten Lebensunterhalt fürlieb nehmen müsse, auch wenn das Produkt der Arbeit sich durch die Erfolge der technischen Wissenschaften noch so sehr gesteigert hat und sich weiter steigern wird.

Das eherne Lohngesetz beherrscht fortan die Einkommensgestaltung unseres besitzlos und darum unselbständig gewordenen Webers.

Und er ist nicht der Einzige, den das unerbittliche wirthschaftliche Verhängniß aus Besitz und Selbständigkeit gestürzt und zu ewiger Armuth herabgeschleudert hat. Wenn er in der Morgendämmerung „zur Arbeit" wandert, dann kommen über die Felder und Wiesen, weither aus den umliegenden Flecken und Dörfern, Schaaren seiner Leidensgenossen: lauter bleiche, welke Gestalten, von der Noth gezeichnet und von der Hoffnungslosigkeit ihres Daseins niedergedrückt, alle dereinst gleich ihm in behaglicher Selbständigkeit lebend und nun alle in denselben harten Industriedienst, um den gleichen kärglichen Sold gepreßt.

* * *

So hat sich die Umwälzung des Verhältnisses zwischen Besitz und Arbeit überall — früher oder später — abgespielt. Und denken wir uns diesen Entwicklungsgang, der Wirklichkeit entsprechend, über die verschiedensten Produktionszweige, Provinzen und Länder ausgedehnt, so erhalten wir das Bild der Schöpfung einer ganz neuen wirthschaftlichen Welt, ganz andersartiger Beziehungen der Menschen zu einander, mit einem Worte: das Bild einer vollständig veränderten, in allen ihren Grundlagen umgewälzten Kultur.

Früher waren gleichsam gleichmäßig über das ganze Land die Kleinbetriebe aller Art ausgebreitet; in ihren zerstreuten Hütten saßen die tausende kleiner Produzenten, selber Arbeiter, aber selber auch Besitzer; wie die Schnecke mit ihrem Haus, so waren sie mit ihren kleinen Besitzthümern, mit allem zur Produktion Nöthigen untrennbar verbunden; ihr Rohstoff, ihr Werkzeug gehörte ihnen und darum auch der gesammte Ertrag ihrer Arbeit. Später ist es mit dieser Zersplitterung der Produktion vorbei; alle die vielen kleinen Hütten, Werkstuben und Produktionsmittel sind wie zu einer Riesen-Produktionsanstalt zusammengefegt und umgeschmolzen: auf der einen Seite steht jetzt der eine Großkapitalist mit diesem Besitzungeheuer, auf der anderen Seite die Armee der von allem Besitz entblößten ehemaligen Kleinbetriebsbeherrscher, die nunmehr vollständig depossedirt sind, denen man nur die nackte Arbeitskraft gelassen hat, die aus freien, unabhängigen Männern zu Unterthanen der einen Besitz-Großmacht werden mußten. Nicht mehr als trauliches Heim, sondern wie eine gefürchtete Frohnveste steht ihnen jetzt der Produktionsapparat gegenüber: der Raum, in dem sie arbeiten, gehört nicht mehr ihnen; der Ambos, an dem sie schmieden, der Stuhl, an dem sie weben, ist nicht mehr ihr Eigenthum; das Produkt ihrer Arbeit, die immer steigende Menge der fertigen Waaren, der Erlös aus ihnen, kommt ihnen nicht mehr zu, sondern alles dem einen Kapitalisten. Den Produzenten ist der ganze Produktionszubehör vollständig entfremdet. Nur Abends, ehe sich die Thore der Fabrik hinter ihnen schließen, giebt man ihnen — mögen sie auch noch so viel schaffen — ein Stück Brodes mit auf den Weg, gerade ausreichend, um sie bei Kräften zu

neuer Arbeit zu erhalten und um die Kinder aufziehen zu können, die später in der fremden Zwingburg für den fremden Herrn frohnden sollen.

III.

Aber mit dieser gewaltigen Umwälzung aller Verhältnisse, in die der Einzelne hineingestellt ist, in denen er täglich lebt und wirkt, ändern sich auch die Interessen, die Gedanken und Bestrebungen aller Einzelnen mit unausweichlicher Folgerichtigkeit, ändern sich vor allem auch die vordrängenden Strömungen im öffentlichen Leben.

Der Produzent des Kleinbetriebes fühlte sich selten ausschließlich als Arbeiter, als Angehöriger einer bestimmt abgegrenzten Klasse, an die man wie durch einen geheimen Bann Zeit seines Lebens gefesselt ist. Der Geselle der alten Zeit war als solcher allerdings ausschließlich Arbeiter, aber er hoffte immer bald selbständig, Arbeiter und Besitzer zugleich, zu sein. Er lebte schon als abhängiger „Gehilfe" in dem Gedanken an seine künftige Meisterschaft, er war durchaus nicht von der Idee beherrscht, wie er die Arbeit allein und auf Kosten des Besitzes fördern könne. Seine Interessen bewegten sich naturgemäß in wesentlich anderer Richtung: wie er möglichst rasch selbständig werden könne und wie dem Kleinbesitz, der auch seine Existenz dereinst bilden sollte, ein möglichst behagliches Dasein zu sichern sei. Die Produzenten standen also nicht in dauernder und unversöhnlicher Feindschaft zu den Besitzinteressen, sie waren vielmehr eng mit diesen verbunden, die Welt der Arbeit war nicht für sich abgeschlossen und es war darum kein Boden vorhanden für eine selbständige Arbeiterbewegung, wie sie heute überall mit elementarer Kraft emporwächst. Der Besitz beherrschte das öffentliche Leben unumschränkt, durch nichts in seiner Wirthschaft und in seiner Politik gestört.

Der Arbeiter der Gegenwart befindet sich in einer ganz anderen Lage wie sein Vorgänger und er vermag

die eingetretene Wandlung unmöglich auch nur einen Augenblick zu verkennen. An ein Selbständigwerder kann er, und wenn er noch so blind wäre, nicht mehr denken, denn er lebt von der Hand in den Mund und immer mehr erweisen sich nur noch die Millionen-Gründungen als konkurrenzfähig: ein Schmied, der Eisenhüttenbesitzer, ein Schlosser, der Lokomotivenfabrikant, ein Spinner, der Spinnereibesitzer werden wollte, würde heute wegen Größenwahns in das Irrenhaus gehören. Die Welt der Arbeit und die Welt des Besitzes sind nunmehr vollständig von einander geschieden, der Arbeiter ist jetzt Zeit seines Lebens nur noch Arbeiter und bei Strafe der eigenen Schädigung, ja des vollständigen Ruines darauf angewiesen, als s e i n e Interessen ausschließlich die Interessen der B e s i t z l o s i g k e i t zu verfechten. Die Arbeit verfolgt jetzt ihre eigenen Bahnen, die nur noch im K o n f l i k t e mit denen der besitzenden Klasse zusammentreffen.

So unabänderlich wie die moderne Technik den Großbetrieb erzeugt, wie dieser das kleine Handwerk erschlägt und die Kleinbesitzenden proletarisirt, so unabänderlich scheidet sich schließlich auch die Masse des Volkes von den Bestrebungen des Besitzes und ballt sich zu einer großen Bewegung der Besitzlosigkeit, zu einer s e l b s t ä n d i g e n A r b e i t e r b e w e g u n g zusammen.

* * *

Anfangs ist diese Bewegung noch wenig einheitlich. Nur an Orten, die von der Natur besonders begünstigt sind, wo vielleicht die Kraft des Wassers mächtigere Anlagen gestattet, da häufen sich größere Massen des Proletariats als Arbeiter an und diese — nach außen noch abgeschlossen, aber nach innen zu eng verwachsen — lernen rasch solidarisch fühlen und handeln: die Gemeinsamkeit der Arbeit und der Noth, der Ausbeutung und des ausbeutenden Gegners schweißt sie zusammen zu einem festen Ring, legt ihnen die gleichen Forderungen in die Brust und führt sie in den vereinten Kampf um bessere Arbeitsbedingungen.

Diese örtlich versprengten, gewissermaßen wild gewachsenen Arbeiterverbände wissen noch kaum etwas von einander. Der Dampf, der als Betriebskraft immer mehr

das Wasser überflügelt, schafft auch hier diese Verbindung, theils durch den von ihm bewirkten regeren Fluß des Verkehrs überhaupt, theils dadurch, daß er die Industrie zum ersten Male unabhängig macht von den immer nur ganz zerstreut vorhandenen natürlichen Betriebskräften, daß er nunmehr die vielen Anlagen, die sich in schmalen Streifen längs der Wasserläufe hinzogen, zusammenhäuft in der einen Großstadt mit ihren reichen Kommunikationsmitteln und allen ihren Vortheilen für den kapitalistischen Geschäftsbetrieb. Jetzt sind ganz andere Arbeitermassen an einem Orte angesammelt, jetzt erst umschlingt ein natürliches Band nicht nur die Angehörigen eines Etablissements oder eines Berufes, sondern die Arbeiter aller Berufe, die — gleichviel ob sie graben oder spinnen, schmieden oder weben — alle unter derselben Abhängigkeit leiden und das gleiche kärgliche Brod essen.

Die Entwicklung, die anfangs langsam und schwerfällig vor sich ging, stürmt nun immer rascher, wie mit überhitztem Kessel und mit glutheißen Achsen dahin. Je mehr das Kapital durch immer neue technische Verbesserungen die Waarenerzeugung steigert, ohne die in seinem Dienste stehende Masse des Volkes besser zu lohnen, desto weiter klafft der gähnende Abgrund auf zwischen Produktion und Absatz, desto verheerender und endloser wüthen die Krisen, aus denen nur noch die Kapitalkräftigsten sich hinüberretten, zu neuem Sturm und zu neuen Opfern. Die Kleinbetriebe aber, die sich sonst allmählich in der ohnmächtigen Konkurrenz gegen das Großkapital aufrieben, brechen jetzt schaarenweise, wie vom Schlage gerührt, zusammen; die mit der Entfaltung des Kapitalismus nahezu chronisch werdende Krisis macht für den Kleinbesitz die schleichende Auszehrung zur gallopirenden und schleudert so immer größere Menschenmassen, die einst den Höhen der Gesellschaft angehörten, hinab in die Tiefen des Proletariates.

Welche Macht der Erde wollte sich unter solchen Umständen vermessen, der rollenden Lawine der proletarischen Bewegung Einhalt zu gebieten? Daß das Proletariat immer rascher wächst, wird durch die rapide Entwicklung des Großbetriebes und die damit verbundene Ueberwindung der alten hülflosen Kleinproduktion unabänderlich hervorgerufen. Daß das Proletariat sich immer fester organi-

sirt, wird durch alle seine Lebensinteressen und durch die ganze moderne Verkehrsgestaltung naturnothwendig bedingt. Kein Mensch, kein Dämon des Lichtes oder der Finsterniß, setzt diesen Strom in Bewegung oder vermag ihn zurückzustauen.

* * *

Und nicht nur die Ausbreitung und Geschlossenheit der proletarischen Bewegung, auch die Vertiefung ihrer Bestrebungen, der ganze Charakter ihrer Aktionen und Ziele, wurzelt in Verhältnissen, über die auch dem mächtigsten Sterblichen keine Gewalt mehr zusteht.

Die ersten proletarischen Bewegungen — wenn sie nicht reaktionär waren und sich selbstmörderisch gegen die Maschinen und technischen Errungenschaften der neuen Zeit auflehnten — sind naturgemäß einfach gewerkschaftlicher Art. Die Arbeiter eines Etablissements, eines Berufszweiges leiden unter denselben erbärmlichen Löhnen, unter derselben langen Arbeitszeit, unter der gleichen unwürdigen Behandlung; sie wollen mit ihren Familien dem Hunger entgehen, sie wollen durch übermäßige Arbeit nicht vorzeitig dahinsiechen, nicht allen häuslichen und öffentlichen Angelegenheiten entzogen sein; sie wollen wohl Männer der Arbeit aber keine Arbeitsthiere und Sklaven sein. So stellen sie ihre Forderungen und führen ihren gemeinsamen Lohnkampf.

Aber der bloße Lohnkampf stellt sich mit der Zeit mehr und mehr als unzureichend heraus.

Solange die gelernte Arbeit in der Produktion noch vorherrschte, solange die gewerbliche Thätigkeit eine „Kunst" war, die nur durch jahrelange Uebung erworben werden konnte, solange vermochte der Kapitalist Ersatz für die streikenden und widerstrebenden Arbeiter nur unter den berufsmäßig geschulten Kräften zu suchen, deren Zahl natürlich relativ gering war und sich nicht nach dem Belieben des Unternehmers vermehren ließ. Die moderne Technik macht die gelernte Arbeitskraft mehr und mehr überflüssig; die Maschinen übernehmen allmählich alle komplizirten Leistungen selbstthätig; um sich alle Geheimnisse des Webens anzueignen, bedurfte es z. B. dereinst einer langen Lehrzeit, heute kann jedes in die Stadt ver-

schlagene Bauernmädchen binnen weniger Tage den mechanischen Webstuhl bedienen — einen Cylinder oder eine Kugel tadellos zu drechseln, war früher ein Kunststück, das lange Schulung voraussetzte, mit der mechanischen Drehbank, die alle geometrischen Figuren spielend und mit unübertrefflicher Genauigkeit herstellt, kann jeder Arbeiter rasch vertraut gemacht werden. Damit wird es dem Kapitalisten bei Streiks und Lohnkämpfen mehr und mehr ermöglicht, auf die große Zahl der Arbeitverlangenden aller Branchen zurückzugreifen, die er dann rasch für die speziellen Verrichtungen seines Unternehmens drillen kann. Die Konkurrenzverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschieben sich also mehr und mehr zu Gunsten des Kapitals und zum Nachtheil der Arbeit.

Diese Bewegung wird noch dadurch verstärkt, daß Frauen und Kinder jetzt den Markt überfluthen und sich zu allen Berufen drängen, nachdem die Maschine auch die größere Muskelkraft des Mannes entbehrlich gemacht hat und von der lebenden Produktionskraft nur noch aufmerksame Augen und geschmeidige Finger erfordert.

So steigt die Hochfluth des Angebotes von Arbeitskraft beständig, während das Kapital seine Nachfrage relativ einschränkt, indem es bei fortschreitender Leistungsfähigkeit der Maschinen immer mehr „Arbeit spart."

Alle diese widrigen Umstände erschweren den Lohnkampf trotz aller aufblühenden gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr und weisen den Arbeiter darauf hin, organische Veränderungen im Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit zu erstreben. Durch die Gesetzgebung sucht man die Erfolge festzuhalten, die sonst selbst den siegenden Arbeitern immer wieder unter den Händen zerrinnen; durch allgemeingültige Gesetze sucht man allen Unternehmern die gleichen Beschränkungen in der Ausnutzung der Arbeitskraft aufzuzwingen, die sonst durch gewissenlose Konkurrenten jederzeit durchbrochen werden können; für die Gesundheit des Arbeiters während der Produktion, für seine Versorgung während Krankheit und Arbeitsunfähigkeit sucht man gesetzliche Maßnahmen durchzuführen. Schließlich aber erstrebt man die völlige Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, der all die Noth der Arbeit gebiert: die Rückgabe der Produk-

tionsmittel an die Produzenten, nicht mehr in der alten Form des zersplitterten Privatbesitzes, die nur unter dem Kleinbetrieb möglich war, sondern als Gemeinbesitz des arbeitenden Volkes und der gesammten Menschheit.

Das alles sind nothwendig entstehende Bestrebungen, aber es sind politische Aufgaben. Der gewerkschaftliche Boden erweist sich als viel zu eng zu ihrer Verwirklichung und so drängt denn die Arbeiterklasse mit der ihr innewohnenden Konsequenz immer mehr auf das politische Gebiet hinüber: aus der gewerkschaftlichen Bewegung des Proletariats entsteht die politische, entsteht die Sozialdemokratie.

IV.

Wir haben gesehen, wie die gewerkschaftliche und politische Bewegung des Proletariates aus den wirthschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit emporwachsen, wie mit der Entfaltung des Kapitalismus den alten bürgerlichen Parteien gegenüber die Sozialdemokratie ihr Haupt erheben mußte.

Diese Erkenntniß verbreitet sich auch unter den Gegnern mehr und mehr und verdrängt allmählich die unglaublich oberflächliche und hohle Anschauung, daß die unbequeme neue Partei ein reines Kunstprodukt sei, das nicht entstanden wäre und nicht weiter bestehen könnte ohne die falsche Behandlung von oben — wie mitunter Liberale meinen — oder die Wühlereien von unten — wie es die Reaktionäre aller Schattirungen sich und ihren Gläubigen einzureden versuchen.

Wenn somit heute schon jeder politisch Einsichtige mit der Sozialdemokratie wie mit einer Nothwendigkeit rechnet, so hat man doch meist kaum eine Ahnung davon, wie weit die eherne Pflugschar der ökonomischen Entwicklung den Boden für den Sozialismus bereits aufgebrochen hat, so daß es nur eines warmen Sonnenblickes bedarf, damit seine Saat auch da in die Halme schießt, wo heute noch den bürgerlichen Parteien die Ernte beschieden ist.

Besonders eine irrthümliche Auffassung steht der richtigen Abschätzung der Zukunftschancen des Sozialismus noch immer hindernd im Wege.

Man hat sich nämlich — weil naturgemäß zuerst das Fabrikproletariat der großen Industriezentren sich gewerkschaftlich und politisch organisirte — viel zu sehr daran gewöhnt, die Sozialdemokratie einfach als „Arbeiter"partei zu betrachten und dabei unter „Arbeitern" fast ausschließlich die „Hand"arbeiter der Fabrik zu verstehen.

Wäre das richtig, dann würden allerdings der Ausbreitung des Sozialismus viel engere Grenzen gezogen sein, als es thatsächlich der Fall ist. Die Umstände liegen aber einerseits durchaus nicht so einfach und andrerseits wesentlich günstiger, und da mitunter selbst in näher betheiligten Kreisen hierüber noch merkwürdig rückständige Anschauungen zur Geltung kommen, so erscheint es geboten, bei dieser Frage noch einen Augenblick zu verweilen. Das bereits Gesagte reicht zu ihrer Beantwortung vollständig hin.

Wann und wodurch also werden bestimmte Bevölkerungsschichten für den Sozialismus zugänglich und reif?

Daß es gar nicht die Handarbeit ist, welche dazu prädestinirt, leuchtet nach allem Vorangegangenen sofort ein. Auch der Kleinbetriebsmeister der alten feudalen Wirthschaftsordnung arbeitete, wie wir sahen, physisch: er grub und baute, spann und webte, klopfte und drehte. Aber es wäre lächerlich gewesen, ihn, selbst in seiner Gesellenzeit, zum Sozialismus bekehren zu wollen — weil er nicht nur Handarbeiter, sondern zugleich auch Besitzer und darum nicht lebenslänglich Ausgebeuteter war. Dagegen drängte es denselben Spinner, Weber, Schmied oder Drechsler sofort in die neue Bahn hinein, wenn er besitzlos geworden, einer bestimmten Ausbeutungsform verfallen war. Die Handarbeit also thut's freilich nicht, sie kann den Menschen ebensogut zum geduldigsten Reaktionär wie zum kämpfenden Sozialdemokraten prädestiniren; lediglich die näher geschilderte, bestimmte Art der sozialen Abhängigkeit schafft das Menschenmaterial, aus welchem sich die Sozialdemokratie rekrutirt und weiter rekrutiren kann. Diese Abhängigkeitsform aber hat mit der „Hand"arbeit, oder gar nur mit bestimmten

Zweigen der Handarbeit an sich gar nichts zu schaffen. Man muß nicht rußgeschwärzt und staubbedeckt sein, man braucht nicht den Hammer zu schwingen und die Feile zu regen, um einer bestimmten Ausbeutung unterliegen zu können; es ist von vornherein klar, daß man genau ebenso wie die Handarbeit ökonomisch abhängig und ausgenutzt sein kann, auch wenn man hinter dem Comptoirtisch rechnet und bucht oder im Schweiße seines Angesichtes Muster zeichnet oder Romane schreibt oder sonstwie geistig thätig ist.

Wo die „Hand"arbeit sozialistisch ist und wird, geschieht es, weil sie und soweit sie in eine bestimmte Abhängigkeits- und Ausbeutungsform hineingewachsen ist, in die aber auch alle anderen Zweige der menschlichen Thätigkeit hineinwachsen können und zum Theil schon längst hineingewachsen sind.

Das wird sich uns sofort außer allem Zweifel stellen, wenn wir uns das Wesen der spezifisch modernen, der kapitalistischen wirthschaftlichen Abhängigkeit des Menschen vom Menschen nochmals vor Augen führen.

Wodurch unterschied sich der sozialistisch veranlagte Fabrikweber von seinem stillzufriedenen Vorgänger? Wie wir zeigten: zunächst durch seine Besitzlosigkeit, durch seine vollständige Trennung von den zum Weben unbedingt nöthigen Produktionsmitteln, die ihm und seiner nackten Arbeitskraft in einem fremden Riesenapparat gegenüberstanden. Diese Besitzlosigkeit, diese Produktions-Mittellosigkeit zwang ihn — und das ist für seine fernere wirthschaftliche und politische Stellung das Entscheidende — in fremde Dienste zu treten, abhängig zu werden von dem Besitzer des Produktions-Riesenapparates, sie zwang ihn ferner, mit dem nothwendigen Lebensunterhalt für seine Arbeit fürlieb zu nehmen und allen Ueberschuß, den der Werth seines Arbeitsprodukts über seinen Lohn gewährte, dem Kapital als Tribut zu überlassen. Sie machte ihn mit einem Worte zum Ausgebeuteten, und dies trieb ihn wiederum zum Anschluß an seine Leidensgenossen, zum gewerkschaftlichen Kampf um bessere Lebensbedingungen und schließlich zur Forderung der Rückgabe der Produktionsmittel an die Produzenten, damit deren stets wach-

sender Tribut an das Kapital und ihre immer qualvollere Abhängigkeit von einzelnen Privilegirten aufhöre.

Dieselbe Trennung von Besitz und Arbeit, besonders aber derselbe Tribut an den Besitz, dieselbe Abhängigkeit und Ausbeutung liegt nun offenbar auch auf ganz anderen Gebieten als denen der industriellen Handarbeit bereits vor, sie erobert immer neues Terrain, überall, wohin sie dringt, den Boden für die Sozialdemokratie bereitend. Wir brauchen nur auf gut Glück hinein in das tägliche Leben zu greifen, um die Belege hierfür in Hülle und Fülle zu finden.

Welche Wandlung hat z. B. der kaufmännische Beruf in den letzten Jahrzehnten erfahren!

Der immer mehr aussterbende „Krämer" der alten Zeit befand sich in ganz ähnlicher Lage wie der Angehörige des Kleingewerbes. Er machte zunächst seine lange Lehrzeit durch, denn er mußte als künftiger Ladeninhaber, der selber das ganze Geschäft besorgte, vielerlei verstehen: einkaufen, zurichten und verkaufen, reisen, korrespondiren und buchführen. Dafür war jedoch auch seine Stellung als Gehilfe eine auskömmliche, die Konkurrenz war unter solchen Vorbedingungen naturgemäß eine beschränkte, da hierfür nur die „gelernten" Kräfte in Frage kamen. So konnte er mit seinen Ersparnissen bald an die Gründung eines eigenen kleinen Geschäftes gehen, das mit geringen Mitteln sich rasch seinen festen Kundenkreis in der Nachbarschaft erwarb und den Besitzer zwar nicht von der Arbeit, aber doch von aller Sorge um die Zukunft befreite.

Der „kaufmännische Gehülfe" von heute ist — genau wie seinerzeit der gewerbliche Arbeiter — gegen seinen vielseitigen Vorgänger zu einem Theilarbeiter einseitigster Art verkrüppelt. Er besorgt vielleicht die Correspondenz und weiß nichts von der Buchführung; er führt das Buch und hat nicht den geringsten Einblick in den Einkauf und Verkauf der Waaren; er reist und weiß von allen sonstigen Geschäftsangelegenheiten nichts; als Verkäufer erfährt er nichts über den Einkauf, die Correspondenz, die Buchführung, ja er steht vielleicht in einer großen Kaffeelagerei oder sonst in einem Spezialgeschäft Jahr für Jahr hinter dem Ladentisch, die gleichen Mengen einer einzigen Waare abmessend und mit immer der gleichen ver=

bindlichen Verbeugung dem Käufer überreichend, selbst Lesen, Schreiben und Rechnen sind für ihn ziemlich entbehrliche Künste geworden, da die Kasse am Eingang wieder von einem Rechenspezialisten verwaltet wird, der seinerseits nur Uebung im Geld-Einstreichen und Herausgeben zu besitzen braucht. Es ist klar, daß zu diesen einfachen Hantirungen ebenfalls jeder Arbeitslose — sei er nun vorher „Kaufmann“ gewesen oder nicht — rasch angelernt werden kann, daß dadurch die Konkurrenz unter den Stellungsuchenden eine viel drückendere, der Lohn ein viel niedrigerer geworden ist.

Dagegen hat sich der Geschäftsapparat immer reicher und glänzender entfaltet. Längs der Hauptadern des städtischen Verkehrs ziehen sich in prunkender Ausstattung die ungeheuren Bazars, Magazine und Verkaufshallen hin, die mehr und mehr aus den umliegenden Straßen und Stadttheilen den Absatz des kleinen Handels an sich ziehen. Dieser räumt verzweifelnd das Feld oder siecht zwischen Leben und Sterben dahin, bis er — hier durch den Tod des alten Geschäftsinhabers, dort durch Bankerott und Exmission — sein natürliches oder unnatürliches Ende findet. Neue Geschäfte werden nicht mehr errichtet, es sei denn, daß sie von allem Anfang an in großem Stile angelegt werden können. Das große Kapital ist auch auf diesem Gebiete bald allein noch konkurrenzfähig und damit hat für alle Zukunftshoffnungen der kaufmännischen Arbeiter die letzte Stunde geschlagen. An ein Selbständigwerden können sie nicht mehr denken, um so weniger, als die Arbeitstheilung im kaufmännischen Großbetriebe mehr und mehr die vielseitig gebildete Arbeitskraft überflüssig macht, die Stellenlosigkeit vermehrt und durch die Verschärfung der Konkurrenz den Lohn drückt.

Damit sind aber auch dieselben Interessengegensätze geschaffen wie im industriellen Großbetrieb: hier das nichtarbeitende Kapital, das von der Ausnutzung der fremden Arbeitskraft lebt und alle Mittel anwendet, um diese Ausnutzung zu steigern — dort die besitzlose, nackte Arbeitskraft, zu ewiger Abhängigkeit verurtheilt und für alle noch so einträglichen Leistungen nur mit dem nothwendigen Lebensunterhalt abgefunden; darum aber auch auf den gemeinsamen Lohnkampf angewiesen, um unter dem Tribut

an das Kapital nicht zusammenzubrechen — und schließlich zu sozialistischen Forderungen gezwungen, um diesen Tribut dereinst ganz zu beseitigen.

In anderen Berufen sieht es ebenso aus. Im Schankwirthschaftsgewerbe z. B. war noch vor kurzem bei uns fast überall der Kleinbetrieb herrschend. Die bescheidene Gaststube war wie eine Erweiterung der Familienräume, in der sich eine kleine Zahl von Freunden und Nachbarn regelmäßig einfand. Der Besitzer war zugleich die hervorragendste Arbeitskraft, er braute mitunter noch selbst, kaufte ein, pflegte Keller und Speisekammer und bediente seine Gäste. Er hatte darum in seiner Jugend mancherlei lernen müssen und das Gleiche versteht auch sein Gehilfe, der aus diesem Grunde nicht so leicht durch eine gleichverwendbare Arbeitskraft zu ersetzen ist und bald auf eigene Selbständigkeit in der gleichen schlichten Weise rechnet.

Heute drängt sich auch hier überall der Großbetrieb vor. Die kleinen Kneipen entvölkern sich, nur die aussterbende und sich rasch verringernde alte Generation bleibt ihnen und ihrer alten Gewohnheit noch eine Zeit lang treu. Die großen Bierpaläste mit ihren weiten, lichten Räumen und ihrer luxuriösen Einrichtung, mit ihrer durch den Massenabsatz ermöglichten Vorzüglichkeit und Billigkeit aller Getränke und Speisen ziehen magnetisch die Gäste an.

Der Besitzer arbeitet jetzt nicht mehr mit, er hat vielleicht gar niemals etwas mit dem Gastwirthschaftsgewerbe zu thun gehabt — sind es doch vielfach schon Aktiengesellschaften, Aktienbrauereien, die hier ihr Geld anlegen und Gewinn erstreben und die alle Arbeit bezahlten Angestellten übertragen. Letztere sind — mit wenigen Ausnahmen — elend gelohnte Theilarbeiter. Ihr Leben lang putzen und schaben, hacken und kneten, waschen und kochen die einen in Küche und Keller; der Kellner im Gastraume weiß nichts von der Zurichtung der Speisen und Getränke, er ist ein einfacher Austräger geworden, der durch jeden gewandten jungen Mann sofort ersetzt werden kann und der darum froh ist, wenn er das zum Leben Nothwendige verdient, das ihm oft noch in der entwürdigenden Form des Trinkgeldes verabreicht wird. Vielleicht ist sogar das Abrechnen mit den Gästen wieder

einem besonderen Zahlkellner übertragen, sodaß jeder in diesem Betriebe Thätige nur noch ein Stück des alten vielseitigen Gastwirthsgehülfen ist. Wie kann dieses arme und ungelernte „Dienstpersonal“ jemals selbständig werden wollen, nachdem der Wirthschaftsapparat ein derart kostspieliger und das Einkommen ein derart dürftiges geworden ist? Auch diese Leute sind also Proletarier, sie sind zeit ihres Lebens lediglich auf ihre nackte Arbeitskraft, auf die Abhängigkeit vom fremden Besitze angewiesen, d. h. zunächst auf den Lohnkampf gegen das Kapital — und schließlich auf sozialistische Bestrebungen, um dem auf ihnen lastenden Tribut zu entgehen.

Aber auch da, wo die Arbeitskraft nicht in der geschilderten Weise eingegliedert ist in einen großen fremden Betriebsorganismus, sind vielfach bereits längst dieselben Ausbeutungsverhältnisse und darum dieselben Interessengegensätze entwickelt, die den unterdrückten Theil zum Kampf gegen den Besitz und zum Anschluß an die Sozialdemokratie prädestiniren.

Wie oft haben wir den bürgerlichen Hochmuth das Aussichtslose der Sozialdemokratie betonen hören, weil ihrer Ausbreitung wie ein uneinnehmbares Bollwerk der in allerdings überraschender Ausdehnung noch vorhandene Kleinbetrieb entgegenstehe — und welche unglaubliche Selbstverblendung liegt doch in dieser Anschauung, bereits für die Gegenwart und erst recht für die Zukunft.

Der Kleinbetrieb an sich schützt ebensowenig gegen die Sozialdemokratie, wie etwa die Handarbeit an sich Anhänger für sie schafft. Gefeit ist gegen den Sozialismus — aus den von uns berührten Gründen — nur der ökonomisch unabhängige Kleinbetrieb, der wohl seine „Kunden“ hat, aber keinen über ihm stehenden kapitalistischen „Arbeitgeber“ kennt. Dieser unabhängige Kleinbetrieb verfügt über das ganze Produkt seiner Arbeit, ist also nicht ausgebeutet. Wieviele solcher Betriebe sind aber in Wahrheit heute noch vorhanden? Zu Hause, in der kleinen Werkstube arbeiten freilich noch hunderttausende von kleinen Meistern und Produzenten; auch ihr Werkzeug: der Webstuhl, die Näh- und Stickmaschine, der Hobel, die Presse, die Drehbank gehört noch ihnen. Aber nicht alle Produktionsmittel sind mehr

ihr Eigenthum: das Garn zum Verweben, das Tuch, die Leinwand zum Nähen, das Holz zum Hobeln, Schneiden, Drechseln und Poliren, das Leder zu den Schuhen liefert ihnen das Großkapital, genau wie den Arbeitern in der Fabrik Und selbst wo diese Kleinbetriebe bis zur Fertigstellung der Waare noch „sich selbst genügen", fließt ihnen doch nicht mehr das Produkt ihrer Arbeit zu, weil der Absatz nur noch in derart großem Maßstabe erfolgen kann, daß dem kleinen Produzenten alle Mittel dazu fehlen; so wird er zum Sklaven des Magazins, des großen Kaufhauses und Exportgeschäftes, an die er sein Produkt entäußern muß. Wie der Besitzer der bloßen Arbeitskraft wegen der fehlenden Produktionsmittel in die Dienste des Großkapitals treten mußte, so muß es auch der Besitzer von Arbeitskraft und unzureichenden Betriebsmitteln und auch er wird infolge seiner Hülflosigkeit von dem übermächtigen Herrn um den Ertrag seiner Arbeit betrogen und mit dem nothdürftigen Lebensunterhalt abgefunden. Ja oft entwickeln sich gerade hier die giftigsten Formen der Ausbeutung. Das Kapital müßte auch dem Weber, dem Sticker, dem Schneider, dem Schuhmacher in der Fabrik den nothdürftigen Lebensunterhalt gewähren, aber beim Fabrikbetrieb wären ihm außerdem durch Gesetz oder durch gewerkschaftliche Organisationen Beschränkungen in der Arbeitszeit und in der Form der Lohnzahlung auferlegt, und die Ausgaben für Miethe, für Heizung, für Licht, für Werkzeuge und kleine Maschinen, für mancherlei Verluste durch Verderb der Waare und für Arbeitsstockung die es jetzt dem Kleinmeister zuschiebt, würden ihm, dem Kapital zufallen, wenn es seine Sklaven nicht in ihren eigenen zerstreuten Wohnungen beließe, sondern in den Fabriksälen zusammenhäufte. Gerade ihre Zersplitterung erschwert den Hausindustriellen jede Organisation, drückt ihren Lohn bis auf das elendeste Hungerniveau hinab, steigert ihre Arbeitszeit bis ins Uebermenschliche hinauf und ermöglicht ihnen gegenüber alle Arten von Wucher und Prellerei, die das Fabriksystem schon längst nicht mehr kennt oder gar nie gekannt hat. Die in diesen Kleinbetrieben Thätigen sind daher nichts anderes als Proletarier, oft sogar bedauernswerther wie die Proletarier der Fabrik. Sie stehen — trotz ihres Scheinbesitzes, der

nur noch eine Last, eine Erschwerung ihrer Existenz für sie bedeutet — in demselben Interessengegensatze zu dem Kapital, das sie ausnutzt, und sind daher zur Besserung ihres Daseins auf den gewerkschaftlichen Kampf und zu ihrer endlichen Befreiung auf die sozialistische Organisation der Produktion angewiesen — genau wie das Fabrik-Proletariat.

Und auch die Lage hunderttausender von kleinen landwirthschaftlichen Produzenten, die nicht Tagelöhner sind, ist in allem Wesentlichen keine andere. Die große Umwälzung aller Lebensverhältnisse hat sich freilich auch hier meistens nicht in der Art vollzogen, daß das Kapital alles Land erwarb und die ehemaligen Kleinbauern als seine Lohnarbeiter einstellte und ausbeutete. Aber durch Verschuldung, durch Aussaugung als Händler, als Lieferant und Abnehmer hat es den kleinen Bauer längst derart tributpflichtig gemacht, daß diesem nur noch das erbärmlichste Leben, erbärmlicher als das des Fabrikproletariers, geblieben ist. Und bei welcher Arbeit? Ein organisirtes Tagelöhnerthum würde sehr bald sich bessere Arbeitsbedingungen erzwingen, als sie der alte zähe Bauer sich selber in der Hoffnung auferlegt, daß alle Mehrarbeit ihm nützen werde, während sie immer wieder nur die Taschen des Kapitals füllt. Es giebt heute ganze weite Distrikte in Deutschland, auf denen zwar noch immer lauter kleine bäuerliche Eigenthümer sitzen, aus denen aber das Kapital kaum soviel herausschlagen könnte, wenn es allen Boden aufkaufen und die Bauern als Tagelöhner wieder verwenden würde. Hier ist also der Interessengegensatz zwischen ausbeutendem Kapital und ausgebeuteter Arbeit ebenfalls in allen wesentlichen Zügen vorhanden; aber er ist schwerer erkennbar, weil die ausgebeutete Arbeitskraft ebenfalls noch ihr Stückchen Scheinbesitz — ähnlich wie der Hausindustrielle — mit sich herumschleppt, nur zum eigenen Schaden und vielfach zum größeren Profite des Kapitals. Aber wie lange wird es dauern und auch diese Schichten werden nicht länger auf ihrem geduldigen Rücken ihre Widersacher tragen, sondern der Partei zuströmen, die ihnen Befreiung von allem Tribut an Fremde verspricht: dem Sozialismus!

Somit stehen den alten Parteien noch ganz andere,

viel gewaltigere Erschütterungen in ihrem Besitzstande bevor, als sie bisher trotz des rapiden Aufschwunges der Sozialdemokratie erfahren haben. Letztere wird mehr und mehr in Kreise eindringen, die ihr heute noch verschlossen sind, oder ihr gar feindlich gegenüberstehen. Sie wird zehntausende an ihre Fahnen fesseln, wo ihr heute erst hunderte und tausende folgen.

Und auch Schaaren von weiterblickenden Feldherren und Führern wird die ökonomische Entwicklung aus dem Boden stampfen durch die für die bürgerliche Kulturwelt gefahrdrohendste aller bedenklichen Erscheinungen der Gegenwart: durch die Proletarisirung der Intelligenz.

Wie lange ist es erst her, da schienen die Gebildeten und wissenschaftlich Geschulten mit den Kapitalisten, mit den Besitzenden und durch ihren Besitz Unabhängigen in einer Linie zu stehen. Wer einmal, durch Geburt, durch Zufall oder durch eiserne Energie zu den wenigen Auserwählten gehörte, denen sich die Schätze der modernen Bildung erschlossen, der schien erhaben über der Noth und dem Kampfe ums Dasein, wie sie dem handarbeitenden Proletariat beschieden sind; er gehörte zu den „oberen Zehntausend", und wenn er von dieser Höhe herabsank oder sie niemals erreichte, so lag die Schuld wohl lediglich an ihm; er war vielleicht, was man im Volksmund ein „verbummeltes Genie" nennt — ein Mann, der etwas besseres hätte sein können, der es aber wegen der Schwäche seines Charakters zu nichts brachte.

Heute haben wir zu hunderten und tausenden arme stellenlose Techniker, die bettelnd, in zerfetztem Gewande die Landstraßen bevölkern — verhungerte studirte Lehrer, die auf Jahre hinaus keine Aussicht haben, ein Amt zu erhalten — junge Aerzte, denen es niemals gelingt, sich eine ausreichende Kundschaft zu erwerben — Juristen, die dauernd überzählig sind — Schriftsteller, die mit Grauen dem nächsten Tage entgegensehen, weil sie nicht wissen, wovon sie leben sollen — Künstler, die mit dem elendesten Arbeiter um die Wette hungern. Von „verkommenen" Menschen wird angesichts der Massenhaftigkeit und Allgemeinheit dieses Elendes kein Vernünftiger mehr sprechen wollen, hier müssen tiefere Ursachen zu Grunde liegen,

welche der ganzen ökonomischen Existenz dieser Bevölkerungsschichten eine vollständige Neugestaltung gegeben haben.

Und in der That ist das — wie sich bei näherem Zusehen sofort zeigt — der Fall und in den meisten geistigen Berufen ist die Ursache keine andere als: die Ausbreitung des Kapitalismus, die stetig steigende Vorherrschaft des Großbetriebes, in welchem auch der geistigen Arbeit nur die Rolle eines bezahlten Angestellten, eines Lohndieners zufällt, dessen Einkommen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage bestimmt wird und der überhaupt kein Einkommen mehr hat, wenn die Nachfrage zu gering oder das Angebot von Konkurrenten zu groß ist.

Nehmen wir einmal den modernen Techniker! Er hat vielleicht die denkbar beste Erziehung genossen, er hat vielleicht die glänzendsten Erfindungen im Kopfe, welche dem ersten, der sie ausnutzt, ungeheure Einnahmen gewährleisten. Aber was kann der arme Teufel mit seinen guten Ideen anfangen! Um sie auszuprobiren, um ihnen gemäß zu produziren, dazu gehören reiche Hilfsmittel, dazu gehören — wie heute schon in allen Großindustrieen — Riesenkapitalien, welche die besitzlose Intelligenz sich ebenso wenig verschaffen kann, wie der arme Weber eine Webfabrik oder wie der Eisenarbeiter einen Hochofen. Da muß nun der besitzlose Techniker genau so wie der besitzlose Handarbeiter hinübergehen zum Kapitalisten, nur in dessen Dienst kann er wirken und produziren. So entwickelt sich zwischen dem Besitzer der Produktionsmittel und dem geistigen Arbeiter ganz dasselbe Feilschen wie zwischen dem Fabrikanten und dem Handarbeiter, und da dort die Stellung des Besitzers genau so übermächtig ist wie hier, da der Techniker von seinem Wissen ebensowenig zehren kann, wie der Fabrikproletarier von seiner Arbeitskraft — so wird auch der Techniker im allgemeinen um den Ertrag seiner Arbeit betrogen und mehr und mehr nur mit einem kümmerlichen Lebensunterhalt abgefunden.

Wenn das heute noch nicht so deutlich zu Tage tritt, so liegt es einfach daran, daß mancher besonders Glückliche heute noch immer eine Monopolsstellung einnimmt, er hat noch keine Konkurrenz und das Kapital braucht ihn

und muß daher „redlich" mit ihm theilen. Aber von wie vielen unserer unzähligen Ingenieure, Techniker, Chemiker, Werkführer gilt das noch?

Und muß sich hier die Konkurrenz nicht mehr und mehr verschlimmern, je mehr die Fachschulen, die technischen Anstalten und Hochschulen sich ausbreiten? Die Fachschulen sind — bei aller ihrer kulturellen Bedeutung — für die Kapitalisten weiter nichts als ein Mittel, sich überschüssige und darum billige qualifizirte Arbeitskräfte zu schaffen. Wird die Ueberfüllung dieser Berufszweige sich nicht fortwährend vermehren, da der Großbetrieb verhältnißmäßig mit immer weniger Aufsichts- und Direktionspersonal auskommt, dem immer zahlreicheren Nachwuchs also keine entsprechende Aufnahmefähigkeit der Privatindustrie gegenübersteht? Geistige Lohnarbeiter — ebenso abhängig wie der Handarbeiter, ebenso mit Hungerlöhnen abgefunden während der Beschäftigung, ebenso auf das Pflaster geworfen während der schlechten Zeit, immer ohne Aussicht, jemals selbständig, selber Unternehmer werden zu können — das wird mehr und mehr das Schicksal auch der geistigen Arbeit auf diesem Gebiete werden.

Und steht es nicht genau so mit dem Gros der Künstler und Schriftsteller?

Gewiß, auch hier verdienen einzelne noch wahrhaft fürstliche Summen, aber die Zahl derselben ist eine äußerst geringe, und man täuscht sich nur darum so leicht darüber, weil feile Zeitungen diese einzelnen nicht genug rühmen können.

Aber die Masse der Künstler und Schriftsteller ist heute bereits nichts als eine große besitzlose Lohnarbeiterschaft, die vom Besitz ausgepreßt wird und die lediglich in erbärmlicher Abhängigkeit thätig sein kann. Der Maler quält sich vielleicht damit, neue Muster für ein großes Geschäftshaus, für Teppich-, Tapeten-, Stickereifabriken zu entwerfen, oder für ein großes illustrirtes Millionenjournal auf Bestellung zu frohnden. Der Schriftsteller „arbeitet" für seine große Verlagsbuchhandlung, auf die er zum Vertrieb angewiesen ist und ohne die er verhungern muß — oder für das Tageblatt, das nichts ist als ein riesiges Geschäftsunternehmen, mit Millionen gegründet und von der Ausnutzung Dutzender von Schrift-

stellern lebend, die jeden Augenblick beiseite geworfen werden, wenn das Geschäftsinteresse es räthlich erscheinen läßt. Und auch hier wächst die Konkurrenz unter den Abhängigen, je mehr die Bildung sich verallgemeinert und damit die Zahl derer, welche mit der Feder umzugehen wissen — je mehr auch die geistigen Thätigkeiten sich spezialisiren und damit ihre Erlernung erleichtert und beschleunigt wird.

Ueberall also dasselbe Bild wie beim Handarbeiter, nur daß sich auf der einen Seite erst entwickelt, was auf der anderen Seite schon bis zur vollen Reife gediehen ist.

Wie mit der ganzen materiellen Produktion, so wird es bald auch mit dem geistigen Schaffen sein: alle geistige Produktion wird bald nur noch von Lohnarbeitern geleistet werden, welche angestellt und entlassen werden vom Kapital, das sich auch mit geistiger Thätigkeit bald ebensowenig abgeben wird, wie heute schon mit Hämmern, Spinnen, Weben und Ackern — obwohl es trotzdem reichlich in die Scheuern sammelt.

Ist die Zersetzung der Gesellschaft erst soweit vorgeschritten, dann wird der Sozialismus rasch zum Siege gelangen. Gleich Feuersäulen wird das Proletariat der Intelligenz dem der Handarbeit voranschreiten und die Völker ihrem nächsten welthistorischen Ziele entgegenführen.

Das fortdauernde Aufbäumen aber der bis ins Innerste zerfressenen bürgerlichen Welt gegen diese Entwicklung wird handgreiflich weiter nichts sein, als ein Unterdrückungsversuch des nichts mehr leistenden Besitzes gegen alles, was noch beiträgt zu geistiger und materieller Kulturarbeit und wird die ferneren Vertheidiger der alten Ordnung an den Pranger der Geschichte stellen.

V.

Aber — hören wir da noch einige Kleinmüthige einwenden — werden denn alle die unzähligen Ausgebeuteten, die im unleugbaren Gegensatze zum Kapital stehen, auch wirklich bis zu sozialistischen Forderungen getrieben, oder wird nicht der größte Theil von ihnen vor den letzten Zielen des Sozialismus wie vor einem Sprung in das Unabsehbare zurückschrecken? Werden sich die Bedrückten nicht zweifelnd fragen, ob der Sozialismus auch wirklich

das halten kann, was er verspricht? Und je mehr sie sich in das Dunkel dieser Frage versenken, wird ihnen nicht der kecke Wagemuth der ersten Begeisterung verfliegen und sie veranlassen, ihr wenn auch kümmerliches und abhängiges Leben immer noch einem ganz ungewissen, vielleicht noch freudeloseren Dasein in der Zukunft vorzuziehen?

Aber auch hier sorgt die ganze wirthschaftliche Entwicklung, die sich immer mehr aufdrängende Erfahrung des täglichen Lebens — besser als alle Belehrung oder Aufstachelung — unabläßig dafür, daß die Ziele des Sozialismus immer weniger als Utopieen und seine Forderungen immer mehr als Nothwendigkeiten erscheinen.

Das Kapital hat die von ihm erzeugten Nothstände bisher mit dem alteingewurzelten, von Kirche und Schule gepflegten Dogma vertheidigt, daß das Massenelend unabänderlich sei und eine heuchlerische Theorie hat dieses Dogma durch die Thatsachen der Bevölkerungsvermehrung zu begründen versucht. Das Kapital ist es aber selber, welches, zäher und gründlicher wie alle seine Gegner, diesen lähmenden Glauben bis in seine Wurzeln zerstört.

Wo ist heute noch unter dem Großbetriebe ein Nothstand, der daher rührte, daß nicht genug produzirt werden konnte? Verhängt nicht vielmehr die Ueberproduktion an allen Gütern periodisch die bittersten Entbehrungen über breite Schichten des Volkes? Steigen die Entbehrungen der Arbeiter nicht, je mehr der Ueberfluß an Waaren anschwillt, die sie selber schufen, die ihnen aber wegen der Trennung von ihren Produktionsmitteln nur zum geringsten Theile zufallen? Ist es „natürlich", daß inmitten der Ueberfülle von Nahrung, Kleidung und allen Mitteln zur Behaglichkeit und zum Genusse das Volk hinstirbt in seinem Hunger und seiner Dürftigkeit? Oder erscheint nicht vielmehr angesichts dieser Sachlage der heutige Zustand unnatürlich und unhaltbar? — Und wenn unter der Herrschaft des Privatkapitals die Arbeit — trotz aller schöpferischen Kraft und deren beständiger Steigerung — nie mehr erkämpfen kann als das bischen Leben, dann wird das Kapital diesen handgreiflichen Widerspruch nicht nur niemals beseitigen können, sondern ihn zu immer grellerer Sichtbarkeit herausbilden müssen; es wird immer mehr das Bild verwirklichen, daß sich in seinen trächtigen

Speichern und schimmernden Läden alle Güter in zauberischen Mengen häufen, während draußen das hohläugige, lumpenbedeckte Elend kauert und seine leeren Bettlerhände vergebens nach allen diesen Schätzen ausstreckt.

Dadurch wird aber nicht der Sozialismus mit seiner frohen Botschaft der möglichen Erlösung aus allem Elend und mit seinen Glückverheißungen wachsenden Zweifeln begegnen, sondern die Lehre von der Natürlichkeit der Noth wird keine Gläubigen mehr finden.

Aber wird man so leicht an die schöpferische Kraft des Proletariates glauben lernen? Die organisatorischen Fähigkeiten des Privatkapitals hat man so oft gepriesen: wird man sich dereinst allgemein von ihrer Entbehrlichkeit überzeugen? Hat die Bourgeoisie in der Zeit ihres Emporstrebens und ihrer unumschränkten Herrschaft nicht Glänzendes vollbracht? „Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschifffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphie, Urbarmachung ganzer Welttheile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden gestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schooße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?" (Marx.) Wird eine neue Gesellschaftsschicht dieses Werk dereinst ebenbürtig weiter führen können?

Aber man mag von der früheren kulturhistorischen Rolle des Kapitals denken so hoch man will — mehr und mehr tritt es zu Tage, daß diese Rolle ausgespielt ist und daß, wie alle überlebten Gewalten, das Kapital nur noch als ein Hemmniß des Fortschrittes wirkt, daß schon jetzt alle wirklichen kulturellen Leistungen nahezu ausschließlich dem Proletariate, dem Proletariat der Handarbeit und des Geistes zugefallen sind. Ein Rothschild gründet heute Berg- und Hüttenwerke, er ist an Maschinenfabriken und Eisenbahnen „betheiligt" — aber bekundet sich diese Betheiligung in etwas anderem, als daß er von dem Ertrage dieser Unternehmungen seinen Löwenantheil einstreicht und würde ohne ihn das Räderwerk der Produktion nicht genau so funktioniren? Er selber kennt womöglich die Etablissements, die ihm gehören, nur aus den Berichten seiner Agenten

und Direktoren, er weilt nicht gern in den schmutzigen Distrikten der Fabriken und der Minen. Aber während er in Paris seinen Vergnügungen nachgeht oder in seinen schottischen und irischen Wäldern dem Waidwerk obliegt, fördern seine Bergwerke, ganz unberührt davon, ihre Kohlen und Erze an das Licht, seine Hütten schmelzen das Eisen, und in seinen Fabriken erstehen die Maschinen In dem ganzen eigentlichen Produktionsorganismus ist hier keine Stelle mehr für den Kapitalisten. Dieser Organismus wird lediglich von Proletariern, von bezahlten Angestellten des Kapitals in Bewegung gesetzt und geleitet. Alle Werthe sind hier, schon in der Gegenwart, geschaffen von den Besitzlosen, denen man für die Zukunft alle Befähigung hierzu abstreiten möchte! Und das Kapital an der Spitze, dessen Leistungen man als unentbehrlich rühmt, hat hier, bereits heute, nur noch die Funktion, vom Arbeits-Ertrage der wirklich Produzirenden alles das wegzunehmen, was deren Unterhaltungskosten überschreitet. Sind diese Verhältnisse zwischen Besitz und Arbeit etwa aussterbende oder greifen sie in unserer Aera der Gründer und Millionäre nicht immer rapider um sich, den Besitz immer mehr von jeder Mitwirkung an der Produktion loslösend?

Das Privatkapital zeigt sonach mit seinem Wachsthum mehr und mehr seine eigene Entbehrlichkeit und die alles vollführende Kraft des Proletariates, und jeder wird beides bald ohne tieferes Nachdenken gewahren.

Und nicht nur das, er wird weiter erkennen, daß das Kapital nicht nur nichts mehr schafft, sondern sogar der Produktion künstliche Fesseln anlegt, indem es einen immer wachsenden Theil der schon vorhandenen Produktivkräfte brach legt. Der Kapitalismus ruft die immer längeren und tiefergreifenden Stockungen hervor, während welcher die Arbeitskräfte gezwungen feiern und die Maschinen stille stehen, und weiß selbst in den Zeiten des Aufschwunges nicht mehr alle Menschen und Produktionsmittel zu beschäftigen. Je weiter er sich entwickelt, desto ängstlicher muß er neue „Beschränkungen der Produktion“ hervorrufen — freiwillig, wie durch die Kartelle, oder gezwungen, wie in den Zeiten der Krisen.

Nicht mehr mitzuwirken an der Produktion, sondern letztere zu hemmen, dagegen den Ertrag der Produktion

Fremder sich anzueignen — das wird sich nach allen wirthschaftlicher Umwälzungen unserer Zeit immer klarer als die alleinige Funktion des Kapitals herausstellen Alsdann wird aber auch niemand mehr die Beseitigung des Privatkapitals als etwas Utopistisches oder gar Kulturfeindliches betrachten, und die Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz aller wirklich Produzirenden wird alsdann immer mehr als Nothwendigkeit und nicht als ein Sprung in's Dunkle erscheinen.

So muß die wirthschaftliche Entwickelung den Sozialismus beständig nicht nur in seiner Ausbreitung fördern, sondern auch eine immer unerschütterlichere Einsicht in die Wahrheit seiner Verheißungen und die Richtigkeit seiner Forderungen wecken.

VI.

So sehen wir unter unseren Augen die gewaltigste Kulturbewegung sich entfalten, welche die Menschheit jemals in ihren Tiefen aufgewühlt hat. Aus ungeahnten wirthschaftlichen Umwälzungen geboren, von der Noth und dem Befreiungsdrange einer neuentstandenen und immer neuentstehenden Klasse getragen, wächst diese Bewegung mit der Weiterentwickelung der modernen Produktionsverhältnisse aus schwachen, zersplitterten Ansätzen bis zum stolzen, selbstbewußten, alles umschlingenden Strome, der — den letzten Rest der Abhängigkeit des Menschen vom Einzelmenschen in seinen Fluthen begrabend — unaufhaltsam seinem Ziele entgegeneilt: der freien brüderlichen Arbeit Aller für Alle an Stelle der Zwangsarbeit Aller zum Nutzen Weniger.

Alle herrschenden Klassen sind dereinst unterdrückte gewesen und haben sich im Kampfe gegen versinkende, in ihrer Kulturmission überlebte Gesellschaftsschichten emporringen müssen. Wie diese niedergestiegen sind von ihrem Throne, um entwickelungsfähigeren Kräften Platz zu machen, so wird auch die Herrschaft der Bourgeoisie nur eine vorübergehende Periode in der Menschheitsgeschichte bedeuten — im Anfang eine Periode glänzender Thaten, dann eine lange Zeit künstlichen Stillstandes und Rückganges. Die Zeichen des Niederganges mehren sich gegenwärtig zusehends und bald

wird alles, was heute dem Sozialismus noch feindlich ist, proletarisirt sein oder dem Proletariat wie einem Erlöser von unerträglichem Drucke zujauchzen.

Die Sozialdemokratie, die politische Organisation des Proletariates, hat also trotz aller Widersacher nicht nur keinen Grund zum Kleinmuthe, sondern alle Ursache, hoffnungsfreudiger denn je in die Zukunft zu blicken. In seiner kulturellen Bedeutung ist das Proletariat heute schon ein Riese, welcher die ganze Welt der materiellen und geistigen Leistungen auf seinen starken Schultern trägt. Nur politisch, in seinem Einfluß auf die Gesetzgebung und Regierung ist es heute noch ein Zwerg, und solange wir Zwergen sind, wird es auch von uns und unseren Gegnern wie in Goethes Faust heißen:

Wir schaffen's Eisen,
Sie schmieden Ketten!

Aber wenn wir auch heute noch Ketten tragen, und wenn sie auch bei jedem Schritte, den wir unternehmen, hinter uns her klirren, so sind wir doch von Erfolg zu Erfolg vorgedrungen und werden weiter siegen, bis wir unser letztes Ziel erreicht haben.

Dann werden die Fesseln der Noth von uns allen fallen; die Nacht der Unwissenheit und Barbarei wird von allen Menschen weichen, und die lichte Lebensfreude, die heute nur die Spitzen der Gesellschaft umglänzt, wird sich auch niedersenken in die dunklen Tiefen des Volkes, und die bloßen Arbeitsthiere, die heute dort hausen, zu unabhängigen, glücklichen Menschen machen.

Dann wird eine schönere, bessere Welt erstehen und allen auf Erden Freiheit, Wohlstand und Bildung bringen.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
IX. Heft.

Die Marx'sche Werththeorie.

Zur
Einführung in das Studium von Marx.

Von
Paul Fischer-Berlin.

Berlin 1896.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Inhalt:

Seite

I. Ihre Schwierigkeiten.
Terminologie, Methode 3

II. Darstellung der Theorie.
a) Historische Bedingtheit der Waarenproduktion; Theilung der Arbeit, Privateigenthum, Waarenproduktion 9
b) Waare und Werth; Gebrauchswerth und Werth 15
c) Die Arbeit als Werthbildner; „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ 19
d) Die Werthform und ihre Entwicklung zur Geldform 23
e) Die Gesellschaft und das Waarengeheimniß 27

III. Die Marx'sche Werththeorie und die offizielle Wissenschaft 33

I.

Die Schwierigkeiten der Marx'schen Werththeorie.

Das Verständniß der Marx'schen Werththeorie bildet die Voraussetzung für das Verständniß des Marx'schen „Kapitals", und gerade die Werththeorie ist es, welche demjenigen, der an das Studium des Kapitals herantritt, die meisten Schwierigkeiten bietet. Es sei daher der Darstellung jener Theorie eine kurze Erörterung ihrer hauptsächlichsten Schwierigkeiten vorausgeschickt.

Dieselben bestehen sowohl im Inhalt als in der Form. Da aber Inhalt und Form auf's engste zusammenhängen, der Inhalt die Form bestimmt, so ist umgekehrt das Verständniß des Inhalts von dem Verständniß, von der Beherrschung der Form abhängig.

Die Schwierigkeiten der Form bestehen nun wesentlich in zweierlei: in der angewandten Terminologie, das heißt der den einzelnen Begriffen und Ausdrücken zuerkannten, innerhalb ganz bestimmter Schranken gehaltenen Bedeutung — andererseits in der angewandten Methode, das heißt in der Art und Weise der Darstellung, in den ganz eigenthümlichen äußeren Formen des Denkens, in denen sich die Entwicklung bewegt.

Die von Marx gebrauchte Terminologie weicht ganz wesentlich sowohl von der Ausdrucksweise der bürgerlichen Oekonomen als auch von der des täglichen Lebens ab. Diese Erscheinung bietet jedoch nichts Neues, Wunderliches, Willkürliches. Wollte man die Lebensgeschichte der einzelnen ökonomischen Begriffe durch die verschiedenen Epochen hindurch verfolgen, so würde man finden, wie oft sie sich gleich Raupen gehäutet haben. Man würde ersehen, wie häufig dieselbe Erscheinung eine andere Be=

zeichnung gefunden und andererseits dieselbe Bezeichnung eine andere Erscheinung vorgestellt hat. Die Oekonomie ist keineswegs die einzige Wissenschaft, der dieses Schicksal widerfahren ist. In der Chemie z. B., die eine besonders rasche Entwicklung durchgemacht hat, ist die Terminologie alle zwei Dezennien umgeworfen worden; sie hat sich stets dem Stande, den Bedürfnissen des fortschreitenden Wissens anpassen müssen.[1]) So war für den Sommer 1889 ein internationaler Chemikerkongreß nach Paris einberufen zu dem Zwecke, die geeignetste einheitliche Terminologie namentlich für die organische Chemie festzustellen.

Marx nun hat die Terminologie der klassischen bürgerlichen Oekonomie umgestoßen, nicht bloß weil sie der neuen Weltanschauung, die bei ihm zum Durchbruch gekommen war, widersprach, sondern auch weil die Oekonomie in der Anwendung ihrer eigenen Terminologie inkonsequent verfahren war. Namentlich gilt dies für die Werththeorie, und mehr für Smith als für Ricardo. Von der Konfusion, die in der Vulgärökonomie herrschte und noch herrscht, ist natürlich nicht die Rede.

Obwohl Marx' produktiver Geist eine ganze Reihe neuer ökonomischer Ausdrücke geschaffen, so hat er doch viele überlieferte beibehalten. Allerdings in der alten Hülle steckt ein anderer Kern, und beide sind zu einer neuen Einheit verschmolzen. Bei keinem andern Oekonomen finden wir diese Schärfe und konsequente Durchführung der Terminologie vor. Die aus den thatsächlichen ökonomischen Vorgängen abgeleiteten Begriffe sind durch meisterhafte Analyse in ihrem Umfang auf das strengste begrenzt, in ihrer Bedeutung auf's genaueste bestimmt worden. Aber die spezifische Bestimmtheit des Ausdrucks, diese glänzende, bewunderungswürdige Seite des Marx'schen Systems ist andererseits zugleich für denjenigen, der sich zuerst, ahnungslos, an das Studium der Werththeorie begiebt, ein Anlaß zu zahlreichen Irrthümern.

Es geht jenem wie dem Sünder am Eingang zum Paradiese, wenn er nicht reuig Buße gethan und keinen quittirten Ablaßschein als obligates Eintrittsbillet vor-

---

[1]) Vergl. Engels in der Vorrede zum englischen „Kapital", London 1887.

weisen kann: er wird nicht eingelassen. Die Sünden, die unserm Sünder anhaften, sind allerdings nicht seine Schuld, aber sie lasten nichtsdestoweniger schwer auf ihm. Er unterliegt einer Erbsünde, der Sünde seiner Erziehung, der Lebensverhältnisse, in denen er aufgewachsen, in denen er noch existirt, kurz der Sünde der Gesellschaft. Man mißverstehe uns nicht; wir richten keine moralische Anklage gegen die Gesellschaft, wir weisen nur auf die Ursache einer Erscheinung hin. Da der Neuling in der Werththeorie ein Mitglied der heutigen Gesellschaft, so ist seine Erkenntniß — mag er selbst noch so keusch und unschuldig sein — nichts weniger als rein. Er ist aufgesäugt mit spießbürgerlichen Ansichten und bleibt, selbst wenn über den Durchschnitt fortgeschritten, befangen ir gewisser landläufiger Denk- und Ausdrucksweise. Er ist im täglichen Umgang an eine platte, gemeinplätzliche Anwendung einer Reihe von Ausdrücken gewöhnt, die zugleich eine Rolle in der theoretischen Oekonomie spielen. Worte wie Waare, Werth, Geld, Kapital werden in hundert alltäglichen Wendungen gebraucht und in einer Bedeutung, die bei einer wissenschaftlichen Betrachtung nicht stichhalten kann. Der Gefangene, der nach zehn Jahren das Zuchthaus verläßt, trägt noch lange die unverkennbaren Spuren davon mit sich herum. Ebenso schwer sind die Spuren zu verwischen, welche ein ähnliches Institut, die bürgerliche Gesellschaft, dem Geiste seiner Mitglieder eingeprägt hat und noch einprägt. Was das Erzeugniß einer vieljährigen Einwirkung, ist nicht in wenigen Stunden auszurotten; es ist mit seinem Träger verwachsen und hat ein zähes Leben. Seine Beseitigung erfordert bittere Erfahrungen und ernstes Denken.

Anstatt sich dem neu Vernommenen unterzuordnen, pfropft demselben oft der Redlichste seinen mitgebrachten Sack von vorgefaßten Meinungen auf — unbewußt, das ist eben die Heimtücke der gesellschaftlichen Erbsünde. Die Folgen sind Mißverständniß über Mißverständniß, und man kommt in die Brüche. Der Geduldige fängt von vorn an, der Ungeduldige läuft davon.

Man sieht, man kann zum Studium der Werththeorie nicht leicht zu wenig, wohl aber zu viel mitbringen. Es würde indessen nichts nützen, sich durch Selbstermahnungen

und gute Vorsätze jenes Ballastes zu entledigen zu suchen. Auch der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Es hälfe auch nichts, gegen den alten Adam in sich selbst mit seinen vorsintfluthlichen Begriffen eine Kapuzinade loszulassen. Die einzige radikale Kur, die Erfolg hat, vollzieht die Gesellschaft selbst, indem sie die Menschen in eine Klassenlage versetzt, welche sie zu ernstlichem Denken zwingt.

* * *

Es könnte scheinen, als wenn Marx sich bei der Schaffung seiner Terminologie seiner subjektiven Willkür überlassen hätte.

Dies ist keineswegs der Fall. Er leitet einige Grundbegriffe aus thatsächlichen ökonomischen Erscheinungen und Vorgängen ab, welche er als typische Grundformen in der heutigen Gesellschaft erkannt hat, und weist alle anderen Formen als hierauf zurückzuführende nach. Daraus folgt, daß die ökonomischen Begriffe in einer gewissen engen Beziehung zu der befolgten Denkmethode stehen, ihr Inhalt erst durch letztere bestimmt wird. Sie werden also nicht in ein für alle Mal gültigen Definitionen am Beginn erkärt; auch marschiren sie nicht im Gänsemarsch, paragraphenweise, von einander völlig unabhängig auf wie in den „Hand- und Nachschlagebüchern für Geschäftsleute und Studirende", in denen gerade nur noch die alphabetische Ordnung fehlt. Sie entstehen vielmehr erst im Laufe einer Entwickelung.

Und das ist die fundamentale, charakteristische Eigenthümlichkeit nicht bloß der Marx'schen Werththeorie sondern seiner Betrachtungsweise der ökonomischen Erscheinungen und ihres Zusammenhanges, der von Marx und Engels begründeten Denkweise des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt.

Man hat diese Methode die dialektische genannt im Gegensatz zu der früher herrschenden metaphysischen. Nach dieser waren nämlich die Dinge der äußeren Welt einmal gegebene, feste, stabile, aus sich selbst heraus zu erklärende, also von einander unabhängige Erscheinungen, die Begriffe „ewige Ideen." Sie erreichte in der Philosophie, Naturwissenschaft, politischen Oekonomie ihren Höhepunkt in der Untersuchung des Einzelnen, in der Aufspeicherung und Klassifizirung des Materials; aber die

Vernachlässigung des innern Zusammenhanges setzte ihrem Forschen ein Ziel: sie blieb im festen Eise ihrer eigenen Starrheit und Unbeweglichkeit sitzen.

Die dialektische Denkmethode dagegen, von der Erkenntniß der Unterschiede des scheinbar konstant Bleibenden ausgehend, faßte alle Erscheinungen von vornherein in ihrem Zusammenhange und ihrer Bewegung auf, verfolgte sie in ihrer Entstehung und Entwickelung, legte die Bedingungen ihres Entstehens und die Gesetze ihrer Entfaltung und ihres Unterganges dar. In einer bestimmten Epoche ins Dasein tretend, sind sie einer gewissen Entwickelung unterworfen, sie klettern eine Stufenleiter von geschichtlichen Phasen empor, um, auf einem Punkte angelangt, wieder zu verschwinden. Ebenso die Begriffe, die weiter nichts als Abbilder der wirklichen Dinge und ihrer wechselseitigen Beziehungen im Spiegel der menschlichen Erkenntniß darstellen. Damit ist aber die historische Bedingtheit nicht bloß der ökonomischen, sondern auch der politischen, rechtlichen, moralischen Begriffe, ihre Abhängigkeit von den jeweiligen materiellen menschlichen Lebensverhältnissen ausgesprochen.

Diese Gesichtspunkte führten zu der allgemeinen Zeichnung einer neuen Geschichte der Natur und einer neuen Geschichte der menschlichen Gesellschaft; ihre Ausführung im einzelnen wurde zugleich begonnen. Diese Epoche der Wissenschaft knüpft sich im wesentlichen an die Namen Lamarck, Darwin auf der einen und Marx, Engels, Morgan auf der andern Seite.

In diese neue Weltanschauung tritt der Leser des „Kapitals“ ein, und es kostet ihm einige Mühe, sich in ihr zu orientiren. Sie ist den meisten ungewohnt, da die Denkweise des Alltagslebens, der sogenannte „gesunde Menschenverstand“ ihr gerade entgegengesetzt ist. „Für ihn ist ein Ding so oder so, entweder es existirt oder es existirt nicht;“ ein Mittelding giebt es für ihn nicht. „Der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Gesell er in dem hausbackenen Gebiet seiner vier Wände ist“ (Engels), ist noch völlig in der metaphysischen Denkweise befangen. Mit einem gewissen Recht. Da er in seinen Berechnungen von einer gewissen realen Grundlage ausgehen will, so setzt er naturgemäß die umgebenden Lebensverhältnisse in

spießbürgerlicher Weise als möglichst stabil, obgleich sein Optimismus — durch Geschäftsstockungen, Krisen, Bankerott und ähnliche Institutionen — manchen unsanften Stoß erfährt. Am meisten ist für den Proletarier die Stabilität der Verhältnisse zur Eintagsfliege geworden, weshalb auch bei ihm das größte Verständniß für die neue Weltanschauung zu finden ist.

Jene Denkweise bildet die Grundlage für die sozialistische Kritik und ihre Folgerungen.

Die Gesetze der Logik sind die in das menschliche Bewußtsein übersetzten Gesetze der Bewegung der wirklichen Welt. Die logische Weiterentwickelung der aus den ökonomischen Vorgängen abstrahirten Grundbegriffe muß daher der thatsächlichen ökonomischen Entwickelung der Gesellschaft entsprechen. Ist dies der Fall, decken sich die logische und historische Entwickelung, so wird die Richtigkeit der Darlegung unumstößlich. Daher die Unangreifbarkeit des Marx'schen Systems. Der von Marx eingeschlagene Weg der Untersuchung ist derjenige, den von jetzt ab jede ernsthafte wissenschaftliche Geschichte — auch die Oekonomie ist eine wesentlich historische Wissenschaft — einschlagen muß.

Das „Kapital" liefert keine besondere zusammenhängende Auseinandersetzung seiner allgemeinen Grundanschauung. Der Leser muß dieselbe daher erst aus dem „Kapital" abstrahiren. Das ist mühsam und erschwert das Verständniß. Man erwirbt sich daher besser die Kenntniß der „materialistischen Geschichtsauffassung" vorher entweder aus Marx' früheren Schriften oder namentlich aus den Schriften von Engels.

II.

Darstellung der Theorie.

---

a) Historische Bedingtheit der Waarenproduktion; Theilung der Arbeit, Privateigenthum, Waarenproduktion.

Legen wir der bürgerlichen Oekonomie die Frage vor, was sie unter **Kapital** versteht, so antwortet sie darauf folgendes:

> „Das Kapital besteht aus Rohstoffen, Arbeitsinstrumenten und Lebensmitteln aller Art, die verwandt werden, um neue Rohstoffe, neue Arbeitsinstrumente und neue Lebensmittel zu erzeugen.
>
> Alle diese seine Bestandtheile sind Geschöpfe der Arbeit, Produkte der Arbeit, aufgehäufte Arbeit.
>
> Aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, ist Kapital." [1])

Das ist die kurze, bündige Erklärung des Begriffes Kapital gemäß den Lehren der bürgerlichen Oekonomie.

Also „aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, ist Kapital." Danach wäre schon der erste Pflug, der erste Pfeil und Bogen, die erste Steinaxt, ja das erste menschliche Werkzeug überhaupt Kapital, denn sie alle enthalten ganz unzweifelhaft „aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient."

Solltest du dir, werther Leser, eingebildet haben, daß das Zeitalter des Kapitalismus erst einige hundert Jahre zähle, so belehren dich die bürgerlichen Oekonomen und ihre modernen Nachtreter eines bessern. Nach ihnen hat es schon immer Kapitalisten gegeben. In der Urgeschichte wimmelt es davon. Die Krupp und Bleichröder können also auf einen stolzeren Stammbaum, eine längere Ahnenreihe zurückblicken als irgend ein Fürst von Gottes Gnaden oder ein Junker, der noch heute auf dem Schlosse seiner Väter sitzt. Und wenn dereinst beim Erkalten der Sonne

---

[1]) Aehnlich z. B. Prof. Roscher: Grundlagen d. Nationalök. Stuttg. 1882, 16. Aufl. S. 90.

der letzte Eskimo am Aequator erfriert, so wird er dies thun in dem gehobenen Bewußtsein, als Kapitalist sein Dasein zu beschließen, denn er wird während seines noch so miserablen Lebens „Arbeit aufgehäuft“ haben müssen, um sie zu weiterer Produktion zu verwenden.

Die obige Erklärung ist ganz der beschränkten Denkweise der bürgerlichen Oekonomie würdig, welche überdies die willkommene Nutzanwendung zuläßt, die Einrichtungen der heutigen Gesellschaft als ewige Institutionen zu proklamiren.

Das Kapital besteht aus Produktionsmitteln 2c., folglich sind die Produktionsmittel Kapital. Das ist dieselbe Argumentation, die Schopenhauer so persiflirt: „Jede Gans hat zwei Beine; du hast zwei Beine, folglich bist du eine Gans.“

Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwaren Race. Die eine Erklärung ist der andern werth.

„Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhält-hältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. In bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld oder der Zucker der Zuckerpreis ist.“ [1])

Dasselbe Schicksal wie das Kapital erfahren alle übrigen Begriffe der politischen Oekonomie. Wie es nach ihr seit jeher Kapitatisten gegeben, so hat seit jeher **Waaren**produktion existirt.

Alle Waaren haben offenbar das gemeinsam, daß sie Arbeitsprodukte sind. Dinge, die nicht Arbeitsprodukte sind, können — allgemein gesprochen [2]) — nicht zu Waaren werden. Indessen sind Arbeitsprodukte keineswegs nothwendigerweise Waaren. So wenig ein Neger von Natur ein Sklave, so wenig ein Mensch von Natur ein Lohnarbeiter, so wenig ein Weib von Natur Prostituirte, weil es unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen seinen Leib verkauft, ebenso wenig ist ein Arbeitsprodukt von Natur Waare.

---

1) Marx: Lohnarbeit und Kapital, 1884, S. 14.
2) Vergl. jedoch Marx: Kapital, Bd. I, 3. Aufl., S. 73.

Allein die bürgerliche Oekonomie kennt für die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waaren keine zeitliche Schranke, weil sie die Geschichte der Vergangenheit nicht kennt; und falls sie sie kennt, begeht sie nichtsdestoweniger die tollsten Anachronismen infolge ihrer Befangenheit in den spezifisch bürgerlichen Anschauungen, nach denen sie sich die ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen der Vorzeit phantastisch zurecht konstruirt.

Da „die Oekonomie keinen andern Werth kennt, als den Werth von Waaren",[1]) die Erscheinung des Werthes also an die Erscheinung der Waare geknüpft ist, so betrachten wir zunächst die geschichtlichen Voraussetzungen, an welche die Entstehung von Waaren gebunden ist.

Wie die Geschichte lehrt, hat in den ältesten Gemeinwesen, deren gesellschaftliche Zusammengehörigkeit auf den Banden der natürlichen Abstammung und unentwickelter Produktion beruhte, ausnahmslos Gemeineigenthum geherrscht. Die Produktion war gemeinsam, die Vertheilung der gewonnenen Produkte gleichmäßig und den Bedürfnissen der einzelnen Mitglieder angepaßt. Die Befriedigung der Bedürfnisse fand ihre natürliche Grenze in dem verhältnißmäßig niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivität der Arbeit. Theilung der Arbeit fand sich gar nicht vor oder nur in geringem Umfang, vornehmlich die zwischen Mann und Weib, begründet durch die geschlechtlichen Unterschiede. Diese Gemeinwesen lebten von der Hand in den Mund. Ausfälle im Ertrage ihrer Arbeit hatten sie gemeinsam zu tragen. Die Erlangung des Lebensunterhaltes war eine mehr oder minder unsichere. Die Abhängigkeit von der Natur, aber auch die unbedingte Herrschaft über die Geschöpfe ihrer Arbeit charakterisirt ihre Existenz.

Hier kann natürlich von **Austausch** keine Rede sein.

Denn es fällt sofort ins Auge, daß derselbe innerhalb einer auf gemeinsamem Eigenthum begründeten Gesellschaft nicht eintreten kann. Ein Waarenaustausch setzt zwei sich gegenüberstehende Kontrahenten voraus, die das ausschließ-

---

[1]) Engels: Dührings Umwälzung d. Wissenschaft 1886, S. 295.

liche Verfügungsrecht, das volle Privateigenthum an ihren Waaren besitzen. Es dürfen dritte also kein Anrecht darauf haben. Uneingeschränktes Eigenthumsrecht besitzen hier aber nur die Gemeinwesen als solche, und nur die Gemeinwesen als solche könnten hier Austausch unter einander vollziehen.

Damit ist indessen erst die Möglichkeit, keineswegs die Nothwendigkeit desselben gegeben. Dazu müssen verschiedene Vorbedingungen erfüllt sein. Austausch ist undenkbar bei Menschen, deren Arbeit verhältnißmäßig unproduktiv ist und nur das zum Leben Hinreichende liefert. Es ist also eine gewisse Höhe, eine Ergiebigkeit der Produktion erforderlich, welche einen Ueberschuß über den unmittelbaren Bedarf erzielt. Dies ist die erste Voraussetzung.

Jener Ueberschuß an Produkten indessen kann auch erst unter bestimmten Bedingungen zum Austausch führen. Zwischen Gemeinwesen, die auf völlig gleicher Stufe stehen und Gleiches produziren, kann er nicht eintreten. Er ist daher nur möglich entweder zwischen solchen, welche die natürliche Beschaffenheit ihrer Wohnsitze einen Ueberschuß an verschiedenartigen Produkten gewinnen läßt, oder solchen, die überhaupt auf verschiedener Entwicklungsstufe stehen, zum Beispiel zwischen nomadisirenden Hirtenvölkern und höher stehenden Ackerbau treibenden Stämmen.[1]) Hier haben wir die zweite Voraussetzung des Waarenaustausches.

Das Vorhandensein eines gewissen gesellschaftlichen Reichthums und einer gewissen Theilung der Arbeit ist also die Grundbedingung des Waarenaustausches.

Relativ bedeutenden Reichthum finden wir, wenn wir auf die vorgeschichtliche Entwicklung der Menschheit einen Blick werfen, zuerst bei jenen barbarischen Völkern vor, bei denen die Viehzucht die herrschende Form der Produktion des Lebensunterhaltes bildete.[2]) Man sieht daher, wie unsinnig es ist, wenn Smith und auch Ricardo Menschen, die noch auf der Stufe der Wildheit stehen, wo

---

[1]) Vergl. Engels: Ursprung d. Familie, d. Privateigenthums, d. Staats. 1884, S. 129.

[2]) Engels am gleichen Orte S. 29 ff. und 124 ff.

vornehmlich Fischerei und Jagd die unmittelbarsten Lebensmittel liefern, ganz lustig Austauschgeschäfte treiben lassen.

Mit der Anhäufung gesellschaftlichen Reichthums ist aber auch schon der erste Schritt zur Zersetzung jener auf Gemeineigenthum begründeten Gesellschaften gethan. Die nächsten wichtigen Folgen der fortgeschrittenen Produktion sind die Entstehung der Sklaverei und des Privateigenthums. Die weit über den individuellen Bedarf steigende Ergiebigkeit der Produktion ließ einerseits die Möglichkeit der Sklaverei offen, andererseits schuf der rasch wachsende Reichthum, namentlich an Heerden, der mehr Arbeitskräfte erheischte, als die Gesellschaft zu produziren im Stande war, ihre Nothwendigkeit. Ferner ließ die Steigerung des Reichthums seine Verwandlung in Privateigenthum zu, ohne daß das Interesse der Gesammtheit oder eines einzelnen Mitgliedes verletzt zu werden brauchte, während der Umstand, daß die Erhaltung und Vermehrung des Heerdenreichthums an der beschränkten Fruchtbarkeit und Ausdehnung einer gegebenen Strecke Landes ihre natürliche Grenze fand, nothwendiger Weise seine Spaltung und Auftheilung herbeiführen mußte. Wir finden daher bei den ältesten Hirtenvölkern bereits Privateigenthum an Vieh und Menschen vor. Die Entstehung des Privateigenthums an Grund und Boden gehört erst einer viel späteren Epoche an.

Die erste Theilung der Arbeit führt also zum Austausch zwischen verschiedenen Gemeinwesen, zur Spaltung der Gesellschaft selbst in Klassen von Unterdrückern und Unterdrückten und schließlich zur Verwandlung des beweglichen Gemeinbesitzthums in Privateigenthum.

Die Rückwirkung dieser neuen Momente[1]) auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Einrichtungen übergehen wir. Was hier betont werden muß, ist, daß die Entstehung des Waarenaustausches gebunden ist an eine bestimmte Entwicklung der Produktivität der Arbeit, die uns als Theilung der Arbeit gegenübertritt.

Und ebenso ist die weitere Entwicklung des Austausches wie der Waarenproduktion gebunden an die weitere Ent-

---

[1]) Ihre gewaltigen Folgen z. B. Sturz des Mutterrechts, Entstehung der monogam. Eheform findet man in der citirten Schrift von Engels S. 31 ff. und S. 126.

wicklung der Theilung der Arbeit, also abhängig von der ökonomischen Struktur der Gesellschaft. „So können in großen Umrissen asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden.“[1])

Diese verschiedenen Epochen unter dem Gesichtspunkt der Waarenproduktion zu betrachten, würde hier zu weit führen. Es sei nur bemerkt, daß das, was wir heute als Waarenproduktion ansehen, noch sehr jungen Datums ist und in dem Umfang als fast ausschließliche Form der Produktion nicht seit jeher bestanden hat. Es ist klar, daß der ursprünglich zufällige Charakter des Waarenaustauschs und seine Abhängigkeit von dem Steigen des Arbeitsertrages über das Maß des nothwendigen Lebensunterhalts hinaus die Erzeugung von Produkten direkt für den Austausch als eine wesentliche Form der Produktion nicht zuließ. Erst sobald der Austausch dauernde Bedürfnisse geschaffen hatte und zur Regel wurde, war die direkte Produktion für denselben eine Nothwendigkeit. Der Austausch nach außen wirkte rückschlagend nach innen; es setzten sich Wechselbeziehungen fest, welche die Produktion von Waaren zu einer besonderen Funktion der Gesellschaft machten und zu einer ständigen Ausdehnung derselben führten. So erzeugte Theilung der Arbeit zwischen verschiedenen Gemeinwesen Theilung der Arbeit innerhalb ihrer selbst. Sie bildet die nothwendige Voraussetzung der Waarenproduktion,[2]) indessen wirkt diese naturgemäß auf die weitere Entwicklung jener zurück.

Die primitive Produktion von Waaren nahm einen verhältnißmäßig geringen Theil der gesellschaftlichen Arbeit in Anspruch; die Produktion für den eigenen Bedarf war ihre Hauptaufgabe; diese bildet nicht nur in der antiken, sondern auch in der mittelalterlichen feudalen Gesellschaft den wesentlichsten Zug. Heute dagegen finden wir in den Ländern mit entwickelter Industrie fast ausschließlich Waarenproduktion vor, Erzeugung von Produkten für fremden Bedarf. Die Entwicklung bewegt sich in

---

[1]) Marx: Zur Kritik d. polit. Oekonomie Berlin 1859. S. VI.

[2]) Waarenproduktion setzt nothwendig Theilung der Arbeit voraus, nicht aber letztere unbedingt Waarenproduktion. Vergl. Marx: Kapital I. S. 9.

einem Gegensatz; sie besteht in der allmähligen Umbildung der Produktion für den eigenen in Produktion für fremden Bedarf, in der fortschreitenden Verwandlung aller Arbeitsprodukte in Waaren.

Insofern als die verschiedenen oben angeführten Epochen Stufen in der ökonomischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft darstellen, werden in ihnen die Waarenproduktion und die ihr entsprechenden Austauschverhältnisse von besonderen Gesetzen beherrscht, die unter sich ebenfalls eine Entwicklungsreihe bilden. Da die Epoche der modernen bürgerlichen Gesellschaft, als deren Grundlage wir die kapitalistische Produktionsweise vorfinden, die am höchsten ausgebildete Form der Waarenproduktion ist, so sind auch die sie beherrschenden Gesetze am höchsten ausgebildet und in allgemeinster Geltung.

Obwohl wir so ihre klassische Form in der heutigen Gesellschaft vor uns haben, so ist es doch für das Studium ihrer Gesetze von Vortheil, auf frühere, unentwickeltere, aber auch weniger verwickelte Formen zurückzugehen. Das Verständniß ökonomischer Erscheinungen erfordert es, sie dort zu beobachten, wo wir ihrer in der ungetrübtesten Gestalt, am wenigsten mit fremden, unwesentlichen Begleiterscheinungen vermengt, habhaft werden können; andrerseits handelt es sich darum, Erscheinungen, welche die Gegenwart bietet, als das nothwendige Resultat einer Reihe von zusammenhängenden Entwicklungsformen nachzuweisen, die der Vergangenheit angehören.

---

b. Waare und Werth; Gebrauchswerth und Werth.

Ein Gegenstand, der irgend ein menschliches Bedürfniß befriedigt, sei es direkt als Lebensmittel oder indirekt als Produktionsmittel, wird zum **Gebrauchsgegenstand** oder **Gut.**

Es ist hierbei gleichgültig, ob der Nutzen, den dieser Gegenstand liefert, eingebildet ist oder nicht. Diese Frage zu entscheiden, könnte selbst einem Philosophen von Profession erhebliches Kopfzerbrechen bereiten. Hier aber, in der Oekonomie gilt es nicht, die Vernünftigkeit oder Unvernünftigkeit eines Bedürfnisses darzuthun. Dem Schnaps-

bruder liefert sein Branntwein, der Betschwester ihr Gebetbuch einen für sie ebenso unzweifelhaften Nutzen, als einem hungernden Proletarier eine reichliche Mahlzeit. Gleichviel ob in Gestalt von himmlischem oder irdischem Manna, sobald ein Ding ein thatsächlich vorhandenes Bedürfniß befriedigt, ist es für den, der es empfindet und von dessen Standpunkt aus betrachtet, ganz unbestreitbar von Nutzen, also Gebrauchsgegenstand.

Ein Bedürfniß wird nicht durch Vernunftgründe aus der Welt geschafft, etwa dadurch, daß es unser Philosoph vom allgemein menschlichen Standpunkt aus nicht als berechtigt anerkennen wollte. Was er für den allgemein menschlichen Standpunkt hält, stellt sich hinterher vielleicht als sein Klassenstandpunkt heraus. Wie alles andere sind auch die menschlichen Bedürfnisse relativ; was für den einen ein Bedürfniß, ist es für den anderen nicht; was es früher war, braucht es heute nicht zu sein, und umgekehrt können heute Dinge nützlich sein, die es früher nicht waren.

Die Fähigkeit eines Dinges, durch bestimmte materielle Eigenschaften zu nützen, stempelt es zum Gebrauchsgegenstand oder **Gebrauchswerth.** Die darin ausgedrückte Beziehung ist eine Beziehung des Menschen zur Natur, eine natürliche, sozusagen physiologische. Ein Lehnstuhl z. B. ist bequem, nicht weil man ihn aus einer großen Fabrik mit Dampfbetrieb bezogen oder von einem kleinen Handwerksmeister auf Bestellung angefertigt erhalten hat, nicht weil er theuer oder billig, sondern weil er ein Lehnstuhl ist, ein gepolstertes Ding mit vier Beinen und einer Lehne. Eine gebratene Taube leistet mir dieselben Dienste, ob sie mir gratis in den Mund fliegt oder ob ich im Restaurant dafür eine Mark zahle. Meinem Magen ist das völlig gleichgiltig.

Der Gebrauchswerth eines Dinges besteht also allein in seinen natürlichen Eigenschaften. Damit ist aber in der heutigen Gesellschaft sein Inhalt nicht erschöpft. Innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse erlangt ein Ding die Fähigkeit, mit einem anderen in gewisser Menge austauschbar, **Tauschwerth** und daher Waare zu sein. Der Tauschwerth ist also etwas rein äußerliches, von außen hinzukommendes, nicht eine natür=

liche Eigenschaft, die einem Dinge als solchem angehört. Das Tomahawk ist für den Indianer wohl eine nützliche, schätzbare Waffe, also Gebrauchswerth, aber gemeinhin kein Tauschwerth. Wie äußerlich, vorübergehend der Tauschwerth eines Dinges ist, zeigt der Umstand, daß es Tauschwerth gewesen sein kann, nun aber nicht mehr ist, obwohl seine natürlichen Eigenschaften nicht verändert sind. Das falsche Zahngebiß einer Primadonna ist für dieselbe sowohl in ästhetischer wie in hygienischer Hinsicht ein Gebrauchswerth, weil vortheilhaft für die Schönheit ihrer äußeren Erscheinung wie für ihre innere Verdauung. Aber selbst ihr zahlungsfähigster „Protegirer" würde übel anlaufen, wenn er, seinen Beutel ziehend, sich nach dem Tauschwerth ihrer Zähne erkundigen wollte.

Ein Ding braucht keineswegs Tauschwerth, weil Gebrauchswerth zu haben. Gebrauchswerth und Tauschwerth erscheinen uns zunächst als zwei total verschiedene Seiten eines Dinges, deren einzige Beziehung darin besteht, daß es, um überhaupt austauschbar zu sein, selbstverständlich voraussetzt, daß es nützlich ist, also irgend ein menschliches Bedürfniß zu befriedigen im Stande ist.

Das Austauschverhältniß zweier Waaren ist nun in jedem gegebenen Falle ein quantitativ bestimmtes. Eine gewisse Menge der einen Waare tauscht sich aus gegen eine gewisse Menge der andern Waare. Beide werden durch den Austausch als gleiche Größen angesetzt: sie haben denselben Tauschwerth, gleichviel, welches seine stoffliche Grundlage, an welche Sorte von Gebrauchswerthen er geknüpft ist. Das ist eine einfache Thatsache.

Um aber als gleiche Größen zu gelten, müssen zwei Waaren offenbar etwas Gleichartiges, Gemeinsames enthalten, oder, mathematisch ausgedrückt, sie müssen kommensurabel sein. Das ist überhaupt die Bedingung ihrer Vergleichbarkeit.

Vergleichbar, gleichsetzbar und austauschbar können sie aber nicht auf Grund ihrer materiellen Eigenschaften, als Gebrauchswerthe sein. Ja, Dinge von gleichem Gebrauchswerth sind gar nicht austauschbar: Brot tauscht sich nicht aus gegen Brot. Der Austausch setzt gerade die

Verschiedenartigkeit der Gebrauchswerthe zweier Waaren voraus Brot und Kohle stellen in bestimmten Quanten gleiche Tauschwerthe nicht etwa mit Rücksicht auf ihre besonderen natürlichen Eigenschaften vor, da Kohle zur Erzeugung von Wärme und Brot als Nahrungsmittel dient. Dies wäre ebenso ungereimt, wie wenn man einem Kinde die Aufgabe stellte, drei Birnen und drei Aepfel zusammen zu zählen. Betrachtet man die Waaren als Gebrauchswerthe, so ist nicht abzusehen, nach welchen Regeln sich der Austausch vollziehen könnte.

Birnen und Aepfel sind inkommensurabel. Man kann sie indeß kommensurabel machen. Wenn man von ihren besonderen, unterscheidenden Eigenschaften absieht, so kann man sie addiren, indem man sagt: Drei Birnen und drei Aepfel sind sechs Früchte. Aber Aepfel gelten hier nicht mehr als Aepfel, und Birnen nicht mehr als Birnen, nicht als Früchte einer besonderen Art, sondern als Früchte schlechthin. Als solche sind sie kommensurabel.

Ein gleicher Prozeß vollzieht sich bei der Erscheinung des Tauschwerths. Wie wir gesehen, ist es gerade das Absehen, „die Abstraktion von ihren Gebrauchswerthen, was das Austauschverhältniß der Waaren augenscheinlich charakterisirt.“ Bei der quantitativen Gleichsetzung total verschiedener Dinge sieht man eben von ihren qualitativen Unterschieden ab.

Entkleiden wir nun die Waaren ihrer besonderen Eigenthümlichkeiten, ihres spezifischen Gebrauchswerths, „so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten“, aber nicht die von Produkten dieser oder jener bestimmten Form der Arbeit, also etwa der Schlosser-, Bäcker- oder Tischlerarbeit — denn diese sind es, welche die besondere Nützlichkeit der Gebrauchswerthe schaffen — sondern von Produkten der Arbeit schlechthin, der Arbeit überhaupt, gleicher, unterschiedsloser, allgemein menschlicher Arbeit.

Als Verkörperungen dieser Arbeit, als vergegenständlichte Verausgabungen allgemein menschlicher Arbeitskraft sind die Waaren Werthe.

Die Waaren besitzen aber nicht bloß Werth überhaupt, sondern Werth von gewisser Größe, welche durch das Quantum der in ihnen verausgabten Arbeit bestimmt

wird. Diese wiederum mißt sich naturgemäß an ihrer Zeitdauer nach Tagen, Stunden u. s. w.

Der ökonomische Werthbegriff unterscheidet sich also ganz wesentlich von dem, was man im gewöhnlichen Leben unter Werth versteht. Nach der Meinung des Bourgeois z. B. hat nicht bloß seine für den Verkauf aufgestapelte Waare einen „Werth"; den Château Lafitte in seinem Weinkeller, seine Havanna-Zigarre und die Kölnische Zeitung auf seinem Kaffeetisch findet er gleichfalls „werthvoll". Mit solcher Begriffsbestimmung ist in der Oekonomie nichts anzufangen; nichtsdestoweniger spuken noch der Jargon und die Konfusion des vulgären Bourgeois in der vulgären Oekonomie fort.

---

c. Die Arbeit als Werthbildner; „gesellschaftlich nothwendige Arbeit."

Wir haben auseinandergesetzt, was im streng ökonomischen Sinne Werth ist; daß es menschliche Arbeit ist, die ihm zu Grunde liegt und an der sich seine Größe mißt.

Diese Erklärung ist nun nicht so zu verstehen, als wenn der Werth jeder einzelnen Waare durch das Quantum von Arbeit bestimmt sei, welches ihr Produzent in jedem besonderen Falle auf ihre Herstellung verwandt hat. Denn dann würde z. B. der Werth, den ein ungeschickter Schneider bei der Anfertigung eines Rockes innerhalb zweier Tage geschaffen hat, doppelt so groß sein als der von einem geschickten Schneider erzeugte Werth, welchen letzterer bei der Herstellung eines völlig gleichen Rockes innerhalb eines einzigen Tages produzirte. Das ist keineswegs der Fall. Der Werth einer Waare wird nicht durch die von einem individuellen Arbeiter aufgewandte Arbeitsmenge bestimmt, sondern durch diejenige Arbeitsmenge, welche unter den durchschnittlichen, normalen Bedingungen der Produktion von einem Arbeiter mit Durchschnittsgeschick und mit der durchschnittlichen Intensität der Arbeit nothwendig verausgabt wird.

In einer gegebenen Gesellschaft sind diese Bedingungen gleichfalls gegeben; bleiben sie sich gleich, so bleibt sich auch die in der Produktion einer Waare zu verausgabende

Arbeitsmenge gleich; ändern sich jene, so ändert sich diese ebenfalls. Denn von der Gesammtheit der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Produktion stattfindet, ist die Produktivität der Arbeit abhängig. Zu diesen Bedingungen zählen die jeweilige Ausbildung des Arbeiters, der Höhegrad der Technik, die Art und Weise des Zusammenwirkens der Organe der Produktion, und Naturverhältnisse mannigfacher Art, wie Bodenreichthum, meteorologische Einflüsse u. s. w. Alle diese Umstände sind dem Wechsel unterworfen und damit auch die Ergiebigkeit des gesellschaftlichen Arbeitsertrages.

Zugleich aber wechseln auch die Arbeitsmengen, die nöthig sind, das gleiche Produkt zu erzeugen und daher auch dessen Werthgröße.

Die Werthgrößen zweier Waaren stehen folglich im selben Verhältniß wie die Quantitäten gesellschaftlich nothwendiger Arbeit, welche ihre Produktion erfordert. Verringert sich die für die Herstellung einer Waare erforderliche Arbeitsmenge um die Hälfte — durch gesteigerte Produktivität der Arbeit, etwa in Folge der Einführung von Maschinerie an Stelle der Handarbeit, oder von verbesserter Maschinerie an Stelle von unvollkommener — so fällt auch der Waarenwerth um die Hälfte. Der Werth der Stahlfedern ist innerhalb von 60—70 Jahren auf noch weniger als den hundertsten Theil seiner ursprünglichen Höhe gesunken.

Nach dieser Richtung hin ist also der Begriff „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" klargestellt. Indessen kann auf ein Produkt die für dasselbe nothwendige Arbeitszeit verwandt worden sein, die Bedingungen der Produktion können völlig dieselben geblieben sein, während sein Werth dennoch gefallen ist. Diese Erscheinung erklärt sich folgendermaßen. Der gesellschaftliche Gesammtbedarf an irgend einer besonderen Art von Produkten ist in einem gegebenen Zeitpunkt ein begrenzter, bestimmter; er verlangt daher zu seiner normalen Befriedigung die ihm entsprechende Menge von jener Waarenart. Wir nehmen an, daß zwar die Herstellung des Produkts genau in der alten Weise fortbetrieben wird, aber in weiterem Umfange als vorher, während der gesellschaftliche Bedarf konstant bleibt. Das Gesammtprodukt des Artikels übersteigt also die Menge,

welche das Gesammtbedürfniß normaler Weise absorbiren, der „Marktmagen“ vertragen kann. Ein Quantum des Produkts geht daher nicht in den Verbrauch ein, ist also überflüssig und nutzlos. Somit ist auch die darauf verwandte Arbeit nutzlos, schafft keinen Gebrauchswerth und darum auch keinen Werth. Die Wirkung dieses Vorganges ist einfach die, daß der Werth, der vorher in der zur Deckung des Gesammtbedarfs nothwendigen Menge von Produkten enthalten ist, sich nun auf die ganze Produktenmasse gleichmäßig vertheilt, d. h. die Wirkung ist dieselbe, als wäre die zur Herstellung des einzelnen Exemplars der Waarenart nothwendige Arbeitszeit entsprechend verringert worden.

Die Produzenten der waarenproduzirenden Gesellschaft erzeugen, wie die Produzenten jeder Gesellschaft, Gebrauchswerthe, aber Gebrauchswerthe nicht für sich selbst, sondern für andere, nicht für eigenen, sondern für fremden, kurz, für gesellschaftlichen Bedarf, dessen Umfang wiederum im gegebenen Momente bestimmt ist. Daraus folgt, daß auch in dieser Hinsicht „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ in den Waaren stecken muß.

Gesellschaftlich nothwendige Arbeit ist solche, welche gesellschaftliche Gebrauchswerthe schafft, sich unter den gesellschaftlich normalen Bedingungen der Produktion vollzieht, und welche endlich in dem Umfange auf ihre Erzeugnisse verausgabt wird, der dem Gesammtbedarf entspricht. Gesellschaftlich nothwendige Arbeit in diesem Sinne ist zugleich — innerhalb der Waaren produzirenden Gesellschaft — **werthbildende Arbeit.**

Da wir die Einflüsse bereits betrachtet, welche Werthwechsel hervorbringen, so setzen wir nun stets Waaren voraus, die gesellschaftlich nothwendige Arbeit enthalten.

Die Arbeit, welche Waaren produzirt, ist daher unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten: erstens insofern sie Gebrauchswerthe und zweitens Werthe schafft.

„Als Bildnerin von Gebrauchswerthen“, d. h. „als nützliche Arbeit ist die Arbeit eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnothwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu ver-

mitteln."* Werthbildnerin aber wird sie und kann sie außerdem nur sein in einer Gesellschaft mit systematischer Theilung der Arbeit und unabhängigen Produzenten.

Aus der Thatsache des Tauschverhältnisses erkannten wir die Natur der den Werthen zu Grunde liegenden Arbeit. Die Eigenschaft der letzteren bestand darin, eigenschaftslos zu sein, nicht qualitativ bestimmte, konkrete, nützliche Arbeit, sondern qualitätslose, gleiche, allgemein menschliche Arbeit zu sein. Zur Herstellung von verschiedenen Gebrauchswerthen sind Arbeiten der verschiedensten Art erforderlich. Als werthbildende Arbeiten werden sie alle in bestimmter Menge gleich gesetzt, die Arbeit des Bauern der des Fabrikarbeiters, die des Steinträgers der der Näherin, die komplizirteste der allereinfachsten. Sie werden also sammt und sonders reduzirt auf gleiche menschliche Arbeit. Daß jene Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Produkte der verschiedensten Sorte stellen als Waaren in gewissen Quantitäten gleiche Werthe vor. Was die Wirklichkeit beständig vollzieht, scheint auf den ersten Blick ungereimt. Wenn wir indessen bedenken, daß früher bei unentwickelterer Theilung der Arbeit ein Mensch heute webte, morgen aus dem gewebten Stoff ein Kleid zurechtschneiderte, verschiedene Arbeitsarten also nur als Variationen derselben Arbeitskraft verausgabt wurden, daß in der heutigen Gesellschaft die Gesammtarbeitskraft, sich dem wechselnden Bedürfniß anschmiegend, in oft wechselnden Portionen auf die einzelnen Arbeitszweige vertheilt wird, die besonderen Arbeitsarten also nur als verschiedene Formen der Verausgabung von derselben menschlichen Arbeitskraft in Gestalt von Hirn, Muskel, Nerv 2c., aufzufassen sind, so wird jene Erscheinung der Reduktion aller verschiedenen Arbeiten auf Durchschnittsarbeit als ihre Einheit verständlich. Uebrigens, ob verständlich oder nicht, das Phänomen selbst wird davon nicht beeinflußt. Es vollzieht sich durch ein den Organen der Produktion unbewußtes Gesetz „hinter dem Rücken der Produzenten."

Eine Waare als Ganzes von Gebrauchswerth und Werth enthält also Arbeit von doppeltem Charakter, ge-

---

*) Marx: Kapital I, S. 9.

brauchswerth- und werthbildende. Die erstere ist konkrete, nützliche, zweckbestimmte, die letztere abstrakte, unterschiedslose, allgemein menschliche Arbeit. Die erstere ist dem Wechsel der Produktivkraft unterworfen, die letztere nicht. Eine gegebene Arbeitsmenge stellt immer genau dasselbe Quantum von Werth vor, welches Quantum von Produkten sie auch zu erzeugen vermag. Diese frappirende Erscheinung erklärt sich durch die Einsicht in den Gegensatz der in den Waaren enthaltenen Arbeit.

---

d. Die Werthform und ihre Entwicklung zur Geldform.

Während die auf die Herstellung einer Waare verwandte Arbeit als ihr Werth wieder ersteht, kommt der Werth der einzelnen Waare, der ihr als solcher nicht anzusehen, anzufühlen oder anzuschmecken ist und daher sozusagen eine übersinnliche Eigenschaft darstellt, in dem Austauschverhältniß, in der gesellschaftlichen Beziehung zweier Waaren aufeinander zum Vorschein. Der Tauschwerth bildet also die Form, in welcher der Werth einer Waare erscheint.

Seine einfachste Form ist das Tauschverhältniß zweier Waaren: x Waare A = y Waare B oder 20 Ellen Leinwand = 1 Rock. Der Werth der einen Waare drückt sich augenscheinlich in anderer Waare, mit Bezug auf andere Waare, also relativ aus, während diese letztere die stoffliche Grundlage, das Material für den Werthausdruck der ersteren, ihr Aequivalent liefert. Die erste Waare befindet sich in relativer Werthform, die zweite in Aequivalentform. Sie spielen zwei verschiedene Rollen, die sich wechselseitig ausschließen. Zwar kann sowohl die Leinwand ihren Werth in Rock als auch umgekehrt der Rock seinen Werth in Leinwand ausdrücken, aber nicht zu gleicher Zeit. Zwei Knaben, die Bandit und Polizist spielen, können nicht zugleich in beiden Rollen auftreten, sondern sie können nur verabredetermaßen abwechselnd die eine oder die andere Rolle spielen. Relative Werthform und Aequivalentform zweier Waaren bilden ebenso unzertrennliche als unvereinbare Gegensätze.

Leinwand und Rock sind zunächst nur aufeinander beziehbar als Quanten derselben gesellschaftlichen Einheit,

als Werthe Aber ihr Werth kommt erst in dieser Beziehung zum Vorschein. Eine Waare, an und für sich betrachtet, ist zwar Werth, drückt aber noch keine Werthbeziehung aus. Sie kann ihren Werth nicht an sich selbst zur Erscheinung bringen. Er ist weder an ihr selbst sinnlich wahrnehmbar, noch vermag sie ihn selbst zu verkünden. Sie kann nicht ihr eigener Werthausdruck sein, sich selbst zum Ausdruck ihres eigenen Werths machen.

Ferner wird nicht der Werth der einen Waare in dem Werth der andern, der Werth der Leinwand nicht in dem Werth des Rockes, sondern in dem Rock als solchem ausgedrückt. „In diesem Verhältniß gilt der Rock als Existenzform von Werth, als Werthding.“ Der Werth einer Waare wird daher im Gebrauchswerth der andern Waare ausgedrückt. Ein Gebrauchsgegenstand, der als Aequivalentwaare fungirt, gilt daher nur als Werthkörper. Da der Werth einer Waare als „Gegenständlichkeit“ erscheinen muß, so kann dies nur an dem kompakten Gebrauchswerth ihrer Aequivalentwaare geschehen, welche also Materiatur, Verkörperung menschlicher Arbeit darstellt.

Trotz aller seiner Gelehrsamkeit konnte Faust nichts Besonderes hinter seinem Pudel entdecken. Der Pudel, so merkwürdig er schien, blieb zunächst ein Pudel. Faust konnte des Pudels Kern nicht enträthseln. Als ihm aber der hinter den Ofen gesprungene Hund mit einem Male als fahrender Schüler wieder entgegentrat, da ward ihm die Sache offenbar. Er erkannte einerseits, daß der Schüler von Gestalt wohl ein Schüler, aber als solcher nur eine Verkörperung der teuflischen Seele sei, andrerseits merkte er aus der Gleichheit von Hundeseele und Studentenseele, daß auch im Pudel die gemeinsame teuflische Seele stecke. Hier gilt also der fahrende Schüler nur als Existenzform der teuflischen Seele.

* * *

Wir haben gesehen, welches die Bedingungen sind, unter denen ausschließlich eine Waare ihren Werth zum Ausdruck bringen kann. Nämlich erstens kann ihr Werth nicht an ihr selbst zur Erscheinung kommen. Eine Waare ist Naturgegenstand irgend welcher Art mit verschiedenen Eigenschaften, unter welchen sich jedoch ihr Werth nicht

findet. Man kann einem Zuckerhut nicht ansehen, ob er überhaupt Werth hat. Zweitens kann man den Werth eines Zuckerhutes nicht in einem andern Zuckerhut ausdrücken. Dies wäre eine Tautologie, welche nur besagt, daß gleiche Quanten einer Waare gleiche Werthe haben. Drittens kann man den Werth eines Zuckerhutes nicht in dem Werth einer andern Waare z. B. Eisen ausdrücken. Man würde damit nur konstatiren, daß beide Gleichartiges enthalten; einem solchen Verhältniß fehlte aber die quantitative Bestimmtheit. Es bleibt nur eins übrig: der Zuckerhut drückt seinen Werth materiell, im körperlichen Gebrauchswerth des Eisens aus.

Aber Eisen gilt hier nicht als Eisen, sondern nur als Quantum einer Sache. Es stellt nichts vor als eine Verkörperung von Werth, Werth der gleichsam zu Eisen verdichtet worden ist, so daß ein bestimmtes Quantum Eisen immer ein bestimmtes Quantum von Werth repräsentirt. In dieser Funktion des Eisens liegt das Wesen des Aequivalents.

Welche Rolle das Eisen hier spielt — und wie das Eisen, so jedes andere Ding als Aequivalentwaare — wird besonders klar aus einem Beispiel von Marx. Sein Gewicht steht einem Zuckerhut so wenig an die Stirn geschrieben als sein Werth; dasselbe wird daher durch Eisenstücke von bestimmter Schwere ausgedrückt. Das Eisen gilt auch hier nicht als Eisen, sondern als Gewicht, als Repräsentant von Schwere, als Körper, der nichts ausdrückt als Schwere; seine sonstigen Eigenschaften sind gleichgültig.

Dieselbe Rolle, wie das Eisen innerhalb des Gewichtsverhältnisses von Zuckerhut und Eisen, spielt das Eisen innerhalb ihres Werthverhältnisses, wenn man davon absieht, daß die Schwere eine natürliche Eigenschaft beider, während ihr Werth nichts weniger als dies, vielmehr etwas „rein Gesellschaftliches“ ist. Nichtsdestoweniger betrachtet der Mensch die eigenthümliche Funktion der Aequivalentwaare, sobald sie sich einmal festgesetzt, als Ausfluß ihrer inneren Natur namentlich wo sie sich in ihrer höchsten Entwicklungsform, als Geld, findet. Diese Illusion narrt auch den Oekonomen, der aus der Existenz einer Erscheinung ohne Weiteres ihre Natürlichkeit, Nothwendigkeit, Ewigkeit herzueilten pflegt.

In derselben Weise wie der Körper der Aequivalentwaare zum Ausdruck von Werth, wird gebrauchswerthschaffende Arbeit zum Ausdruck von werthschaffender, d. h. besondere, konkrete, nützliche Arbeit zum Ausdruck abstrakter, allgemein menschlicher. Endlich stellt sich private Arbeit zugleich als gesellschaftliche dar, als ihr Gegentheil.

Das Tauschverhältniß einer Waare mit einer einzigen andern ist offenbar die unentwickeltste Werthform. Sie ist die ursprüngliche Form, in der zuerst Arbeitsprodukte auf geschichtlich früher Stufe durch vorübergehenden Austausch zu Waaren wurden. Mit der Entwicklung der Waarenproduktion ändert sich auch die Werthform. Da die Aequivalentwaare nur die Aufgabe hat, Werth vorzustellen, so ist es gleichgiltig, an welchen Gebrauchswerth sich diese Funktion hängt. Eine Waarensorte tauscht sich daher mit vielen anderen, welche durch ihre Verschiedenheit erst recht bekräftigen, daß sie hier nur als Träger von Werth gelten. Diese, die „entfaltete Werthform" findet sich da, wo hauptsächlich ein Arbeitsprodukt mit verschiedenen andern Waaren ausgetauscht wird, z. B. bei Indianern Nordamerikas, die Felle gegen alles Mögliche austauschen.

In dieser zweiten steckt bereits die dritte Entwicklungsform. Wird nämlich auf der einen Seite eine Waare mit vielen ausgetauscht, so tauschen sich auf der andern Seite viele Waaren gegen eine einzige aus. Es entsteht somit die „allgemeine Werthform", welche unzweideutig ausdrückt, daß die in allen Waaren enthaltene Arbeit ohne Unterschied gleichgilt, und daß dem allgemeinen Aequivalent die Rolle zugewiesen ist, als allgemeine Verkörperung unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit zu fungiren. Wie Christus der fleischgewordene Gott, so ist der Körper der Aequivalentwaare der fleischgewordene Werth, „die sichtbare Inkarnation aller menschlichen Arbeit."

Eine Waare, die als allgemein gültiges Aequivalent von der übrigen Waarenwelt ausgeschlossen wird, funktionirt als **Geld.**

Im Laufe der Zeit sind verschiedene Dinge in dieser Rolle aufgetreten, z. B. Vieh, Sklaven, Waffen u. s. w.; zuletzt edle Metalle. Die Geldform der Waare setzt

bereits eine entwickelte Waarenproduktion, einen umfangreichen Waarenverkehr voraus. Die Erscheinung des Metallgeldes bietet zweifellos etwas Mysteriöses. Der oberflächliche Beobachter giebt sich zufrieden, wenn er sich daran erinnert, daß andere Waaren vorher dieselbe Rollen gespielt haben, und daß das Edelmetall, früher eine Waare wie jede andere, nur durch seine besonderen Eigenschaften, wie Unveränderlichkeit, Theilbarkeit, seine Stellung endgültig eroberte. Damit indessen ist das Geldräthsel nicht gelöst. Es besteht nicht in der Funktion des Geldes als allgemeines Aequivalent. Dies letztere ist nur die weiter entwickelte Form des einfachen Aequivalents. Das Räthsel des Geldes besteht also in seiner Aequivalentform überhaupt.

Daß Geld Waare, ist leicht einzusehen. Die bürgerlichen Oekonomen reiten daher mit Vorliebe auf diesem Gemeinplatz herum. Aber darin liegt keine Schwierigkeit. Nicht die Erkenntniß, daß Geld Waare ist, sondern wie Waare zu Geld werden kann, liefert den Aufschluß über das Wesen des Geldes. Zu sagen, daß das Geld auf einem bestimmten Höhepunkt der Waarenproduktion in die Erscheinung tritt, heißt nur eine Thatsache konstatiren. Zu erklären vermag man diese erst durch das Verständniß des einfachen Verhältnisses von Waare zu Waare, welches die Entwicklung des Geldes schon im Keime enthält. Diese Aufgabe hat Marx zuerst gelöst.

---

e. Die Gesellschaft und das Waarengeheimniß.

Die natürlichen Beziehungen eines Gebrauchsgegenstandes zum Menschen sind herzlich einfach. Irgend ein Produkt der Natur wird unmittelbar oder erst nach Umformung durch seine Thätigkeit ein nützliches Ding. Auch die Waare ist ein solches; als Gebrauchswerth bietet sie also absolut nichts Wunderbares. Ebensowenig liegt etwas Unverständliches darin, daß zu ihrer Produktion menschliche Arbeit und in bestimmter Menge erforderlich ist, noch darin, daß die Produktion eine gesellschaftliche ist. Das Unerklärliche liegt in dem Verhältniß von Waare zu Waare selbst, in dem Umstande, daß auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Gesellschaft, die durch

Theilung der Arbeit und private Produzenten charakterisirt ist, die Arbeitsprodukte die eigenthümliche Form von Waaren annehmen.

Wir haben früher gesehen, daß es Gesellschaftszustände giebt, in denen die Erzeugnisse der Arbeit nicht zu Waaren werden, nämlich in einer Epoche, wo die Menschheit noch in ihren Kinderschuhen stand, unzivilisirt war, wie in neuerer Zeit noch z. B. bei der altindischen Familiengemeinde und den Indianern Amerikas. Die Erzeugung des für die Gesammtheit nothwendigen Lebensunterhaltes geschieht planmäßig. Von der zu Gebote stehenden Gesammtarbeitskraft werden dem Bedarf angepaßte Mengen auf die Gewinnung der einzelnen Gebrauchsgegenstände verwandt. Das Ergebniß der gesellschaftlichen Arbeit wird unter alle in herkömmlicher Weise vertheilt. Der ganze Apparat der Produktion ist einfach und durchsichtig.

Eine patriarchalische Bauernfamilie stellt einen ähnlichen in sich abgeschlossenen Produktionsorganismns vor, in welchem indeß eine gewisse Theilung der Arbeit vorhanden ist. Je nach Geschlechts- und Altersunterschieden sind den Mitgliedern besondere Funktionen in der Arbeit zugewiesen, welche auf das für den eigenen Bedarf der Familie Nöthige gerichtet ist. Auch hier sind die Arbeitsprodukte nicht Waaren. Die besonderen Arbeitsarten wie Ackerbau, Viehzucht, Spinnen, Weben u. s. w. gelten nur als besondere gesellschaftliche Funktionen der Familienarbeit.

Denken wir uns endlich eine Gesellschaft, die auf dem Gemeineigenthum an allen Produktionsmitteln basirt ist. Der gesellschaftliche Gesammtbedarf läßt sich hier erfahrungsmäßig feststellen, sowohl der Bedarf an direkten Verbrauchsartikeln als auch an Dingen, die zu weiterer Produktion dienen. Da Produktivität der Arbeit und Gesammtbedarf gegeben sind, so weiß die Gesellschaft, in welchem Umfange sie die Gesammtarbeitskraft, die gleichfalls gegeben, in die einzelnen Produktionszweige vertheilen muß. Hier würden die Erzeugnisse der Arbeit ebenso wenig Waaren sein, wie bei den vorher gewählten Beispielen. Die Arbeitszeit käme nur für die Regelung der Produktion selbst in Betracht; ob zugleich als Vertheilungsmaßstab, ist unwesentlich und hängt offenbar von äußeren Umständen ab.

In allen diesen Gesellschaftsformen ist die Produktion verhältnißmäßig klar und übersichtlich. Da in ihnen die Bewegungen der produktiven Kräfte planmäßig ineinander greifen, so ist das Spiel des wirthschaftlichen Organismus von einer gewissen Sicherheit und Uebersichtlichkeit. Das gesellschaftliche System der Theilung der Arbeit könnte noch so komplizirt sein, solange die Gesellschaft selbst als Gesammtleiterin der Produktion, als unmittelbare Erzeugerin und Aneignerin aller hervorgebrachten Gebrauchsgegenstände funktionirt, können die gesellschaftlichen Zusammenhänge den Menschen nicht als fremde Mächte geheimnißvoll und drohend gegenübertreten. Gesellschaften wie die angeführten zeichnen sich aus durch die Herrschaft der Produzenten über ihre Produkte, wie dürftig oder reichlich auch die Lebensquellen fließen mögen.

Werfen wir nun einen vergleichenden Blick auf eine Gesellschaft mit Waarenproduktion, deren entwickeltste Form die heutige kapitalistische ist. Wir finden hier eine komplizirte Theilung der Arbeit vor, deren Glieder den gesellschaftlichen Produktionskörper zusammensetzen; aber was wir sofort vermissen, ist ihr planmäßiges Zusammenwirken, ihre einheitliche Zusammenfassung zu einem bewußten, vorausbestimmten Resultat. Da nämlich in einer Gesellschaft mit Waarenproduktion Privateigenthum herrscht, die einzelnen Arbeiten daher als unabhängig von einander betriebene Privatarbeiten auftreten, welche Bedingung eben die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waaren zur Folge hat — so ist der ganze Produktionsorganismus in eine große Zahl selbständiger Faktoren zersplittert, die anscheinend keinem gemeinsamen Zusammenhange unterworfen, ihrer eigenen souveränen Willkür überlassen sind. Wir sagen anscheinend, denn in der That bestehen die gesellschaftlichen Zusammenhänge fort, nur verborgen und heimlich, den Produzenten unbewußt, aber nicht minder wirksam.

Waarenproduktion ist Produktion für den Bedarf anderer; jeder produzirt, was er nicht braucht und braucht, was er nicht produzirt. Damit ist ein Gegenseitigkeitsverhältniß geschaffen, welches die scheinbar auseinanderfallenden Elemente der Gesellschaft fest zusammenkittet. Die einzelnen Produzenten bilden daher nothwendige

Organe derselben, nichtsdestoweniger ist es ihnen verschlossen. in welchem Zusammenhange sie selbst untereinander stehen. Indessen, da ein solcher besteht, muß er sich auch irgendwo bethätigen, zum Vorschein kommen, und zwar muß das offenbar da geschehen, wo die Produzenten aus ihren gesonderten, für sich bestehenden Produktionssphären heraustreten und mit einander in Berührung kommen. Dies ist der Fall beim Händewechsel ihrer Produkte, im Austausch.

Hier nun liegt der Springpunkt für das Verständniß des Waarengeheimnisses.

Da der Zusammenhang, der zwischen den Produzenten selbst als den nothwendigen Bestandtheilen des Produktionsorganismus besteht, allein, fortgesetzt und regelmäßig in dem Austausch, in der Beziehung ihrer Produkte auf einander als Waaren erscheint, so verschiebt sich jener Zusammenhang in ihren Augen auf die Waaren. Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produzenten verwandeln sich in deren Augen in die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Arbeitsprodukte.

Arbeitsprodukte sind an und für sich Dinge, die einander herzlich kalt lassen. Es bestehen keine geheimen gesellschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen. Sie haben nicht den geringsten Grund, sich einander persönlich als Werthe vorzustellen. Der Mensch ist es, der erst bestimmte Beziehungen in sie hineinträgt. Waaren sind also gleichsam lebendig gewordene, beseelte Arbeitsprodukte; aber ihre Seelen spuken nur in dem Gehirne ihrer Produzenten. Die Bewegungen, welche die Geschöpfe ihrer Arbeit im Austausch vollführen, scheinen ihnen ebenso der eignen Initiative und inneren Natur dieser Geschöpfe zu entspringen wie einem Kinde die Bewegungen tanzender Marionetten.

Das Band der gesellschaftlichen Verhältnisse, welches die Waarenproduzenten umschlingt, dichten sich diese infolge ihrer eingebildeten individuellen Unabhängigkeit in ein greifbares gesellschaftliches Band ihrer Arbeitsprodukte um. Austauschbarkeit, Werth, Werthgröße halten sie für gegebene, natürliche, sozusagen in Fleisch und Blut übergegangene Eigenschaften derselben. Die auf der Herstellung der Waaren verwandte Arbeit erscheint als ihnen

innerlich anklebender Werth, das Gleichheitsverhältniß der Arbeiten als gegenständliches Werthverhältniß der Waaren, die bestimmten Quanten, die Zeitdauer der verausgabten Arbeiten als Werthgrößen der Waaren, die Austauschverhältnisse, welche die Produzenten eingehen, als diejenigen ihrer Arbeitsprodukte, kurz die Verhältnisse der Personen als die der Sachen.

Diese seltsame Befangenheit, die den Menschen als Waarenproduzenten eigen ist, hat man auf die Form der Waaren produzirenden Gesellschaft zurückzuführen. Da ihre Bürger private Produzenten sind, so geht ihnen der Ueberblick über das Spiel des gesammten gesellschaftlichen Produktionsorganismus nothwendigerweise verloren. Die unerbittlichen Gesetze, denen sie bei der Ausübung ihrer gesellschaftlichen Funktionen unterworfen sind, finden sich daher nicht in ihrem Bewußtsein gegeben. Sie kommen zum Vorschein im Waarenverkehr; sie scheinen infolgedessen nicht Gesetze der Menschen, sondern Gesetze der Dinge, denen jene zu gehorchen haben. Das Abhängigkeitsverhältniß der Menschen von einander ist also in ein Abhängigkeitsverhältniß der Menschen von den Dingen verkleidet. Was sie in ihrer Vorstellung bestärkt, ist, daß nicht der bewußte Wille der Gesellschaft, sondern der Waarenverkehr den sichtbaren Regulator der Produktion bildet, und noch dazu einen sehr gewaltsamen Regulator, wie er sich z. B. bei plötzlich schwankenden Austauschverhältnissen, in gesellschaftlichen Sturmperioden, den Produktionskrisen, geltend macht. Der Waarenproduzent steht also unter der Herrschaft seines eigenen Produktes.

Der Schleier, der den Bürgern einer Gesellschaft mit Waarenproduktion ihre eigenen Verhältnisse verbirgt, verhüllt ihnen zugleich den wahren Charakter ihrer eigenen Kreaturen, der Waaren. Sie staffiren daher ihre Produkte mit gesellschaftlichen Natureigenschaften, mit übernatürlichen Beziehungen aus, die dem Wesen jener Produkte völlig fremd sind. Sie gleichen den unzivilisirten wie zivilisirten Fetischanbetern, welche den von ihnen selbst mit Hand oder Kopf geschaffenen Götzen Wechselbeziehungen unter einander und zu sich selbst andichten, unter deren Herrschaft sie nicht

bloß zu stehen glauben, sondern wirklich stehen. Hirngespinnste sind nicht minder wirksam als reelle Mächte; sie sind nur deren verkleidete Formen. Dieselbe Erscheinung bietet sich bei der Untersuchung des Charakters der Waare. Marx spricht daher von ihrem Fetischismus.

Die klassische Oekonomie hat den Fetischcharakter der Waare nicht aufgedeckt. Sie hat zwar als den Waareninhalt den Werth gefunden, aber den Heiligenschein, der über den Arbeitsprodukten in Gestalt ihres Werthes schwebte, nicht abgestreift, sondern ruhig fortbestehen lassen. Dieses merkwürdige Phänomen ist in der Gesellschaft mit Waarenproduktion selbst begründet und von ihr unzertrennlich. Es kann nur verschwinden in einer Gesellschaft, in der die Arbeitsprodukte aus dem Schleier der Waaren, diesem zweiten Schleier der Maja, herausschlüpfen, d. h. in einer Gesellschaft, die auf dem Gemeineigenthum basirt.

III.

Die Werththeorie von Marx und die offizielle Wissenschaft.

Es ist nicht unsere Absicht, die unzähligen Mißverständnisse aufzudecken, welche die heutigen Vertreter der bürgerlichen Oekonomie bei der Kritik der Marx'schen Werththeorie begangen haben. Wir kommen nur auf einige häufiger wiederholte Einwände zurück und legen einige Hauptmißverständnisse bloß, die jenen zu Grunde liegen.

Die bürgerlichen Oekonomen haben die Marx'sche Werththeorie für das Hauptbollwerk erklärt, mit welchem der Sozialismus stehe und falle. Sie berufen sich hierbei nicht bloß auf Aeußerungen, die in der sozialistischen Presse gefallen sein mögen; nein, sie behaupten aus freien Stücken, daß, falls die Marx'sche Werththeorie wirklich richtig sei, kein einziger Einwand mehr gegen den Sozialismus erhoben werden könne, daß dann sein Sieg unausbleiblich sei. Nachdem sie mit feierlichem Pathos erklärt haben, daß die Werththeorie der „archimedische Punkt" sei, an dem der Sozialismus „die bürgerliche Gesellschaft aus ihren Angeln heben" will, machen sie sich an ihr Werk. Mit der Schärfe ihres kritischen Schwertes wird die Werththeorie nach wenigen Waffengängen auf's Haupt geschlagen: der Sozialismus ist vernichtet und — die Gesellschaft gerettet.

In fast allen Kritiken der Grundlage des Marx'schen Systems spitzt sich die Frage nach der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Werththeorie auf die Alternative zu: Entweder Umsturz der Marx'schen Werththeorie oder Umsturz der Gesellschaft! Man sieht, es handelt sich um die Tragweite der Marx'schen Werththeorie. Es scheint daher angebracht, diese Frage näher zu beleuchten, da gerade über sie in der Vulgärökonomie eine schwindelerregende Konfusion herrscht. Für ängstliche Philister, die nicht gern vor ein Entweder-Oder gestellt sind, sei vorher bemerkt, daß jene Alternative formell falsch ist und einem Knäuel von Mißverständnissen entspringt, den zu entwirren wir uns die Mühe nehmen wollen.

Daß die Werththeorie von großer Wichtigkeit ist, darüber sind die Marxkritiker einig. Hören wir z. B. Prof. Knies: „Diese Frage (nämlich die der Werththeorie) ist vielleicht die wichtigste Einzelfrage der heutigen Nationalökonomik“ — kein Zweifel, aber Knies fügt hinzu: „und folgenreichste für die bevorstehende Entwicklung des wirthschaftlichen Lebens.“[1]) In der That? Ist die Frage der Werththeorie die „folgenreichste“ für die Gestaltung der Gesellschaft? Herr Prof. Knies sagt ja und seine akademischen Kollegen desgleichen.

Diese ihre Meinung nun oktroyiren sie sans façon Marx auf. Weil sie sich einbilden, eine Werththeorie könne von direktem Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft sein, setzen sie bei Marx ohne weiteres dieselbe Einbildung voraus. Ihre eigne vulgärökonomische Anschauungsweise als Maßstab an die Marx'sche Theorie legend, verfallen sie in den kolossalen Irrthum, die Werththeorie nicht blos für den Ausgangspunkt seiner Kritik der bürgerlichen Oekonomie, sondern auch für die Grundlage seiner sozialistischen Forderungen zu halten. Sie verkennen also total die Rolle, welche die Werththeorie spielt.

Was ist denn die Werththeorie? Wie kam Marx zu der Werththeorie? Welche Stellung nimmt sie in seiner Kritik der heutigen Gesellschaft ein, und in welchem Verhältniß steht sie zu den positiven Forderungen des Sozialismus?

Diese Fragen beantworten, heißt den theoretischen Entwicklungsgang, den Marx selbst genommen, kurz betrachten.

Marx ging von den Erscheinungen der umgebenden Gesellschaft aus; die Thatsachen und wirklichen Vorgänge, die sie bietet, sind das am unmittelbarsten Gegebene; sie bilden den natürlichen Ausgangspunkt der Untersuchung. Eine Beobachtung der Thatsachen ist aber noch kein Begreifen, keine Erklärung derselben. Es handelte sich also darum, die Gesetze aufzufinden, denen alle jene Erscheinungen unterworfen sind, den Zusammenhang klar zu legen, der sich in offenen und verborgenen Fäden um die Gesellschaft schlingt, alle ihre Bewegungen und Aeußerungen bestimmt.

---

[1]) Prof. K. Knies: Die polit. Oekonomie vom geschichtlichen Standp. Bd. II. (Braunschweig 1883.)

Marx erkannte deutlich, daß die bürgerliche Gesellschaft in einem Zersetzungsprozeß begriffen sei, in der Bildung von Gegensätzen, die immer mächtiger, selbstständiger, bewußter einander gegenübertraten. Aus ihrem Dasein allein ließ sich aber die Gesellschaft mit ihren Gegensätzen nicht begreifen. Es galt also nicht nur das Was, sondern auch das Woher und Wohin der Gesellschaft zu erkennen. Marx richtete daher seinen Blick auf die verschiedenen Entwicklungsstadien der Gesellschaft, die er noch in lebendiger Wirksamkeit um sich sah: England bereits in hohem Maße industriell, andere Länder wie Frankreich und Deutschland im Uebergang vom Feudalismus zum Industrialismus begriffen, noch andere fast völlig in den Banden des Feudalismus. Aber die Bewegung, die Richtung der Entwicklung lag klar zu Tage. Wie nun diese Entwicklung erklären? Welche Gesetze lagen ihr zu Grunde? Die Ursachen jenes greifbaren Umwandlungsprozesses waren auf den ersten Blick ökonomische. Es galt also, die Gesetze der sich jugendlich reckenden und dehnenden bürgerlichen Gesellschaft aufzusuchen. Hier konnte Marx an die englische Oekonomie anknüpfen. England, das Land der entwickeltsten Industrie, die klassische Stätte der bürgerlichen Gesellschaft, hatte zugleich die Köpfe produzirt, welche ihr eigenes Wesen, ihre eigenen Gesetze am besten erkannt und ausgesprochen hatten. Ricardo, der Vollender der klassischen bürgerlichen Oekonomie, war es daher, bei welchem Marx einsetzte. Ricardo hatte die ökonomischen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft analysirt und im Anschluß an seine Vorgänger als ihr Grundgesetz die Theorie aufgestellt, daß menschliche Arbeit und sie allein die Ursache und den Maßstab des Werthes der Waaren bilde, und alle ökonomischen Vorgänge in der Gesellschaft auf dies Gesetz zurückzuführen seien. Während aber Ricardo dasselbe für ein ewiges Naturgesetz aller menschlichen Gesellschaft ansah, erkannte Marx, daß es nur das Grundgesetz einer historisch bestimmten Epoche derselben, nämlich der heutigen darstelle, daß es mit einigen wesentlichen Modifikationen der Ricardo'schen Formulirung heute in voller Wirksamkeit sei und den Schlüssel zum Verständniß der ökonomischen Erscheinungen der heutigen Gesellschaft biete. Wohlgemerkt ihr Herren Prof. Schäffle, Sybel, Kleinwächter, Held 2c.: der heutigen Gesellschaft!

Schon längst ist das Ricardo-Marx'sche Werthgesetz in Wirksamkeit!

Bildete einerseits das Werthgesetz den Schlußpunkt des Gedankenganges, der sich in Marx abwickelte, sozusagen den Höhepunkt seiner Selbstverständigung über die bürgerliche Welt, so war es andererseits der nothwendige Ausgangspunkt für eine detaillirte Kritik der bürgerlichen Welt, für die Feststellung der sie beherrschenden ökonomischen Gesetze, ihrer Bewegung und Tendenz, die, wie er nachwies, aus der Werththeorie abzuleiten und historisch zu beweisen seien. So legte er sämmtliche Lebensadern der bürgerlichen Gesellschaft bloß und zeigte zugleich die Symptome ihrer sich vollziehenden Umwandlung auf, ihres Zusammenbruchs, der unaufhaltsam vorwärts gehe und in welchem das Proletariat die entscheidende Rolle zu spielen berufen sei.

Auf diesen thatsächlichen, mit Händen greifbaren, im Schooße der heutigen Gesellschaft sich abspielenden Umwandlungsprozeß basirte Marx seine sozialistischen Forderungen. Dies ist auch der Boden, auf welchem jetzt die deutsche Arbeiterpartei steht und der die Richtschnur für ihr politisches Handeln abgiebt.

Welche Rolle spielt demnach die Werththeorie? Sie ist das ökonomische Grundgesetz der heutigen Gesellschaft und bildet daher für Marx den Ausgangspunkt seiner Kritik derselben. In welchem Verhältniß stehen also die positiven Forderungen des Sozialismus zur Werththeorie? In gar keinem! Sie haben nicht das geringste mit ihr zu thun!

Man würdige hiernach die Illusionen der Vulgärökonomen, welche sich einbilden, die Marx'sche Werththeorie sei die Grundlage, auf der das Gebäude einer neuen Gesellschaft errichtet werden soll. Hunderte von Belegen könnte man dafür herbeibringen, daß fast alle Marxkritiker in diesem schier unglaublichen Mißverständniß befangen sind. Es ist das Grundmißverständniß, von dem sie bei ihrer Kritik der Werththeorie ausgehen. Nun sollte man wenigstens meinen, Marx habe doch irgendwo einmal eine Aeußerung gethan, die jene Herren zu ihrer Auffassung berechtigte. Oder daß sie doch wenigstens eine Stelle aus Marx anführten, auf die sie ihre Meinung stützen könnten. Nichts von alledem! Nicht ein Zitat!

Das ist ihnen denn auch schließlich etwas aufgedämmert. Prof. Kleinwächter in Czernowitz suchte daher sich und die Seinen in folgender mehr belustigender als empörender Weise aus der Affäre zu ziehen. Er sagt: [1]) „Die Arbeit schafft (Tausch-) Werthe — das ist der erste Satz, von dem Marx ausgeht". Es sei bemerkt, daß Marx nie einen so allgemeinen Satz aufgestellt hat. Was er zeigt, ist gerade, welche Arbeit und wie sie Werthe schafft. Dann fährt Kleinwächter fort:

„Der zweite Satz, den Marx seiner Argumentation zu Grunde legt, den er jedoch nicht in dieser **präzisen**[2]) Fassung hinstellt, sondern als etwas Selbstverständliches voraussetzt lautet: „Jeder ist nach dem natürlichen Recht Eigenthümer dessen, was er durch seine Arbeit hervorbringt" — oder präziser: derjenigen Werthe, die er durch seine Arbeit schafft."

Kleinwächter sagt also: Der Marx ist ein schlauer Patron; derselbe sagt zwar jenen Satz nicht „in dieser präzisen Fassung", er sagt ihn auch nicht in unpräziser Fassung, ja, er sagt ihn überhaupt in keiner Fassung, er setzt ihn vielmehr als selbstverständlich voraus. Ich, Friedrich Kleinwächter, Prof. der politischen Oekonomie von Czernowitz, versichere euch auf meine Professorenehre, daß Marx jenen Satz voraussetzt.

Sie großer Gedankenleser! Was ist Cumberland gegen Sie! Der konnte nur die Gedanken Lebender enträthseln; Sie aber errathen durch höhere spiritistische Eingebung sogar die geheimsten Gedanken Verstorbener.

Jener Satz ist eine unerhörte Unterschiebung. Marx ist in allen seinen Schriften ein ausgesprochener prinzipieller Gegner jener ihm von Kleinwächter untergeschobenen Auffassung.

Doch hören wir unsern genialen Cumberland weiter:

„Hieraus ergiebt sich sodann von selbst der Schluß, den Marx indeß als etwas Selbstverständliches (!) auch (!) wieder (!) nicht (!) genau (!!) [also doch wenigstens ungenau?] formulirt: „Somit gebührt dem Arbeiter von Rechts wegen der volle Arbeitsertrag — der gesammte

---

[1]) Prof. Kleinwächter: Die Grundl. u. Ziele d. sogen. wissensch. Sozialismus. Innsbruck 1885, S. 29.

[2]) Also doch wenigstens in unpräziser?

Werth, den er durch seine Arbeit herstellt — als Lohn seiner Leistung.“

Wenn Herr Kleinwächter und die übrigen Nachtwächter über die theoretische Sicherheit der Gesellschaft die Marx'schen Schriften besser gelesen hätten, so würden sie wissen, daß Marx in seiner Schrift gegen Proudhon, „Das Elend der Philosophie“, gegen jenen Unsinn polemisirt, ihn unbarmherzig brandmarkt. Herr Kleinwächter indessen zeichnet sich noch vor andern aus. Er spricht: Marx hat das zwar nicht gesagt, aber es ist doch seine Meinung, während andere behaupten, Marx habe solches faktisch gesagt.

Ricardo lehrte, daß der Werth einer Waare durch das in ihr enthaltene Arbeitsquantum bestimmt sei. 1817 erschien das Werk, an dessen Spitze dieser Satz gestellt war. Kaum aber war es erschienen, da fiel eine ganze Reihe englischer Oekonomen darüber her und zog aus diesem Satze verkehrter Weise sozialistische Konsequenzen.[1]) Sie argumentirten folgendermaßen: Wenn der Werth einer Waare durch das in ihr enthaltene Arbeitsquantum bestimmt ist, so müßte der Werth einer besonderen Waare, nämlich der Arbeit — deren Preis der Arbeitslohn — so müßte der Werth der Arbeit ihrem eigenen Quantum entsprechen, d. h. der Lohn der Arbeit müßte gleich ihrem Produkt sein (was bekanntlich nicht der Fall) oder, was Kleinwächter so schön aber leider fälschlich als Marx' geheimsten Gedankenextrakt auftischt: „Somit gebührt dem Arbeiter von Rechtswegen der volle Arbeitsertrag als Lohn seiner Leitung.“

Engels sagt in der Vorrede zum „Elend der Philosophie“, Stuttgart 1885, S. X: „Marx hat nie seine kommunistischen Forderungen hierauf (nämlich auf die „egalitäre“ Nutzanwendung der Ricardo'schen Theorie) begründet, sondern auf den nothwendigen, sich vor unsern Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise.“

Was Marx vorgeworfen wird, sagten jene kleinbürgerlichen englischen Utopisten wie Bray, Thompson u. s. w.

---

[1]) Man vergl. Marx: Zur Kritik d. polit. Oekonomie, Berlin 1859, S. 40 und „Elend der Philosophie“, übers. von Kautsky und Bernstein, Stuttg., 1885, S. 49 ff.

Sie konstruirten sich in ihrer Phantasie Gesellschaftszustände, in denen jene Forderungen verwirklicht werden sollten. Unabhängig von ihnen kamen zum selben Resultat der Franzose Proudhon und der Preuße Rodbertus.

Was Marx also in die Schuhe geschoben wird, hat er nicht nur nie und nimmer gesagt, sondern er ist sogar der erste gewesen, der jene Utopisterei in ihrer ganzen Nichtigkeit aufgedeckt, sie grausam verhöhnt und verspottet hat in seiner glänzenden Schrift gegen Proudhon, welche zu kennen indeß die privilegirte Ignoranz auf den Lehrstühlen nicht die Ehre hat.[1])

Aber weiter, das Ergötzlichste kommt noch.

Während Marx die Unsinnigkeit der aus Ricardo gezogenen sozialistischen Konsequenzen nachwies, erkennen die Vulgärökonomen fast ausnahmslos die Richtigkeit, die Unwiderleglichkeit der aus dem Werthgesetz gezogenen Folgerungen vollkommen an unter der Bedingung, daß die Ricardo-Marx'sche Werththeorie richtig sei; d. h., die Richtigkeit dessen, was Marx gar nicht behauptet, sondern bekämpft, geben sie zu, wenn nur die Werththeorie richtig wäre. Das Produkt ihrer eigenen Phantasie glauben sie dadurch zu vernichten, daß sie die Werththeorie umstürzen. Daher ihre Alternative: Umsturz der Werththeorie oder Umsturz der Gesellschaft.

Das Beginnen jener Oekonomen ist daher noch sinnloser als das der Hunde, die den Mond anbellen; letztere wollen wenigstens einem Dinge zu Leibe gehen, das wirklich existirt; erstere dagegen greifen ihr eignes Hirngespinnst an.

---

[1]) Von den anderen Kleinwächtern sei noch Prof. Knies zitirt (a. a. O. S. 340): „Der Vorwurf, daß in der modernen Produktionsweise und Rechtsordnung der Klasse der Handarbeiter das ihr gebührende Einkommen nicht zu Theil werde, bildet den Ausgangspunkt für die theoretischen Ausführungen auch des modernen Sozialismus." Umgekehrt haben englische Sozialisten in der Marx'schen Werththeorie ein Haar gefunden, weil sie der Arbeit nicht „its due", das ihr Gebührende, gäbe. (Justice, London, 20. Juli 89). Diese sind zwar in der obigen utopistischen Anschauungen befangen, haben aber doch richtig herausgefunden, daß Marx keine moralische Forderung nach dem Arbeitsertrag auf die Werththeorie baut. Wie gut übrigens englische Arbeiter das „Kapital" begreifen können, zeigt eine Zuschrift von „Wat Tyler", „Justice" v. 3. Aug. 1889.

Hier das Geständniß eines ökonomischen Hauptbelden, des Herrn Prof. Adolf Held,[1]) der nach Mehrings Zeugniß besonders geistvoll und scharfsinnig Marx widerlegt, indem er Ricardo vernichtet:

„Es ist also die **richtige** Konsequenz des ersten Ricardo'schen Satzes, daß Kapital-Privateigenthum, Einkommen von Besitz und Lohnsystem total abgeschafft werden müssen. Dies ist die **ganz berechtigte und richtige** Kritik der Ricardo'schen Lehren". Und „Marx", fährt Held fort, „knüpft unmittelbar an Ricardo an." Held gießt daher die ganze Schale seines Zornes auf Ricardo aus: „Die Sozialdemokratie hat insofern unbedingt ein Verdienst, als sie die wahrhaft unerträglichen Sophismen Ricardos aufdeckt. Ja, wenn die Sozialdemokraten das Elend des hoffnungslosen Proletariats in den schwärzesten Farben schildern, wenn sie die Herrschaft des todten Besitzes über den lebendigen Menschen als einen himmelschreienden Zustand beklagen — was thun sie anderes, als daß mit Leidenschaft schildern, was Ricardos Schule offen ausspricht?"

Welche Komödie der Irrungen! Man könnte beim Anblick dieser Erzkonfusion schier selbst den Verstand verlieren!

Also: 1. Die Vulgärökonomen bilden sich ein, die Forderungen des Sozialismus gründeten sich auf die Werththeorie, während der Sozialismus solches als Utopie kennzeichnet. 2. Sie legen erbittert ihre Lanze gegen ein Produkt ihrer eigenen Illusion ein und rennen in die leere Luft, während sie einen Stoß auf den Sozialismus zu führen glauben. 3. Sie erkennen die vermeintlichen Konsequenzen aus der Werththeorie als durchaus folgerichtig an, während diese Konsequenzen nur eine verkehrte Anwendung der Moral auf die Oekonomie darstellen. 4. Um aber diese vermeintlichen Konsequenzen dennoch zu vernichten, greifen sie den theoretischen Gipfelpunkt der klassischen Oekonomie an, das Werthgesetz.

Hierin liegt der fundamentale Irrthum, von dem die Oekonomen bei der Kritik der Werththeorie ausgehen. Kein

---

[1]) Prof. A. Held: Sozialismus, Sozialdemokratie und Sozialpolitik, Leipzig 1878, S. 59—65.

Wunder, daß sich diese falsche Voraussetzung bitter rächt.

Angenommen selbst, die Ricardo-Marx'sche Werththeorie sei falsch. Fiele damit der Sozialismus? Keineswegs! Man braucht nur mit hellen Augen die umgebende Welt zu betrachten, auf die Vorgänge in der heutigen Gesellschaft aufmerksam seinen Blick zu richten, um mit zwingender Nothwendigkeit zu dem Schluß zu kommen: Vergesellschaftung aller Produktionsmittel. „Ja, was in tausend Teufels Namen wollt ihr denn dann mit eurer Werththeorie?" fragen unsere Gegner, die halt praktische Leute sind. Wie gesagt, ist die Werththeorie, wie sie von Marx aufgestellt worden ist, im Stande, den Schlüssel zum Verständniß aller ökonomischen Erscheinungen der heutigen Gesellschaft zu liefern. Sie lassen sich in letzter Instanz auf diese Theorie zurückführen. Das Werthgesetz allein vermag einen befriedigenden Aufschluß, eine genügende Erklärung der ökonomischen Vorgänge der Gesellschaft abzugeben, ebenso wie die Atomtheorie die einzige Handhabe für eine genügende Erklärung aller chemischen Erscheinungen und die Grundlage für alle anderen chemischen Gesetze liefert. Die Werththeorie ebenso wie die Atomtheorie sind aus beobachteten Thatsachen gefolgerte, aus der wirklichen Welt abstrahirte Gesetze, Gesetze, die in Wirksamkeit sind, gleichgiltig, ob sich der Menschengeist darum kümmert oder nicht.

Aber der Mensch ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein philosophisches Thier. Sobald er zur Verwunderung über sich selbst und die Welt gelangt, beginnt er zu spekuliren und räsonniren. Auch die Vulgärökonomen spekuliren und räsonniren, freilich nicht weil bei ihnen die philosophische Besonnenheit eingetreten ist, sondern aus verdammt praktischen Gründen. Sie beherzigen das Göthe'sche Wort: Ein Geist, der spekulirt, ist wie ein Thier im Kreis herumgeführt, und rings herum liegt schöne grüne Weide. Ihr Instinkt sagt ihnen: muß es denn einmal spekulirt sein, so muß dabei auch etwas herausspringen. Ihr Räsonnement ist von vornherein interessirt. Für sie steht es schon vorher fest, was sie beweisen wollen. Sie stellen Prinzipien auf, auf welche die spießbürgerliche Moral angewandt, Ergebnisse liefert, die mit den Interessen ihrer Klasse vortrefflich übereinstimmen. Ihre Manier zu verfahren, setzen sie bei anderen Leuten still-

schweigend voraus. So halten sie die Werththeorie für ein Prinzip, auf welches die proletarische Hungermoral angewandt zu sozialistischen Forderungen führe. Der Sozialismus kann ihnen nur ironisch zurufen: Ihr gleicht dem Geist, den ihr begreift, nicht mir.

Kurz und gut, die Werththeorie ist nichts weniger als Zukunftsmusik; sie ist die bitterste Gegenwart. Als deren theoretischer Ausdruck ist sie die Bedingung für ihr gründliches Verständniß. Aber eben darum könnte sie unrichtig sein, ohne daß die Wirklichkeit dadurch alterirt würde. Wenn ich nämlich behaupte, daß die Werththeorie verkehrt sei, so würde ich damit nichts thun als konstatiren, daß nach meiner subjektiven Ansicht dieser Versuch der theoretischen Erklärung einer Anzahl von ökonomischen Vorgängen und Thatsachen mißglückt wäre; damit beständen aber jene Thatsachen selbst noch ungeschwächt fort. So würde z. B. mit der Vernichtung der Werththeorie auch die Erklärung der Entstehung des Mehrwerthes vernichtet, keineswegs aber die Mehrwerthserzeuguug selbst, welche eine ins Gesicht springende, von jeder Theorie unabhängige, offenkundige Thatsache ist. Verwürfe ich die Atomtheorie, so würden sich Wasserstoff und Sauerstoff immer noch im selben Verhältniß zu Wasser verbinden. Thatsachen fügen sich keinem Machtspruch der Theorie, sondern umgekehrt die Theorien dem Machtspruch der Thatsachen. Darauf beruht es, daß die Wissenschaft überhaupt eine Geschichte hat.

Es fällt uns natürlich nicht ein, hiermit die Werththeorie preiszugeben, wir reklamiren vielmehr ihre Richtigkeit energisch. Sie ist aus ökonomischen Thatsachen abstrahirt, und weil sie alle zu erklären im Stande ist, müssen wir sie mit logischem Zwange anerkennen. Man begreife daher die Ironie des Schicksals, welcher viele Marxkritiker verfallen, indem sie, völlig ahnungslos über die Tragweite einer solchen Konzession, die strenge Folgerichtigkeit, die zwingende Logik des Marx'schen Systems rühmen. Z. B. Prof. v. Sybel[1]): „Bündig und geschlossen ist Marx' Erörterung im höchsten Grade; wer ihm die

---

[1]) H. v. Sybel: Die Lehren d. heutig. Sozial. u. Kommunismus Bonn 1872.

ersten Sätze zugiebt, wird unwiderstehlich zur Anerkennung der letzten Folgerungen genöthigt" (S. 9); „Alles hängt davon ab" (S. 10); „Giebt man den ersten Satz zu, so ist an kein Aufhalten der Folgerungen zu denken." Oder Prof. Held[2]): „Die dialektische Entwicklung zieht sich in dem ganzen Buch (nämlich dem „Kapital") vom ersten bis zum letzten Satze in unangreifbarer Folgerichtigkeit durch." Himmlische Unschuld! Kann ein Sozialist ein schwerwiegenderes Argument für die Richtigkeit der Marx'schen Werththeorie herbeibringen? Er trete hervor!

* * *

Wenden wir uns nun zu den Einwänden, welche die Professorenökonomie gegen die Marx'sche Werththeorie zu machen hat. Wir könnten uns hier noch viel kürzer fassen, als wir es thun werden. Es würde vollkommen genügen, wenn man sich darauf beschränkte, bei jedem Einwand einfach zu bemerken: Siehe Marx Seite so und so; denn es ist noch kein einziger erhoben worden, der sich nicht aus Marx selbst beantworten ließe.

Wir haben gesehen, welche Verwirrung in den Vorstellungen der „Gelehrten" über die Grundlagen des Sozialismus im allgemeinen herrscht; die Ignoranz, die sie bei der Widerlegung der von der sozialistischen Kritik aufgestellten Sätze beweisen, steht auf derselben Höhestufe.

Der typische, regelmäßig wiederholte Haupteinwand, mit welchem man die Werththeorie zu Falle zu bringen sucht, besteht darin, daß man Marx vorwirft, seine Theorie habe bei der Bestimmung des Werths der Waaren ihren Gebrauchswerth, resp. den Einfluß des Gebrauchswerths nicht berücksichtigt, oder, wie sich Schäffle geschmackvoll ausdrückt, „sie bleibt über den einen grundwichtigen Pol der Werthreflexion, den Gebrauchswerth, unklar.[3]) Dieser Satz ist das Grundthema, welches die meisten anderen Marxkritiker in Variationen wiederholen, und entstammt der Gebrauchs- und Kostenwerth-Theorie der plattesten Vulgärökonomie, welche in Herrn Prof. Roscher zu Leipzig ihren klassisch-antiken Repräsentanten gefunden.

---

[2]) Held: a. a. O. S. 10.

[3]) Schäffle: Kapitalismus und Sozialismus. Tübingen 1870, S. 50.

Wenn Marx irgend etwas klargestellt, so ist es die Rolle, welche der Gebrauchswerth der Waaren spielt. Wir übergehen die unzähligen Verwechselungen und Verdrehungen, welche die elementarsten ökonomischen Begriffe bei den Oekonomen erfahren, und halten uns nur an den Sinn der Entgegnungen.

Der praktische Zweck des genannten Einwandes wird sofort einleuchten, wenn wir seine Begründung hören. Z. B. bei Schäffle: „Der äußere praktische Hergang der Güterbildung und der Güterverzehrung empfängt seine Richtung von inneren theoretischen Erwägungen und ästhetischen Lust= und Unlustentscheidungen. Dieses innere entscheidende Urtheil des erwägenden Verstandes, sowie des Lust und Unlust empfindenden Gefühles kann in Durchführung des wirthschaftlichen Grundsatzes, also als wirthschaftliches Werthurtheil, nur von den drei einander ergänzenden wirthschaftlichen Gesichtspunkten und Fragen bestimmt sein, einmal: wie groß sind die Opfer an Lebenskraft, wie groß ist die Unlust der Erwerbung, wieviel kostet das ökonomische Gut? Frage des Kostenwerths; sodann: wieviel Lebenskraft und Lebensgenuß wird mir dieses Gut schaffen, wieviel Lust und Genuß wird es mir bereiten? Frage des Gebrauchswerths; endlich drittens: wie stellt sich der Gebrauchswerth zu den Kostenwerth?" Herr von Sybel fand diese feinsinnige Gewähltheit im Ausdruck des ästhetischen Schäffle für das Begriffsvermögen der Barmer Fabrikanten, denen er in einem Vortrage jene Theorie explizirte, zu hoch und deutschte dieselbe daher folgendermaßen um: „Der Tausch ist ein zweiseitiges Geschäft; der Tauschwerth wird nicht durch einen Faktor, sondern durch zwei bestimmt, durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das zur Erzeugung der Waaren nothwendig ist, und durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das vom Gebrauche der Waaren erhofft wird. Es wechselt je nach dem Verhältniß beider Faktoren. Die Energie, die zur Herstellung der Waare schlechterdings erforderlich ist, bezeichnet seine unterste, seine Minimalgrenze, die Energie, die sich in dem augenblicklichen Verlangen nach der Waare ausspricht, seine oberste oder Maximalgrenze."

Kurz zusammengefaßt soll dies heißen: Der Werth der Waare ist die Resultante ihres Kosten- und Gebrauchswerths, das Ergebniß der wechselseitigen Einwirkung zweier Faktoren, deren einen die Herstellungskosten, deren anderen der erhoffte Nutzen bilden. Diesen letzteren nicht beachtet zu haben, wird Marx vorgeworfen.

Zunächst schlösse diese Werthbestimmung eine Bedingung ein: die Vergleichbarkeit, die Kommensurabilität nicht etwa zweier verschiedener Waaren, nein, zweier verschiedener Seiten einer und derselben Waare, nämlich ihrer Herstellungskosten und ihres Nutzens. Wir erfahren, daß das auf der einen Seite verausgabte Quantum von Lebenskraft verglichen wird mit dem auf der andern Seite zu gewinnenden Quantum von Lebenskraft. Kein Zweifel. „In **allen** Zuständen“, sagt Marx,[1]) „mußte die Arbeitszeit, welche die Produktion der Lebensmittel kostet, den Menschen interessiren;“ namentlich verglichen mit dem Produkt. Ferner ist es richtig, wenn stillschweigend angenommen wird, daß das zu gewinnende Quantum von Lebenskraft das verausgabte überschießt. Gewiß, denn in dieser Ungleichheit liegt das Geheimniß jeder Akkumulation gesellschaftlichen Reichthums, die Bedingung jedes geschichtlichen Fortschritts seit Urväterzeiten, und es war seit jeher die Tendenz vorhanden, den Abstand zwischen beiden Quanten durch Verminderung des Arbeitsaufwandes zu vergrößern. Das sind aber Thatsachen die wir in allen Gesellschaftszuständen finden; sie allein erklären weder die Existenz von Werth, noch können sie das Material zur Werthbestimmung liefern. Wir brauchen nur näher zuzusehen, um die tollsten Ungereimtheiten in der obigen Werthdefinition zu erkennen. Eine Waare kostet ein bestimmtes Quantum Lebenskraft, sie gewährt ein größeres Quantum Lebenskraft, aber ihr Werth ist weder das eine noch das andere, sondern soll eine Art von Zwitterding sein, von dem man nicht weiß, wie es zu Stande kommt. Wir haben schon im Abschn. II gesehen, daß man dem Werth einer Waare nimmer auf die Spur kommen kann, wenn man sie für sich allein betrachtet. Werth zu haben, also Waare zu sein, ist eben keine imma-

---

[1]) Marx: Kapital Bd. I. 3. Aufl. S. 40.

nente Eigenschaft einer Waare. Ein Ding kann nur Waare sein, weil ein anderes Ding es ebenfalls ist. Ihre Waaren- und Werthnatur steckt in ihrem wechselseitigen Verhältniß, welches wir früher als ein rein gesellschaftliches erkannt haben. Das Austauschverhältniß ist es daher auch, von dem man bei der Werthanalyse ausgehen muß; dann aber gelangt man auch zur Bestimmung des Waarenwerths durch gesellschaftlich nothwendige Arbeit.

Ferner: Da unsere Kritiker behaupten, daß stets oder normaler Weise die Produktionskosten einer Waare ein Minimum, ihr Gebrauchswerth ein Maximum bilden, ihr Werth also irgendwo zwischen beide fällt, was ist demnach natürlicher als ein Ueberschuß über die Produktionskosten? Freilich, nun erhebt sich für jene die Frage: Wem soll dieser Ueberschuß gehören? Dem Arbeiter oder dem Kapitalisten? Hier kommt der praktische Haken der Theorie. Offenbar demjenigen, der den Gebrauchswerth geschaffen, lautet ihr Spruch. Und wer ist das? Antwort: Der Kapitalist!

Und nun stimmen die Oekonomen ihre ambrosianischen Lobgesänge auf das industrielle Genie und den seherhaften Weitblick der Kapitalisten an, die nicht bloß bestimmen, was, sondern auch wie und wieviel produzirt werden soll. Verschaffen wir uns den Hochgenuß einiger Verse aus dem Psalm, den Herr von Sybel, ein moderner David, an die „Kopfarbeit der Arbeitgeber" singt:

Vers 1. „Die Zweckmäßigkeit der Arbeit ist Quelle und Maß des Werthes."

Vers 2. „Nicht die Zeitdauer, sondern die Zweckmäßigkeit der Arbeit ist der alles entscheidende Punkt."

Vers 3. „Nur der Mensch verleiht der Arbeit in Wahrheit ihren Werth, der ihr den Charakter der Zweckmäßigkeit aufdrückt, der ihr die nützlichen Zwecke setzt und für die Verwirklichung derselben die angemessenen Mittel entdeckt und wirken läßt."

Vers 4. „Er prüft die Konjunktur, er bestimmt danach Art und Umfang der Produktion, er schafft die Maschinen und deren Verbesserung, die Handarbeiter und deren Auswahl."

(Weiter nach der Melodie: Wach auf mein Herz und singe, dem Schöpfer aller Dinge.)

„Der Fabrikherr und Kapitalist ist der Schöpfer des Zweckes und damit der Schöpfer aller entstehenden Werthe."

Vers 6. „Der Heizer, der die Kohlen unter den Dampfkessel wirft, was weiß er von der Aufgabe und Leistung der Fabrik?"

Vers 7. „Die Kopfarbeit des Fabrikherrn ist die Schöpferin des Werthes und Mehrwerthes."

Und Mehring[1]) singt ihm nach: „Denn den Zweck der Arbeit bestimmt einzig und allein der Unternehmer; er ist also im eigentlichsten Sinne des Wortes der Schöpfer des Werthes, und nicht nur nach allem gesetzlichen Recht, sondern auch nach allem natürlichen Recht gebührt ihm das, was er und er allein geschaffen hat."

Und nun noch ein Stück aus der Ode, die Pindar-Schäffle singt: „Der Kapitalist ist eben kein bloßer Blutsauger ohne wirthschaftliches Verdienst, er vollzieht in äußerst wirksamer Weise nicht bloß den mindesten Kostenwerth, sondern auch und namentlich dasjenige, um was sich der Lohnarbeiter garnicht kümmert, den Gebrauchswerth, und damit die Befriedigung des wirklichen Bedarfs."

Welche Monstra von Allwissenheit, diese Kapitalisten! Welche titanischen Gedanken sie hinter ihren Denkerstirnen wälzen mögen! Man stelle sich vor, wie sie von der Zinne ihres Komptoirs und ihrer Villen in die Herzen aller Länder hineinschauen und den Völkern ihre Bedürfnisse von der Stirn ablesen. Daher auch jedenfalls besichtigen sie so zahlreich die gerühmte Rigifernsicht. Welche Kopfarbeit! Aber, wird man bescheiden einwenden, woher dann die Hungersnöthe, die Gründerkrache, die jetzt permanent gewordene Krise der Ueberproduktion? Kleinigkeit! Schon Voltaire sagt: „Es ist das Privileg des wahren Genies, ungestraft große Fehler zu machen!"

Wozu der ganze Lärm? Man will die Rechtmäßigkeit des Kapitalgewinnes erweisen! Hier rächt sich die oben beleuchtete Illusion der Oekonomen, der Sozialismus leite aus der Werththeorie die Unrechtmäßigkeit des Kapitalgewinnes ab, indem sie sich nun zu den lächerlichsten Behauptungen versteigen müssen.

---

[1]) Mehring: D. deutsche Sozialdemokratie, Bremen 1879.

Schäffle behauptet, „der innerliche Charakter des Werthes“ (den nämlich die Kapitalisten den Waaren geben) „mache die wirthschaftliche Vernunft zum Regulator der Wirthschaft.“ Sehen wir uns den „Regulator der Wirthschaft,“ die wirthschaftliche Vernunft ein wenig näher an.

Soweit die moderne Gesellschaft reicht, haben wir eine gesellschaftliche Produktion, die eigenthümlich organisirt ist. Der gesellschaftliche Gesammtbedarf wird nicht einheitlich durch die Gesellschaft als solche bestimmt und gedeckt, sondern durch unabhängige Organe, die privaten Produzenten. Denselben „bleibt“ daher „der gesellschaftliche Bedarf eine unbekannte Größe, owohl was die Qualität, die Art der bedurften Gegenstände, wie deren Quantität angeht. Was heute nicht rasch genug geliefert werden kann, mag morgen weit über Bedarf ausgeboten werden. Trotzdem wird schließlich der Bedarf so oder so, schlecht oder recht, befriedigt, und die Produktion richtet sich im Ganzen und Großen schließlich auf die bedurften Gegenstände. Wie wird diese Ausgleichung des Widerspruchs bewirkt? Durch die Konkurrenz. Und wie bringt die Konkurrenz diese Lösung fertig? Einfach, indem sie die nach Art oder Menge für den augenblicklichen gesellschaftlichen Bedarf unbrauchbaren Waaren unter ihren Arbeitswerth entwerthet, und es auf diesem Umwege den Produzenten fühlbar macht, daß sie entweder überhaupt unbrauchbare, oder an sich brauchbare Artikel in unbrauchbarer überflüssiger Menge hergestellt haben.“[1])

Hieraus folgt einerseits, daß nicht die individuelle Willkür oder Einsicht des Kapitalisten, „die wirthschaftliche Vernunft“, den Regulator der Wirthschaft bildet, sondern die Konkurrenz, welche ihn durch „Entwerthung oder Ueberwerthung der Produkte fortgesetzt mit der Nase darauf stößt, was und wie viel davon die Gesellschaft braucht oder nicht braucht“[2]) und ihm gar häufig die „Unvernunft“ seiner eigenen „theoretischen Erwägungen“ empfindlich beweist. Man sieht, die Konkurrenz ist der Regulator der Produktion, wenn auch ein despotisch gewaltsamer.

---

[1]) Engels: Vorrede z. Elend d. Philosophie. S. XVIII.
[2]) Engels, ebenda. S. XIX.

Nun aber behaupten die Marxkritiker von Schäffle bis Held, von Sybel bis Mehring 2c., Marx ignorire oder leugne völlig den Einfluß des gesellschaftlichen Bedarfs. Diese Behauptung beruht auf einem totalen Mißverständniß des Begriffs „gesellschaftlich nothwendige Arbeit".

Geben wir Herrn Professor v. Sybel das Wort, der als Historiker den Vorzug hat, nicht so sehr den Jargon der professionirten Oekonomen zu sprechen: „Marx sagt ganz richtig, daß die Arbeit nur insoweit Werth erzeuge, also sie gesellschaftlich nothwendige Arbeit sei .... nämlich das Minimum der erforderlichen Arbeit bezeichne. Lassalle dagegen (im Bastiat-Schulze) wende gesellschaftlich nothwendige Arbeit auch im Sinne als für den gesellschaftlichen Bedarf nothwendig an."[1]) Als Beweis für die Richtigkeit dieser Interpretation wird gewöhnlich folgende Stelle aus dem „Kapital" zitirt[2]): „Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerths gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, welche seine Werthgröße bestimmt," d. h. eines Gebrauchswerths, der „mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit" hergestellt ist.

Nun versteht man irrthümlicherweise unter gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit das zur Herstellung eines Produkts überhaupt erforderliche Quantum Arbeitszeit, ohne Rücksicht darauf, ob das Gesammtprodukt dieser Art dem gesellschaftlichen Bedarf entspricht oder nicht. Man nimmt eben hierbei nicht normale, sondern wechselnde Umstände an, indessen auch hier bricht das Werthgesetz durch. Marx sagt S. 3: „**Gebrauchswerthe** bilden den stofflichen Inhalt des Reichthums, welches immer seine gesellschaftliche Form sei." Und S. 7: „Um Waare zu produziren, muß man nicht nur Gebrauchswerth produziren, sondern Gebrauchswerth für andere, gesellschaftlichen Gebrauchswerth. Endlich kann kein Ding Werth sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein. Ist es

---

[1]) v. Sybel: a. a. O. S. 14—15.
[2]) Marx: Kapital. S. 6.

nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Werth."

In einem gegebenen Zeitpunkt ist der gesellschaftliche Bedarf ein bestimmter. Wird nun z. B. über den Bedarf hinaus produzirt, oder (was dieselbe Erscheinung zur Folge hat) wird bei gleichbleibender Gesammtproduktion der gesellschaftliche Bedarf geringer, so ist das überschüssige Quantum nutzlos, also auch werthlos. Was überschüssig ist, existirt nicht als Gebrauchswerth für die Gesellschaft, oder stellt, wie Engels sagt, „an sich brauchbare Artikel in unbrauchbarer, überflüssiger Menge" vor. Das größere Gesammtprodukt hat daher nicht mehr Werth als das geringere, d. h. der Werth, das Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit im einzelnen Produkt ist entsprechend gefallen. Theoretisch natürlich, denn in der Praxis tritt die Schleuderkonkurrenz ein.

Diese Folgerungen sind völlig klar. Aber, wird als letzter Einwand geltend gemacht, diese Folgerungen habe Marx nicht gezogen und sie entsprächen nicht seiner Ansicht. Dietzgen und Schramm hätten daher schon, wie Mehring behauptet, Marx in bezug hierauf fremde Ansichten untergeschoben. Diese leichtfertige Behauptung beweist nur die Unkenntniß, mit der Leute Bücher zu kritisiren pflegen, die sie nicht gelesen. Marx sagt „Kapital", Bd. I, 3. Aufl., S. 78: „Gesetzt endlich, jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich nothwendige Arbeit.[1]) Trotzdem kann die Gesammtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten. Vermag der Marktmagen das Gesammtquantum Leinwand zum Normalpreis von 2 sh. per Elle nicht zu absorbiren, so beweist das, daß ein zu großer Theil der gesellschaftlichen Gesammtarbeitszeit in der Form der Leinweberei verausgabt wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leinweber mehr als die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt

[1]) Nämlich im Sybel'schen Sinne, als Durchschnitts-Arbeitsaufwand.

verwandt. Hier heißt's: Mitgefangen, mitgehangen. Alle Leinwand auf dem Markt gilt nur als **ein** Handelsartikel; jedes Stück nur als aliquoter Theil." Damit fällt der letzte Einwand.

Weit erhaben über alle jene Leute dünkt sich Herr Dr. Georg Adler, Dozent in Freiburg, der zuletzt, beladen mit dem Skalp von sechs erschlagenen Marxkritikern, siegesgewiß auf die vulgärökonomische Tribüne sprang, „um die Streitaxt gegen das Idol der Marxisten zu schwingen." Für die Einwände der Calberla, Knoop, Sybel, Knies, Strasburger und Böhm-Bawerk hat er nur ein mitleidiges Lächeln. Er vernichtet sie vorher kritisch, um das Verdienst der Marxwiderlegung allein beanspruchen zu können. Ein bischen mehr als seine Vorgänger hat er allerdings schon durch Marxstudium profitirt, so daß er sich auch die entschiedene Mißbilligung Prof. v. Böhm-Bawerk's in der Jenaer volkswirthschaftlichen Zeitschrift zuzog, der ihm indeß schließlich seine Jugendeseleien wieder verzieh. Dessenungeachtet wimmelt Adler's Kritik[1]) von Irrthümern. Er bekennt sich als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung und begeht sogleich die Inkonsequenz, seine Argumentation auf die Autorität erstens der Oekonomen, zweitens der Kapitalisten zu stützen. Wenn Darwin seine „Entstehung der Arten" mit dem Satze angefangen hätte: „Es ist eine allgemein anerkannte Thatsache, daß die Arten der Pflanzen und Thiere konstant bleiben", so würde er nicht viel über Cuvier hinausgekommen sein. Adler beruft sich S. 91 auf „viele Oekonomen", welche anerkannt hätten, daß das in zwei ausgetauschten Waaren steckende Gemeinsame die Summe der Produktionskosten sei. „Marx meint das (in „Lohnarbeit und Kapital") zunächst (!) im Grunde (!) auch", sagt Adler S. 92, nur verstehe Marx unter Produktionskosten etwas anderes als die Oekonomen. Sehr richtig! Andererseits behauptet Adler, der Standpunkt des Kapitalisten gebe die allgemein gültigen Normen für den Tausch ab und schließt aus einem Exempel S. 94: „Der Werth der Waaren wird durch die zu ihrer Her-

---

[1]) Adler: D. Grundl. d. Marx'schen Kritik d. bestehenden Volkswirthschaft, Tübingen 1887.

stellung „gesellschaftlich nothwendige Kapitalauslage“ bestimmt, wenn man nämlich mit dem Ausdruck „Kapitalauslage“ den üblichen Gewinn bereits mitinbegreift.“ Man staune: Der Kapitalist legt nicht bloß Kapital aus, sondern auch „den üblichen Kapitalgewinn!“ Dieser Satz kommt auf die sattsam bekannte alberne Vorstellung hinaus, der Gewinn bestehe in einem Werthzuschlag von bestimmtem Prozentsatz zu den Herstellungskosten. Nun, der Kapitalist ist nicht bloß Verkäufer, er ist auch Käufer; genau denselben „üblichen Kapitalgewinn,“ den er beim Verkauf einstreicht, muß r beim neuen Einkauf herausgeben, ja, hat ihn schon beim ersten Kauf weggegeben. Wo bleibt aber da der Gewinn und die famose Werthbestimmung mit Hilfe des Gewinns? Weshalb sich nur noch die Kapitalisten mit den störrischen Arbeitern abplagen, wenn sie das einmal Vorhandene nur immer wieder wechselseitig zu verkaufen brauchten, um den schönsten „üblichen Gewinn“ einzustreichen? Zu solchem Unsinn führt jene Theorie. Und damit will Adler die Marx'sche Werththeorie vernichten. Nur auf Grund des Werthgesetzes und ohne Verletzung desselben ist der Mehrwerth erklärlich. Der Werth der Waare Arbeitskraft ist durch das in ihr — d. h. in den zu ihrer eigenen Produktion nothwendigen Lebensmitteln — enthaltene Quantum gesellschaftlich nothwendiger Arbeit bestimmt. Die sich bethätigende Arbeitskraft ist zugleich Werthquelle und schafft mehr Werth als ihre eigene Produktion gekostet hat. Daher der Mehrwerth. Wir empfehlen Herrn Adler den 2. Abschnitt des „Kapitals“ zu besserem Studium.

Verschiedene Marxkritiker wundern sich, warum Marx nie und nimmer die Feder zu einer Antwort gerührt. Sehr einfach! Er hätte für Ignoranten noch einmal auseinandersetzen müssen, was er bereits auseinandergesetzt hatte. Das hielt jener Riesengeist — der Aristoteles des 19. Jahrhunderts, wie ein englischer Sozialist ihn nannte — mit Recht für unter seiner Würde.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von Max Schippel.
I. Serie. — 10. Heft.

Die Sozialdemokratie
und
der deutsche Reichstag.

Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler.

Berlin 1893.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.
(Th. Glocke.)

Inhalt:

	Seite
Die Vorgeschichte des Sozialistengesetzes	3
Die Verlängerungen des Sozialistengesetzes und die Parteien .	6
Spätere Ergänzungen zum Sozialistengesetz	8
Die Entwicklung der Partei in den einzelnen Wahlkreisen seit 1878	9
Das Gesammtwachsthum in Deutschland seit 1871 . . .	19
Die Sozialdemokratie und die Großstädte	20
Das Stärkeverhältniß der einzelnen Parteien bei den Wahlen und im Reichstage seit 1871	22
Die bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten (Tabellen, Biographisches)	24

Anhang: Das Reichswahlsystem S. 29. — Wie geht die Wahlhandlung vor sich? S. 34. — Stimmzettel. S. 35. — Wie schützt man sich gegen Wahlbeeinflussung? S. 35. — Stimmzettelvertheilung. S. 36.

Zur Erläuterung.

Alle Zahlen beziehen sich — wo nicht anders angegeben — auf die Hauptwahlen, weil bei Stichwahlen vielfach Angehörige verschiedener Parteien zusammenstimmen (Centrumsleute für Freisinnige oder Konservative, Freisinnige für Nationalliberale u. s. w.)

Rein städtische Wahlkreise können nur in Städten mit über 100 000 Einwohnern gebildet werden, weil nur dann keine Vordörfer u. s. w. zur Bildung eines Kreises hinzuzutreten brauchen.

In den Tabellen S. 24 u. 25 bedeutet die runde Klammer ( ), daß der Abg. nur im Anfang den Bezirk vertrat, später — wegen Tod, Niederlegung u. ähnl. — nicht mehr. Die eckige Klammer [ ] bedeutet, daß der Abg. erst später, durch Nachwahl in den Reichstag kam. Aus der Rubrik für 1887 sieht man also z. B., daß erst Kräcker in Breslau gewählt wurde, und daß dann Kühn an seine Stelle trat — aus der Rubrik für 1881, daß Bebel später für Hamburg I gewählt wurde und daß vorher kein Sozialdemokrat diesen Kreis inne hatte, sodaß also die Fraktion von 12 f 13 Mitglieder stieg.

Die Vorgeschichte des Sozialistengesetzes.

Als Vorläufer des jetzigen Sozialisteugesetzes kann die **Strafgesetz-Novelle** bezeichnet werden, welche den Reichstag in der Session von **1875/76** beschäftigte. Diese Novelle enthielt u. a. folgende wider die Sozialdemokratie gerichtete Bestimmung:

> „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie und des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft."

Der damalige Minister Graf Eulenburg der Aeltere äußerte bekanntlich bei der — wirkungslosen — Begründung dieser Vorlage:

> „Die Regierung verlangt von ihnen jetzt Waffen, die es unnöthig machen, mit der Zeit die blanke Waffe zu gebrauchen .... Sonst können wir vor der Hand nicht anders, als uns mit den schwachen Gesetzesparagraphen so lange zu behelfen, bis die Flinte schießt und der Säbel haut." (Bravo rechts.)

Der Regierungsvorschlag wurde einstimmig abgelehnt.

11. Mai 1878. Hödels Schuß unter den Linden.

Am 17. Mai legt Preußen dem Bundesrathe einen Gesetzentwurf „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" vor. Er erfuhr dort nur unerhebliche Aenderungen.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf — datirt Friedrichsruh, den 20. Mai 1878 — enthielt nur 6 Paragraphen und zwei Seiten Begründung.

> Nach § 1 sollte der Bundesrath die Ermächtigung erhalten, Druckschriften und Vereine, „welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen", zu verbieten. Die auf grund dieser Ermächtigung erlassenen Verbote sollten der Kontrole des Reichstages unterliegen, welcher befugt sein sollte, die Außerkraftsetzung derselben herbeizuführen.

*

§ 2 sollte die Polizeibehörde ermächtigen, die Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten vorläufig zu verbieten. Ein solches Verbot sollte jedoch erlöschen, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Druckschrift von dem Bundesrathe auf Grund des § 1 verboten werde.

Nach § 3 sollte die Polizeibehörde befugt sein, Versammlungen im voraus zu verbieten oder nach dem Beginn aufzulösen, sobald Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung die Ziele der Sozialdemokratie verfolge.

Die §§ 4 und 5 enthielten Strafbestimmungen.

§ 6 beschränkte die Giltigkeit des Gesetzes auf einen **Zeitraum von drei Jahren**, weil, wie es auffallenderweise in den Motiven hieß, man „die Freiheit der Presse und des Vereinswesens auch der Sozialdemokratie gegenüber nicht länger beschränken wolle, als zur Sicherung des Staates und des öffentlichen Friedens unumgänglich nothwendig sei, und in der Hoffnung, daß es nach Ablauf von drei Jahren eines solchen Schutzes nicht mehr bedürfen werde."

Wie man sieht, war der damalige Entwurf lange nicht so scharf als das spätere Sozialistengesetz. Nach den Motiven trug man sich sogar mit der Hoffnung, in drei Jahren mit der Sozialdemokratie fertig zu werden. Nur die Konservativen stimmten zu, selbst die Nationalliberalen waren (mit Ausnahme der drei Professoren Beseler, Gneist und Treitschke) dagegen.

Die Sozialdemokraten ließen damals durch Liebknecht einfach folgende Erklärung verlesen:

„Der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" des noch unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirthschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Debatte des dem Reichstag heute vorliegenden Ausnahmegesetzes theilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie kommen mögen, in diesem Entschluß erschüttern lassen. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das

unserige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Wagschale werfen.

Falle die Entscheidung des Reichstags aus, wie sie wolle, die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgung gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht."

* * *

2. Juni 1878. **Attentat Nobilings.**

Der Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich, übernahm die Regentschaft und man wandte sich „an das Gewissen der Nation um Schutz für die bedrohte Gesellschaft." Fürst Bismarck beantragte bereits unterm 6. Juni in einer Denkschrift beim Bundesrath die **Auflösung des Reichstages** und der Bundesrath stimmte am 11. Juni auf grund dieser Denkschrift dem Antrage zu.

30. Juli Neuwahlen.

16. August Enthauptung Hödels.

9. September: Zusammentritt des Reichstages und Vorlegung des **neuen Sozialistengesetzes.** (Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie).

Der neue Entwurf war unvergleichlich schärfer als der erste.

Während der erste einfach besagte, daß Druckschriften, Vereine und Versammlungen, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgten, vom Bundesrath verboten werden *könnten*, und daß dieses Verbot *außer Kraft* zu setzen sei, wenn der *Reichstag* dies verlange — forderte die neue Vorlage, daß Vereine, Druckschriften und Versammlungen, welche sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf die „Untergrabung" der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen verfolgen, durch die Bundespolizeibehörde zu *verbieten* seien. Von einem Aufhebungsrecht des *Reichstages* war *nicht* mehr die Rede.

Außerdem war in das neue Gesetz die Bestimmung über die Verhängung des „*kleinen Belagerungszustandes*" und die damit verbundene *Ausweisungs*befugniß aufgenommen.

Die Vorlage ging schließlich an eine 21er Kommission, in welche aber kein Sozialdemokrat gewählt wurde. In dieser Kommission schlug *Hänel* — der Fortschrittler nach dem Muster des seinerzeit einstimmig abgelehnten Regierungsvorschlags — vor, in's Strafgesetz folgenden Artikel aufzunehmen:

Wer in einer den *öffentlichen Frieden* gefährdenden Weise, oder wer durch beschimpfende Aeußerungen über die

religiösen Ueberzeugungen anderer, oder über die Einrichtungen der Ehe, der Familie oder des Staates, oder über die Ordnung des Privateigenthums die Angehörigen des Staates zu feindseligen Parteiungen gegeneinander öffentlich auffordert oder aufreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestra...

Die Nationalliberalen ließen aber Herrn Hänel im Stich. Mit 13 gegen 3 Stimmen wurde Hänel's Antrag abgelehnt (gegen Centrum und Fortschritt). Bei der Plenarverhandlung wurde kein Versuch gemacht, den Antrag zu erneuern.

Was später im Reichstag an Aenderungen daran vorgenommen wurde, hat am Wesen des Gesetzes thatsächlich nichts gebessert.

Die Bemühungen Reichensperger's, auf den „gewaltsamen Umsturz" die Sache zu beschränken, hatten keinen Erfolg.

Ein Antrag des Abg. Gneist, „gewerbsmäßige Agitatoren" nach einmaliger Vorbestrafung unter Polizeiaufsicht zu stellen, wurde abgelehnt.

Lasker setzte durch, daß statt „Untergrabung" „Umsturz" gesagt wurde.

Ebenso gleichgiltig war die weitere Aenderung, daß an Stelle des Bundesrathes, welcher im Entwurf als letzte Rekursinstanz gegen die auf grund des Gesetzes erfolgten Verbote 2c. vorgesehen war, eine eigene aus Richtern und Bundesrathsmitgliedern zusammengesetzte Behörde, die sogenannte Reichskommission, eingesetzt wurde.

Die Geltungsdauer des Gesetzes wurde nur auf 2½ Jahre festgesetzt.

Mit 221 gegen 149 Stimmen wurde die Vorlage am 19. Oktober 1878 angenommen.

Nach Verkündigung dieses Resultats, das vom Hause schweigend hingenommen wurde, proklamirte der Reichskanzler den Schluß dieser denkwürdigen Session, in welcher, während ihrer vierzigtägigen Dauer, außer dem Sozialistengesetz nur einige nebensächliche Wahlprüfungen zur Erledigung gekommen waren.

Das publizirte Gesetz ist vom 21. Oktober 1878 datirt.

Die Verlängerungen des Sozialistengesetzes und die Parteien.

Die Gültigkeitsdauer des Gesetzes war in dem ersten, abgelehnten Entwurf auf drei Jahre festgesetzt gewesen, in dem zweiten

Entwurfe war eine Gültigkeitsfrist überhaupt nicht vorgesehen; doch fügte der Reichstag eine solche bis zum 31. März 1881 hinzu.

Im Frühjahr 1880 schlug dann die Regierung eine Erneuerung des Gesetzes mit Gültigkeit bis zum 31. März 1886 vor; die Mehrheit des Reichstags setzte aber diese Frist bis zum 30. September 1884 herab. In dieser Gestalt fand das Gesetz eine verhältnißmäßig noch zahlreichere Majorität als das ursprüngliche; dieselbe verstärkte sich noch durch etwa 15 **Centrums**mitglieder.

Im März 1884 wurde dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Geltungsdauer des Gesetzes auf zwei weitere Jahre, bis zum 30. September 1886, zu verlängern vorschlug. Dieser Gesetzentwurf wurde in der berühmten Abstimmung vom 10. Mai 1884 mit 189 gegen 157 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen geschlossen, 39 **Centrums**mitglieder und 27 Mitglieder **der deutschfreisinnigen Partei** (25 ehemalige Sezessionisten und 2 ehemalige Fortschrittler; von den letzteren waren aber noch einige „abkommandirt").

Im Februar 1886 wurde dann eine Erneuerung des Gesetzes auf fünf Jahre beantragt. Der Reichstag nahm den Gesetzentwurf mit 169 gegen 137 Stimmen, jedoch mit der Beschränkung auf zwei Jahre an. Dafür stimmten die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen geschlossen und 27 Mitglieder des **Centrums**; die **Deutschfreisinnigen** stimmten diesmal geschlossen dagegen, es fehlten aber 14 Mitglieder.

Im Winter 1887—1888 kam dann die Regierung mit dem Vorschlag, das bestehende Gesetz nicht nur auf weitere fünf Jahre für gültig zu erklären, sondern (zum ersten Mal) auch noch eine Reihe neuer verschärfter Bestimmungen hinzuzufügen. Die letzteren wurden indessen vom Reichstag abgelehnt und das unveränderte Gesetz abermals auf zwei Jahre verlängert. Die Majorität war 164 gegen 80. Dafür stimmten wieder die Konservativen und Nationalliberalen geschlossen, sowie 8 Centrumsmitglieder; fast die Hälfte des Centrums fehlte. Es wurde eine Gültigkeitsdauer bis 30. September 1890 festgesetzt.

Wir geben diese Thatsachen kurz in Tabellenform wieder:

Berathungszeit	Nach dem Vorschlag der Reg. Endtermin	Nach dem vereinbart. Gesetz Endtermin	Also wirkliche Geltung
1878 1. Gesetz	. . . .	31. März 1881	2½ Jahr
Frühj. 1880 1. Verläng.	31. März 1886	30. Sept. 1884	3½ "
" 1884 2. "	30. Sept. 1886	30. Sept. 1886	2 "
" 1886 3. "	30. Sept. 1891	30. Sept. 1888	2 "
Wint. 1887/88 4. "	30. Sept. 1893	30. Sept. 1890	2 "

Ergänzungen zum Sozialistengesetz.

Im Frühjahr 1880 beschloß der Reichstag, daß die Ausweisung auf Grund des kleinen Belagerungszustandes „auf Mitglieder des Reichstags oder einer gesetzgebenden Versammlung, welche sich am Sitz dieser Körperschaften während der Session derselben aufhalten, keine Anwendung findet."

Diese Aenderung war dadurch veranlaßt, daß das Berliner Polizeipräsidium gegen die beiden aus Berlin ausgewiesenen Abgeordneten Fritzsche und Hasselmann eine Anklage wegen Bannbruchs veranlaßt hatte.

* * *

1884 erhob der Reichstag weiter zum Beschluß, daß „die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten an sich, auch selbst in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, nicht als Thatsache angesehen werden kann, welche gemäß § 9, Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 die Annahme rechtfertigt, daß die Versammlung zur Förderung der im Absatz 1 a. a. O. (am angeführten Orte) bezeichneten Bestrebungen bestimmt ist."

Zugleich wurde in die Gewerbeordnung eine Bestimmung aufgenommen, nach welcher Stimmzettel keine Druckschriften im Sinne des Gesetzes sind, so daß deren Verbreitung auch jenen Personen gestattet ist, welchen der Schriftenvertrieb untersagt wurde.

In einer Verhandlung 1881 erklärte nämlich Puttkamer, daß die gegenwärtige Gesetzgebung leider kein Mittel an die Hand gebe, die Wahlagitation durch Stimmzettel zu verbieten, und daß er deshalb die Konfiskation von Stimmzetteln wieder aufgehoben habe. Diesem „Uebelstand" suchte kurze Zeit darauf das Reichsgericht abzuhelfen, indem es eine Entscheidung fällte, wonach auch Stimmzettel Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes sein sollten, welche verboten werden könnten und deren Verbreitung Personen, denen der Schriftenvertrieb entzogen ist, strafbar macht. Durch diese Rechtsauslegung machte der Reichstag mit seinem Beschluß einen dicken Strich. (Vergl. auch im Anhang: Stimmzettel.)

Die Entwickelung der Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz.

Seit dem Bestehen des Ausnahmegesetzes ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei dreimal zu allgemeinen Wahlen an die Urne gerufen worden und die hier zu Tage tretenden Zahlen sind eine vernichtende Kritik des Bestrebens, mit mechanischen Mitteln Bewegungen bekämpfen zu wollen, die aus den Tiefen der wirthschaftlichen Entwickelung emporwachsen.

Die amtliche Wahlstatistik giebt die bei den Hauptwahlen in jedem Wahlkreise abgegebenen Stimmen nach den Kandidaten gesondert an. Demgemäß können die sämmtlichen Wahlkreise ermittelt werden, in denen überhaupt sozialdemokratische Stimmzettel bei den Wahlen der Jahre 1887, 1884 und 1881 abgegeben wurden. Dies ist geschehen und sind dabei die Wahlkreise in verschiedene Gruppen zusammengefaßt, indem zur I. Gruppe alle Wahlkreise mit mehr als 15 000 sozialdemokratischen Stimmen genommen wurden; zur II. Gruppe gehören alle diejenigen Wahlkreise, in denen zwischen 15 000 und 10 000 sozialdemokratische Stimmen gezählt wurden; zur III. Gruppe alle Wahlkreise mit zwischen 10 000 und 7500 sozialdemokratischen Stimmen u. s. w. herab, wie es die Ueberschrift jeder Gruppe angiebt. Hierbei sind in jeder Gruppe die Wahlkreise nach der Reihenfolge der größten sozialdemokratischen Stimmenzahl geordnet, so daß jede Gruppe mit der ihr zugehörigen größten Stimmenzahl beginnt und mit der geringsten abschließt.

Diejenigen Wahlkreise, in denen der sozialdemokratische Kandidat in der Hauptwahl gewählt wurde, sind durch eine [1] und die entsprechenden in der Stichwahl durch eine [2] hervorgehoben worden. (Die 6. Zeile in der I. Gruppe besagt also z. B., daß 1887 die Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen in Elberfeld-Barmen in 6. Linie stand, daß sie ihren Kandidaten aber erst in der Stichwahl durchbrachte).

I.

Ueber 15 000 sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben:

	1887	1884	1881
1.	Berlin IV[1]	Berlin IV[1]	
2.	Berlin VI[1]	Berlin VI[2]	
3.	Leipzig Land	Leipzig Land[1]	
4.	Hamburg II[1]		
5.	Hamburg III		
6.	Elberfeld=Barmen[2]		
7.	Chemnitz		
8.	Altona[1]		

II.

Zwischen 15 000 und 10 000 sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben:

	1887	1884	1881
9.	Nürnberg[1]	Chemnitz[1]	Berlin IV
10.	Berlin II	Hamburg II[1]	Berlin VI
11.	Hamburg I[1]	Elberfeld=Barmen[2]	Leipzig Land
12.	Zwickau	Nürnberg[1]	Chemnitz[2]
13.	Hannover[2]	Hamburg I[1]	
14.	Magdeburg	Zwickau[1]	
15.	München II	Hamburg III	
16.	Braunschweig	Altona[1]	
17.	Leipzig, Stadt		

III.

Zwischen 10 000 und 7500 sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben:

	1887	1884	1881
18.	Glauchau	Leipzig, Stadt	Nürnberg[2]
19.	Kiel	Glauchau[1]	Hamburg II[2]
20.	Dresden, Altstadt	Berlin II	Dresden, Altstadt
21.	Berlin III	Kiel	Elberf.=Barmen
22.	Gotha	Hannover[2]	Hamburg I[2]
23.	Charlottenburg	Dresden, Altstadt	
24.	Frankfurt a. M[2]	Magdeburg[2]	
25.	Solingen[2]	Frankfurt a. M.[2]	
26.	Lennep=Mettmann		
27.	Breslau, West[2]		
28.	Offenbach		
29.	Königsberg i. Pr.		
30.	Tharandt		
31.	Breslau, Ost		
32.	Bremen		
33.	Mittweida		

IV.

Zwischen 7500 und 5000 sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben:

	1887	1884	1881
34.	Stollbg.=Schneebg.	Gotha[2]	Zwickau[2]
35.	Dresden, Neustadt	Mittweida	Altona
36.	Auerbach	Offenbach[2]	Glauchau
37.	Halle a. d. Saale	Braunschweig[2]	Leipzig, Stadt
38.	Segeberg=Pinnebg.	Dresden=Neustadt	Dresden=Neustadt
39.	Reuß j. L.	Mainz	Hamburg III
40.	Kassel	München II[2]	Mainz[2]
41.	Reichenbach i. Schl.	Berlin III	Offenbach[2]
42.	Niederbarnim	Breslau=West[2]	Braunschweig
43.	Freiberg=Oederau	Solingen[2]	Solingen[2]
44.	Naumburg	Tharandt	Magdeburg
45.	Mainz	Stollbg.=Schneebg.	Hannover
46.	Meißen	Breslau=Ost[2]	Breslau=Ost[2]
47.	Hanau	Freiberg=Oederau	
48.	Mannheim	Reuß j. L.[2]	
		Hanau	
		Lennep=Mettmann	
		Meißen	

V.

Zwischen 5000 und 2500 sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben:

	1887	1884	1881
49.	Plauen	Darmstadt	Breslau=West[2]
50.	Köln, Stadt	Bremen	Freibg.=Oederau[2]
51..	Aschersleben	Mannheim	Hanau
52.	Sonnebg.=Saalfeld	Speyer	Kiel
53.	München I	Charlottenburg	Frankfurt a. M.
54.	Stuttgart	Königsberg i. Pr.	Stollbg.=Schneeb.
55.	Brandenburg	Kassel	Bremen
56.	Stettin, Stadt	Köln, Stadt	Mittweida[2]
57.	Lübeck	Auerbach[2]	Stuttgart
58.	Reuß ält. L.	Halberstadt	Tharandt
59.	Altenburg	Reuß ält. L.[1]	Halberstadt
60.	Speier	Reichenbach i. Schl.	Berlin II
61.	Darmstadt	Segeberg=Pinnberg	Reichenbach i. Sch.
62.	Spremberg	Sorau	München II
63.	Ober=Taunus.	Halle a. d. Saale	Speyer
64.	Wurzen=Grimma	Naumburg	Reuß j. L.
65.	Sorau	Sonnebg.=Saalfeld	Meißen
66.	Randow	München I	Erlangen

Zwischen 5000 und 2500 sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben: (Fortsetzung.)

	1887	1884	1881
67.	Erfurt	Erfurt	Berlin III
68.	Kronach	Stuttgart	Mannheim
69.	Hameln	Brandenburg	
70.	Waldenburg	Ober=Taunus	
71.	Görlitz	Zschopau	
72.	Borna=Pegau	Karlsruhe	
73.	Döbeln	Mühlhausen	
74.	Harburg	Nieder=Barnim	
75.	Halberstadt	Köln, Land	
76.	Düsseldorf	Spremberg	
77.	Köln, Land	Bielefeld	
78.	Ditmarschen	Wurzen=Grimma	
79.	Augsburg		
80.	Hildesheim		
81.	Zschopau=Marienberg		
82.	Jüterbogk		
83.	Karlsruhe		
84.	Flensburg		
85.	Bielefeld		
86.	Hagen		
87.	Erlangen		
88.	Schwerin i. M.		

Aus diesen 5 Tabellen folgt, daß es bei den Hauptwahlen des Jahres 1881 : 42; 1884 : 67; 1887 : 88 Wahlkreise gab, in denen mehr als 2500 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden und daß unter den 88 Wahlkreisen nur ein einziger von den 67 des Jahres 1884, nämlich Mühlhausen im Elsaß, fehlt. Nur in einem dieser Wahlkreise sind also 1887 weniger Stimmen abgegeben als 1884.

Hieraus ergiebt sich das zähe Festhalten und das stetige Anwachsen des Einflusses der sozialdemokratischen Bewegung auf die großen Wählermassen derjenigen Kreise, in denen die Sozialdemokratie einmal Boden gewonnen hat. Letzteres geht auf das deutlichste aus der auf der nächsten Seite abgedruckten Zusammenstellung der abgegebenen Stimmen hervor.

Diese Zusammenstellung der abgegebenen Stimmen lehrt, daß die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in den sogenannten „großen“ Wahlkreisen, d. h. in denen, wo die Sozialdemokratie bereits die Majorität oder doch

sehr ansehnliche Minoritäten besitzt, bisher eine weit beschleunigtere war als in den „mittleren“ u. „kleineren“ Wahlkreisen. Während in allen den Wahlkreisen, in denen mehr als 2500 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, die Zunahme der Stimmenzahl von einer Hauptwahl zur anderen rund 200 000 Stimmen betrug, belief sie sich bei den Wahlkreisen mit weniger als 2500 sozialistischen Stimmen jedesmal auf rund 20 000 Stimmen.

Sozialdemokratische Stimmen sind abgegeben:

	Hauptwahlen 1887:	Hauptwahlen 1884:	Hauptwahlen 1881:
in den Wahlkreisen der Tabelle I . . .	164 450	64 876	—
in den Wahlkreisen der Tabelle II . . .	112 747	99 995	44 961
in den Wahlkreisen der Tabelle III . .	136 013	71 173	43 795
in den Wahlkreisen der Tabelle IV . .	90 638	111 869	79 297
in den Wahlkreisen der Tabelle V . . .	143 680	108 992	74 006
zusammen in d. Wahlkr. mit mehr als 2500 sozdem. Stimmen .	647 528	456 905	242 059
in allen übrigen Wahlkr.	115 600	93 085	69 902
zusammen im Deutschen Reich	763 128	549 990	311 961

Ein gleich günstiges Bild des stetigen Wachsthums der sozialdemokratischen Bewegung bietet die nachstehende Zusammenstellung sozialdemokratischer Wahlkreise.

Es wurden sozialdemokrat. Stimmen abgegeben	in Wahlkreisen bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
über 15 000	8	3	0
zwischen 15 000 und 10 000 .	9	8	4
„ 10 000 „ 7500 .	16	8	5
„ 7500 „ 5000 .	15	18	13
„ 5000 „ 2500 .	40	30	20
über 2500	88	67	42
zwischen 2500 und 1000 .	46	32	23
„ 1000 „ 1 .	125	122	108
über 1 Stimme	259	221	173

In den vorstehenden statistischen Uebersichten ist das absolute Anwachsen der Sozialdemokratie ersichtlich, d. h. die Ausbreitung dieser Partei für sich allein betrachtet. Und niemand, der einen Blick in die mitgetheilten Tabellen geworfen hat, wird sich gegen den Eindruck verschließen können, daß diese Ausbreitung eine ebenso intensive wie immer neue Gegenden des deutschen Reiches umfassende ist.

Das amtliche Material über die Reichstagswahlen ermöglicht jedoch nicht nur einen Vergleich der sozialdemokr. Wahlen unter einander, sondern auch die Antwort auf die Frage: wie hat sich die sozialdemokratische Partei im Verhältniß zu den übrigen politischen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen ausgebreitet? Die amtliche Wahlstatistik giebt nämlich an, wie viel Prozent der in jedem Wahlkreis abgegebenen Stimmen auf die Kandidaten der einzelnen Parteien gefallen sind.

Es sind nun in folgendem alle diejenigen Wahlkreise zusammengestellt, in denen bei der Hauptwahl 1887 mehr als 10 Prozent sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Auch hier sind 5 Gruppen, ähnlich wie im Vorhergehenden, gebildet, deren Bedeutung sofort aus den Ueberschriften ersichtlich ist. Jedem Wahlkreise ist die entsprechende Prozentzahl sozialdemokratischer Stimmen aus den Hauptwahlen von 1884 und 1881 beigesetzt worden und ist es auch hier durch Hinzufügen von Ziffern ([1],[2]) bemerkt worden, in welchen Kreisen der Sozialdemokrat in der Hauptwahl, und in welchen er in der Stichwahl siegte.

A.	Von 100 Wählern stimmten **über 50** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
1.	Hamburg II	62,2[1]	60,3[1]	48,4[2]
2.	Berlin IV	57,0[1]	50,9[1]	32,6
3.	Altona	53,4[1]	51,7[1]	39,1
4.	Hamburg I	52,5[1]	53,9[1]	40,1[2]
5.	Nürnberg	51,9[1]	49,8[2]	44,8[2]
6.	Berlin VI	51,5[1]	47,5[2]	27,5

B.	Von 100 Wählern stimmten **40—50** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
7.	Leipzig Land	49,0	55,1[1]	48,3
8.	Zwickau	46,9	58,2[1]	49,9[2]
9.	Elberfeld	46,5[2]	47,6[2]	30,8

B.	Von 100 Wählern stimmten **40—50** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
10.	Chemnitz	45,7	59,4[1]	47,4[2]
11.	Hamburg III	45,4	42,1	29,4
12.	Solingen	43,7[2]	40,2[2]	36,5[2]
13.	Glauchau-Meerane . . .	42,1	52,6[1]	47,5
14.	Reuß ältere Linie	41,1	56,6[1]	37,4[2]
15.	Braunschweig	40,7	37,1[2]	30,5
16.	Magdeburg	40,1	41,0[2]	30,9

C.	Von 100 Wählern stimmten **30—40** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
17.	Gotha	38,5	45,0[2]	11,2
18.	Hannover	36,7[2]	37,3[2]	24,6
19.	Königsberg i. Pr.	36,6	27,5	1,6
20.	München II	36,5	25,7[2]	15,4
21.	Breslau West	36,2[2]	34,8[2]	29,0[2]
22.	Breslau Ost	36,1	35,3[2]	31,2[2]
23.	Offenbach	34,8	43,8[2]	37,4[2]
24.	Reuß j. L.	34,7	43,3[2]	24,9
25.	Frankfurt a. M.	34,1[2]	36,3[2]	27,8
26.	Dresden-Landkreis . . .	34,1	39,7	29,3
27.	Berlin III	33,6	27,7	12,0
28.	Lübeck	33,4	22,6	11,5
29.	Stollberg-Schneeberg . . .	33,1	44,0	35,1
30.	Kiel	33,0	33,5	24,5
31.	Mittweida	32,6	48,4	34,5[2]
32.	Leipzig-Stadt	32,5	39,6	29,6
33.	Kassel	32,3	28,0	11,3
34.	Auerbach	32,2	30,3[2]	20,7
35.	Dresden links d. Elbe . .	30,7	34,6	39,0
36.	Reichenbach	30,7	26,4	22,5

D.	Von 100 Wählern stimmten **20—30** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
37.	Freiberg	29,4	37,5	40,1
38.	Berlin II	29,0	23,9	9,5
39.	Sonneberg	28,4	26,7	0,4
40.	Segeberg-Pinneberg . . .	28,3	23,8	8,6
41.	Bremen	27,8	23,3	23,3
42.	Lennep-Mettmann	26,9	23,0	12,6
43.	Mainz	26,7	41,8	37,3[2]
44.	Dresden rechts der Elbe .	26,6	34,4	39,4
45.	Stettin	26,5	9,8	9,5
46.	Plauen	26,4	19,4	0,0
47.	Brandenburg, Westhavelland	26,2	23,9	10,8
48.	München I	26,0	21,3	15,5

D.	Von 100 Wählern stimmten **20—30** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1883	1881
49.	Meißen	25,9	32,8	25,9
50.	Halle a. S.	25,8	20,1	8,1
51.	Hanau	24,5	35,4	31,2
52.	Cottbus-Spremberg . . .	23,2	18,1	8,1
53.	Mannheim	22,8	29,1	18,4
54.	Niederbarnim	22,4	16,3	6,1
55.	Kronach	22,3	11,1	2,4
56.	Grimma-Wurzen	22,3	26,5	10,2
57.	Berlin V	21,9	13,6	1,2
58.	Darmstadt	21,1	30,7	12,3
59.	Weißenfels-Naumburg .	20,9	20,0	8,4
60.	Charlottenburg	20,6	14,9	4,6
61.	Sorau	20,4	25,1	19,5
62.	Köln Stadt	20,3	22,0	14,1

E.	Von 100 Wählern stimmten **10—20** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
63.	Borna	18,6	15,8	10,1
64.	Flensburg	17,6	7,4	3,2
65.	Döbeln	17,5	18,7	2,9
66.	Ober-Taunus	17,4	17,4	4,3
67.	Wanzleben	17,1	18,1	7,5
68.	Speyer . , ...	17,0	25,1	22,4
69.	Aschersleben	16,8	11,7	1,7
70.	Erfurt	16,4	22,5	7,8
71.	Stuttgart	16,2	20,3	22,3
72.	Hameln	16,1	15,0	7,3
73.	Waldenburg	16,1	7,2	10,5
74.	Randow	15,5	4,2	0,9
75	Marienberg-Zschopau . . .	15,1	24,5	24,8
76.	Harburg	14,9	15,7	6,7
77.	Altenburg	14,4	9,8	5,0
78.	Köln-Land	14,1	21,0	16,7
79.	Erlangen	13,5	9,5	20,4
80.	Schwerin i. M.	13,5	7,2	3,4
81.	Ditmarschen	13.4	7,9	6,2
82.	Danzig Stadt	13,3	4,0	0,3
83.	Bamberg	12,9	0,0	0,0
84.	Biele eld	12,9	17,2	8,8
85.	Jüterbogk	12,8	6,9	3,4
86.	Karlsruhe	12,8	19,7	9,8
87.	Halberstadt	12,7	26,6	23,6
88.	Berlin I	12,7	5,1	0,2
89	Hildesheim	12,6	3,2	1,3
90.	Stade	12,6	7,5	0,0
91.	Augsburg	12,4	7,9	3,2

E.	Von 100 Wählern stimmten **10—20** sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen 1887	1884	1881
92.	Hagen	11,7	5,7	1,8
93.	Wiesbaden	11,3	13,1	3,7
94.	Rostock	11,3	6,7	2,8
95.	Elbing	11,2	0,7	1,5
96.	Pforzheim	11,1	11,2	4,0
97.	Görlitz	10,9	9,6	5,7
98.	Schmalkalden	10,7	0,4	0,0
99.	Würzburg	10,7	0,9	0,0
100.	Eßlingen	10,6	19,6	7,4
101.	Frankfurt a. O.	10,6	8,1	4,4
102.	Düsseldorf	10,5	6,4	2,1
103.	Dessau	10,2	4,5	2,6
104.	Annaberg	10,0	19,5	16,4

Aus diesen 5 Tabellen A, B, C, D und E ergiebt sich die folgende Zusammenstellung:

Von 100 Wählern stimmten sozialdemokratisch:	Bei den Hauptwahlen in Wahlkreisen 1887	1884	1881
mehr als 50	6	9	0
50 bis 40	10	12	8
40 bis 30	20	15	15
30 bis 20	26	26	19
20 bis 10	42	25	18
mehr als 10	104	87	60
0,1 bis 10	155	134	113
soz. Stimmen wurden abgegeben	259	221	173

Bei den Hauptwahlen 1887 fielen also bereits in 104 Wahlkreisen mehr als 10 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sozialdemokratische Kandidaten.

Vergleicht man das relative Stimmenverhältniß der Sozialdemokratie in diesen 104 Wahlkreisen mit demjenigen der Wahlen von 1884 und 1881, so erhält man folgendes Ergebniß:

Die relative Stimmenzahl der Sozialdemokr.	hat sich in Wahlkreisen verbessert	verschlechtert	nicht verändert
von 1881 bis zu 1884	95	7	2
von 1884 bis zu 1887	55	48	1
von 1881 bis zu 1887	85	18	1

Aus den beiden letzten Zusammenstellungen folgt, daß sich das relative Stimmenverhältniß der sozialdemokratischen Partei zu den übrigen Parteien nicht in gleich

stetiger Weise zu gunsten der ersteren verbessert hat, wie das Wachsthum der absoluten sozialdemokratischen Stimmenzahl.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die politischen und ökonomischen Machtmittel, über welche die Parteien der besitzenden Klassen verfügen, geben ihnen die Möglichkeit, bei den Wahlen mehr und mehr alle von ihnen abhängigen Personen bis auf den letzten Mann an die Wahlurne zu führen. Und daher ist es gekommen, daß gerade in den Wahlkreisen, in welchen die Sozialdemokratie 1884 relativ am stärksten war, diese bei den Wahlen von 1887 eine relative Einbuße erlitt. Denn selbstverständlich waren die in den Kartellparteien organisirten Vertreter der besitzenden Klassen in denjenigen Wahlkreisen am thätigsten, welche von der Sozialdemokratie am meisten bedroht waren.

Aus diesem Thatbestand folgt für die Sozialdemokratie, daß sie vor allen Dingen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen bestrebt sein muß, schon im ersten Wahlgange möglichst alle Parteianhänger zur Abstimmung zu veranlassen. Denn der Zersetzungsprozeß aller gegnerischen Parteien zu einer einzigen, zu der Partei der „reaktionären Masse", hat in den letzten Jahren zusehends weitere Fortschritte gemacht und ist daher die Aussicht auf etwaige zahlreiche Stichwahlsiege zur Zeit sicher nicht begründeter als 1887.

Spricht doch die Thatsache der letzten Wochen, wo sich in Kiel bei den städtischen Wahlen die Nationalliberalen und Freisinnigen und zwar, wie ausdrücklich bemerkt sei, auf Antrag der letzteren — auf eine gemeinsame Kandidatenliste vereinigten, eine nicht mißzuverstehende Sprache; sie giebt einen deutlichen Fingerzeig dafür, wohin die deutschfreisinnigen Mannesseelen sich neigen werden, wenn ihnen eine endgültige politische Entscheidung durch die Macht der Verhältnisse aufgedrungen wird.

Noch nach einer zweiten Richtung hin vermögen die vorstehenden statistischen Zusammenstellungen den Arbeitern für die nahen Reichstagswahlen nützliche Dienste zu leisten. Die Zusammenstellungen der relativen Stimmenzahlen sind nämlich ganz besonders dazu geeignet, um einer planvollen Agitation diejenigen Wahlkreise zu bezeichnen, denen eine hervorragende Bedeutung zukommt. Das Be-

kanntwerden dieser vergleichenden Ziffern wird in den betreffenden Wahlkreisen selbst nur anfeuernd auf die Parteigenossen wirken können. Wo dieselben einen stetigen Fortschritt nachweisen, da werden sie das Bestreben erwecken, diesen bei den bevorstehenden Wahlen auf's neue zu bekunden. Und wo ein Vergleich mit der relativen Stimmenzahl zwischen den Hauptwahlen von 1887 und 1884 einen Rückgang aufdeckt, dort wird, je allgemeiner diese Thatsache bekannt wird, auch um so allgemeiner der Wille zum thatkräftigen Handeln erwachen, diese Einbuße durch doppelt lebhaftes Eintreten für die Interessen der Partei wieder auszugleichen. -o-

Das Wachsthum der Sozialdemokratie.

seit der Neugründung des deutschen Reiches.

	Zahl der Wahlberechtigten	d. h. pCt. der Bevölkerung	Zahl der abgegeb. giltigen Stimmen *)	d.h. in pCt. der Wahlberecht.	**Sozialdemokratische Stimmenzahl.**	d.h. pCt. d. gilt. Stimmen *)	Zahl der Abgeordneten
1871	7 975 750	19,4	4 126 705	52,0	**124 655**	3,0	2
1874	8 523 446	20,8	5 190 254	61,2	**351 952**	6,8	9
1877	8 943 028	20,9	5 401 021	60,6	**493 288**	9,1	12
1878	9 128 305	21,4	5 760 947	63,3	**437 158**	7,6	9
1881	9 088 792	20,1	5 097 760	56,3	**311 961**	6,1	12
1884	9 383 074	20,7	5 662 957	60,6	**549 990**	9,7	24
1887	9 769 802	20,9	7 540 938	77,5	**763 128**	10,1	11

*) Bei den ersten ordentlichen Wahlen.

Dieses stetige, von keiner anderen Partei auch nur annähernd erreichte Anwachsen der sozialdemokratischen Partei ist das hervorstechendste Charakteristikum der gesammten Wahlstatistik des Deutschen Reiches.

Die Vertretung der Partei im Reichstag giebt davon nur ein unvollkommenes oder vielmehr ein

nicht entfernt zutreffendes Bild. Während bei den übrigen Parteien die Summe der für sie abgegebenen Stimmen mit der Zahl ihrer Mandate in einem doch einigermaßen konstanten Verhältnisse zu stehen pflegt, sehen wir hier die auffallende Erscheinung, daß z. B. 1878 auf 437 158 Stimmen nur 9, dagegen 1881 auf nur 311 961 Stimmen 12 Abgeordnete entfallen. Im Jahre 1884 wächst die Stimmenzahl von 311 961 auf 549 990, die Zahl der Abgeordneten verdoppelt sich, steigt von 12 auf 24 (denen im Laufe der Legislaturperiode noch Geyer, gewählt in Stollberg-Schneeberg, als fünfundzwanzigster hinzutrat); 1887 steigt die Stimmenzahl um 213 138, das heißt um volle 39 pCt., und die Zahl der Gewählten sinkt von 24 auf 11, unter die Hälfte herab!

Nach dem Verhältniß der sozialdemokratischen Stimmen zur Gesammtzahl der überhaupt abgegebenen giltigen Stimmen hätte die Partei schon 1877 nicht weniger als 36 Abgeordnete, 1884 deren 38, 1887 sogar 40 zu beanspruchen gehabt.

Noch ein paar andere Beispiele mögen die Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse beleuchten.

Für die Kandidaten der deutschen Reichspartei stimmten 1887 736 389 Wähler (also etwa 27 000 weniger als für die sozialdemokratischen); gewählt wurden jedoch **41 Abgeordnete** dieser Richtung.

Bekanntlich gehören dem jetzigen Reichstage **13** Polen an; aber nur 2,9 Prozent aller Stimmen sind auf polnische Kandidaten abgegeben worden. Die Sozialdemokratie mit über 10 pCt. aller Stimmen hat noch nicht so viel Abgeordnete wie die 2,9 Prozent.

Die Sozialdemokratie und die großen Städte.

Die starken Wurzeln ihrer Kraft und Bedeutung hat bisher die deutsche Sozialdemokratie in den großen Städten und den Mittelpunkten der Großindustrie gehabt.

Was die rein städtischen Wahlkreise betrifft (mit Einschluß von Frankfurt a. M. giebt es in Deutschland überhaupt 23), so stellte sich dort das Stimmenverhältniß 1887 bei den Hauptwahlen folgendermaßen:

	abgegeb. Stimmen.	davon soz.-dem.
Königsberg	21823	7987
Danzig	17146	2279
Berlin I	17081	2176
Berlin II	50910	14751
Berlin III	27075	9088
Berlin IV	56298	32064
Berlin V	21925	4803
Berlin VI	59073	30453
Stettin	16106	4276
Breslau Ost	21571	7781
Breslau West	22198	8032
Magdeburg	28530	11438
Frankfurt a. M.	25350	8640
Elberfeld-Barmen	33687	15655
Köln	24463	4952
Aachen	11713	905
München I	17526	4563
München II	31052	11335
Dresden links d. Elbe	29930	9175
Leipzig	30994	10087
Hamburg Ost	27613	14497
Hamburg West	29995	18672
Straßburg	15193	103
Summa	637252	233712

Das heißt: 36,7 Prozent oder mehr als ein Drittel sämmtlicher abgegebenen Stimmen fiel in den großen Städten den Sozialdemokraten zu!

Von diesen 23 rein städtischen Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie gegenwärtig 7 im Besitz (Berlin IV und VI, Breslau-West, Frankfurt a. M., Elberfeld-Barmen, Hamburg-Ost und -West).

In den Großstädten — kann man sagen — ist heute schon überall die Sozialdemokratie die alle anderen Parteien überragende Bewegung. Die Elsässer brachten es 1887 in allen rein städtischen Wahlkreisen Deutschlands auf 2,6 pCt. aller gültigen Stimmen, das Zentrum auf 5,3, die Freikonservativen auf 5,9 pCt., die Deutschkonservativen auf 11,8 pCt. Dann kommen die Nationalliberalen mit 17,6 pCt., dann die Deutsch-Freisinnigen mit 19,9 pCt., dem höchsten Prozentsatz der bürgerlichen Parteien. Und der Sozialdemokratie steht selbst hiergegen fast die doppelte Anhängerzahl zur Verfügung!

Wie lange wird es währen, und die Zentren des Verkehrs und der Intelligenz, die Herzen unserer Kultur befinden sich in unseren Händen.

Die Stimmenzahlen der Parteien

bei den ersten ordentlichen Wahlen.

Parteien	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Konservativ	549661	359959	526039	749494	830807	861063	1147200
Reichspartei (freik.)	346845	375523	426637	785855	379347	387687	736389
Liberale Reichspartei	273857	53853	—	—	—	—	—
National-Liberal	1176615	1542501	1604338	1486760	746575	997033	1677979
Liberale Vereinigung	—	—	—	—	429157	—	—
Fortschritt (Freis.)	342409	447538	417824	385084	649286	997004	973104
Centrum	724837	1445948	1341295	1328073	1182873	1282006	1516222
Polen	176342	198442	216157	210062	194894	203188	219973
Sozial-Demokraten	**124655**	**351952**	**493288**	**437158**	**311961**	**549990**	**763128**
Volkspartei	18741	21739	44894	66138	103422	95891	88818
Welfen	52341	73436	85591	100288	86704	96388	112827
Partikularisten	8517	18644	62481	50675	—	—	—
Elsässer	(234545)	234545	149147	130494	152991	165571	233685
Dänen	18221	19856	17277	16145	14398	14447	12360
Unbestimmt und zersplittert	79119	46318	16053	14721	15345	12689	59253
Summa:	4126705	5190254	5401021	5760947	5097760	5662957	7540938

Es erhielten also von 100 abgegebenen Stimmen

bei den 1. ordentlichen (Haupt-)Wahlen.

Parteien	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Konservativ	13,3	7,0	9,8	13,0	16,3	15,2	15,2
Reichspartei	8,4	7,2	7,9	13,6	7,5	6,9	9,8
Liberale Reichspartei	6,6	1,0	—	—	—	—	—
National-Liberal	28,5	29,7	29,7	25,8	14,6	17,6	22.2
Liberale Vereinigung	—	—	—	—	8,4	—	—
Fortschritt (Freis.)	8,3	8,6	7,8	6,7	12,8	17,6	12,9
Centrum	17,6	27,9	24,8	23,1	23,2	22,6	20,1
Polen	4,3	3,8	4,0	3,6	3,8	3,6	2,9
Sozialdemokraten	**3,0**	**6,8**	**9,1**	**7,6**	**6,1**	**9,7**	**10,1**
Volkspartei	0,5	0,4	0,8	1,1	2,0	1,7	1,2
Welfen, Partik., Elsässer	7,2	6,3	5,5	4,9	4,7	4,6	4,6
Dänen	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Unbestimmt u. zersplittert	1,9	0,9	0,3	0,3	0,3	0,2	0,8
Summa:	100	100	100	100	100	100	100

Stärke der Fraktionen im Reichstag.

Parteien	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Konservativ	57	22	40	59	50	78	80
Reichspartei	37	33	38	57	28	28	41
Liberal	30	3	13	10	1	1	—
National-Liberal	125	155	128	99	46	50	99
Liberale Vereinigung	—	—	—	—	47	—	—
Fortschritt (Freis.)	46	49	35	26	59	67	32
Centrum	63	91	93	94	100	99	98
Polen	13	14	14	14	18	16	13
Sozial-Demokraten	**2**[1]	**9**	**12**	**9**	**12**[2]	**24**[3]	**11**
Volkspartei	1	1	4	3	9	7	—
Welfen	5	4	4	10	10	11	4
Partikularisten bez. Autonom	2	—	5	4	—	—	—
Elsässer	—	15	10	11	15	15	15
Dänen	1	1	1	1	2	1	1
Unbestimmt	—	—	—	—	—	—	3
Summa:	382	397	397	397	397	497	397

[1]) Hier ist Schraps (Zwickau-Crimm.) als Sozialist gerechnet, später nicht.

[2]) Durch Nachwahl Bebels auf 13 gestiegen.

[3]) Stieg durch Stichwahl Geyers zuletzt auf 25.

Die bisherigen sozialdemokr. Abgeordneten und ihre Wahlkreise.

Namen der Abgeordneten	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Auer	. . . .	. . . .	. . . .	Auerbach=Reich.	[Glauchau=Mr.]	. . . .	Glauchau=Meer.	. . . .
Bebel	Glauchau=Meer.	Glauchau=Meer.	Glauchau=Meer.	Dresden=Altst.	Dresden=Altst.	[Hamburg I]	Hamburg I	Hamburg I
Blos	. . . .	. . . .	. . . .	Reuß ä. L.	. . . .	Reuß ä. L.	Braunschweig	. . . .
Bock	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Gotha	. . . .
Bracke	. . . .	. . . .	. . . .	Glauchau=Meer.	(Glauchau=Mr.)	. . . .	. . . .	. . . .
Demmler	. . . .	. . . .	. . . .	Leipzig=Land	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Dietz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Hamburg II	Hamburg II	Hamburg II
Försterling	(Chemnitz)	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Fritzsche	[Lennep Mettm.]	. . . .	. . . .	Berlin 4	Berlin 4	. . . .	. . . .	. . . .
Frohme	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Hanau=Gelnh.	Altona	Altona
Geib	. . . .	. . . .	Freiberg	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Geiser	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Chemnitz	Chemnitz	. . . .
Geyer	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[Stollb.=Schnb.]	. . . .
Grillenberger	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Nürnberg	Nürnberg	Nürnberg
Harm	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Elberfeld=Barm.	Elberfeld=Barm.
Hartmann	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[Hamburg II]	. . . .	. . . .	. . . .
Hasenclever	[Duisburg]	. . . .	Altona	Berlin 6	[Breslau=Ost]	Breslau=Ost	Breslau=Ost	(Berlin 6)
Hasselmann	. . . .	. . . .	Elberfeld=Barm.	. . . .	Elberfeld=Barm.	. . . .	. . . .	. . . .
Heine	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Magdeburg	. . . .

Namen der Abgeordneten	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Kapell . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Reichenb.=Neur.	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Kayser . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Freiberg.	Freiberg.	Auerbach=Reich.	. . . .
Kräcker . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Breslau=West	Breslau=West.	(Breslau=West)
Kühn . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[Breslau=West]
Liebknecht . .	Stollb.=Schneeb.	. . . .	Stollb.=Schneeb.	Stollb.=Schneeb.	Stollb.=Schneeb.	Offenbach.	Offenbach	[Berlin 6]
Meister . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Hannover	Hannover
Mende . . .	[Freiberg]	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Most . . .	. . . .	. . . .	Chemnitz	Chemnitz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Motteler . .	. . . .	. . . .	Zwickau=Crimm.	Zwickau=Crimm.	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Pfannkuch . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Berlin 6	. . . .
Reimer . . .	. . . .	. . . .	Plön=Seegeb.=N.	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Reinke . . .	(Lennep Mettm.)	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Reinders . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	(Breslau=Ost.)	. . . .	. . . .	. . . .
Rittinghausen .	. . . .	. . . .	. . . .	Solingen.	. . . .	Solingen.	. . . .	. . . .
Rödiger . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Reuß j. L.	. . . .
Sabor . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Frankfurt a. M.	Frankfurt.
Schuhmacher .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Solingen	Solingen
Schweitzer . .	Elberfeld=Barm.	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Singer . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Berlin 4	Berlin 4.
Stolle . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Zwickau=Crimm.	Zwickau=Crimm:	. . . .
Vahlteich . .	. . . .	. . . .	Mittweida=Frkb.	. . . .	Mittweida=Frkb.	. . . .	. . . .	. . . .
Viereck . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Leipzig=Land	. . . .
v. Vollmar . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Mittweida=Frkb.	München II	. . . .
Wiemer . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	Zschopau=Marb.	. . . .	Reuß ä. L	. . . .

Zahl d. sozialdemokratischen Abgeordneten i. Reichstage nach den Hauptwahlen in den einzelnen Bundesstaaten.

in	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Preußen	—	3	4	3	4	10	8
Bayern	—	—	—	—	1	2	1
Sachsen	1	6	7	6	4	5	—
Württemberg.	—	—	—	—	—	—	—
Baden	—	—	—	—	—	—	—
Hessen	—	—	—	—	1	1	—
Den kleineren Staaten . .	—	—	1	—	2	6	2
Elsaß-Lothringen	—	—	—	—	—	—	—
Summa:	1	9	12	9	12	24	11

Biographische Notizen.

(Zur Ergänzung der Tabellen auf S. 24 u. 25).

Auer, Ignatz, früher Sattler, lebt in München; geb. 19. April 1846 in Dommelstadt b. Passau, kath.

Unterlag 1878 dem Kompromißkandidaten Schiedel; 2. März 1880 in der Nachwahl für Bracke (Sozd.) für den 17. Sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane gewählt; unterlag 1881 dem nationalliberalen Gegenkandidaten Leuschner, wurde aber für 1884—87 gegen denselben Kandidaten als Vertreter für Glauchau-Meerane wiedergewählt, während 1887 wiederum Leuschner als Sieger aus der Urne hervorging.

Bebel, August, früher Drechslermeister, lebt in Plauen b. Dresden; geb. 22. Februar 1840 in Köln, religionslos.

Unterlag 1881 in Dresden seinem natl. Gegenkandidaten Dr. Stübel und bei der Nachwahl in Mainz dem fortschrittl. Gegenkandidaten Dr. Philipps, wurde aber im Juli 83 in der Nachwahl als Vertreter des 1. Hamburger Wahlkreises gewählt.

Blos, Wilhelm, Schriftsteller in Stuttgart; geb. 5. Okt. 1849 in Wertheim in Baden.

Unterlag 1878 dem konservativen Gegenkandidaten März, 1887 dem Septennatsfreunde Retemeyer.

Bock, Friedrich Louis Wilhelm, Schuhmacher und Redakteur in Gotha; geb. 26. April 1846 in Großbreitenbach i. Thür., Dissident.

Bracke, Wilhelm, Buchhändler in Braunschweig; geb. 29. Mai 1842 daselbst, konfessionslos. † 27. April 1880.

B. legt am 30. Dezember 1879 das Mandat für Glauchau-M. nieder.

Demmler, Georg Adolf, Hofbaumeister a. D. und Hofbaurath in Schwerin; geb. 22. Dezember 1804. † 1885.

Dietz, Johann Heinrich Wilhelm, Buchdrucker und Buchhändler in Stuttgart; geb. 3. Oktober 1843 in Lübeck, ev.

Försterling, Friedr. Wih. Emil, Kupferschmiedemeister in Dresden; geb. 3. Sept. 1827 daselbst. † 10. März 1872.

F. legt das Mandat für Chemnitz am 5. April 1870 nieder.

Fritzsche, Friedrich Wilhelm, z. Z. in Amerika geb. 25. März 1825 in Leipzig, Dissident.

Im nordd. Reichstag durch Nachwahl für Reincke vom 24. Juli 1868 ab Vertreter des 1. Düsseld. Wahlkr. Lennep-Mettmann.

Frohme, Karl Franz Egon, Schriftsteller, lebt in Hannover; geb. 4. Febr. 1850 in Hannover, Dissident.

Geib, August, Buchhändler in Hamburg; geb. 10. April 1842, evangel. † 1. August 1879.

Geiser, Bruno, Schriftsteller, früher Redakteur der „Neuen Welt", in Breslau; geb. 10. April 1846 daselbst. Konfessionslos.

Geyer, Friedrich, Cigarrenfabrikant in Großenhain, geb. 12. März 1853 daselbst, Dissident.

Durch Nachwahl für Ebert (kons.) 1886—87 Vertreter des 19. Sächs. Wahlkr. Stollberg-Schneeberg.

Grillenberger, Carl, in Nürnberg; geb. 22. Febr. 1848 in Zirndorf bei Fürth, freirel.

Harm, Friedrich, Kaufmann in Elberfeld, geb. 25. August 1844 in Leezen, ev.

Hartmann, Georg Wilhelm, Wirth in Hamburg.

Durch Nachw. für Bauer (natl.) vom 27. April 1880—81 Vertreter des 2. Hamburger Wahlkr.

Hasenclever, Wilhelm, Schriftsteller in Dessau; geb. 19. April 1837 in Arnsberg, ev. † 3. Juli 1889.

Durch Nachw. für den natl. Keller im nordd. Reichstag Vertr. des 6. Düsseldorfer Wahlkr. Duisburg. 1877 in Altona und Berlin VI gewählt, nahm er für letzteren Wahlkreis an; diese Wahl wurde für ungiltig erklärt, doch wird er im Juli 1877 wiedergewählt. 1878 unterliegt H. dem fortschr. Gegenkandidaten Klotz. Durch Nachwahl für den † Reinders (Sozd.) vom 18. Juli 1879—87 Vertreter für Breslau-Ost. 1884 in diesem Wahlkr. und in Berlin VI gewählt, nimmt er das Mandat für Breslau an.

Hasselmann, Wilhelm, Schriftsteller, z. Z. in Amerika, geb. 25. Sept. 1844 in Bremen, Materialist.

H. wurde durch Beschluß des Wydener Kongresses vom 22. März 1880 aus der sozd. Partei ausgeschlossen.

Heine, August, Hutmachermeister in Halberstadt; geb. 11. Jan. 1842 daselbst, Dissident.

Jacoby, Joh., Dr. med., prakt. Arzt in Königsberg i. Pr † 6. März 1877.

1874 als Vertreter für Leipzig-Land gewählt, lehnte das Mandat ab.

Kapell, Zimmerer in Hamburg; geb. 21. März 1844 in Berlin, ev.

Kayser, Max, Schriftsteller in Dresden; geb. 9. Mai 1853 in Tarnowitz, konfessionslos. † 29. März 1888.

Kräcker, Julius, geb. 26. Juni 1839, † 2. Okt. 1888. Vertrat seit 1881 Breslau-West.

Kühn, Schneidermeister in Langenbielau i. Schl., geb. 25. Okt. in Altenlohm, Kreis Goldberg-Haynau, Dissident.

Seit 1888 (Nachwahl für Kräcker) Vertreter für Breslau-West.

Liebknecht, Wilhelm, Journalist in Borsdorf b. Leipzig; geb. 29. März 1826 in Gießen.

Unterlag 1881 in dem Wahlkr. Stollberg-Schneeb. dem konf. Gegenkand. Ebert, wird aber in Offenbach-Dieburg und Mainz gew. L. nimmt die Wahl für Offenbach-Dieburg an, welchen Kreis er auch 1884—87 wieder vertritt. 1887 unterlag er dort dem natl. Gegenkandidaten Böhm. Durch Nachwahl für Hasenclever (sozd.) am 30. August 1888 für Berlin VI gewählt.

Meister, Heinrich Ernst August, Cigarrenarbeiter in Hannover; geb. 2. Okt. 1842 in Hildesheim, ev.

Mende, Fritz, zuletzt in Homburg v. d. H.; geb. 25. Okt 1834. † 5. Juli 1879.

Durch Nachw. für Sachse (Bundesst. konst.) im nordd. Reichst. von Mitte März 1869 ab Vertr. des 9. Sächsischen Wahlkreises Freiberg-Oederan.

Most, Joh., Buchbinder, jetzt in Amerika; geb. 5. Febr. 1846 in Augsburg, Materialist.

Motteler, Julius, in London; geb. 18. Juni 1838, Diss.

Pfannkuch, Wilhelm, Tischler geb. 28. Nov. 1841 zu Kassel, ref.

Reimer, Otto, Cigarrenarb. in Altona; geb. 26. Mai 1841 luth. †.

Reincke, Peter Adolf, Dr. med. Sanitätsrath u. prakt. Arzt in Berlin; geb. 7. April 1818 in Königsberg i. Pr.

Im nordd. Reichstag Vertreter des 1. Düsseld. Wahlkreises Lennep-Mettmann. R. legt das Mandat am 19. Juni 1868 nieder.

Reinders, Klaas Peter, Photograph in Breslau. † 22. Mai 1879.

Rittinghausen, Moritz, Schriftst. in Köln; geb. 22. Nov. 1814 in Hückeswagen, Freid.

Rödiger, Carl Hugo, Holzbildhauer in Gera; geb. 9. Febr. 1850 in Reudnitz bei Leipzig, Dissident.

Sabor, Adolf, Lehrer, früher in Frankfurt a. M.; geb. 26. Sept. 1841, konfessionslos.

Schumacher, Georg, Lederhändler in Solingen; geb. 31. Oktober 1844 in Köln, religionslos.

v. Schweitzer, Joh. Bapt, Dr. jur., Schriftst. in Berlin; geb. 12. Juli 1837 in Frankfurt a. M. † 28. Juli 1875.

Singer, Paul, Kaufmann in Berlin; geb. 16. Jan. 1844 daselbst, mos.

Stolle, Carl Wilhelm, Gärtner und Gastwirth in Gesau bei Glauchau; geb. 19. Dezember 1842 in Frankenhausen bei Crimmitschau, freirel.

Vahlteich, Karl Julius, Schuhmacher, z. Z. in Amerika; geb. 30. Dez. 1839 in Leipzig, deutsch-kath.

Viereck, Louis, Journalist in München; geb. 21. März 1851 in Berlin, konfessionslos.

v. Vollmar, Georg Heinrich, Schriftsteller in München, geb. 7. März 1850 daselbst.

Wiemer, Philipp, Kaufmann in Nürnberg; geb. 17. Jan. 1849 das., Dissident.

1884—87 durch Nachwahl für den doppelt gewählten Sozd. Blos für Reuß ä. L.

Anhang.

Das Reichswahlsystem.

Die Verfassung des deutschen Reiches (und früher des Norddeutschen Bundes) bestimmt über Wahlen weiter nichts, als

daß der Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen soll,

daß Beamte keines Urlaubs zum Eintritt in denselben bedürfen, und

daß, wenn ein Mitglied des Reichstags ein besoldetes Staatsamt annimmt oder in demselben aufrückt, es sich einer Neuwahl zu unterwerfen hat.

Das Wahlgesetz vom 31. Mai 1869 und das dazu erlassene Reglement des Reichskanzlers vom 28. Mai 1870 bestimmen dagegen alles Nähere.

In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden norddeutschen Reichstag (1867) zu Grunde gelegen hat, ein Abgeordneter gewählt, aber in jedem Bundesstaat mindestens einer, auch wenn die Gesammtbevölkerung 100 000 Seelen nicht erreicht.

Demnach beträgt die Gesammtzahl der Abgeordneten 397. Davon kommen Abgeordnete auf

Preußen	235	Sachsen-Weimar. . .	3
Bayern	48	Oldenburg	3
Sachsen	23	Braunschweig . , . .	3
Württemberg . . .	17	Hamburg	3
Elsaß-Lothringen ,	15	Sachsen-Meiningen . .	2
Baden	14	Sachsen-Koburg-Gotha.	2
Hessen	9	Anhalt	2
Mecklenburg-Schwerin	6		

und auf alle übrigen Bundesstaaten je ein Abgeordneter.

Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten in Folge der steigenden Bevölkerung soll nach § 5 des Wahlgesetzes durch Gesetz bestimmt werden. Ein derartiges Gesetz ist aber bis heute nicht erlassen, sodaß die meisten Wahlkreise immer weiter über 100 000 Einwohner hinaus-

gewachsen sind. Es betrug die mittlere Bevölkerungszahl eines Wahlkreises im Durchschnitt aller Wahlkreise

nach der Volkszählung von	1871	103 300
„ „ „ „	1875	107 626
„ „ „ „	1880	113 940
„ „ „ „	1885	118 024

Das wäre weiter nicht bedenklich, wenn alle Wahlkreise sich in gleichem Maße an Einwohnerzahl vermehrt hätten, wenn also überall statt wie früher auf 100000 auf 118- oder 125 000 Einwohner das Recht käme, einen Abgeordneten zu wählen. Die verschiedenen Kreise sind aber bekanntlich ganz verschieden gewachsen, die Großstädte rapid, die Landbezirke sehr langsam oder gar nicht, sodaß ehemals gleiche Wahlkreise heute mitunter ungeheure Abstände von einander zeigen. So hatten Einwohner

	die rein städtischen Wahlkreise	die Wahlkreise mit gr. Städten	die Wahlkreis. ohne große Städte
nach der Volkszählung von 1871	115 606	111 501	100 650
„ „ „ „ 1875	130 526	121 328	102 233
„ „ „ „ 1880	147 788	129 879	106 190
„ „ „ „ 1885	**165 875**	136 165	**107 073**

Man sieht, wie hierdurch die sich rasch entwickelnden größeren Städte, die Spitzen des Fortschrittes und die Mittelpunkte der Intelligenz, künstlich in ihrem Einfluß zurückgedrängt worden sind gegenüber dem stabileren, rückständigen flachen Lande: 1885 bereits hätten erst nahezu 166 000 Einwohner der Großstädte dasselbe Recht gehabt wie 107 000 Bewohner von Kreisen ohne starkes städtisches Element.

Die mittlere Wählerzahl (Zahl der Wahlberechtigten) spiegelt dieselben Verhältnisse wieder. Sie betrug nämlich:

bei den Wahlen von	im Durchschnitt sämmtlich. Wahlkreise	in den rein städtischen Wahlkreisen	in den Wahlkreisen mit gr. Städten	in den Wahlkreisen ohne große Städte
1871	20 090	21 751	21 549	19 655
1874	21 470	22 358	24 089	20 831
1877	22 527	25 846	25 727	21 411
1878	22 993	27 922	26 301	21 734
1881	22 898	29 256	26 242	21 327
1884	23 635	33 758	27 399	21 647
1887	24 609	**36 505**	28 327	**22 202**

Die Zeit ist demnach gar nicht mehr so fern, wo auf dem Lande und in den Bezirken ohne große Städte halb soviel Wahlberechtigten wie in den großen Städten doch derselbe Einfluß auf das Wahlergebniß zusteht.

Da gerade die Sozialdemokratie in den großen Industriezentren wurzelt, so erklärt sich hieraus mit die geringe Zahl ihrer Abgeordneten im Verhältniß zu den sozialdemokratischen Stimmen. (Vergl. S. 20).

Doch kehren wir zur Schilderung des Wahlsystems selber zurück.*)

Sollen die allgemeinen Wahlen erfolgen, so bestimmt das Bundespräsidium (der Kaiser) den Tag hierzu, welcher in öffentlichen Blättern bekannt gemacht wird. Die zuständigen Behörden ernennen hierauf für jeden der mehreren Wahlbezirke des Wahlkreises einen Wahlvorsteher. Zum Wahlvorsteher wird in der Regel der erste Kommunalbeamte des Wahlbezirks ernannt.

In jeder Gemeinde stellt nun der Gemeindevorstand für jeden Wahlbezirk eine Liste, die **Wählerliste,** auf, in welche alle in dem Bezirk wohnenden Wahlberechtigten in alphabetischer Ordnung nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltermine zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor unter Angabe des Lokals in welchem die Auslegung stattfindet, sowie unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen.

Wer nun die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, sei es, daß er in derselben nicht aufgenommen ist, oder daß Andere, zur Wahl nicht Berechtigte darin aufgenommen sind, der muß seine Einsprache binnen 8 Tagen nach **Beginn** der Auslegung bei derjenigen Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anbringen. Das kann gleich mündlich zu Protokoll geschehen.

Innerhalb weiterer 14 Tage müssen die Einsprachen zustimmend oder ablehnend erledigt sein, dann werden die Listen geschlossen.

---

*) Wir folgen hier zum Theil der Darstellung von Clemens Freyer, der deutsche Reichstag. Berlin 1888.

Nur die in die Listen Aufgenommenen werden zur Wahl zugelassen, jeder an sich Wahlberechtigte dagegen wird zurückgewiesen, wenn er in der Liste nicht aufgenommen ist.

Die **Wahl**handlung, welche wie die Ermittelung des Wahlergebnisses, öffentlich ist, beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

Im Wahllokal ist der Tisch, an welchem Wahlvorsteher, Beisitzer und Protokollführer ihren Platz haben, so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist. Auf diesen Tisch wird die zur Aufnahme der Wahlzettel bestimmte Wahlurne gestellt. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt nun an den Tisch, nennt Namen und Wohnung und übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste gefunden hat, seinen Stimmzettel — zusammengefaltet, sodaß der gedruckte oder geschriebene Name verdeckt ist — dem Wahlvorsteher, welcher denselben uneröffnet in die Urne legt. Der Protokollführer vermerkt sodann die erfolgte Stimmaogabe jedes Wählers neben dem Namen desselben in der betreffenden Rubrik der Wählerliste, in der Regel mittels eines Kreuzzeichens.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen mit keinen äußeren Kennzeichen versehen, auch nicht unterschrieben, ferner nicht mit irgend welchen Bemerkungen versehen werden. Natürlich darf auch jeder Stimmzettel nur einen Namen erhalten. (Vergl. auch unten: Stimmzettel).

Stimmzettel, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, sind ungültig.

Unmittelbar nach Schluß der Wahl wird die Zahl der erschienenen Wähler festgestellt, welcher natürlich die Zahl der aus der Urne genommenen Stimmzettel entsprechen muß. (Ueber eine etwa sich ergebende Verschiedenheit wird das zur Aufklärung Dienliche im Protokoll angegeben). Darauf werden die Stimmzettel geöffnet, die darauf stehenden Namen laut genannt und die Ergebnisse für den Bezirk werden in das Wahlprotokoll eingetragen. Jeder Wahlvorsteher sendet sodann letzteres mit allen dazu gehörigen Schriftstücken ungesäumt an den Wahlkommissar

behufs offizieller Ermittelung des Wahlergebnisses, das natürlich schon vorher, wenn auch nicht mit amtlicher Gültigkeit, aus den Ergebnissen der einzelnen Bezirke des Kreises zusammengestellt werden kann.

Der Wahlkommissar beruft auf den vierten Tag nach dem Wahltermine in ein von ihm zu bestimmendes Lokal mindestens sechs und höchstens zwölf Wähler, welche ein unmittelbares Staatsamt nicht bekleiden, aus dem Wahlkreise zusammen und verpflichtet dieselben mittels Handschlags an Eidesstatt als Beisitzer. Außerdem ist ein Protokollführer zuzuziehen. In dieser Versammlung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken durchgesehen und die Resultate der Wahlen zusammengestellt. Es wird festgestellt zunächst die Zahl der Wahlberechtigten, sodann die Zahl der Wähler, d h. derjenigen Wahlberechtigten, welche ihr Wahlrecht ausgeübt haben, hierauf die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmen und schließlich, wie sich die gültigen Stimmen auf die einzelnen Kandidaten vertheilen.

Hat sich nun auf einen Kandidaten die absolute Mehrheit der in dem Wahlkreise abgegebenen gültigen Stimmen vereinigt, d. h. hat er mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten, so wird derselbe als gewählt proklamirt.

Ist dies nicht der Fall, so kommen diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigten, zur engeren (Stich-)Wahl.

Sind auf mehrere Kandidaten gleich viele Stimmen gefallen, so entscheidet event. das Loos darüber, welche beiden Kandidaten auf die engere Wahl zu bringen sind.

Bei der Stichwahl sind alle Stimmen, die auf andere als die beiden, zur engeren Wahl gekommenen Kandidaten abgegeben werden, ungültig. Falls bei der engeren Wahl Stimmengleichheit eintritt, so entscheidet das Loos.

Eine Neuwahl findet statt, wenn die Wahl (wegen Doppelwahl, Verhinderung u. s. w.) abgelehnt oder vom Reichstage für ungültig erklärt wird, eine Ersatzwahl dann, wenn Mitglieder des Reichstages im Laufe der Legislaturperioden ausscheiden.

Die Wahlanfechtungen oder Einsprachen, auch Wahlproteste genannt, müssen **innerhalb 10 Tagen**

nach Eröffnung des Reichstages an das Bureau des Reichstags eingereicht werden.

Grobe Verstöße werden strafrechtlich geahndet. (Siehe weiter unten S. 35).

Daß die den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufenden Vorkommnisse von der Partei bezw. ihren Wahlkomitees sorgfältig registrirt werden müssen, versteht sich von selbst. Hierüber macht das sozialdemokratische Centralwahlkomitee zur rechten Zeit alles in den Arbeiterblättern bekannt.

Was sich jeder einzelne Wähler vor dem Wahlgang einprägen muß.

Wähler für den Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das **25. Jahr** zurückgelegt hat, in dem Bezirk, in dem er seinen Wohnsitz hat.

Es ist also ganz gleich, ob er selbständig ist oder nicht, ob er eigene Wohnung hat oder nur bei anderen einwohnt, ob er in Lohn und Brot eines Anderen steht.

Einladungen werden nicht versandt, jeder über 25 Jahr Alte muß uneingeladen nach seinem Wahllokal kommen.

Jeder muß in den Wahlkokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerlisten lag (Vergl. S. 31 „Wählerlisten").

Die Bezirke mit den Wahllokalen werden vorher (durch Zeitungen, öffentliche Anschläge u. s. w.) genügend bekannt gemacht.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen. **Nach 6 Uhr dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.**

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt, zu versehen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt seine Wohnung, Straße und Hausnummer, an.

Es ist stets gut, eine Legitimation mit in das Wahllokal zu bringen.

Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, welcher denselben uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Die Wahl ist eine geheime. **Niemand hat das Recht, zu fragen, wen man wählen wolle oder wen man gewählt habe.**

Ein Abdruck aller Wahlbestimmungen (Wahlgesetz und Reglement) ist im Wahllokale auszulegen. Jeder also, der aus irgend einem Grunde zurückgewiesen wird, kann sich sofort überzeugen, ob das gesetzlich berechtigt war.

Von jedem Uebergriff ist sofort dem Wahlkomitee der Partei Mittheilung zu machen.

Das Sitzen im Wahllokal und das Notiren der Abstimmenden darf Niemand untersagt werden.

Das Wahlrecht muß stets in Person ausgeübt werden, niemand kann sich vertreten lassen.

Näheres über die Stimmzettel.

Ungiltig sind:

1. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind.
2. Stimmzettel, welche keinen lesbaren Namen enthalten.
3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.
4. Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name verzeichnet ist.
5. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel aufgenöthigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt.

Solche Zettel haben nach einem Beschluß der Wahlprüfungskommission des Reichstages volle Gültigkeit. Selbstverständlich muß der Name des zu Wählenden deutlich geschrieben und die Bezeichnung des letzteren so genau sein, daß die Person des Gewählten unzweifelhaft zu erkennen ist.

Laßt euch nicht von Unternehmern und Geldleuten beeinflussen!

Die Paragraphen 107 und 109 des Reichsstrafgesetzbuches lauten:

§ 107. Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert,

in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten, oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 109. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Die Wahl zum Reichstag ist eine geheime. Niemand hat das Recht, zu fragen, wen man wählen wolle oder wen man gewählt habe. Deshalb darf auch Niemand Furcht haben vor seinem sogenannten Brotherrn.

Es ist Pflicht des einzelnen Wählers, jede ungesetzliche Wahlbeeinflussung dem Wahlkomitee mitzutheilen.

Sozialdemokratische Stimmzettel dürfen nicht konfiszirt werden.

Nach einem Erlaß des preuß. Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten ꝛc. vom 15. Oktober 1884 sollen Stimmzettel für öffentliche Wahlen, welche im Wege der Vervielfältigung hergestellt sind und nur die Bezeichnung der zu wählenden Personen enthalten, nicht als Druckschriften im Sinne der Reichs- und Landesgesetze zu gelten haben.

„Schon aus diesem Grunde würde nunmehr" — heißt es in dem Erlaß — eine Beschlagnahme von Stimmzetteln mit dem Namen eines sozialdemokratischen Kandidaten nach § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, wie solche bei den letzten Reichstagswahlen von einzelnen Behörden verfügt worden sind, für unzulässig zu erachten sein."

Vergl. auch S. 8.

Berliner Arbeiter-Bibliothek.

Herausgegeben von **Max Schippel.**

I. Serie. — 11. Heft.

Die soziale Frage auf dem Lande.

I.

Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen.

Von Paul Kampffmeyer-Genf.

II.

Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirthschaftliche Großproduktion.

Von * * *

Preis 20 Pfennige.

Berlin 1894.

Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.

(Th. Glocke.)

Inhalt.

Seite

Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter und Bauern in Preußen. Von Paul Kampffmeyer-Genf.

Die ländlichen Arbeiter in Preußen.
Die elende Lage der Insten 4
Die Einlieger 9
Die Wanderarbeiter 10

Die Lage der Bauern in Preußen.
Der Kapitalismus ist ebensogut eine Ausbeutungsform der Arbeit wie der Feudalismus 10
Die heutige Schuldknechtschaft der Bauern 12
Die überseeische Konkurrenz 19
Von wem und von welchen Mitteln haben die ländlichen Arbeiter und Kleinbesitzer allein etwas zu hoffen 21

Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirthschaftliche Großproduktion. Von * * *

Der Rückgang des Kleinbetriebes 26
Der Großbetrieb und seine Produktionsvortheile 29
Die Ursache und Wirkung der sinkenden Produktenpreise . . 31
Die ausländische Konkurrenz verursacht den Ruin des Kleinbetriebs nicht, sie beschleunigt ihn nur 33
Nutzlosigkeit der Schutzzölle 35
Die einzige Rettung 38

Die jetzige Lage der ländlichen Lohnarbeiter und Bauern in Preußen.

I.

In einer früheren Arbeit „Junker und Bauer" hatten wir gezeigt, wie die alte, auf dem Gemeineigenthum begründete Naturalwirthschaft nach und nach zu Grabe getragen wurde. Es war für uns ein gewaltiges Schauspiel, eine so mächtige Gesellschaftsklasse wie den alten freien Bauernstand sang- und klanglos untergehen zu sehen.

Mit allen Mitteln der Gewalt enteignete der Adel den norddeutschen Bauernstand. Wir erinnern nur an das berüchtigte Bauernlegen des 17. und 18. Jahrhunderts. In Mecklenburg, in Pommern, in der Mark Brandenburg, in Preußen wurden zahllose Bauern um Haus und Hof von den adligen Herrn gebracht.

Nicht minder räumte mit grausam-unerbittlicher Gewalt der dreißigjährige Krieg mit den unglücklichen Bauern auf. Die verlassenen Höfe der im Kriege dahin gemordeten Bauern wurden meist mit den adligen Gütern vereinigt.

Und so wuchs und erstarkte der Adel wirthschaftlich immer mehr und mehr. An seiner ökonomischen Macht zerschellten selbst oft genug die bäuerlichen Reformbestrebungen der preußischen Könige. Mehrmals sah Friedrich II. sich genöthigt, seine Edikte gegen das Bauernlegen zu erneuern. Und als endlich das 19. Jahrhundert die langersehnten Reformen zu bringen schien, da sehen wir diese ursprünglich ziemlich weitherzig geplanten Reformen unter dem Einfluß des übermächtigen Adels in ihr Gegentheil umschlagen. Anstatt freier wohlhabender Bauern

schufen diese Reformen meist abhängige ländliche Lohnarbeiter mit keinem oder nur geringem Besitz.

* * *

Diese ländlichen Arbeiter setzen sich nun hauptsächlich aus folgenden Klassen zusammen: aus den Häuslern, den Insten und Einliegern.

Die Häusler sind kleine ländliche Besitzer mit geringem Viehstand. Da ihre Scholle sie nicht ernährt, sind sie auf Lohnarbeit bei einem Gutsherrn oder größeren Bauern angewiesen.

Die Einlieger sind besitzlose Arbeiter, die in keinem festen Dienstverhältniß stehen. Sie wohnen auf den Guts- oder Bauernhöfen zur Miethe.

„Die Insten oder Dienstleute erhalten gewöhnlich vom Gutsherrn freie Wohnung, Futter für eine Kuh ... einige Morgen Land zur Benutzung; der Inste hat die Berechtigung, alles auf dem Gute gebaute Getreide zu dreschen, und bezieht einen allerdings sehr niedrigen Lohn in Geld. Dafür ist er verpflichtet, täglich zur Arbeit auf den herrschaftlichen Hof zu kommen und einen Gehülfen mitzubringen, der sogenannte Scharwerker oder Hofgänger, der, ob es nun ein Bursche oder ein Mädchen ist, jedenfalls bei ihm, dem Dienstmann, als Gesinde dient; im Nothfalle bringt der Dienstmann seine Frau mit. Gutsherr und Inste haben das Recht der Kündigung."[1])

Wir wollen uns zunächst mit der Lage dieser Klasse beschäftigen. Keineswegs werden wir den Leser mit vielen Lohnangaben hier langweilen. Diese todten Ziffern geben noch kein anschauliches Bild von den Lebensverhältnissen der ländlichen Arbeiter. Nein, an der Hand der Schilderungen eines konservativen Professors, des Freiherrn v. d. Goltz suchen wir einen Einblick in das Leben und Treiben der Arbeiter zu erhalten.

Die Lage der Insten oder Dienstleute charakterisirt dieser folgendermaßen:[2])

> „Ihre materielle Lage ist überall so, daß der Arbeiter mit seiner Familie ein gesichertes, wenn auch öfter

---

[1]) Knapp, Bauernbefreiung. I, 307.

[2]) Dr. Freiherr v. d. Goltz, Professor. „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung." 2. Aufl. 1874.

dürftiges Auskommen hat, vorausgesetzt, daß nicht ungewöhnliche und verhängnißvoll wirkende Umstände eintreten. Zu solchen sind namentlich zu rechnen: das Mißrathen der Kartoffel oder auch des Getreides, wodurch der Drescherverdienst auf ein Minimum reduzirt wird, längere Krankheit des Dienstmannes, eine sehr große Kinderzahl."

Ein „gesichertes Auskommen", das von dem Gerathen der Kartoffel und des Getreides abhängt!

Wir könnten uns schon mit dieser Schilderung begnügen, sie läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, aber wir würden den Landarbeiter des Ostens nur halb verstehen, wenn wir uns nicht hier vollständig seine Lebensverhältnisse, sein ganzes Fühlen und Denken veranschaulichen würden.

Werfen wir zunächst einen Blick in die Wohnungen dieser Dienstleute:

„Oft findet man dort nur das nothdürftigste Haus- und Stubengeräth, welches außerdem defekt und beschmutzt in den verschiedensten Winkeln sich umhertreibt. Die Betten, auf deren gute Ausstattung gewöhnlich noch der meiste Werth gelegt wird, bestehen aus wenigen mehr oder minder zerrissenen Stücken. Die Fensterscheiben sind blind und selten alle unversehrt, die entstandenen Löcher mit Papier verklebt oder mit Lumpen zugestopft — die Kinder treiben sich halbnackt, schmutzig, unbeschäftigt im Zimmer umher oder liegen mitten am Tage, ohne krank zu sein, im Bett. Unberührt von aller Unordnung und Unsauberkeit, welche sie um sich sieht und an sich trägt, steht die Frau am Kamine und kocht für die Familie das Mittagsmahl, welches, mag es zufällig reichlich oder kärglich sein, immer der unappetitlichen Umgebung, in der es bereitet wurde, sehr ähnlich ausfällt. Derartige Bilder begegnen uns vielleicht auf demselben Gute in 3 Wohnungen hinter einander." —

In der vierten entwickelt sich ein anderer Anblick.

Diese schlechten Wohnungen sollen wesentlich dazu beitragen, „daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit herrscht, und daß die Erwachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Siechthum anheimfallen."

Diese traurigen Erscheinungen haben jedoch nach der Ansicht von Goltz noch andere Ursachen, so „die mangelhafte Pflege der Kinder in den ersten Lebensjahren wegen

Beschäftigung der Mutter außer dem Hause, zu frühzeitige starke Anstrengung der Frauen nach überstandenem Wochenbett.“ Eine neue schöne Seite dieser „patriarchalischen“ Verhältnisse schließt sich uns hier auf. Die Ueberarbeit der Frau!

Und diesen Frauen, welche ihre eigene Wirthschaft wegen ihrer Beschäftigung außer dem Hause in Staub und Schmutz liegen lassen müssen, macht v. d. Goltz den Vorwurf der Unwirthschaftlichkeit! Dies ist mindestens sehr naiv, Herr Professor. So naiv wie folgender Ausspruch:

> „Es läßt sich nicht läugnen, daß die Dienstleute im großen Durchschnitt lieber ein Paar Scheffel Getreide jährlich mehr nehmen und sich mit einer mangelhaften Behausung zufrieden geben als umgekehrt; ebenso, daß sie den Werth einer Wohnung mehr danach beurtheilen, ob sie warm ist oder sich leicht erwärmen läßt, als danach, ob sie gesund oder geräumig ist.“

Seltsame Käuze, diese Arbeiter! Anstatt in geräumigen Wohnungen zu frieren und zu hungern, essen sie sich in grob materieller Weise satt und wärmen sich in ihren kleinen dumpfen Stuben. Welcher Mangel an ästhetischem Gefühl!

In diesen licht- und luftlosen Löchern liegen nun häufig Männer, Weiber, Kinder, alle Geschlechter, alle Altersstufen in babylonischer Verwirrung durcheinander. Herr v. d. Goltz hebt die auf vielen Gütern „herrschende Sitte“ hervor, „mehrere Familien in eine Wohnung zusammen zu pferchen, welche kaum für die einzelne Familie ausreicht.“

Ist ein behagliches Leben in diesen Wohnungen möglich? Dazu gebricht es häufig noch an den nothwendigsten Lebensmitteln.

Für die eigene Wirthschaft können die Dienstleute nicht sorgen, „denn im Sommer werden die Männer durch die herrschaftliche Arbeit in Anspruch genommen, daß ihnen die Kraft und die Lust fehlt, sich viel um ihre kleine Wirthschaft zu kümmern.“

Ferner ist „die Frau überbürdet“ sie muß „zur herrschaftlichen Arbeit gehen!“ Die Frau ist aus diesem Grunde häufig nicht ihrem Berufe als Hausfrau gewachsen,

sie muß wegen der Ueberbürdung mit Arbeit ihre Wirthschaft vernachlässigen. „Das Resultat solcher Zustände — sagt v. Goltz an anderer Stelle — ist, daß unsere Dienstleute, wo sie ein völlig ausreichendes Jahreseinkommen haben, selten behaglich, häufig knapp oder gar kümmerlich leben." Wenn einmal fette Jahre oder besser fette Tage für diese armen schlecht genährten Dienstleute kommen, dann natürlich kennen sie in ihrer Eßbegierde kein Maß. Wie thierisch fallen sie über das frischgeschlachtete Schwein her. In 1—2 Monaten „haben sie es verpraßt".

Jetzt kennen wir die Heimath des modernen Prasserthums, es sind die verfallenen Hütten der östlichen Provinzen. Nennt der Herr Professor etwa die begierige, leidenschaftliche Sättigung eines halbverhungerten Menschen Prassen? Gewiß, sagt er doch an anderer Stelle, daß der Inste von dem Erlös seiner paar Kartoffeln, seines Stück Viehs oft „herrlich und in Freuden lebt". Welche Sehnsucht mögen die Gutsherren nach dem Freudenleben der Dienstleute haben, wenn sie sich in den großen Restaurants Unter den Linden in der christlichen Entsagung üben!

„Die Frau verschleudert das Geld in Kolonialwaaren und in Flitterstaat (wir meinten, in Atlasroben) der Mann vertrinkt es in Branntwein" (wir glaubten in Steinträgersekt). Und die Ansprüche dieser prassenden Dienstleute nennt Goltz an anderen Stellen genügsam, sie gehen nicht „über die allerdings nöthige Füllung des Magens und eine gewisse Quantität geistigen Getränkes" hinaus!

In vollkommner Stumpfheit und Sorglosigkeit leben die Insten ihre Tage dahin, sie haben ja keine Aussicht, „durch größeren Fleiß ein höheres Einkommen oder eine sonstige Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen" (48). Wenn er über 50 Jahre alt geworden ist, dann zieht er häufig von Ort zu Ort, „bald hier, bald dort Arbeit suchend". Nirgends behält man ihn so lange, bis er eine Unterstützungsberechtigung (51) erwerben könnte.

„Durch das Umherziehen erlahmt der letzte Rest seiner Kräfte"! Dies nennt sich die patriarchalische Fürsorge des Gutsherrn für den Arbeiter!

Rein sklavische Charakterzüge müssen natürlich dem wirthschaftlich so zu Boden gedrückten Arbeiter anhaften. Er ist „gehorsam gegen den Herrn bis zur Unterwürfigkeit“. Die bloße Furcht vor dem gnädigen Herrn natürlich macht ihn so knechtselig, aber in seinem Herzen keimt doch versteckt jener Argwohn, jenes Mißtrauen, das der Sklave gegen seinen Herrn hegt. „Bei aller Unterwürfigkeit hegen die Arbeiter in der Regel großes Mißtrauen gegen den Herrn“ (44). Obwohl sie sich gegenseitig mit neidischen Augen betrachten, einer dem anderen den Bissen im Munde nicht gönnt, so halten sie doch gegen ihre Herrschaft zusammen.

Selbst in diesen zurückgebliebenen Menschen züngelt sich schon die verzehrende Flamme des Klassenhasses, des Klassengeistes empor. Was dann, wenn das Götzenbild des blinden knechtischen Gehorsams zertrümmert wird!!

Und es wird unter Einfluß der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse nach und nach zertrümmert.

Je mehr die Industrie auf dem Lande sich einbürgert, desto mehr treten die ländlichen Arbeiter mit den städtischen in Berührung. Diese aber stehen ihren ganzen Lebensansprüchen nach auf einem anderen Culturniveau wie die ländlichen Arbeiter. Der politische und gewerkschaftliche Klassenkampf hat das städtische Proletariat bereits trefflich geschult; mit dem wachsenden Gefühl rechtlicher Gleichberechtigung, erworben in den Kämpfen mit der kapitalistischen Unternehmerklasse, verfeinert sich das Unterscheidungsvermögen für die thatsächlichen wirthschaftlichen Ungleichheiten. Mit diesen vorwärts drängenden Elementen kommen nun die ländlichen Arbeiter zusammen. Aehnliche Ansprüche an die moderne, durch die Arbeit der Massen emporgehobene Kultur schlagen in diesen ländlichen Arbeitern Wurzeln.

Schon 1874/75 verspürte man merklich den Einfluß der städtischen Arbeiterschaft auf die ländliche. Die landwirthschaftliche Enquete von 1875 ergab schon, daß in über 120 Kreisen von gegen 260, welche Berichte eingeschickt hatten, höhere Lohnansprüche der ländlichen Arbeiter und eine gewisse Unzufriedenheit derselben mit den

alt-eingerosteten Verhältnissen hervortraten.[1]) Ferner regte sich schon in einigen ländlichen Kreisen die Sozialdemokratie. Und wie unbedeutend war diese noch 1874 gegen 1887! In Preußen waren 1874 erst gegen 89 Kreise, 1887 dagegen schon 132 Kreise von 234 preußischen Wahlkreisen von der sozialdemokratischen Agitation angefressen worden. Damals erst über ein Drittel, 1887 schon über die Hälfte! Außerdem verlassen jährlich tausende und abertausende von ländlichen Arbeitern die östlichen und nördlichen Provinzen Preußens, strömen in die Städte oder wandern aus.

Ferner häufen sich jetzt riesenhaft schon die Klagen über den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter.

Man sieht, die Unzufriedenheit mit diesen geschilderten zurückgebliebenen Verhältnissen ergreift immer größere Massen ländlicher Arbeiter. Und dies ist nur zu erklärlich, sind doch diese Verhältnisse ein wahrer Hohn auf unsere heutige, viel gepriesene Kultur.

Diese armen Leute sind häufig gezwungen, durch Diebstahl von Naturalien das Minus in ihrem Unterhalte zu decken. V. d. Golz sagt: Die Eigenthumsbegriffe unserer Leute sind ganz besonderer Art. Den Diebstahl von Naturalien, welche sie meist nur selbst verwenden, betrachten sie als etwas ihnen Zukommendes, aber unrechtmäßig Vorenthaltenes. Sehr bezeichnend diese Auffassungsweise der Leute! Wenn sie die entwendeten Naturalien für sich gebrauchen, so fehlten ihnen diese doch bei ihrem Unterhalte, sie waren ihnen gleichsam vorenthalten worden.

Wir haben hier noch sogar die Lage der besser gestellten ländlichen Arbeiter, die der Insten, geschildert. Noch viel trauriger geht es den hunderttausenden von Einliegern.

Schon 1852 schätzte von Lengerke sie und ihre Angehörigen in den alten preußischen Provinzen auf 3 745 856 Seelen. Geradezu ungeheuerlich gestalten sich

---

[1]) Dies Resultat ist aus der landwirthschaftlichen Enquete, „die Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich" Berlin 1875, genommen. Der Verfasser hat alle die Kreise zusammengezählt, wo der Einfluß der industriellen Arbeiterschaft sich fühlbar machte.

ihre Verhältnisse, wenn die Feldfrüchte nicht gerathen. Noch im Jahre 1867 hätten die Einlieger „schaarenweise verhungern" müssen, wenn nicht die öffentliche Wohlthätigkeit außerordentliche Anstrengung zu ihrer Rettung gemacht hätte. (v. d. Goltz.)

Ganz unhaltbar ist die Lage der Wanderarbeiter.

Nach der landwirthschaftlichen Enquete finden zeitweise Wanderungen der landwirthschaftlichen „Arbeiter in sehr umfassendem Maße in den meisten Theilen Deutschlands" statt. Eine vollständige Auflösung von Sitte und Ordnung vollzieht sich hier in den Kreisen der Wanderarbeiter.

In diesem Pfuhl thierischer Wollust, brutaler Unflätigkeit gehen zahllose weibliche Arbeiterinnen zu Grunde. „Man hat, heißt es in der landwirthschaftlichen Enquete von 1875, namentlich in Norddeutschland, wo die Wanderarbeiter häufig ihre gemeinschaftlichen Schlaf- und Wohnstätten in den sogenannten Schnitterhäusern finden, sehr traurige Erfahrungen in besagter Richtung gemacht! (nämlich in der sittlichen Verwilderung der weiblichen Arbeiterinnen).

Wer hat den Muth, angesichts aller dieser Daten zu behaupten, daß diese ländlichen Arbeiterverhältnisse nicht reformbedürftig wären? Wer hat den Muth, noch von patriarchalischen ländlichen Verhältnissen zu reden, denen gegenüber die moderne Sozialreform nicht angebracht sein soll? Die Sozialreform erweist sich hier ebenso nothwendig wie auf allen Gebieten des heutigen wirthschaftlichen Lebens.

II.

Die bisherige Geschichte der bäuerlichen Verhältnisse zeigte uns den rapiden Niedergang der bäuerlichen Wirthschaften. Setzte sich die Entwicklung nach derselben Richtung hin fort, so war der Untergang der Bauernklasse unvermeidlich.

Und dies mußte der Fall sein, je mehr der Kapitalismus in Preußen die Großwirthschaft zur typischen Form der ländlichen Produktion erhob. Die Marktpreise waren eine viel wirksamere Waffe im Kampfe um die Existenz, wie die alten adligen Waffen. Sie vollzogen die Expropriation

viel gründlicher wie vorher die brutalen Gewaltmittel.

Auch die Bedrückung der Bauern mit Lasten und Diensten ging nicht mehr so schwerfällig vor sich wie früher. Man brauchte diese dem Bauer nicht mehr mit Schwert und Spieß gewaltsam aufzuzwingen. Der Bauer mußte eine Hypothek aufnehmen, er wurde dem Kapitalisten zins- und abgabenpflichtig wie vorher dem Feudalherrn. Natürlich er stellte nicht mehr direkt dem neuen Feudalherrn ein Drittel seiner Arbeitszeit zur Verfügung, indem er Spann- und Handdienste für diesen leistete, er zahlte aber mitunter ein Drittel seines Arbeitsertrages in Geld an diesen. Das kam auf das Gleiche heraus, als wenn er ein Drittel seiner Arbeitszeit in Hand- und Spanndiensten für den Kapitalisten verausgabt hätte.

Wir sehen also, daß der Kapitalismus ebenso wie der Feudalismus eine Ausbeutungsform der Arbeit ist. Die Geldform, welche die ehemaligen Lasten und Dienste annehmen, macht diese Form nur weniger durchsichtig als die früheren.

Und häufig war diese Form der Ausbeutung viel drückender als die früheren. Der ehemalige hörige Bauer trat von dem thatsächlich geernteten Getreide seinen Zehnten ab, der heutige freie muß seinen Geldzehnten zahlen, gleichgültig ob ein großer Theil seines Getreides auf dem Felde verdarb und der übrig gebliebene noch auf dem Markte durch einen plötzlichen Preissturz total entwerthet wurde. Mit den sogenannten himmlischen Mächten verbinden sich heute die irdischen, wirthschaftlichen. Was vermögen die verheerenden Fluthen des Meeres und der Hochwasser gegenüber den Springfluthen der heutigen, riesig entwickelten Waarenproduktion, welche in kürzester Zeit die weitentferntesten Märkte überschwemmen und total zu Grunde richten kann. Wer zählt die wirthschaftlich ruinirten Existenzen, welche in derartigen Springfluthen ertranken!

Seitdem sich ein gewaltiges zusammenschnürendes Netz von Chausseen, Kanälen, Eisenbahnlinien um die ganze zivilisirte Welt gelegt hat, sind frühere, weit entfernte Märkte sich fast auf den Leib gerückt. Die Parzelle des ostpreußischen Kleinbauern stößt — um eine Hyperbel zu gebrauchen — mit der Riesenfarm des amerikanischen Landwirths zu-

sammen. Nicht nur der adlige, „königstreue“ Gutsnachbar kann heute den Bauer durch niedrigere Preise ruiniren, sondern der erste beste stammverwandte Farmer der Vereinigten Staaten, der „Erbfeind“ von Franzose in Kanada und der russische Erbfreund in Sibirien.

Daher hat seit der Entstehung unseres heutigen Weltverkehrs- und Weltwirthschaftssystems die Verschuldung und Vernichtung der kleineren konkurrenzunfähigen Bauerwirthschaften gewaltige Dimensionen angenommen.

Aber schon vor der eigentlichen Ausbildung dieses Weltverkehrssystems konnte man einen Rückgang derselben verzeichnen. Die spannfähigen Bauerngüter Preußens büßten von 1816—1859 zirka 2 Millionen Morgen an Fläche ein.[1]) Es verschwanden 9873 Güter vollkommen, oder 2,8 % derselben. Dem Umfang nach gingen die Güter um 6 % zurück (nach Miaskowski's Berechnung). Von 1816—1867 nimmt Miaskowski eine Verminderung des spannfähigen Eigenthums um 8 % seiner Totalfläche an.

Im Gegensatz zu Meitzen, den diese Verminderung der größeren Besitzungen nicht beunruhigt, sieht Miaskowski in derselben „die größte Gefahr, die die deutsche Volkswirthschaft und die deutsche soziale Entwicklung in der Gegenwart und Zukunft bedroht.“[2]) — Man beachte wohl diesen Ausspruch jenes konservativen Gelehrten! Nach 1859 und 1867 schlug aber der Expropriationsprozeß der größeren Bauernwirthschaften ein viel schnelleres Tempo ein.

Im höheren Maße nahm noch die Verschuldung zu.[3])

Beginnen wir mit Hannover.

Hannover ist nach Schmoller das „klassische Land eines gesunden, kräftigen und stolzen Bauernstandes.“ Was sagen nun die landwirthschaftlichen Berichte über diese wahrhaft typischen bäuerlichen Verhältnisse? Wir lesen über die

---

[1]) Miaskowski: Zur Geschichte der neueren Veränderungen in der Vertheilung des deutschen Grundeigenthums. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung VI, 1208.

[2]) A. v. Miaskowski: „Zur Geschichte der neueren Veränderungen u. s. w. Jahrbuch für Gesetzgebung 2c. VI, 1214.

[3]) Wir folgen hier den Berichten über die „Bäuerlichen Zustände in Deutschland:“ Schmollers Jahrbuch VII.

Landdrostei Hannover Folgendes: „Seit dem Anfang der 70er Jahre hat die Wohlhabenheit der bäuerlichen Grundbesitzer im großen Ganzen abgenommen und die Verschuldung derselben ist im stetigen meist nur langsamen Fortschreiten begriffen.“ [1]) Dies nimmt nicht Wunder, befinden sich doch die Korn- und Wollpreise mehrfach unter dem 25 jährigen „Durchschnitt in Folge der fremden Konkurrenz.“ „In den letzten Jahren sind auch in mehreren Dörfern Güterschlächtereien vorgekommen.“ In Osnabrück, Meppen-Arenberg hat sich die Schuldenlast in manchen Gemeinden während der letzten 15 Jahre verdoppelt.

In der Provinz Posen hat die Verschuldung namentlich unter der polnischen Bevölkerung erheblich zugenommen. Im Kreise Schildberg beträgt die Grundschuld ein Viertel bis drei Viertel des Werthes, im „Kreise Czarnikau ist ein Theil (der Güter) bis zum vollen Werthe verschuldet.“

Was bleibt dem Bauer noch da von seinem Gute, wenn die Grundschuld dem Werthe des Gutes gleichkommt!

In den deutschen Kreisen Birnbaum und Meseritz ist ein verhältnißmäßig großer Theil unverschuldet. Es steigt die Verschuldung „nur ausnahmsweise über ein Drittel des Werthes“, im Kreise Wirsitz beträgt sie zum Theil über die Hälfte, im Kreise Pleschen ein Drittel, im Kreise Inowrazlaw ist ein recht großer Theil sehr erheblich und fast bis zum vollen Werthe verschuldet. [2])

Ueber den Oborniker Kreis liegt ein umfangreiches Material über die zunehmende Verschuldung vor. Die Wirthschaften von 30—300 Morgen nahmen von 1875 bis 1882, also in 7 Jahren, in ihrer Verschuldung um 842 957 Mark oder um **30 pCt.** zu. 1875 war der Hektar mit 154 Mark verschuldet, 1882 mit 175 Mark. [3])

Gründlich wurde in Posen mit den spannfähigen Bauerngütern nach 1859 aufgeräumt. 1859 gab es noch 47 869 spannfähige Güter, 1860 nur noch 39 389. Mithin waren **8480** spannfähige Güter verschwunden, circa 17,5 pCt. Die Fläche derselben hatte sich von 1859

---

[1]) Schmoller VII, 615.
[2]) Bäuerliche Zustände III, 12.
[3]) Bäuerliche Zustände III, 14.

an bis 1880 um 98 387 Morgen vermindert, um circa 3 pCt. Diese Güter waren in vielen Fällen vom adligen Großgrundbesitz aufgesaugt worden.

Während die leistungsfähigen Bauernhöfe verschwanden, nahmen die kleinen konkurrenzunfähigen Wirthschaften zu. Sie nahmen in derselben Zeit um 10 856 an Zahl, und an Fläche um 202 007 Morgen zu.

Im Oborniker Kreise haben „eine Anzahl von Ortschaften bereits vollständig aufgehört zu existiren; eine weitere noch größere Anzahl besteht nur noch aus wenigen, ja zum Theil nur noch einer einzigen oder aus anderthalbe, zwei oder drei Wirthschaften.“ [1])

Der Bericht über Westpreußen enthüllt uns ebenfalls sehr betrübende Thatsachen über die Verschuldung der Bauern. Sie hat, wie es in dem Berichte des Generalsekretär Oemler heißt, „ganz unverhältnißmäßig zugenommen.“ Die Verschuldung des bäuerlichen Niederungsbesitzes erreicht mindestens 50 pCt. des Werthes.

Man rechnet „in dem kleinen Werder die Grundschuld auf 1/2 des Werthes, im großen Werder auf 1/2 bis 2/3, letztere Zahlen treffen auch für den Danziger Werder zu. In der Elbinger-Niederung ist die Verschuldung noch am geringsten; sie soll dort zwischen 1/3 bis 1/4 des Werthes schwanken. In der Tiegenhofer Niederung ist der Grundkredit bis zur Hälfte in Anspruch genommen. In der Marienwerder Niederung beträgt die hypothekarische Verschuldung 1/2 bis 2/3, in der Culmer-Niederung 2/3 bis 4/5 des Werthes der Grundstücke.“

Diese Daten geben nur „ein Durchschnittsbild,“ da auch „in den besser situirten Niederungen Verschuldungen bis zu vier Fünftel des Werthes“ „keine Seltenheit sind.“[2]) „Es gehört z. B. nicht zu den Seltenheiten, daß einzelne ganz nüchterne und strebsame Landwirthe heute eine Hypothek auf ihren Höfen haben, die den vor etwa 30 Jahren gezahlten Kaufpreis nicht unwesentlich übersteigt. Bauernhöfe, welche nur zu 1/3 bis 1/2 verschuldet sind, gehören somit nicht zu den allzu häufigen

---

[1]) Bäuerliche Zustände III, 32.
[2]) Bäuerliche Zustände II, 231—232.

Erscheinungen. Wo sie aber gefunden werden, da besitzt der Eigenthümer die Wirthschaft entweder schon seit langen Jahren oder er hat sie billig gekauft oder ererbt und wirthschaftet bei befriedigenden Bodenverhältnissen gut. Die Mehrzahl der bäuerlichen Wirthe, bei denen diese günstigen Voraussetzungen nicht zutreffen, sind deßhalb auch höher verschuldet." [1])

Nimmt man nun auch an, daß der Werth der Besitzungen den Hypothekenschulden entsprechend gewachsen sei, so steht es doch schon überaus traurig mit dem Landmann, wenn er ein Drittel oder gar die Hälfte vom Ertrage den profitwüthigen Banken und Kapitalisten zu opfern hat. Daher gesteht auch der Generalsekretär Oemler offen ein, daß „die Lage der Bauern gegen früher sich verschlechtert habe." Diese „Verschlechterung" würde schon „eine allgemeine Krise" herbeigeführt haben, wenn nicht das Kapital, durch die hohen Bodenpreise verlockt, sich den „ländlichen Unternehmungen" sehr entgegenkommend gezeigt habe. „Nur mit Zuhülfenahme einer großen hypothekarischen Belastung hat sich ein großer Theil der bäuerlichen Wirthe über Wasser gehalten." [2])

Ferner sind viele bäuerliche Wirthschaften zerstückelt worden. In den siebziger Jahren hat sich die Anzahl der Besitzungen im Marienburger Kreise vermindert. Ebenso in dem Weichsel-Nogat Delta; namentlich in den hohen Theilen des Werders soll die Abnahme am stärksten sein; sie wird in den letzten zwanzig Jahren auf ein Viertel der vorhandenen kleinen Besitzungen geschätzt. Nur da, wo die Lage der Bauernhöfe dem Zukauf nicht günstig liegt, ist die Zahl der Besitzungen keine geringere geworden." [3])

Ein schlechter Trost für die Bauern!

Im Kreise Graudenz hat die Verschuldung in den letzten fünfzig Jahren sehr bedeutend zugenommen, „sie ist heute höher, als vor fünfzig Jahren der Werth des ganzen Grundstücks war." [4]) Dieser ist nun in den letzten Jahr-

---

[1]) Bäuerliche Zustände II, 241.
[2]) Bäuerliche Zustände II, 247.
[3]) Bäuerliche Zustände II, 230.
[4]) Bäuerliche Zustände II, 270.

zehnten bedeutend gestiegen, so daß die Verschuldung durchschnittlich nicht die Hälfte des Verkaufswerthes überschreitet.

In neuster Zeit allerdings wird die internationale landwirthschaftliche Massenproduktion eine gründliche Revolution der Güterpreise hervorgerufen haben. Der Preis der landwirthschaftlichen Produkte ist theilweise rapid gefallen. Wenn sich nun der Güterpreis den beträchtlich gesunkenen Reinerträgen anpaßt, ja dann dürfte, wie der Berichterstatter sagt, „ein großer Theil der Bauern ruinirt sein." (M. Conrad-Jakobken.)

Verlockende Aussichten, nicht wahr?

In einigen Kreisen Ostpreußens rechnet man die Grundschuld auf ein Drittel des Güterwerthes. Der rosige Bericht über Littauen und Masuren[1]) giebt eine übermäßige Verschuldung der kleinen „Eigenkäthner" zu. In Littauen sind 1872 bis 1876 viele Güter ausgeschlachtet worden. In fast allen landräthlichen Kreisen hat die Ausschlachtung mittlerer Güter gewüthet.

„In Brandenburg soll es etwa noch 10 pCt. unverschuldeter Bauern geben, die Besitzer von über 100 Morgen sollen selten höher als zu 35 pCt., die von 30 bis 100 schon meist bis zu 50 pCt. die kleineren 70 bis 80; ja 100 bis 150 sind keine Seltenheit." [2])

Am besten ist es noch mit der Priegnitz, dem Oderbruch, der Lausitz bestellt; „in der Uckermark herrscht vielfach Ueberschuldung."

Hier in der Mark Brandenburg verloren die größeren bäuerlichen Wirthschaften in 16 Kreisen 215 000 Morgen an die kleineren, weniger leistungsfähigen. In der Westpriegnitz sind in 11 Dörfern, welche bei der Separation noch 177 Bauernhöfe aufzuweisen hatten, 71 zerstückelt worden d. h. 40,1 pCt.[3]) In vielen Dörfern des Ruppinerkreises hat die Zahl der Bauernhöfe um 22 bis 75 pCt. abgenommen. Eine Bewegung des Grund und Bodens

---

[1]) Schmoller VII, 616. Die neuesten Publikationen über die Lage des Bauernstandes.

[2]) Schmoller: Die neusten Publikationen über die Lage des deutschen Bauernstandes. VII, 616.

[3]) VII, 624. Schmoller Publikationen.

war überall bemerkbar (in der Ostpriegnitz, dem Havellande 2c.)

Aus Pommern werden uns die Verhältnisse zweier Gemeinden als besonders typisch klar gelegt: nämlich der Gemeinden von Hütten und Streitzig. Der Bodenwerth ist in diesen während der Jahre 1850 bis 1882 auf das vierfache gestiegen, die Verschuldung jedoch auf das 6½ bezw. 9½ fache. Die Bevölkerung blieb fast konstant. „Die Klassensteuer ging von 1870 bis 1882 um 15½ bezw. 19 pCt. zurück.“

In dem Neustettiner Kreise sind sehr viele größere Bauernwirthschaften verschwunden. In dem Rummelsburger Kreise sind von 57 Bauernhöfen nur 4 verschont geblieben. „Acht Dörfer in der Gegend von Freienwalde hatten vor 15 Jahren 121 500 Mk., jetzt 669 400 Mark Hypothekenschulden.“ [1])

In der Provinz Schlesien verschwanden nach einem Bericht des Oberpräsidenten zwischen 1850 bis 1880 circa 4923 Bauerngüter mit einem Areal von 194 805 Hektar und zwar in den Regierungsbezirken:

Breslau	1050	mit	69 933,81	Hektaren,
Liegnitz	2067	„	75 349,03	„
Oppeln	1806	„	49 523,00	„
	4923	mit	194 805,84	Hektaren. [2])

Betrachten wir jetzt die Verhältnisse der einzelnen Kreise etwas näher. In Niederschlesien im Kreise Bunzlau wurden in den letzten 30 Jahren von 752 Gütern 180 „dismembrirt“ (zerstückelt), 167 davon wegen Ueberschuldung. [3])

Im Kreise Freistadt gab es [4])

1850	768	Bauerngüter mit	22,154	Hektaren,
1880 nur	625	„ „	18,358	„

Darunter gingen 64 wegen Ueberschuldung zu Grunde. Im Kreise Lauban sind seit 1865 10 Rittergüter, 105 Bauerngüter und 195 kleinere Grundstücke getheilt worden. Die Gemeinde Rothwasser hat ihre sämmtlichen

---

[1]) Schmoller: Publikationen VII, 616—617.

[2]) Miaskowski: Zur Geschichte der neueren Veränderungen VI, 121.

[3]) Bäuerliche Zustände VII, 617.

[4]) Bäuerliche Zustände VII, 625.

26 Bauerngüter eingebüßt. Im Kreise Liegnitz theilte man seit 1872 2 Rittergüter, 90 Besitzungen mit über 50 Morgen und 159 kleinere Höfe auf.

In den Zuckerfabrikdistrikten der Provinz Sachsen hat ein Großindustrieller ein ganzes Dorf mit 17 „prästationsfähigen" Bauergütern auf einmal aufgekauft.[1])

Diese Enteignung der bäuerlichen Grundbesitzer durch die Zuckerindustrie vergleicht Miaskowski nicht ungeschickt mit der gewaltsamen Expropriation der Bauern in England im 16. bis 18. Jahrhundert durch die großen Schafhaltungen. Diese verdrängten viele selbständige bäuerliche Wirthe von Haus und Hof und setzten an ihre Stelle Schafe. Die Zuckerindustrie springt gleich in das Pflanzenreich hinab und ersetzt Menschen durch Runkelrüben.

Im Rheinlande nimmt das Elend unter dem System der Parzellenwirthschaft stetig zu. Auf der Eifel erreicht es eine wahrhaft schwindelnde Höhe. Für die beiden Kreise Wittlich und Bernkastel verzeichnet das Hypothekenamt folgende Schuldenlast:

1861	931 911 Mark
1881/1882	2 196 937 „

Mehr als verdoppelt haben sich also die Schulden während der letzten zwanzig Jahre.

In Westfalen sind die bäuerlichen Verhältnisse im Gebiete von Paderborn und Minden erträglich. Im Sauerland dagegen sieht es himmel-traurig aus. In einzelnen Gemeinden des Kreises Meschede nahm die Verschuldung um 150 pCt. in 6—7 Jahren zu. „Der Bauernstand im Sauerlande, heißt es, geht seinem Untergange entgegen. Die Gefahr der Massenauswanderung steht nahe bevor."[2])

Nur wenige erfreuliche Stellen giebt es in diesem düsteren Gemälde. Einige Theile Schleswigs, Holsteins, Westfalens, Ostpreußens und der Mark liegen gleich Oasen in dieser großen Wüste menschlichen Elends. Ein großer

---

[1]) Miaskowski: Zur Geschichte der neueren Veränderungen ꝛc. VI, 1203.

[2]) Schmoller: VII, 618. Die neuesten Publikationen über die Lage des deutschen Bauernstandes.

Theil des preußischen Bauernstandes befindet sich in der drückendsten Schuldknechtschaft des Kapitals. Der bäuerliche Besitz verschwindet mehr und mehr, er wird ersetzt durch erbärmliche Zwergwirthschaften und riesige Latifundien.

III.

Und während so die bäuerliche Landwirthschaft des alten Europas immer unproduktiver wird, erblüht jenseits der großen Wasser eine hochentwickelte ertragsreiche Landwirthschaft.

Von 1870 bis 1880 vervierfachte sich die Weizenausfuhr der Vereinigten Staaten.[1]) Sie betrug:

im Jahre 1870 10 107 000 Meter Ctr. Weizen
" " 1880 40 800 000 " " "

Die Ausfuhr an Fleisch, Conserven, Speck, Schinken, Schmalz nahm in dieser Zeit unglaublich zu. Einige Artikel vervier-, ja verachtfachten sich.

Und trotz der fabelhaften Ausdehnung der Weizenproduktion in dem letzten Jahrzehnt hatten die Vereinigten Staaten von Nordamerika 1879 noch fünfmal mehr unbebauten, kulturfähigen Boden als mit Weizen bestellten.

Wenn erst eine fünfmal so starke Lawine von Getreide sich über das alte, abgewirthschaftete Europa wälzen wird, was dann ihr armen Bauern!

„Zieht man, so sagte Caird im Jahre 1882 in einer Inauguraladresse an die Londoner Statistische Gesellschaft, eine Linie von der Hudsonsbai bis zur Mündung des Mississipi, so befindet sich östlich davon ein Gebiet so groß wie Europa, welches mannichfache Abwechselung in Klima, Bodenproduktion und Mineralreichthum darbietet. Westlich von dieser Linie bis zum stillen Ozean befindet sich ein fast zweimal so großes Gebiet, welches zur Hälfte als Weideland für das Vieh benutzt wird. Der Anbau der verschiedenen Getreidearten übersteigt jetzt schon den Ertrag Großbritanniens um das sechsfache.

[1]) Schmoller: Die amerikanische Konkurrenz und die Lage der mitteleuropäischen Landwirthschaft. Jahrbuch VI.

Die Ernte des Jahres 1880 hat über die von 1879 einen Ueberschuß ergeben, welcher dem Gesammtbetrage der in England gewachsenen Brodfrucht gleichkommt. Rechnet man zu dem Westgebiet der Vereinigten Staaten dasjenige von Kanada, so ist von jenen unermeßlich-fruchtbaren Ebenen, welche demnächst von zwei Pacificbahnen durchschnitten werden, noch nicht einmal ein Zehntel des Ackerbodens unter den Pflug genommen. All' dieses Land hat wenigstens 1½ oft aber 2 und 3 Fuß Ackerkrume von hoher Fruchtbarkeit, welche ganz frei von Steinen, Felsen, Bäumen, Büschen, Wurzeln und dabei ganz eben ist, so daß sie für die billige Maschinenkultur wie geschaffen erscheint."

Allein Texas mit einer Bevölkerung von 2 Millionen erzeugt (nach Peez) so viel Fleisch und Brod, um die 67 Millionen Einwohner von Deutschland, England und Wales zu ernähren.

Und diese gesegneten Landstriche Nordamerikas liegen nicht mehr wie früher außerhalb der zivilisirten Welt. Die modernen Verkehrsmittel haben sie uns theilweise näher gerückt als die Kornfelder Ungarns. Der Transport von 100 kgr. kostete von Chicago nach Hamburg 4,72 Mk., von Budapest nach Hamburg 4,80 Mk.[1]) Und mit jedem neuen Eisenbahnstrang und jedem neuen Kanal rückten die Farmen Amerikas unseren verschuldeten Bauern näher auf den Leib.

Und was für Farmen! Farmen von nicht selten 10 bis 40 000 Acres mit 6 Meilen langen und 4 Meilen breiten Weizenfeldern, Farmen, auf denen hunderte von vervollkommneten landwirthschaftlichen Maschinen thätig sind.

Und sie werden, und sie müssen den Bauer erdrücken, wenn nicht eine radikale Sozialreform in diesen brutalen Vernichtungsprozeß des Bauernstandes mit kräftiger Hand eingreift. Denn „geht dieser Prozeß ungehindert fort — sagen wir mit Geheimrath Schmoller — so stehen wir wahrscheinlich schon in 20 bis 30 jedenfalls in 50

---

[1]) Die überseeische Lebensmittelkonkurrenz v. K. Kautsky, pag. 28.

bis 100 Jahren vor einer vollständigen Enteignung unserer Bauern und sonstigen Grundbesitzer. Was ist da zu thun?" [1])

IV.

Ja, was ist da zu thun, so fragen auch wir. Und die Antwort auf diese Frage scheint uns nicht schwer zu finden.

Die Verschuldung der bäuerlichen Höfe, die Aufsaugung derselben durch den Großgrundbesitz, das sind die augenfälligsten Mißstände der heutigen Landwirthschaft. Immer deutlicher und kräftiger entwickeln sich diese vor unseren Augen. Aber wer kann dem rollenden Rad dieser Entwickelung in die Speichen fallen, ohne von demselben elend zermalmt zu werden?

Dies kann nur die mit großen Machtmitteln ausgerüstete Staatsgewalt thun! Die allein kann der wachsenden Verschuldung Halt gebieten. Die staatliche Gewalt muß eine große befreiende That für den heutigen Bauernstand wagen, sie muß ihn aus der kapitalistischen Schuldknechtschaft erlösen. Sie kann aber nur diese ihre Mission erfüllen, indem sie sämmtliche Schuldforderungen in ihre Hand nimmt und diese so schnell als möglich löscht.

Aber nicht von der heutigen Kapitalisten-Klasse kann und wird dieses Befreiungswerk ausgehen. Aus der bäuerlichen Verschuldung fließen dieser Klasse wahre kalifornische Goldströme zu. Sie wird sich daher diese Goldquelle nicht selbst verstopfen. Nein, der Bauernstand muß ihr dieselbe verstopfen.

Nun befindet sich aber der Bauernstand in der glücklichen Lage, bei diesem seinen Befreiungswerke einen wackeren Waffengefährten zu haben. Es ist dies die organisirte Arbeiterklasse, welche ebenso unter dem Joche des Kapitalismus schmachtet wie der Bauernstand. Beiden Klassen zehrt das arbeitslose Kapitaleinkommen die schönsten Früchte ihrer Anstrengungen auf. Daher müssen diese

---

[1]) Schmoller: Die amerikanische Konkurrenz &c. Jahrbuch für Gesetzgebung VI.

Gesellschaftsklassen sich zu einer politischen Partei zusammenschließen und zu beiderseitiger Befreiung die politische Macht erobern.

Aber werden nicht „berechtigte Interessen" durch die Beseitigung der bäuerlichen Schulden verletzt werden, so hören wir fragen? Gewiß, die Interessen der Kapitalistenklasse! Aber höher als das Interesse einer Klasse steht das Wohlsein der Gesammtheit. Und diese Gesammtheit ist gewaltig an einer Fortentwickelung der Landwirthschaft interessirt, denn alle Fortschritte in der Bodenbewirthschaftung bedeuten mehr Fleisch und Brod für die Gesellschaft. Einer der größten Rechtsgelehrten unserer Zeit, R. v. Ihering, sagt sehr treffend in seinem Werke „Der Zweck im Recht:"

> „Die Idee des Eigenthums kann nichts mit sich bringen, was mit der Idee der Gesellschaft in Widerspruch steht... Der Grundsatz der Unantastbarkeit des Eigenthums, heißt die Dahingabe der Gesellschaft an den Unverstand, Eigensinn und Trotz, an den schnödesten frevelhaftesten Egoismus des Einzelnen."

Und was sagt ihr bürgerlichen Heulmeier zu diesem Ausspruch, ihr, die ihr die Heiligkeit des Eigenthums in allen Tonarten feiert, und dennoch tagtäglich im freien Konkurrenzkampfe das Eigenthum eurer wirthschaftlich-schwächeren Mitbewerber vernichtet? Ihr gießt die volle Schale eurer sittlichen Entrüstung aus über die Wegelagerei der Ritter, über die gewaltsamen Eingriffe des Adels in das bäuerliche Eigenthum, aber pharisäerhaft schließt ihr die Augen vor euren eigenen Sünden. Ihr habt es ja so herrlich weit gebracht gegenüber dem „finsteren" Mittelalter.

Ganz anders die Sozialisten. Sie wissen, daß die Eigenthumsformen wechseln je nach der Organisation der Gesellschaft. Sie legen dem Fehde-, dem Strandrecht, dem Recht des Ritters, den Bauern zu legen, dieselbe *historische* Berechtigung bei wie dem Recht des heutigen Kapitalisten an fremden Arbeitserträgen. Aber zugleich wissen sie, daß das heutige kapitalistische Aneignungsrecht einmal denselben Weg in die historische Rumpelkammer antreten wird, wie die alten abgestorbenen Aneignungsrechte. Diese kapitalistische Eigenthumsform wird auch einmal mit „der Idee", dem Wesen einer höher organisirten Gesellschaft „in Widerspruch stehen."

Und diese höher-organisirte Gesellschaft regt sich jetzt schon lebenskräftig im Mutterschoße der alten Gesellschaft. Sie verlangt schon jetzt auf allen Gebieten der Wirthschaft größere, gesellschaftliche Betriebsformen und weiht die kleineren Einzelbetriebe dem Untergange.

Dies haben uns die landwirthschaftlichen Berichte vielfach bewiesen. Wir ersehen daraus, daß wir die Eigenthümer der kleineren ländlichen Betriebe nur dadurch retten können, daß wir ihre vielen kleinen Wirthschaften in einige rationell geleitete Großwirthschaften umformen.

Diese ländlichen Großbetriebe werden Bauerngenossenschaften zur Bewirthschaftung übergeben. Die Latifundien verwandelt die Gesellschaft in genossenschaftliche Betriebe.

Die besitzlosen Landarbeiter treten als völlig gleichberechtigte Mitbesitzer den großen Genossenschaften bei.

Der Mitbesitz, das Miteigenthum bedeutet durchaus nicht Besitzlosigkeit, das mögen sich die Bauern wohl merken. Der gehobenen entwickelten Landwirthschaft entsprechend verfügt der genossenschaftliche Arbeiter über eine ganz andere Menge von Gebrauchs- und Luxusgegenständen jeder Art als der jetzige Bauer, der schon heute z. B. in Sachsen häufig „schlechter lebt als der industrielle Arbeiter, welcher mehr Bedürfnisse kennen gelernt hat.“[1])

Was hat aber da der Bauer vor dem besitzlosen Arbeiter voraus? Er kann doch ebenfalls nur von dem Ertrage seiner Scholle leben, aufzehren kann er dieselbe nicht. Die bloße Thatsache, daß er sie besitzt, bringt ihm keinen Pfifferling ein. Also hat die Scholle nur den Werth eines Unterhaltsmittels, einer Existenzgrundlage für ihn. Nun gewährt ihm aber ein wohl bewirthschaftetes unverschuldetes Gemeineigenthum eine viel sicherere und breitere Grundlage als seine verschuldete, allen Schwankungen des Weltmarkts ausgesetzte kümmerliche Parzelle. Also er kann durch eine möglichst baldige Umgestaltung der ländlichen Besitzverhältnisse nur gewinnen. Ueberdies steht ihm ja, wie ihm dies Geheimrath Schmoller prophezeit hat, sein

---

[1]) K. v. Langsdorf: Bäuerliche Zustände II, 222.

Untergang in längerer oder kürzerer Zeit sicher bevor, wenn die Staatsgewalt sich nicht seiner annimmt. Und dann nach unendlichen Leiden muß dennoch eine Umgestaltung der ländlichen Besitzverhältnisse in der oben angedeuteten Richtung erfolgen! Die ganze Entwickelung, welche den Großbetrieb zur herrschenden Betriebsform erheben will, deutet darauf hin.

Außerdem ist die ganze Gesellschaft gewaltig an dieser Umgestaltung interessirt, da dieselbe ja eine riesige Reichthumsvermehrung einschließt. Der Kleinbesitz macht einen rationellen landwirthschaftlichen Betrieb unmöglich. In Deutschland wenden fast 4 Millionen kleiner Wirthschaften nicht einmal so gebräuchliche Maschinen wie die Dreschmaschine an. Von Mähmaschinen, von Dampfpflügen wollen wir garnicht reden. Und was vervollkommnete landwirthschaftliche Maschinen für die Produktivität der Wirthschaft, zu bedeuten haben, darüber äußert sich die „Frankfurter Zeitung" vom 5. März sehr treffend:

„Man weiß aus der Berechnung von Brock, daß die Produktivität des Bodens in Großbritannien mit seinem maschinellen Großbetrieb doppelt so groß ist, als in Deutschland, daß dort der Acre im Durchschnitt 35, hier nur 18 Bushel Weizen trägt. Es liegt also im Interesse der gesammten Volkswirthschaft, auch die Landwirthschaft auf die Höhe der modernen Technik zu bringen, wie denn der letzte Stipendiat, den das deutsche Reich kürzlich zur Erforschung der überseeischen Getreidekonkurrenz ausgesandt hatte, mit der alten Weisheit zurückgekehrt ist, daß der Kampf zwischen europäischer und transatlantischer Landwirthschaft sich wesentlich abspielen werde auf dem Gebiete der Betriebstechnik. Das war seit langem Jedem klar, der weiß, daß man in Ungarn auf den Riesengütern der Magnaten den Kartoffel- und Heuertrag geradezu verdoppelte durch Anwendung des Dampfpflugs, der einen Morgen zwölf Zoll tief in viel kürzerer Zeit, als der Handpflüger, und vor allem viel billiger, nach Angaben aus dem Herzogthum Braunschweig für 12 Mark, umpflügt. Die Ausbeute beim Meiereibetrieb ist durch die Centrifugalmaschinen und die Handseparatoren von Laval um 10 bis 15 Prozent gesteigert worden. Der Holzvertrieb ist revolutionirt durch die Einführung der mechanischen Gattersägen. Man hat berechnet, daß der mittlere Fichtenstamm im Handbetrieb 6,30 Mk. Arbeitslohn für Zersägen kostet, beim Maschinenbetrieb dagegen 90 Pf. Die Cardon'sche Schwingmaschine erzeugt eine 25 pCt. größere Menge von Flachsfasern, als die frühere Handarbeit; sie verlangt aber außerdem bedeutend weniger und fast ganz ungeschulte Arbeitskräfte

Die riesenhaften Fortschritte der Technik bleiben aber heute vielfach unbenutzt, weil die bäuerlichen Besitz- und Schuldverhältnisse deren Anwendung unmöglich machen.

Hier kann also nur eine Umgestaltung der heutigen ländlichen Besitzformen der hochentwickelten Technik den nöthigen Wirkungskreis geben. Was helfen dem Landwirth die vervollkommneten Maschinen, wenn er sie nicht erwerben und auf seinen Parzellen anwenden kann? Hier hat die heutige kapitalistische Besitzform der wirthschaftlichen Entwickelung eine gewaltige Schranke gesetzt. Im Interesse dieser Entwickelung und der dadurch bedingten besseren Ernährung der ganzen Gesellschaft muß diese Schranke beseitigt werden. Nicht nur die ländliche Arbeiterklasse, nicht nur der Bauernstand, nein die ganze Gesellschaft hängt mit ihren wesentlichsten Lebensinteressen von dieser Umgestaltung der Besitzverhältnisse ab.

Die Vergesellschaftung des Grund und Bodens muß die Parole aller um die Existenz kämpfenden Gesellschaftsklassen werden.

Paul Kampffmeyer.

Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebs durch die landwirthschaftliche Großproduktion.

In allen Ländern, welche in den Kreis der kapitalistischen Produktion gezogen worden sind, und die in bezug auf ihre Landwirthschaft — durch klimatische Vortheile, durch ihre Jungfräulichkeit des Bodens oder ähnliches — keiner Ausnahmestellung sich erfreuen, ist die Nothlage der Agrikultur zu einer der ständigen sieben Plagen geworden, mit denen das Kapital die Gesellschaft schlägt.

Nehmen wir einmal Frankreich zum Gegenstand unserer Betrachtungen.

Von 1880 an — einem schleichenden, chronischen Uebel gleich — langsame, aber stetige Verheerungen anrichtend, hat hier die agrikole Krise seit 1885 beschleunigten Gang und größere Intensität angenommen und zehrt jetzt als galopirende Schwindsucht den als die festeste Grundlage der bestehenden Wirthschaftsordnung gepriesenen französischen Kleingrundbesitz auf.

Seit 1880 und ganz besonders seit 1885 hat nicht nur die Zahl der stattgehabten Verkäufe von Grundstücken jährlich zugenommen, sondern die ihre Besitzer wechselnde Bodenfläche ist regelmäßig und in steigendem Maße gewachsen. 1880 wurden 1 087 709 Grundstücke, welche zusammen 1 876 837 Hektare darstellten, verkauft, 1885 betrug die Zahl der Verkäufe 1 081 469, eine Bodenfläche von 2 052 227 Hektare umfassend, 1887 waren die Grundstücksveräußerungen auf 1 128 222 und einen Flächeninhalt von 2 170 675 Hektare gestiegen.

Binnen acht Jahren haben 15 716 954 Hektare, d. h. mehr als ein Drittel der gesammten ackerbaren Bodenfläche Frankreichs ihre Herren gewechselt und dieser Wechsel läuft auf eine Expropiation des Kleingrundbesitzes durch den Großgrundbesitz bezw. das Großkapital hinaus. Selbst ein so eingefleischter Ver-

treter und Anbeter der bestehenden Wirthschafts- und Besitzordnung, wie Leroy-Beaulieu, muß dieser Erscheinung gegenüber einräumen, daß dieselbe eine langsame aber stetige „Liquidation des ländlichen Besitzes bedeute," welche sich ausschließlich auf Rechnung des kleinbäuerlichen Eigenthums vollziehe, da der Kleinbauer, trotz aller gegentheiligen Behauptungen, gezwungen sei, in Zeiten der Krise zu verkaufen, während er zu Zeiten landwirthschaftlichen Aufschwungs Ländereien erwerbe. Mit anderen Worten giebt der Manchestermann zu, daß das kleine bäuerliche Eigenthum vernichtet und zu Großgrundbesitz zusammengeschlagen wird.

Während die Zahl der Kleinwirthschaften in bedeutenden Verhältnissen abnimmt, erfährt die Zahl der Großgrundbesitzer nur unwesentliche Schwankungen, und die in ihren Händen konzentrirte Bodenfläche wächst stetig an. Gleichzeitig erfährt auch der Antheil an dem gesammten nationalen Bodeneinkommen, der auf den Großgrundbesitz entfällt, eine beträchtliche Steigerung. In Frankreich beziehen z. B. gegen 9 Millionen Mittel- und Kleinbauern zusammen 74³/₅ pCt. des nationalen Bodenertrages, während sich blos 65 000 Großgrundbesitzer in die übrigen 25²/₅ pCt. theilen.

Daß der agrikole Nothstand in vernichtender Weise nur die Kleinbauern belastet, erhellt unter anderem aus dem Umstande, daß trotz der lyrischen Jeremiaden der adligen und nichtadligen Krautjunker die Bodenrente und der Pachtzins für Grund und Boden vielfach steigt. Die Grundstücksveräußerungen bilden nicht etwa eine bloße Besitzverschiebung unter dem Kleinbauerthum, sondern eine Aufsaugung des ländlichen Kleinbesitzes durch den Großbesitz und zu dessen Gunsten. Die Zahl der Kleinwirthe nimmt ab, die unter agrikolem Großbetrieb befindliche Bodenfläche nimmt dagegen zu. Es ist doch so klar, wie daß zwei mal zwei vier ausmacht, daß der Großgrundbesitz das bäuerliche Kleinland nicht an sich bringen würde, wenn er dessen Bewirthschaftung nicht für rentabel ansähe. Die Herren Agrarier können die sozialökonomische Taschenspielerei unmöglich so weit treiben, Jemanden ernstlich glauben zu machen, sie kauften die unter den Hammer oder zu freier Versteigerung kommenden Kleingrundstücke lediglich aus „purer christlicher Nächstenliebe" für den nothleidenden

Zwergbauer zusammen, um dieselben dann um Gottes und des Vaterlands willen unter Verlust zu bewirthschaften. Wenn der Großgrundbesitz mit unersättlicher Gier immer mehr bäuerliche Kleinbesitze verschlingt, so ist dies der beste Beweis, daß er seine Rechnung dabei findet, und daß trotz der Parole von der nothleidenden Landwirthschaft die Renten der Großeigenthümer üppig gedeihen.

Charakteristisch ist auch in der Hinsicht, daß die mit einer so feinen Spürnase für Profite begabte Großfinanz immer lieber einen ansehnlichen Theil ihrer Kapitalien in Großgrundbesitz anlegt. In allen kapitalistischen Ländern sind die Sterne der Hochfinanz unter die Großgrundbesitzer gegangen. Sollten sie dies wohl einzig und allein zu dem Zwecke thun, durch die nothleidende Landwirthschaft einen Theil der Millionen zu verlieren, welche sie mit Finanzspekulationen zusammengejobbert haben? Sie wären wahrhaftig merkwürdige Heilige!

Gewiß, ein Nothstand ist in der Landwirthschaft vorhanden, aber derselbe belastet in vernichtender Weise fast ausschließlich den Kleingrundbesitz.

Für die thatsächlich bestehende schlimme, ja unhaltbare Lage des Kleinbauernstandes spricht nicht nur die andauernde und wachsende freie und zwangsmäßige Veräußerung von Grundstücken, sondern auch die Abnahme der Eheschließungen und der Geburten in den ländlichen Bezirken, ferner der relative, theilweise sogar absolute Rückgang in den Sparkasseneinzahlungen, welche daselbst gemacht werden, das Anschwellen der besitzlosen ländlichen Bevölkerung, in der Folge das stetige Ueberhandnehmen bloßer Tagelöhner als agrikoler Arbeitskräfte, der dauernde Abfluß ländlicher Bevölkerung nach den Städten und Industriezentren. Sogar bürgerliche Oekonomen gestehen zu, daß es weniger die lange schon besitzlose ländliche Bevölkerung ist, welche sich in industrielle Lohnarbeiter verwandelt, als vielmehr das enteignete Kleinbauerthum, der Kleinbesitzer, welcher expropriirt, enteignet wurde und der nun Ort und Stelle seines Ruins verläßt.

Der Nothstand und der schließliche Untergang der ländlichen Kleinbesitzer zu gunsten des Großbetriebs entspricht dem Nothstand, dem Ruin des Handwerks, der Kleinindustrie durch die Großindustrie, der Ver-

drängung des Kleinhandels durch den Großhandel. Er ist ein in den landwirthschaftlichen Verhältnissen sich abspielendes Kapitel aus der Geschichte des Aufsaugungsprozesses des Kleinkapitals jeder Art durch das Großkapital, eine Form der Konzentration aller Produktionsmittel in immer wenigeren Händen, eine Vorstufe, welche deren Vergesellschaftung zum Wohle Aller anbahnt.

Wie in Industrie und Handel, so ist auch in der Landwirthschaft die Nothlage eine einseitig fallende, die nur den Kleinbesitz aufreibt, während sie dem Großbesitz zu gute kommt und dessen Profite vergrößert. Hier wie da heißt es: Nothstand der Kleinen, Wohlstand der Großen. Letzterer steigt auf Kosten des ersteren. Das aus der Landwirthschaft herstammende Nationaleinkommen wächst — trotz mancher vorübergehenden Rückschläge infolge der steigenden internationalen Konkurrenz — ganz beträchtlich, obgleich die Kleinbauern in Masse gezwungen sind, ihre Landparzellen zu veräußern. Diese haben keinen Antheil an dem Mehr von Millionen, das den Großgrundbesitzern zufließt, die gleichwohl am lautesten über ihren Nothstand klagen. Gleicherweise wie in der Industrie die Anwendung der vervollkommneten Produktionsmittel, deren Anschaffung nur dem Großkapital möglich ist, den Kleinbetrieb unwiderruflich zu Grunde richtet, so geht auch in der Landwirthschaft der Ruin der Kleinwirthschaften Hand in Hand mit dem Gebrauch verbesserter, mechanischer Arbeitsinstrumente, mit der Einführung einer rationellen Bodenkultur. Auch hier bewirkt der Fortschritt zunächst riesig anschwellenden Reichthum einer winzigen Minderheit und ebenso riesig wachsende Armuth der großen Mehrheit. Die bestehenden Besitzverhältnisse bringen es mit sich, daß nur wenige sich die Vortheile der neuen Arbeitsmethoden und Arbeitsmittel auf industriellem wie landwirthschaftlichem Gebiete zunutze machen können. Die vielen, denen dies nicht möglich, wirthschaften nun unter ungünstigen Verhältnissen und müssen der Konkurrenz ihrer glücklichen Nebenbuhler erliegen.

Die Einführung der mechanischen Arbeitsinstrumente, des Dampfflugs, der Säe-, Mäh-, Raff- und Dreschmaschinen, die auf den Ergebnissen der Wissenschaft, besonders der

Chemie beruhende Düngung und Bestellung der Felder, die Erweiterung des Marktes zum Weltmarkt, die Erschließung von Ländern, die unter ausnahmsweisen Bedingungen produziren, alle diese Momente schaffen tiefe Unterschiede zwischen den Bedingungen, unter denen der Großgrundbesitzer und unter denen der Kleinbauer wirthschaftet. Die Anwendung der mechanischen Arbeitsmittel, der Dampfkraft, schränkt den Gebrauch der menschlichen und thierischen Arbeitskraft in der Landwirthschaft ein, steigert ihre Produktivität in einem nicht geahnten Grade, hat also eine bedeutende Kostenersparniß im Gefolge.

Ein einziger Arbeiter kann mittels eines Dampfpfluges ein Feld umackern, zu dessen Bestellung früher viele Pflüger und viele Zugthiere nöthig waren. Die rationelle Bewirthschaftung des Bodens steigert bei einem gleichen Quantum aufgewendeter Arbeit ganz bedeutend dessen Ertragsfähigkeit. Die Erschließung von Märkten in fremden Ländern, die verbesserten Transportmittel liefern die Gelegenheit, beim Einkauf von Düngemitteln, Sämereien 2c., beim Verkauf der agrikolen Erzeugnisse die besten Märkte aufzusuchen, d. h. beim Einkauf die billigsten, beim Verkauf die theuersten.

Der bäuerliche Kleinwirth kann jedoch von diesen Vortheilen nicht profitiren. Im Schweiße seines Angesichts und mit gespannter Aufmerksamkeit hinter dem Pflug herschreitend, bestellt er in einem Tag kaum ein Areal, das den zehnten Theil des Flächeninhaltes hat und den zehnten Theil des Ertrages vom Felde giebt, welches der Nachbar Großgrundbesitzer in der gleichen Zeit mit dem von einem halbwüchsigen Burschen geleiteten Dampfpflug bestellen läßt. Beim Säen, Mähen, Dreschen, bei Butter- und Käsebereitung, fast bei jeder landwirthschaftlichen Verrichtung zeigt sich das Gleiche. Das vom agrikolen Kleinbetrieb gelieferte Erzeugniß kostet weit mehr Arbeit als das von der Großwirthschaft erzeugte und steht doch schließlich nicht höher im Preise als jenes.

Im gleichen Nachtheile befindet sich der Kleinbauer im Punkte der übrigen rationellen Bewirthschaftung. Sogar wenn er das nöthige Wissen für eine solche erworben, was meistens nicht der Fall ist, fehlt es ihm an

dem erforderlichen Kapital, um Düngemittel, beste Sämereien, Musterthiere und ähnliches anzuschaffen. Sucht er dies dennoch zu ermöglichen, so kauft er doch im Kleinen und dadurch meist theurer und schlechter ein, als der Großwirth. Das Aufsuchen der vortheilhaftesten Märkte wird ihm meist dadurch vereitelt, daß sich die Transportkosten, mögen dieselben noch so gering sein, für die geringen Quantitäten, welche er zum Verkaufe bringt, meist nicht auszahlen.

So arbeitet der Kleinbauer von vornherein unter weit ungünstigeren Bedingungen als der Großgrundbesitzer, der außerdem von allen Vortheilen des konzentrirten, so viel Zeit und Kraft sparenden Betriebs profitirt. Der Kleinbauer kann zehnmal versuchen, den Vorsprung des Großwirths durch Anspannung seiner Arbeitskraft, der Arbeitskraft der Seinigen wett zu machen, er wird nie die gleichen Ergebnisse erreichen wie dieser. Der Ertrag seiner angestrengtesten Arbeit wird sich nie als so lohnend und einträglich erweisen als das Ergebniß der Arbeit, welches der Großgrundbesitzer in die Tasche steckt, ohne vielleicht selbst ein Glied gerührt zu haben. Der Preis der landwirthschaftlichen Produkte richtet sich eben nicht nach der individuell aufgewendeten Arbeit, welche in jedem Produkt steckt, sondern nach der gesellschaftlich nothwendigen Durchschnittsarbeit. Je mehr sich die Landwirthschaft in bezug auf ihre Wirthschaftsmethoden und Arbeitsmittel verbessert und entwickelt, um so weniger Durchschnittsarbeit umschließt auch jedes ihrer Erzeugnisse. Die Folge davon ist ein Sinken der Preise landwirthschaftlicher Produkte, das noch bedeutend verstärkt wird durch die Konkurrenz seitens der Länder, welche durch ausnahmsweise Verhältnisse den agrikolen Markt mit billigen Waaren überschwemmen können. Solange nicht der letztere Faktor in zu ausgedehnter und zu überwältigender Weise wirkt — und dies war bisher nur ausnahmsweise und vorübergehend der Fall — leidet der Großgrundbesitzer nicht durch das Sinken der Marktpreise seiner Produkte. Die niedrigeren Preise stehen hier im allgemeinen nur im Verhältniß zu der aufgewendeten geringeren Arbeit bei jedem Produkt, und die niedrigeren Preise werden reichlich aufgewogen durch die größere Produktivität der Arbeit, die

ihm erlaubt, die Menge der zu Markte gebrachten Erzeugnisse beträchtlich zu steigern. Die Einbuße beim Preise des einzelnen Artikels wird durch die riesige Steigerung der Menge der Artikel gut gemacht und mehr als gut gemacht.

Für den Kleinbauer bedeuten die niedrigen Preise der landwirthschaftlichen Erzeugnisse aber nur Verlust, denn sie stehen nicht im Verhältniß zu seinen Herstellungskosten. Wo der Großwirth trotz der Preissenkung noch immer mit Profit verkauft, da muß der Kleinbauer zum Selbstkostenpreise oder gar mit Verlust losschlagen.

So hört der kleinbäuerliche Wirthschaftsbetrieb auf, profitabel zu sein, seine Erzeugnisse finden keinen lohnenden Markt mehr, denn die Entwickelung der Transportmittel gestattet, die billigen Erzeugnisse der landwirthschaftlichen Großproduktion bis in die fernsten Weltwinkel zu vertheilen und dadurch die Preise in Krähwinkel und Buxtehute zu drücken.

Der Kleinwirth hält aber mit Rücksicht auf das bereits von Vätern und Großvätern in das Bodenstückchen gesteckte kleine Kapital, mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, den Beruf zu wechseln, alle Lebensgewohnheiten zu verändern, und wegen hunderterlei anderer Erwägungen an der Bewirthschaftung seines Eigenthümchens fest. Anfangs, wenn der Großbetrieb nicht lange und nicht in zu umfassendem Maße mit den neuen günstigen Produktionsbedingungen in den Konkurrenzkampf eingetreten, kann dies noch ohne Profite, jedoch auch ohne Verluste geschehen. Aber jede Entwicklung des landwirthschaftlichen Betriebes wird von einer Entwerthung der agrikolen Erzeugnisse begleitet, ohne daß dieser irgendwelche Kostenersparniß des Kleinbauern entspricht, bringt also den Kleinbauer dem Großkonkurrenten gegenüber immer mehr in Nachtheil. Die Erfindung einer neuen landwirthschaftlichen Maschine, die Anwendung einer neuen Bestellungsmethode genügt, daß die Bewirthschaftung eines Kleingutes nur noch mit Verlust betrieben werden kann. Der Kleinbauer von heute setzt das von dem Kleinbauern von gestern ersparte Kapital nach und nach zu, die berühmten, mit blanken Silberthalern gefüllten Strümpfe, die im Keller oder Garten verscharrten Töpfe voller Münzen werden zur Mythe. Dann kommt langsam, aber sicher die Verschuldung herangekrochen, zuerst das einfache,

vorübergehende Darlehen, dann die dauernde Hypothek. Der Bauer muß nun nicht mehr blos für sich, er muß auch für seine Gläubiger arbeiten, und dabei wird die Bewirthschaftung seines Landfleckchens immer schwerer, das Einkommen stetig schmäler. Eine Mißernte, ein Hagelschlag, ein Krieg, das Auftreten eines neuen mächtigen Konkurrenten vom Auslande her auf dem landwirthschaftlichen Markte genügt, der Scheinexistenz als selbständiger Kleinbauer ein Ende zu machen: freiwillig oder von amtswegen erfolgt die Versteigerung, der Kleingrundbesitz wird infolge eines ökonomischen Prozesses von dem Großgrundbesitzer expropriirt und aufgesaugt.

Wenn der gedrückte Kleinbauer nach der Ursache seines Ruins sucht, so weist der Großgrundbesitzer unter Klagen über seinen eignen Nothstand, auf das Ausland hin. Die ausländische Konkurrenz ist der Feind, sagt er. Das ist eitel Geflunker, das den Kleinbauer abhalten soll, die wahre Ursache seines Ruins in der Nähe, in den bestehenden alten Besitzverhältnissen bei veränderten Produktionsverhältnissen zu suchen. *Die ausländische Konkurrenz spielt bei der Vernichtung des Kleinbauernstandes dieselbe Rolle wie die ausländische Konkurrenz beim Ruin des Kleingewerbes.* Sie ist das letzte Wort der modernen Wirthschaftsverhältnisse, sie *verursacht nicht*, sie *beschleunigt* die Konzentration der in den Kleinbetrieben steckenden Kapitalien, die so wie so infolge der neuen Produktionsverhältnisse unausbleiblich gewesen, nur langsamer erfolgt wäre. Ein Land kann sich mit einer chinesischen Mauer von Schutzzöllen gegen die Konkurrenz des Auslandes abschließen, sein Kleinbauernstand wird unter den heutigen Produktionsverhältnissen doch unrettbar zu Grunde gehen, solange nämlich neben ihm eine Klasse von Großbesitzern existirt, welche allein oder fast allein in Gemäßheit der neuen vervollkommneten Produktionsverhältnisse wirthschaftet, während die Kleinbesitzer aus Mangel an Kapital nach der alten Schablone weiter schaffen. Der Feind des Kleinbetriebes ist nicht die oder jene einzelne Erscheinung des modernen Wirthschaftslebens, sondern *das herrschende Gesellschaftssystem.* Indem dieses die verbesserten und die

Produktivität unendlich steigernden Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden, und die mittels ihrer hergestellten Erzeugnisse in dem Besitz weniger läßt, verurtheilt es alle, welche nicht über die gleichen Produktionsmittel verfügen, zum steigernden Bankerott und Untergang. [1])

Die Verbesserung der Arbeitsmittel kommt fast einzig und allein den Großgrundbesitzern zu gute. Dies der Hauptgrund, weshalb sich die letzteren trotz ihres ausposaunten Nothstandes sehr wohl befinden und ihre Renten üppig gedeihen sehen, während die Kleinbauern verarmen und in das Proletariat gestoßen werden.

---

[1]) Welche bedeutenden Vortheile die Einführung verbesserter Arbeitsmittel in die Landwirthschaft verleiht, zeigte der Professor der Agronomie Grandvoinnet in einem Vortrage.

Mittels des einfachen Pfluges kann 30 mal mehr Arbeit geleistet werden, als mittels Umgrabung des Bodens. — Der mit einem Streichbrett versehene, verbesserte Pflug leistet unter gleichen Bedingungen ½ mal mehr Arbeit als der einfache Pflug. — Mit dem Doppelpflug kann bei Erhöhung der Zugkraft um die Hälfte (3 Zugthiere statt 2) zwei mal mehr Arbeit verrichtet werden, als mit dem verbesserten und drei mal mehr als mit dem einfachen Pfluge. Das Tilburysystem, wo der Pflüger nicht mehr in der Furche schreitet, sondern von einem hohen Sitze herab den Pflug mittels einer mechanischen Vorrichtung lenkt, erlaubt, die Feldbestellung von einem Manne auf einen halbwüchsigen Burschen zu übertragen.

Der Doppelpflug steigert also im Verhältniß zum einfachen Pflug die Produktivität der Arbeit um das dreifache. Aber andererseits ist seine Anschaffung etwas theurer, es erfordert ferner eine Zugkraft mehr. Dadurch ist die Anschaffung des verbesserten Arbeitsinstrumentes für den Kleinbauer schwer oder unmöglich gemacht. So kommt es, daß es in Frankreich noch Departements giebt, wo die Kleinbauern der Mehrzahl nach noch den alten einfachen Pflug anwenden, mit dem schon die Römer ihre Felder bestellten. Zwar nimmt die Feldbestellung mittels des verbesserten, mit einem Streichbrett versehenen Pflugs mehr und mehr überhand, aber die Anwendung des Pflugs mit doppelter oder vielfacher Pflugschaar bleibt fast das ausschließliche Privilegium der Großgrundbesitzer.

Der Herr Professor selber gesteht das auch zu; er will nicht erst davon sprechen, wieviel Arbeit gespart, um wieviel die Arbeit einträglicher wird durch Anwendung der mechanischen Arbeitsinstrumente und agrikolen Dampfmaschinen, „da deren Anschaffung den mittleren Landwirthen unmöglich sei." Für die Kleinbauern ist diese Anschaffung von vornherein so unmöglich, daß man die Thatsache nicht einmal mehr zu konstatiren braucht, sie versteht

Dies auch der Grund, weßhalb der Nothstand der Kleinbauern fortdauert, wenn — vorgeblich zum Schutz der nationalen Landwirthschaft — Zölle auf importirtes Getreide, Vieh, Fleisch und andere Produkte der Landwirthschaft gelegt werden. Die ausländische Konkurrenz ist natürlich den Großgrundbesitzern, resp. Grundherren unbequem, weil sie durch dieselbe gezwungen werden, ihre Preise herabzusetzen. Aber tödtlich ist dieselbe für den Großlandwirth ebensowenig, wie die englische Eisen- oder Baumwollkonkurrenz für den Hüttenkönig oder den Textilbaron. Doch Schutzzölle bedeuten eine ganz angenehme Profitvermehrung; es sind gerade die Großgrundbesitzer, denen sie zu gute kommen, indem sie es ermöglichen, auf Preise zu halten. Die durch die

---

sich von selbst! Aber auch den mittleren Landwirthen ist sie unmöglich, d. h. mit anderen Worten: nur die Großgrundbesitzer können sich der verbesserten, produktiveren Arbeitsinstrumente bedienen.

Auch die anläßlich der Jubiläumsausstellung zusammengestellten vergleichenden Zahlen über die landwirthschaftlichen Verhältnisse Frankreichs sagen deutlich, daß die verbesserten Arbeitsinstrumente fast ausschließlich den Großgrundbesitzern zu gute kommen. Und zwar, je verbesserter und damit einträglicher sie sind, um so ausschließlicher. 1789 waren in Frankreich 950 000 Pflüge in Gebrauch, 1862 2 500 000, 1889 3 000 000. Davon waren 1862 nur ein Viertel und 1889 über ein Viertel verbesserte Pflüge mit Streichbrett. Pflüge mit doppelter oder mehrfacher Pflugschar wurden 1862 fast gar nicht verwendet, 1889 beträgt ihre Zahl 160 000, dieselbe müßte aber nach Professor Tisseraud mindestens doppelt so groß sein, sollte die französische Landwirthschaft rationell betrieben werden. 1889 waren 200 000 Karste in Gebrauch, während ihre Zahl über eine Million betragen müßte. Die Zahl der Säemaschinen ist seit 1862 von 10 000 auf 30 000, die der Mähmaschinen auf 36 000, der Raffmaschinen auf 27 000, der Dreschmaschinen von 100 000 auf 215 000 gestiegen, sie müßte sich fast für alle mindestens um das zehnfache vermehren. Das gesammte agrikole Material Frankreichs repräsentirt einen Werth von 1300 Millionen Francs, während es sich, wenn es mustergültig sein und durchwegs den gemachten Fortschritten entsprechen sollte, auf mindestens 4 Milliarden belaufen müßte.

In Gemäßheit der neuen Produktionsverhältnisse bewirthschaftet, brauchte Frankreich keiner Getreideimport vom Auslande her, es könnte mit dem nationalen Bodenertrage den eignen Bedarf und noch den Ausfall an Getreide von Großbritanien decken. Das Minus an modernen landwirthschaftlichen Arbeitsmitteln, das Minus am Ertrage entfällt fast ausschließlich auf den bäuerlichen Mittel- und Kleinbetrieb.

ausländische Konkurrenz und Schutzzölle bewirkten Preissenkungen und Preissteigerungen sind hingegen für die bäuerlichen Kleinwirthe ohne großen Belang, da diese gar nichts oder nur geringe Mengen von Getreide (Vieh meist nie) zu Markte bringen. Die geringsten Preisschwankungen nach unten oder oben stellen sich jedoch bei der Massenproduktion ländlicher Erzeugnisse durch die Großwirthschaft für den Gesammtbetrag als bedeutende Verkürzungen oder Vermehrungen am Profit heraus. Der nämliche Schutzzoll, welcher das Einkommen eines großen Gutsbesitzers um etwa 30 000 Mark steigert, bringt vielleicht einem Kleinbauer höchstens eine Mehreinnahme von 6 Mark, ja einer ganzen Reihe von Kleineigenthümern, welche nicht genug für den eigenen Bedarf erbauen, wird er das Brot, die Artikel für den eigenen Bedarf noch vertheuern.

Alles in allem bleibt der Schutzzoll ohne Einfluß auf die Besserung der Lage der bäuerlichen Kleinwirthe, denn es bestehen alle wesentlichen Momente fort, welche die Erzeugnisse des landwirthschaftlichen Kleinbetriebs gegenüber denen der Großwirthschaft entwerthen. So geht es mit dem Kleinbauernthum trotz aller Schutzzölle stetig bergab und zum Ruin, während der Großgrundbesitz trotz aller ausländischen Konkurrenz munter gedeiht, durch diese — wenn nicht besondere Ausnahmen vorliegen — höchstens eine Einbuße an erwarteten Profiten, aber keinen thatsächlichen Verlust erleidet. Freilich empfinden die ländlichen Großgrundbesitzer schon die Herabsetzung ihrer Profite von unverschämten zu fetten als einen Eingriff in ihr Recht, und sie sind es grade, welche die Forderung von Schutzzöllen mit Klagen über ihren „Nothstand" vertreten, welche die Steine erbarmen könnten. Der thatsächliche Nothstand der Kleinwirthe muß den Vorwand liefern, den Wohlstand der Großwirthe noch bedeutend zu steigern.

Wollte der Staat den nothleidenden Kleinbauern in wirksamer Weise helfen, so müßte er ihnen das Kapital, bez. alle modernen agrikolen Arbeitsinstrumente zur Verfügung stellen, ihnen alle Vorbedingungen der rationellen Produktion zugänglich machen, damit sie unter den gleichen Produktionsverhältnissen wie die Großbesitzer wirthschaften

könnten, ohne dessen Konkurrenz zu erliegen.[1]) Das wird der heutige Staat nun und nimmer thun, denn er ist nur der politische Ausdruck der Interessenvertretung des Groß kapitals in jeder Form.

Ohnmächtig, den Ruin der Kleinbauern zu verhindern, haben dagegen die Schutzzölle auf landwirthschaftliche Produkte unfehlbar eine andere Wirkung: sie vertheuern die Lebensbedingungen der Konsumenten, belasten ganz besonders das Proletariat. Die Getreidezölle zumal werden zum größten Theil von der Arbeiterklasse getragen, da diese — relativ und absolut — den stärksten Brotverbrauch hat. Für den Küchenzettel der Reichen spielt das Brot eine nebensächliche Rolle, unter den Nahrungsmitteln der Arbeiter nimmt es den Hauptplatz ein. Erhöhen Zölle die Getreidepreise, so wird für die Proletarier das Brot immer mehr durch die Kartoffel verdrängt. Der Arbeiter, welchem in Folge des Getreidezolls das Brot jährlich um 80 Francs vertheuert wird, zahlt den zehnten bis zwölften Theil seines Jahreseinkommens als Tribut an die Agrarier, der Kapitalist mit 20 000 Francs Revenuen nur den 250. Theil.

Was die Großgrundbesitzer durch die Schutzzölle vom Verdienst der Arbeiter einstecken, beläuft sich jährlich auf viele Millionen. Jede französische Arbeiterfamilie, welche täglich 5 Pfund Brot konsumirt, hat infolge der bestehenden Schutzzölle eine Mehrausgabe von ca. 80 Francs.[2])

In allen Ländern haben die Schutzzölle auf landwirthschaftliche Erzeugnisse die gleiche oder ähnliche Wirkung.

Besonders die deutschen Arbeiter haben während der Legislaturperioden, welche sich seit 1878 gefolgt sind, hart empfinden müssen, was es für ein Bewenden mit dem „Schutz der nationalen Landwirthschaft" hat. Eine die Interessen des Großkapitals vertretende Hurrahmajorität konservativer Junker und bürgerlicher Liberaler

---

[1]) Natürlich müßte die Gründung von landwirthschaftlichen Produktivgenossenschaften, und wenn 10, ja 100 Millionen darauf verwendet werden, immer ein unfruchtbares Experiment bleiben.

[2]) Zu gleicher Zeit hat der Getreidezoll für die französischen Arbeiter ein anderes Resultat gezeitigt. Da nur die Einfuhr von Getreide, aber nicht von fertigem Brot mit Zoll belegt wurde,

hat die Lebenshaltung des werkthätigen Volkes durch Getreide- und Viehzölle vertheuert. Der Nothstand der Kleinbauern mußte als Feigenblatt herhalten, hinter dem sich das Profitstreben der Großgrundbesitzer versteckte. Den Kleinbauern ist es dadurch nicht um ein Haar besser gegangen; im Gegentheil, denn alles, was die Macht und den Reichthum der Großgrundbesitzer stärkt, macht diese zu um so gefährlicheren Konkurrenten, indem es sie in immer günstigere Produktionsverhältnisse versetzt.

Den Kleinbauern kann nur geholfen werden durch eine vollständige Umgestaltung der bestehenden Besitz- und Herrschaftsverhältnisse. Von einer Aufhebung des Konkurrenzkampfes zwischen Groß- und Kleinbetrieben, mit seinen vernichtenden Folgen für letztere, kann erst die Rede sein, wenn mit Aufhebung des Privateigenthums an Produktionsmitteln, Grund und Boden inbegriffen, die Möglichkeit verschwunden ist, daß sich der einzelne aneignet, was andere geschaffen haben.

Erst wenn es keine Großgrundbesitzer mehr giebt, welche jährlich hunderttausende von Renten beziehen, ohne daß sie selbst bei anderen Dingen als Wettrennen, Spielen und Vergnügungen ein Glied rühren, sondern die einfach einstecken, was hunderte von ländlichen Tagelöhnern, Knechten und Mägden mittels der Arbeitsinstrumente erzeugen, erst dann wird es auch keine sich zu Tode rackernden und doch nothleidenden Kleinbauern mehr geben.

Allerdings wird zusammen mit dem Kleinbauer auch der landwirthschaftliche Kleinbetrieb zu Grunde gehen, während das Verschwinden der Großgrundbesitzer

---

so sind in den Nachbarländern längs der Grenze eine Menge Bäckereien im Großen entstanden — zum Theil von ausgewanderten Franzosen gegründet — welche fertiges Brot in die Grenzdistrikte einführen und den einheimischen Bäckern schwere Konkurrenz machen. Die Einfuhr von fertigem Brot ist von 1885 bis 1888 von 862 000 Kilogramm auf 10 Millionen Kilo gestiegen. Die französische Bäckerei hat in der Folge die Fabrikation von ca. 3 333 000 sechspfündigen Broten verloren, deren Herstellung 50 000 Arbeitstage erfordert hätte. Der Schutzzoll hat also dem französischen Proletariat außer der Vertheuerung der Lebensmittel noch einen Verlust von 50 000 Arbeitstagen gekostet. Es kann sich bei den Herren Großgrundbesitzern für das Geschenk bedanken.

nicht mit dem der agrikolen Großwirthschaft gleichbedeutend ist. Im Gegentheil wird sich diese immer mehr verallgemeinern und die Regel werden, nur wird sie nicht mehr zum Profite Einzelner, sondern zum Nutzen der gesammten Gesellschaft funktioniren.

Die früheren Kleinbauern, wie alle in der Landwirthschaft thätigen Personen werden dabei voll und ganz ihre Rechnung finden. Allerdings werden sehr bald die meisten bäuerlichen Kleinbesitzer schon in Lohnarbeiter verwandelt sein, ohne daß bis dahin an ihrem Geschicke etwas geändert werden könnte. Erträglicher kann dasselbe nur gestaltet werden durch alle Beschränkuugsmaßregeln, welche der Ausbeutung fremder Arbeit seitens des Großkapitals in jeder Form Zügel anlegen. Maßregeln aller Art zum Schutze der Arbeit, zur Ermöglichung besserer Lebensbedingungen der Arbeiterklasse tragen dazu bei, daß sich der Kleinwirth von heute dem Großgrundbesitzer gegenüber in einer etwas weniger ungünstigen Lage befindet, sie werden ihm aber ganz besonders als Proletarier von morgen zu statten kommen.

Eine allgemeine und gute Arbeitsschutzgesetzung ist in der Gegenwart weit wirksamer für Besserung der Lage jener Bevölkerungsschicht, die für den Moment noch den Kleinbauernstand ausmacht, als alle Schutzzölle. In der Zukunft aber wird die Verwirklichung des Sozialismus auch dem ehemaligen Kleinbauer zu einer nie gekannten Höhe des Wohlstandes und der Freiheit emporheben, indem er als Arbeitsgenosse der gesellschaftlich geleiteten, mit allen wissenschaftlichen und technischen Hülfsmitteln ausgestatteten landwirthschaftlichen Großproduktion theilnimmt an allen Errungenschaften der Wirthschaft und der Kultur überhaupt.

* * *

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

XII. Heft.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung und ihre internationale Regelung.

Von

Paul Ernst-Berlin.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin SO., Oranienstraße 23.
1890.

Inhalt.

Seite

Welche Ziele steckt sich der Arbeiterschutz? 3

Das Streben des Kapitals

nach Verlängerung der Arbeitszeit 4

nach Frauen- und Kinderarbeit 8

nach Nacht- und Sonntagsarbeit, ... 10

ohne Rücksicht auf Schutz der Arbeitskraft gegen Unfalls- und Gesundheitsgefahren 13

Das Verlangen der Arbeiter nach Arbeiterschutz

aus falschen Erwartungen (Einschränkung der Arbeitslosigkeit und Steigerung der Löhne, Wiederherstellung der alten Familie) 15

aus richtigen Erwartungen (für die gesundheitliche, die geistige und sittliche Hebung des Volkes, für die Stärkung des Proletariates im Klassenkampf) . . . 19

Der heutige Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung in den einzelnen Staaten und die internationale Regelung . . . 25

Durch die Erlasse des deutschen Kaisers und die Einberufung der Berliner internationalen Konferenz ist die Frage des deutschen Arbeiterschutzes in ein neues Stadium getreten.

Da am Schutz des Arbeiters lediglich der Arbeiter selbst Interesse hat, so ist die ganze bisherige Arbeiterschutzgesetzgebung die einzige Folge der Anstrengungen, welche das Proletariat gemacht hat.[1]) Man muß sich da nicht durch die Phrasen täuschen lassen, als ob der Staat sich auf seine Pflichten als „christlicher Staat" besonnen hätte; man thut besser so, wenn man an die anderen Motive glaubt, welche die Regierung und ihre Parteien selbst geben: „der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen wegzuziehen" und „ein gutes Gewissen haben, wenn es einmal zum Ausbruch kommen sollte."

Der Arbeiterschutz ist auf der einen Seite eine nothgedrungene Concession des Staats an die Arbeiter, auf der andern Seite rubrizirt er in die bekannte Politik von Zuckerbrodt und Peitsche.

Es handelt sich bei der Frage hauptsächlich
- um die Regulirung der Arbeitszeit im allgemeinen,
- um den Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder und
- um Bestimmungen zur Unfallverhütung.

---

[1]) Ein unverdächtiger Zeuge dafür ist wohl Fürst Bismarck: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existiren." (26. Nov. 1884).

I.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Hand in Hand geht die Verlängerung der Arbeitszeit und das Hineinziehen der Frauen und Kinder in die Produktion.

Welches sind die Gründe dafür, und zunächst, welches ist der Grund für das Verlangen der Kapitalisten, die Arbeitszeit auszudehnen?

Der Lohn, welchen der Unternehmer dem Arbeiter bezahlt, stellt nicht das Aequivalent für die geleistete Arbeit dar; denn sonst müßte der Arbeiter desto mehr Lohn bekommen, je länger er arbeitet; wir sehen aber überall, wo lange Arbeitszeit herrscht, den Lohn im Gegentheil eher niedriger als dort, wo kurze Arbeitszeit üblich ist.

Der Lohn stellt nicht die Bezahlung der Arbeit dar, sondern die Bezahlung der Arbeitskraft. Der Arbeiter kommt auf den Arbeitsmarkt; die Waare, welche er zu Markte trägt, ist seine Kraft. Der Unternehmer kauft die Kraft, auf sage eine Woche. Der Preis, welchen der Arbeiter für seine Arbeitskraft erhält, wird bestimmt durch die Herstellungskosten dieser Waare. Die Herstellungskosten — das ist sein Essen, Trinken, seine Wohnung, Kleidung — kurz alles, was der Arbeiter zum Leben, und damit zur Erhaltung, täglichen Neuschaffung seiner Arbeitskraft nöthig hat.

Aber diese Unterhaltsmittel werden nicht etwa bestimmt durch sein Belieben. Es giebt beständig eine große Zahl beschäftigungsloser Arbeiter, die sogenannte „industrielle Reservearmee", welche auf den Markt drücken sie sind froh, wenn sie ihre Arbeitskraft überhaupt verkaufen können, damit sie nicht verhungern; und deßhalb stellen sie den allerniedrigsten Preis, der gerade für die nothwendigsten Bedürfnisse hinreicht. Durch die Existenz der Reservearmee wird bewirkt, daß der Lohn niemals höher ist, als die allerknappste Lebenshaltung des Arbeiters erfordert.

Das ist das „eherne Lohngesetz": der Arbeiter verdient genau so viel, daß er sich erhalten kann.

Der Kapitalist hat nun die Arbeitskraft mit dem Arbeiter, nachdem er sie gekauft. Denn die Arbeitskraft

läßt sich nicht vom Arbeiter trennen; mit der Arbeitskraft trägt der Arbeiter seine eigene Haut zu Markte. Die beiden, Unternehmer und Arbeiter, gehen jetzt nach der Fabrik. Der Unternehmer sagt: ich habe die Arbeitskraft gekauft, ich kann also jetzt mit ihr machen, was ich will, und was am vortheilhaftesten für mich ist. Ich werde sie arbeiten lassen.

Und nun läßt er sie arbeiten.

Denken wir uns, daß die tägliche Lebenserhaltung des Arbeiters, sein Essen, Trinken und so fort, die Verkörperung von 5 Stunden gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit ist, daß in *seinen Lebensmitteln 5 Stunden Arbeit* stecken; demnach wird, da der Lohn ja gleich den nothwendigen Lebensbedürfnissen des Arbeiters ist, der *Lohn* des Arbeiters, den er vom Unternehmer bekommt, *gleich* dem *Werthe* von *fünf Arbeitsstunden* sein. Wenn der Arbeiter jetzt also fünf Stunden gearbeitet hat, so hat er seinen Lohn „verdient"; der Unternehmer hat in dem Produkt, welches der Arbeiter ihm in fünf Stunden geliefert hat, das Aequivalent für den Lohn, den er ihm bezahlt. Wenn es ihm nun um weiter nichts zu thun wäre, so könnte er ihn nach Hause gehen lassen.

Aber der Kapitalist will ein „Geschäft" machen, er will *mehr* Geld zurückbekommen, als er ausgegeben hat. Und da er die Arbeitskraft gekauft hat, so sagt er zu sich: ich kann ja doch mit meinem Eigenthum machen, was ich will! Ich werde den Arbeiter *länger arbeiten* lassen, als fünf Stunden.

Für die fünf Stunden hat er den Arbeiter bezahlt, indem er ihm Lohn giebt; was der Arbeiter *mehr* als fünf Stunden arbeitet, das hat er ihm *nicht bezahlt*, das ist sein *reiner Gewinn*, der ihm ohne Aequivalent in die Tasche fließt, ein „*Mehrwerth*", der durch „*Mehrarbeit*" produzirt wird.

Natürlich hat der Kapitalist nunmehr ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß der Arbeiter *möglichst lange arbeitet*; je länger, je lieber; denn da alles, was er über fünf Stunden hinausarbeitet, für ihn der reine Profit ist, so ist natürlich jede Stunde, die er länger arbeitet, mehr Profit. Wenn nicht die Natur so dumm gewesen wäre,

Ermüdungsgrenzen und Bedürfnisse nach Ruhe und Schlaf einzurichten, so könnte er den Arbeiter vierundzwanzig Stunden den Tag arbeiten lassen, wo dann der Arbeiter 5 Stunden bezahlte und 19 Stunden unbezahlte Arbeit leistete. Aber so weit, wie es geht, spannt er den Arbeitstag aus; und damit nicht etwa durch das Essen Zeit verloren wird, so gewährt er keine Mittagspause — dann hätte er ja eine halbe Stunde weniger Profit — sondern er verlangt, daß die Arbeiter während der Arbeit essen.

Der Unternehmer dehnt den Arbeitstag also aus, weil jede Stunde über die Zeit, welche zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich ist, sich für ihn als reiner, kostenloser Gewinn darstellt.

Verschleiert wird das etwas durch die Einrichtung der Ueberstunden. Es ist ein normaler Arbeitstag angenommen; was der Arbeiter über ihn hinausarbeitet, wird ihm als Ueberstunde angerechnet, die ihm besonders bezahlt wird, und zwar etwas höher, als er sonst im Durchschnitt die Arbeitsstunde bezahlt bekommt.

Allein auch die Arbeitszeit der Ueberstunden zerfällt in die beiden Theile: in den ersten, welcher dem Arbeiter bezahlt ist, und in den zweiten, welcher ihm nicht bezahlt ist; nur, daß der erste Theil dieses Mal etwas größer ist, als unter den normalen Verhältnissen. Die Ueberstunden können allmählich Regel werden; dann entwickelt sich das Verhältniß so, daß der Lohn zurückgeht, und zuletzt der Lohn von dem normalen Arbeitstag + Ueberstunde gleich dem früheren Lohn, und also gleich dem Minimum von Existenzmitteln für den Arbeiter ist.

Einige Thatsachen mögen als Beispiel dienen.

Klassisch ist die Geschichte der Verlängerung des Arbeitstages in England. Von Mitte des 14. bis Ende des 17. Jahrhunderts wird der verlängerte Arbeitstag, den Arbeitern durch die politische Gewalt aufgezwungen, weil damals die ökonomischen Verhältnisse noch nicht stark genug waren. Das erste derartige Gesetz fand einen Vorwand in der großen Pest, welche die Bevölkerung dezimirte sodaß die Schwierigkeit, Arbeiter zu räsonnablen Preisen

an die Arbeit zu setzen, in der That unerträglich wurde." (1349). 1496 wird bestimmt, der Arbeitstag solle im Sommer von 5—7, im Winter von 5 bis zur Dunkelheit währen; dabei waren 3 Stunden für Eßpausen vorgesehen. 1562 schränkt ein neues Gesetz die Eßpausen auf 2½ und 2 Stunden ein. Die Kapitalisten konnten jedoch das in diesem Gesetze ausgedrückte Ideal nicht erreichen; noch zu Pettys Zeit arbeitete der Engländer nur 10 Stunden mit Einschluß der Pausen. 1770 konstruirte ein Oekonom das Ideal eines Arbeitshauses, wo ein thatsächlicher Arbeitstag von 12 Stunden herrschen sollte.[1])

Zur Illustrirung dessen, was die Unternehmer unter Essenspause verstehen, wollen wir aus G. Adler, „der internationale Arbeiterschutz" einige Bemerkungen zitiren: . . „Eine Vormittagspause von 10 Minuten, während welcher aber die Maschinen im Gange bleiben, indeß von einer eigentlichen Ruhe nicht gesprochen werden kann, vielmehr nur die Erlaubniß gegeben wird, in der genannten Zeitpause einen Imbiß einzunehmen." (S. 12). „So oft Detailuntersuchungen vonseiten unparteiischer Nationalökonomen angestellt sind, hat sich ergeben, daß die sogenannten Pausen zum Theil nicht inne gehalten, sondern mehr oder weniger in die Arbeitszeit mit einbezogen sind. Die Pausen stehen theilweise nur auf dem Papier" (S. 14). Und so fort.

Nach den, freilich nicht sehr zuverlässigen, Berichten der preußischen Fabrikinspektoren beträgt die Arbeitsdauer in der Textilindustrie des Regierungsbezirks Düsseldorf 13½—14 Stunden, incl. angeblich 1½—2 Stunden Pause; im Bezirk Potsdam-Frankfurt allermindestens 12 Stunden; in Breslau-Liegnitz 10 -13; in Oppeln 10—18; in landwirthschaftlichen Industriezweigen 14—21; in der Mühlenindustrie 16—18.

Naturgemäß finden sich die längsten Arbeitstage in den Hausindustrieen, in zurückgebliebenen Industriezweigen und dort, wo die gewerblichen Anlagen in entlegenen Gegenden eingerichtet sind.

---

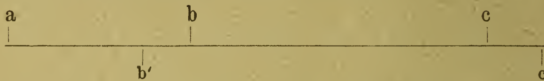
[1]) Marx, das Kapital, I. 2. Aufl. S. 266 ff.

II.

Die zweite Frage des Arbeiterschutzes betraf die *Frauen- und Kinderarbeit.*

Weshalb hat der sich entwickelnde Kapitalismus die Tendenz, statt kräftiger Männer immer mehr Frauen und Kinder an die Arbeit zu stellen?

Zur Erläuterung wollen wir die Arbeitszeit des Arbeiters in einer geraden Linie darstellen.



Die Linie a c stelle den ganzen Arbeitstag dar. Davon sei der Abschnitt a b die Zeit — wir hatten sie vorhin als 5 Stunden angenommen — welche der Arbeiter braucht, um seine Arbeitskraft zu reproduziren oder „seinen Lohn zu verdienen"; b c sei derjenige Theil der Arbeitszeit, welcher dem Unternehmer als Gewinn in die Tasche fließt, für welche er kein Aequivalent gezahlt hat, die Mehrarbeitszeit, in welcher der Mehrwerth hergestellt wird; er betrage hier 7 Stunden.

Nun ist klar: Der Vortheil der Kapitalisten kann größer werden, wenn a c über c hinaus *verlängert* wird, etwa bis c'; wenn c c' eine Stunde beträgt, so hat der Kapitalist jetzt statt 7 Stunden, *8 Stunden Vortheil.*

Er kann aber auch Vortheil haben, wenn die Linie a b von b an *verkürzt* wird, etwa um b b'; b b' sei gleichfalls eine Stunde; auch in diesem Fall hätte der Unternehmer statt der früheren 7 jetzt *8 Stunden Vortheil.*

Im ersten Falle hatte er Vortheil, indem er einfach die Arbeitszeit verlängerte; im zweiten Falle, indem er diejenige Arbeitszeit, welche zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich war, verkürzte.

Das ist natürlich nur dann möglich, wenn er Arbeiter einstellt, welche weniger Bedürfnisse haben. Solche Arbeiter sind Kinder und Frauen.

Kinder und Frauen gebrauchen aus verschiedenen Gründen weniger Mittel zu ihrer Lebenserhaltung; sie arbeiten deshalb für weniger Lohn; und vergrößern da-

durch den Vortheil des Unternehmers. In einer Zeit, wo mit Maschinen gearbeitet wird, läßt sich das natürlich sehr leicht machen. Da Frauen und Kinder schwächer sind als Männer, so könnten sie die Männer nicht ersetzen, wenn es auf die Körperstärke ankäme; aber bei der Bedienung der Maschinen kommt es auf Stärke nicht an.

Vorher, als nur der Mann produktiv arbeitete, gehörte zu dem Lohn, welcher das für seine Lebenshaltung Nothwendige ausdrückte, auch die Erhaltung seiner Familie, er verdiente für Frau und Kinder mit. Jetzt, wo Frau und Kinder gleichfalls arbeiten, verdienen alle zusammen so viel, wie die Familie gebraucht.

Der Unternehmer stellt also Frauen und Kinder an die Arbeit, weil sie billigere Arbeitskräfte abgeben, und weil sein Gewinn um so viel größer ist, je kleiner der Lohn ist, den er zahlen muß.

Die Ausdehnung, in welcher Weiber und Kinder beschäftigt und ausgebeutet werden, mögen einige Notizen zeigen.

Nach den betreffenden Berichten der preußischen Fabrikinspektoren wurden in den Aufsichtsbezirken beschäftigt:

Kinder im Alter von 12—14 Jahren:

1888:	4 019	männliche,	2 206	weibliche,	zusammen	6 225
1886:	3 937	„	2 055	„	zusammen	5 992

Jugendliche Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren:

1888:	68 513	männliche,	29 501	weibliche,	zusammen	98 014
1886:	53 578	„	24 487	„	zusammen	78 065

In ganz Deutschland wurden beschäftigt:

Arbeiter von 12—16 Jahren:

1888:	124 526	männliche,	67 639	weibliche,	zusammen	192 165
1886:	99 545	„	56 037	„	„	155 582
1884:	98 955	„	55 404	„	„	154 359

Während die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter in Deutschland von 1884 auf 1886 nur um 0,8 pCt. wuchs, stieg sie 1886 auf 1888 um 23 pCt.

Um die Rücksichtslosigkeit zu charakterisiren, mit welcher die Unternehmer die Kinderarbeit ausbeuteten, giebt Adler eine Zusammenstellung der ersten Schutzgesetze.

England verbietet 1802 für einige Industrieen die Nachtarbeit der Kinder und gestattet eine tägliche Arbeitszeit von höchstens 12 Stunden. Das Gesetz wurde nicht gehalten, wie ein amtlicher Bericht von 1833 konstatirt. — 1833 wird das Minimalalter der zu beschäftigenden Kinder auf 9 Jahre festgesetzt.

Frankreich verbietet 1841 die Arbeit der Kinder unter 8 Jahren und beschränkt den Arbeitstag für Kinder von 8—12 Jahren auf 8 Stunden, den der jugendlichen Arbeiter von 12—16 Jahren auf 12 Stunden. Dabei waren noch Ausnahmen vorgesehen, welche die Nachtarbeit selbst für achtjährige erlaubten. Auch dieses Gesetz galt bloß auf dem Papier.

Hier ist nichts hinzuzufügen. Was verboten wurde, war allgemeiner Gebrauch. Nachtarbeit von Kindern unter 8 Jahren, mehr als zwölfstündige Arbeitszeit für die Kinder — man denke, daß der Oekonom des vorigen Jahrhunderts die zwölfstündige Arbeitszeit für Männer in dem Ideal von einem „Arbeitshaus“ einführen wollte! Was vor einem Menschenalter das Maximum von Arbeitszeit war, das man einem Erwachsenen in seinen kühnsten Träumen zutraute — das war jetzt das Minimum für Kinder, das noch nicht einmal eingehalten wurde!

Und dabei ist der Profit, den der Unternehmer durch die Kinderarbeit hat, noch nicht einmal so sehr bedeutend. Rösicke, selbst Kapitalist, hat ausgerechnet, daß das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit für Sachsen pro Fabrik einen jährlichen Verlust von 200 Mk. bedeuten würde.

Ebenso grauenhafte Verhältnisse treten uns bei der Frauenarbeit entgegen. Indessen mögen die für die Kinderarbeit mitgetheilten Thatsachen genügen.

III.

Ein drittes Moment, welches beim Arbeiterschutz in Frage kommt, ist die Nacht- und Sonntagsarbeit.

Für den Unternehmer sind, um ihn für Nacht- und Sonntagsarbeit zu interessiren, zum Theil dieselben Gründe maßgebend, welche ihn zur Verlängerung des Arbeitstages überhaupt treiben; zum Theil bekommen noch andere

Motive hier eine besondere Wichtigkeit, die dort von mehr untergeordneter Bedeutung waren.

Für den Unternehmer ist es vortheilhaft, wenn er die Arbeiter so lange wie möglich arbeiten läßt, und deshalb ist es auch vortheilhaft für ihn, wenn er sie am Sonntag in die Fabrik bekommen kann. Welchen Vortheil aber hat er davon, wenn er eine zweite Kompagnie Arbeiter anwirbt, welche die erste ablöst und des Nachts arbeitet?

Um kapitalistisch zu produziren, genügt es nicht, daß der Unternehmer die Arbeitskraft kauft; er muß auch die Produktionsmittel kaufen, mit welchen der Arbeiter arbeitet. Er läßt den Arbeiter ja nur arbeiten, um die Mehrarbeit von ihm zu bekommen; die Produktionsmittel sind das Instrument, mit Hülfe dessen die Mehrarbeit aus ihm herausgepreßt wird.

Wenn der Arbeitstag auch noch so sehr in die Länge gezogen wird, eine Zeitlang müssen die Arbeiter doch ausruhen. Die Produktionsmittel, das Instrument, Mehrarbeit herauszuziehen, liegt brach. Dieses Brachliegen ist Verlust in den Augen des Kapitalisten, ist ein nutzloser Kapitalvorschuß. Weßhalb soll man dem nicht abhelfen? Weßhalb soll man nicht die heimkehrende Arbeitstruppe durch eine andere ablösen, welche des Nachts arbeitet?

Denken wir uns den Arbeitstag von 12 Stunden, den wir vorhin in unserem Beispiel angenommen hatten. Von diesen 12 Stunden waren 5 für die Reproduktion des Lohnes bestimmt, 7 lieferten Mehrwerth. Wirbt der Kapitalist einen ablösenden Arbeitertrupp, der des Nachts arbeitet, während die andern schlafen, so wird noch einmal 12 Stunden gearbeitet; diese 12 Stunden theilen sich wieder in 5 und 7; und das Resultat ist, daß der Kapitalist in 24 Stunden, statt der früheren 7, jetzt 14 Stunden Mehrarbeit geliefert bekommt. Das sticht ihm in die Augen!

Er hat aber noch andere Vortheile dadurch.

In den Produktionsmitteln steckt fixes und zirkulirendes Kapital. Fixes Kapital ist etwa das Fabrikgebäude, die Maschinen, das Handwerkszeug; zirkulirendes die Rohstoffe; etwa Baumwolle. In dem Produkt, das fertig gestellt ist, steckt außer der reproduzirten Arbeitskraft und dem Mehrwerth auch noch der reproduzirte Werth des Rohmaterials

und der reproduzirte Werththeil, der an der Maschinerie, dem fixen Kapital, verschleißt. Das Rohmaterial giebt seinen Werth stets direkt und voll an das Produkt ab, das fixe Kapital nur in Raten. Wird bloß 12 Stunden gearbeitet, so soll etwa die Maschinerie ihren vollen Werth erst in 10 Jahren abgegeben haben; wird 24 Stunden gearbeitet, so giebt sie ihn offenbar schon in 5 Jahren ab. Im zweiten Fall zirkulirt also das fixe Kapital noch einmal so schnell. Bei Beginn des ersten Produktionsprozesses muß nun das fixe Kapital schon ganz vorgeschossen sein; der Kapitalist ohne Nachtarbeit muß es also auf 10 Jahre, der Kapitalist mit Nachtarbeit braucht es nur auf 5 Jahre vorzuschießen. Der zweite hat sein Kapital eher wieder in der Hand.[1])

Davon hat er verschiedene Vortheile.

Erstens: er paralysirt die Nachtheile, welche der „moralische Verschleiß" seines fixen Kapitals für ihn mit sich bringt. Der sogenannte moralische Verschleiß bedeutet das Werthloswerden einer Maschinerie durch neue Erfindungen. Denken wir uns den Kapitalisten, welcher zehn Jahre zur ordnungsmäßigen Zirkulation seines fixen Kapitals braucht. Nach fünf Jahren soll eine neue Maschine erfunden werden, welche so ungeheure Vortheile bietet, daß er sie einführen muß, wenn er nicht aus der Konkurrenz ausfallen will. Er verliert dadurch ziemlich die Hälfte des Kapitals, das er in seine Maschinerie gesteckt hat. Der andere Kapitalist, welcher nachts arbeiten läßt, macht, daß der Werth seiner Maschinerie schon in fünf Jahren reproduzirt wird; er hat also keinen Nachtheil, wenn er nach fünf Jahren die neue Erfindung einführt.

Zweitens: die schnellere Erneuerung des fixen Kapitals erleichtert ihm die Produktion auf erweiterter Stufenleiter. Das Geschäft hat die Tendenz, sich auszudehnen, entsprechend der allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Ausdehnung erfordert einen größeren Vorschuß von fixem Kapital. Je kürzer die Umschlagsperioden seines Kapitals sind, desto bequemer und schneller

---

[1]) Marx „Das Kapital" Bd. II, S. 308.

macht sich das. Der eine muß zehn Jahre warten, ehe er den Betrieb erweitern kann, der andere kann das schon in fünf Jahren.

Drittens: ein Umstand, der lediglich in der praktischen Handhabung liegt: bei bestehendem Ablösungssystem können leichter die hemmenden Bestimmungen umgangen werden, daß jugendliche Arbeiter, welche den meisten Mehrwerth geben, nur eine bestimmte Zeit arbeiten dürfen. Der Unternehmer thut eben, was er thun kann, so lange er nicht erwischt wird. Es würde zu weit führen, die Praktiken zu schildern, welche hier angewandt werden. Marx im „Kapital"[1]) giebt verschiedenes Thatsachenmaterial.

Daß trotz alledem die Nachtarbeit und das Ablösungssystem nicht so sehr verbreitet ist, liegt natürlich nicht an der Humanität der Unternehmer, sondern daran, daß die Sache einen sehr fatalen Haken hat; die Arbeiter schaffen nämlich naturgemäß des Nachts weniger und schlechter, als am Tage, sie „ruiniren eben so viel, wie sie arbeiten." Deßhalb ist die profitable Nachtarbeit nur gebräuchlich, wo es sich um nicht leicht zu ruinirende Produkte und Produktionsmittel handelt, oder wo der Betrieb nachts trotzdem noch vortheilhaft ist, weil auf jeden Fall Produktionsmittel ausgegeben werden müssen — etwa bei Hochöfen, welche auch des Nachts im Gang erhalten werden, oder bei Saisonarbeiten in der Saison, wo noch andere Umstände einwirken.

Jedenfalls ist auch für die Nachtarbeit das treibende Motiv die Sucht der Kapitalisten nach Mehrwerth.

IV.

In allen drei bis jetzt behandelten Fällen ist das Motiv der Kapitalisten dasselbe.

In den beiden ersten Fällen steigert sich die Rate des Mehrwerths, d. h. das Verhältniß der unbezahlten zur bezahlten Arbeit, der Ausbeutungsgrad des Arbeiters; im dritten Fall wird die Masse des Mehrwerths größer,

[1]) Bd. I, S. 254 ff. der 2. Aufl.

als die Summe der unbezahlten Arbeit, welche sich der Kapitalist aneignet.

Sein Geschäftchen macht er in beiden Fällen, und daher erklärt sich der Aerger, den er gegen jeden Arbeiterschutz hegt — trotzdem er, wie wir nachher sehen werden, in den wichtigsten Fragen gar nicht in seinem Gewinn beeinträchtigt wird. Der Aerger wirkt in dem gegenwärtigen Fall unserer Konferenz um so possirlicher, weil er sich nicht zu äußern wagt; denn unsern biedern Bourgeois schwebt außer dem verlockenden Phantom des unbeschränkten Mehrwerths noch das entsetzliche Schreckbild des rothen Gespenstes vor, und zwischen dem entzückenden Klingen der Goldstücke hört er verschiedene andere, ihn weniger anmuthende Klänge. Die Freude wird ihm zu sehr durch die Angst versalzen. Und da befolgt er lieber die Politik des Fuchses in der Falle, der sich das Bein abbeißt, um nicht Bein und Leben zu verlieren.

Für sich und verschieden von den drei betrachteten Stücken steht die Frage der Unfallverhütung, die ja auch mit zu dem Arbeiterschutz gehört.

Der Arbeiter kostet dem Kapitalisten nichts, und wenn der Arbeiter Arme oder Beine verliert, so ist das dem Unternehmer völlig gleichgültig. Er entläßt einfach den Krüppel und nimmt einen neuen Arbeiter an. Durch geeignete Vorrichtungen sind freilich die Unglücksfälle zum größten Theil zu verhüten. Allein das Anbringen solcher Vorrichtungen kostet Geld, verschlingt einen Theil von dem Gelde, das Kapitalfunktionen ausüben soll. Das Geld, das für Schutzvorrichtungen ausgegeben ist, bringt keine Zinsen; Grund genug, daß der Kapitalist keine Schutzvorrichtungen anbringt.

Diese Rücksichtslosigkeit scheint unglaublich, wie so mancher Charakterzug des Kapitals unglaublich scheint. Aber es ist so. „Eine einzige scutching mill zu Kildinan zählte von 1852—1856 sechs Todesfälle und sechzig schwere Verstümmlungen, welche alle durch die einfachsten Anstalten, zum Theil von wenigen Schillingen, vorgebeugt werden konnte.“ [1])

---

[1]) Marx „Kapital“ I. S. 506.

Man denke an die Vernachlässigung der einfachsten und billigsten Reinlichkeits- und Ventilationsvorrichtungen in den Fabriken; und so fort.

Schutz vor Unfall und vor gesundheitlicher Schädigung der Arbeiter kostet dem Kapitalisten Geld; und da er das Geld besser zum Hecken von Mehrwerth anlegen kann, so fällt es ihm nicht ein, für die Gesundheit des Arbeiters zu sorgen.

V.

Die Interessen des Unternehmers und die Interessen des Arbeiters bilden die entschiedensten Gegensätze; was für den einen gut ist, das ist für den andern schlecht, und umgekehrt. So wenig geneigt daher der Unternehmer zum Arbeiterschutz ist, so sehr wünschenswerth erscheint der Schutz dem Arbeiter.

Zum Theil aus falschen Erwartungen. Der Arbeiter glaubt durch Schutzgesetze eine Beschränkung der Arbeitslosigkeit, Verminderung der industriellen Reservearmee, und damit ein Steigen der Löhne erzielen zu können; auch hat er die Hoffnung, die alte Familie wieder herzustellen, wie sie vor dem Hereinziehen der Frauen und Kinder in die Produktion bestand.

Beides ist unmöglich. Betrachten wir zunächst die Frage der Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Es scheint ja sehr plausibel zu sein, wenn man vorrechnet: bei 12 Stunden Arbeitszeit sind hundert Arbeiter erforderlich; wird die Arbeitszeit von 12 Stunden auf 10 eingeschränkt, so müssen demgemäß mehr Arbeiter eingestellt werden, nämlich im ganzen 120. Es haben also 20 Arbeiter jetzt Arbeit, welche früher keine Arbeit hatten. Die industrielle Reservearmee wird verkleinert. Dadurch wird der Druck auf den Arbeitsmarkt geringer, und die Löhne steigen. — Dasselbe findet statt, wenn die Frauen- und Kinderarbeit eingeschränkt und die Sonntagsarbeit verboten wird.

Allein so hübsch glatt geht die Sache nicht ab. Das Kapital hat durchaus keine Lust, sich seinen Gewinn beschneiden zu lassen; und wenn der Arbeitstag verkürzt wird,

so findet es schon ein Mittel heraus, um das Verlorene wieder einzubringen. Die Arbeit muß eben jetzt intensiver betrieben werden. Es werden neue Maschinen eingestellt, welche rascher arbeiten und den Arbeiter gleichfalls zu größerer Thätigkeit zwingen, und so wird in kurzer Zeit erreicht, daß von denselben Arbeitern in 10 Stunden dieselbe Produktenmenge hergestellt wird, die vorher von ihnen in 12 Stunden hergestellt wurde; daß die Arbeitslosigkeit vermindert wird, davon ist nicht die Rede. Die Arbeiter müssen sich in 10 Stunden ebensoviel abhetzen, wie früher in 12 Stunden — der einzige Erfolg ist, daß sie 2 Stunden mehr für sich haben. Außer der Aufstellung neuer, zu intensiverer Arbeit zwingender Maschinen, zu welcher die Einführung eines Maximalarbeitstages das Motiv ist, wirkt noch der Umstand ein, daß der Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit frischer bleibt und daher in der Stunde des kürzeren Arbeitstages auch an sich schon mehr leisten kann, wie in der Stunde des längeren.

1832 wurde in England für einige Industrieen der Arbeitstag auf 12 Stunden verkürzt. Der Erfolg war, daß der Spinner jetzt 4400 Auszüge machte, während er noch 1825 in derselben Zeit nur 1640 machte.

1847 wurde das Zehnstundengesetz in den Baumwoll-, Woll-, Seiden- und Flachsfabriken eingeführt. Die Folge war, daß die Geschwindigkeit der Throstlespindel sich von 4500 Drehungen in der Minute auf 5000 steigerte, die der Mulespindel von 5000 auf 6000.

„Die Engländer sagten noch 1876, die Fabrikgesetzgebung habe das weitere Fortschreiten ihrer Industrieen ganz unbehindert gelassen. Noch im Jahre 1884 führten die Eisenarbeiter des Nordens von England vor einem Schiedsgericht den siegreichen Nachweis, daß der Wegfall der Montagsarbeit nicht zu einer Minderung der Produktion und Steigerung der Produktionskosten geführt habe; vielmehr hätten die Arbeiter nunmehr an den 5 Wochentagen mehrgeleistet, als früher in 6, und der Wegfall der Heizung von Sonntag auf Montag habe zu beträchtlichen Kostenersparnissen geführt. Aehnlich berichtete der eidgenössische Fabrikinspektor Schuler 1887 auf dem hygienischen Kongreß in Wien, in der Schweiz hätte die Erfahrung gezeigt, daß die durch

das Gesetz erfolgte Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden, also um 8½ pCt., in kurzem in den minder gut eingerichteten Baumwollspinnereien einen Ausfall von nur 3, in gut eingerichteten von nur 2—1½ pCt. ergeben habe." [1])

Allerdings hat die Intensifikation des Arbeitsprozesses auch ihre Schattenseiten; sie wirkt nicht minder unheilvoll auf die Gesundheit der Arbeiter, wie die überlange Arbeitszeit; und deshalb schließt sich jetzt folgerichtig das Verlangen nach dem achtstündigen Arbeitstag, an den erlangten zehnstündigen.

Natürlich läßt sich der Arbeitsertrag auf diese Weise nicht grenzenlos steigern; allein die Grenzen würden sich jedenfalls nur durch Versuche feststellen lassen. Bis jetzt haben sie sich noch nicht gezeigt; und es ist daher unrichtig, wenn Adler in seiner Schrift bereits jetzt die Grenze als erreicht annimmt und an eine Einschränkung der Produktion durch den Maximalarbeitstag glaubt. Jedenfalls, wie die Dinge jetzt noch liegen, kann ein Maximalarbeitstag die Arbeitslosigkeit nicht vermindern und also auch nicht die Löhne erhöhen.

Der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit könnte — freilich in sehr bescheidenen Grenzen — eine derartige Wirkung ausüben, indem eine Reihe Arbeitsplätze, welche früher mit Weibern und Kindern besetzt waren, jetzt von Männern ausgefüllt würden. So berichten die preußischen Fabrikinspektoren z. B. von 1888 verschiedentlich, daß die gesetzlichen Beschränkungen in manchen Industriezweigen die Folge gehabt haben, daß namentlich jugendliche Arbeiter weniger eingestellt werden. Indessen mögen da auch wohl noch andere Momente mitspielen, die von den betreffenden Gewerberäthen nicht mit angeführt sind. Auch sonst finden sich Notizen, die auf einen ähnlichen Einfluß des Schutzes der Frauen- und Kinderarbeit hinweisen. Der anonyme Verfasser der Arbeit „Internationale Arbeitsgesetzgebung" in Seyfferths „Staatswirthschaftlichen Abhandlungen" zitirt z. B. die Klagen des schlesischen Fabrik-

[1]) L. Brentano „Ueber internationalen Arbeiterschutz" im „Deutschen Wochenblatt."

inspektors, daß die Verschiedenheit der Gesetzgebung des hier zusammenstoßenden Oesterreich und Preußen zu üblen Folgen führe; in Oesterreich waren damals die Verordnungen laxer, als in Preußen, und die österreichischen Fabrikanten konnten daher ihre Waare billiger verkaufen. Das bedeutet, daß in Preußen theuere Männerarbeit angewendet werden mußte, in Oesterreich billige Kinderarbeit; in Preußen wurden demgemäß mehr Männer eingestellt, als in Oesterreich, die Arbeitslosigkeit wurde hier etwas vermindert durch die Schutzgesetze. Der Einfluß ist aber so minimal, daß er kaum in Frage kommt.

Die zweite Hoffnung, welche der Arbeiter auf die Schutzgesetzgebung setzt, ist die Wiederherstellung der alten Familie.

So lange der Mann der einzige Produzent in der Familie war, hatte er natürlich das Uebergewicht über die anderen Glieder. Er konnte Frau und Kinder tyrannisiren, denn sie waren ja ökonomisch von ihm abhängig, er erhielt sie. Das ist die alte Familie, welche monarchisch organisirt ist. Sobald Frau und Kinder mit arbeiten, kann sich das nicht mehr halten. Die übrigen Familienglieder verlangen dieselben Rechte, wie der Familienvater; und wenn er ihre Wünsche nicht erfüllen will, so haben sie immer das einfache Mittel zur Verfügung: sie drohen von ihm fort zu ziehen; denn sie sind ja ökonomisch selbständig. Die monarchische Herrlichkeit des Mannes ist auf immer dahin, die Familie bekommt eine demokratische Verfassung.

„Die Erziehung der Kinder ist leider in vielen Arbeiterfamilien, wo meist die Frau mit verdienen muß, eine mangelhafte, und das Gefühl der Zusammengehörigkeit ein so lockeres, daß die Kinder, sobald sie Geld verdienen, sich eine Kontrole der Eltern überhaupt nicht gefallen lassen wollen. Wenn solche Kinder bei den Eltern wohnen bleiben, so zahlen sie ihnen nur das Kostgeld, und verbrauchen den übrigen Lohn, wie es ihnen beliebt. Die Eltern wagen keine Einwände zu machen, weil die Kinder sonst einfach drohen, bei anderen Leuten in die Kost zu gehen.“ [1])

---

[1]) Jahresberichte der preuß. Gewerberäthe für 1888, S. 205.

Offenbar entwickelt sich hier die neue Familie mit den veränderten sozialen Verhältnissen. Daß die Form derselben auf jeden Fall besser ist, wie die der alten, ist klar; die Knechtschaft der Weiber wird aufgehoben, und die Kinder werden durch ihre früh erlangte Selbständigkeit zu kräftigeren und energischeren Menschen herangebildet, wie früher.

Natürlich ist es dem Mann nicht angenehm, von seinem Herrscherthron gestoßen zu werden; er kann sich nur schwer an die Gleichberechtigung von Frau und Kind gewöhnen, und deshalb sehnt er sich nach dem früheren Zustand zurück. Er glaubt, daß ihm die Schutzgesetzgebung dazu helfen könne.

Aber diese Hoffnung ist falsch. Die Frauen- und Kinderarbeit läßt sich einschränken so weit, daß sie Leben und Gesundheit nicht allzusehr ruinirt; aber ganz verbieten läßt sie sich nicht; ganz abgesehen davon, daß das eine reaktionäre Handlung wäre. Die alte Familie ist vernichtet, und keine Schutzgesetze können sie wieder herstellen.

VI.

Wirklich zu erwarten hat der Arbeiter: relativen Schutz der Gesundheit und damit Erhaltung der Volksgesundheit und Gewinn von Zeit zu seiner moralischen und geistigen Weiterbildung.

Um den Werth dieser Erwartungen zu bemessen, müssen wir zunächst untersuchen, wie sehr das Kapital gegen Leben und Gesundheit des Volks wüthet, und wie es ihm jede Erholung und Bildung unmöglich macht.

Liebig[1]) sagt: „In allen europäischen Ländern, wo Konscription besteht, hat seit Einführung derselben das mittlere Körpermaß der erwachsenen Männer und im Ganzen ihre Tauglichkeit zum Kriegsdienst abgenommen. Vor der Revolution war das Maximum für den Infanteristen in Frankreich 165 cm; 1818 war es 157; 1852 : 156. Das Militärmaß war in Sachsen 1780 : 178 cm, jetzt ist es 155."

---

[1]) Die Chemie und ihre Anwendung; 7. Aufl. I. S. 117.

In Ungarn nahm der Prozentsatz der Tauglichen in der kurzen Spanne von 7 Jahren um nahezu 8 pCt. ab. 1875 waren es 24,76 pCt.; 1882 nur noch 16,8 pCt. In der österreichischen Gesammtmonarchie kamen auf 1000 Stellungspflichtige 1870 : 707 Untaugliche, 1878 : 819.

70 Jahre alt werden im Kanton Glarus: Bauern 22 pCt., Fabrikarbeiter 4 pCt. Im kräftigsten Mannesalter sterben: Bauern 12 pCt., Fabrikarbeiter 32 pCt.

In neun Kantonen der Schweiz mit vorwiegend Ackerbau treibender Bevölkerung betrug die Kindersterblichkeit 18,1 pCt., in den industriellen Kantonen hingegen: St. Gallen 27,1 pCt., Appenzell Innen-Rhoden 29,8 pCt., Außer-Rhoden 37,9 pCt. [1])

In den Fabriken von Jean Dollfuß in Mülhausen starben durchschnittlich 36—38 pCt. der Kinder im ersten Lebensjahr; als die Einrichtung getroffen wurde, daß hochschwangere Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft im ganzen 6 Wochen ihren vollen Lohn, auch ohne zu arbeiten, erhielten, sank die Kindersterblichkeit auf 25 pCt.

„Die Baumwollindustrie zählt 90 Jahre . . . in 3 Generationen der englischen Rasse hat sie 9 Generationen von Baumwollarbeitern verspeißt.[2])

Dem Kapitalisten ist es eben vollkommen gleich, was dem Arbeiter geschieht; wenn er nur seinen Profit einstreichen kann. Sterben die Arbeiter — es werden sich schon andere finden, die gern an ihre Stelle treten. Cynisch deduzirt er: er zwingt ja doch keinen Menschen, bei ihm zu arbeiten! Wenn es bei ihm nicht gefällt, der kann ja gehen! Die Sklavenhalter, ja das sind unmoralische Menschen; aber er — er geht ja doch mit dem Arbeiter einen freien Vertrag ein, ein einfaches Geschäft; behagt es dem Arbeiter nicht — gut, so braucht er es nicht abzuschließen. Er, der Unternehmer ist der letzte, der ihn etwa zwänge! Im Gegentheil! Er ist immer ein Vertreter der Humanität gewesen. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das ist seine Devise. Der Arbeiter handelt ganz freiwillig, wenn er sich, seine Frau, seine Kinder in

---

[1]) Internationale Arbeitsgesetzgebung, S. 8,

[2]) Ferrands Rede im Unterhaus, cit. Marx.

der Fabrik oder in der noch schlimmeren Hausindustrie hinmorden läßt.

Freilich sägt sich der Kapitalist selbst den Ast ab, auf dem er sitzt.

Wenn die Kapitalisten Generationen hindurch gegen Gesundheit und Leben der Arbeiterklasse gewüthet haben, so muß nothwendig zuletzt die Rasse so verkümmern, daß die Arbeiter ihr Werk nicht mehr schaffen können.

Aber, nach uns die Sündfluth! Wir leben — mögen die anderen zusehen, wie sie auskommen!

Es ist dringend nothwendig, daß die Gesellschaft hier einschreitet, und daß durch die Gesetze wenigstens gegen dieses Aeußerste ein Damm aufgeführt wird; mehr kann ja die Gesellschaft nicht thun; aber selbst, wenn sie nur das erreichte, so würde es ja schon viel bedeuten. Die späteren, glücklicheren Zeiten würden dann wenigstens ein Geschlecht antreffen, das nicht durch körperliche und geistige Degeneration unfähig gemacht ist, dieses Glück zu genießen.

Denn naturgemäß geht mit dem körperlichen Verfall der geistige Hand in Hand.

Dr. Singer fand auf seinen Studienreisen die niedrigste Stufe geistiger Regsamkeit bei den unter übergroßem wirthschaftlichem Druck lebenden Hauswebern der östlichen Ausläufer des Riesengebirges.[1]) Man wird in den zivilisirten Ländern Europas kaum kulturell tiefer stehende Leute finden, als dort. „Die meisten derjenigen, mit denen ich persönlich verkehrte, wußten mir, außer von Gott, Papst und Kaiser, über deren Rangordnung sie die wunderlichsten Begriffe haben, von nichts zu sagen, was außerhalb des Bereiches ihrer nächsten Umgebung liegt. Sie kennen nicht einmal den Namen der Hauptstadt des Reiches, noch den der Hauptstadt ihres Landes, trotzdem schon seit längerer Zeit tagtäglich mehrere Eisenbahnzüge nach denselben führen; ein Zeichen dafür, daß die Lokomotive nicht immer und nicht überall Kulturträgerin ist. Völlig verständnißlos stehen sie diesem Verkehrsmittel gegenüber; sie wissen von demselben nicht viel mehr, als daß es die Erzeugnisse ihrer Hand davon führt. — Ihre Sprache ist

---

[1]) Schippel, „staatl. Lohnregul. S. 23.

wenig mehr, als die Artikulirung der dringendsten Bedürfnisse; kein geistiges, kein gemüthliches Band knüpft sie an dieselbe". . . .

Marx zitirt aus den Berichten der Kommission über die Kinderarbeit in England: „Jeremias Haynes, zwölf Jahre alt. . . . Viermal vier ist acht, aber vier Vierer sind sechzehn. . . . Ein König ist ihm, der alles Geld und Gold hat. . . . Wir haben einen König, man sagt, er ist eine Königin, sie nennen sie Prinzessin Alexandra. Man sagt, sie heirathete des Königs Sohn. Eine Prinzessin ist ein Mann. . . ." Wm. Turner, zwölfjährig: „Lebe nicht in England. Denke, es giebt solch ein Land, wußte nichts davon zuvor. . . ." John Morris, vierzehnjährig: „Habe sagen hören, daß Gott die Welt gemacht und daß alles Volk ersoff, außer einen; habe gehört, daß einer ein kleiner Vogel war!" William Smith, fünfzehnjährig: „Gott machte den Mann, der Mann machte das Weib." . . . Edward Taylor, fünfzehnjährig: „Weiß nichts von London. . . ." Henry Mathewman, siebzehnjährig: „Geh' manchmal in die Kirche. . . . Ein Name, worüber sie predigten, war ein gewisser Jesus Christ, aber ich kann keine andern Namen nennen, und ich kann auch nichts über ihn sagen. Er wurde nicht gemordet, sondern starb, wie andere Leute. Er war nicht so wie andere Leute in gewisser Art, weil er religös war in gewisser Art, und andere ist es nicht. . . . Der Teufel ist eine gute Person. Ich weiß nicht, wo er wohnt. Christus war ein schlechter Kerl." —[1])

Hand in Hand mit Ueberarbeitung und körperlicher und geistiger Degeneration geht das Bedürfniß zu den rohesten und gemeinsten Genüssen. „Man wird sich nicht wundern, wenn man hört, daß der Arbeiter, dessen Arbeitszeit übermäßig, dessen Ernährung jammervoll, und dessen Familienleben zerstört ist, die Erlösung von der Qual des täglichen Daseins im Trunk sucht. Faktisch giebt es in Belgien (Belgien ist das Paradies der Kapitalisten), wie im September 1887 festgestellt ist, nicht weniger als 125 000 Branntweinschenken, also eine Schankstelle auf

---

[1]) Das Kapital, Bd. I, S. 255.

44 Einwohner; rechnet man auf jede Haushaltung 5 Personen, so ergiebt sich eine Gesammtzahl von 625 000 Personen, welche vom Schankgewerbe leben: über 10 pCt. der Landesbevölkerung, ein Verhältniß das in keinem andern Staat erreicht wird."[1])

Die Wirthe machen 40 pCt. der Wähler aus — in Belgien existiren Zensuswahlen; ein Beweis, daß die Geschäfte gut gehen!

Liebig erklärt das Bedürfniß der Arbeiter nach Branntwein aus der Unter-Ernährung infolge der niedrigen Lohnsätze; eine eben so richtige Erklärung ist die aus der übermäßigen Arbeitszeit, welche dieselbe Folge hat, wie die Unterernährung: es wird mehr aus dem Körper ausgegeben, wie eingenommen.[2])

Derselbe Grund treibt die Arbeiterfrauen zu übermäßigem Kaffeegenuß, welcher zuletzt Coffeïnvergiftungen zur Folge hat.[3])

Zu den entsetzlichen Folgen, welche die übermäßige Ausnutzung für die Arbeiter hat, gesellt sich noch das moralische Geplärr ihrer Ausbeuter und der Geistlichen, die in ihrem Solde stehen: Die Arbeiter sind rohe und ungebildete Menschen, welche von Christo und seinem Reich nichts wissen wollen und lieber in die Kneipe laufen, wie in die Kirche, und Weib und Kind lassen sie zu Hause hungern. Ja, ja, das Christenthum fehlt dem Volk! Nicht der Arbeiterschutz — bewahre! Denn das sieht man ja, wenn er nichts zu thun hat, so liegt der Arbeiter in der Kneipe; deshalb ist es für sein Seelenheil schon besser, er wird ein paar Stunden länger ausgebeutet.

In Wirklichkeit ist das Verhältniß natürlich so, daß der Arbeiter, je kürzer die Arbeitszeit ist, desto gebildeter, intelligenter und moralisch tüchtiger wird. Es ist ja bekannt, daß die entschiedensten und tüchtigsten Anhänger der Sozialdemokratie sich aus den wirthschaftlich hochstehenden Arbeiterklassen rekrutiren. Der Arbeiter, der abgehetzt und übermüdet ist, hat nicht mehr die geistige Kraft, sich zu begeistern.

---

[1]) Adler, l. c. S. 38.
[2]) Chem. Briefe, Volksausg. S. 339.
[3]) Vergl. Berliner Klinische Wochenschrift vom 7. Okt. 1889

Im Interesse der Volksgesundheit und der sittlichen und geistigen Hebung des Arbeiterstandes ist also der Arbeiterschutz auf das dringendste zu wünschen.

VII.

Sehr bedeutende Folgen würde die Einführung des Arbeiterschutzes dadurch haben, daß die Konzentration des Kapitals schneller vor sich ginge.

Durch zweierlei Umstände. Erstens sehen wir überall, wo das kleine Kapital noch mit dem großen konkurrirt, eine ganz übermäßige Ausbeutung der Arbeit. Nur durch die schamloseste Ausnutzung der Arbeiter vermag der Handwerker mit dem Fabrikanten in Konkurrenz zu bleiben. Wird dieser Ausbeutung durch die Gesetzgebung ein Damm entgegengestellt, so fällt der Handwerker aus.

Zweitens: Die Folgen der beschränkten Arbeitszeit und der beschränkten Ausbeutungsdauer überhaupt können zwar durch größere Intensifikation der Arbeit paralysirt werden. Das erfordert aber neuere und schneller gehende Maschinen, ein größeres fixes Kapital. Naturgemäß kann das nur derjenige Unternehmer bieten, der überhaupt kapitalkräftiger ist; der Kleinkapitalist geht zu Grunde.

Als ein drittes könnte man etwa noch hinzufügen, daß die Folge des moralischen Verschleißes, die natürlich dem Kleinen gleichfalls wieder mehr zur Last fallen wie dem Großen, nicht mehr gehemmt werden können.

Natürlich müßte der Begriff „Fabrik" besser bestimmt sein, als es z. B. in unserer jetzigen Arbeiterschutzgesetzgebung geschieht, wo das Handwerk in Folge der mangelnden Definition einfach ungeschützt bleibt — freilich, auf die Stimmen der Handwerksmeister zählt man ja bei den Wahlen!

Die Vernichtung des Kleinkapitals und die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen erleichtert ungemein den Klassenkampf. Der Vertreter des Kleinkapitals, der Kleinbürger, hemmt durch seine bloße Existenz schon die soziale Entwicklung. Der Natur seiner Klasse entsprechend ist er reaktionär gesinnt, denn in der Vergangenheit blühte sein Weizen. Er schließt sich also den andern Klassen an,

welche gleichfalls auf die Reaktion angewiesen sind. Entschieden würde das Agrarierthum bei uns nicht so mächtig sein, wenn es nicht am Spießbürger einen festen Rückhalt hätte. Das Kleinbürgerthum hindert auch die selbstständige Bewegung der Arbeiterklasse; denn bei einem kleinen Betrieb hat der Unternehmer ja doch viel mehr persönlichen Einfluß auf den Arbeiter, als bei einem größeren; dazu kommt, daß in den kleineren Betrieben die Arbeiter von ihren Genossen isolirt sind und so von der Agitation viel schwerer erreicht werden können. Wenn dagegen die Arbeiter in großen Fabriken zusammen sind, wenn die Anzahl der Ausbeuter kleiner wird, die Anzahl der Ausgebeuteten größer, so vereinfacht sich naturgemäß der Kampf. Zuletzt kommt noch dazu, daß auf einer noch höheren Staffel der Entwicklung auch der einzelne Großkapitalist die Konkurrenz nicht mehr aushalten kann, und daß sich in Gestalt der Aktiengesellschaften Kapitalisten-Assoziationen bilden; die Aktiengesellschaften gehen aber erfahrungsmäßig viel rücksichtsloser gegen die Arbeiter vor, als der Einzelkapitalist, und wirken dadurch aufreizender. Die Charaktereigenschaften des Kapitals können sich erst rein entwickeln, wenn es unpersönlich geworden ist. Der einzelne Unternehmer wird doch zuletzt durch die Angst vor einer Katastrophe, durch das Vergnügen, als „humaner Arbeitgeber“ zu gelten, oder aus einem ähnlichen Grunde, durch „Wohlfahrtseinrichtungen“, das Bewußtsein der Interessengegensätze zwischen ihm und den Arbeitern bei den Arbeitern ververwischen. Das unpersönliche Aktienkapital, das nur den Hunger nach Dividende hat, wird natürlich nicht an derartige „unproduktive“ Ausgaben denken.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung hilft also zur Konzentration des Kapitals und damit zu einer Erleichterung des Klassenkampfes.

VIII.

Es erübrigt nunmehr, nach den theoretischen Ausführungen, die praktische Verwirklichung der Arbeiterschutzgesetzgebung in den einzelnen Staaten zu untersuchen.

Der besseren Uebersicht wegen stellen wir auf den Seit. 34—36 die hier geltenden Bestimmungen in Tabellen

zusammen, größtentheils nach den betreffenden Artikeln in dem „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ von Conrad u. Lexis, 1889.

Wie man aus den Tabellen ersieht, sind die einzelnen Länder noch sehr weit von dem Ideal einer Arbeiterschutzgesetzgebung entfernt.

Wenn man vier Kategorien von Schutzgesetzen unterscheidet, so gehören in

Die erste: die Schweiz, England.

Die zweite: Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Dänemark.

Die dritte: Niederlande, Schweden und Norwegen.

Die vierte: Belgien, Italien, Rußland, Spanien, Portugal.

Der Umstand, daß in den verschiedenen Ländern so arge Differenzen herrschen, hat zuerst den Gedanken einer internationalen Fabrikgesetzgebung angeregt. Besonders wurde diese Idee von den Sozialisten der verschiedenen Länder festgehalten.

Es ist keine Frage, daß eine wirkliche nutzbringende Arbeiterschutzgesetzgebung nur auf internationalem Wege zu erzielen wäre.

Das läßt sich am besten studieren, wenn man die Geschichte des Gedankens verfolgt.

Die Engländer hatten nur einen nationalen Arbeiterschutz. Aber da ihre Industrie der Industrie des Kontinents immer weit voraus war und ihnen ein durch die längere Erziehung geschickteres Arbeitermaterial zu Gebote stand, so wurden sie durch ihre Schutzgesetze in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt.

Die französische Industrie war durch starke Prohibitivzölle vor dem Ausland geschützt und arbeitete nur für das Inland; begreiflich, daß man auch hier mit dem nationalen Schutz zufrieden war.

Eben so lagen die Verhältnisse in Deutschland.

Der erste Staat, der den Gedanken der internationalen Gesetzgebung aufnahm, war die Schweiz. In der Schweiz bestand ein relativ weitgehender Arbeiterschutz; die Schweizer Industrie war auf den Export angewiesen; aber ohne die Vortheile der englischen zu haben. Sie wurde

also durch die Konkurrenz der mehr ausbeutenden Staaten geschädigt.

Aus den früheren Ausführungen geht zwar hervor, daß die Vertheuerung der Produkte durch den Arbeiterschutz nur sehr minimal ist; die Wirkungen eines verkürzten Arbeitstages werden durch die vergrößerte Intensität der Arbeit nahezu aufgehoben; und auch der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit kann nicht viel Einfluß haben, wie die mitgetheilten Resultate der Berechnungen Rösickes für die Kinderarbeit in Sachsen beweisen. Allein für die gesammte Produktensumme kommt das doch immerhin in Betracht; und deshalb wird für die Exportindustrie eines geschützten Landes die Konkurrenz eines ungeschützten immer sehr unangenehm sein; Auch muß man bedenken, daß der Unternehmer gegen ein Mehr oder Weniger des Profits sehr empfindlich zu sein pflegt, sebst wenn es sich um die minimalsten Differenzen handelt. Auf diese Empfindlichkeit kommt aber sehr viel an. Man muß immer bedenken: in der Seele des Unternehmers, welcher ja den Staat und damit die Gesetzgebung im Sack hat, balanziren sich zwei Empfindungen: die Angst vor dem Arbeiter und das Verlangen nach Profit. Die Angst treibt ihn dazu, Schutzgesetze zu geben, das Verlangen nach Profit räth ihm davon ab. Kann man die Sache so einrichten, daß der Profit wenig geschmälert wird, so wird die Angst desto leichter das Uebergewicht bekommen und wir erlangen eine Schutzgesetzgebung leichter.

Ganz abgesehen davon würde ein internationales Vorgehen natürlich auch einen großen Schritt zu der friedlichen Vereinigung der Völker bedeuten. Thatsächlich sorgt ja schon die moderne Produktionsweise für die Vernichtung der Nationalitäten; sie ist international, und mit ihr sind die Interessen der Arbeiter und Unternehmer international, und diese Interessen werden von Tag zu Tag stärker und schwächen die nationalen Gegensätze, die heute ja rein noch in dem Nachklingen früherer Verhältnisse bestehen. Eine internationale Gesetzgebung wäre ein vorzüglicher politischer Ausdruck für diese soziale internationale Gemeinschaft, und mancher, der durch das Betrachten der sozialen Verhältnisse nicht von seinem Nationalitätsbewußtsein zu heilen ist,

würde es vielleicht durch die Betrachtung dieser politischen Erscheinung.

Allein die Sache hat doch ihre großen Schwierigkeiten.

Erstens stehen nicht alle Länder auf derselben Stufe der sozialen Entwickelung; und etwa ein Land, wie Rußland mit seiner jungen Industrie, die so kapitalarm ist und sich nur durch die furchtbarste Ausnutzung des Arbeiters halten kann, würde unfehlbar gleich aus der Reihe der industriellen Staaten ausscheiden müssen. Da aber der Kaiser aller Reußen an seinem braven Unternehmerstand, der sich fast durchgängig zum Slavophilenthum bekennt, ein besonderes Wohlgefallen hat, so würde er schwerlich auf ein solches Experiment eingehen.

Freilich geben gerade die Schutzgesetze, wie wir gesehen haben, den mächtigsten Anstoß zur Entwickelung der Industrie, indem sie die Arbeit intensiver machen. Aber das geht doch nicht mit der Geschwindigkeit eines Zaubermährchens vor sich. Der russische Arbeiter leistet in 18 Stunden vielleicht nicht ein Drittel von dem, was der englische in 10 Stunden leistet; sollten sich seine Fähigkeiten in ein paar Jahren so schnell steigern? — Ganz abgesehen davon, daß die Einführung schneller arbeitender Maschinerie dem kapitalarmen russischen Unternehmer sehr schwer fallen würde.

Nun könnte man da freilich abhelfen, indem man nicht auf einer mathematischen Gleichmachung bestände, sondern die Schutzgesetze dem jedesmaligen Stande der Industrie entsprechend festsetzte. Dadurch würde aber wieder der Werth des internationalen Momentes sehr problematisch.

Man könnte auch durch Zölle einen Ausgleich herbeiführen; aber einestheils ist die Hantierung der Zölle etwas heikles, und anderntheils haben die Regierungen doch nicht genug Interesse an der Frage, um zu so schweren und schwerfälligen Mitteln zu greifen, ganz abgesehen von den Interessen politisch wichtiger Klassen, die dann in Frage kämen.

Zweitens wäre die Vertheuerung in Betracht zu ziehen, welche die industriellen Produkte durch die Getreidezölle erleiden. Die Getreidezölle muß zunächst lediglich der Ar-

beiter tragen; aber durch die Brotvertheuerung vertheuert sich auch seine Arbeitskraft, er muß mehr Lohn haben; natürlich schließt sich die Lohnerhöhung nicht direkt an die Vertheuerung an, und drückt auch wohl nicht ganz die Differenz der Preise aus; aber im ganzen haben Getreidezölle doch entschieden einen Einfluß auf die Vertheuerung der industriellen Produkte. Da man bei einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes sehr zart vorgehen muß, um nicht die Unternehmerinteressen zu verletzen, so muß man natürlich auch die Konkurrenzbedingungen auf das sorgfältigste abwägen. Ob sich das ohne Berücksichtigung der Kornzölle machen läßt, ist zweifelhaft. Nicht zweifelhaft ist aber, daß Deutschland z. B. sich auf keinen Fall auf Beseitigung seiner Zölle einläßt; denn das hieße den Zweck des deutschen Reiches aufheben, welcher die „Unterstützung der nothleidenden Landwirthschaft“ ist.

Drittens entsteht die Frage: wie soll das Halten der Beschlüsse in den einzelnen Staaten erzwungen werden? Wenn Private einen Vertrag schließen, und einer hält ihn nicht, so kann man ihm den Büttel schicken; aber an einen Staat kann man keinen Büttel schicken.

Der Verfasser des Aufsatzes in den Seyffarthschen Abhandlungen kommt auf die abenteuerliche Idee, daß die übrigen Länder den widerspenstigen Staat durch Prohibitivzölle strafen könnten, bis er mürbe würde. Allein wie man sich die Ausführung dieser Idee denken soll, verräth er nicht.

Adler behauptet, die Staaten würden die Bestimmungen wohl halten, weil sie ein Interesse daran hätten, sie zu halten. Er vergleicht die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung mit der Reblaus-Konvention, die auch gehalten sei, weil es im Interesse der Staaten lag, sie zu halten.

Gewiß, es ist vollkommen richtig: der Staat müßte das lebhafteste Interesse daran haben, daß die Gesundheit, der Geist, die Sittlichkeit des Volkes nicht ruinirt wird; er müßte es haben, wenn er Vertreter des Volks wäre; aber er ist Vertreter der Bourgeoisie, und der Bourgeoisie ist das alles ganz gleichgültig, trotzdem ihre eigenen Profite zuletzt durch die Degeneration des Volkes in Frage gestellt werden; die Bourgeoisie ist blind für alles Entferntere,

sie sieht nur das Nächste, das Gold, das vor ihren Augen glänzt. Wir sehen ja doch in Belgien die Resultate der Bourgeoispolitik. Sind die Bourgeois dadurch klüger geworden?

In der gegenwärtigen Gesellschaft, so weit sie sich übersehen läßt, ist ein energischer internationaler Arbeiterschutz völlig unmöglich; höchstens auf die einzelnen Staaten beschränkte, kleine Konzessionen sind zu erreichen.

Natürlich werden die Schwierigkeiten der internationalen Regulirung mit den Fortschritten des Kapitalismus immer geringer. Die nationalen Industrien haben die Tendenz, sich auszugleichen; schon ist die industrielle Machtstellung Englands verschwunden, und in verhältnißmäßig kurzer Zeit werden auch die Staaten mit wenig entwickelter Industrie sich auf das Niveau der übrigen gehoben haben. Gleichlaufend damit wird sich immer mehr die Unmöglichkeit herausstellen, Schutzzölle aufrecht zu erhalten. Und alle diese Umstände werden zu einem viel engern Zusammenschluß der Staaten führen. Wenn wir aber erst einmal so weit sind, so stehen wir schon an der Pforte des sozialen Staates.

Indessen, das sind Sorgen, die wir haben können, wenn es so weit ist. Für die Gegenwart ist es nothwendig, nüchtern das Vorhandene zu prüfen und das läßt uns so gut wie nichts erwarten.

Betrachten wir zunächst kurz die geschichtliche Entwickelung des Gedankens in Deutschland.

Seit 1867 haben die Sozialdemokraten wiederholt die Frage angeregt; 1885 brachte die Fraktion einen Gesetzentwurf ein, der sich durch große Genauigkeit und Präzision auszeichnete; die bürgerlichen Parteien begnügten sich mit einigen Redensarten, die zu nichts verpflichteten. Fürst Bismarck verwarf in längerer Rede die Forderung des Normalarbeitstages und das Verbot der Sonntagsarbeit, weil dadurch der Lohn verringert werde. Die Industrie werde zu sehr geschädigt, viele Betriebe würden eingestellt werden, und eine Menge Leute „müssen dann sieben Sonntage in der Woche machen“. . . . „Gar keine Arbeit zu haben, erschüttert zu sein in der Unterlage der Existenz,

dem Hunger möglicher Weise gegenübergestellt zu werden, um ein Sonntagsvergnügen (!) zu erreichen, dazu werden die verbündeten Regierungen wenigstens nicht die Hand bieten, ehe sie nicht besser als jetzt informirt sind."

1886 beantragten die Sozialdemokraten eine Resolution zum ersten mal zu gunsten einer internationalen Verständigung:

Der Reichskanzler sollte „ersucht werden, möglichst bald eine Einladung zu einer Konferenz an alle, hauptsächlich als Produzenten von Industrieerzeugnissen in Betracht kommenden Staaten ergehen zu lassen, um sich über die Grundzüge einer auf gleichen Grundsätzen basirten Arbeiterschutzgesetzgebung zu verständigen, welche für alle betheiligten Staaten als Norm festsetzt, daß:

1. die tägliche Arbeitszeit in allen Betrieben höchstens 10 Stunden beträgt;

2. die Nachtarbeit für alle Betriebe mit Ausnahme solcher, wo durch die Natur des Betriebes dieselbe unumgänglich ist, aufgehoben wird;

3. die erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren verboten wird."

Auch dieser Antrag fand keinen Widerhall bei den bürgerlichen Parteien.

Die folgenden Jahre gingen hin in fortwährendem Wüthen und Schimpfen der bürgerlichen, bezahlten und unbezahlten, Presse gegen die internationalen Schutzbestrebungen. Die öffiziösen „Berl. Pol. Nachr." sprachen sogar von „giftigen Wurzeln dieses Strebens", von „angeblich humanitären Zwecken" und so fort. Mit ähnlichen Bezeichnungen wurden der Plan der Schweizer Regierung zu einem internationalen Vorgehen und die Beschlüsse des Pariser Arbeiterkongresses traktirt.

Unterdessen brach sich in den höheren Schichten eine andere Politik durch. Es hatte sich denn doch zu auffällig herausgestellt, daß Peitsche und Zuckerbrot in ihrer bisherigen Anwendung nicht den erwünschten Erfolg gehabt hatten; das Zuckerbrot war nicht süß und die Peitsche nicht kräftig genug. So wurde die manchesterliche Politik Bismarcks inbezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung ver-

lassen. An Stelle des laisser aller in Sachen der Schutzgesetzgebung ist jetzt eine lebhaftere Thätigkeit getreten.

Die Erfolge oder Mißerfolge dieses Bestrebens werden natürlich abzuwarten sein. Aber man muß heute schon sagen:

Was unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise an Arbeiterschutz geleistet werden kann, wird jedenfalls viel eher erreicht durch die eigene Thätigkeit der Arbeiter wie durch Spenden von oben. Freilich ist durch die politischen Beschränkungen des Proletariats dafür gesorgt, daß die Selbsthülfe der Arbeiter nicht zu weit geht. Immerhin aber sind die vorhandenen Möglichkeiten zu benutzen.

Vor allem ist Hauptsache, daß die Arbeiter sich immer mehr und mehr aufklären. Dann sehen sie die treibenden Momente ein, sehen die eigentlichen Ursachen der Dinge, auf welche der Angriff zu richten ist. Die ersten Maschinen wurden von den unwissenden Arbeitern zerschlagen; die Arbeiter hatten das, was eine Folge der privatkapitalistischen Organisation der Produktion war, als eine Folge der Anwendung von Maschinen betrachtet; die Maschinen schienen die Arbeiter brotlos zu machen, deshalb wurden sie zertrümmert. Heute wissen die Arbeiter, daß nicht die Maschine ihr Fluch ist, sondern der Kapitalismus; heute richten sie also ihre Angriffe auf den richtigen Punkt. So muß es auch im kleinen werden. Auch über die kleineren Fragen müssen sich die Arbeiter aufklären. Dann werden sie schon die geeignete Methode finden, wie sie operiren müssen.

Das beste Kampfesmittel für die aufgeklärten Arbeiter ist eine geeignete Organisation. Allein bedeutet der Arbeiter nichts; er steht wehrlos dem Capital gegenüber. Wenn er aber in enger Gemeinschaft mit den übrigen vorgehen kann, so bildet er eine dem Unternehmerthum gleiche Macht. Dann braucht er auf keine Hülfe vom Staat zu hoffen, die er ja doch, wenn er sie erhielte, theuer genug bezahlen müßte; dann kann er seine Forderungen — gewerkschaftlich und politisch — selbst erkämpfen.

Zur Aufklärung und als zweites Kampfmittel ist eine gute Arbeiterpresse nothwendig. Diese legt, soweit das die bestehenden Gesetze zulassen, die Zusammenhänge der Wirthschaftsordnung dar und tritt für die Forderungen der Arbeiter ein, sie kann in ihrer täglichen Wirksamkeit Mißstände in den Arbeitsverhältnissen viel rascher und viel gründlicher kritisiren, als alle staatlichen Aufsichtsbeamten.

Was die Arbeiter bis jetzt Nützliches haben, das haben sie durch eigene Anstrengung errungen. Anders wird es auch später nicht werden. Und daran dürfen keine staatlichen Reformversuche den Arbeiter irre machen. Der Staat ist die Verkörperung der herrschenden Klassen; und daß diese etwas für den Arbeiter Werthvolles gutwillig hergeben, ist doch wohl nicht zu erwarten; so ideal sind die Menschen nicht.

Also noch einmal: klärt euch auf, organisirt euch, unterstützt eure Presse; das sind die einzigen Mittel, wie ihr auch in Sachen des Arbeiterschutzes etwas erlangen, das heißt etwas erzwingen könnt.

I. Die Kinder-Arbeit.

Länder.	Bis 10 Jahr.	10—12 Jahr.	12—14 Jahr.	An Sonntagen.	Des Nachts.	Geforderter Unterricht.	Bemerkungen.
Deutschland.	Verboten.	Verboten.	6 Stunden.	Verboten.	Verboten.	Minimum 3 Stunden.	Veräng. der Arbeitszeit um 1 St. a. 4 Wochen k. v. d. Polizeibeh. gestatt. w.
England.	Verboten.	5 Stunden.	bis 13: 5 Std. 14: 9½—10 Std.	Verboten.	Verboten.	3 St., resp. jed. 2. Tag 5 Std.	Sehr viele Modifikation.
Frankreich.	Verboten.	6 Std., für best. Industr. erlbt.	12 Stunden.	Verboten. Mit Ausn. d. Fab. m. ununterbr. Feuer.	Verboten. Mit Ausn. d. Fab. m. ununterbr. Feuer.	2 St. für Kind. unt. 12 Jahr	Viele Modifikationen.
Schweiz.	Verboten.	Verboten.	Verboten.	Verboten.	Verboten.	—	Viele Modifikationen.
Oesterreich.	Verboten.	Verboten.	8 St. i. nicht fabrikmäß. Betrieben.	Verboten.	Verboten.	Soll nicht vernachlässt. werd.	—
Ungarn.	Verboten.	Nur mit Bewill. der Gewerbebeh.	8 Stunden.	Verboteu.	Verboten.	Soll nicht vernachläss. werd.	Die Gesetzgebung ist in der Entwicklung begr.
Dänemark.	Verboten.	6½ Stunde.	6½ Stunden.	Verboten.	Verboten.	Soll nicht beeinträchtigt werden.	In einzeln. Industr. kann d. Minist. Ausn. zugeb., n. nicht i. Bezug a. Nachtarb.
Schweden u. Norwegen.	Verboten.	Verboten.	6 Stunden.	Erlaubt.	Verboten.	Soll nicht beeinträchtigt werden.	D. Gesetz h. s. gering. Erfolg geh., indess. wirkt d. Schulpflicht a. Regul. u Kontrll.
Niederlande.	Verboten.	Verboten.	11 St. bedingw.	Verboten.	Verboten.	—	Ungenügende Wirkung.
Belgien.	Verboten.	Verboten.	12 Stunden	Verboten.	Verboten.	—	War 1889 Vorlage.
Italien.	Verb. b. zum 9. J. in Fabr., b. z. 10. bei unterird. Betrieb.	8 Stunden. Aerztliches Attest erforderlich.	8 Stunden. Aerztliches Attest erforderlich.	Erlaubt.	verb. bis 12 Jahr, 6 St. von 12 bis 15 Jahr.	—	—
Rußland.	Verboten.	Mit besonderer Erlaubniß.	8 Stunden.	Verboten.	4 Stunden m. besonderer Erlaubn	Allerlei kleine Bestimmung.	Nur auf dem Papier.
Spanien.	Verboten.	5 Stunden.	8 Stunden.	Erlaubt.	Verboten.	—	Nur auf dem Papier.
Ver. Staaten.	Theilw. verb.	8—11 Std.	8—11 Std.	—	—	—	—
Indien.	Verb. unt. 7 J.	Erlaubt.	Erlaubt.	Erlaubt.	Erlaubt.	—	—

II. Arbeit jugendlicher Personen.

Länder.	14—16 Jahr.	16—18 Jahr.	Sonntagsarbeit.	Nachtarbeit.	Bemerkungen.
Deutschland.	10—11 Stund.	unbeschränkt.	Verboten.	Verboten.	—
England.	10 Stunden.	Wenn ärztlich. Zeugn. beigebracht, unbeschr.	Verboten.	Verboten.	Sehr viele Modifikationen für die einzelnen Industrien.
Frankreich.	12 Stunden.	unbeschränkt.	Verboten. M. Ausnahme d. Fabr. m. ununterbroch. Feuer.	Verboten.	Viele Modifikationen.
Schweiz.	11 Stunden Schule u. Arbeit zusammen.	11 St. f. sämtl. Arb.	Verboten.	Verboten.	Viele Modifikationen.
Oesterreich.	Leichtere Arbeiten.	11 Stunden (für alle Arbeiter in Fabriken beim Bergbau.)	Verboten. Mit Ausnahmen.	Verboten.	—
Ungarn.	10 Stunden.	unbeschränkt.	Erlaubt.	14—16 Jahre mit besond. Erlaubn. 6 Std.	—
Dänemark.	12 Stunden.	12 Stunden.	Erlaubt.	Verboten.	—
Schwed. u. Norw.	10 Stunden.	10 Stunden.	—	Verboten.	Geringe Wirkung.
Niederlande.	Kann für gewisse Industrien untersagt w.	Keine weiteren Bestimmungen.	Erlaubt.	—	—
Belgien.	Vom König f. d. einzeln. Industrien z. bestimm.	Unbeschränkt.	Erlaubt.	Verboten.	War 1889 Vorlage.
Italien.	Bis 15 Jahr ärztlich. Zeugniß erforderlich.	Unbeschränkt.	Verboten.	b. 15 Jahr nur 6 St.	—
Rußland.	8 St. bis 15 J.	Unbeschränkt.	Erlaubt.	4 Stunden mit Erlaubniß des Ministers.	Nur auf dem Papier.
Spanien.	8 Stunden.	8 Stunden.	Erlaubt.	Verboten.	Nur auf dem Papier.
Ver. Staaten.	In den verschiedenen Staaten 8—11 Std.	8—11 Stunden in den verschiedenen Staaten.	—	—	—
Indien.	Ganz unbeschränkt.	—	—	—	—

III. Die Frauenarbeit.

Länder.	Geschützt.	Beschränkt.	Sonntagsarbeit.	Nachtarbeit.	Besond. Bestimm. f. d. Wöchner.
Deutschland.	Auf Lebenszeit.	Auf angemessene Industrieen.	Erlaubt.	Für gewisse Industrieen verboten.	3 Wochen nach der Niederkunft verboten.
England.	Auf Lebensz., außer in Fab. w. Flachs gebroch. wird u. i. häusl. Werkst.	56$^1/_2$ St. die Woche.	Verboten.	Verboten.	Unbeschränkt.
Frankreich.	bis zum 21. Lebensj.	Einz. Schutzbest. Verb. d. unterird. A.	—	—	—
Schweiz.	Auf Lebenszeit.	11 Stunden.	Verboten.	Verboten.	2 Wochen vor, 6 Wochen nach der Niederkunft verb.
Oesterreich.	Auf Lebenszeit.	11 Stunden.	Verboten; Ausnahmen gesta tet.	Verboten; Ausnahmen gestattet.	4 Wochen nach der Niederkunft verboten.
Rußland.	Auf Lebenszeit.	Auf angemessene Industrieen.	Verboten.	Verboten.	Unbeschränkt.
Ver. Staaten.	—	In einigen Staaten auf 8—10 Stunden.	—	Erlaubt.	Unkeschränkt.

IV. Sonstige Schutzgesetze:

Ein Maximalarbeitstag existirt in Oesterreich (11 Stunden), Schweiz (11 Stunden), Frankreich (12 Stunden) in England für Frauen (10 Stunden).

Gegen Unfall existirt: Haftpflicht in England, der Schweiz, Belgien, Rußland und in den Verein. Staaten; Unfallversicherung in: Deutschland und Oesterreich; vorbereitet wird sie in: Ungarn, Dänemark, Schweden u. Norw. und in Rußland.

Eine Fabrikinspektion ist vorhanden in: Deutschland, England, Frankreich, der Schweiz, Oesterreich, Ungarn, Dänemark und Rußland.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von **Max Schippel.**

II. Serie — I. Heft.

Der Mythus von der Begründung des Deutschen Reiches.

Eine historische Skizze.

Von

Hans Müller-Rostock.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin S.O., Oranienstraße 23.
1890.

Inhalt.

	Seite
Die öffentliche Meinung und ihre Ansicht von der Begründung des Deutschen Reiches	3
Der bisherige Werth der Einigung für das deutsche Volk	6
Die Entstehung des Römischen Reiches deutscher Nation. Die Stellung des Pabstthums im Reiche. Der Ursprung des deutschen Königthums. Das Aufkommen des Feudalsystems	10
Der Zerfall des alten Reiches in Folge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Bildung des Landesfürstenthums und seine geschichtliche Bedeutung. Untergang des freien Ritter- und Bauernstandes	15
Der Kampf der Bourgeoisie mit dem Landesfürstenthum. Bildung von Verfassungsstaaten. Herstellung der wirthschaftlichen Einheit durch Zollvereine. Die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie. Bonapartistische Monarchie. Die Bourgeoisie, die Regierungen und das aufkommende Proletariat	22
Die Entstehung des Deutschen Reiches ein Resultat der wirthschaftlichen Entwicklung. Die Mitwirkung der Staatsmänner und Fürsten bei der Gründung des Reiches. Das Proletariat und seine Stellung zum Reich.	33

Der Mythus von der Begründung des Deutschen Reiches.

Einleitung.

Die Tendenz, welche das Leben der europäischen Völker seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts infolge ihrer gemeinsamen wirthschaftlichen Entwickelung beherrschte und die auf die Bildung nationaler Verfassungsstaaten hinauslief, ist im Jahre 1870/71 nach langem vergeblichen Ringen auch in Deutschland zum völligen Durchbruch gekommen.

Besondere Verhältnisse, die Zersplitterung des Volkes in eine große Anzahl verschiedenartiger Staatswesen, der Gegensatz zwischen den Interessen der habsburgischen und hohenzollernschen Dynastie und endlich auch die politische Unfähigkeit des deutschen Bürgerthums bewirkten, daß der Verschmelzungsprozeß der kleinen Territorialstaaten zu einem einheitlichen Reiche nicht nur langsamer als z. B. in Italien vor sich ging, sondern sich auch weniger vollständig als dort vollzog. Denn während das gesammte italienische Volk — mit Ausnahme eines kleinen Theils, der im österreichischen Venedig, in der kleinen Republik San-Marino und beim Patrimonium Petri verblieb — unter dem Szepter des Königs Viktor Emanuel II. geeinigt wurde, sind ganze 8 Millionen Deutsche, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie lebten, in das Deutsche Reich nicht mit aufgenommen.

Obgleich nun die „Einigung des deutschen Volkes" noch nicht ganz zwanzig Jahre lang hinter uns liegt und man deßhalb glauben sollte, daß die klare Erinnerung

daran noch lebendig wäre, so hat doch der Mythus schon ein so dichtes Gewebe um die Gründung des deutschen Reiches gesponnen, daß in unserem Volke eine ganz andere Vorstellung von dem Hergang dieses Ereignisses und den thatsächlichen Begebenheiten der damaligen Zeit lebt, als sie der Wirklichkeit entspricht.

Indessen kann einem das bei einiger Ueberlegung nicht so wunderbar erscheinen, da man von Anfang an bemüht gewesen ist, dem Volke die wirklichen Vorgänge, die wahre Geschichte von der Begründung des Deutschen Reiches in einer falschen, den Interessen der regierenden Klasse entsprechenden Beleuchtung zu zeigen. Besonders haben es sich die servilen Höflinge und feilen Soldschreiber des Reptilienfonds angelegen sein lassen, aus der „Einigung des deutschen Volkes" ein politisches Kapital für den damaligen preußischen Monarchen wie für den Fürsten Bismarck zu schlagen, mit dem diese dann ihre Popularität erlangten. Und doch sind die wirklichen Begebenheiten zu allem andren besser geeignet, als gerade den Glauben an die „nationale Begeisterung" des Preußenkönigs und an das „staatsmännische Genie" seines Reichskanzlers zu befestigen!

Aber wohl gerade deßhalb hat man das deutsche Volk in einer systematischen und oft unglaublich erscheinenden Weise hinter das Licht geführt. Mag das nun auch — wie wir gerne zugeben wollen — von den meisten Schriftstellern absichtslos geschehen sein, weil sie selbst die Opfer offizieller und offiziöser Täuschungskünste geworden und bei ihrer kindlich-naiven Geschichtsauffassung kritiklos genug waren, um das ihnen Zugetragene für bare Münze zu nehmen, so ändert dieser Umstand doch an der erwähnten Thatsache nichts!

Und wer daran noch zweifelt, der sehe sich einmal an, was man dem Volke ungestraft vorgeredet hat und vorerzählen durfte! In tausenden von Büchern — in dickleibigen Folianten und schmächtigen Broschüren — haben Geschichtsschreiber, Publizisten und Jugendschriftsteller die Gründung des Deutschen Reiches als die großartige und glorreiche That einer Hand voll edelsinniger Fürsten, genialer Staatsmänner und heldenhafter Feldherren ge-

priesen! Noch vor wenigen Wochen hat Herr von Sybel in einem mehrbändigen Werk[1]) den Versuch gemacht, den Preußenkönig Wilhelm I. als den wahren Begründer deutscher Einigung zu verherrlichen. Im Reichstage hat man es am Ministertische aussprechen hören, daß das deutsche Reich ein freies Geschenk volksbeglückender Fürsten an ihr Volk sei, ein hochherziges Opfer, für das dieses Volk ewig dankbar sein müsse.

Und doch vollzog sich — wie wir später sehen werden — die Begründung des Reiches gegen den Willen der für ihre Souveränitätsrechte ängstlich besorgten Landesherren, trotz des mehr oder minder hartnäckigen Widerstandes dieser „großen" und „aufopferungsvollen" Männer!

Das Volk aber glaubte in seiner freudigen Begeisterung über die endlich errungene nationale Einheit an diese Erzählungen und schenkte bei seiner Dankbarkeit jenen Personen, welche sich als Schöpfer des neuen Reiches ausgaben, ein unbedingtes und grenzenloses Vertrauen. Es ließ es sich von den Hofhistoriographen gerne gefallen, wenn diese ihm vorgaukelten, daß nunmehr, nachdem der Einheitstraum des deutschen Volkes in Erfüllung gegangen, die Epoche eines noch nie dagewesenen nationalen Glückes und Glanzes anbrechen würde. Es las voll Entzücken die patriotischen Epen und Hymnen, die wie Pilze auf dem deutschen Parnaß emporschossen, und die bürgerlichen Zeitungsschreiber, die mit dem Instinkt ihrer Klasse herausfühlten, daß das neue Reich die politische und ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie völlig begründet habe, thaten das Uebrige, um das Volk durch das Geklingel und Geklapper ihrer Phrasen zu verwirren.

Es liegt uns nun vollständig fern, die Meinung zu erwecken, als sei die „nationale Begeisterung" des deutschen Volkes ein reines Kunstprodukt gewesen. Wir gestehen im Gegentheil zu, daß in ihr ein gut Theil historischer Berechtigung lag. Aber das hindert uns nicht festzustellen, daß das deutsche Volk sich in seiner Begeisterung über den Werth und die Größe jener „großen Männer", sowie über

---

[1]) v. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Kaiser Wilhelm I.

die Tragweite des gepriesenen und gefeierten Ereignisses täuschen ließ.

Allerdings, für jene Leute, welche die geschichtliche Bedeutung eines Ereignisses nach der Menge der Bücher, der Zahl der Festreden und der Stärke des patriotischen Hurrahgeschreis, die es hervorrief, beurtheilen, mag wohl die Begründung des deutschen Reiches die wichtigste Begebenheit unseres Jahrhunderts sein.

Leider aber vermögen wir diesen Maßstab nicht als den richtigen anzuerkennen; wir verlangen vielmehr von einem Ereigniß, das Anspruch auf eine hohe geschichtliche Bedeutung erhebt, daß es die gesellschaftlichen Zustände verbessert, die Freiheiten des Volkes erweitert, sein Rechtsbewußtsein gekräftigt und verfeinert hat, kurz, daß es einen Kulturfortschritt einschließt!

Zwar, dieser Maßstab ist heute nicht mehr ganz zeitgemäß, besonders nicht für jene Sorte genialer Staatsweisen, welche Kulturfortschritte für das deutsche Reich für ebenso überflüssige und gleichgültige Dinge halten, wie es die chinesischen Mandarinen für das Reich der Mitte thun. Glücklicherweise aber steht die deutsche Arbeiterklasse nicht auf diesem olympischen Standpunkt und da wir uns an sie mit diesen Auseinandersetzungen wenden wollen, so müssen wir uns wohl oder übel auch dazu bequemen, den Maßstab der gesellschaftlichen Wohlfahrt an die beglückende, „die Aera der bürgerlichen Freiheit und der klassischen Sozialreform" eröffnende Schöpfung des Deutschen Reiches zu legen.

Und was ergiebt sich da?

Die Thatsache, daß das deutsche Volk in seiner großen Masse mit der „Einigung" an sozialer Wohlfahrt wie an politischer Freiheit nichts, gar nichts gewonnen hat!

Durch die neue Reichsverfassung ist wohl die politische Organisation unseres Volkes in einigen Punkten verändert worden und, wie wir gerne anerkennen, zum Vortheil. Darüber hinaus aber ist alles beim Alten geblieben. Einen neuen gesellschaftlichen Inhalt, die Bedingungen für eine organische Fortentwickelung der Volksrechte sowie diejenigen

zu einer gründlichen und einschneidenden Sozialreform hat uns das Reich nicht gebracht.

Die Richtigkeit dieses Satzes wird durch den Hinweis auf die Ertheilung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts nicht angefochten; denn ganz abgesehen davon, daß dieses Recht für große Massen des Volkes nur auf dem Papier existiert, indem ihnen eine freie Wahl durch ökonomischen Druck, Preßkorruption und Ausnahmegesetze unmöglich gemacht wird, so hat auch bis auf den heutigen Tag das allgemeine Wahlrecht weder unsere sozialen Zustände im Reiche verbessern können, noch von den arbeitenden Klassen auch nur einen Theil jenes ungeheuren wirthschaftlichen Druckes zu nehmen vermocht, unter dem sie nach dem Zugeständniß selbst konservativer Sozialpolitiker[1]) von Jahr zu Jahr mehr zu leiden und zu schmachten haben, und der nun endlich auch die „allerhöchste Anerkennung“ in den kaiserlichen Februarerlassen gefunden hat.

Nicht nur die Thatsache, daß die eingestandenermaßen sehr mangelhafte Verfassung eines so unfertigen, staatlichen Gebildes, wie es der norddeutsche Bund war, ohne große und bedeutungsschwere Veränderungen auf das neu gegründete Reich übertragen werden konnte, beweist unseren Satz, auch die ganze, bisherige „glorreiche“ Geschichte dieses Staates legt Zeugniß für ihn ab und erhärtet ihn zu einer stählernen Wahrheit!

Hätte die deutsche Arbeiterklasse 1871 wirklich etwas gewonnen, so müßte ihr im neuen Reich ein Staat erstanden sein, der fähig gewesen wäre, ihr ihre staatsbürgerlichen Rechte zu garantiren und auf dem Wege einer wahrhaften und energischen Sozialreform die Wehen der sich gebärenden Zukunft zu mildern, aber kein Staat, dessen angeblich „nationale“ Politik bisher in nichts anderem bestanden hat als in einem unaufhörlichen Opferkultus des preußischen Militärmolochs und in einer einseitigen Begünstigung der besitzenden Klassen in Gesetzgebung und Verwaltung, kein Staat, der sich den Frieden nur durch fortwährende Rüstungen und Fürstenvisiten, die innere

[1]) Vergl. Rodbertus. Zur Beleuchtung der sozialen Frage. Seite 20, 21.

Sicherheit aber nur durch Niederhaltung der Arbeiterbewegung zu erhalten weiß, kein Staat, dem erst die letzten Wahlen die Augen darüber öffnen mußten, daß er große soziale Pflichten den arbeitenden Klassen gegenüber zu erfüllen habe.

Das Volk hatte seine Hoffnung auf den „freisinnigen Ausbau" der Reichsverfassung gesetzt. Aber ist denn derselbe zu Stande gekommen?

Was man in dieser Beziehung allein zu Stande gebracht hat, war das Sozialistengesetz und die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages auf fünf Jahre, beides gewiß kein „Ausbau" im Sinne des Fortschreitens.

So ist nicht geschehen, was das deutsche Volk nach den ihm gemachten Hoffnungen billigerweise erwarten durfte und erwartet hat!

Nichtsdestoweniger fährt man fort, es zu überreden, es müsse nur auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen, um aller erhofften Segnungen theil zu werden. Aber durch dies interessirte Geschrei sollte sich das deutsche Volk und vor allem die deusche Arbeiterklasse nicht wieder täuschen lassen.

Wenn die bürgerlichen Federfuchser von den „goldenen" Früchten sprechen, welche die „Einigung" gezeitigt hat, so liegt in diesem Gerede eine gewisse Berechtigung. Aber diese goldenen Früchte sind nicht dem Volke, sondern ganz allein der preußischen Monarchie und der gesammten Bourgeoisie in den Schooß gefallen. Das hat denn auch das deutsche Volk mit der Zeit, wenn auch nicht klar erkannt, so doch instinktiv gefühlt und infolgedessen ist heute die einst so hoch gehende „Reichsfluth" völlig im Sande verlaufen. Uebrig geblieben ist nichts als jenes krampfhafte Hosiannageschrei der Bourgeoisie, hinter dem sie ihre Freude über die mit der Gründung des deutschen Reiches angebrochene Aera der gesetzlich geschützten Ausbeutung verbirgt und jener ekelhafte Mordspatriotismus der akademischen Jugend, der ihr als Deckmantel ihrer byzantinischen Charaktereigenschaften und moralischen Fäulniß dient.

Gewiß, die Bourgeoisie mit ihrem akademischen Bedientenstroß hat alle Ursache, Festreden zu halten und Kaiserhymnen zu singen, war doch für sie die Reichsgründung ein rentables Unternehmen, das nicht nur mit seinen großen

Profiten ihren Reichthum enorm vergrößert hat, sondern das sie auch auf die höchste Staffel ihrer Klassenherrschaft hob, die ihr bei ihrer großen politischen Unfähigkeit zu erreichen beschieden war. Denn es ist ihr in der That gelungen, die Staatsgewalt zur ausschließlichen Wahrung ihrer wirthschaftlichen Interessen zu zwingen, diese in eine solche Abhängigkeit von sich zu bringen, daß sie in den Interessen der Bourgeoisie die alleinige Grundlage ihrer Politik erblicken muß.

Bauern und Handwerker aber, sowie die kleinen Beamten und Lohnarbeiter würden thöricht handeln, wenn sie sich durch das angeblich patriotische Gebahren ihrer ökonomischen Gegner von der Vertretung ihrer eigenen Interessen ableiten ließen. Sie haben keine Ursache, das „reichsfreundliche" Gerede der Bourgeoisie zu beklatschen, denn das hieße ihre Unterdrückung mit einer ihrer unwürdigen Verhöhnung des eigenen Elends vermählen.

Ihr Interesse gebietet ihnen vielmehr, energisch die Erringung der politischen Macht anzustreben und sich die Staatsgewalt gefügig zu machen.

Die arbeitenden Klassen denken dabei nicht daran, eine historisch gewordene und der erzenen Nothwendigkeit entsprungene Thatsache, wie das die Gründung des deutschen Reiches ist, rückgängig zu machen, im Gegentheil suchen sie die einmal erworbene Reichseinheit unter allen Umständen zu erhalten und der deutsche Proletarier wird niemals zugeben können, daß dieselbe angetastet werde. Sein Streben geht nach vorwärts; was er will, ist mehr Einheit, ist die schließliche Umwandlung aller kapitalistischen Klassenstaaten in den einen freien, auf genossenschaftlicher Arbeit ruhenden „Volksstaat".

Das ist eben das Ziel unserer gesammten politisch-ökonomischen Entwicklung und diesem Ziele zuzustreben, fühlt der Proletarier als seine geschichtliche Mission. Er wird sie sicher erfüllen, dessen können wir sicher sein; aber um so schneller und eifriger, je tiefer er sich seiner Aufgabe bewußt ist, je klarer vor seinem Auge die bisherige Entwicklung steht, je gründlicher der sinnverwirrende Mythus

zerstört ist, der um die Schöpfungsgeschichte der modernen deutschen Gesellschaft und ihrer staatlichen Organisation gewoben ist.

Mögen dazu die folgenden Zeilen beitragen!

I.

Während des ganzen Mittelalters und weiter bis in den Anfang unseres Jahrhunderts hinein, bestand — wenn auch zuletzt nicht mehr thatsächlich, so doch äußerlich — das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation", dessen Wiederauferstehung unsere meisten Geschichtsschreiber in dem neuen Deutschen Reich feiern zu müssen glauben.

Handelte sich es um einen poetischen Effekt, so könnte man allenfalls die Freiheit dieser Auffassung entschuldigen, streng geschichtlich dagegen ist sie nicht zu rechtfertigen.

Ganz abgesehen davon, daß das alte römische Reich deutscher Nation noch andere Länder und Völker umschloß als das heutige deutsche — in seiner Blüthe begriff es außer germanischen Stämmen auch Gallier, Italiener, Spanier, ja selbst Slaven in sich — so war doch auch der politische Charakter der alten Staatsbildung ein völlig unterschiedener von dem der modernen. Durchaus verschieden war die Organisation der öffentlichen Gewalt, die Stellung des Kaisers und der Fürsten zu einander und zum Volke, der Charakter der öffentlichen wie privaten Rechtsordnung. Während das alte Reich eine „Universalmonarchie" oder vielmehr eine „Universalhierarchie" darstellte, ist das neue Reich ein Nationalstaat. Das staatsbildende „Prinzip" war in beiden Reichen ein grundverschiedenes, wie das eben ihren verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen entsprach. Die politische Organisation des ehemaligen Reiches war auf das Feudalsystem und die kirchliche Hierarchie gegründet, die des heutigen ruht auf dem kapitalistischen Wirthschaftssystem und der preußischen Hegemonie (Vorherrschaft).

Wenn wir trotz der dargethanen Verschiedenheit beider Staatsbildungen mit einem kurzem Abriß der Geschichte des heiligen römischen Reiches beginnen, so geschieht das aus zwei Gründen. Zum ersten soll dadurch dem Leser an

der Hand der ökonomischen Entwicklung gezeigt werden wie die sozialen Verhältnisse geschichtlich entstanden sind, aus denen das neue Deutsche Reich mit Nothwendigkeit herauswachsen mußte; zum andern wollen wir ihm damit beweisen, wie sehr die materialistische Geschichtsauffassung geeignet ist, weit hinter uns liegende Perioden der Geschichte aufzuhellen und eine Reihe althergebrachter Irrthümer zu beseitigen, welche das Verständniß der Vergangenheit unseres Volkes erschweren.

Die einzige Macht, welche in den Jahrhunderten nach der Völkerwanderung in Mitteleuropa eine weit hinreichende Bedeutung besaß, war die römische Kirche, das Pabstthum. Um seinen Einfluß zu erweitern und seinen Besitz zu vergrößern, schlang es um die germanischen Völkerstämme, die meistens ohne jede Beziehung zu einander standen, zum ersten Male die Bande einer einheitlichen, staatlichen Organisation. Naturgemäß fiel der römischen Kirche auch die ganze Leitung dieses unter kirchlich religiösen Formen gebildeten Staates zu und wenn es auch den Anschein hat, als wären die germanischen Könige die thatsächlichen Häupter dieses Staates gewesen, so ist doch die Wahrheit, daß sie nichts anderes als die vollziehenden Werkzeuge der römischen Hierarchie waren, deren diese sich bediente, um ihre politischen Zwecke zu erreichen und den ihr daraus erwachsenen sozialen Aufgaben zu genügen.

Man macht sich gewöhnlich eine ganz falsche „ideale" Vorstellung von dem Verhältniß und den Absichten der römischen Kirche in dem damaligen Deutschland; man glaubt noch vielfach, daß das Pabstthum keine staatliche, sondern nur eine geistige Macht gewesen sei, und daß dessen Bestrebungen, die germanischen Völker zum Christenthum zu bekehren, idealen Motiven entsprungen seien. Man feiert einen Bonifacius als den glaubenseifrigen Missionar, der nur mit dem selbstlosen Zwecke, die heidnischen Seelen der barbarischen Sachsen, Frisen, Bayern in fromme christliche umzutaufen, die deutschen Wälder und Sümpfe durchzog.

In Wirklichkeit verhielt sich die Sache etwas anders! So wenig heute unsere kühnen Afrikareisenden in idealer Aufwallung die afrikanische Wildniß durchziehen, um die

Eingebornen mit den Gütern unserer europäischen Zivilisation zu beglücken, so wenig sandte damals der Pabst seine Missionäre in das heidnische Deutschland, um den Germanen das Evangelium zu predigen. Was heute die „Pioniere der Zivilisation" nach dem unbekannten Erdtheil treibt, ist das Kapital, für das sie jene Länder ausplündern und dessen Herrschaft sie es unterwerfen sollen, und damals war es nicht viel anders.

Der Pabst verfolgte bei jenen Missionen allein den Zweck, seine Herrschaft auszudehnen, seine Machtmittel zu vergrößern. Und das Mittel dazu war das Christenthum. Indem die Missionäre die germanischen Stämme zur christlichen Religion bekehrten, setzten sie sich in den Besitz desjenigen Theiles des Landes, welcher vorher der heidnischen Priesterschaft gehört hatte. Die Erträge, welche der so gewonnene Besitz abwarf, flossen nach Rom und vergrößerten die päbstliche Macht. Wie es der Egoismus von jeher und überall verstanden hat, Gott und das Heilige für seine Zwecke auszunutzen, so auch hier. Die Bekehrung der heidnischen Germanen diente der römischen Kirche zum Vorwand und Mittel, ihre Herrschaft zu erweitern.

Und das war gerade zu jener Zeit für sie ein Gebot der Noth.[1])

Die Sarazenen bedrohten damals die päbstliche Herrschaft an verschiedenen Punkten, der Kaiser in Byzanz schmälerte die Einkünfte des heiligen Stuhles in Griechenland und Unteritalien, und sein weltlicher Besitz wurde durch die Longobarden gefährdet. Unter solchen Umständen mußte der damalige Pabst Gregor II. an die Befestigung und Erweiterung seiner Macht denken, und dazu schien ihm nichts geeigneter, als die kräftigen germanischen Völker unter seine Oberhoheit zu bringen und sie sich tributpflichtig zu machen.

Dies Ziel der päbstlichen Politik wurde denn auch, dank der unermüdlichen Thätigkeit der Missionäre sowie der geschickten Benutzung der Germanenhäuptlinge erreicht. Indem die Kirche das fränkische Fürstengeschlecht der Karolinger mit ihrem ganzen Einfluß unterstützte und diesem ihre geistliche Autorität lieh, schuf sie das fränkische Reich.

---

[1]) Vergl. O. Fischer: Bonifacius der Apostel der Deutschen.

Zugleich aber brachte sie damit die fränkischen Könige in volle Abhängigkeit von sich und ihren Interessen. Karl der sogen. „Große“ herrschte im Grunde nur durch die Kirche und für die Kirche.

Dieser hierarchische Ursprung des deutschen Königthums erschließt uns erst das rechte Verständniß für die ganze spätere Geschichte unseres Volkes, indem er uns erklärt, warum es die deutschen Könige zu keiner unabhängigen Machtstellung zu bringen vermochten und warum ihre später zahlreich gemachten Versuche, sich von der päbstlichen Herrschaft zu befreien, scheitern mußten.[1]) Das deutsche Königthum war eben ökonomisch und darum auch politisch von der römischen Kirche abhängig. Bei allen Unternehmungen war es auf die materielle Hilfe und Unterstützung der Bischöfe und Aebte, und der gesammten römischen Geistlichkeit angewiesen.[2]) Die Ackerwirthschaften der Abteien und Klöster bildeten mit ihren regelmäßigen Abgaben nicht nur die wirthschaftliche Grundlage der königlichen und später kaiserlichen Gewalt, aus ihren Kontingenten setzten sich auch vornehmlich die Heere zusammen, mit denen später die Ottonen über die Alpen zogen. Ja, zur Zeit des ohnmächtigen Königs, Ludwig des Kindes, waren es die deutschen Bischöfe, welche mit starker Hand die Zügel der Regierung ergriffen und die bedrohte Reichseinheit retteten.[3])

Daß eine starke königliche Gewalt nicht bestand, sehen wir auch aus der Thatsache, daß die freien fränkischen Bauern, welche durch die fortwährenden Kriege und Plünderungen ruinirt waren, sich in den Schutz der Kirche

[1]) Daß die Kirche sich im Besitz der eigentlichen Staatsgewalt befand, geht auch daraus hervor, daß sie das Recht der Gesetzgebung ausübte, ein Recht, das immer ein Attribut der höchsten Gewalt im Staate ist. Und zwar regeln die von der römischen Kirche gegebenen Gesetze nicht bloß die geistlichen Angelegenheiten und die innere Verwaltung der Abteien, Klöster, Gemeinden 2c., sondern auch deren Privat-Prozeß- und Strafrecht. Die Sammlung dieser Rechtsbestimmungen ist das Corpus juris canonici (Kanonisches Recht.)

[2]) Vergl. Zastrows preisgekrönte Schrift: Die Geschichte des deutschen Einheitstraumes.

[3]) Vergl. Ibach: Der Kampf zwischen Pabst- und Königthum.

und der neuaufgekommenen Territorialherren begaben, da diese ihn allein gewähren konnten.[1]) Durch diesen Umstand aber wuchs die Macht der Kirche wiederum bedeutend, denn den Schutz mußten sich die Bauern theuer erkaufen. Sie mußten nämlich das Eigenthum an ihrem Grundstück an den Schutzherrn übertragen und erhielten dies von ihm als Zinsgut unter verschiedenen und wechselnden Formen zurück, stets aber nur gegen Leistung von Diensten und Abgaben. Einmal in diese Form der Abhängigkeit versetzt, verloren sie nach und nach auch die persönliche Freiheit; nach wenigen Generationen waren sie zumeist schon Leibeigene.

Es ist leicht verständlich, wie diese Gesammtlage mit Nothwendigkeit zur Bildung großer Grundherrschaften und abhängiger Kleinbauern führen mußte und wie die Schutzergebung (Kommendation) sich zum Feudalismus erweiterte.

Jeder Schritt nach vorwärts, den diese Entwicklung machte, brachte das deutsche Königthum einen Schritt seinem Grabe näher. Die Stellung des Königs wurde eine immer kläglichere, je mehr sich die Feudalität entwickelte, je mehr die Feudalherren durch Unterjochung freier Bauern an Macht zunahmen, je mehr infolge dessen der Heerbann zusammenschrumpfte und der König vom Ritterheere abhängig wurde.[2])

Das Stammesherzogthum wurde andererseits immer mächtiger und mußte, da es in seinen ökonomisch-politischen Interessen einem kraftvollen Königthum direkt gegenüberstand, dessen erbittertster Feind und gefährlichster Gegner werden. Die Politik der Stammesherzöge lief darauf hinaus, sich der königlichen Oberhoheit mehr und mehr zu entledigen und sich völlig selbständig zu machen, und das erreichten sie gewiß, indem sie keine Gelegenheit vorübergehen ließen, die Pläne des Königs, sich von Rom zu befreien, zu durchkreuzen.

Und als nun gar die großen Territorialherren mit den mächtigen deutschen Bischöfen gegen den König zusammen gingen, da war es um die deutsche Kaiserherrlich-

---

[1]) Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staates. S. 116/18.

[2]) K. Kautsky: Thomas Morus und seine Utopie. S. 7.

keit geschehen. Seitdem sie in Canossa in den Staub getreten war, mußte es aller Welt klar sein, daß sie nur glänzen konnte, wenn die päbstliche Gnadensonne sie beschien.

II.

Seitdem die altgermanische Gentilverfassung und die auf ihr gegründete Markgenossenschaft durch die neue feudale Gesellschaftsordnung gesprengt war, erwuchsen innerhalb dieser letzteren schon wieder die Keime zu einer anderen Produktionsweise: das Handwerk kam auf.

Lange Zeit noch in feudaler Gebundenheit und nur für den Bedarf der großen Grundherren produzirend, nahm es nach den gewaltigen Plünderungs- und Eroberungszügen der abendländischen Völker nach dem Orient, den sogenannten Kreuzzügen, einen mächtigen Aufschwung. Mit der Entstehung der Städte und dem Aufblühen des Handels schüttelte der Handwerker sein Dienstverhältniß zur Markgenossenschaft ab. Er zog in die Stadt und begann hier, statt für die Bedürfnisse des Feudalhofes, für den Markt zu produziren.

So entstand im Laufe der Zeit eine neue Gesellschaftsklasse, das Bürgerthum, welches dazu berufen war, die nächsten Jahrhunderte hindurch die Rolle des Sauerteigs in der Gesellschaft zu spielen.

Seine auf die Waarenproduktion und den Waarenhandel gegründete Existenz suchte das Bürgerthum sich gegenüber den Angriffen des Raubritter- und Banditenthums dadurch zu sichern, daß es sich unter den Schutz der kaiserlichen Macht stellte.

Der Kaiser nahm diesen neuen Bundesgenossen mit offenen Armen auf, verlieh ihm eine lange Reihe von Privilegien, konnte aber schließlich seine Schwäche nicht verbergen.

Das Bürgerthum erkannte denn auch bald genug, daß die im Zerfall begriffene kaiserliche Macht seine Interessen weder im Inlande noch im Auslande wirksam zu schirmen vermochte und so lehnte es sich infolgedessen an die großen weltlichen und geistlichen Territorialherren an, in deren Gebieten allein wirklich regiert wurde.

Die Territorialherren aber erkannten sehr bald, daß ihre Interessen mit denen des jungen Bürgerthums völlig zusammenfielen. Nicht allein, daß sie an dem Reichthum der Bourgeoisie theilnahmen — mit Hülfe des Heeres, das sie zur Beschützung des Handels, zur Eroberung neuer Märkte nöthig hatten, dehnten sie ihre Herrschaft immer weiter aus. Zugleich aber lockerte sich damit das Abhängigkeitsverhältniß, das sie noch an das Reich band.

In der That erwarben denn auch die immer stärker werdenden Landesfürsten, die ihrer ursprünglichen Stellung nach kaiserliche Beamte waren, ein Recht nach dem andern. Die Gerichtsgewalt, die in der freien Markgenossenschaft allen Markgenossen in ihrer Vereinigung zustand, ging zuerst theilweise, dann ganz auf die Landesherren über. Auch die höchste Gerichtsgewalt, die ursprünglich ein Attribut des Kaiserthums gewesen, wußten sich die großen Territorialfürsten anzueignen; denn während deren Hof- und Obergerichte die zweite Instanz ausmachten, so war die dritte noch dem Kaiser vorbehalten gewesen. Aber damit nicht genug, dehnten sie auch im Laufe des 14. Jahrhunderts ihre Gerichtsgewalt auf die sogenannten reichsmittelbaren Grafen und Herren, die unter der unmittelbaren Jurisdiktion des Kaisers standen, aus.

Diese Verschiebung der Machtverhältnisse findet ihren Ausdruck in dem Reichsgrundgesetz der goldenen Bulle vom Jahre 1356. Hierin wurde nicht allein das Recht der sieben deutschen Kurfürsten, den römisch-deutschen König und künftigen Kaiser zu wählen, sanktionirt, sondern es wurde ihnen auch die Befugniß zuerkannt, in ihren Territorien in völliger Unabhängigkeit vom Kaiser Recht zu geben und zu sprechen. Es wurde damit also grundsätzlich ausgesprochen, daß die Souveränität des Reiches nicht dem Kaiser, sondern dem Kurfürstenkollegium zustehe, daß die eigentlichen Regenten Deutschlands Bischöfe und Landesfürsten seien.

Die kleineren Feudalherren sahen dieser, ihre Rechte und ihre soziale Stellung schmälernden Entwickelung mit Ingrimm zu. Das luxuriöse Leben der reichen Kaufleute in den Städten erregte ihren Neid, und als sie nicht mehr im Stande waren, einen Theil der Waaren durch

Straßen- und Wegeraub an sich zu bringen, da mußten sie — wollten sie, die Adeligen, nicht hinter dem verachteten Bürgersmann zurückbleiben — gleichfalls anfangen, für den Markt zu produzieren.[1])

Das konnten sie nur, indem sie die Naturalleistungen und Lasten ihrer hörigen Bauern vermehrten, denn von der Menge der zu Markt gebrachten Waaren hing ihre Lebenshaltung ab.

Diese Nöthigung für den Adel, sich in das neue Produktionssystem zu finden, war um so stärker, als derselbe nach Umgestaltung der alten Heeresverfassung seine militärische Bedeutung verloren hatte. Das mit der Feuerwaffe ausgerüstete Fußvolk verdrängte die adelige Kavallerie. Die Ritterburgen zerbrachen vor dem Geschütz der Städter und Landesherren.

So war der Adel im Begriff, in einen Zustand vollkommener Ohnmacht, der Bauer aber, in einen Zustand der härtesten Knechtschaft zu versinken. Was Wunder, daß beide Klassen immer mehr zu der Ueberzeugung getrieben wurden, daß nur eine totale Revolution der herrschenden Besitzverhältnisse ihre alte soziale und politische Macht wieder begründen könne!

Die Rebellion der Ritterschaft mit Franz von Sickingen und Ulrich von Hutten an der Spitze brach aus, aber scheiterte bald. Da erhoben sich die Bauern, aber auch sie wurden von den Landesherren niedergeworfen, ihre Güter eingezogen, sie selbst theils hingeschlachtet, theils vertrieben.

Die Landesfürsten eigneten sich, mit rücksichtslosem Terrorismus, das ganze feudale Eigenthum der Ritter und Bauern an, stahlen das Gemeindeland, soweit es sich noch von der alten Markgenossenschaft her erhalten hatte, und raubten unter dem Deckmantel reformirten Glaubens zahllose Kirchengüter, kurz schufen durch Gewalt das moderne bürgerliche Privateigenthum.

Die Folge davon war eine mächtige Verstärkung der territorialen Fürstenmacht und eine Schwächung des

---

[1]) Vergl. P. Kampffmeyer: Beiträge zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in der Zeitschrift Neue Zeit 1888.

Reiches. Das stolze Wort, welches zuerst ein Herzog von Braunschweig-Lüneburg ausgesprochen hat: „Ich bin Kaiser in meinem Lande" galt bald als ein Rechtssatz, der allgemeine Anerkennung fand.[1])

Nunmehr konnte das Landesfürstenthum auch daran gehen, die einzige, sie sowohl wie die Entwickelung des Kapitalismus noch beschränkende Institution hinweg zu räumen: die Landstände.[2])

Dieselben setzten sich aus den Grafen und einflußreichen Feudalherren, den Prälaten und Vertretern der Universitäten, den Rittern des Landes und den Abgeordneten der Städte zusammen, d. h. aus jenen Ständen, die ursprünglich von jeder Steuerpflicht freigewesen waren und jetzt, da der Landesfürst von ihnen Steuern forderte, zusammen kamen, um ihre alten Rechte zu wahren.

Da der Landesfürst aber unbedingt auf ihren guten Willen angewiesen war, so kam es, daß die Landstände in vieler Beziehung sich Rechte und Befugnisse erwarben, die die Gewalt des Territorialherrn bedeutend einschränkten. So hatten sie nicht nur die Höhe der auszuhebenden Steuern zu bestimmen, sie verlangten auch, daß sie durch landständische Beamte eingeholt wurden, daß das Land nicht getheilt, noch veräußert werden dürfte ohne ihre Genehmigung; sie mußten befragt werden, ob Bündnisse geschlossen und Kriege geführt werden sollten.

Diese den Interessen der Bourgeoisie zuwider laufenden Befugnisse und Privilegien des feudalen Junkerthums wurden aber nach und nach eingeschränkt, bis sie endlich ganz aufhörten. Die Rechte der Landstände gingen mit der Zeit — oft nicht ohne Anwendung der niederträchtigsten Mittel — völlig auf den Landesfürsten über, der sich dadurch zum unumschränkten Monarchen entwickelte.

Besonders klar vollzog sich dieser Prozeß in Brandenburg.

Hier herrschte das Geschlecht der Hohenzollern, dem es vermöge seines Erwerbsinnes gelungen war, seinen Besitz in den damals auf der Tagesordnung stehenden Kriegen und Fehden — zum Theil durch wenig wählerische Mittel — bedeutend zu vergrößern.

---

[1]) Siegel, Deutsche Rechtsgeschichte, § 114.

[2]) Vergl. Siegel: Deutsche Rechtsgeschichte, § 117.

Dem von 1640—1688 in Brandenburg regierenden Hohenzollern Friedrich Wilhelm, „der große Kurfürst“, gelang es, dem Zuge der Zeit gemäß, seine, in den verschiedenen Theilen Deutschlands befindlichen Besitzungen einheitlich zu organisiren. Diese Einheit seiner Länder konnte aber nur durch eine starke Armee hergestellt und behauptet werden. Zu diesem Zwecke schuf der Kurfürst ein stehendes Heer, das aber ansehnlicher Geldmittel bedurfte, um erhalten zu werden. Da diese in dem verarmten Lande nicht aufzubringen waren, so mußte er den Junkern zu Leibe gehen und ihre landständischen Steuerbewilligungsrechte vernichten. Denn die „Edelsten und Besten der Nation“ waren keineswegs geneigt, für die auf die Erhöhung der Staatsmacht gerichteten Pläne ihres Fürsten Opfer zu bringen. Erst als der Hohenzoller ihnen gestattete, sich durch vermehrte Bauernschindung zu entschädigen, traten sie ihre Privilegien ab. „Epoche machend in dieser Beziehung, sagt Schulze,[1]) ist der märkische Landtag von 1653. Daselbst bewilligten die Stände allerdings auf 6 Jahre eine ansehnliche Summe, aber dafür erwarben sie eine neue Erweiterung ihrer Herrenrechte, auch wurde ihnen jene kastenmäßige Abschließung des Adels zugestanden, wodurch die Bürgerlichen vom Erwerb der Rittergüter ausgeschlossen wurden. Vor allem aber wurde die Leibeigenschaft des Bauernstandes grundsetzlich ausgesprochen. So wurden die Bauern dem Adel völlig preisgegeben, welcher für Herrenrechte und Kastenprivilegien seine bisherigen politischen Befugnisse aufgeben mußte.“

Die Stellung des Adels wurde somit eine ganz andere, als sie früher gewesen war. Ehemals im Besitz derselben Rechte und Freiheiten, wie die großen Landesfürsten, ward er jetzt das ausführende Organ des landesherrlichen Willens, stellte er jetzt das Personal für die vielen, infolge der weiteren Ausbildung der Verwaltung nothwendig gewordenen Aemter und erhöhte durch seine Anwesenheit am Hofe den Glanz und das Ansehen seines Fürsten. Ehemals der Führer seines eigenen Waffengefolges, diente er jetzt als

[1]) Schulze: Preußisches Staatsrecht, Bd. I, S. 48.

Offizier in der fürstlichen Armee und verhalf so trotz seiner Privilegien und seiner Feindschaft gegen das Bürgerthum diesem zu immer größerer Macht.

In ähnlicher Weise wie in Preußen kam die absolute Monarchie auch in den übrigen deutschen Staaten zum Durchbruch. Die Entwickelung ist, abgesehen von einigen Verschiedenheiten, fast überall die gleiche. Wie in Preußen, so verrieth man auch anderwärts die Bauern an das Junkerthum, richtete, um die Kosten des üppigen und ausschweifenden Lebens an den Höfen zu decken, zahllose Geleits-, Fluß-, Wege- und sonstige Passagezölle auf. Uebermenschliches leisteten die „Finanzkünstler" der damaligen Zeit im Erfinden neuer Lasten, als da sind: Leibespflichten und Frohnden, Gülten und Zinsen, Nachsteuer und Abzugsgeld, Handlohn, Weisat und Fräuleinsteuer.

So hatte denn die neue Wirthschaftsweise bewirkt, daß das Reich alle seine Befugnisse und Funktionen verlor und daß das Landesfürstenthum allein in den Besitz der ganzen politischen und sozialen Gewalt gelangte. So weit der Kaiser noch eine Rolle spielte, verdankte er dies nicht seiner Stellung als Kaiser, sondern als Landesherr.

Diese veränderten Machtverhältnisse nun fanden im westfälischen Friedenschlusse von 1648, mit dem der dreißigjährige Krieg abschloß und durch den die einzelnen großen und kleinen Landesfürsten völlig autonom wurden, ihren rechtskräftigen Ausdruck. Von nun an durften die Fürsten nicht nur unter sich, sondern auch mit fremden Mächten Bündnisse eingehen, auf eigene Faust Krieg führen und Frieden schließen.

Zwar stand die Reichsverfassung mit diesen Thatsachen in hellem Widerspruch; die lebendigen Machtverhältnisse waren das gerade Gegentheil des geschriebenen Verfassungsrechtes, aber das hinderte (gerade so wie heute) die zünftigen Rechtsgelehrten nicht, den Aberwitz der Reichsverfassung wissenschaftlich zu erklären und zu erläutern.

Die Institution des Kaiserthums hatte wie alle übrigen ihren Sinn verloren, denn von alledem, was das Wesen des Staats ausmacht, hatte das damalige deutsche Reich nichts mehr als den Schein und die leere

Schaale. Ohne Geschlossenheit nach außen, ohne sichere Kompetenzen nach innen, ohne andere Finanz- und Heeresmacht als die, welche die Landeshoheit gewähren mochte, war es ein politisches Schemen, wenn nicht der Kaiser mit seiner Hausmacht anstatt des Reiches eintrat.

Nichts destoweniger aber blieb das Reich formell noch ein und ein halbes Jahrhundert bestehen, nach wie vor tagte in Regensburg der Reichstag, der aber nichts anderes als in leeren Formen hadern konnte.

So sehen wir das Reich durch die Entwicklung der Einzelstaaten zum Absolutismus immer mehr in Verfall gerathen, aber dieser Verfall war ein nothwendiger; die Zukunft, den Fortschritt repräsentirte der absolute Staat.

Das klingt paradox, aber in Wirklichkeit erfüllte er doch in der damaligen Zeit eine kulturgeschichtliche Mission. Er war der Geburtshelfer der aufstrebenden Wirthschaftsweise.

Diese despotisch regierten Staaten blieben in ihrem Wesen bis zu den Kriegen Napoleons, die sie völlig in ihren Institutionen erschütterten, bestehen. Auf die Dauer aber vermochte die veränderte Produktionsweise sich nicht in den Rahmen eines despotischen Territorialstaates zu kleiden, sie wuchs aus dessen immerhin engen Grenzen hinaus und jene Institutionen, die bureaukratische Verwaltung, das kleine stehende Heer, welche ursprünglich zur Entwicklung des Kapitalismus beigetragen hatten, wurden jetzt ein Hemmniß für ihn. Der sich immer mehr entwickelnde Handel konnte sich nicht mit der absolutistischen Monopol- und Regalwirthschaft, mit dem lästigen Akzisewesen und den ihn auf Schritt und Tritt hemmenden Zollpfählen vertragen. Außerdem konnte der Landesfürst seinen handelstreibenden Unterthanen nicht in dem Maße zur Seite stehen, als deren Beziehungen sich erweiterten.

Der absolutistische preußische Staat suchte dieser Tendenz durch fortwährende Vergrößerung seines Territoriums gerecht zu werden, aber schließlich entging er dem Schicksal doch nicht und wurde, weil das Interesse der Fürsten im Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie stand, schließlich doch zu einem Hinderniß der gesellschaftlichen Entwicklung.

III.

Während der letzten Dezennien des achtzehnten Jahrhunderts hatte sich die kapitalistische Produktionsweise, wenn auch nicht eine völlig dominirende, so doch sehr bedeutsame Stellung im deutschen Wirthschaftsleben errungen.

Aber überall traten ihr in der Gestalt verrotteter, feudaler und absolutistischer Staatseinrichtungen Hindernisse in den Weg. Freiheit des Verkehrs, ein großes Absatzgebiet und völlige Ungebundenheit der Arbeitskräfte, diese drei unerläßlichen Lebensbedindungen der neuen Wirthschaftsweise mit ihrer gesteigerten Waarenproduktion waren in dem damaligen, in zahllose Territorien zerstückelten Deutschland nicht zu finden. Es gab zu jener Zeit im Reiche nicht weniger als hundert vollsouveräne erbliche Monarchieen, denen ebensoviele geistliche Fürstenthümer mit dem gleichen Maaße von Selbständigkeit zur Seite standen. Die Zahl der freien Reichsstädte betrug mehr als ein halbes Hundert. Dazu kamen noch etwa 150 kleine Prälaten und Grafen.

So stand die „Kleinstaaterei“ in voller Blüthe mit ihren Zollschranken und ihrem ungeregelten Münzwesen, mit ihren lästigen Paßvorschriften und schlechten Verkehrswegen, mit ihrer Rechtsunsicherheit und lüderlichen Finanzwirthschaft.

Wenn im Anfang der kapitalistischen Wirthschaft manche der kleinstaatlichen Institutionen ein Schutz für die neue Produktionsweise gewesen, so waren sie jetzt ein Hemmniß für sie geworden, das aus dem Wege geräumt werden mußte. Auf diesem Punkte der ökonomischen Entwicklung wurde das absolute Landesfürstenthum eine Fessel, die gesprengt werden mußte.

In Frankreich war der absolutistische Staat durch die Revolution zertrümmert; der deutschen Bourgeoisie besorgte Napoleon I. diese Arbeit, der nach den Schlachten von Jena und Auerstädt (1806) unzähligen Kleinstaaten den Garaus machte.

Diese Niederlagen, welche Napoleon den deutschen Fürsten beibrachte, hatten auch in dem größten Staat, in Preußen, eine wohlthätige Wirkung gehabt. Es lag jetzt klar vor aller Augen, daß das feudale Deutschland dem

durch die Revolution in seiner Volkskraft verjüngten Frankreich nicht mehr gewachsen war. Die französische Uebermacht hatte ihren Grund in erster Linie auf der freien Entfesselung der wirthschaftlichen Kräfte. Diese Wahrheit drängte sich auch dem damaligen preußischen Staatsmanne, dem genialen Freiherrn von Stein auf, der darauf seine radikalen Reformpläne gründete. So schrieb er in seiner Denkschrift[1]) vom September 1807:

„Um ein Volk zu erheben, muß man dem unterdrückten Theil desselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigenthum geben und ihm den Schutz der Gesetze angedeihen lassen."

Natürlich mußte eine Reformpolitik, die sich auf solchen Grundsätzen aufbaute, an dem „Patriotismus" der preußischen Junker scheitern. So nannte sich nämlich schon damals der gemeingefährliche Klassenegoismus, der immer ein Recht zu haben glaubte, jede wahrhafte Reformpolitik als „Umsturz" oder „Hochverrath" zu verdächtigen. In der That ließ sich auch der beschränkte Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. von seinen Junkern glauben machen, die Stein'sche Politik gefährde seinen Thron. Als nun gar im holden Bunde mit den „Edelsten der Nation", den Herren von Zastrow und Kalkreuth, von Hatzfeld und Voß auch der „Erbfeind" Napoleon gegen Stein intriguirte, da gab der König seinen fähigsten Berather preis. Und als Stein aus dem preußischen Ministerium austrat, schrieb auch ein preußischer „Patriot", nämlich York: „Unsere inneren Verhältrisse nehmen eine vernünftige Wendung an. Ein unsinnniger Kopf ist schon zertreten, das andere Natterngeschmeiß wird sich in seinem eigenen Gift selbst auflösen."[2])

Wie man sieht, war die herrschende Klasse in Preußen durchaus nicht gewillt, sich ihre verrotteten Rechte und Privilegien entreißen zu lassen und nur die allergrößte Noth veranlaßte sie einige Jahre später, sich zu einigen Konzessionen herbeizulassen.

---

[1]) Rud. v. Gneist. Die Denkschriften des Freiherrn von Stein in den „Preußischen Jahrbüchern" 1876.

[2]) Alfred Stern. Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der französischen Reformzeit 1807—1815. I.

Aber damit war den Interessen der Bourgeoisie nicht viel gedient. Zum Klassenbewußtsein erwacht, war von nun an die **Einigung Deutschlands**, an die Stelle der unzähligen kleinen Fürstenthümer, Grafschaften und Abteien ein mächtiges deutsches **Reich** zu setzen, welches seine Interessen förderte, seinem Handel Schutz gewähren konnte, und die Gebundenheit der Arbeitskräfte durch Aufhebung der Leibeigenschaft und die Auflösung der alten patriarchalichen Bande zu beseitigen, der Lieblingsgedanke der jungen Bourgeoisie.

Besonders nach Beendigung der Freiheitskriege, in denen das Selbstgefühl des deutschen Bürgerthums erheblich gewachsen war, machte sich im öffentlichen Leben der **Liberalismus**, der **Inbegriff der in das Politische übersetzten Interessen des Kapitals**, stark **geltend**.

Vor den Kriegen hatten die Fürsten in ihrer Noth dem Volke heilig und theuer versprochen, nach Beendigung desselben eine Verfassung zu geben, d. h. dem Bürgerthum einen Antheil an der Gesetzgebung und Verwaltung des Staatswesens einzuräumen. Als sie aber keine Anstalt machten, ihre Versprechungen einzulösen, da bemächtigte sich namentlich in den süddeutschen Staaten des Bürgermannes eine tiefe Verstimmung, die sich in blutigen revolutionären Liedern, Majestätsbeleidigungen und gelegentlichen Putschen Luft machte, besonders wurde die studirende deutsche Jugend von einem grimmen Haß gegen die Landesväter und ihre Anhänger erfüllt, der in der Ermordung Kotzebue's durch den frommen und keuschen Studenten Sand seinen Gipfelpunkt erreichte.

Aber dieselbe revolutionäre Stimmung herrschte auch in den übrigen Kreisen der süddeutschen Bourgeoisie, so daß sich endlich die Großherzöge von Baden (22. August 1818) die Könige von Bayern (26. Mai 1818) und Würtemberg (25. Sept. 1819) gezwungen sahen, trotz der unaufhörlichen Intriguen eines Metternich, **eine Verfassung** zu geben.

In Preußen aber fand sich nach Beendigung des großen Kampfes keine treibende Kraft mehr, welche der Monarch hätte berücksichtigen müssen. „Ruhe ist erste

Bürgerpflicht" wurde noch einmal für eine Generation die wenig widersprochene Losung.[1]) An Stelle dessen setzte man dort eine Demagogenhetze ins Werk, durch die fast alle Wortführer des revolutionären Liberalismus ebenso zu leiden hatten wie heute die Sozialdemokraten unter dem Ausnahmegesetz.

Dabei aber ließ es sich der preußische König angelegen sein, die Interessen seines Bürgerthums auf dem Wege der Gesetzgebung und Zollpolitik zu fördern. Im Jahre 1819 wurde das preußische Zoll- und Handelswesen gründlich umgestaltet. Man hob alle noch vorhandenen Binnenzölle sowie die bisherige Akzise von fremden Waaren auf — beides Dinge, an denen die Bourgeoisie besonderen Anstoß genommen und die ihre Unzufriedenheit mehr als alles andere erregt hatten. Ja, die Regierung that noch ein Uebriges und verlegte die Zolllinie unter Festhaltung eines allgemeinen Grenzzolltarifs an die Grenze.

Und damit begnügte sich denn auch die preußische Bourgeoisie vollkommen, kam es ihr doch weniger darauf an, den luftigen Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nachzujagen, als vielmehr einen guten Profit in die Tasche zu stecken. Daß es sich um nichts anderes als um diese Profite handelte, geht zur Genüge aus der Thatsache hervor, daß sie heute, wo sie reich und satt geworden, bereit ist, ihre früheren Ideale zu lästern und mit Füßen zu treten. Wie hätte man auch glauben können, daß die Bourgeoisie, die doch immer so nüchtern und vernünftig denkt, die jede Extravaganz so gründlich haßt und die ihre philiströse Ruhe und Gemüthlichkeit höher als alles schätzt, wegen ein paar lumpiger Ideale ihre Haut zu Markte getragen hätte!

Zu ähnlichen Konzessionen, wie der Preußenkönig, sahen sich auch die Fürsten der anderen Staaten gezwungen.

So schloß sich das Großherzogthum Hessen 1828 der preußischen Zollpolitik an und ließ die Schlagbäume an der preußischen Grenze wegräumen.

In Süddeutschland erreichte die Bourgeoisie in demselben Jahre, daß die Regierungen von Bayern und Wür-

---

[1]) Baumgarten: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik — im Preuß. Jahrb. Bd. 18.

temberg sich zu einer Zollvereinigung zusammen schlossen (Süddeutscher Verein).

Dasselbe geschah in Mitteldeutschland, wo Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau, Braunschweig und einige andere Kleinstaaten einen Zollverband bildeten.

Aber im Ganzen wurde diese die Bourgeoisie interessirende Zollpolitik doch nur widerwillig von den Fürsten betrieben und schritt deßhalb auch nur langsam vorwärts.

Da gaben nun die französische Julirevolution und der belgische Aufstand zu Anfang der dreißiger Jahre dem deutschen Liberalismus neues Leben. In dem Schreiben eines süddeutschen Diplomaten heißt es: „Was den Geist des Volkes, nämlich der Masse betrifft, so kann man wohl annehmen, daß er bei den Vorgängen in Frankreich fast gleichgiltig geblieben ist. Die Rheinprovinz und Westfalen möchten davon ausgenommen sein. Nicht so verhält es sich mit der Beamtenwelt, dem Handel und dem Lehrstande, die vielleicht von der freisinnigen Idee mehr durchdrungen sind als gerade nöthig wäre."[1]) Ueberall, so in Braunschweig, Kassel, Dresden kam es zu mehr oder minder großen Aufständen, die in den obersten Gesellschaftskreisen ihre Urheber hatten.

Privatdozenten und Studenten waren es, welche die Gesellschaft in Göttingen in eine solche Gefahr brachten, daß die Universität geschlossen werden mußte. Darob gerieth die deutsche Bundesversammlung in große Angst, welche sie ein drakonisches Gesetz gegen Studenten von revolutionärer Gesinnung geben ließ.[2]) Censur, militärische Bereitschaft, Polizei, kurz der ganze Unterdrückungsapparat wurde aufgeboten, um sich vor der gefahrdrohenden Bewegung zu retten. In Baden kam es zu heftigen Kämpfen in der Kammer, man verlangte völlige Preßfreiheit und Welker drohte sogar mit einer Anklage der Regierung wegen Hochverrathes. In Bayern fanden ähnliche Kämpfe statt, jedoch ohne Erfolg.

Die Zeitungen des Bürgerthums führten zu jener Zeit eine sehr kräftige Sprache, überall manifestirte und

[1]) Fr. v. Wesch: Aus alter und neuer Zeit, 233.

[2]) Mucke: Die politischen Bewegungen in Deutschland von 1830—35, Bd. I.

protestirte man in Versammlungen und auf Volksfesten. Berühmt geworden ist von den letzteren das Hammbacher Fest, das am 26. Mai 1832 stattfand und auf dem die Führer der süddeutschen Demokratie, die Doktoren Hepp, Wirt, Siebenpfeiffer und Andere revolutionäre Reden hielten. Wirt nannte die Könige Hochverräther und brachte ein Hoch auf die vereinigten Freistaaten Deutschlands aus.

Die deutsche Bundesversammlung war entsetzt über diese Vorgänge, eilig faßte man Beschlüsse gegen die staatsgefährlichen Demokraten: man verbot Zeitungen, Broschüren und schonte selbst die Produkte liberalisierender Dichter und Romanciers nicht. Die Werke Heines, Börnes, Gutzkows, und anderer Angehöriger des Jung-Deutschlands befanden sich auf dem Index der Censurbehörde. Man verhaftete und chikanirte die demokratischen Führer, so daß sich ihre Partei schließlich veranlaßt sah, zu Verschwörungen und Geheimbünden überzugehen. Am Ende der Jahre 1832 beräth sie die Form einer demokratischen Republik und versucht in Frankfurt durch einen Handstreich, der übrigens völlig harmlos war, die Revolution in Deutschland zu entflammen. Sofort wurde eine Zentraluntersuchungsbehörde niedergesetzt, welche überall gefährliche Geheimbünde witterte, gerade so wie die heutigen Staatsanwälte in Freiberg, Breslau, München, Elberfeld ꝛc., damals allerdings mit mehr Recht als heute.

Dieses Gebahren des Bürgerthums öffnete nun den Fürsten doch ein wenig die Augen, sie suchten jetzt die gegen sie gerichtete Bewegung dadurch abzuleiten, daß sie ihren Unterthanen mehr als bisher in der Erfüllung ihrer Wünsche entgegenkamen.

Die auf die Vereinheitlichung des Absatzgebietes gerichtete Zollpolitik wurde mit größerer Energie als bisher betrieben. Man suchte nun den preußisch-hessischen Verein mit dem süddeutschen zu verschmelzen, was denn auch schließlich gelang und in dem Zollvereinigungsvertrag vom 22. März 1833 zum Ausdruck kam. Dieser Vereinigung schlossen sich auch das Königreich Sachsen sowie die Thüringischen Staaten im selben Jahre an und nunmehr trat mit dem 1. Januar 1834 unter dem Namen: Deutscher Zoll- und Handelsverein ein Verband ins Leben,

welcher die Erhebung der bisherigen Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle an den gemeinschaftlichen Landesgrenzen und nur noch eine Zollerhebung an den Grenzen gegen das Vereinsausland auf Grund eines gemeinschaftlichen Zolltarifs zuließ.

Damit war ein in der großen Hauptsache einheitliches Verkehrsgebiet geschaffen, das sich auf den größten Theil Deutschlands erstreckte, indem es ein Flächengebiet von 7730 Quadratmeilen mit 23½ Mill. Menschen umfaßte.

Diesem Zollverein traten nun in kurzer Zeit noch Baden, Nassau, Braunschweig und andere Kleinstaaten bei.

Man sieht hier recht deutlich, wie es die wirthschaftlichen Interessen der Bourgeoisie waren, welche die Einheit Deutschlands anbahnten.

Wenn auch der Zollverein wesentlich im Interesse der Bourgeoisie gegründet und gefördert wurde und wenn auch sein Nutzen für dieselbe ein recht erheblicher war, so genügte er der mächtig aufstrebenden Wirthschaftsweise keineswegs; sie verlangte nun einmal nicht nur ein großes einheitliches Terrain, in dem sie herrschen konnte, sondern auch eine einheitliche, politische Organisation und Staatsgewalt.

So versuchte denn der deutsche Bourgeois sein Glück endlich 1848 mit einer Revolution, aber da sollte er schlecht dabei wegkommen. Nach einem anfänglich siegreichen Vorgehen verlor er bald seine ganze Position an die Fürsten. Die schönen Träume von der deutschen Republik zerrannen in nichts, die nach endlosen Parlamentsreden mühsam vollendete deutsche Reichsverfassung wurde ohne weiteres annulliert.

Der Instinkt lehrte die Bourgeoisie, daß die Republik zwar ihre politische Herrschaft vollendet, aber zugleich deren gesellschaftliche Unterlage unterwühlt, indem sie nun ohne Vermittlung, ohne den Versteck der Krone, ohne das Nationalinteresse, durch ihre untergeordneten Kämpfe unter einander und mit dem Königthum ableiten zu können, den unterjochten Klassen gegenüberstehen und mit einander ringen müssen. Es war das Gefühl der Schwäche, das sie vor den reinen Bedingungen ihrer eigenen Klassenherrschaft zurückbeben und sich nach den unvollständigeren und unentwickelteren und eben darum gefahrloseren Formen

derselben zurücksehnen ließ.[1]) Sie merkte im Anfang nicht, daß mit ihrem Bestreben, die konstitutionelle Verfassung in den Einzelstaaten zur Wahrheit zu machen und dementsprechend den deutschen Bund gleichfalls parlamentarisch zu reformieren, eine soziale Revolution Hand in Hand ging und sehr bald die Oberhand gewann. Die Angst vor dem aufstrebenden Proletariat, welches sich in dieser Revolution bemerkbar machte und ihr einen sozialistischen Charakter aufzuprägen suchte, bewog die Bourgeoisie, den Regierungen die Hand zu reichen und sich der Reaktion in die Arme zu werfen.

Diese wußte denn auch die Situation gründlich auszunutzen. Die Fürsten brachen ihre in der Angst geschworenen Eide, welche sie auf die demokratischen Verfassungen ihrer Staaten geleistet hatten und suchten den alten Absolutismus wiederherzustellen. So wurde in Preußen die jüngst vereinbarte Verfassung gewaltsam aus dem Wege geschafft und an ihrer Statt eine reaktionäre oktroyirt. In Würtemberg trat die alte Verfassung von 1819 wieder ins Leben, in Hannover stellt man das absolute Regiment völlig wieder her. Und ähnlich war es überall. Der politische Bankerott des revolutionären Bürgerthums war eben so vollständig wie nur möglich.

„So ist die Bewegung von 1848", sagt Jörg in seiner Geschichte der sozialpolitischen Parteien, „nach ihrer politischen Seite als Liberalismus oder Radikalismus gänzlich und wenig ehrenhaft erlegen. Nach ihrer andern Seite als ökonomischer Liberalismus aber ist sie enschieden Sieger geblieben. Noch mehr, die bestehenden Gewalten haben sich alsbald, nach dem geräuschvollen Vorgang des französischen Imperators, die Forderung „der materiellen Interessen" ihrer Völker als Regierungsprinzip angeeignet und damit grundsätzlich den liberalen Oekonomismus auf den Thron gehoben."

Hatte der Bourgeoisliberalismus auf die Politik in der auf die Revolution folgenden Reaktionsperiode (1848—1858) verzichtet, so arbeitete er um so erfolgreicher auf dem wirthschaftlichen Gebiet, begünstigt durch die Regie-

[1]) Marx: Der 18. Brumaire.

rungspolitik Preußens, die damals eigentlich nur eine Handelspolitik war. Der Krimkrieg gab Veranlassung zur Entwicklung von Industrie und Handel, da Preußen als neutraler Staat Rußland versorgte. Zollverträge wurden erneuert, neue Postverträge geschlossen, der materielle Aufschwung war ein großer, das Eisenbahn-, Bank- und Versicherungswesen entwickelte sich.

Diese großen wirthschaftlichen Erfolge nun machten — um so mehr, als das rothe Gespenst Dank der Genossenschaftsspielerei des Herrn Schultze-Delitz gebannt schien — der Bourgeoisie den Muth, auch wieder auf politischem Gebiet sich zu versuchen. Anlaß dazu bot das feudale Privileg, welches die Großgrundbesitzer von der Steuerzahlung befreite. Als nun, begünstigt durch das Census-wahlsystem, die preußische Bourgeoisie die Mehrheit in den Kammern erhielt, ging ihr Streben darauf hinaus, sich in den Besitz der politischen Gewalt zu setzen.

Die Regierung gab Anfangs nach und betraute ein durchweg liberales Ministerium mit der Leitung der Geschäfte. Als sie aber gewahr wurde, daß die Bourgeoisie, nicht zufrieden mit der parlamentarischen G e s e t z g e b u n g, nach parlamentarischer R e g i e r u n g trachtete und die Fülle der Gewalt, welche noch die Krone inne hatte, auf das Abgeordnetenhaus übertragen wollte, kam es zum Konflikt zwischen ihr und dem König.

Es geschah dies anläßlich einer Vorlage, welche die Reorganisation der Armee bezweckte und die im Anfang des Jahres 1860 dem preußischen Landtage vorgelegt wurde.

Die fortschrittlich-demokratische Majorität des Abgeordnetenhauses weigerte sich, den Gesetzentwurf anzunehmen und die nöthigen Geldmittel dafür zu bewilligen.

Anstatt sich diesem Beschlusse zu fügen, löste die Regierung die Kammer auf, aber ohne Erfolg. In das neue Abgeordnetenhaus zog eine noch stärkere Opposition ein.

Der König hatte inzwischen den Herrn von Bismarck an die Spitze des Ministeriums berufen, und dieser nun ließ den umstrittenen Gesetzentwurf trotz des Widerspruchs der Volksvertretung durchführen. Er machte einen Staatsstreich, indem er die Verfassung, welche dem Abgeordneten-

hause das Recht der Geldbewilligung zuschrieb, ignorirt, und ohne gesetzlichen Staatshaushalt regierte. Es war das die Zeit, wo die preußischen Minister, an ihrer Spitze Bismarck, nach der Aeußerung des jetzt geadelten Herrn von Gneist „das Kainszeichen des Meineids" an der Stirne trugen.

Dank der politischen Unfähigkeit der Bourgeoisie versumpfte dieser Konflikt. Anstatt, wie Lassalle den Abgeordneten rieth, auszusprechen, was ist, und durch ihre Weigerung, als gesetzgebender Körper weiter zu tagen, der Regierung den Schleier des Scheinkonstitutionalismus vom Gesicht zu reißen, blieb sie unthätig beisammen und beschränkte sich darauf — zu protestiren!

Die Fortschrittspartei konnte sich trotz der fortwährenden Ermunterung, welche sie von den preußenfeindlichen Fürsten empfing, an ihrer Spitze den Herzog von Koburg-Gotha[1]) (der sie sogar dazu drängte, Revolution zu machen), zu keinem entschiedenen Vorgehen entschließen. Hier wie 1848 ließ sie ihre Feigheit eine politische Niederlage erleiden. Der Versuch, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen, war kläglich gescheitert und nach der siegreichen Beendigung des schleswig-holsteinischen sowie des österreichischen Krieges war die preußische Regierung kräftiger als je zuvor.

Aber eine Aenderung ihres Verhaltens zu der mächtig und widerspenstig gewordenen Bourgeoisie glaubte sie doch eintreten lassen zu müssen. Um die letztere im Zaum zu halten, unterstützte sie die Gegner und Todfeinde des Bürgerthums, das Proletariat.

Das Dreiklassenwahlsystem hatte trotz seines reaktionären und plutokratischen Charakters nach einander unbesiegbare Majoritäten der Opposition in die Kammern gebracht. Als nun im Jahre 1867 der norddeutsche

---

[1]) Die „Volks-Zeitung" veröffentlichte im Juni 1889 Erinnerungen an Franz Duncker, bei welcher Gelegenheit sie Stellen aus Briefen veröffentlichte, die aus dem geheimen Kabinet des Herzogs von Koburg-Gotha stammen, und die an Führer der Fortschrittspartei gerichtet sind. In einem derselben heißt es: „... Denkt ihr denn gar nicht an ordentliche Organisation? und an direkte Anknüpfung mit dem Militär?" — Ein anderes Mal ruft er aus: „Und wenn ihr meiner zur provisorischen Regierung bedürft: Dann ruft den Tell, es soll an ihm nicht fehlen!"

Bund von Preußen gestiftet wurde, da glaubte der Ministerpräsident die trotzig gewordene Bourgeoisie am besten dadurch zu schwächen, daß er in die neue Bundesverfassung das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht aufnahm, nicht etwa, daß er damit dem Volke ein Recht einräumen wollte, beabsichtigte er vielmehr, sich daraus eine Waffe für seinen Kampf mit der liberalen Bourgeoisie zu schmieden. Mit Hülfe des durch das allgemeine Wahlrecht gewonnenen Proletariats glaubte er die Bourgeoisie nach dem Beispiel seines Meisters Louis Napoleon in Schach halten zu können. Hatte doch Lassalle den Arbeitern in dem „offenen Antwortschreiben" das allgemeine Wahlrecht als ihr nächstes Ziel, welches sie zu erreichen hätten, bezeichnet, und sogar deutsche Professoren vertraten die Ansicht, daß sich die Monarchie in Zukunft auf den vierten Stand stützen müßte.[1])

Mit der Gewährung des Wahlrechts hatte Bismarck die absolute Monarchie in die bonapartistische übergeführt. Beschleunigt wurde diese Entwicklung auch dadurch, daß Preußen nach dem Kriege mit Oesterreich drei Kronen verschluckt hatte. Der Schein, daß es nach dieser Prozedur noch dieselbe unbefleckte Krone von Gottes Gnaden besäße, die es sich vorher zuschrieb, ließ sich schlechterdings nicht mehr aufrecht halten.

Die Arbeiter inzwischen ließen sich durch das ministerielle Buhlen um ihre Gunst über ihre Gegensätzlichkeit zur preußischen Regierung nicht täuschen und der Versuch Bismarcks, sich ein eigenes Leibproletariat zu organisiren, scheiterte kläglich. Zu diesen Versuchen gehört das Bestreben, durch Bestechung der Arbeiterführer die von ihnen geleiteten Massen in das reaktionäre Lager herüberzuziehen, ferner das Anerbieten an den, später von Bismarck als internationalen Züchter von Verbrechern bezichtigten Karl Marx, im Staatsanzeiger sozialistische und kommunistische Artikel zu schreiben, endlich der Versuch, Liebknecht, Schweitzer u. a. in das reaktionäre Netz zu locken.

---

[1]) Prof. Rohner. Die Monarchie und der 4. Stand.

IV.

Eine Gelegenheit zur neuen Verschiebung der Machtverhältnisse bot der Krieg 1870/71. Die ökonomische Einheit, welche durch den Kapitalismus schon zu einer vollendeten Thatsache in Deutschland geworden war, mußte jetzt in der politischen zum Ausdruck kommen.

Das ergiebt sich klar und unzweideutig, wenn wir uns die politische Situation für einen Augenblick vergegenwärtigen.

Preußen hatte seinen Gegner, mit dem es um die Oberherrschaft in Deutschland rang, Oesterreich, 1866 zu Boden geworfen und durch die Einverleibung von Hannover, Kurhessen und Nassau, sowie Schleswig-Holstein seine Macht erheblich vergrößert. Sein Wille beherrschte das ganze Deutschland nördlich von der Mainlinie, und die Form, unter der dies geschah, war der Norddeutsche Bund.

Nur die Staaten südlich der Mainlinie standen Preußen ablehnend und voll Groll gegenüber.

Aber dieser Groll war mehr bei den Regierungen als beim Volke, bei der Bourgeoisie vorhanden, der das preußische Militärsystem zwar sehr widerwärtig war, der aber doch das nothwendige Ziel der preußischen Politik, die Einigung Deutschlands, sehr sympathisch sein mußte.

So konnten die Regierungen, die wiederum an dem preußischen Militarismus keinen Stein des Anstoßes finden, keine energische Politik zur Vereitelung der preußischen Herrschaft über Deutschland betreiben, das hätte die hohe Bourgeoisie arg verschnupft, der es ja nur darauf ankam, gute Geschäfte zu machen und in deren Interesse es nun einmal lag, wenn das gesammte Wirthschaftsgebiet unter einheitlicher Verwaltung stände.

Als es nun zum Kriege mit Frankreich kam, da konnten es die Südstaaten im Hinblick auf Oesterreichs Schwäche und aus Furcht vor ihrer eigenen Bourgeoisie nicht wagen, eine preußenfeindliche Haltung einzunehmen. Um nicht alles zu verlieren, schlossen sie sich dem Norddeutschen Bunde an. So sah das Jahr 1870 ganz Deutschland in Waffen zusammen; die Gewalten verschmolzen unversehens zu einer Zentralgewalt in Preußens Hand.

Die politische Einheit war da! Als reife Frucht vom Baum der sozialen Entwicklung fiel sie in den Schooß der erleuchteten Staatsmänner, aber diese sahen sie nicht, wie die Tagebücher Kaiser Friedrichs beweisen. Der alte Kaiser Wilhelm bedachte die deutsche Kaiserfrage noch garnicht, sein Sohn schreibt darüber betrübt am 30. September 1870: „Ich rede Se. Majestät auf die Kaiserfrage an, die im Anrücken begriffen, er betrachtet sie als garnicht in Aussicht stehend, beruft sich auf Dubois-Reymond's Aeußerung, der Imperialismus liege zu Boden, so daß es in Deutschland künftig nur einen König von Preußen, Herzog der Deutschen, geben könne."

Ein Zeugniß dafür, daß Kaiser Wilhelm I. völlig theilnahmlos den Ereignissen zuschaute, liefert uns Louis Schneider, der Vorleser des Kaisers, in seinem Buch über diesen. „Als auf der Höhe von Sedan General Reille dem Oberbefehlshaber der deutschen Heere das Schreiben überbrachte, in welchem Napoleon III. sich für gefangen erklärte, war Kronprinz Friedrich, wie in seinem Tagebuche zu lesen ist, von der Wucht der weltgeschichtlichen Stunde tief bewegt und erschüttert, Kaiser Wilhelm I. aber richtete unverwandt seinen Blick auf die Brust des General Reille und sagte endlich erstaunt: „General, Sie haben da einen Orden, den ich noch nie gesehen habe."

Auch Bismarck zeigt sich als völlig unklar in seiner Beurtheilung der Situation. Kaiser Friedrich schreibt am 3. September: „Der Kaiserfrage wurde kaum gedacht, ich merkte, daß Bismarck ihr nur *sehr bedingt* zugethan sei." Am 10. Oktober faßt endlich Bismark, gedrängt von der Entwickelung der Dinge, die Kaiserfrage ins Auge. Er habe 1866, sagt er zum Kronprinzen, gefehlt, sie gleichgültig behandelt zu haben, er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen nach der Kaiserkrone im deutschen Volke so mächtig sei, als es sich jetzt herausstelle, und besorgt nur Entfaltung großen Hofglanzes, worüber der Kronprinz ihn beruhigt. Am 14. November hatte der Kronprinz eine Unterredung mit Bismarck, über die sich die folgenden Aufzeichnungen finden:

16. November. Gespräch mit Bismarck über die deutsche Frage, er will zum Abschluß kommen, entwickelt aber achselzuckend

die Schwierigkeiten; was man denn gegen die Süddeutschen thun solle? ob ich wünsche, daß man ihnen drohe? Ich erwidere: „Ja wohl, es ist gar keine Gefahr, treten wir fest und gebietend auf, so werden Sie sehen, daß ich Recht hatte zu behaupten, Sie seien sich ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt.“ Bismarck wies die Drohung weit ab und sagte, bei eventuellen äußersten Maßregeln dürfe man am wenigsten damit drohen, weil das jene Staaten in Oesterreichs Arme treibe. So habe er bei Uebernahme seines Amtes den festen Vorsatz gehabt, Preußen zum Krieg mit Oesterreich zu bringen, aber sich wohl gehütet, damals oder überhaupt zu früh mit Sr. Majestät davon zu sprechen, bis er den Zeitpunkt für geeignet angesehen. So müsse man auch gegenwärtig der Zeit anheimgeben, die deutsche Frage sich entwickeln zu sehen. Ich erwiderte, solches Zaudern könne ich, der ich die Zukunft repräsentire, nicht gleichgiltig ansehen; es sei nicht nöthig, Gewalt zu brauchen, man könne es ruhig darauf ankommen lassen, ob Baiern und Württemberg wagen würden, sich Oesterreich anzuschließen. Es sei nichts leichter, als von der hier versammelten Mehrzahl der deutschen Fürsten nicht blos den Kaiser proklamiren, sondern auch eine den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes entsprechende Verfassung mit Oberhaupt genehmigen zu lassen, das würde eine Pression sein, der die Könige nicht widerstehen könnten. Bismarck bemerkte, mit dieser Anschauung stehe ich ganz allein; um das gewollte Ziel zu erreichen, wäre es richtiger, die Anregung aus dem Schooße des Reichstages kommen zu lassen. Auf meinen Hinweis auf die Gesinnungen von Baden, Oldenburg, Weimar, Koburg deckte er sich durch den Willen Sr. Majestät. Ich erwiderte, ich wisse sehr wohl, daß sein Nichtwollen allein genüge, um eine solche Sache auch bei Sr. Majestät unmöglich zu machen. Bismarck entgegnete, ich mache ihm Vorwürfe, während er ganz andere Personen wisse, die jene verdienten. Hierbei sei die große Selbständigkeit des Königs in politischen Fragen zu berücksichtigen, der jede wichtige Depesche selbst durchsehe, ja korrigire. Er bedauere, daß die Frage des Kaisers und Oberhauses überhaupt diskutirt sei, da man Baiern und Würtemberg dadurch vor den Kopf gestoßen. Ich bemerkte, Dalwigk habe sie angeregt. Bismarck meinte, meine Aeußerungen müßten nachtheilig wirken, er fände überhaupt, der Kronprinz dürfe dergleichen Ansichten nicht äußern. Ich verwahrte mich sofort auf das Bestimmteste dagegen, daß mir in solcher Weise der Mund verboten werde, zumal bei solcher Zukunftsfrage, ich sähe es als Pflicht an, bei Niemandem Zweifel gerade über meine Ansicht zu lassen, überdies stehe es nur bei Sr. Majestät, mir über die Dinge, welche ich besprechen dürfe oder nicht, Weisungen zu geben, wenn man überhaupt nicht annehme, daß ich noch nicht alt genug sei, um selber ein Urtheil zu haben. Bismarck sagte, wenn der Kronprinz befehle, so werde er nach diesen Ansichten handeln. Ich protestirte dagegen, weil ich ihm gar keine Befehle zu ertheilen habe, worauf er erklärte, er werde

seinerseits sehr gerne jeder anderen Persönlichkeit Platz machen, die ich zur Leitung der Geschäfte für geeigneter als ihn halte, bis dahin aber müsse er seine Prinzipien nach seinem besten Wissen und nach der ihm beiwohnenden Kenntniß aller einschlagenden Verhältnisse festhalten. Wir kamen dann auf Detailfragen, schließlich bemerkte ich, daß ich vielleicht lebhaft geworden, aber man könne mir beim Versäumen eines weltgeschichtlichen Moments nicht Gleichgiltigkeit zumuthen.

Die Legende, wonach der alte Wilhelm I. sowie sein Kanzler unabläßig die Einigung Deutschlands angestrebt hätten, zerfließt vor den Aufzeichnungen der Tagebücher in nichts. Der alte Wilhelm tritt uns als ein den neuen Gestaltungen völlig gleichgültig gegenüberstehender, engherziger und nur für seine eigenen Interessen besorgter Fürst entgegen. Es war gewiß keine Verstellung wenn er kurz vor seiner Proklamation zum Kaiser sagte: Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte. Bismarck aber zeigt sich hier als ein nichts weniger als genialer Staatsmann, der, weit entfernt, die Bedeutung und Tragweite der vor seinen Augen sich abspielenden Ereignisse zu begreifen, allen Halt verliert und rath- und thatlos den Vorgängen zuschaut.

Aber auch das Ammenmärchen, das den König Ludwig von Bayern eine hervorragende Rolle bei der Gründung des Deutschen Reiches spielen ließ, wird gründlich zerstört. Der Staatsminister Delbrück, der damalige Präsident des Bundeskanzler-Amtes gab in der Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 5. Dezember 1870 einen offiziellen Bericht über den äußeren Hergang der Verhandlungen, welche zur Gründung des deutschen Reiches geführt haben. Es heißt in diesem Bericht:

„Die Initiative kam von Bayern. Die königlich bayerische Regierung gab im Laufe des September dem Bundespräsidium zu erkennen, daß die Entwickelung der politischen Verhältnisse Deutschlands, wie sie durch die kriegerischen Ereignisse herbeigeführt sei, nach ihrer Ueberzeugung es bedinge, von dem Boden der völkerrechtlichen Verträge, welche bisher die süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde verbanden, ab zu einem Verfassungsbündnisse überzugehen. Sie verband mit dieser Mittheilung den Ausdruck des Wunsches, mit einem Bevollmächtigten des Präsidiums über die Vorschläge in Besprechung zu treten, welche sie zur Ausführung

ihres Gedankens vorbereitet hatte. Das Präsidium beeilte sich diesem Wunsche zu entsprechen und es wurde mir der Befehl zu theil, mich zu diesem Zwecke nach München zu begeben."

Diese Darstellung ist trotz ihres offiziellen Charakters vollkommen erlogen. Thatsache ist, daß die bayerische Regierung dem Gedanken eines deutschen Reiches sehr unfreundlich gegenüberstand, und daß sie erst nachgab, als sie nicht mehr widerstehen konnte. So ist nicht im September, wie Delbrück offiziell log, die Initiative von Bayern ausgegangen, im Gegentheil mußte auf die bayerische Regierung ein Druck ausgeübt werden. Erst am 20. November lenkt Bayern ein, wie im Tagebuch steht, und am 30. November schreibt Kaiser Friedrich folgendes:

„Ein Konzept Bismarcks für den Brief des Königs Ludwig wegen der Kaiserwürde an Sr. Majestät ist nach München gegangen; der Großherzog sagt mir, man habe dort nicht die richtige Fassung zu finden vermocht und sich dieselbe von hier erbeten, der König von Bayern hat den Brief wahrhaftig abgeschrieben und Holnstein bringt ihn."

Am 3. November heißt es dann:

„Holnstein ist angekommen, Prinz Luitpold muß das Schreiben auf besondern Befehl dem König überreichen. Nach Tisch Vortrag Bismarcks, der den Brief vorliest, welchen der König so zur Unzeit wie möglich findet, worauf Bismarck bemerkt, die Kaiserkrone habe nichts mit den augenblicklichen Kämpfen zu thun."

Eine beißendere Satyre auf den Gründungsmythus kann nicht geschrieben werden, als sie diese Zeilen enthalten!

So ist die Initiative Bayerns, so die hingebende Aufopferung des Preußenkönigs für die Interessen der deutschen Nation beschaffen. Nirgends kann man sich zu einem Entschluß, dem Volke die langerstrebte Einheit zu geben, aufschwingen. Jeder glaubt bei dem Einigungswerk etwas zu verlieren. Aber die Nothwendigkeit räumte rücksichtslos alle diese Hindernisse aus dem Weg. Abgesehen vom Großherzog von Baden sowie vom damaligen Kronprinzen von Preußen, befindet sich unter all' den Fürsten und Staatsmännern auch kein einziger, dem das deutsche Volk irgend welche Sympathie mit Recht entgegenbringen könnte. Das tritt auch bei der Kaiserproklamation am 18. Januar in Versailles hervor. Die Situation hatte sich geklärt. Die Fürsten sahen ein, daß an ein Sichwidersetzen nicht

zu denken war, daß sie aber einer Unterordnung unter Preußen nicht entgehen könnten. Mit gemischten Gefühlen, von Neid, Eifersucht und Furcht, wohnten sie der Kaiserproklamation bei, die übrigens einen völlig geschäftlichen Charakter trug. Der Kronprinz schildert sie folgendermaßen:

„Nachdem Se. Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne verlesen, trat Bismarck vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art die Ansprache an das deutsche Volk; bei den Worten „Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb. Nun trat der Großherzog von Baden mit seiner ihm eignen Würde vor und rief laut: „Es lebe Se. Kaiserliche Majestät, der Kaiser Wilhelm."

Wie man sieht, ist, so weit die Fürsten und großen Staatsmänner in Betracht kommen, nichts zu spüren von einer „nationalen Begeisterung," nichts von der selbstlosen Aufwallung, der freudigen Hingabe ihrer Machtbefugnisse, nichts von dem ehrlichen Wollen, dem deutschen Volk die mit seinem Blut erkaufte Einigung zu gewähren. Im Gegentheil sehen wir überall nur Zaudern und Furcht vor Verlust ihrer überlebten Rechte, Angst vor Schädigung der dynastischen Interressen, kleinliches Schachern um Erhaltung gewisser Reservatrechte und eine erstaunliche Unfähigkeit zu jeder großen Aktion.

Der wahre Schöpfer seiner Einigung war das deutsche Volk!

Und doch wagen es heute die Vertreter aller volksfeindlichen Interessen, einem großen Theil unseres Volkes den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit, den Vorwurf des Mangels an Patriotismus zu machen. Elende Heuchelei! Wie es 1848 Arbeiterfäuste waren, welche am energischsten für die Einigung Deutschlands kämpften, wie es 1870/71 die deutsche Arbeiterklasse gewesen ist, die das größte Opfer an Blut und Gut gebracht hat, so wird sie auch in Zukunft an dem schwer erkämpften Gut festhalten. In der That, wäre die Sorge um die Erhaltung der deutschen Einigkeit den Fürsten anvertraut und wachte das Volk nicht selbst darüber, dann wäre das Reich schon längst wieder in die Brüche gegangen. Hat man doch schon vom Ministertische der Volksvertretung damit gedroht, das

Reich wieder aufzulösen; worauf denn ein Sozialdemokrat die treffende Antwort gab: Wenn Sie die Reichsbude zumachen, machen wir sie wieder auf!

Weil aber die deutsche Arbeiterklasse fest zum Reiche steht, läßt es sich unter der Maske des Patriotismus noch nicht die ökonomische Ausbeutung gefallen.

Wenn die Bourgeoisklasse den „nationalen Gedanken“ gegen die Arbeiterklasse ausspielt, so weiß sie, daß das nur ein Mannöver ihrer Gegner ist, um sich ihre wirthschaftliche und politische Unterdrückung zu sichern.

In dieser Sache proklamirt sie den „internationalen Gedanken“, den internationalen Kampf des Proletariats gegen den internationalen Klassenstaat.

Für sie ist die Einigung Deutschlands nicht Endzweck, sie hat die Einigung Deutschlands nicht als ein an und und für sich erstrebenswerthes Gut erkämpft, sondern alle Opfer hat sie gebracht, um sich damit den Ausgangspunkt für die Umwandlung des Klassenstaates in den sozialdemokratischen Volksstaat zu schaffen. Und gerade die Ereignisse der letzten Wochen beweisen, daß sie dabei auf dem rechten Wege gewandelt ist.

Druck: „Berliner Volks-Tribüne“, Berlin SO.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie — 2. Heft.

Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland.

Von

Gerhard Krause.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin S.O., Oranienstraße 23.
1890.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
Die Juden im Alterthum und Mittelalter, die Ursachen der Judenemanzipation in der Neuzeit	5
Die kapitalistische Wirthschaft während der letzten Jahrzehnte und das Judenthum. Stellung der nationalliberalen Partei zum Antisemitismus	10
Der illusionäre Kampf der Handwerkerklasse gegen ihre Proletarisirung und die antisemitische Bewegung . . .	15
Die Ueberschwänglichkeit des Nationalitätsgedankens in Deutschland und der Antisemitismus. Die Staatsgewalt benutzt den Antisemitismus gegen den Liberalismus	22
Die Staatsgewalt benutzt den Antisemitismus für die „Sozialreform“ und gegen die Sozialdemokratie. Der christliche Sozialismus Stöckers	26
Das Aeußere der antisemitischen Bewegung ein Spiegelbild ihrer inneren Zerfahrenheit	29

Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung.

Ueber die antisemitische Bewegung ist in den Tagesblättern und der Broschürenliteratur schon so viel in Hymnen und Satyren geschrieben worden, daß es scheinen könnte, man trüge Eulen nach Athen, wenn man noch die Feder in das Tintenfaß taucht, um diese eigenthümliche Erscheinung von neuem zu behandeln.

Man hat diese Bewegung verherrlicht, sie als den Messias der neuen Zeit gepriesen; man hat sie auch mit den Geschossen: Menschenrecht und Geist des neunzehnten Jahrhunderts beworfen und wunderte sich einerseits, daß sie noch immer nicht das welterlösende Wort in die That umgesetzt, und andererseits, daß sie noch nicht, mitten in das Herz getroffen, ihre Seele ausgehaucht hat. Seit vielen Jahren erfreut sie sich in Deutschland der Protektion der Regierung, der Einfluß und die Macht der Kirche ist in ihren Dienst gestellt, ihrer Agitation in Wort und Schrift ist freie Bahn gelassen, kurz alle äußeren Bedingungen für eine lebenskräftige Entwickelung dieser Bewegung sind gegeben, und doch ist diese Entwickelung ausgeblieben; von einem realen Erfolge ist diese Bewegung heute so weit entfernt, wie vor zehn Jahren.

Andererseits haben die leidenschaftlichen Gegner dieser Bewegung aus dem demokratisch-liberalen Lager sich stets den Ursachen ihrer Entstehung verschlossen. Da sie sehen, daß der Antisemitismus von Seiten des Staates und der Kirche Förderung erfährt, erblicken sie mit kindlicher Naivität in ihm nichts anderes als die Frucht dieser Protektion. In diesem Sinne haben sie auch stets ihre Speere gegen den Feind geschleudert, ihn aber nur gestreift und nicht verwundet.

Der Individualismus, welcher in der Philosophie, den volkswirthschaftlichen Theorieen, den politischen Bestrebungen des Liberalismus seinen Hexentanz aufführt, zeigt sich in seiner grandiosen Lächerlichkeit auch stets, sobald es gilt, politische Erscheinungen zu beurtheilen.

Die sozialdemokratische Bewegung ist nach den Behauptungen der liberalen Häupter ein Produkt Lassalle'scher Agitationskraft, gefördert durch den Verkehr Bismarck's mit Lassalle; das sachliche Wesen dieser Bewegung verschwindet für den kurzsichtigen Blick des Philisters in die Willensfreiheit einzelner Persönlichkeiten.

Als Friedrich III. den deutschen Kaiserthron bestieg, da jauchzten sie, die bürgerlichen Mannesseelen, und schrieen in alle Welt hinein, daß nun eine Aera des Liberalismus anbrechen werde, da der Kaiser die liberalen Grundsätze theile. Die Willensthätigkeit eines einzigen hochgestellten Mannes ist nach ihrer Meinung im Stande, die Grundsätze des Liberalismus gegen alle wirthschaftlichen Machtfaktoren zu verwirklichen. Die Heine'sche Republik ohne Republikaner!

Die antisemitische Bewegung ist dem Liberalismus nur das Produkt Stöckerscher Agitation, auf welche die liebevollen, väterlichen Blicke der Regierung schauen. Immer die Person, nie die Sache! Diese Sachblindheit ist das Verhängniß des Liberalismus gewesen und wird es auch fernerhin sein.

Wir wollen damit nicht etwa die Meinung vertreten, als sei der Kampf gegen die Person stets ein Irrthum; im Gegentheil, er wird manchmal zur Pflicht, da wo einzelne Menschen in der Lage sind, den von ihnen allerdings nicht geschaffenen freiheitsfeindlichen Zuständen das Kainszeichen ihrer Persönlichkeit aufzudrücken. Aber dem Staatskörper kann wie dem kranken Menschenkörper dauernde Heilung nur aus der klaren Erkenntniß der Krankheitsursachen und Krankheitserscheinungen erwachsen. In diesem Sinne ist die antisemitische Bewegung nur wenig untersucht worden, und darum ist es kein überflüssiges Werk, sie in ihrem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Faktoren, aus denen sie herausgewachsen ist, zu betrachten.

I.

Die antisemitische Bewegung wird meistens mit der Thatsache identifizirt, daß in weiten Kreisen eine Abneigung gegen das Judenthum herrscht.

Schon diese Anschauung ist nicht ganz zutreffend. Sie hält Ursache und Wirkung für dasselbe. Es ist richtig, die antisemitische Bewegung hätte nicht in's Leben treten können, wenn nicht eine Abneigung in mehr oder minder weiten Kreisen gegen das Judenthum geherrscht hätte. Aber zwischen einem abstrakten Gefühl und der Umsetzung dieses Gefühles in eine handgreifliche Thatsache ist ein weiter Weg. War dieses Gefühl nicht in den früheren Jahrzehnten seit der Emancipation der Juden in den vorurtheilsvollen Köpfen und Herzen vorherrschend? Und doch erfahren wir nichts von einer antisemitischen Bewegung in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Warum setzte sich dieses Gefühl gerade in den siebziger Jahren zu einer organisirten, auf die öffentlichen Verhältnisse Einfluß erstrebenden Bewegung um? Um diese für die Beurtheilung des Antisemitismus wichtige Frage beantworten zu können, ist es nothwendig, auf die allgemeine Gefühlswallung gegen die Juden einige geschichtliche Lichtstreifen zu werfen.

Es ist wahr, die Abneigung gegen das Judenthum ist schon sehr, sehr alt; sie geht bis in das Alterthum zurück. Die Schriftsteller der Griechen und Römer sprachen in nicht sehr respektablen Ausdrücken über die Juden. Die Gründe für die Abneigung gegen das Volk Palästinas sind jedoch nicht in wirthschaftlichen Gegensätzen zu finden. Die Juden waren in jener Zeit, wie viele andere Völker der Vergangenheit und Gegenwart, in der Heimath ein ackerbautreibendes und kriegerisches, in der Fremde ein handeltreibendes Volk. Es stießen vielmehr zwei Weltanschauungen aufeinander, von denen die eine die Negation der anderen war. Die Lebensfreudigkeit, der Genußtrieb, die farbenreiche Phantasie der Griechen, welche bis zu einem gewissen Grade auch den Römern eigen war, fühlte sich instinktiv zurückgestoßen von der abstrakten, transzendentalen, schwermüthig-ernsten Weltanschauung der Juden, welche später ihre Weiterbildung im Christenthum erfuhr und gerade von den heutigen Antisemiten — o Ironie der Weltge-

schichte! — als ein Talisman in den sich auflösenden Verhältnissen der Gegenwart gepriesen wird. Aber als die Germanen mit einer ebenso abstrakt-ernsten Weltanschauung in den Kreis der aktiven Völker traten, und das Christenthum zur herrschenden Kulturreligion sich emporgerungen hatte, war jeder Grund für eine Abneigung gegen das Judenthum geschwunden — wir hören während eines Jahrtausends nichts mehr davon.

Bis in das zwölfte Jahrhundert haben die Juden in Deutschland eine gleichberechtigte gesellschaftliche und übergeordnete produktiv-wirthschaftliche Stellung eingenommen. Sie wurden am Hofe Karls des Großen als Gesandte, am Hofe Ludwigs des Frommen als Vertraute benutzt. Sie erhielten dieselben Privilegien, wie die christlichen Kaufleute. In Köln waren Juden während mehrerer Generationen Bürgermeister, und das alte Rathhaus stand mitten in dem Stadttheile der Juden. Aus allen Gesetzen jener Zeit leuchtet die besondere Rücksicht hervor, mit der man die jüdischen Kaufleute bedachte,[1]) kurz, nichts ist in jener Zeit zu entdecken, aus dem eine Abneigung gegen die Juden ersichtlich ist.

Die Juden spielten in jener Zeit eine eminent nützliche Rolle im Wirthschaftsleben der Deutschen. Diese waren noch immer nicht zu der Höhe der Civilisation der von ihnen niedergeworfenen Römer emporgestiegen und schätzten in dem Juden den Vermittler des Welthandels und Vertreter einer höheren Kultur. Es ist für die gesellschaftliche Stellung der Juden in jener Zeit bezeichnend, daß sie die besonderen Vertrauten der Päpste waren.

Aber allmählich entwickelte sich in den Städten ein deutsch-nationaler Kaufmannsstand, welchem die jüdischen Konkurrenten unbequem zu werden anfingen. Zu je größerem Einfluß der deutsche Kaufmann in den Städten gelangte, um so mehr wurde der Jude wirthschaftlich und politisch zurückgedrängt. Diese Ueberwindung der jüdischen Konkurrenten wurde noch erleichtert und befördert durch die Entwicklung der christlichen Kirche. Der Verschmelzungsprozeß der germanisch-heidnischen Naturreligion mit

[1]) Judaei et alii mercatores (die Juden und die anderen Kaufleute) heißt es fast stereotyp in den Privilegienbriefen der Kaufleute jener Zeit.

der römisch-christlichen Weltanschauung war erst gegen das elfte Jahrhundert abgeschlossen, so daß erst um diese Zeit die Kirche daran gehen konnte, sich im Innern eine straffe Organisation zu schaffen und die draußen Stehenden mit allen Mitteln zu bekämpfen; eine Entwicklung, welche naturgemäß zuerst gegen die in den christlichen Staaten wohnenden Juden ausschlug. Im Laufe von 50 Jahren finden wir die Juden von der Höhe ihrer wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung herabgestoßen und als ohnmächtige Parias den rohen Willkürgewalten ihrer Konkurrenten preisgegeben.

Abgesehen von dem bei der hohen civilisatorischen Bedeutung des Handels in der mittelalterlichen Gesellschaft unzutreffenden Ausdruck „Schacher", begleitet Karl Kautsky in seiner Arbeit über Thomas More diese Ummandlung treffend mit den Worten: „Erst als die griechisch-germanischen Kaufleute selbst das Schachern ebensogut verstanden, wie die Juden, wurden sie Judenverfolger." Kurz vor den Kreuzzügen in der Mitte des 12. Jahrhunderts begann jene Reihe brutaler Judenverfolgungen, aus denen die Rohheiten jener Tage mit erschrecklicher Deutlichkeit hervorleuchteten.

Seitdem schleppte sich der Jude wie ein Wurm auf dem gesellschaftlichen Boden dahin, stets getreten und aller Achtung beraubt. Von jeder nützlichen Beschäftigung durch die Gesetzgebung ausgeschlossen, blieb ihm, um nicht Hungers zu sterben, nichts übrig, als zu solchen Beschäftigungen seine Zuflucht zu nehmen, welche der allgemeinen Mißachtung ausgesetzt waren — dem Schacher und Wucher.

Die Abneigung gegen das Judenthum in früheren Jahrhunderten hat also nichts mit jener so häufig erdichteten „natürlichen" Abneigung des „idealen und treuen" Sinnes der Germanen gegen den materialistischen und berechnenden Geist der Juden zu thun. Hervorgegangen aus denselben materialistisch-niedrigen Trieben, welche der Antisemitismus in dem Judenthum verkörpert sieht, hat sich dieses Gefühl der Abneigung gegen die Juden von Geschlecht zu Geschlecht mit immer größerer Intensität vererbt, bis das revolutionäre Bürgerthum die Emanzipation dieses Geächteten auf seine Fahne schrieb und auch durchsetzte.

Durch den Kaufmannstand des Mittelalters ist der Jude seines Menschenrechtes beraubt, durch den Kaufmannstand der Neuzeit in dasselbe restituirt worden.

Dieser eigenthümliche Kreislauf der Thatsachen hat auch seine schwerwiegenden Ursachen, ohne die er unmöglich sich hätte vollziehen können. Nicht die Einsicht in das Jämmerliche der Lage der Juden, nicht das Mitleid mit dem Entwürdigenden seiner Stellung haben in den dreißiger und vierziger Jahren unseres Jahrhunderts die moderne Bourgeoisie mit Begeisterung für die Judenemanzipation erfüllt. Weniger ideale, aber um so unabweisbarere Ursachen lagen der Judenemanzipation zu Grunde, Ursachen, welche mit dem Freibrief ihrer wirthschaftlichen Geburt an's Tageslicht kamen.

Das Bürgerthum verdankt sein wirthschaftliches Emporkommen der Entwickelung der zersplitterten Innungsproduktion zur Manufaktur. Nicht der Innungsmeister, sondern der kaufmännische Kapitalist des Mittelalters wurde Besitzer der Manufakturateliers, weil für die genossenschaftlich entwickelte Produktion der Manufaktur bei weitem größere Kapitalsmassen erforderlich waren, als für die primitive, mit Zwerginstrumenten betriebene mittelalterliche Produktion. Diese Kapitalsanhäufung hatte aber im allgemeinen nicht in den Truhen des mit wenigen Gesellen arbeitenden Meisters stattgefunden, sondern in den Geldschränken des durch den Handel mit der Levante und dem Orient reich gewordenen Kaufmanns.

Mit der Periode der Manufaktur beginnt das Kapital seine eigentlich produktive Rolle zu spielen und gewinnt demnächst an Bedeutung. Den Produkten des Kapitals haftet nichts Persönliches an im Gegensatz zu den Produkten des mittelalterlichen Innungsmeisters, welchen die Handwerksgeschicklichkeit der Produzenten als ein unterscheidendes Merkmal aufgeprägt war. Das Kapital selbst ist ein rein sachlicher Faktor, oder wie die römischen Kaufleute sich bereits ausdrückten: pecunia non olet (Geld riecht nicht). Es begann die Periode, in welcher nicht Geburts- sondern Besitzunterschiede die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen erschufen und bedingten.

Aus diesem wirthschaftlichen Untergrunde wuchsen die neuen, revolutionären Gedanken in die Köpfe der Menschen

empor, welche sich zunächst gegen die einer veralteten Wirthschaftsordnung entstammten Anschauungen von Hoch- und Niedriggeboren wandten. Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetze war zunächst das theoretische Losungswort aller mit den bestehenden politischen Zuständen unzufriedenen Geister.

Die Forderung der Gleichstellung des kapitalistischen Industriellen mit dem Handwerksmeister, d. h. die Beseitigung der Innungsprivilegien, der Ruf nach Befreiung der Leibeigenen und das Verlangen nach Emanzipation der Juden entstammten zunächst der rein gedanklichen Konsequenz der obigen Gleichheitsforderung. Außerdem entsprach die Erfüllung dieser Forderungen den reinsten Klasseninteressen der Bourgeoisie.

Mit der Macht des Kapitals wuchs sein Ausdehnungsbedürfniß; die Schranken der Innungen aber standen diesem entgegen, sie mußten beseitigt werden. Die Manufaktur enthielt bereits im Keime das Bedürfniß nach Arbeitern, welche, von der Scholle gelöst, sich den schwankenden Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anschmiegen konnten. Als sie zu einem bestimmten Entwicklungsgrad gediehen war, wurde die Beseitigung der Leibeigenschaft eine wirthschaftliche Nothwendigkeit.

Und auch der Ruf nach Befreiung der Juden von dem auf ihnen lastenden gesellschaftlichen und politischen Druck entsprach der Entwicklungsphase der wirthschaftlichen Faktoren am Anfange unseres Jahrhunderts. Die erblühende Industrie bedurfte eines starken Geldregens, unter dem sie tausendfältige Früchte tragen konnte. Zu wie ungeheuren Massen das Kapital sich auch in den germanischen Kaufmannstaschen angesammelt hatte — der reiche Adel hielt sich in jener Zeit in aristokratischem Dünkel von der plebejischen Industrie noch zurück — so konnte es doch nicht mit der rapiden Entwickelung der Industrie in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts Schritt halten. Ein Heißhunger nach Kapital begann.

Die Juden, welche in den Poren der mittelalterlichen Gesellschaft zu Schacher- und Wuchergeschäften gedrängt und durch die unsicheren Verhältnisse, unter denen sie lebten, auf den Gelderwerb als feste Grundlage ihrer Existenz mit Gewalt hingewiesen waren, repräsentirten nun

sowohl durch ihre Kapitalien als auch durch ihre kaufmännischen, von Generation zu Generation vererbten Talente eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die junge hoffnungsvolle Industrieepoche, besonders als der Dampf dieser einen ungeahnten Aufschwung und eine unberechenbare Ausdehnungskraft verlieh. Der allgemeine Kampf des Bürgerthums gegen die mittelalterlichen Geburtsprivilegien war der Vater, das Bedürfniß der erblühenden Industrie nach neuen Kapitalien und Talenten war die Mutter der Judenemanzipation.

Als sich das Bürgerthum selbst emanzipirt hatte, löste es die Fesseln, durch welche die Juden und ihre Kapitalien an energischer Kraftentfaltung verhindert waren. Das die profanen Gründe für die Judenemanzipation!

Aber das Jahrhunderte hindurch vererbte Vorurtheil gegen die Juden saß zu fest in dem Herzen des von Natur spießbürgerlich veranlagten christlich-germanischen Kapitalisten, als daß es durch die neuen Ideen aus demselben hätte vertrieben werden können. Es war das Bild der doppelten Buchführung. Politisch und wirthschaftlich wollte er den Juden emanzipirt sehen, aber seine beschränkte persönliche Gefühlswelt vermochte nicht, seinem Kopfe zu folgen.

II.

Seit der Judenemanzipation sind Jahrzehnte verflossen. Die Industrie in Deutschland hat die kleinen und für unsere modernen Begriffe zwerghaften Produktionsinstrumente zu riesenhaften Produktionsrädern entwickelt. Alle Zollschranken zwischen den einzelnen deutschen Staaten und zwischen den Städten desselben Landes, welche dem Ausdehnungsbedürfniß des industriellen und kaufmännischen Kapitals entgegengetreten waren, sind gefallen; jauchzend ergoß sich die Hochfluth industrieller Unternehmungen darüber hin, die Bourgeoisie ist kapitalstark geworden, weit über die Grenzen ihrer eigenen Träume hinaus. Die einzelnen industriellen und häufig auch die kaufmännischen Anlagen sind so lawinenartig angeschwollen, daß sie über den Kopf des Einzelnen hinauswuchsen und als Eigenthum

von Aktiengesellschaften ihre gesellschaftlichen Eigenschaften enthüllen mußten.

Von Mangel an Kapital, wie in der ersten Hälfe unseres Jahrhunderts, ist keine Rede mehr. Mit dem Werkzeug der Maschine hat der Kapitalist den Arbeitstag des Arbeiters so sehr ausgedehnt, die Arbeitskraft desselben so sehr angespannt, daß die besitzende Klasse in der Lage ist, einen Mehrwerth aus dem Arbeiter herauszuschlagen, wie selbst die Sklavenbesitzer ihn nicht aus ihren beseelten Werkzeugen gewinnen konnten. Außerdem hat der Adelsstand, welcher die Genüsse kennen lernte, die auf dem Boden moderner Produktion für die Kapitalisten wuchsen, ihnen einen solchen Geschmack abgewonnen, daß er in aller Stille seine Vorurtheile ablegte und einen großen Theil seines Besitzes in die bürgerliche Produktionssphäre hineinwarf.

Durch all diese Umstände ist die Kapitalsmenge in einer Weise in's Ungeheure gewachsen, daß sie nicht mehr völlig in den Produktionsprozeß eingehen kann. Der Zinsfuß, d. h. der auf 100 Mk. Kapital berechnete Mehrwerth der nationalen Produktion, geht von Jahr zu Jahr zurück, weil der Gesammtmehrwerth auf einen großen Theil des Nationalvermögens vertheilt werden muß, welcher zu wirthschaftlicher Fruchtlosigkeit verurtheilt ist, weil er nicht mehr vom Produktionsprozeß konsumirt werden kann. Infolge der blühenden Entwicklung der industriellen Epoche haben sich so viele Geister dem Mehrwerth-Erlangen zugewandt, daß auch hierin nicht alle Kräfte konsumirt werden können, welche geweckt sind. Die wirthschaftlichen Ursachen, welche der Judenemanzipation ursprünglich zu Grunde lagen, sind in dieser Beziehung überwunden.

Der germanische Kapitalist bedarf nicht mehr des Kapitals und der kaufmännischen Talente der Juden; das erste besitzt er in so reichem Maße, die letzteren hat er ihnen selbst so täuschend abgelernt, daß er in den Juden seine Konkurrenten zu sehen gewohnt ist, die einen Theil des Mehrwerths auch in ihre Geldschränke fließen lassen. Darum denkt er jetzt über die Judenemanzipation anders. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen! Nun hält der christlich-germanische Kapitalist

die Judenemanzipation für einen Irrthum, begangen in der unklaren Gedankenwelt seiner Jugendjahre. Seine Gefühlswelt hat sich ja nie geändert! Persönlich hielt er ja stets den Juden für einen Menschen zweiten Ranges. Nun hält er in der einen Hand die Traktate der frommen Missionsgesellschaften, in der anderen seinen Geschäftskatalog und schwärmt für die Zeit, in welcher die schönen „Verdienste“ der Industrie und des Handels nur noch in christlich-germanische Taschen fließen.

Und wenn manchmal die echte und rechte Vertreterin des christlich-germanischen Kapitals, die nationalliberale Partei, gegen die antisemitische Kreuzzeitungs- und Stöckerklique Front macht, so geschieht es wahrlich nicht um der Juden willen, wenn auch diese häufig als Zankapfel genannt werden. Ganz andere Ursachen liegen diesen Streitigkeiten der beiden „staatserhaltenden“ Parteien zu Grunde.

Wie die feudale Junkerklasse, die herrschende Klasse des Mittelalters, das beschränkte Prinzip ihres eigenen Standes zum Prinzip des ganzen Staates gemacht und das Gepräge ihres eigenen Klassencharakters der mittelalterlichen Politik aufgedrückt hat, so trug auch in der Neuzeit die herrschende Bourgeoisie den Krämergeist ihrer Komptoirs in die Sitzungssäle der gesetzgebenden Körperschaften, in die politischen Strömungen des Tages hinein. Als tüchtige Geschäftsleute haben diese politischen Opportunisten längst eingesehen, daß politische Ideale der Menschheit zwar nützen können, doch den Geldbeutel des einzelnen Kämpfers nicht zu füllen, sondern eher zu leeren pflegen. Darum treiben sie lieber Politik entsprechend dem Debet und Kredit ihres Geschäftslebens und, um die häßlichen, schlottrigen Glieder ihrer rückgrats- und charakterlosen Partei zu verbergen, hängen sie ihr einen in unechten, grellen, marktschreierischen Farben glänzenden Mantel um, genannt: nationale Gesinnung. Die ihren Geschäftspraktiken entlehnte Politik nennen sie reale Politik. Je nachdem das Geschäftsinteresse es erheischt, legen sie den Nachdruck bald auf das „Nationale“, bald auf das „Liberale“ ihrer Politik.

Dieselben Geschäftspraktiken auch in ihrer Stellungnahme gegen das Judenthum!

In den letzten Jahren haben sie stets mit den Antisemiten geliebäugelt. In mehreren nationalliberalen Versammlungen in Berlin ist der berechtigte Kern in der antisemitischen Bewegung von Führern der nationalliberalen Partei anerkannt worden; in Siegen verdankt der „Heros“ Stöcker seine dreimalige Wahl in den Reichstag dem energischen Eintreten der nationalliberalen Wähler; in das Kartell ist der antisemitische Flügel mit Freuden aufgenommen worden und wird auch ferner unter der konservativ-nationalliberalen Fahne kämpfen.

Solange die exponirten Vertreter des Antisemitismus an der Seite der Vertreter der reaktionär gesinnten Bourgeoisie marschiren, schaut die letztere mit freundlich-verständnißinnigem Blick auf die Thätigkeit des „zweiten Luther“.

Diese Vertreter des Antisemitismus sind aber zum großen Theile zugleich Vertreter der mittelalterlichen sozialpolitischen Anschauungen, in ihrem Glauben noch bestärkt durch eine Reihe feudaler Ueberreste, welche die energielose Bourgeoisie im Jahre 1848 nicht wegzuräumen im stande gewesen war. Diese Ueberbleibsel aus weiter Vergangenheit repräsentiren noch eine so starke Macht, daß die feudale Junkerpartei im Besitze derselben eine einflußreiche sozial-politische Stellung in Deutschland einnimmt. Sobald nun diese von den nationalliberalen Mannesseelen gar sehr gefürchtete Partei es sich einfallen läßt, Reaktion in ihrer eigenen Weise zu treiben und die Zeit für gekommen hält, in welcher man einige feudale und „schneidige“ Raritäten aus der Rumpelkammer der „schönen frommen Vergangenheit“ herausholen und zu neuem Leben erwecken könnte, dann erheucheln dieselben nationalliberalen Ehrenmänner, welche früher einen Stöcker gewählt haben und Schulter an Schulter mit dem Antisemitismus in den Wahlkampf gezogen sind, Entrüstung gegen den von der extrem konservativen Partei agitatorisch vertretenen „erzreaktionären“ Antisemitismus. Den Antisemitismus schlägt man, und die junkerlichen Interessen meint man. Denn der nationalliberale Kapitalist hält die moderne Welt in so überzeugter Weise für die schönste, daß er in hellen Zorn geräth bei dem Gedanken, daß die vergangenen Zeiten zurückgewünscht werden, in denen

seine Vorfahren der Schemel sporenklirrender Junkerfüße waren.

Gegen die ultrakonservativen Bestrebungen erinnert er sich plötzlich seiner liberalen Vergangenheit und sieht sich so in die Augurenrolle versetzt, den Antisemitismus zu bekämpfen, der ihn zur Zeit des ruhigen Friedens mit freudigem, wahlverwandtschaftlichem Gefühle erfüllt. Gegen den Liberalismus besteigen die nationalliberalen Ritter das nationale, gegen die feudalen Junker das liberale Roß, während sie in Wahrheit in der Politik reaktionär, in ihrer sozialen Thätigkeit international sind. Der Handelsmann nennt ein solches Heucheln und Schwanken mit System Geschäftskniff; in der Politik nennen sie es heute euphemistisch Realismus.

Wie aber ist es möglich, heute den Antisemitismus zu bekämpfen, dem man gestern angehangen, ohne sich der schmählichsten Lächerlichkeit preiszugeben und die Prostitution des Charakters aller Welt zu offenbaren?

Auch hierin zeigt sich der schlaue Geschäftsinn des in Nationalitätsbegeisterung, Reichsfreundlichkeit, Industrie und Handel machenden christlich-germanischen Kapitalisten, der seinen semitischen Lehrer übertrifft. Der wahre Kapitalist begeistert und engagiert sich nur, wenn er für seine Geschäfte einen Gewinn sieht, sonst bleibt er kühl bis ans Herz hinan. Der jüdische Kapitalist, welcher in unserer industriellen Epoche an der Kapitalsanhäufung der Bourgeoisie naturgemäß großen Antheil nimmt, ist mit tausend Fäden mit den industriellen und kaufmännischen Anlagen der christlichen Kapitalisten verbunden und diese mit seinen Unternehmungen. Solche das Geschäft bedingenden Verbindungen würden aber zum Nachtheil des geschäftlichen Nutzens reißen, wenn der christliche Kapitalist seine Antipathie gegen den Juden in agitatorischer Weise vertreten würde. Da das Geschäft aber die erste Rücksicht verlangt, so spielt der germanische Kapitalist in der antisemitischen Bewegung, mit der sein Geist und Herz sympathisirt, eine nur bescheidene Rolle und hält gleich Falstaff Vorsicht für den besseren Theil der Tapferkeit. Ein stärkeres Hervortreten in dieser Bewegung würde die germanische Bourgeoisie außerdem von ihren Spekulationen und Geschäftsunternehmungen abziehen, und sie zieht deshalb eine passive Theilnahme an den

gegen die jüdischen Konkurrenten gerichteten Bestrebungen vor, so daß sie jeden Augenblick ihre eigenen Sympathieen ohne Aufsehen verleugnen kann.

Wenn wir also von der im Gegensatz zu der rohen Offenheit des Mittelalters raffinirter ausgebildeten politischen Heuchelei der Gegenwart absehen, haben wir eine ähnliche Situation vor uns, wie sie das zwölfte Jahrhundert zeigt.

Der „nationale" Kapitalismus, welcher seine Kräfte aus der Entwickelung der industriellen Epoche gesogen hat, will den jüdischen Kompagnon abschütteln, dessen er nicht mehr bedarf. Er fühlt sich mächtig genug und im Besitze eines genügend verdauungsfähigen Magens, um den nationalen Mehrwerthsertrag ganz allein für sich zu konsumiren.

III.

Wenn bei dem Schauspiel der antisemitischen Bewegung die christlich-germanischen Kapitalisten die Beifall klatschenden Zuschauer sind, so hat sich ein großer Theil der Handwerkerklasse in die Rolle der Agirenden hineindrängen lassen. Der Antisemitismus hat in diesen Kreisen die geschäftsmäßigen Berechnungen der Bourgeoisie abgestreift. Er hat sich hier zu einem das ganze Gefühlsleben beherrschenden, ehrlichen Fanatismus entwickelt. Diese Bewegung ist für einen großen Theil der Handwerker der Strohhalm, an den er sich in der Gefahr des wirthschaftlichen Unterganges festklammert.

Die oben geschilderte Industrieentwicklung hat bereits einen Theil der Handwerkerklasse, welcher mit dem Großkapital, christlichem und jüdischem, nicht konkurriren konnte, in das große Heer des Proletariats hinabgestoßen. Und die übrigen Handwerker fühlen von Tag zu Tag immer mehr das Unhaltbare ihrer wirthschaftlichen Lage. Der Kampf des Handwerkers gegen die großen industriellen Unternehmungen und Bazare wird immer aussichtsloser. Sein ganzes Leben ist eine unausgesetzte, aufreibende Sorge um die Existenz, eine ihn nie verlassende Furcht vor Deklassirung. Sein Klassenelend empört ihn um so eher, als in seinen Ohren der Sirenengesang vom goldenen Boden des Handwerks in früheren Jahr-

hunderten noch nicht verklungen ist. In dem Fieber der Verzweiflung greift er gierig nach allen Mitteln, die ihm vorgegaukelt werden, um die Existenz seiner Klasse zu erhalten.

Aber schon das Bestreben, der Handwerkerklasse das frühere feste Gefüge zu verleihen, ist eine Illusion. Der Handwerkerstand unternimmt mit dieser Illusion, wie weiland Don Quijote, einen Kampf gegen Windmühlen. Er will dem Rade der Zeit in die Speichen fallen und wird selbst zermalmt. Er weiß nicht — was die Arbeiterklasse längst begriffen hat — daß der Kampf, welcher das ganze moderne sozialpolitische Leben der Völker erfüllt, in seiner Tendenz darauf hinausgeht, die Klassen vollständig zu beseitigen. Er weiß nicht, daß die Maschine, welche die Existenz seiner Klasse zerstört und seinem Konkurrenten, dem Großkapitalisten, Berge von Gold produzirt, zugleich die Bestimmung in sich trägt, das Heil- und Erlösungsmittel der Menschheit zu werden. Derjenige Handwerker, welcher seine Klassenlage durch Gesetze bewahrt wissen will, kämpft gegen die ganze moderne Entwicklung, gegen die Epoche der Maschine. Denn seine Klasse ist auf dem Grunde isolirter Zwergarbeit emporgewachsen. Von dem Augenblick, da die isolirte Produktion sich in eine gewaltig ausgedehnte, gesellschaftlich betriebene Produktion umwandelt, entsteht der Kampf des Riesen Großkapital gegen den Zwerg Handwerkereigenthum, der vielarmigen Maschine gegen den zweiarmigen Hebel, des über tausende von Arbeitern gebietenden Kapitalisten gegen den einige Gesellen dirigirenden Kleinmeister.

Auf denjenigen Handwerksgebieten, auf welchen dieser Kampf noch nicht aus Mangel an großen Produktionsrädern ausgebrochen ist, ist er nur eine Frage absehbarer Zeit. Dieser Kampf endet mit der Sicherheit einer mathematischen Formel mit dem Untergang der Handwerkerklasse.

Giebt es ein Mittel, diese Entwicklung aufzuhalten? Die Handwerkerklasse antwortet: Durch Befähigungsnachweis, Innungszwang, Einschränkung des jüdischen Kapitals kann das Handwerk wiederum den goldenen Boden erlangen. Der alte Traum der Menschheit, daß man mit dem Mechanismus der Gesetze dem nothwendigen wirth-

schaftlichen Werdeprozeß entgegentreten kann! Seht ihr denn nicht, daß die wirthschaftliche Entwickelung nicht durch Gesetze, sondern umgekehrt die Gesetze durch die wirthschaftliche Entwicklung gemacht werden? Wer die sozialpolitische moderne Entwicklung auf die Vergangenheit zurückschrauben will, muß die Maschine todtschlagen.

Bleibt der Handwerkerklasse also nichts anderes übrig, als geduldig dem Tode entgegen zu sehen? Da die Nothwendigkeit ihres Unterganges in dem Entwicklungsprozeß der Produktion begründet ist, können diejenigen Handwerker, welche ihre Klassenlage im Zusammenhange mit der allgemeinen Wirthschaftslage begriffen haben, nichts anderes thun, als eintreten in das Heer der klassen- und zielbewußten Arbeiter und Schulter an Schulter mit ihnen die kapitalistische Anwendung der Maschine bekämpfen. Denn die Maschine kann den arbeitenden Menschen nur dann zur Höhe wahrer Menschlichkeit erheben, wenn sie der Sphäre des Kapitalismus entzogen und zum Eigenthum derjenigen wird, welche sich ihrer als Hilfsmittel für die Arbeit bedienen, d. h. des Volkes.

Die Arbeiterklasse, durch ihre wirthschaftlichen Klassenverhältnisse organisirt und diszíplinirt, hat bereits das Wesen der kapitalistischen Entwicklung in seiner sachlichen Wahrheit begriffen und weiß demgemäß, daß die kapitalistische Gesellschaftsorganisation und nicht die Kapitalisten an sich Ursache ihres Elends sind. Der Handwerker jedoch, welcher dem Gesetze der Konkurrenz nicht nur gegen den Kapitalisten, sondern auch gegen seine eigenen Klassengenossen unterliegt, ist wirthschaftlich und geistig isolirt und entbehrt so jener sozialpolitischen Anregungen, welche dem Arbeiter durch seine gemeinsame Thätigkeit mit seinem Arbeitsbruder zu Theil wird.

Daher im Handwerkerstande die Unklarheit über die wirthschaftlichen Ursachen seines Verfalls, daher die Unfähigkeit, sachlich zu denken!

Die Illusion, daß seine Klassenselbständigkeit noch zu retten sei, hat den Handwerkerstand auch dem Antisemitismus in die Arme getrieben.

Der Handwerker, verbittert durch die eigensinnige wirthschaftliche Entwicklung, welche sich gegen ihn verschworen zu haben scheint, verfällt in seiner geistigen Iso-

lirtheit naturgemäß sehr leicht dem Wahne, als wären die Besitzer der großen Kapitalien und Industriestätten, die er als übermächtige Konkurrenten sich gegenübersieht, die Ursache seines Elends. Er hält Umschau und bemerkt, daß der Jude häufig das Großkapital, seinen größten Feind, repräsentirt. Da schwillt seine Zornesader an, das Gift des leidenschaftlichen Hasses erfüllt seinen Busen — dieser Mann, den er als Paria der Gesellschaft zu betrachten gewohnt war, ebenfalls sein gefährlicher Konkurrent? Sein mittelalterliches Gefühl der Verachtung gegen die Juden lodert zu wildem Haß empor und macht ihn mit der Allgewalt des ökonomischen Daseinskampfes zum fanatischen Anhänger der antisemitischen Bewegung.

Er kann sich dieser Leidenschaftlichkeit um so ausschließlicher hingeben, als er nicht, wie der „nationale" Kaufmann, seine Ideenwelt zu ändern braucht. Denn die Handwerkerklasse hat sich niemals an den revolutionären Kämpfen des Bürgerthums betheiligt; zur Zeit, da die Bourgeoisie noch für Freiheit und Gleichheit schwärmte, war die Handwerkerklasse bereits reaktionär. Kein Wunder! Ihre schöne Zeit lag ja im Mittelalter; darum zeigte der Handwerker der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse des letzten Jahrhunderts stets ein mürrisches Gesicht.

Er hatte sich auch frei gehalten von der Schwärmerei der Kaufmannsklasse für die Judenemanzipation. Er war ja aus Mangel an Kapital von der Theilnahme an dem industriellen Wettrennen ausgeschlossen, hatte also gar kein Interesse daran, daß die erblühende Industrie, mit jüdischem Kapital befruchtet, reichere Früchte trage. Er hatte sogar mit seinem Klasseninstinkt geahnt, daß die neuen Kapitalien, in den Produktionsprozeß hineingeworfen, dazu beitragen würden, daß ihm das Fell über die Ohren gezogen werde.

So hatte er sein Gefühl des Hasses gegen die Juden schweigend mit sich umhergetragen, da er wirthschaftlich bereits zu schwach geworden war, um der allgemeinen liberalen Strömung entgegenzutreten. Als aber die Stunde schlug, da auch der „nationale" Kaufmannsstand gegen seine eigene Schöpfung sich auflehnte und den jüdischen Konkurrenten zu beseitigen wünschte, da redete dieser Haß der Handwerker eine laute Sprache.

Diese leidenschaftliche Gefühlswallung gegen die Juden macht den Handwerker unfähig, objektiv seine sozial-politische Lage anzuschauen. Er sieht nur noch den jüdischen wirthschaftlichen Gegner und fühlt den Stachel, den der germanische Kapitalist in sein Fleisch schlägt, um so weniger, als ja auch dieser nach derselben Richtung seine Angriffe richtet, wie er selbst.

So entwickelte sich in dem Hirn des armen Handwerkers der Glaube, daß die Juden die Ursache des ganzen Leidens seien, welches seine Klasse in der Gegenwart trifft und drangsalirt. Erst wenn der kapitalistische Einfluß der Juden zurückgedrängt sei, dann komme der Völkerfrühling, welcher den Wohlstand, die Zufriedenheit, die geistige und sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes mit sich bringen werde. Die soziale Frage, das ist die Judenfrage; die Wucherfrage, das ist die Judenfrage; die Wohnungsfrage, das ist die Judenfrage, so klingt es überall in dem Lager der Bethörten. Die Antwort eines Diplomaten: cherchez la femme (suchet nach der Frau) modifiziren diese Fanatiker zu: cherchez les Juifs (suchet nach den Juden).

Blind gegen die sachlichen Ursachen seines Elends kämpft der politisch noch völlig ungebildete Handwerkerstand für einen Theil seiner wirthschaftlichen Gegner, um den anderen zu beseitigen. Er sieht aber nicht, daß er — selbst wenn es möglich wäre, den jüdischen Kapitalisten aus seiner sozial-politischen Position zu verdrängen — seine Klassenlage nicht um eines Haares Breite gebessert hätte und auch fernerhin in dem christlich-germanischen Kapital einen Feind gegen sich hätte, der seiner Zwergeskraft die Kraft eines Riesen entgegensetzt.

Im Jahre 1848 schickte das Bürgerthum die Arbeiter in den Kampf für die freiheitlichen Interessen, welche seiner damaligen Klassenentwicklung entsprachen; in der Gegenwart, da der Arbeiter zum Klassen- und Selbstbewußtsein erwacht ist, schickt es die Klasse der kleinen selbständigen Handwerker, welche noch nicht zur klaren Erkenntniß ihrer Klassenlage und der Ursache ihres Elends gelangt ist, in das Vordertreffen für seine reaktionären Bestrebungen gegen die Juden, und die Handwerker kämpfen für die Interessen ihrer wirthschaftlichen Gegner mit einer Begeisterung, welche wenigstens erkennen läßt, welche guten,

wenn auch gegenwärtig irregeführten Charakteranlagen in dieser Klasse vorhanden sind.

In diesem wilden Kampfe gegen die Juden wird die antisemitische Handwerkerklasse noch bestärkt durch eine Reihe eigenthümlicher Erscheinungen und Thatsachen, welche als das Resultat einer bestimmten historischen Entwicklung in dem Judenthume zu Tage treten. Der Jude unterscheidet sich im allgemeinen in seiner körperlichen und geistigen Physiognomie und in seiner Religion von dem christlichen Germanen. Aber abgesehen davon, daß das demokratische Menschheitsbewußtsein der Gegenwart einer auf Religions- und Geburtsunterschieden beruhenden Differenzirung gesellschaftlicher und politischer Rechte entgegentritt, sind auch diese nicht wegzuleugnenden Unterschiede durch ein über viele Jahrhunderte ausgedehntes System von Unterdrückung und Ausnahmegesetzgebung erst künstlich erzeugt und auf dem Wege der Vererbung verstärkt worden.

Für den gesunden, vorurtheilsfreien Menschenverstand ist mit der Erklärung dieser Differenzirung schon die Möglichkeit ihrer Aufhebung gegeben. Hat eine gewaltsame Unterdrückung der Juden diese zur Inzucht gezwungen, ihnen eine einförmige Berufsthätigkeit auferlegt und ihre religiöse Abschließung gefördert, so kann nur eine vollständig freie Entwicklung die Juden von den Kainszeichen der Unterdrückung befreien. Aber solchen Erwägungen verschließen sich die geistigen Häupter dieser Bewegung geflissentlich.

So richtet sich der Kampf der Handwerkerklasse bald gegen die Religion, bald gegen die Race, bald gegen das Kapital der Juden. Sie sieht aber nicht, daß der Kapitalismus selbst über Religion und Nationalität hinwegspringt und stets dort nimmt, wo etwas zu holen ist. Dadurch, daß die Handwerkerklasse in ihrer sozialen Kritik nicht bis auf die letzten Wurzeln der Jodernen Produktionsweise vorzudringen vermag, sieht sie nur Personen da, wo Sachen zu łehen sind und ist blind gegen die Gleichheit der mnteressen christlicher und jüdischer Kapitalisten hir gegenüber.

Diese Verwechselung der Sache mit der Person hat in der französischen Revolution am Ende des vorigen

Jahrhunderts bereits zu einer weltgeschichtlichen Tragik geführt. Die früher gekennzeichneten allgemeinen Ideen der Gleichheit hatten den Geist und das Herz der französischen Revolutionshelden erfüllt, und mit einer beispiellosen Energie und Selbstverleugnung stürzte sich die ideal gesinnte Partei des „Berges" darauf, diese Gleichheit durch die Gesetzgebung im Staate zu verwirklichen. Man konnte damals noch nicht ahnen, daß der Weg in das gelobte Land der Gleichheit durch die Wüsten der kapitalistischen, die Ungleichheit auf die Spitze treibenden Produktionsweise führen würde. Alle Bedingungen für das Gelingen dieses von der ökonomischen Entwickelung abstrahirenden Experimentes fehlten; das Experiment mißlang, es mußte mißlingen.

Da gingen die revolutionären Titanen, getrieben von reiner und hingebender Begeisterung für das Wohl der Menschheit, daran, das letzte Mittel zu versuchen, um jenen idealen Gleichheitszustand herbeizuführen.

Sie sahen, daß die gesellschaftliche Ungleichheit in den Personen zu Tage trat, und unbekannt mit den realen Grundlagen der gesellschaftlichen Funktionen, beseitigten sie die Personen, welche der Verwirklichung der Gleichheit durch ihren Besitz oder ihre Meinungen entgegentraten.

Die sogenannte Schreckensherrschaft begann.

Aber die Dinge sind stärker als die Menschen; die Nothwendigkeit gesellschaftlicher Entwicklungsetappen spottet aller Schwärmereien. Die revolutionären Helden gingen in echt tragischem Kampfe zwischen Wollen und Können unter.

Der Schreckensherrschaft folgte entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungsnothwendigkeit die Geldherrschaft, der Bergpartei die Partei des zur Bourgeoisie entwickelten Mittelstandes, dem idealen Revolutionsstreben die Börsenspekulationen und die Börsenpolitik unter den Bourbonen und Louis Philipp.

Wir wollen uns zwar nicht zu der Komik versteigen, unsere gemüthlichen antisemitischen Handwerksmeister mit den gigantischen Gestalten der französischen Revolution zu vergleichen, aber sachlich ist dieser Vergleich durchaus zutreffend. Die Art und Weise des politischen Irrthums ist bei beiden dieselbe. Beide sehen in der

Sache nur den Ausfluß der Personen, anstatt in der Person das Produkt der Sache zu sehen.

An derselben Krankheit leidet, in demselben sozialpolitischen Wahne befindet sich der kleine Kaufmann. Derselbe Vernichtungsprozeß der kleinen Existenzen durch die großen, wie er sich zwischen Fabrikbesitzer und Handwerker vollzieht, zeigt sich auch in dem Konkurrenzkampf zwischen Großkaufmann und Handelsmann. Auch das Handel treibende Kleinbürgerthum sieht zu einem großen Theil in dem Juden seinen ausschließlichen Konkurrenten und Feind und hegt den Wahn, der Jude hätte die verhängnißvolle Aera des Kapitalismus geschaffen.

IV.

Die geschilderten wirthschaftlichen Faktoren, welche der antisemitischen Bewegung eine geneigte Menschenmasse geschaffen haben, werden noch ergänzt durch eine starke reaktionär-geistige Strömung — die Nationalitätsbegeisterung, wie sie heute in Deutschland bereits in ihre Karrikatur umgeschlagen ist.

Ausgehend von der Bourgeoisie aller Kulturländer, ganz besonders aber Deutschlands, hat die nationale Strömung auch einen großen Theil derjenigen in ihren wilden Strudel hineingezogen, welche sich in einem allerdings unbewußten wirthschaftlichen Gegensatz zur Bourgeoisie befinden. Die Bourgeoisie bedarf für ihre Interessen auf wirthschaftlichem Gebiete des Internationalismus, auf politischem der Nationalität. Die Ursachen für diese sich scheinbar widersprechenden Thatsachen hier anzuführen, würde uns zu weit von unserem Thema abbringen. Wer Augen hat zu sehen, wird die Thatsache selbst zugeben müssen. Dieser Widerspruch darf nicht Wunder nehmen, wenn man erwägt, daß der ganze Leib der bürgerlichen Gesellschaft von Widersprüchen und Gegensätzen erfüllt ist.

Der nationale Gedanke war, wie jeder neue Gedanke, in seiner Ursprünglichkeit einem revolutionären, den neuen wirthschaftlichen Interessen angepaßten Prinzip entflossen und hat früher in seinem mit dem Gedanken der Freiheit durchwebten Gewande einen wesentlichen Einfluß auf die

neue Gestaltung der Dinge gehabt. Er hat Italien zu einem Einheitsstaate umgewandelt, er wurde von Napoleon dem Dritten sogar als Feigenblatt für seine intriguante Politik benutzt, er hat das moderne Deutschland geschaffen und wesentlich beigetragen zu der Ausdehnungspolitik Rußlands.

Aber in dem Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität bedurfte dieser die Menschheit aufrüttelnde Gedanke nur einiger Jahrzehnte, um in seinem Antlitz die Züge der Greisenhaftigkeit zu zeigen und zu einem Zerrbild seiner frischen Jugend zu werden.

So lange der Nationalitätsgedanke in der Studirstube des Gelehrten und dem Herzen des Philantropen als theoretischer Gedanke und Wunsch verblieb, hatte es den Anschein, als ob er in seinem Schooße eine neue, glücklichere Welt trage. Sobald er aber in der rauhen Luft der Wirklichkeit in Aktion trat, begannen die Farben der Freiheit zu bleichen und die alte demokratische Devise: durch Freiheit zur Einheit wurde in die berüchtigte nationalliberale Weisheitsphrase umgekehrt: durch Einheit zur Freiheit. In der weiteren Entwicklung begriff die Bourgeoisie, daß für die thatkräftige Ausnutzung ihrer Klassenvortheile die Einheit eine Nothwendigkeit, die Freiheit etwas Schädliches oder zum mindestens etwas Ueberflüssiges ist.

So kam es, daß in allen Kulturstaaten der nationale Gedanke, welcher dem Haupte der Demokratie entsprungen ist, zu einem Hemmungsmittel der demokratischen Entwickelung wurde, daß er die rothe Jakobinermütze abgeworfen und die Pickelhaube auf sein Haupt gesetzt hat. Aber gerade in Deutschland, wo der nationale Gedanke während eines halben Jahrhunderts in den Gefängnissen geknebelt lag, wo das Bürgerthum infolge der Kleinstaaterei an Selbstgefühl und Mannessinn viel eingebüßt hatte, hat sich der nationale Gedanke zur denkbar größten Bornirtheit entwickelt.

Wie der Katholizismus des Mittelalters, als er auf der Höhe seiner Zeit stand, den Glaubenshochmuth, die religiöse Intoleranz und die Pfaffenbornirtheit zu Tage förderte, so schlug auch der nationale Gedanke, seitdem er auf der Höhe der Aktion sich befindet, in der berauschten Bourgeoisie zu nationalem Hochmuth und beschränkter Denkweise um.

Dem nationalen Gedanken hat die deutsche Bourgeoisie ihren Liberalismus in Religion und Politik geopfert, der nationale Gedanke hat den großen Sinn für die Menschheit, wie er sich zur Zeit eines Lessing und Kant, eines Göthe und Schiller, eines Schlegel und Tieck in dem gebildeten deutschen Bürgerthum lebendig geregt hat, zerstört, der nationale Gedanke in seiner Ueberschwänglichkeit hat das deutsche Bürgerthum unfähig gemacht, über andere Nationen objektiv zu urtheilen. Alles ist gut, was der Deutsche besitzt, alles ist schlecht, was andere Nationen ihr eigen nennen, das ist der deutsch-nationalen Weisheit letzter Schluß.

Der Beginn dieser Krankheit der politischen Denkorgane fällt in die Zeit, da der nationalliberale Philister „Kulturkampf" spielte und vom Mitessen aus der Regierungsschüssel träumte. Seit dieser Zeit rutschte das deutsche Bürgerthum auf der schiefen Ebene nationalen Hochmuths mit entsetzlicher Schnelligkeit herab, und alle Zeichen sprechen dafür, daß es bereits unten angelangt ist.

Es liegt in dem Wesen eines so beschränkt angewandten Nationalitätsgedankens — den übrigens die jüdischen Kapitalisten bis in dieselben undefinirbaren Lächerlichkeiten theilen — daß er exklusiv und intolerant macht. Die ganze politische Blindheit, die wir so oft zu unserem Erstaunen an dem deutschen Bürgerthum wahrnehmen, steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Ausartung des nationalen Gedankens.

Der nationale Dünkel der deutschen Bourgeoisie hat in seiner lächerlichen Aufgeblasenheit im letzten Jahrzehnt gegenüber andern Kulturvölkern wahre Orgien gefeiert. Kaum eine einzige Nation ist von den Rempeleien und Rüpeleien der banausisch lärmenden kapitalistischen Presse Deutschlands verschont geblieben. Was aber gegenüber den Franzosen, Engländern, Schweizern recht ist, muß auch gegenüber dem Judenthum billig sein. Es ist nur eine logische Consequenz des übertriebenen Nationalitätsgedankens, wenn die auf ihre christlich-germanische Stammesreinheit stolzen Klassen auch dem Judenthum gegenüber eine pathetisch-feindselige Pose einnehmen. Der wirthschaftliche Konkurrenzneid, die soziale Noth des Kleinbürgerthums, die reaktionären Reminiszenzen aus mittelalterlicher Vergangenheit sind durch den Kitt nationalen Dünkels zu

einer einheitlichen Antipathie gegen die Juden vereinigt Das Säuseln der Blätter in den urdeutschen Wäldern des Tacitus klingt nunmehr dem Ohre des deutschen Philisters nicht minder angenehm als früher das Sturmesgebrause der Freiheit.

Dieser Zusammenhang zwischen Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus ist ein so logischer, daß er von vorurtheilsfreien Männern bereits vorausgesagt wurde zu einer Zeit, da der Antisemitismus noch als Embryo im Schooße des Nationalitätsgedankens ruhte. Im Jahre 1874 schrieb der Demokrat Guido Weiß in seiner Zeitschrift „Die Wage“: „Ihre (des Nationalliberalismus) rüstigsten Wortführer jüdischen Stammes, welche einst, tief belehrt von der eigenen Väter Leid, heißen Herzens die Thorheit und die Gefahr des beschränkten Nationalitätsgeistes zu schildern wußten, sind jetzt grimme Germanen geworden und sehen in hochmüthiger Risches (Exclusivität) auf den verhaßten Franzmann herab, der ihnen einst doch so gutmüthig das Brod des Exils zu reichen hatte. O und dereinst wird er es ihnen vielleicht noch einmal zu reichen haben, wenn erst die Saat, die sie jetzt so eifrig ausstreuen, in die Halme geschossen ist, wenn erst in deutschen Gauen das neuerstandene Volk, auf seine Stammesreinheit stolz und eifersüchtig, jenes gewaltige Verdikt wieder anstimmen wird, dessen Kehrreim endet mit Hep! Hep!“

Den im Nationalitätsgedanken steckenden reaktionären Kern erkannten die „Staatsmänner“ des neuen deutschen Reiches zu gut, als daß sie nicht mit Freuden ihre alte Rüstung des Partikularismus ablegten und im Schmucke des neuen Nationalitätsrockes einherschritten. Sie haben diese neue Staatsauffassung zwar nicht erdacht, aber sie zeigen sich als Meister in der Anwendung derselben für ihre politischen Bestrebungen, wie sie auch, obzwar sie nicht das Pulver erfunden haben, sich doch vorzüglich darauf verstehen, es ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre hatte das deutsche Bürgerthum, obzwar stets politisch unfähig und schwach, doch einen Theil der liberalen Staatsauffassung sich erhalten. Dieser Liberalismus zielte auf Einschränkung des absolutistisch-konstitutionellen Cäsarismus und Beseitigung

der militärischen Allgewalt des Staates hin, Bestrebungen, welche in Verbindungen mit dem Nationalitätsgedanken auftraten und der sich entwickelnden Omnipotenz des Staates im Wege standen.

Den Feind mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, gilt bekanntlich für des Siegers höchsten Triumph. Wir wissen ja, wie oft das Wort Bismarcks vom Tödten des Parlamentarismus durch den Parlamentarismus interpretirt und von „realen" Politikern bewundert worden ist. Warum also nicht die liberale Anschauung, welche im Gewande des nationalen Gedankens auftrat, durch die nationale Phrase selbst tödten? Konnte es etwas leichteres für die Staatsgewalt geben, als das Bürgerthum, welches dem mit modernem Stuck verzierten militärischen Cäsarismus ablehnend gegenüberstand, durch den Antisemitismus, den auf die Spitze getriebenen Nationalitätsgedanken, gegen den Liberalismus einzunehmen? Denn die Fortschrittspartei mußte, sollte sie sich selbst nicht aufgeben, an der Auffassung von der Gleichheit Aller vor dem Gesetz festhalten. So war in dem Antisemitismus ein Keil gefunden, der, in das Bürgerthum hineingeschlagen, den Liberalismus auseinanderreißen mußte. Das „Theile und Herrsche" zeigte auch hier wiederum seine folgenschwere Bedeutung. Damit wurde der Antisemitismus regierungsfähig und ein hervorragendes Mittel, die reaktionäre Staatsauffassung in das Bürgerthum einzuschmuggeln. In der That wurde durch dieses Experiment ein großer Theil des Bürgerthums allmählig und unbewußt in die Sphäre der Reaktion hineingezogen. Dem andern Theil des Bürgerthums, welcher durch diese Spaltung geschwächt und für eine aktuelle Politik unfähig gemacht war, blieb nichts anderes übrig, als dem Sirenengesange des modernen militärischen Polizeistaates ebenfalls, wenn auch mit Widerstreben und sehr langsam, zu folgen. Die Fortschrittspartei und die deutschfreisinnige Partei sind Stationen auf dem Wege von der alten Demokratie zum modernen Cäsarismus.

V.

Die Kulturbedeutung der antisemitischen Bewegung erhielt auf Seiten der Staatsgewalt ihre Weihe nicht

nur in Rücksicht darauf, was sie gegenüber dem liberalen Bürgerthume leisten sollte, sondern in hohem Grade auch dadurch, daß man in ihr einen Damm gegen das Anschwellen der sozialdemokratischen Fluth sah. Der Antisemitismus ist eben ein Januskopf mit einem Doppelantlitz: dem Bürgerthume sollte er die nationale, der Arbeiterklasse die soziale Seite zeigen. Die Staatsgewalt sah, daß der sozialdemokratische Gesellschaftsgedanke nicht mehr, wie in den vierziger Jahren, nur in den Köpfen einzelner vorausschauender wissenschaftlicher Forscher wohne, sondern in einer den größten Theil des Volkes einnehmenden Klasse seinen bewußten Träger gefunden habe.

Man kann der preußisch-deutschen Staatsregierung die Anerkennung nicht versagen, daß sie die Macht, welche der neuen Weltanschauung innewohnt, verhältnißmäßig früh erkannte. Man kann mit Fug und Recht behaupten, die größten Anstrengungen, die in der inneren Politik während mehr als eines Jahrzehnts gemacht wurden, ja der größte Theil der inneren Politik selbst innerhalb dieser Zeit geht direkt oder indirekt darauf aus, dem in dem Volke immer siegreicher vorwärtsschreitenden neuen Kulturgedanken die Lebensader zu unterbinden. Die Art und Weise jedoch, wie dieser welthistorische Kampf geführt wurde, wird dem künftigen Kulturhistoriker eine Fülle von Anregungen geben, ähnlich denen, welche der Kampf des römischen Cäsarismus gegen die sich allmählich auf sich selbst besinnende freie Menschennatur einem Juvenal gegeben, und welche dieser Satyriker in die Worte zusammengefaßt hat: Difficile est, satiram non scribere (Es ist schwer, eine Satyre nicht zu schreiben).

Dem Ausnahmegesetz und der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, wodurch die negativen Maßnahmen des Klassenstaates gegen die Arbeiterbewegung charakterisirt sind, reihen sich als positive Bestrebungen die „deutsch-nationale“ Sozialreform und die antisemitische Bewegung würdig an. In dem Antisemitismus, welcher der Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrer Klassenlage eine gewisse Anerkennung zu Theil werden ließ, sah man ein vorzügliches Mittel, den Arbeiter allmählich von seiner für den Kapitalismus so unbequemen Klassenerkenntniß abzubringen und den ge-

fährlichen sachlichen Kampf der Arbeiter in einen ungefährlichen Personenkampf umzuwandeln. In der antisemitischen Bewegung glaubte man auch ein gutes Mittel gefunden zu haben, um die Arbeiterklasse zu veranlassen, ihre große historische Zukunftsmission für das Linsengericht einer mageren Sozialreform zu verkaufen.

Für diesen diplomatischen Schachzug brauchte man Männer, welche mit ihrer autoritativen gesellschaftlichen Stellung eine gewisse effekthaschende Redebegabung und den nöthigen Demagogismus verbanden. Eine solche Thätigkeit mußte einen Mann von den Anlagen eines Stöcker anziehen. Wir wollen hier nicht untersuchen, wie die Regierung zu ihrem Stöcker oder wie Stöcker zur Regierung gekommen, genug, sie haben sich gefunden. Stöcker und sein Famulus Adolf Wagner brauten 40 pCt. Christenthum, 10 Prozent Unfall- und Krankenversicherung, 10 Prozent Abschaffung der Kinderarbeit und Einschränkung der Frauenarbeit, 40 Prozent Antisemitismus zu einem artigen Getränk, dem sie die fromme Aufschrift gaben: Christlicher Sozialismus. In dieser Mischung, glaubten sie, würde der Trank dem deutschen Arbeiter ungemein munden und ihm den Genuß jedes anderen geistigen Getränks verleiden.

Aber nicht ein einziger sozialdemokratischer Arbeiter fühlte das Verlangen, überhaupt den Trank zu kosten, trotz der Anpreisungen von seiten der vielen Agenturen, die überall im deutschen Reiche errichtet wurden, wo Stöckers fromme Brüder wirkten. Die Arbeiterklasse nimmt dasjenige aus einer Sozialgesetzgebung, was ihr in Wahrheit und unabhängig von dem Interesse der herrschenden Klasse zuträglich ist, als etwas Pflichtschuldiges an, läßt sich aber selbst durch die beste und weitgehendste Arbeiterschutzgebung aus ihrer weltgeschichtlichen Rolle als Testamentsvollstreckerin der alten Gesellschaft nicht verdrängen. Mit ihrer entschiedenen Ablehnung gegenüber den sozialpolitischen Lockungen des Antisemitismus hat die Arbeiterklasse dem Bürgerthum gegenüber eine geistige Ueberlegenheit gezeigt, wie sie nur durch die politische Bildung und das hohe Rechtsgefühl erklärt werden kann, welches der Arbeiterklasse innewohnt.

VI.

Die antisemitische Agitation selbst, welche seit mehr als zehn Jahren Deutschland durchbraust, spiegelt in ihrem Aeußeren genau den Widerstreit der Interessen, Volksklassen und ehrgeizigen Führer wieder, den wir eben geschildert haben. Die Bourgeoisie will Antisemitismus nur so nebenbei treiben, ohne starke, die jüdischen Kapitalisten erschreckende Phrasen, das Kleinbürgerthum dagegen wünscht ihn zum ausschließlichen, die ganze innere Politik beherrschenden Faktor erhoben zu sehen, es wünscht eine lärmende, laute Agitation. Die Regierung hinwiederum ist bemüht, daß die antisemitische Fluth in dem schmalen Bette verlaufe, in welchem sie niemals zur Selbständigkeit gelangen und immer nur Mittel zum Zwecke bleiben könne. Viele Beamten bringen dem Antisemitismus ihre offenen Sympathien entgegen, weil sie dadurch ein regierungsfreundliches Werk zu thun und so sich Vorschub für Beförderung im Dienste zu verschaffen meinen. Die „gesittete" Jugend, welche die Hochschulen bevölkert, schenkt dem Antisemitismus ihren trampelnden und schreienden Beifall; er hat ja etwas „Revolutionäres" an sich, das dem jugendlichen Naturell besser behagt, und zugleich etwas Ungefährliches, dem sie unbesorgt folgen kann, ohne Schaden an ihrer späteren Stellung im Staatsdienst zu nehmen.

Die Geistlichkeit sieht in dem Antisemitismus das Mittel, die Volksmassen, welche sich von der Kirche und den alten sozial-politischen Autoritäten täglich mehr abwenden, zur alten „Ordnung" zurückzuführen. Einzelne Streber, welchen entweder die Fähigkeit mangelt, in anderen Parteien eine anerkannte Rolle zu spielen, oder der Muth, ihrer Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus durch ihr Eintreten in die sozialdemokratische Bewegung Ausdruck zu leihen, suchen ihre Schlupfwinkel in dieser Partei des Halbdunkels.

Ist es bei diesen widerspruchsvollen Elementen wunderbar, daß die antisemitische Partei, obwohl sie sich des Schutzes der Regierung und des herrschenden Bürgerthumes erfreut und eine Agitation entfalten darf, deren Kraftphrasen an Verhetzung der einzelnen Volksklassen das denkbar Aeußerste leisten, trotz alledem keine großen Siege und Fortschritte zu verzeichnen hat?

In ihrer Gereiztheit über das Vergebliche ihrer Mühen vermag die antisemitische Partei nicht zu begreifen, woher es der Sozialdemokratie möglich ist, trotz der an das Mittelalter erinnernden Verfolgungen Siege an Siege zu reihen, an innerer Geschlossenheit und äußerer Entfaltung stets zu gewinnen und sich die Anerkennung ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung selbst von Seiten ihrer größten Gegner zu erringen. Das Geheimniß ihrer von Tag zu Tag wachsenden Bedeutung liegt einmal darin, daß die Sozialdemokratie eine durch Gemeinsamkeit der Interessen geschlossene Volksklasse vertritt, welche durch das Spiel der heutigen Wirthschaftsgesetze ganz von selbst immer mehr anschwillt. Sodann kämpft die Sozialdemokratie unter dem Banner der wirthschaftlichen und politischen Befreiung des Volkes aus den Banden des Kapitalismus und des Klassenstaates, eine Forderung, welche nicht in Wolkenkukuksheim geboren ist, sondern aus den sozial-politischen Bedürfnissen der großen, vom Kapital abhängigen Klasse organisch herausgewachsen ist.

Was wir aber an dem Antisemitismus gewahren, ist das Gegentheil dessen, was allein im Stande ist, Erfolge zu erringen und für Erfolge zu berechtigen. Auf der einen Seite die mannigfaltigsten einander bekämpfenden Interessen und Volksklassen, auf der anderen Seite das Banner der geistigen, politischen und wirthschaftlichen Reaktion, welche den Volksinteressen direkt ins Gesicht schlägt und selbst von den politisch Ungebildeten in der Arbeiterklasse vermöge ihres Klasseninstinktes verabscheut wird.

Nur diese Erwägung macht es begreiflich, daß an der Spitze dieser Bewegung bereits seit einem Jahrzehnt Männer zu verharren im Stande sind, deren moralisches Gewand, durch die Geschosse ihrer Gegner durchbohrt, ihnen in Fetzen vom Leibe hängt. Jede Partei spiegelt in ihren Führern ihr eigenes moralisches Sein wieder. Bei einer Partei, wie der antisemitischen, welche bewußt oder unbewußt das Volk seinen eigenen Interessen zu entfremden, die sachliche Erkenntniß der sozialen Schäden durch Entfachung eines Rassenkampfes zu trüben sucht und mit echt jesuitischer Spiegelfechterei heute die Leiden des Volkes beklagt, um

morgen ihre Dienste zur Unterdrückung des Volkes zu leihen, ist es nur zu natürlich, wenn auf ihren Höhen die Lüge in Permanenz gehalten wird und Männer der Wissenschaft ihren eigenen, in früherer idyllischer Zeit geschriebenen Werken ins Gesicht schlagen.

Eine energische, in positives Schaffen umschlagende Entwickelung der antisemitischen Bewegung ist bei den widerspruchsvollen Elementen, aus denen sie sich zusammensetzt, zwar ein Ding der Unmöglichkeit. Aber ihre Existenz schon wirkt wie der Giftthau auf den Charakter und die Denkkraft der mit ihr in Berührung tretenden Volkskreise.

VII.

So sehen wir also, daß der Antisemitismus, auf einem ganz bestimmten wirthschaftlichem Boden emporgewachsen, nur in einer von reaktionären Krankheitsstoffen geschwängerten politischen Atmosphäre sich zu entwickeln im Stande ist. Die sogenannten Menschenrechte, welche das Bürgerthum in seinen Jünglingsjahren mit schwärmerischer Begeisterung proklamirt hat, sind an den Granitfelsen der Klasseninteressen zerschellt, und die antisemitische Bewegung in der Bourgeoisgesellschaft ist die drastischste Illustration zu dem Widerspruch von Theorie und Praxis in der heutigen Gesellschaftsordnung.

Doch damit ist das demokratische Menschheitsbewußtsein nicht getötet. Neue Klassen, neue Menschen treten für dasselbe in die Schanzen, und der Kampf tobt heute mächtiger als je zuvor. In diesem großen, die häßlichsten und schönsten Eigenschaften des Menschen enthüllenden, der Dichtungskraft eines modernen Homer würdigen Kampfe der alten mit der neuen Welt steht die Arbeiterklasse wie ein rocher de bronce (Bronzefelsen), nicht wankend und weichend, ob auch schwere Hiebe auf sie niedersausen. Noch niemals in der Weltgeschichte ist von den unterdrückten, ans Tageslicht der Gleichberechtigung emporstrebenden Klassen der Kampf mit so klarer Erkenntniß und so ernster Energie geführt worden, wie in der Gegenwart.

Gegenüber der antisemitischen Bewegung, einer jener häßlichen Zuckungen einer sterbenden Welt, trägt die Arbeiterklasse den Menschheitsgedanken, ihren eigenen

Klassengedanken, in ihrem Busen. Während in jener reaktionären Bewegung die Zersetzung bereits begonnen hat, so daß sie ihr wahres Wesen als demagogischer Vorposten der herrschenden Klassen Niemandem mehr verbergen kann, sind die Kräfte der sozialdemokratischen Bewegung gestählt und der Muth gestärkt, wie nie zuvor. Gegenüber dem Unkenruf der alten Welt nach Abschließung und Unterordnung, wie er in der antisemitischen Bewegung nicht seinen einzigen, aber seinen brutalsten Ausdruck gefunden, ruft die Arbeiterklasse mit dem frohen Siegesbewußtsein des heranwachsenden Riesen den Menschen und Völkern das Erlösungswort entgegen, mit dem der große Sozialist und Philosoph Fichte in den Hallen der Berliner Universität am Anfang unseres Jahrhunderts das Ziel unserer Kämpfe bezeichnet hat:

Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Druck: „Berliner Volks-Tribüne“, Berlin SO.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie — 3. Heft.

Soziale Frage

und

Bodenverstaatlichung.

Von

Conrad Schmidt-Berlin.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin S.O., Elisabeth-Ufer 55.
1890.

Inhalt.

Seite

Die Aneigner des Mehrwerths. Die Grundrente als Theil desselben. Interessengegensatz zwischen industriellem und Bodenkapital 3
Der theoretische Kampf gegen die Aneigner der Grundrente. Die Physiokraten. Henry George 10
Flürscheims Theorie. Die Bodenverstaatlichung als Mittel, den Zins zu beseitigen 14
Flürscheims Theorie. Die Bodenverstaatlichung als Mittel, den Zins zu beseitigen. (Fortsetzung) 20
Flürscheims Theorie. Bodenverstaatlichung und Ueberproduktion 23
Bodenverstaatlichung und Sozialismus 27

Soziale Frage und Bodenverstaatlichung.

I.

Der Mehrwerth.

Die moderne Gesellschaft baut sich auf dem Klassengegensatze zwischen Kapital und Arbeit auf. Der eigenthumlose Proletar, unfähig irgend eine selbständige Produktion zu unternehmen, wird genöthigt, Tag für Tag seine Kraft an den Besitzer der Arbeitsinstrumente zu verkaufen. Der Preis, den er für seine Thätigkeit erhält, normirt sich wie der Preis aller anderen Waaren nach den Produktionskosten. Die Produktionskosten der Waare Arbeitskraft, welche fast stets in überreicher Menge auf dem Markte angeboten wird, sind aber nichts Anderes als die Kosten, die das Aufziehen und der nothdürftige Lebensunterhalt der Arbeiterindividuen erheischt.

Die Thatsache, daß der Lohn sich niemals längere Zeit hindurch über das Existenzminimum erhoben hat ist also nach dieser von Marx vertretenen Auffassung die Folge der kapitalistischen Wirthschaft und des in ihr allmächtig herrschenden Werthgesetzes selbst. Nur wenn die Produktion aufhört, zum Verkauf bestimmte Waarenproduktion zu sein, wird auch die Arbeit aufhören, Waare zu sein und nach den Erzeugungskosten gezahlt zu werden. Nur allein eine sozialistische Gesellschaft, in welcher die Güter, den Bedürfnissen der Gesammtheit entsprechend, planmäßig hergestellt und vertheilt werden, vermag das Proletariat aus dem Elend, welches die „freie Konkurrenz“ über dasselbe verhängt, zu erlösen. Darum ist auch die Arbeiterklasse das Heer, auf welches die sozialistischen Ideen allein mit Sicherheit rechnen können. Sobald sie ihre Lage klar erkennt, muß sie sozialistisch denken,

denn ohne die gänzliche Umwälzung des wirthschaftlichen Systems kann diese ihre Lage nicht aus der Welt geschafft werden.

Die kapitalistische Gesellschaft, die sich auf dem Klassengegensatze zwischen Lohnherr und Arbeiter aufbaut, bewegt in ihrem Schooße indessen noch andere, wenngleich weniger wichtige, Klassengegensätze und Konflikte. Man denke nur an den verzweifelten Kampf des Kleinbürgerthums gegen das billiger produzirende Großkapital! Beide Gesellschaftsgruppen ziehen ihr Einkommen aus der Arbeit der Arbeiter, sie sind Beide Aneigner von Mehrwerth und insoferne durch ein gemeinsames Interesse gegen die Ansprüche des Proletariats verbunden. Das hindert aber nicht, daß sie sich untereinander selbst auf das heftigste bekriegen. Der große Kapitalist unterbietet, gestützt auf die Vortheile des konzentrirten Betriebs, die kleinen Konkurrenten, und er ruinirt so einen nach dem andern. Daher der Ruf nach Staatshilfe im feindlichen Lager, die Träume, das untergehende Handwerk durch allerhand künstliche Vorkehrungen noch einmal zu galvanisiren, die Deklamation des Antisemitismus gegen die jüdische Geldmacht und die Börse, die Agitation der Pariser Detaillisten, um die großen Verkaufsmagazine durch eine unerhörte Progressivsteuer zu Boden zu schlagen u. s. w.

Wenn die großen oder kleinen Unternehmer, die ihr Geld der Produktion zuwenden, in der kapitalistischen Gesellschaft auch die Aufgabe haben, die unbezahlte Arbeit, den Mehrwerth, direkt aus den Arbeitern herauszuziehen, so sind sie darum doch nicht die einzigen Aneigner des Mehrwerths. Sie müssen ihn mit den übrigen privilegirten Ständen theilen. Der Staat, das Handels- und Leihkapital, die Besitzer des Bodens, alle nehmen soviel davon weg, als es ihre Macht nur immer gestattet.

Auf welche Weise die Industriellen selbst von dieser werthen Kollegenschaft tributpflichtig gemacht werden, ist leicht zu sehen. Der Staat kassirt von ihnen seine Steuern, der Bankier seine Zinsen für geliehenes Geld, der Handelskapitalist seine Preisaufschläge und Provisionen, der Bodenbesitzer die Grundrente in Form von Bodenmiethe und Bodenproduktenpreisen ein.

Es wäre aber weit gefehlt, wollte man annehmen, daß damit die ganze Mehrwerthmasse, die der Industrielle an die übrigen Kapitalisten und den Staat abtreten muß, erschöpft sei. Der Lohn des Arbeiters wird, wie gesagt, nach dem Werthe der Arbeitskraft, nach den Kosten, welche die beständige Selbsterhaltung des Arbeiters verursacht, bemessen. Da nun der Arbeiter sowohl dem Staate, dem er steuert, wie dem Handelskapitalisten, von dem er seine Konsummittel einkauft, wie dem Grundbesitzer, an den er den Preis für Wohnung und Nahrungsmittel bezahlt, tributpflichtig ist, muß der Lohn so hoch sein, daß er die durch diese Extraaufschläge vertheuerte Lebenshaltung zu bestreiten vermag. Denn sonst könnte der Arbeiter, da ihm der Tribut in keinem Falle nachgelassen wird, überhaupt nicht existiren. Der Industrielle wird also genöthigt, den Arbeitern einen Theil des von ihnen hergestellten Werthes, den er sonst für sich einziehen könnte, im Lohne auszuzahlen, damit sie die anderen Mehrwerthaneigner befriedigen können. Der Arbeiter selbst gewinnt dabei natürlich nichts; ihm gilt es gleich, ob er das Produkt seines Fleißes ganz an den Lohnherrn oder theilweise auch an andere Herren verliert. Denn verlieren muß er es doch in jedem Falle, das verlangt die eherne Nothwendigkeit des kapitalistischen Wirthschaftssystems.

Ebenso wie im Kreise der produktiven Kapitalisten ein Klassengegensatz zwischen kleinen und großen besteht, so existirt ein solcher auch naturgemäß zwischen den einzelnen Gruppen der Mehrwerthaneigner überhaupt. Sie haben dem Proletariat gegenüber ein geschlossenes Klasseninteresse, den Mehrwerth, auf welchem ihre Existenz beruht, so hoch wie möglich zu erhalten, und bilden insofern eine einzige „reaktionäre Masse“, welche die Emanzipation des arbeitenden Volkes mit allen Mitteln zu hindern strebt. Mit dem Interesse an der absoluten Höhe des Mehrwerths geht aber bei jeder Gruppe das Interesse, ein möglichst großes Stück dieses Mehrwerths selbst anzueignen, Hand in Hand. Darum vielfach Streit und Zwiespalt im häuslichen Lager.

Der Staat verlangt stets neue Steuern und bricht den natürlichen Widerstand der besitzenden Klassen dagegen;

das agrarische Kapital deklamirt gegen das Handels- und Leihkapital, besonders gegen die Börse, es setzt Schutzzölle, welche die ganze Industrie belasten, im Parlamente durch; das industrielle Kapital predigt mit Entrüstung den Freihandel oder greift zu demselben Kampfmittel wie die Agrarier, zum Schutzzoll; das Kaufmannskapital macht gegen jede Art von Schutzzoll Front.

Und in diesem Getümmel widerstreitender Interessen giebt es einen Konflikt, der mehr als alle übrigen die Aufmerksamkeit der Politiker und Oekonomen auf sich gezogen hat, der Konflikt, meine ich, zwischen dem industriellen und dem Bodenkapital.

In der feudalen Gesellschaftsordnung, aus welcher sich die kapitalistische stufenweise entwickelte, befand sich der Grund und Boden in Händen der Monarchie, der Geistlichkeit und des Adels. Der Kampf zwischen dem neu aufkommenden, bürgerlich-industriellen Kapital und dem altüberlieferten, gesalbten Grundeigenthum gestaltete sich zu einem Kampfe zweier feindlichen Wirthschaftsordnungen, der alten, die auf dem feudalen Bodenbesitz, und der neuen, die auf dem Kapitalbesitze fußte. Die neue Ordnung siegte überall; die ganze ökonomische Verfassung wurde den Bedürfnissen des industriellen Kapitals entsprechend umgestaltet, und auch der Boden mußte es sich gefallen lassen, verbürgerlicht und in die allgemeine Bewegung hineingerissen zu werden. Er ward zur trivialen Waare herabgedrückt, die jeder Plebejer, falls er das nöthige Geld besaß, erstehen konnte. Nur soweit der Adel kapitalkräftig genug war, vermochte er sein altes Bollwerk gegenüber der Konkurrenz des bürgerlichen Geldes zu behaupten. So vielfach in England, im östlichen Deutschland und in Oesterreich.

II.

Die Grundrente.

Bei dem ökonomischen, durch die historische Tradition vielfach verschärften Gegensatze zwischen industriellem Kapital und Grundbesitze erscheint es nur natürlich, daß auch die Theorie diesen Streit widerspiegelt. Bevor wir in-

dessen hierauf, auf den theoretischen Kampf gegen die Grundrente, eingehen, erscheint es nothwendig, uns das Wesen derselben kurz zu veranschaulichen.

Daß die Grundrente so wie die übrigen arbeitsfreien Einkommen aus dem Mehrwerth fließt und als Tribut von dem Arbeiter, dem ursprünglichen Mehrwertherzeuger, wie vom Unternehmer, dem ursprünglichen Mehrwerthaneigner, erhoben wird, war schon gesagt.

Es liegt hier aber der Einwurf nahe, daß der Landwirth ebensogut wie der Fabrikant Unternehmer sei und als solcher aus den von ihm angestellten Arbeitern direkt Mehrwerth herauspresse, daß sein arbeitsfreies Einkommen mithin nicht abgeleitet sei, sondern genau so wie der Profit des Fabrikanten aus der unmittelbaren „Verwerthung der proletarischen Arbeitskraft“ entspringe. Und das trifft in der That für einen großen Theil des durch Bodenbearbeitung gewonnenen Einkommens zu. Nicht aber für das ganze.

Nimmt man die Summe aller im Laufe eines Jahres hergestellten Industrieprodukte und zieht von dem Gesammtpreis derselben die Summe der aufgewandten Produktionskosten ab, so ergiebt der Rest den Ueberschuß der Preise über die Kosten, das Profiteinkommen, welches der Stand der Industriellen in die Tasche steckt. Der durchschnittliche Gewinnsatz, d. h. der Bruchtheil, um welchen sich ein in der Industrie vorgeschossenes Kapital durchschnittlich im Jahr vermehrt, wird gefunden, indem man den Gesammtprofit durch das vorgeschossene industrielle Gesammtkapital dividirt. Beides, Profit wie Kapitalvorschuß, stellen ja nichts anderes als Verkörperungen allgemein menschlicher Arbeitszeit, als Werthe dar, und dieser ihrer Gleichartigkeit wegen sind sie auch durcheinander theilbar.

Nun betrachte man im Gegensatze dazu das auf Bodenkultur und Anbau verwandte Kapital. In den Stallungen, den Geräthschaften, der Aussaat, in allen Beackerungen, Kanalisationen, Häuserbauten u. s. w. steckt unzweifelhaft ebenso wie in den Maschinen, Fabriken und Rohstoffen des industriellen Kapitals menschliche Arbeit, und der Werth jener agrarischen wie der industriellen Produktionsmittel kann sich allein nach der Menge menschlicher Arbeit, die in ihnen verkörpert ist, richten. Die

Größe des vorgeschossenen Kapitalwerthes muß in beiden Fällen auf gleiche Weise berechnet werden. Zieht man aber von dem Gesammtpreis, den die Bodenbesitzer beim Verkauf ihrer Produkte und durch das Vermiethen von Gebäuden jährlich erzielen, die Produktionskosten, d. h. das zur Herstellung ihrer Waaren erforderliche Arbeits- oder Werthquantum ab, und dividirt den dann verbleibenden Werthrest, welcher das arbeitsfreie Einkommen der Grundherren repräsentirt, durch den von ihnen vorgeschossenem Kapitalwerth, so stellt sich heraus, daß die auf Bodenkultur verwandte Arbeit nicht nur den in der Industrie üblichen Gewinnsatz, sondern darüber hinaus einen gewaltigen Ueberschuß, die sog. Grundrente, abwirft.

Der berühmte englische Nationalökonom Ricardo giebt die Erklärung für diese Thatsache. Während in der Industrie, sobald die Nachfrage nach Waare irgend einer Art zunimmt, der neue Bedarf mit dem gleichen Arbeitsaufwand hergestellt werden kann, der zur Produktion derselben Waarenmenge auch früher nothwendig war, trifft das, wie er hervorhebt, für den Landbau nicht in demselben Maaße zu, und zwar deßhalb nicht, weil in den Kulturländern die besten Bodensorten bereits seit lange in Beackerung sind. Hebt sich nun die Nachfrage nach Nahrungsmitteln — und das muß sie dauernd, da die Bevölkerung sich Jahr für Jahr vermehrt — so wird schlechteres Land in Angriff genommen. Die natürliche Folge ist, daß zur Herstellung derselben Menge von Bodenprodukten nunmehr auf diesem neu beackerten Lande ein größeres Quantum Arbeit erfordert wird, als auf dem bessern, früher bebauten Boden nothwendig war. Im Laufe der Entwicklung wird also immer mehr und immer geringwerthigeres Land in Kultur genommen. Das Arbeitsquantum, das auf der schlechtesten der angebauten Bodensorten zur Produktion einer gegebenen Menge von Nahrungsmitteln nothwendig ist, befindet sich fortwährend im Wachsen.

Dementsprechend muß aber auch der Preis der Bodenprodukte dauernd zunehmen, denn dieser muß immer so hoch stehen, daß die Anbauer der schlechtesten aller in Angriff genommenen Landsorten die Produktionskosten, ver-

mehrt um den landesüblichen Profit, zurückerhalten, weil sie in anderem Falle ihr Kapital statt in die Bodenkultur in industrielle Unternehmungen werfen würden. Wenn die Preise sich jedoch nach den Produktionskosten auf der schlechtesten Bodenklasse richten, so müssen selbstverständlich die Besitzer besserer Landstrecken, die gleiche Produktmengen mit geringeren Produktionskosten herstellen, im Preise ihrer Waaren mehr als die aufgewandten Kosten und den Durchschnittsprofit erzielen. Dieses Mehr, welches die Klasse der besseren Bodenbesitzer über Kostenaufwand und Durchschnittsprofit hinaus alljährlich gewinnt, bildet die jährliche nationale Grundrente.[1])

Wenn ferner bloße Naturkräfte, wie sie durch die besseren Bodensorten repräsentirt werden, den Profit über das übliche Maaß hinaus erhöhen, so müssen sie, obgleich selbst kein Produkt menschlicher Arbeit, dennoch einen Preis erhalten und zwar einen Preis von der Höhe, daß die Verzinsung desselben gleich ist der jährlichen Bodenrente.

---

[1]) In neuerer Zeit hat man gegen diese „Ricardo'sche Grundrententheorie" eingewendet, daß bei steigender Kultur nicht schlechtere, sondern immer bessere Bodenstrecken in Angriff genommen werden. Denn wenn auch in den Kulturländern des alten Kontinentes der beste Boden längst bebaut wird, so gestattet die fortschreitende Entwicklung des Transportwesens, immer mehr fernliegende, bisher vom Weltmarkt abgeschnittene, dabei aber höchst fruchtbare Ländereien zu bepflanzen und mit ihren Produkten die wachsende Nachfrage zu decken. Dazu kommen die Fortschritte der landwirthschaftlichen Technik, welche die Ertragsfähigkeit des Landes steigern. Beide Momente, Transportwesen und Technik, wirken also darauf hin, die ländlichen Produkte mit immer weniger Arbeit herzustellen. Mag das nun völlig zutreffen, mag also das agrarische Gewerbe immer billiger produziren, der Kern der Ricardo'schen Grundrententheorie wird dadurch nicht angetastet. Denn Transportwesen und Technik kommen wie den neuen so auch den alten Ländereien zu Gute. Die guten altangebauten, günstig gelegenen Bodenklassen bleiben also nach wie vor im Vortheil, und ebenso wird es unter den neubeackerten Territorien verschieden gute Klassen geben, je nachdem Herstellung und Verkauf (hierzu gehört der Transport) eines gleichen Produktquantums dem Besitzer mehr oder weniger Arbeitsaufwand verursacht. Da der Preis sich aber nach den Produktionskosten auf dem relativ ungünstigsten Boden richtet, beziehen die Eigenthümer besserer Güter also nach wie vor einen Extragewinn, die Ricardo'sche Grundrente.

Nur in diesem Falle wird dem Gesetze der Konkurrenz, welches auf allen Gebieten die Profite ausgleicht, genug gethan. Denn wenn der bloße Boden mit dem kapitalisirten Betrage der Grundrente bezahlt wird, so bezieht der neue Käufer der besseren Bodenklassen mit seiner Grundrente nur den üblichen Gewinnsatz des beim Kauf des Landes ausgelegten Kapitals. Sein Extragewinn hört auf (ausgenommen den Fall, daß die Grundrente nach dem Kaufe, während er das Gut noch besitzt, wider Erwarten steigt) und fließt dem spekulativen Landverkäufer zu.

Bei dem Boden, der nicht zur Beackerung, sondern zum Hausbau verwendet wird, verhält es sich ähnlich. Die Miethe stellt nicht nur den Profit des beim Bau verbrauchten Kapitals dar, sondern umfaßt überdies das Kaufgeld, welches dem Hausbesitzer für die mehr oder weniger günstige Lage seines Grundstücks jährlich von dem Miether ausgezahlt wird. Dieser Theil der Miethe, kapitalisirt, ergiebt den so außerordentlich schwankenden, oft enorm hohen Preis der Grundstücke.

Wäre der Boden gleich den Waaren der Industrie beliebig vermehrbar, so würde zwischen den Grundbesitzern und den Fabrikherren kein größerer Interessengegensatz bestehen als zwischen den Unternehmern zweier verschiedenen Industriebranchen. So aber befinden sich die Grundbesitzer, insbesondere die langjährigen, womöglich erblichen Eigenthümer der besseren Bodenklassen, gegenüber den Industriellen in einer Monopolistenstellung. Sie haben das Land in den Kulturstaaten inne, und kein Industrieller vermag daselbst neues zum alten hinzuzuproduziren. Diese Monopolistenstellung ist es, welche die Rente schafft und so die gesammte Industrie durch die Vertheuerung der Bodenprodukte und Miethe dem Grundbesitze tributpflichtig macht.

III.

Die Polemik gegen die Grundrente.

Der Klassengegensatz zwischen den Eigenthümern des Bodens und denen des mobilen Kapitals spiegelt sich naturgemäß in der praktischen

Politik nicht weniger als in den nationalökonomischen Theorieen, die unbewußt fast immer gewisse Klasseninteressen vertreten. Die Angriffe, welche von dieser Seite gegen die Grundrentner gerichtet wurden, beziehen sich in erster Reihe auf den unverkennbaren Mehrwerthcharakter dieser Einkommensart. Freilich wir Sozialisten sind ja überzeugt, daß der Erwerb des Industriellen genau dasselbe Merkmal aufweist, daß er ebenfalls aus Mehrwerth, d. h. aus Werthen besteht, für die der Aneigner kein Werthäquivalent zahlt. Aber die Vulgärökonomie, die heute noch über alle Universitätskatheder herrscht, ist ein Beispiel dafür, wie hartnäckig man jene Grundnatur des Unternehmergewinnes wieder und wieder abstreitet. Wie viel schöne Titel — Entbehrungslohn, Risikoprämie, Unternehmerlohn — hat man nicht eigens zu diesem Zwecke für den Profit schon erfunden? Und in der That läßt sich der verrätherische Pferdefuß des Kapitalgewinnes in der Industrie, wo der Gewinner (mit Ausnahme der Aktiengesellschaften) gleichzeitig spekulativthätiger und rechnender Unternehmer ist, verhältnißmäßig noch am leichtesten verbergen.

Anders bei der Grundrente! Die Besitzer günstiger und vielbegehrter Bodenklassen sehen ohne alle Spekulationsthätigkeit den Werth ihres Eigenthums in kurzer Zeit oft ungeheuer anschwellen. So besonders in rasch zunehmenden Städten, wie z. B. Berlin. Daß ein solches Einkommen bloßer Tribut ist, der ohne das geringste eigene Verdienst von der übrigen Gesellschaft erhoben wird, leuchtet auch den Blödesten sofort ein. Dasselbe gilt von den Rentenrollen, die der erbliche Großgrundbesitzer von seinen Pächtern alljährlich einstreicht.

Wie das industrielle Kapital in dem politischen Kampfe mit dem feudalen Grundbesitz sich stets um Hülfe an die Proletarier wandte und gegenüber dem Adel an das „ganze Volk“ appellirte, gleich als bestünde innerhalb des „Volkes“ kein Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, so sucht auch die ökonomische Theorie, welche im Dienste des mobilen Kapitals gegen die Bodenbesitzer Front macht, den beschränkten Klassencharakter dieser Bewegung möglichst zu verhüllen. Nach ihrer Auffassung handelt es sich dabei nicht um einen Privatstreit zweier Mehrwerthaneigner, sondern

(nach der bekannten Melodie: „wir alle sind ja Arbeiter“) um einen Feldzug der gesammten arbeitenden Nation gegen die faullenzenden Ausbeuter.

Die französische physiokratische Nationalökonomie des 18. Jahrhunderts, welche die freie Konkurrenz und die Bedürfnisse des mobilen Kapitals gegenüber der feudal-absolutistischen Wirthschaftsordnung mit großem Geist vertrat, kam zu dem Schlusse, daß alle industrielle Arbeit nicht neue Werthe zu schaffen, sondern nur vorhandene umzugestalten vermöge. Bei jeder industriellen sogenannten Werthproduktion werde dieselbe Werthmenge, die man am Schlusse der Produktion in der Hand behalte, während der Produktion aufgebraucht. Nur in der Landwirthschaft sei das anders. Die Naturkraft vermehre die Samen und Pflanzen kostenlos, sie allein schaffe Jahr für Jahr steigenden Neuwerth. Auf ihn gründe sich die Rente, und aus dem Renteneinkommen erhalte die Bodenbesitzerklasse alles Uebrige: den Staat, die Beamten, die Industrie.

Diese Lehre, die, obschon auf einer durchaus falschen Werththeorie beruhend, dennoch einen großen historischen wie wissenschaftlichen Fortschritt darstellt, übertrieb freilich die Bedeutung des Agrarierthums ins Ungemessene, aber sie wendete sich darum nicht weniger scharf gegen die Interessen desselben. Wenn der Gutsherr allein Mehrwerth produzirt, so besteuere man — das war ihr Argument — auch ihn allein.

Der tiers état, das aufstrebende Bürgerthum, welches bisher mit den Bauern zusammen die ganze Steuerlast trug, verlangte freie Konkurrenz und Besteuerung von Adel und Geistlichkeit. Die Oekonomen hatten das wissenschaftliche Rüstzeug dafür zu liefern.

Genau dieselbe Forderung, die ganze Steuerlast auf die Grundrente zu überwälzen, ja noch mehr, sie durch Besteuerung staatlich ganz zu konfiszciren, ist nach mehr als hundert Jahren inmitten eines der kapitalistisch meistentwickelten Länder von Neuem aufgetaucht. Der Amerikaner Henry George hat sie zuerst in wirksamer Weise erhoben und wurde so Bahnbrecher der modernen Bodenreform, die in ihren radikaleren Vertretern die staatliche Aneignung des gesammten Bodens verlangt. Wie in dem amerikanischen Sezessionskriege der 60er Jahre der industrielle

Norden gegen die agrarischen Sklavenhalter des Südens kämpfte und die Neger aus dem Eigenthum der Plantagenbesitzer befreite, so soll nun die Gesammtheit der industriellen Bevölkerung sich von neuem zusammenschaaren und den Boden selbst von seinen Privateigenthümern emanzipiren. Nur wenn der Rentenertrag des Landes dem Staate zufällt, könne den wirklich produktiven Klassen geholfen werden.

Es mag zuerst befremden, daß gerade in Amerika, wo kein grundbesitzender, politisch-privilegirter Adel existirt, wo also der ökonomische Interessengegensatz zwischen Grund- und Fabrikherr durch keinen traditionellen Standesunterschied verschärft wird, der erste größere agitatorische Vorstoß dieser Art gegen die Grundbesitzer unternommen wurde. Doch wird das bald erklärlich, wenn man sich an die reißend schnelle Verminderung des freien Ansiedlungslandes dort erinnert und bedenkt, wie übel die Verstopfung dieses der europäischen Einwanderung bisher weitgeöffneten Abzugkanales auf den sonst so günstig gestellten amerikanischen Arbeitsmarkt wirken mußte. Die riesigen Bodenspekulationen der amerikanischen Geldmänner thaten gleichfalls das Ihrige, um die öffentliche Meinung auf die Landfrage aufmerksam und für die Theorien von Henry George empfänglich zu machen.

Wir brauchen uns auf die ökonomischen Deduktionen, auf welche der Verfasser seine Forderung stützt, hier nicht näher einzulassen. Nicht nur, daß sie absolut widersinnig sind und an die ödesten manchesterlichen Harmonielehren erinnern, sie haben auch bei uns in Deutschland, wo Flürscheim die Agitation in die Hände genommen, keine Verbreitung gefunden.

Was oben allgemein gesagt wurde, daß nämlich die gegen die Grundrente gerichteten Theorien sich an das gesammte Volk wenden und den Klassengegensatz zwischen Kapitalist und Arbeiter in den Hintergrund schieben, das gilt naturgemäß in der Gegenwart, wo die soziale Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, ganz besonders.

Das Hauptwerk Henry George's „Fortschritt und Armuth" ist ein gerade zu klassisches Zeugniß für dies Bestreben. Die freie Konkurrenz gilt ihm, dem Vertreter industrieller Interessen, als selbstverständliche und noth-

wendige Natureinrichtung. Das industrielle, in Maschinen, Fabriken u. s. w. verkörperte Kapital ist aus Arbeit entstanden, es ist also von der lebendigen Arbeit, die der Proletar verrichtet, nicht wesentlich verschieden. Folglich herrscht zwischen beiden Arten der Arbeit schönste Interessenharmonie, was auch daraus hervorgeht, daß die Gewinne und Löhne in Zeiten guten Geschäftsganges miteinander steigen, in schlechten Jahren zusammen herabgehn. Sie haben beide nur einen gemeinsamen Feind, und das ist die Klasse der Bodenbesitzer, deren Landeigenthum allein auf frecher Aneignung der Allen gehörenden Naturkraft, nicht, wie das des braven Industriellen, auf Arbeit beruht. Die soziale Frage läßt sich mit spielender Leichtigkeit lösen, indem man diesen Grundherren ihre Bodenrente, die nur aus der Brandschatzung der arbeitenden Bevölkerung hervorgeht, wegnimmt und zu allgemein nützlichen Staatszwecken verwendet. Dann bricht ohne Weiteres das Friedensreich an, Kapitalist und Arbeiter entdecken, daß sie im Grunde dasselbe sind und dasselbe wollen. Selbstverständlich kommen auch die Absatzkriesen mit der Konfiskation der Grundrente zugleich in Wegfall.

Der deutsche Prophet Henry George's, Michael Flürscheim, der eine rührige Agitation bei uns entfaltet, hat diese Theorien seines Meisters modifizirt. Der Widersinn tritt bei ihm weniger offen hervor, und bei dem Anklang, den er gefunden, verlohnt es sich wohl, seine Beweisführung ein wenig genauer zu untersuchen. Man kann sich so von Neuem überzeugen, wie gänzlich aussichtslos alle die von bürgerlicher Seite befürworteten Lösungen der sozialen Frage, selbst die radikalsten, sind. Gerade aus dieser Einsicht schöpft der Sozialismus das Bewußtsein seiner Nothwendigkeit.

IV.

Bodenverstaatlichung und Zins.

Flürscheim hat einen bedeutenden Schritt über die Utopistereien von Henry George hinaus gethan. Wie dieser sich nur an der Rente, so skandalisirt er sich bereits an dem Zinse. Flürscheim ist sich über die Wesensgleichheit von

Zins und Grundrente als arbeitsloser, auf Ausbeutung beruhender Einkommen vollständig klar und hat die Sophismen, mit denen der zinsliebende Amerikaner seine Ansichten zu stützen suchte, gründlich vernichtet. Aber an Stelle einer Illusion hat er schließlich auch nur eine andere gesetzt. Denn nicht zufrieden, die Wesensgleichheit von Zins und Grundrente als arbeitsloser Einkommen zu konstatiren, geht er weiter, indem er den Zins als eine Folge der Grundrente, welche mit dieser zugleich fallen müßte, hinstellt. Die Bodenreform, so verheißt er, wird beide Parasiten, deren soziale Gefährlichkeit dieselbe ist, gleichmäßig ausrotten. Er bezeichnet sogar die Beseitigung des Zinses als die einzige Bedingung, unter welcher die staatliche Konfiskation der Grundrente der arbeitenden Mehrheit von Nutzen sein kann.

Hermann Bahr hatte in den „Deutschen Worten" die Bestrebungen der Landliga vom proletarisch-sozialistischen Standpunkt aus beleuchtet. Nehme der Staat den Boden für sich, so würde damit eben nur ein Landverpächter an die Stelle der vielen treten; der jetzt bestehende Interessengegensatz zwischen agrarischem und industriellem Kapital würde zu Ungunsten des Volkes, das aus dem Streit der herrschenden Klassen bisher manchen Nutzen zog, fortfallen, ohne daß irgend ein anderer Vortheil die Massen dafür entschädigte. Denn wenn der Staat auch, mit den Einnahmen aus der Bodenrente ausgestattet, die Steuern erlassen könnte, so würden auf Grund des ehernen Lohngesetzes die Löhne bald um den Betrag, um welchen sie der Steuererlaß real erhöhte, wiederum fallen. Die Bodenreformbewegung liege darum gänzlich abseits vom Wege der Arbeiterpartei, sie charakterisire sich als „Versuch einer einseitigen Ausbeutung der sozialen Ideen zu Gunsten des beweglichen Kapitals."

Gegen diesen gründlichen, zielbewußten Angriff vertheidigte sich Flürscheim in seiner Monatsschrift „Deutsch Land."[1]) Alles was Bahr einwende, sei vom Standpunkte

[1]) Ebenso äußert sich Flürscheim auch in dem diesjährigen Juniheft der „Neuen Zeit". Der aus seiner Feder dort veröffentlichte Aufsatz giebt ein übersichtliches Bild seiner Theorie.

des Henry George aus unwiederleglich, das eherne Lohngesetz und damit die Ausbeutung und das Elend der Arbeiter würde durch eine solche Reform ganz und gar nicht berührt, nur das mobile Kapital, welches die drückende Steuerlast dann los wäre, hätte den Profit davon. Aber, fügt Flürscheim gleich hinzu, mir selbst ist es gelungen die Bodenreform auf einer „ganz neuen Theorie zu begründen." Diese Reform muß, meiner Theorie zu Folge, ökonomische Wirkung hervorbringen, an die weder George noch die ihn bekämpfenden Sozialisten gedacht haben, sie muß den Zins und mit ihm die Quelle der Ueberproduktion vernichten. Bezieht ferner das Leihkapital keinen Zins mehr, so werden auch Assoziationen tüchtiger Arbeiter im Stande sein, das zur Produktion nothwendige Geld selbst leihweise zu erhalten, die Uebrigen aber, welche fortfahren, bei Kapitalisten zu arbeiten, werden den vollen Werth ihrer Tagesarbeit im Lohn erhalten. Mit der Beseitigung der Exploitation der Arbeitskraft und der Ueberproduktion wäre indeß die soziale Frage ohne Umwälzung unseres ganzen Wirthschaftssystems gelöst. Nicht die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, die bloße Verstaatlichung des Bodens reicht dazu aus.

Ich bin auf die Polemik Flürscheim's gegen Bahr zurückgegangen wegen des unumwundenen Geständnisses, welches der Leiter der deutschen Reformbewegung hier ablegt, daß sein Parteiprogramm nur dann Berechtigung hätte, wenn die Erfüllung desselben nachweislich die Ueberproduktion und die Ausbeutung unmöglich machen würde. Ohne das, so räumt er ein, wären die Bodenverstaatlicher eine reine Bourgeoisgruppe.

Flürscheim meint, den Nachweis erbracht zu haben. Wir werden ihn im Folgenden eingehend prüfen. Das Haupt der deutschen Bodenreform soll nicht behaupten dürfen, daß die sozialistische Presse einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit seinem Parteistandpunkte aus dem Wege gegangen sei.

Ich lasse die Frage, inwieweit die heutige Ueberproduktion dem Zinseinkommen unserer großen Bankiers

zur Last zu schreiben ist, ob also eine Aufhebung dieses Zinseinkommens die Ueberproduktion aus der Welt schaffen würde, einstweilen bei Seite und wende mich zu dem Kernpunkt der Flürscheimschen Theorie, daß der Zins mit der Grundrente stehe und falle.

Wenn der Boden sich im Privatbesitze befindet, so wirft er — warum, sahen wir oben — Grundrente ab und erhält darum in der kapitalistischen Gesellschaft einen Preis. Jeder Kapitalist kann sich also durch Bodenkauf in den Besitz eines arbeitslosen Einkommens setzen. Er braucht dazu nur das angekaufte Land bebauen zu lassen und die Produkte desselben mit dem bewußten Preisaufschlage zu verkaufen.

Wenn jedoch eine Art der Kapitalanlage solchen Gewinn bietet, müssen es alle übrigen gleichfalls, weil sonst Niemand sein Geld für sie hergeben würde. Daher, sagt Flürscheim, kommt es, daß das industrielle Kapital einen Unternehmerprofit und das Leihkapital Zins abwirft. Führt man indessen den Boden in das Staatseigenthum über, so vermag das Privatkapital nicht mehr durch Landkauf sich die Grundrente zu annektiren. Und da das arbeitslose Renteneinkommen des agrarischen Kapitalisten die letzte Ursache für Unternehmerprofit und Leihzins, das arbeitslose Einkommen der anderen Kapitalistengruppen, ist, so wäre mit staatlicher Konfiskation der Bodenrente zugleich dem Zinse und Profit ihre materielle Grundlage entzogen. Sie müßten gleichfalls verschwinden.

Dieses die Beweisführung Flürscheins, die offenbar auf vollständiger Verkennung des ökonomischen Mechanismus beruht. Der Preis der Bodenprodukte, der die Grundrente besserer Bodenklassen zur Folge hat, wird, wie schon oben bemerkt, normirt durch die Produktionskosten, welche auf der ungünstigsten noch angebauten Landsorte zu ihrer Herstellung nothwendig sind. Denn die Anbauer dieser Ländereien müssen ihre um den landesüblichen Profit vermehrten Auslagen beim Verkauf ihrer Waare zurückerhalten, weil sie sonst ihr Kapital aus dieser Anlage zurückziehen würden. Worin bestehen aber ihre Auslagen? In dem Preise, den sie für die von ihnen verbrauchte Arbeitskraft und Produktionsmittel zahlen müssen. Wovon hängt dieser Preis ab?

Von dem zur Produktion der Arbeitskraft und der Produktionsmittel gesellschaftlich erforderlichen Arbeitsquantum, vom Werth derselben. Angenommen, die Grundrente käme in Wegfall, so würde das also an dem Gesetze, welches den Preis der Arbeitskraft und der Produktionsmittel durch das in ihnen enthaltene Quantum Arbeitszeit bestimmt, nichts ändern. Dieses existirt gänzlich unabhängig von der Rente.

Unter der Herrschaft des Werthgesetzes muß aber, wie wir bereits sahen, vom Kapitalisten Mehrwerth angeeignet werden, denn er zahlt den Arbeitern nur die Werthsumme aus, welche zur stetigen Erhaltung ihrer Arbeitskraft nothwendig ist, während er sie durch Ausdehnung der Arbeitszeit ein größeres Werthquantum zu produziren zwingt. Der Mehrwerth wird beim Verkauf der Waaren dann in Geld umgesetzt und nimmt für die Kapitalisten die Form des Profits an. Solange sich aber durch industrielle Kapitalanlage arbeitsloses Einkommen gewinnen läßt, so lange werden Unternehmer für geliehenes Kapital immer Zins (einen Theil des von ihnen erwarteten Gewinnes) zahlen müssen. Weigern sie sich, so würden ihre Gläubiger das Geld zurückziehen und es selbst industriell verwenden.

Da das Werthgesetz unabhängig von der Grundrente besteht, ist es mithin sonnenklar, daß die Ausbeutungsformen Profit und Zins, als unmittelbare Konsequenzen des Werthgesetzes, gleichfalls unabhängig von der Grundrente bestehen und unverändert bleiben, auch wenn diese staatlich konfiszirt wird.

Die Idee Flürscheims, Profit und Zins seien Erzeugnisse der Grundrente und müßten mit der Konfiskation dieser gleichfalls verschwinden, ist gänzlich aus der Luft gegriffen, sie beweist nichts anderes als die professorenhafte Unklarheit, in welcher sich der Herr Großfabrikant über die ersten Probleme der Nationalökonomie befindet. Das Ricardo-Marxsche Werthgesetz scheint noch nie die Ehre gehabt zu haben, die Aufmerksamkeit des Herrn auf sich zu lenken.

Jedenfalls bezeichnet er das Verhältniß von Angebot und Nachfrage ausdrücklich als den eigentlich preisreguli-

renden Faktor, während dasselbe doch nur die Schwankungen des Marktpreises, in keinem Fall ihn selbst bestimmt. Nimmt man einen längeren Zeitraum und berechnet aus den verschiedenen Preisen zweier Waarensorten ihren respektiven Durchschnittspreis, so wird man annehmen dürfen, daß die Preisdifferenzen, welche, sei es das Ueberwiegen des Angebotes, sei es der Nachfrage, auf dem Tagesmarkt bei ihnen hervorriefen, sich in diesem Durchschnittspreise ausgeglichen haben. Er stellt den Preis dar, den beide Waarensorten bei einem gleichen Verhältniß von Angebot und Nachfrage (wenn in verschiedenen Branchen Angebot und Nachfrage sich decken, ist offenbar in ihnen das Verhältniß dieser beiden Faktoren gleich) erzielen. Entschiede also das Verhältniß von Angebot und Nachfrage in letzter Reihe über den Preis, so müßten die so berechneten Durchschnittspreise aller Waaren gleich sein. Denn die Durchschnittspreise aller Waaren sind Preise, die bei gleichem Verhältniß von Angebot und Nachfrage gezahlt werden. Im Durchschnitt müßte ein Pfund Brot ebensoviel wie ein Pfund Brüsseler Spitzen kosten!

Diese kleine Abschweifung sollte nur zur allgemeinen Charakteristik des Flürscheim'schen Systems dienen. Wer in Angebot und Nachfrage die letzten Gründe für die Werthbestimmung der Waaren sieht, bei dem kann uns auch ein Rückfall in den alten physiokratischen Irrthum, als sei die Grundrente des Bodens ursprüngliche Mehrwerthquelle, nicht weiter Wunder nehmen. Die Ansicht, daß mit dem privaten Rentenbezug auch der Zins und mit ihm die Ausbeutung der Arbeiter und die Ueberproduktion fallen würde, ist nur eine Folge jenes ersten Irrthums.

Herr Flürscheim hat eingeräumt, daß wenn seine „neue Theorie" falsch wäre und die Bodenverstaatlichung kein Verschwinden des Zinses zur Folge haben würde, die proletarische Ablehnung seiner Reformbestrebungen Recht hätte. Wird er unsere Beweisführung gegen seine Theorie gelten lassen? Er muß es, wenn er nicht die ehernen, festfundamentirten Sätze der Marx'schen Nationalökonomie, auf welche sich der Gegenbeweis stützt, zu erschüttern vermag. Und das dürfte schwer sein.

Zieht der Staat das Land ein und verpachtet er es selbst, so fließt ein Theil des jährlich produzirten Mehr=

werths in den Staatssäckel. Die Mehrwerthaneignung als solche aber bleibt, da nach wie vor Kapitalisten und eigenthumlose Proletarier, die sich um jeden Preis verkaufen müssen, einander gegenüberstehen. Profit, Handelsgewinn und Zins werden nach wie vor den Schweiß der Armen in Geld der Reichen verwandeln.

V.

Bodenverstaatlichung und Zins. (Forts.)

Die Behauptung Flürscheims, der Zins sei aus dem Wesen des privaten Bodenbesitzes und seiner Bodenrente abzuleiten, erwies sich als gänzlich aus der Luft gegriffen. Ein dunkles Gefühl von der Unsicherheit der „neuen Theorie“ scheint auch dem glücklichen Erfinder derselben innegewohnt zu haben. Denn er begnügt sich nicht mit diesem *einen* Argument, welches, wenn es richtig wäre, den Wegfall des Zinses bei Beiseitigung der Grundrente unwiderleglich beweisen würde, er sucht vielmehr ängstlich nach einer logischen Ersatzreserve. Der Gründlichkeit wegen sehen wir uns auch diese noch ein wenig an.

Die *zweite Beweisführung* Flürscheims, die in seinen Werken mit der *ersten* durcheinandergemischt ist, aber begrifflich von ihr streng geschieden werden muß, stützt sich auf das Verhältniß von Angebot und Nachfrage.

Wenn der Staat die gesammte Grundbesitzerschaft expropriirt, so sind offenbar zwei extreme Fälle denkbar, zwischen denen eine unendliche Menge anderer liegt. Es wäre möglich, daß der Staat ohne jede Entschädigung sich das Land aneignet, daß er also die bisherigen Eigenthümer einfach fortjagt, und es wäre andrerseits auch möglich, daß er ihnen den marktgängigen Preis des Bodens in Metall- und Papiergeld oder Rentenbriefen voll ersetzt. Dann wäre allerdings nicht die bestehende Grundrente, sondern nur die künftig zu erwartende Steigerung derselben vom Staate konfiszirt. Wahrscheinlich träte in Wirklichkeit weder das Eine noch das Andere ein; man würde die Expropriirten mit einem *Theil* des Marktpreises abfinden. Es sind dabei die allerverschiedensten Komplikationen und Methoden denkbar.

Angenommen, die Grundherren erhielten Nichts, so wäre die gesammte Bodenwaare aus ihren Händen in die des Staates übergegangen, ohne daß die Kapitalmasse, welche den Werth des Bodens repräsentirt, an die Besitzer zurückströmt. Sie verlieren das Geld, welches sie für Hingabe ihrer Waare zu beanspruchen hätten, und sind damit der Verlegenheit überhoben, es irgendwo von Neuem gewinntragend unterzubringen. Auf dem Geld- und Waarenmarkt bliebe im Wesentlichen alles unverändert, es gäbe nur ein gut Theil Bankerotteure mehr und darum einen gewissen Ausfall im Waarenkonsum.

Würde dagegen der Marktwerth des Landes bei der Expropriation an die Besitzer in Form verzinslicher Staatsschuldscheiue ausgezahlt, so wäre der Staat geradezu Inspektor und Verwalter der bisherigen Grundherren geworden. Wenn im ersten Falle die Bodenbesitzer nicht in Verlegenheit kamen, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollten, weil sie überhaupt kein Geld erhielten, so wird ihnen bei dieser zweiten Regulirungsart diese Unruhe ebenfalls, und zwar auf sehr viel angenehmere Weise erspart. Sie bekommen ihr Geld von vornherein in Form von schön bemalten Zettelchen, die kraft ihrer geheimnißvollen inneren Natur jahraus jahrein Zins abwerfen. Die Suche nach neuer Anlage ist nicht nothwendig.

Der Waarenmarkt erleidet auch so keine Veränderung.

Eine dritte Möglichkeit ist, daß der Staat bei der Expropriation statt verzinslicher Schuldscheine einfaches Metall- oder Papiergeld ausgiebt. Dann gilt es für die Empfänger, die neuen Schätze nun schnell und zwar möglichst profitlich unterzubringen. Die Masse des deplazirten Kapitals wird überdies, nach Flürscheim, noch vermehrt, durch die allmählige Zurückzahlung der ganzen Staatsschuld, wozu die neue Bodenrenteneinnahme des Staates die Mittel hergeben soll, und durch die Beseitigung der hypothekarischen Bodenbelastung. Dies ist der Fall, mit dem Flürscheim rechnet, aus welchem er sein neues Argument herholt.

Man höre: Das durch die Bodenverstaatlichung direkt oder indirekt auf den Markt geworfene Kapital wird Anlage suchen als Leihkapital. Das Angebot von Leihkapital

geht also gegenüber der Nachfrage mächtig in die Höhe. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage muß folglich der Preis für die Nutzung von Leihkapital, uud das ist der Zins, heruntergehn. Der industrielle Kapitalist hat mithin nur eine ganz geringe Abgabe für geliehenes Geld zu entrichten, sein Geschäft wird, vom Zinstribute befreit, mächtig emporblühen, und dieser den Zins drückende Prozeß muß schließlich dahin führen, daß überhaupt die Zinszahlung aufhört. Wenn gegenwärtig die Arbeit hinter dem Leihkapital, so wird dann das Leihkapital hinter der Arbeit herlaufen. Jedermann auch der Arbeiter kann Geld genug zur selbstständigen Produktion erhalten. Die soziale Frage ist gelöst.

Der Fehlschluß, auf den sich diese Fata Morgana aufbaut, liegt auf der Hand. Ebenso wie das produktive Kapital, der Waarennachfrage folgend, sich über alle Produktionszweige gleichmäßig verbreitet, ebenso vertheilt sich das nationale Gesammtkapital, der Nachfrage folgend, gleichmäßig auf Produktion, Handel und Kreditgeschäft. Die freie Konkurrenz bewirkt, daß das Kapital immer der Anlage zuströmt, in welcher die Nachfrage am meisten das Angebot überflügelt, in welcher folglich für das angewandte Kapital ein überdurchschnittlicher Profit zu erwarten ist. Sinkt dagegen in irgend einem Zweige der Gewinnsatz unter den Durchschnitt, dann zieht sich das Kapital aus ihm zurück, so daß auf die Dauer die Rentabilität in allen Branchen immer ausgeglichen wird.

Nun zu unserem Falle! Konzentrirt sich eine große Menge Geld in den Händen der expropriirten Grundherren, so kann vorübergehend allerdings der Zinssatz gedrückt werden, falls nämlich eine unnormal große Summe als Leihkapital auf dem Markte feilgeboten wird. Die industriellen Kapitalisten und Bodenpächter hätten den Vortheil davon. Diese Herrlichkeit könnte aber selbstverständlich nur ganz kurze Zeit dauern; sobald sich nämlich herausstellt, daß der durchschnittliche Profit des produktiven Kapitals den Zins des Leihkapitals bedeutend übersteigt, würden natürlich die ehemaligen Bodenbesitzer in großer Menge ihr Geld aus dem Kreditgeschäft herausziehen und es der Industrie zuwenden. Das hat für sie nicht die geringsten Schwierigkeiten: die Form der Aktien=

gesellschaften, wo der Aktionär nicht die kleinste technisch-industrielle Kenntniß braucht, steht ihnen alle Zeit offen. In Kürze hätte sich ein Ausgleich vollzogen, sodaß der Durchschnittsprofit des produktiven und des Leihkapitals nicht länger beträchtlich differirt. Damit wäre alles wieder auf dem alten Standpunkt zurückgelangt, die vorübergehende Krediterleichterung und der Vorsprung des produktiven vor dem Leihkapital hätten aufgehört.

Aber, wirft Herr Flürscheim vielleicht ein, trotzdem könnte der Zins auch dann noch niedriger sein als zuvor. Das ist richtig, aber nur unter einer Bedingung: wenn nämlich der Gewinnsatz, unter den der Zinssatz, wie wir sahen, nicht dauernd heruntergehen kann, ebenfalls hinter seinem vorigen Niveau zurückbleibt. Dann würde jedoch der niedrigere Zins eben so schwer auf der Industrie lasten wie vordem der höhere. Das Phantom der Krediterleichterung und der mit Kredit ausgestatteten selbständigen Arbeiterassoziationen verwirklicht sich in keinem Falle. Flürscheims zweiter Beweis für sein Dogma, daß die Bodenverstaatlichung den Zins und mit ihm die Ausbeutung der Arbeitskraft beseitigen würde, läuft wie der erste auf eine Illusion hinaus.

VI.

Bodenverstaatlichung und Ueberproduktion.

Ich sagte, nur wenn der Profit sinke, könne auch der Zins fallen. Wann aber sinkt der Profit? In erster Reihe dann, wenn die kaufkräftige Nachfrage hinter dem von den Kapitalisten produzirten und feilgebotenen Waarenwerth zurückbleibt. Verkörpert der in einer Volkswirthschaft jährlich hergestellte Waarenwerth 1 Milliarde Arbeitstage, wogegen die Gesammtheit der wirthschaftenden Individuen nur mit einer Geldsumme, die 900 Millionen Arbeitstage repräsentirt, als Käufer auftritt, so bleiben, falls die Waaren zu ihrem vollen Werthe losgeschlagen werden, Produkte in Werth von 100 Millionen Arbeitstagen unverkäuflich liegen. Daher Preisherabsetzungen, Unverkäuflichkeit der Waaren, Bankerotte, kurz Sinken der durchschnittlichen Profitrate und damit verbunden: Einschränkung der Produktion, Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei.

Da aber der Zinsfuß, wie gesagt, nur mit der durchschnittlichen Profitrate zusammen sinken kann, wäre auch in Flürscheims Staat das von ihm prophezeite starke Herabgehen des Zinses ein ungünstiges Symptom, ein Resultat der Ueberproduktion! Es wäre also ein Symptom, daß sich die Lage der Arbeiter nicht gehoben, sondern nur noch mehr verschlechtert hat. Schon gegenwärtig leiden wir dauernd an industrieller Ueberproduktion; strömen nun bei der Enteignung der Bodenbesitzer neue ungeheuere Geldmassen der Industrie zu — und das müßte geschehen, falls man nicht bei der Auszahlung an die Expropriirten auf diese Gefahr schon vorbeugend Rücksicht nimmt — so wäre in der That eine höchst bedenkliche Verschärfung der Absatzkrisen zu erwarten.

Flürscheim bestreitet das; er behauptet sogar, daß die Bodenverstaatlichung wie den Zins so auch die Ueberproduktion, das große Erbübel der kapitalistischen Wirthschaft, von selbst beseitigen werde.

Sehen wir zu! Flürscheim legt sich zuerst die Frage vor, woher rührt die Ueberproduktion in der gegenwärtigen Gesellschaft? Die Antwort lautet, wie bei ihm zu erwarten war: vom Leihkapital.

Die großen Bankiers, die durch Ausleihen ihres Geldes ein Jahreseinkommen von vielen Hunderttausenden und Millionen an Zins beziehen, können diese Summe unmöglich vermöbeln, den größten Theil ihrer Einnahmen schlagen sie zum Kapital und leihen ihn im nächsten Jahre von neuem aus. „Wenn aber die Rothschilds z. B. von ihrem Jahreseinkommen von 120 Millionen 20 Millionen verbrauchen und 100 Millionen zurücklegen, so heißt das mit anderen Worten, daß sie 120 Millionen Mark in Geld von den Produzenten als Zinssteuer verlangen, daß Letztere für 120 Millionen Mark Waaren verkaufen müssen, um diese Steuer erschwingen und abliefern zu können; daß sie diese Waaren in einem Markte verkaufen müssen, in dem die Rothschilds nur für 20 Millionen Mark Waaren kaufen, weil sie kein Bedürfniß für mehr haben und in dem sie, die konsumlustigen und konsumbedürftigen Volksmillionen, nicht kaufen können, weil sie die 100 Millionen Mark Geld, mit denen sie kaufen möchten, an die Rothschilds ab=

zuliefern haben. Hierdurch allein entsteht schon eine Ueberproduktion von 100 Millionen Mark." Herr Flürscheim behauptet, es sei gegen diese Erklärung der Ueberproduktion als „einer natürlichen Folge des durch den Zinseszins stets zunehmenden Zinstributes" ihm in all der Zeit kein einziger stichhaltiger Einwurf zu Ohren gekommen.

Das liegt aber sicher nicht an der Stichhaltigkeit seines Erklärungsgrundes. Denn ob die 100 Millionen Mark Rothschild gehören oder sich im Besitze einer Menge Industrieller befinden, das macht für den Güterumlauf keinen Unterschied. Die 100 Millionen, welche Rothschild nicht konsumirt, werden doch darum dem Markte nicht entzogen. Sie werden von neuem „zinstragend" angelegt, d. h. an industrielle oder Handelskapitalisten verliehen, die mit dem Gelde Nachfrage nach Arbeitern, Produktionsmitteln und Handelsartikeln erheben.[1]) Diesen Herren wäre es sicher sehr angenehm, hätten sie die 100 Millionen in eigener Tasche — sie brauchten dann von ihren muthmaßlichen Gewinnen keinen Tribut an den Gläubiger zu entrichten. Die Nachfrage aber, die sie auf dem Markte nach neuen Produktionsmitteln und Arbeitskräften erheben, bleibt ganz gleich, welches immer der Geburtsschein der 100 Millionen sein mag.

Flürscheim schließt: Die Produzenten müssen für 120 Millionen Mark Waaren verkaufen, nur um ihren Gläubiger Rothschild zu befriedigen. — Rothschild konsumirt aber nur Waaren im Werth von 20 Millionen, und weil er nicht mehr konsumirt, kauft sein Geld von den im Werth von 120 Millionen Mark angebotenen Waaren nur solche im Werth von 20 Millionen. — Daher unverkäuflicher Waarenüberschuß im Werth von 100 Millionen und Ueberproduktion. — Der Fehlschluß liegt in der Annahme, daß Rothschild's Geld, weil er selbst nur für 20 Millionen Waaren kauft, darum

---

[1]) In dem oben erwähnten Artikel der „Neuen Zeit" betont Flürscheim, daß das Geld der Bankiers größtentheils nicht der Industrie zufließt, sondern an Bodenbesitzer als Hypothek oder an Staaten ausgeliehen wird. Aber sowohl Bodenbesitzer als Staaten wenden dies Geld doch wieder zum Waarenkaufen an. Der ausgeliehene Geldwerth wird dem Waarenmarkte also auch in diesem Falle nicht entzogen.

überhaupt nicht mehr Waaren kaufe. Nein, die 100 von Rothschild nicht konsumirten Millionen treten, neu verliehen, in der Hand seiner Schuldner sofort wieder als Waarenkäufer auf.[1]) Ihre Eigenschaft, Zins zu sein und Zinseszins zu schaffen, entzieht sie durchaus nicht dem Waarenmarkt. Ob in Profit- oder Zinsform angeeignet, die Waarennachfrage bleibt dieselbe; das Mißverhältniß zwischen Angebot und Nachfrage, die Ueberproduktion, nicht aus dem Kapital als solchem, sondern dem Leihkapitale abzuleiten, ist ähnlich unvernünftig wie das Treiben der Antisemiten, welche die Volksmisere nicht auf das Konto des Kapitals sondern des jüdischen Kapitals setzen wollen.

Der Gedanke, welcher Flürscheim bei seiner Theorie vorschwebte, war offenbar der, daß die Ueberproduktion von dem Nichtkonsum des Mehrwerths, d. h. von seiner Akkumulation herrühre. Eine alte Idee, die schon im Anfange dieses Jahrhunderts von Sismondi vertreten und speziell in Deutschland durch Rodbertus populär geworden ist! Aber ebenso berechtigt, wie diese Erklärungsweise, ebenso aus der Luft gegriffen ist die Zuthat, welche Flürscheim ihr aus eigener Erfindung beigemischt, die Zuthat: nur der Nichtkonsum des in der Form von Leihkapital angeeigneten Mehrwerths trage die Schuld an dem Elend der Absatzkrisen. Diese lassen sich im Rahmen der Kapital-Gesellschaft, soweit es überhaupt möglich, nur dadurch heben, daß die kaufkräftige Nachfrage nach Konsumartikeln steigt. Eine solche Steigerung setzt voraus, daß der zur Vermehrung der Produktion verwandte Theil des Mehrwerths kleiner, der gesammte Volkskonsum aber größer wird. Es müßte also, um den Absatzkrisen ent-

---

[1]) Der Einwurf liegt nahe: Die Produzenten müssen an Rothschild die 120 Millionen zahlen, ehe dieser sein Geld neu ausleiht. Dies neu auszuleihende Geld kann darum noch keine Nachfrage nach den von den Produzenten feilgebotenen Waaren, deren Erlös an Rothschild kommen soll, erheben. Folglich tritt durch die Zwischenkunft des Rothschild'schen Leihkapitals doch eine Absatzkrise ein. — Man vergißt dabei aber die Organisation des Kreditwesens welche Kauf und Verkauf von dem augenblicklichen Geldbesitze unabhängig macht. An Stelle der Zahlung tritt das gleichwerthige Zahlungsversprechen.

gegenzuwirken, das Lohneinkommen auf Kosten des Kapitaleinkommens zunehmen; ein anderes Mittel existirt nicht.

Aber selbst einen Augenblick angenommen, das Leihkapital allein trage alle Schuld, mit der Beseitigung des Zinses wäre die Ueberproduktion aus der Welt geschafft, auch das würde Herrn Flürscheims Programm um nichts annehmbarer machen. Denn, wie wir uns überzeugten, kann ja der Zins durch keine Art von Bodenverstaatlichung aus der Welt geschafft werden. Zwei stattliche Unmöglichkeiten hat er so vor sein Prophetenfuhrwerk gespannt, aber das schadet nichts: die Peitsche knallt. Einsteigen — und die soziale Frage wird gelöst!

Die Arbeiter werden sich bedanken.

VII.

Bodenverstaatlichung und Sozialismus.

Die Lösung der sozialen Frage von der Bodenverstaatlichung zu erwarten, ist, wie wir sahen, in jeder Hinsicht utopisch. Die wesentlichen Daseinsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung würde unerschüttert fortbestehen und mit ihnen die Knechtschaft des Proletariats. Das hindert aber durchaus nicht, daß die Bodenverstaatlichung, die nie das letzte Ziel der Arbeiter sein kann, der sozialistischen Bewegung als Mittel, um weiteres zu erreichen, sehr genehm sei.

Stellt man sich vor, die Sozialdemokratie bekomme in nächster Zeit irgendwo die ganze politische Macht in ihre Hände, so ist es klar, daß die Partei ihr endgültiges Programm auch dann mit einem Schlage nicht zu verwirklichen vermag. Um nur etwas hervorzuheben, wie sehr liegt unsere Statistik, vor allem auch die des Konsums noch im Argen; sobald die Gesellschaft aber die Regelung der Produktion unternimmt, bedarf sie der genauesten Kenntniß, wie sich der Konsum der Massen zusammensetzt. Wenn in dieser Beziehung auch Unternehmerverbände und Trusts durch Konzentration des Kapitals und kapitalistisch-gemeinschaftliche Regelung der Produktion uns in anerkennenswerthester Weise vorarbeiten, so sind doch noch enorme Schwierigkeiten zu überwinden, ehe man den privaten

Unternehmer auf allen Gebieten wird entbehren und durch gesellschaftliche Institutionen ersetzen können.

Natürlich würde mit dem Theile der Expropriation begonnen werden, welcher sich verhältnißmäßig am leichtesten durchsetzen ließe, und das wäre vielleicht die des Grundbesitzes. Der Staat kann den gesammten städtischen wie ländlichen Boden als sein Eigenthum erklären, ohne daß dadurch das wirthschaftliche Leben irgend wie ins Stocken geräth. Er kann, bis sich der neue Zustand der Dinge befestigt hat, Land und Wohnungen zu ähnlich abgestuften Preisen vermiethen wie bisher, wodurch ihm, wie die Bodenreformer mit Recht hervorheben, außerordentliche Einnahmen zufließen würden, ohne daß er die Last der ganzen Produktionsleitung, welcher er zuerst schwerlich gewachsen sein möchte, zu übernehmen brauchte.

Es wäre möglich, daß diese Maßregel allein schon Anlaß zu gewissen Erleichterungen des konsumirenden Volkes gäbe, indem man Pacht- und Miethspreise bedeutend ermäßigt, sodaß die Hauptausgaben des Arbeiters, die für Nahrung und Wohnung, sich vermindern. Ob die Maßregel ihm aber für längere Zeit helfen wird, ist, da die Klassenstellung des Arbeiters unverändert bleibt, nicht im Voraus zu bestimmen. Wenn die Marktlage für die Unternehmer gut, für die Arbeiter dagegen schlecht ist, kann es leicht geschehen, daß der Lohn um soviel, als die Arbeiter durch jenes Eingreifen des Staates gewannen, wieder zurückgeht. In England, wo am Anfange dieses Jahrhunderts in den ländlichen Distrikten massenhaft Armenunterstützungen verabfolgt wurden, entblödeten sich z. B. die Herren Unternehmer nicht, daraufhin die jämmerlichen Hungerlöhne noch weiter zu verkürzen. Freilich hat seitdem die Arbeiterklasse unendlich an Kraft und Organisation gewonnen. So leicht würden die Fabrikanten es mit ihren Lohndrückereien nicht mehr haben. — Dasselbe gilt von den Steuererleichterungen der Arbeiter, die bei einer Konfiskation der Grundrente eintreten würden. Es könnte immerhin geschehen, daß ihre gute Wirkung durch Herabgehen der Löhne gleichfalls ausgeglichen würde.

Dagegen hat der Staat, im Besitz der sämmtlichen aus dem Boden fließenden Geldmittel, eine andere Möglichkeit, um in einschneidender Weise das Loos des ar-

beitenden Volkes zu verbessern.[1]) Er kann den Minimallohn nicht nur als wünschenswerth anerkennen, sondern bei seiner günstigen finanziellen Lage und dem politischen Vorherrschen der Arbeiterinteressen auch wirklich durchführen.

Würde heutzutage ein gewisser (wenn auch nach den Gewerben mannigfach abgestufter) Lohnsatz festgesetzt, unter den der Lohnherr bei der Auszahlung nicht herabgehen darf, so hätte das in Zeiten schlechten Geschäftsganges — und diese überwiegen ja gegenwärtig — nur zur Folge, daß ein Theil der Arbeiter, der sonst bei geringerem Lohne wohl noch hätte Anstellung finden können, auf die Straße gesetzt wird. Der Minimallohn würde überhaupt nichts nützen, wäre er zu niedrig gegriffen; normirt man ihn aber hoch genug, daß die Arbeiter, falls sie ihn erhalten, sich gegen früher besser stehen, so erschwert man in schlimmen Zeiten nur den Absatz der Waare Arbeitskraft, auf den die Arbeiter doch angewiesen sind. Das Gesetz würde bald von der Noth gebrochen werden. —

Ist der Staat jedoch in den Händen der Arbeiter und stehen ihm aus seinem Bodenmonopol riesige Geldmittel zur Verfügung, so liegt es nahe, daß er zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit fortschreitet. Der Mann, welcher keine Beschäftigung findet, brauchte nicht länger dem hülflosen Elend überlassen zu werden, sondern könnte für die Zeit des unfreiwilligen Feierns eine zur Nothdurft hinreichende staatliche Unterstützung beziehen. Wird ihm aber eine solche gewährleistet, so kann man auch daran gehen, die Forderung des Minimallohns zu verwirklichen. Das Hauptthinderniß ist dann aus dem Wege geräumt. Werden dann auch in schlimmen Zeiten viele Arbeiter in Folge des gesetzlich normirten Lohnminimums brotlos, so wird diese Thatsache nicht mehr das Gesetz zu brechen vermögen, denn der feiernde Arbeiter verfällt nicht mehr der äußersten Noth, sondern kann sich mit seiner Staatsunterstützung über Wasser halten, bis sich wieder Beschäftigung für ihn findet. Voraussetzung ist dabei natürlich

---

[1]) Ich setze in Folgendem voraus, daß die an die bisherigen Eigenthümer gezahlte Entschädigungssummen so niedrig bemessen sind, daß dem Staate aus der Bodenkonfiskation ein wirklich sehr bedeutender Vortheil erwächst.

immer, daß der Staat genug finanzielle Mittel in der Hand hat und im wirklichen Arbeiterinteresse geleitet wird.

Die Industrie könnte aus dieser zwangsweis eingeführten und garantirten Lohnerhöhung übrigens großen Nutzen ziehen. Denn wenn es wahr ist, daß eine Hauptquelle der Ueberproduktion im Unterkonsum zu suchen ist, und daß dieser allein durch eine allgemeine Einkommensteigerung der breiten, nur verzehrenden, nicht kapitalistisch aufhäufenden Volksschichten gemindert werden kann, dann muß offenbar der staatliche Minimallohn, der gerade diese Einkommen steigert, der Ueberproduktion äußerst wirksam entgegenarbeiten. Die Vermehrung der Produktionskosten, welcher den Unternehmern durch die Lohnzahlung erwächst, würde durch die Erhöhung des Waarenumsatzes, die leichtere und bessere Verkaufsgelegenheit, wahrscheinlich sehr bald überholt werden. Statt zu sinken, würden die Gewinne steigen. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und der Minimallohn würden also nach Durchführung der Bodenverstaatlichung auch im Rahmen der kapitalistischen Wirthschaftsordnung durchführbar sein.

Aber damit wäre der Nutzen, den die Expropriation des privaten Grundbesitzes schaffen könnte, bei weitem nicht erschöpft. Das staatliche Bodeneigenthum könnte der Ausgangspunkt für die allmähliche Sozialisirung der ganzen Wirthschaft werden. Was hindert z. B. den Staat, auf Kredit einen großen Theil des Ackerbodens an agrarische Arbeiterassoziationen zu verpachten, die ohne jede kapitalistische Vermittlung zu eigenem Vortheil produziren? Was hindert ihn, zwischen den verschiedenen agrarischen Assoziationen, die verschiedene Arten des Anbaus kultiviren, ein halbsozialistisches Vertheilungssystem der gemeinsam produzirten Ernte, oder vielmehr eines Theiles derselben, einzurichten. Ein anderer Theil muß verkauft werden, damit die Arbeiter für den Erlös sich Industriewaaren verschaffen können.

Was hindert aber endlich auch den Staat, noch weiter zu gehen und allmählig ein industrielles Etablissement nach dem andern in Betrieb zu nehmen? Arbeitskräfte hat er dazu in der von ihm finanziell unterstützten industriellen Reservearmee in reichlichstem Maaße. Die industriellen und agrarischen Arbeiterassoziationen, die er

ins Leben ruft, könnten je länger je mehr in sozialistischer Weise durch Vertheilung ihrer Produkte sich ergänzen.

Wird dieser Prozeß mit Beharrlichkeit weiter und weiter fortgeführt, so ist damit der langsame aber sichere Uebergang aus der privatkapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung angebahnt; und bei der ungeheueren Verschiedenheit beider Wirthschaftssysteme kann der Uebergang sich unmöglich anders als langsam vollziehen.

Selbstverständlich können die Meinungen über die Art des Ueberganges weit voneinander abweichen. Daß das hier Geäußerte bloße Privatansicht des Verfassers, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Auch das Proletariat nimmt Interesse an der Bodenverstaatlichung. Aber unsere Bodenverstaatlichung hat einen anderen Sinn als die der Herren Industriellen. George, Flürscheim und Genossen, die das Fabrikanteninteresse vertreten, behaupten, durch die Bodenverstaatlichung sei die soziale Frage gelöst, wir dagegen sagen, daß sie nur als Hebel uns dienlich zu sein vermag. Bodenverstaatlichung bedeutet für uns in erster Reihe mächtiges Anschwellen der finanziellen Staatsmacht. Sind es die Arbeiter, welche die Bodenverstaatlichung erzwingen (und welche andere Klasse vermöchte das?) so wird diese finanzielle Staatsmacht in ihrem Dienste arbeiten müssen. Sie wird nutzbar gemacht werden für augenblickliche Lohninteresse des Proletariats und für sein Zukunftsinteresse, die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Sehen die in der „Bodenliga" vereinigten Fabrikanten einst ihr Ziel erfüllt, so wird ihre Freude nicht lange dauern. Sofort wird dieses Ziel wieder zum Mitel unseres Zieles, zum Mittel für den Sozialismus werden. Darum ist auch keine Aussicht, daß weitere Schichten der Bourgeoisie sich für die Flürscheim'sche Naturheilmethode der Gesellschaft werden erwärmen können. Die Bodenverstaatlichung wird ein Werk der Arbeiterpartei, eines ihrer Jugendwerke, sein.

Druck: „Berliner Volks-Tribüne“, Berlin SO.